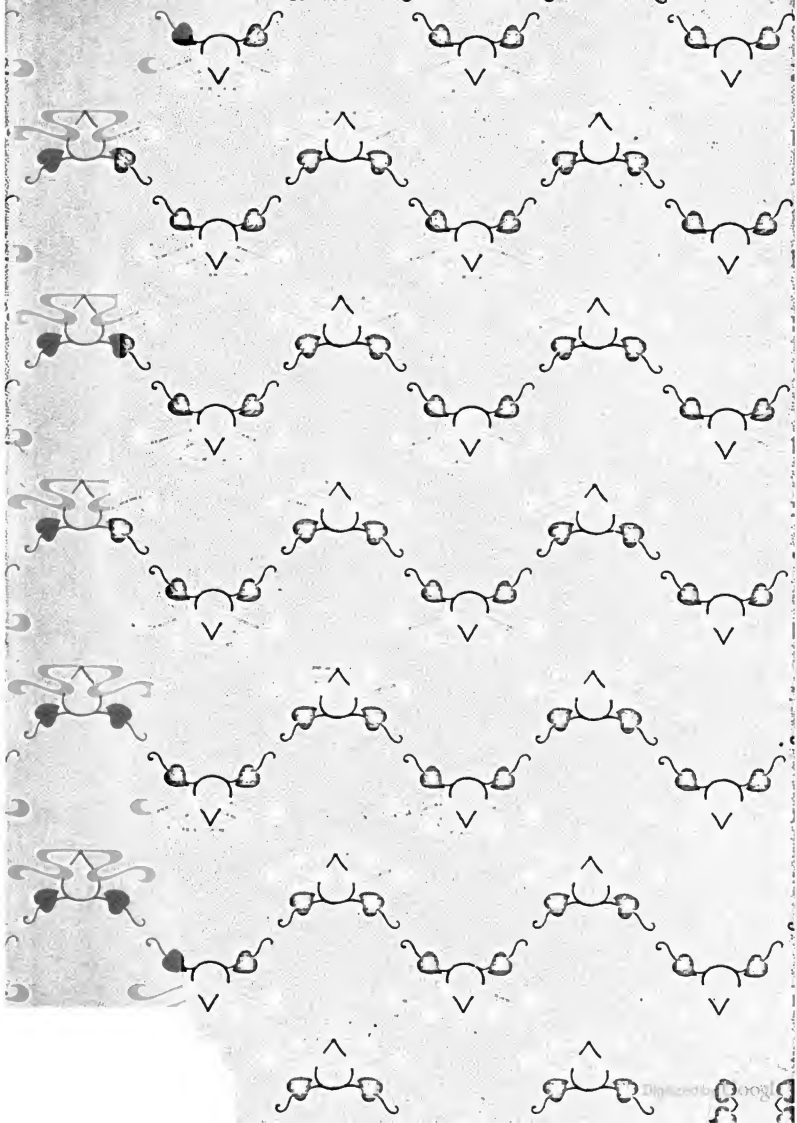


Handlexikon der sozialen Gesetzgebung

Kurt von Finckh



B.



Boyer, 1922 Syn. *Salmonella* *typhimurium*

not in G.2.

1/6

6/

Handlexikon
der
Sozialen Gesetzgebung
von
Dr. Kurt von Finckh.

Handlexikon

der

Sozialen Gesetzgebung

Die Rechte und Pflichten der
Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Für Fabrikanten, Kaufleute, Handwerker, Arbeiter
und deren Vertretungen sowie für Behörden

zusammengestellt und erläutert

von

Dr. Kurt von Finckh
Gewerbereferendar.



Berlin 1906
Verlag von Alfred Unger
Spanbauer Straße 48.

GER
957
FIN

NAG 26

Acc. 13. 1940

~~30~~

131021

~~F49~~

CANCELLED
FROM
BAKER LIBRARY

AUG 31 1984

Alle Rechte vorbehalten.

K
Jensen
8588



Vorwort.

Unsere im stetig andauernden Ausbau befindliche soziale Gesetzgebung zieht immer weitere Kreise unseres Volkes in ihren Bereich, und immer schwieriger wird es, sich in den oft sehr komplizierten Gesetzen und Bestimmungen zurecht zu finden. Der Fabrikant, der Handwerker, der Hausgewerbetreibende, der Landwirt, der Kaufmann und ihre Angestellten, Werkmeister, Gehülfen, Gesellen, Lehrlinge und Arbeiter, selbst ihre Familienangehörigen sind mehr oder minder diesen Gesetzen unterworfen, haben soziale Pflichten und Rechte, und sehr häufig treten an sie Fragen heran, deren Beantwortung ihnen ohne Kenntnis der Gesetze unmöglich wird, andererseits aber fehlt es ihnen an Zeit, Gelegenheit und mitunter auch wohl an der Fähigkeit, die Gesetze selbst zu lesen und zu verstehen. Zahlreich sind die Fälle, wo nicht böser Wille, sondern nur Unkenntnis der Gesetze Strafen im Gefolge hat. Auch andere Personen: Verwaltungs- und Kommunalbeamte, Polizeiorgane, Geistliche, Lehrer, Arbeiterführer, Redakteure, Rechtsanwälte usw. werden oft in die Lage kommen, Rat über soziale Dinge zu erteilen, Fragen aus dem Gebiete der Arbeiterversicherung und des Arbeiterschutzes zu beantworten, und auch ihnen wird es nicht immer leicht sein, aus den Gesetzen selbst und deren zahlreichen Kommentaren das richtige herauszufinden.

Mit dem vorliegenden Buche ist daher der Versuch gemacht worden, das gesamte Gebiet des Arbeiterschutzes und Arbeiterrechts, soweit es für die Praxis irgend von erheblicher Bedeutung ist, alphabetisch geordnet in einem Verikon zusammenzustellen, das wenigstens auf alle regelmäßig vorkommenden Fragen kurz aber hinreichend erschöpfend Antwort geben wird.

Berücksichtigung haben gefunden: die gesamte Arbeiterversicherung, also die Kranken-, Unfall- und Invaliden-

versicherungsgesetze; die Arbeiterschutzgesetzgebung, wie sie in Gewerbeordnung, Kinderschutzgesetz und Handelsgesetzbuch enthalten ist; die Sondergerichte für Arbeiter und Handelsangestellte, also das Gewerbegerichtsgesetz und das neue Gesetz über die Kaufmannsgerichte; das Handwerkerrecht der Gewerbeordnung und das wichtigste über die Errichtung stehender Gewerbebetriebe und genehmigungspflichtiger Anlagen, einschließlich der Dampfkessel. Auch auf das Bürgerliche Gesetzbuch ist, soweit es notwendig erschien, hingewiesen worden.

Die Kennworte, unter denen die einzelnen Bestimmungen zu finden sind, passen sich möglichst dem Sprachgebrauch an, auch ist jedes Gebiet unter verschiedenen Bezeichnungen vertreten. Wo nötig, sind die einzelnen Abhandlungen durch Hinweise miteinander verbunden. Damit gegebenen Falls auch der Wortlaut der Gesetze eingesehen werden kann, sind in Klammern die betreffenden Paragraphen derselben angegeben.

Um das Buch nicht zu umfangreich zu gestalten und seinem eigentlichen Zwecke, als Ratgeber für jedermann zu dienen, zu erhalten, sind alle auf Grund der Gewerbeordnung erlassenen Sonderbestimmungen für bestimmte Betriebsarten, mit Ausnahme der für Motor- und Konfektionswerkstätten gültigen, fortgelassen. Diese Betriebsarten selbst haben bei den betreffenden Abschnitten (Sonntagsruhe, Schutz der Arbeiter vor Gefahren und Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen) mit dem Hinweis Erwähnung gefunden, daß in der Regel diese Ausnahmerebestimmungen in Form einer käuflich zu habenden Tafel in den betreffenden Arbeitsräumen ausgehängt werden müssen, sodaß sich Beteiligte aus diesen Tafeln selbst leicht belehren können.

Als Anhang ist ein alphabetisches Register der Gewerbe und Berufsarten, soweit sie im Lexikon Erwähnung gefunden haben, beigelegt.

Nur wenn die soziale Gesetzgebung den beteiligten Kreisen möglichst vertraut geworden ist, wird auch ihr Segen ihnen erst völlig zum Bewußtsein gelangen. Möge das Buch seinen bescheidenen Teil dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen.

Berlin 1905.

Der Verfasser.

Abkürzungen.

B. U. V. G.	Bau-Unfallversicherungsgesetz.
B. G. B.	Bürgerliches Gesetzbuch.
G. G. G.	Gewerbegerichtsgesetz.
G. O.	Gewerbeordnung.
G. U. V. G.	Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz.
H. G. B.	Handelsgesetzbuch.
I. V. G.	Invalidenversicherungsgesetz.
R. G. G.	Raufmannsgerichtsgesetz.
R. S. G.	Kinderschutzgesetz.
R. V. G.	Krankenversicherungsgesetz.
V. U. V. G.	Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft.
U. V. G.	Unfallversicherungsgesetz.

Abänderung der Arbeitsordnung. [134 a Abs. 3 G. D.] Abänderungen des Inhalts der gesetzlichen Arbeitsordnungen können nur durch den Erlaß von Nachträgen oder in der Weise erfolgen, daß an Stelle der bestehenden eine neue Arbeitsordnung erlassen wird.

Einzelne Bestimmungen der Arbeitsordnung können also nicht ohne weiteres geändert werden, vielmehr treten für solche, als Nachträge zur Arbeitsordnung zu erlassende Änderungen die gleichen Vorschriften ein, wie sie für den Erlaß neuer Arbeitsordnungen gelten (s. Erlaß der Arbeitsordnung).

Dagegen können solche Arbeitsordnungen, zu deren Erlaß keine gesetzliche Verpflichtung besteht, also für andere Betriebsstätten als Fabriken, in denen in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden, ohne weiteres durch den Unternehmer eine Änderung erleiden. Vorstehende Bestimmungen gelten auch für Arbeitsordnungen in offenen Verkaufsstellen (s. d.).

- der Arbeitszeit s. Änderung in derselben.
- des Gefahrentarifs s. Gefahrenklassen bei der Unfallversicherung.
- der Pausen s. d.
- einer unvorschriftsmäßigen Arbeitsordnung s. Erlaß der Arbeitsordnung.

Abfindung von Ausländern bei der Invalidenversicherung. [§ 26 I. W. G.] Rentenberechtigte Ausländer können beim Fortzuge mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente abgefunden werden. Ein Recht auf Abfindung besteht jedoch nicht.

Für gewisse ausländische (Grenz-) Gebiete kann der Bundesrat diese Bestimmung außer Kraft setzen, was in mehreren Fällen bereits geschehen ist.

- von Ausländern bei der Unfallversicherung s. Kapitalabfindung bei der Unfallversicherung.
- in Kapital bei der Unfallversicherung s. Kapitalabfindung bei der Unfallversicherung.
- der Witve bei Wiederverheiratung nach dem Unfallversicherungsgesetz s. Hinterbliebenenrente bei der Unfallversicherung.

Abführung des Staubes f. Staubbeseitigung.

Abholung des Krankengeldes f. Erhebung des Anspruchs bei der Krankenversicherung.

Abkürzung der Arbeitszeit und der Pausen f. Pausenänderungen.

Ablauf der Frist für Entschädigungsansprüche an die Unfallversicherung f. Verjährung der Entschädigungsansprüche an die Unfallversicherung.

— **der Fristen im Sinne des Krankens, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzes** f. Berechnung derselben.

Ablehnung des Anspruchs auf Invaliden- und Altersrente f. Feststellung derselben.

— **des Antrags auf Errichtung einer Zwangsinnung** f. Zwangsinnungen.

— **der Beauftragten der Innungen** f. Beauftragte der Innungen.

— **von Gerichtspersonen** f. Gesuch um Ablehnung derselben.

— **eines Sachverständigen vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht** f. Sachverständige vor denselben.

— **des Schiedspruchs des Einigungsamtes** f. Verfahren vor demselben.

— **eines unbesoldeten Gemeindeamtes**. Nach den preussischen Städteordnungen kommen folgende Gründe zur Ablehnung in Betracht:

1. Unhaltende Krankheit;
2. Geschäfte, die eine häufige und lange dauernde Abwesenheit mit sich bringen;
3. ein Alter über 60 Jahre;
4. die früher stattgehabte Verwaltung einer unbesoldeten Stelle für die nächsten 3 Jahre;
5. die Verwaltung eines anderen öffentlichen Amtes;
6. ärztliche oder wundärztliche Praxis;
7. sonstige besondere Verhältnisse, die nach dem Ermessen der Stadtverordnetenversammlung eine gültige Entschuldigung begründen.

— **einer Unfallentschädigung** f. Feststellung der Entschädigungen bei der Unfallversicherung.

— **des Vertrauensarztes der Berufsgenossenschaft** f. Feststellung der Entschädigungen bei der Unfallversicherung.

— **der Wahl als Beisitzer zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht**. [§ 20 G. G. G., § 15 R. G. G.] Das Amt der Beisitzer ist ein Ehrenamt. Die Übernahme kann nur aus den Gründen verweigert werden, welche zur Ablehnung eines unbesoldeten Gemeindeamtes berechtigen. Es sind das etwa: anhaltende Krankheit, hohes Alter, häufigere und lange dauernde, durch Geschäfte bewirkte Abwesenheit, die Verwaltung bereits eines anderen öffentlichen Amtes, frühere Bekleidung eines Ehrenamtes usw. Wo landesgesetzliche

Bestimmungen über die zur Ablehnung von Gemeindeämtern berechtigenden Gründe nicht bestehen, darf die Übernahme nur aus denselben Gründen verweigert werden, aus welchen das Amt eines Vormundes abgelehnt werden kann. Es sind das insbesondere: Vollendung des 60. Lebensjahres, Besitz von 4 eigenen minderjährigen Kindern, Krankheit und Gebrechlichkeit, zu große Entfernung des Wohnorts vom Sitz des Vormundschaftsgerichts, Führung bereits einer Vormundschaft oder Pflegschaft usw.

Wer das Amt eines Beisitzers 6 Jahre lang versehen hat, kann während der nächsten 6 Jahre die Übernahme des Amtes ablehnen. Ablehnungsgründe gewählter Beisitzer werden nur berücksichtigt, wenn dieselben nach Kenntnisnahme der Wahl schriftlich geltend gemacht werden. Über den Ablehnungsantrag entscheidet der Magistrat bezw. die Gemeindevertretung.

Ablehnung der Wahl zu Ehrenämtern bei der Invaliden- und Unfallversicherung. [§ 94 I. V. G., § 43 G. U. V. G.] Wahlen zu Ehrenämtern können von Arbeitgebern nur aus denselben Gründen abgelehnt werden, wie dies nach § 1786 B. G. B. beim Amt eines Vormundes der Fall ist.

(f. auch Ablehnung der Wahl zum Mitglied des Vorstands einer Krankenkasse.)

— von Wahlen zu Innungsämtern f. Verweigerung der Annahme von Wahlen zu denselben.

— der Wahl zum Mitglied des Vorstandes einer Krankenkasse. [§ 34a Abs. II R. V. G.] Die Ablehnung der Wahl zum Vorstandsmitglied ist aus denselben Gründen zulässig, aus welchen das Amt eines Vormundes abgelehnt werden kann (vergl. § 1786 B. G. B.). Es sind dies vor allem: Vollendung des 60. Lebensjahres, Besitz von mehr als 4 Kindern, Krankheit und Gebrechlichkeit, weite Entfernung des Wohnsitzes usw.

Ebenso kann die Wahl zum Vorstandsmitglied ablehnen, wer bereits auf Grund des U. V. G. oder I. V. G. ein Ehrenamt bekleidet. Eine Wiederwahl kann nach mindestens zweijähriger Amtsführung für die nächste Wahlperiode abgelehnt werden.

Ablösung einer Unfallrente f. Kapitalabfindung bei der Unfallversicherung.

Abmeldung bei der Krankenversicherung. [§ 49 R. V. G.] Die Abmeldung von versicherungspflichtigen Personen hat seitens des Arbeitgebers spätestens am dritten Tage nach Beendigung der Beschäftigung bei der Ortskrankenkasse, bei den durch das Statut bestimmten Stellen bezw. bei der Gemeindebehörde zu erfolgen. Für den der Krankenkasse durch Versäumnis der Abmeldung entstehenden Schaden haben die Arbeitgeber aufzukommen.

Abnahme der Gesellenprüfung f. d.

Abnahme der Quittungskarte s. d.

Abnahmeattest von Dampfkesseln s. Prüfungen derselben.

Abnahmebescheinigung von Dampfkesseln s. Prüfungen derselben.

Abnahmeprüfung von Dampfkesseln s. Prüfungen derselben.

Aborte s. Bedürfnisanstalten.

Abrechnung des Lohnes. Hierüber bestimmt der Gesetzgeber lediglich, daß in der Arbeitsordnung Zeit und Art der Abrechnung angegeben werden müssen. Näheres darüber, in welcher Weise diese Abrechnung stattzufinden hat, insbesondere über die Fristen, ist nicht vorgeschrieben, jedenfalls aber muß über das jedesmalige Ergebnis einer Lohnzahlungsperiode und über an sich berechnete Abzüge abgerechnet werden.

(s. auch Lohnzahlung.)

Abrundung der Alters- und Invalidenrenten. [§ 38 I. V. G.] Die Renten werden auf volle 5 Pf. für den Monat nach oben abgerundet.

Abstragezahlungen s. Lohnzahlung.

Abstrich des Lehrvertrages vor der Innung s. Lehrvertrag.

Abstrich des Protokolls von Unfalluntersuchungen s. Untersuchung von Betriebsunfällen.

Absetzung eines Vorstandsmitgliedes einer Krankenkasse s. Vorstand der Zwangskrankenkassen.

Abstrich herbeigeführter Unfall s. Unfallversicherung.

Abstempelung der Quittungskarte s. d.

Abstimmung über den Abstuhladenschluß s. d.

— über Errichtung von Zwangsinnungen s. d.

— des Gewerbes und Kaufmannsgerichts s. Beratung derselben.

Abstufung des durchschnittlichen Tagelohnes bei der Krankenversicherung s. d.

Abtretung des Arbeitslohnes s. Beschlagnahme desselben.

— der Unfall-, Invaliden- und Altersrente s. Pfändung derselben.

— von Unterstützungsansprüchen bei der Krankenversicherung s. Verpfändung derselben.

Abweichende Beschäftigung von Arbeiterinnen am Sonnabend s. Sonnabendarbeitschluß.

Abweichungen in der Arbeitszeit s. Änderung in derselben.

Abweisung des Rekurses bei Unfallentschädigungen s. Rekurs bei denselben.

Abzug der Beiträge zur Invalidenversicherung s. Entrichtung der Beiträge derselben.

Abzug der Beiträge zur Krankenversicherung s. Beiträge zu den Zwangskrankenkassen.

Abzüge vom Lohn. Solche sind ohne besondere Zustimmung des Arbeiters nur zulässig für die gesetzlichen Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung, ferner zur Einziehung der Strafgeelder (s. d.) und zur Sammlung einer Kaution für den Fall des Kontraktbruches (s. Lohninbehaltung und Verwirkung des Arbeitslohnes).

In allen übrigen Fällen sind Lohnabzüge, etwa zur Aufrechnung gegen Gegenforderungen (z. B. für Schadensersatz) des Arbeitgebers, nur zulässig, wenn der Arbeiter sich ausdrücklich damit einverstanden erklärt hat.

(s. auch Aufrechnung des Lohnes.)

Achtuhrladenschluß. [§ 139f G.O.] Auf Antrag von mindestens zwei Dritteln der beteiligten Geschäftsinhaber kann die höhere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Gemeindebehörden für eine oder mehrere örtlich unmittelbar zusammenhängende Gemeinden für alle oder einzelne Geschäftszweige anordnen, daß die offenen Verkaufsstellen während bestimmter Zeiträume oder während des ganzen Jahres auch in der Zeit zwischen 8 und 9 Uhr abends (Achtuhrladenschluß) und zwischen 5 und 7 Uhr morgens für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen.

Auf Antrag von mindestens einem Drittel der beteiligten Geschäftsinhaber hat die höhere Verwaltungsbehörde die Beteiligten durch ortsübliche Bekanntmachung oder besondere Mitteilung zu einer Äußerung für oder gegen die Einführung des Achtuhrladenschlusses aufzufordern. Erklären sich zwei Drittel der Abstimmanden für die Einführung, so kann die höhere Verwaltungsbehörde die entsprechende Anordnung treffen.

Während der Zeit, in der die Verkaufsstellen geschlossen sind, ist der Handel auf den Straßen sowie von Haus zu Haus untersagt. Ausnahmen kann die Ortspolizeibehörde jedoch zulassen.

Adoptivkern bei der Unfallversicherung s. Hinterbliebenenrente bei derselben.

Adresse des Vorstandes der Berufsgenossenschaft oder deren Sektion s. Aushang bei der Unfallversicherung.

Aktives Wahlrecht zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht s. Wahlen zu denselben.

Alte Dampfkessel. Den Gesuchen um Genehmigung alt angekaufter, bereits anderweitig in Betrieb gewesener Kessel ist ein vollständiger Nachweis über den Erbauer des Kessels, über die früheren Betriebsstätten, über die Zeit, in welcher der Kessel überhaupt in Betrieb war, und über die Gründe, warum der Kessel außer Betrieb gesetzt ist, beizufügen.

Altersrente [§ 15 Abs. 3 I. V. G.] erhält ohne Rücksicht auf das Vorhandensein von Erwerbsunfähigkeit derjenige nach dem I. V. G. Versicherte, der das siebenzigste Lebensjahr vollendet hat. Statt der Rente kann auf Antrag auch Unterbringung in einer Anstalt, Pflegehaus zc. gewährt werden.

Wegen Berechnung der Altersrente s. d.

Altersversicherung s. Invalidenversicherung.

Amtliche Befugnisse der Gewerbeaufsichtsbeamten s. Gewerbeaufsichtsbeamte.

— **Untersuchung der Dampfkessel** s. Prüfungen derselben.

Amtsenthörung bei Innungen. [§ 94 b G. D.] Wenn über Mitglieder der Vorstände, Innungs- und Gesellenausschüsse, sowie der Innungsschiedsgerichte Dinge bekannt werden, welche die Wählbarkeit ausschließen, so haben sie aus dem Amte auszuscheiden. Im Falle der Weigerung erfolgt die Amtsenthebung nach Anhörung der Beteiligten durch die Aufsichtsbehörde. Gegen deren Entscheidung ist binnen vier Wochen Beschwerde bei der höheren Verwaltungsbehörde zulässig. Diese entscheidet endgültig.

— **eines Mitgliedes des Gewerbes und Kaufmannsgerichts** s. Enthebung eines Mitgliedes derselben aus dem Amte.

— **eines Vorstandemitgliedes einer Krankenkasse** s. Vorstand der Zwangskrankenkassen.

Amtsgeheimnis der Gewerbeaufsichtsbeamten s. d.

— **der Sachverständigen bei Genehmigungsanträgen** s. genehmigungspflichtige Anlagen.

Anberaumung eines Verhandlungstermins beim Gewerbe und Kaufmannsgericht s. Verhandlungstermin bei denselben.

Änderung der Arbeitsordnung s. Erlaß derselben.

— **in der Arbeitszeit.** Für erwachsene männliche Arbeiter gibt es für die Arbeit an Wochentagen keinerlei gesetzliche Bestimmungen, demgemäß können die Arbeitszeiten auch ohne weiteres geändert werden. Eine Anzeige ist nicht erforderlich. Eine Ausnahme machen aber solche Fabriken und diesen gleichgestellte Anlagen, in denen der Erlaß einer Arbeitsordnung gesetzlich notwendig ist. Hier kann wenigstens eine dauernde Änderung der Arbeitszeit nur in Form eines Nachtrages zur Arbeitsordnung erfolgen, von dem der Ortspolizeibehörde entsprechende Kenntnis gegeben werden muß (s. Erlaß der Arbeitsordnung).

Änderungen der Arbeitszeit und Pausen der jugendlichen Arbeiter und der Arbeiterinnen innerhalb der gesetzlichen Grenzen sowie der Beschäftigungsart dieser Personen sind in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen, sowie in Motorwerkstätten mit 10 und mehr Arbeitern nur nach vor-

heriger Anzeige an die Ortspolizeibehörde gestattet. Läßt der Arbeitgeber die Änderung stattfinden, bevor er die Änderungsanzeige gemacht hat, so macht er sich strafbar.

Einer Genehmigung der Änderung bedarf es dagegen nicht, falls auch die neue Arbeitszeit den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen entspricht. (s. auch Pausenänderungen.)

Von der vorherigen Erstattung einer Anzeige darf nur dann abgesehen werden, wenn es sich um Verschiebungen handelt, welche durch Ersetzung behinderter Arbeiter für einzelne Arbeitsschichten notwendig werden.

Handelt es sich um Fabriken, für die eine Arbeitsordnung vorgeschrieben ist, und wird diese durch die beabsichtigte Veränderung berührt, so ist die Änderung als Nachtrag zur Arbeitsordnung zu behandeln, und muß demgemäß auch die Äußerung der großjährigen Arbeiter bezw. des ständigen Arbeiterausschusses beigebracht werden. Dies gilt, wie oben schon erwähnt, für alle Arbeiter.

Die veränderte Arbeitszeit ist auch in dem Verzeichnis der jugendlichen Arbeiter entsprechend zu berichtigen.

Für Motormwerkstätten mit weniger als 10 Arbeitern und für Konfektionswerkstätten ist eine Anzeigepflicht für Veränderungen nicht statuiert.

[§ 139 Abs. 2 G.D.] Wenn die Natur des Betriebes oder Rücksichten auf die Arbeiter in einzelnen Fabriken eine von den gesetzlichen Bestimmungen abweichende Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter und der Arbeiterinnen als erwünscht erscheinen lassen, so kann auf besonderen Antrag der Reichskanzler eine anderweitige Regelung eintreten lassen. Aber die dabei zu berücksichtigenden Gesichtspunkte s. Pausenänderungen.

Darauf hingehende Anträge sind bei der unteren Verwaltungsbehörde einzureichen. Auch hier sind gegebenenfalls die Äußerungen der großjährigen Arbeiter bezw. des ständigen Arbeiterausschusses beizufügen.

Derartige Anträge werden naturgemäß besonders genau geprüft und wohl nur in seltenen Fällen genehmigt.

Bei Konfektionswerkstätten und Motormwerkstätten mit weniger als 10 Arbeitern können derartige Ausnahmen schon durch die höhere Verwaltungsbehörde gestattet werden.

Änderung der Pausen s. d.

- der Statuten der Zwangskrankenkassen s. Statuten der Zwangskrankenkassen.
- im Zustand eines Unfallverletzten s. Veränderung der Verhältnisse bei Unfallentschädigungen.

Änderungen im Dampfkesselbetrieb s. Veränderungen desselben.

Änderungen bei genehmigungspflichtigen Anlagen f. Veränderungen bei denselben.

Änderungsanzeige f. Änderung in der Arbeitszeit.

Änderungsarbeiten an Sonntagen. In denjenigen Handelsgewerben, in welchen beim Ladenverkauf an den Waren Änderungs- oder Zurechtungsarbeiten vorgenommen werden (z. B. im Gewerbe der Hutmacher, Blumenhändler, Uhrmacher, Fleischer), ist die Beschäftigung mit diesen Arbeiten als Beschäftigung im Handelsgewerbe zu betrachten und deshalb an Sonn- und Festtagen während der für das betreffende Handelsgewerbe freigegebenen Zeit gestattet. Jedoch erstreckt sich diese Erlaubnis nur soweit, als die Arbeit zur sofortigen Befriedigung der Kundschaft dient, d. h. also auf solche Änderungen, auf die der Kunde wartet oder nach deren Erledigung der gekaufte Gegenstand noch am gleichen Tage innerhalb der zulässigen Stunden dem Kunden ins Haus geschickt wird. Zu diesen Arbeiten dürfen auch Personen herangezogen werden, die in der Woche gewerbliche Arbeiten verrichten.

Anderweite Feststellung der Entschädigung bei der Unfallversicherung f. Veränderung der Verhältnisse bei Unfallentschädigungen.

Anderweitige Leistungen der Invalidenversicherung. [§ 45 I. B. G.] Mit bundesrätlicher Genehmigung können die Versicherungsanstalten die Ueberschüsse des Sondervermögens zu anderen als im Gesetz vorgesehenen Leistungen im wirtschaftlichen Interesse der Rentenempfänger und Versicherten verwenden. Insbesondere also zur Verbesserung des Wohnungswesens, wovon auch schon verschiedene Versicherungsanstalten umfangreichen Gebrauch gemacht haben, z. B. durch Unterstützung gemeinnütziger Baugenossenschaften.

Androhung von Zwangsmaßnahmen f. Polizeiliche Verfügungen.

Anerkennnisurteil des Gewerbes und Kaufmannsgerichts. Ein Anerkennnisurteil hat auf Antrag des Klägers dann zu erfolgen, wenn der Beklagte den gegen ihn geltend gemachten Anspruch ganz oder zum Teil bei der mündlichen Verhandlung anerkennt.

Anerkennung des Anspruchs auf Invaliden- und Altersrente f. Feststellung derselben.

— des Schiedspruchs des Einigungsamtes f. Verfahren vor demselben.

Anfechtung der Entscheidungen der Aufsichtsbehörde bei der Krankenversicherung f. Streitigkeiten bei der Krankenversicherung.

— der Entscheidung des Gewerbes und Kaufmannsgerichts f. Rechtsmittel vor denselben.

— eines Zwischenurteils des Gewerbes und Kaufmannsgerichts f. Zwischenurteil derselben.

Angehörigenunterstützung bei der Invalidenversicherung f. Heilverfahren bei der Invalidenversicherung.

- bei der Unfallversicherung f. Unfallversicherung.
- bei den Zwangskrankenkassen und bei der Gemeindekrankensversicherung f. Leistungen und Erweiterung der Leistungen derselben.

Anbatten zum Besuch der Fortbildungsschule f. Pflichten des Lehrherrn.

Anbörung des Antragstellers auf Invaliden- und Altersrente f. Feststellung derselben.

- der Arbeiter bei Erlaß einer Arbeitsordnung f. Erlaß derselben.
- des Arbeiterausschusses bei Erlaß einer Arbeitsordnung f. Erlaß derselben.
- des behandelnden Arztes bei der Unfallversicherung f. Feststellung der Entschädigungen bei derselben.
- der Berufsgenossenschaft beim Erlaß von Polizeiverordnungen f. Schutz der Arbeiter vor Gefahren.
- der Beteiligten bei Errichtung von Gewerbes und Kaufmannsgerichten f. Errichtung derselben.
- der Handwerkskammern f. d.
- der Parteien bei Genehmigungsanträgen f. genehmigungspflichtige Anlagen.

Anlagen, die einer besonderen Genehmigung bedürfen f. genehmigungspflichtige Anlagen.

- mit ungewöhnlichem Geräusch. [§ 27 G. D.] Die Errichtung oder Verlegung solcher Anlagen, deren Betrieb mit ungewöhnlichem Geräusch verbunden, an sich aber nicht genehmigungspflichtig ist (also z. B. von Schmieden, Holzbearbeitungsanstalten, Böttchereien usw.), muß der Ortspolizeibehörde angezeigt werden. Liegen diese Betriebe in der Nähe von Kirchen, Schulen, Krankenhäusern oder Heilstätten, deren Benutzung durch den Gewerbebetrieb erheblich gestört werden kann, so kann durch die höhere Verwaltungsbehörde der Betrieb an dieser Stelle untersagt oder nur unter Bedingungen gestattet werden.

Unterbleibt diese Anzeige, was an sich nicht strafbar ist, so kann der Betrieb leicht noch nachträglich untersagt oder von erschwerenden Bedingungen abhängig gemacht werden.

Gegen die Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde ist in Preußen innerhalb 14 Tagen Beschwerde beim Minister für Handel und Gewerbe zulässig.

Anleitung von Arbeitern. [§ 106 G. D.] Personen, die sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, dürfen, solange ihnen

diese Rechte entzogen bleiben, mit der Anleitung von Arbeitern unter 18 Jahren sich nicht befassen.

Die Entlassung der dem vorstehenden Verbote zuwider beschäftigten Arbeiter kann polizeilich erzwungen werden.

Das Verbot erstreckt sich nur auf die Anleitung, nicht auf das Halten solcher Arbeiter. Die Anleitung und Beaufsichtigung kann auch einem Vertreter überwiesen werden. Lehrlinge dürfen jedoch überhaupt nicht gehalten werden.

(f. Befugnis zum Halten von Lehrlingen.)

Anleitung von Lehrlingen f. Befugnis zum Halten derselben und Pflichten des Lehrherrn.

Anmeldepflicht zur Invalidenversicherung. Eine solche liegt für den Arbeitgeber nicht vor. Dagegen hat er die Pflicht zur Leistung von Beiträgen durch Markeneinkleben in die Quittungskarte, die der Versicherungspflichtige vorlegen muß.

(Näheres f. unter Quittungskarte und Beiträge zur Invalidenversicherung.)

Anmeldung des Anspruchs auf Invalidenrente f. Feststellung der Invalidenrente.

— **des Anspruchs bei der Unfallversicherung** f. Anzeige von Betriebsunfällen.

— **des Betriebes zur Unfallversicherung.** [§ 56 G. U. B. G.] Jeder Unternehmer eines versicherungspflichtigen gewerblichen Betriebes (f. Unfallversicherung) ist verpflichtet, binnen einer Woche nach Eröffnung des Betriebes denselben bei der unteren Verwaltungsbehörde (f. d.) anzumelden, und zwar nach:

- 1) Gegenstand und Art des Betriebes;
- 2) Zahl der versicherten Personen;
- 3) Tag der Eröffnung bezw. Beginn der Versicherungspflicht.

Ferner ist anzugeben, welcher Berufsgenossenschaft der Unternehmer anzugehören glaubt.

Die Meldung ist in 2 Exemplaren einzureichen. Die Behörde erteilt eine Empfangsbescheinigung.

Wenn die Anzeige nicht rechtzeitig erstattet wird, so kann die Behörde den Unternehmer durch Geldstrafen bis zu 100 Mk. zur Auskunft anhalten (eventl. Beschwerde bei der höheren Verwaltungsbehörde).

[§ 57 G. U. B. G.] Die Behörde überweist binnen einer Woche ein Exemplar der Meldung dem Vorstande der zuständigen Berufsgenossenschaft, in Zweifelsfällen auch der zweiten in Betracht kommenden Berufsgenossenschaft. Der Vorstand trägt den gemeldeten Betrieb in das Genossenschaftskataster (f. d.) ein.

[§ 67 L. U. B. G.] Bei landwirtschaftlichen Betrieben fällt jedoch die Anmeldepflicht des Unternehmers fort. Hier hat

die Gemeindebehörde von der Eröffnung eines neuen Betriebes durch Vermittlung der unteren Verwaltungsbehörde der Berufsgenossenschaft Mitteilung zu machen. Streitigkeiten entscheidet das Reichsversicherungsamt.

Anmeldung der Dampföföer. Wenn ein Dampföfö aufgestellt werden soll, ist dem Sachverständigen (f. d.) unter Vorlegung von 2 Beschreibungen, die nach einem bestimmten käuflichen Muster auszufertigen sind, und 2 Zeichnungen, aus welchen alle zur Prüfung erforderlichen Angaben ersichtlich sein müssen, unter Bezeichnung des Aufstellungsortes Mitteilung zu machen.

(f. auch Untersuchung von Dampföföern.)

— **eines Gewerkebetriebes** f. Errichtung eines stehenden Gewerkebetriebes.

— **zur Krankenversicherung.** [§ 49 R. V. G.] Der Arbeitgeber hat jede von ihm beschäftigte versicherungspflichtige Person, welche nicht bereits einer anderen gesetzlich Krankenkasse, auch einer gesetzlich anerkannten eingeschriebenen Hilfskasse (f. d.) angehört, spätestens am dritten Tage nach Beginn der Beschäftigung anzumelden, und zwar entweder bei der zuständigen Ortskrankenkasse oder bei der Gemeindebehörde, bezw. einer von dieser zu bestimmenden Meldestelle. Die gleiche Frist gilt für die Anmeldung derjenigen Veränderungen in der Beschäftigung, durch welche solche Personen, die bisher nicht der Versicherungsfrist unterlagen, versicherungspflichtig werden.

Bei der Anmeldung zur Ortskrankenkasse sind auch die behufs Berechnung der Beiträge notwendigen Angaben über die Lohnverhältnisse zu machen. Änderungen in diesen Verhältnissen sind spätestens am dritten Tage, nach dem sie eingetreten sind, anzumelden.

[§ 50 R. V. G.] Arbeitgeber, welche der ihnen obliegenden Anmeldepflicht vorsätzlich oder fahrlässigerweise nicht genügen, haben alle Aufwendungen, welche die Krankenkasse oder die Gemeindekrankenversicherung in einem vor der Anmeldung durch die nicht gemeldete Person veranlaßten Unterstützungsfalle gemacht hat, zu ersetzen. Außerdem sind die Beiträge nachträglich zu entrichten.

Die Mitgliedschaft eines Zwangsversicherten ist von der Anmeldung nicht abhängig, sie erfolgt kraft Gesetz mit dem Eintritt in die Beschäftigung; der Anspruch auf Unterstützung bleibt also auch bei der durch den Arbeitgeber veräumten Anmeldung gewahrt.

Anordnung zum Arbeiterschutz f. Schutz der Arbeiter vor Gefahren.

— **des persönlichen Erscheinens vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht.** [§ 42 G. G. G.] Der Vorsitzende des Gewerbe- oder

Kaufmannsgerichts kann jederzeit das persönliche Erscheinen der Parteien anordnen und für den Fall des Nichterscheinens eine Geldstrafe bis zu 100 Mk. androhen und festsetzen. Gegen die Festsetzung findet Beschwerde beim zuständigen Landgericht statt.

Anordnung von Schutzvorrichtungen §. d.

Anrechnung der Beiträge zur Krankenversicherung bei der Lohnzahlung §. Beiträge zu den Zwangskrankenkassen.

— zu hoher Beiträge zur Krankenversicherung §. Strafbestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes.

— auf den Lohn §. Lohnzahlung.

Anrufen des Einigungsamtes §. d.

— des Gemeindevorstandes nach dem Gewerbe und Kaufmannsgerichtsgesetz §. Verfahren vor demselben.

Anspruch der Dienstboten bei Erkrankungen §. Dienstboten bei der Krankenversicherung.

— auf Fortzahlung des Gehalts an Handlungsgehilfen §. Gehaltszahlung an dieselben.

— auf die gesetzlichen Mindestleistungen bei der Krankenversicherung. [§§ 19, 26 und 63 R. V. G.] Der Anspruch auf die gesetzliche Mindestleistung (§. d.) besteht mit dem Augenblick des Eintritts in die versicherungspflichtige Beschäftigung ohne Rücksicht darauf, ob die Anmeldung zur Kasse schon erfolgt ist oder nicht.

— auf Invaliden- oder Altersrente §. Feststellung derselben.

— des Lehrherrn auf Rückkehr des Lehrlings §. Zwangsmaßnahmen gegen Lehrlinge.

— auf Rückerstattung von Beiträgen zur Invalidenversicherung §. Rückerstattung derselben.

— auf Schadenersatz vor dem Gewerbe und Kaufmannsgericht §. Zuständigkeit derselben.

Anstellung von Kassenärzten auf Verfügung der Behörde §. Bestimmung des Arztes bei der Krankenversicherung.

Antrag auf Achtuhrladenschluß §. d.

— auf ärztliche Untersuchung bei der Unfallversicherung §. Feststellung der Entschädigungen bei derselben.

— auf Aufhebung des Innungszwanges §. Schließung einer Zwangsinnung.

— auf Aufnahme in ein Invalidenhaus §. Invalidenrente.

— auf Ausstellung eines Arbeitsbuchs §. Arbeitsbücher.

— auf Ausstellung einer Arbeitskarte §. Arbeitskarte.

Antrag auf Austritt aus einer Zwangskrankenkasse f. Austritt aus derselben.

- auf Befreiung von der Invalidenversicherungspflicht f. Befreiung von derselben.
- auf Befreiung von der Krankenversicherungspflicht f. Befreiung von derselben.
- auf Beitragsrückzahlung bei der Invalidenversicherung f. Rückzahlung von Beiträgen zur Invalidenversicherung.
- auf Errichtung eines Gewerbes oder Kaufmannsgerichts f. Errichtung derselben.
- auf Errichtung einer Ortskrankenkasse f. Ortskrankenkassen.
- auf Errichtung einer Zwangsinnung f. Zwangsinnungen.
- auf Erstattung von Parteikosten vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Kosten des Verfahrens vor denselben.
- auf Genehmigung einer Dampfkesselanlage f. Genehmigung von Dampfkesseln.
- auf Genehmigung gewerblicher Anlagen f. genehmigungspflichtige Anlagen.
- auf Genehmigung von Sonntagsarbeit f. Genehmigung derselben.
- auf Invaliden- oder Altersrente f. Feststellung derselben.
- auf Kapitalabfindung bei der Unfallversicherung f. Kapitalabfindung bei derselben.
- auf Kostenersatzung bei der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung f. Kostenersatzungsanträge bei derselben.
- auf Ladung der Gegenpartei vor das Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Verfahren vor demselben.
- auf Pausenverkürzung f. Pausenänderungen.
- auf Rentenerhöhung bei der Unfallversicherung f. Veränderung der Verhältnisse bei Unfallschädigungen.
- auf Überarbeit f. Überarbeit von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern.
- auf Überweisung der Unfall-, Invaliden- und Altersrente f. Auszahlung derselben.
- auf ein Verfallsurteil beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Verfallsurteil derselben.
- auf vorläufige Vollstreckbarkeit des Urteils des Gewerbes- und Kaufmannsgerichts f. vorläufige Vollstreckbarkeit desselben.

Anträge des Gewerbegerichts f. Gutachten desselben.

- des Kaufmannsgerichts. [§ 18 Abs. 2 R. G. G.] Das Kaufmannsgericht ist berechtigt, in Fragen des kaufmännischen Dienst- oder

Lehrverhältnisses Anträge an Behörden, an Vertretungen von Kommunalverbänden und an die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten oder des Reiches zu richten.

Antragsverfahren beim Schiedsgericht für die Unfallversicherung
f. Veränderung der Verhältnisse bei Unfallentschädigungen.

Anwaltszwang f. Berufung im Sinne des Gewerbegerichtsgesetzes.

Anzeige anderweiter Versicherungsverhältnisse bei der Krankenversicherung. [§ 26a Abs. II Z. 1 R. V. G.] Durch Rassenstatut kann bestimmt werden, daß die Mitglieder der Orts-, Betriebs- u. Krankenkassen verpflichtet sind, andere von ihnen eingegangene Versicherungsverhältnisse, z. B. bei einer freien Hilfskasse, sofern sie zurzeit des Eintritts in die Kasse bereits bestanden, binnen einer Woche nach dem Eintritt, sofern sie später abgeschlossen werden, binnen einer Woche nach dem Abschluß dem Rassenvorstand anzuzeigen.

- über **Außerbetriebsetzung eines Dampfkessels** f. Außerbetriebsetzung desselben.
- des **Austritts aus einer freien Innung** f. Austritt aus derselben.
- vom **Beginn eines Gewerbebetriebes** f. Errichtung eines stehenden Gewerbebetriebes.
- der **Geschäftigung von Arbeiterinnen, jugendlichen Arbeitern und Kindern** f. Anzeigen der Unternehmer.
- von **Betriebsunfällen.** [§ 63 G. U. V. G., § 70 L. U. V. G.] Von jedem, in einem versicherten Betriebe vorkommenden Unfall, durch welche eine in demselben beschäftigte Person getötet wird oder eine Körperverletzung erleidet, welche eine völlige oder teilweise Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen oder den Tod zur Folge hat, ist von dem Betriebsunternehmer bei der Ortspolizeibehörde und der Berufsgenossenschaft bezw. deren Organ schriftlich Anzeige zu erstatten. Für diese Anzeige ist ein besonderes Formular vom Reichsversicherungsamt festgesetzt.

Die Anzeige muß binnen drei Tagen nach dem Tage erfolgen, an welchem der Betriebsunternehmer bezw. dessen Stellvertreter Kenntnis von dem Unfall erhielt.

Im übrigen ist dem Versicherten anzuraten, jeden, auch den geringfügigsten Unfall, den er bei Ausübung einer versicherungspflichtigen Tätigkeit erleidet, sofort dem Betriebsunternehmer oder dessen Stellvertreter, eventl. auch der Ortspolizeibehörde anzuzeigen. Er kann dies auch durch jede andere Person tun lassen. Unterbleibt eine derartige Anzeige wegen vermeintlicher Unbedeutendheit des Unfalls, so ist es unter Umständen bei nachträglichen schweren Folgen sehr schwierig, den Unfall nachzuweisen.

Hat der Verletzte einen begründeten Entschädigungsanspruch,

so mache er ihn so bald als möglich geltend. Die Anzeige oder Untersuchung des Unfalls schützt nicht vor Verjährung.

Die Anmeldung des Entschädigungsanspruchs erfolgt bei dem zuständigen Organ der Berufsgenossenschaft. Welche das sind, (Genossenschaftsvorstand, Sektionsvorstand, Vertrauensmann, vorgesetzte Behörde) ist aus dem Aushange ersichtlich, welchen der Betriebsunternehmer in seinem Betriebe anzubringen hat.

(s. auch Feststellung der Entschädigungen bei der Unfallversicherung.)

Anzeige von Dampfkesselexplosionen s. Kesselexplosionen.

- der doppelten Krankenversicherung s. Anzeige anderweiter Versicherungsverhältnisse.
- einer Erkrankung durch Unfall s. Erkrankung durch Unfall.
- der Errichtung oder Verlegung geräuschvoller Anlagen s. Anlagen mit ungewöhnlichem Geräusch.
- der freiwilligen Weiterversicherung bei den Zwangskrankenkassen s. Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung bei der Krankenversicherung.
- von Kinderarbeit. [§ 10 R. G. G.] Sollen fremde Kinder dauernd beschäftigt werden, so hat der Arbeitgeber vor dem Beginn der Beschäftigung eine schriftliche Anzeige bei der Ortspolizeibehörde zu machen. In der Anzeige sind die Betriebsstätte des Arbeitgebers sowie die Art des Betriebes anzugeben.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf eine bloß gelegentliche Beschäftigung mit einzelnen Dienstleistungen.

Was unter fremden Kindern zu verstehen ist, s. unter Kinder im Sinne des Kinderschutzgesetzes.

Übertretungen sind strafbar (s. Strafbestimmungen des Kinderschutzgesetzes).

(Wegen der Anzeige der Beschäftigung von Kindern in Fabriken, Motorwerkstätten usw. s. Kinderarbeit und Anzeigen der Unternehmer).

- über Pausenänderungen s. d.
- über den Standort beweglicher Dampfkessel s. Veränderungen im Dampfkesselbetrieb.
- von Veränderungen im Dampfkesselbetrieb s. Veränderungen desselben.
- des Wechsels in der Person des Betriebsunternehmers bei der Unfallversicherung s. Wechsel desselben.

Anzeigen der Unternehmer. Nachstehend sind die wesentlichsten Bestimmungen über die den Gewerbeunternehmern obliegenden Anzeigepflichten zusammengestellt:

[§ 14 G. D.] Zunächst ist von der Errichtung jedes stehenden Gewerbebetriebes der zuständigen Behörde, das ist in der Regel die Gemeindebehörde, schriftlich Anzeige zu erstatten.

Weiter ist, und zwar immer der Ortspolizeibehörde, anzuzeigen:

[§ 138 G. D.] Die Beschäftigung von Kindern, jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen in Fabriken vor Beginn derselben.

In der schriftlichen Anzeige sind die Fabrik, die Wochentage, an welchen die Beschäftigung stattfinden soll, Beginn und Ende der Arbeitszeit und der Pausen, sowie die Art der Beschäftigung anzugeben. Soll in diesen Verhältnissen eine Verschiebung eintreten (Verlegung des Betriebes, Änderung der Arbeitszeit und der Pausen, Wechsel der Beschäftigung), so darf sie, abgesehen von Verschiebungen, welche durch Ersetzung behinderter Arbeiter für einzelne Arbeitsschichten notwendig werden, erst erfolgen, wenn eine entsprechende weitere Anzeige an die Behörde gemacht ist.

Für Motorwerkstätten mit 10 und mehr Arbeitern gilt das gleiche.

In Motorwerkstätten mit weniger als 10 Arbeitern ist, wenn jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden sollen, vorher nur eine schriftliche Anzeige über die Lage der Werkstätte und die Art des Betriebes erforderlich. Anzeigen über Veränderungen werden nicht verlangt.

Bei Motorwerkstätten des Handwerks (s. Motorwerkstätten) fällt bezügl. männlicher jugendlicher Arbeiter auch diese Anzeigepflicht fort.

In Konfektionswerkstätten (s. d.) ist ebenfalls nur eine Anzeige über die Lage der Werkstätte und die Art des Betriebes, nicht aber bei Veränderungen der Arbeitszeiten und Pausen notwendig.

[§ 10 R. S. G.] In den dem Kinderschutzgesetz unterliegenden Gewerken (s. Kinderarbeit) ist die Beschäftigung fremder Kinder vor Beginn schriftlich der Ortspolizeibehörde anzuzeigen. In der Anzeige sind die Betriebsstätte des Arbeitgebers sowie die Art des Betriebes anzugeben.

Bei einer bloß vorübergehenden Beschäftigung mit einzelnen Dienstleistungen ist eine Anzeige jedoch nicht notwendig.

Anzeigepflicht der eingeschriebenen Hilfskassen s. d.

- bei gewerblichen Anlagen s. Errichtung eines stehenden Gewerbebetriebes.
- des Innungsvorstandes. [§ 92a G. D.] Der Vorstand hat über jede Änderung in seiner Zusammensetzung und über das Wahl-

ergebnis der Aufsichtsbehörde binnen einer Woche Anzeige zu erstatten.

Ist die Anzeige unterblieben, so kann dritten Personen die Änderung nur dann entgegengehalten werden, wenn bewiesen wird, daß sie diesen bekannt war.

Arbeiter im Sinne des Gewerbeverordnungs-Gesetzes. [§ 3 G. G. G.] Als solche gelten diejenigen Gesellen, Gehülfen, Fabrikarbeiter und Lehrlinge, auf welche der Titel VII. der G. D. Anwendung findet (s. gewerblicher Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung).

Ferner gelten als Arbeiter Betriebsbeamte, Werkmeister und mit höheren Dienstleistungen betraute Angestellte, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 Mark nicht übersteigt.

Danach können vor dem Gewerbegericht nicht Recht suchen:

3. B. land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, Gehülfen und Lehrlinge in Handlungsgärtnereien, deren Betrieb sich in der Hauptsache auf die Gewinnung von Naturerzeugnissen erstreckt, Gesinde, sofern es nicht hauptsächlich im Gewerbebetrieb tätig ist, Arbeiter im Betriebe von Verkehrsanstalten, Arbeiter in Reichs- und Staatsbetrieben, die Handlungsgehülfen und Lehrlinge (für diese bestehen die Kaufmannsgerichte), die Schiffsmannschaften, die Bergarbeiter (für diese bestehen die Berggewerbegerichte) u. s. w.

— im Sinne der Gewerbeordnung s. Gewerblicher Arbeiter.

— im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes s. Invalidenversicherungspflicht.

Arbeiterausschüsse. Die Gewerbeordnung schreibt die Errichtung von Arbeiterausschüssen zwar nicht vor, begünstigt sie jedoch durch die Einräumung gewisser Befugnisse.

Arbeiterausschüsse sollen zwischen Unternehmern und Arbeitern eine vermittelnde Rolle spielen, sie sollen, auf das Vertrauen der letzteren gestützt, deren Interessen dem Arbeitgeber gegenüber wahrnehmen und diesem Gelegenheit geben, die Wünsche seiner Arbeiter zu erfahren und Streitigkeiten mit ihnen auf friedlichem Wege zu erledigen. Namentlich soll der Arbeiterausschuß auch bei Erlaß der Arbeitsordnung, sowie von Nachträgen und Ergänzungen zu derselben mitwirken. Leider ist die Bedeutung der Arbeiterausschüsse zur Zeit erst eine geringe; sie werden ihren dem sozialen Frieden dienenden Zweck nur da erfüllen, wo der Unternehmer ihnen einen gewissen Spielraum und größere Selbstständigkeit zuweist.

[§ 134h G. D.] Als ständige Arbeiterausschüsse gelten unter anderem:

1. diejenigen Vorstände der Betriebs- (Fabrik-) krankenkassen

oder anderer für die Arbeiter der Fabrik bestehenden Rassen-
einrichtungen, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit von den
Arbeitern aus ihrer Mitte gewählt sind;

2. solche Vertretungen, deren Mitglieder in ihrer Mehrzahl von
den volljährigen Arbeitern der Fabrik oder der betreffenden
Betriebsabteilungen aus ihrer Mitte in unmittelbarer und
geheimer Wahl gewählt werden. Die Wahl der Vertreter
kann auch nach Arbeiterklassen oder nach besonderen Ab-
teilungen des Betriebes erfolgen.

Arbeiterinnen. Als Arbeiterinnen kommen hier nur die erwachsenen
Arbeiterinnen über 16 Jahre in Betracht; für jugendliche
Arbeiterinnen gelten bis auf geringe Ausnahmen in Motorwerk-
stätten des Handwerks (s. Motorwerkstätten) die gleichen Be-
stimmungen wie für jugendliche Arbeiter (s. d.). Jedoch gilt be-
züglich des Arbeitschlusses an den Vorabenden der Sonn- und
Festtage (s. Sonnabendarbeitschluß) das gleiche für jugendliche
und erwachsene Arbeiterinnen.

Nicht als Arbeiterinnen in diesem Sinne gelten diejenigen
weiblichen Personen, welche als Betriebsbeamtinnen, Direktorinnen
u. s. w. in leitenden oder Aufsichtsstellungen sich befinden. Für
sie kommen die für Betriebsbeamte (s. d.) geltenden Vorschriften
in Betracht.

[§ 137 G.D.] Arbeiterinnen dürfen in Fabriken nicht in
der Nachtzeit von 8 $\frac{1}{2}$ Uhr abends bis 5 $\frac{1}{2}$ Uhr morgens und
am Sonnabend sowie an Vorabenden der Festtage nicht nach
5 $\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags beschäftigt werden.

Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahren darf
die Dauer von 11 Stunden täglich, an den Vorabenden der
Sonn- und Festtage von 10 Stunden nicht überschreiten.

Zwischen den Arbeitsstunden muß den Arbeiterinnen eine
mindestens einstündige Mittagspause gewährt werden.

Arbeiterinnen über 16 Jahre, welche ein Hauswesen zu be-
sorgen haben, sind auf ihren Antrag eine halbe Stunde vor der
Mittagspause zu entlassen, sofern diese nicht mindestens ein und
eine halbe Stunde beträgt.

Wöchnerinnen dürfen während 4 Wochen nach ihrer Nieder-
kunft überhaupt nicht und während der folgenden 2 Wochen nur
beschäftigt werden, wenn das Zeugnis eines approbierten Arztes
dies für zulässig erklärt.

Abweichungen von diesen Bestimmungen s. unter Ausnahmen
der Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und
Überarbeit von Arbeiterinnen.

[§ 138 G.D.] Sollen Arbeiterinnen in Fabriken und
diesen gleichgestellten Anlagen beschäftigt werden, so hat der

Arbeitgeber vor dem Beginn der Beschäftigung der Ortspolizeibehörde eine schriftliche Anzeige zu machen (s. auch Anzeigen der Unternehmer).

In der Anzeige sind die Fabrik, die Wochentage, an welchen die Beschäftigung stattfinden soll, Beginn und Ende der Arbeitszeit und der Pausen, sowie die Art der Beschäftigung anzugeben. Eine Änderung hierin darf, abgesehen von Verschiebungen, welche durch Ersetzung behinderter Arbeiterinnen für einzelne Arbeitsschichten notwendig werden, nicht erfolgen, bevor der Behörde eine entsprechende weitere Anzeige gemacht ist.

Der Arbeitgeber hat dafür zu sorgen, daß in sämtlichen Arbeitsräumen, in welchen Arbeiterinnen beschäftigt werden, eine Tafel ausgehängt ist, welche in der von der Landeszentralbehörde zu bestimmenden Fassung und in deutlicher Schrift einen Auszug aus den Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen enthält.

Die Tafeln sind im Handel käuflich zu haben (s. auch Auszüge in Arbeitsräumen).

In Bergwerken, unterirdisch betriebenen Gruben und Bräuen dürfen Arbeiterinnen nicht unter Tage beschäftigt werden.

Für Motorwerkstätten gelten im allgemeinen die gleichen Bestimmungen wie für Fabriken, nur ändern sich die Auszüge entsprechend (s. Auszüge in Arbeitsräumen). Ausnahmen bestehen jedoch für die Motorwerkstätten mit weniger als 10 Arbeitern bezüglich der dort ohne weiteres gestatteten Überarbeit an 40 Wochentagen des Jahres (s. Überarbeit von Arbeiterinnen).

Weiter gelten in Badeanstalten mit Motoren und mit weniger als 10 Arbeitern für die Arbeiterinnen, die mit der Bereitung der Bäder und der Bedienung des Publikums beschäftigt sind, nur die Bestimmungen über Wöchnerinnen und über die Mittagspause.

Für Werkstätten mit Wasserbetrieb besteht nur das Verbot der Nacharbeit, die Vorschrift über Wöchnerinnen und die Bestimmung, daß Arbeiterinnen, die ein Hauswesen zu besorgen haben, auf ihren Antrag $\frac{1}{2}$ Stunde vor der Mittagspause zu entlassen sind, sofern diese nicht mindestens $1\frac{1}{2}$ Stunden beträgt.

In Getreidemühlen mit Motorkraft (ausgenommen Dampfkraft) und in Windmühlen, ferner in den mit Motoren betriebenen Bäckereien und Konditoreien gilt ebenfalls nur vorstehende Vorschrift für die Mittagspause und der Wöchnerinnenschutz. Getreidemühlen mit Dampfkraft rangieren, sofern sie nicht als Fabriken angesehen werden, bezüglich der Beschäftigung von Arbeiterinnen mit den gewöhnlichen Motorwerkstätten.

In Konfektionswerkstätten, Damenmaßschneidereien

und Fußstuben, auch wenn sie motorische Kraft haben, gelten die gleichen Bestimmungen wie für Fabriken, nur ist ohne weiteres Überarbeit an 60 Tagen im Jahr erlaubt (§. Überarbeit von Arbeiterinnen).

Bezüglich der Anzeigen und Aushänge §. Anzeigen der Unternehmer und Aushänge in Arbeitsräumen.

Wegen Übertretungen und Vergehen gegen die Bestimmungen §. Strafbestimmungen der Gewerbeordnung.

Arbeiterschiedsgericht §. Schiedsgericht.

Arbeiterschutz. Unter Arbeiterschutz im weiteren Sinne versteht man alle die gesetzgeberischen Maßnahmen, die bezwecken, den Arbeiter vor den körperlichen, geistigen und wirtschaftlichen Schädigungen seines Berufs, die ihm so zahlreich drohen, nach Möglichkeit zu bewahren. Außer der Gewerbeordnung nebst den auf Grund derselben erlassenen Verordnungen und Vorschriften, sowie dem Kinderschutzgesetz kommen insbesondere in Betracht die Arbeiterversicherungs- und die Gewerbegerichts-gesetze.

Der Arbeiterschutz im engeren Sinne begreift aber nur die Vorschriften zum Schutz der Arbeiter vor Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit in sich und ist unter „Schutz der Arbeiter vor Gefahren“ besprochen.

Arbeiterschutzgesetz. Als eigentliches Arbeiterschutzgesetz bezeichnet man in der Regel die Novelle zur Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891, die den wesentlichsten Inhalt des Titels VII der Gewerbeordnung ausmacht. Arbeiterschutzgesetze im weiteren Sinne sind auch die Arbeiterversicherungsgesetze, das Gewerbegerichts-gesetz, das Gesetz über die Kaufmannsgerichte, das Kinderschutzgesetz und manche Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (§. auch Arbeiterschutz).

Arbeiterstatistik. Für die Ausführung statistischer Erhebungen über die Arbeitszeiten usw. der Arbeiter in bestimmten Gewerben, insbesondere zur Vorbereitung von auf Grund der §§ 120a und 139a der Gewerbeordnung zu erlassenden Bundesratsverordnungen ist am Kaiserlich statistischen Amt eine Abteilung für Arbeiterstatistik eingerichtet, der der Beirat für Arbeiterstatistik, zur Hälfte aus Reichstagsmitgliedern, zur anderen Hälfte aus Kommissaren des Bundesrats bestehend, zur Unterstützung und Anregung zur Seite steht.

Arbeiterversicherung. Als solche bezeichnet man das ganze Gebiet der reichsgesetzlichen Invaliden-, Alters-, Unfall- und Krankenversicherung (Arbeiterversicherungsgesetzgebung). Sie soll dazu beitragen, das Wohl der Arbeiter zu fördern, den wirtschaftlich Schwachen in seiner Lage zu stützen und die Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern zu mildern. Sie gibt den Ver-

sicherten einen öffentlich-rechtlichen Anspruch auf Fürsorge und schützt sie davor, daß sie der Armenpflege anheimfallen. Der Ausgangspunkt für dieses Werk sozialer Fürsorge, mit dem Deutschland noch immer an der Spitze der Kulturnationen steht, war die bekannte „Kaiserliche Botschaft v. 17. November 1891“.

Arbeitgeber im Sinne des Gewerbevertragsgesetzes. [§ 16 G. G. G.] Als Arbeitgeber gelten diejenigen selbständigen Gewerbetreibenden, welche mindestens einen Arbeiter das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen. Den Arbeitgebern stehen die mit der Leitung eines Gewerbebetriebes oder eines bestimmten Zweiges desselben betrauten Stellvertreter gleich, sofern sie nicht nach dem Gesetz als Arbeiter gelten, also nicht Betriebsbeamte, Werkmeister usw. sind, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 Mark nicht übersteigt.

Inwieweit Hausgewerbetreibende als Arbeitgeber oder als Arbeiter wahlberechtigt und wählbar sind, wird durch das Statut bestimmt.

Arbeitgeberbeiträge zur Invalidenversicherung s. Entrichtung der Beiträge zu derselben.

Arbeitsbücher. [§ 107 G. D.] Minderjährige Personen (also Personen unter 21 Jahren) bedürfen nach Entlassung aus der Schule, um als gewerbliche Arbeiter oder Arbeiterinnen beschäftigt zu werden, eines Arbeitsbuches. Ausgenommen sind nur Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge sowie Gehülfen und Lehrlinge in Apotheken, dagegen nicht minderjährige Werkmeister, Betriebsbeamte, Techniker. Der Arbeitgeber hat die Pflicht, bei Annahme solcher Arbeiter das Arbeitsbuch einzufordern. Er ist verpflichtet, dasselbe zu verwahren, auf amtliches Verlangen (also dem Polizei- oder Gewerbeaufsichtsbeamten) vorzulegen und nach rechtmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses wieder auszuhandigen.

Die Aushändigung erfolgt an den Vater oder Vormund, wenn diese es verlangen, oder der Arbeiter das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, anderenfalls an den Arbeiter selbst. Mit Genehmigung der Gemeindebehörde kann die Aushändigung auch an die Mutter oder an sonstige Angehörige des Arbeiters geschehen oder auch an den Arbeiter selbst, wenn dieser auch noch nicht 16 Jahre alt ist.

Kinder, die noch zum Besuch der Volksschule verpflichtet sind, brauchen, wenn sie gewerbliche Arbeit verrichten, kein Arbeitsbuch, dagegen meistens eine Arbeitskarte (s. d.).

[§ 108 G. D.] Das Arbeitsbuch wird auf Antrag oder mit Zustimmung des Vaters oder Vormundes von der Polizei-

behörde des letzten dauernden deutschen Aufenthaltsortes kosten- und stempelfrei ausgestellt. Ist die Erklärung des Vaters oder Vormundes nicht zu beschaffen, oder verweigern diese die Zustimmung ohne genügenden Grund und zum Nachteil des Arbeiters, so kann die Gemeindebehörde statt dessen die Zustimmung erteilen.

Vor der Ausstellung ist nachzuweisen, daß der Arbeiter zum Besuch der Volksschule nicht mehr verpflichtet ist, und glaubhaft zu machen, daß bisher ein Arbeitsbuch für ihn noch nicht ausgestellt war.

In Preußen haben die Arbeitsbücher für männliche Arbeiter einen blauen, für weibliche einen braunen Umschlag.

[§ 109 G. D.] Wenn ein Arbeitsbuch vollständig ausgefüllt oder nicht mehr brauchbar, wenn es verloren gegangen oder vernichtet ist, so wird an Stelle desselben von der Polizeibehörde ein neues Arbeitsbuch ausgestellt. Ausgefüllte oder unbrauchbar gewordene Arbeitsbücher werden außerdem durch einen amtlichen Vermerk geschlossen.

Wird ein Arbeitsbuch an Stelle eines nicht mehr brauchbaren, eines verloren gegangenen oder vernichteten Arbeitsbuches ausgestellt, so wird dies darin vermerkt. In solchen Fällen kann auch eine Gebühr bis zu 50 Pf. erhoben werden.

[§ 110 G. D.] Das Arbeitsbuch muß den Namen des Arbeiters, Ort, Jahr und Tag seiner Geburt, Namen und letzten Wohnort seines Vaters oder Vormundes und die Unterschrift des Arbeiters enthalten. Die Ausstellung erfolgt mit Siegel und Unterschrift der Behörde.

[§ 111 G. D.] Der Arbeitgeber hat bei Eintritt des Arbeiters die Zeit des Eintritts und die Beschäftigungsart, am Ende des Arbeitsverhältnisses die Zeit des Austritts und, sofern die Beschäftigung des Arbeiters Änderungen erfahren hat, die letzte Beschäftigungsart einzutragen.

Die Eintragungen sind mit Tinte zu bewirken und von dem Arbeitgeber oder dem dazu bevollmächtigten Betriebsleiter zu unterzeichnen. Sie dürfen nicht mit einem Merkmale versehen werden, welches den Inhaber des Arbeitsbuches, sei es nun zu seinen Gunsten oder zu seinem Nachteil, kennzeichnet.

Auch ist die Eintragung eines Urteils über die Führung oder die Leistungen des Arbeiters oder irgendwie sonstiger Vermerke, die das Gesetz nicht vorschreibt, unzulässig. Zuwiderhandlungen sind strafbar (s. Strafbestimmungen der Gewerbeordnung).

Auf Antrag des Arbeiters hat die Ortspolizeibehörde die Eintragung kosten- und stempelfrei zu beglaubigen.

[§ 112 G. D.] Ist das Arbeitsbuch bei dem Arbeitgeber

unbrauchbar geworden, verloren gegangen oder vernichtet, oder sind von dem Arbeitgeber unzulässige Merkmale, Eintragungen, Vermerke in oder an dem Arbeitsbuche gemacht, oder wird von dem Arbeitgeber ohne rechtmäßigen Grund die Aushändigung des Arbeitsbuches verweigert, so kann die Ausstellung eines neuen Arbeitsbuches auf Kosten des Arbeitgebers beansprucht werden.

Die Zurückbehaltung des Arbeitsbuches bei Kontraktbruch ist zulässig.

Ein Arbeitgeber, der das Arbeitsbuch seiner gesetzlichen Verpflichtung zuwider nicht rechtzeitig aushändigt, oder die vorschriftsmäßige Eintragungen zu machen unterlassen oder unzulässige Merkmale, Eintragungen oder Vermerke gemacht hat, ist dem Arbeiter entschädigungspflichtig. Der Anspruch auf Entschädigung erlischt, wenn er nicht innerhalb 4 Wochen nach seiner Entstehung im Wege der Klage oder der Einrede geltend gemacht wird.

Die Klage ist beim Gewerbegericht oder, wenn der Arbeitgeber Mitglied einer Innung ist, beim Innungsschiedsgericht, bei Lehrlingen bei der Innung selbst anzubringen.

Arbeitsdauer s. Arbeitszeit.

Arbeitseinstellung s. Koalitionsrecht.

Arbeitskarte. [§ 11 R. S. G.] Die Vorschriften gelten nur für die Beschäftigung fremder Kinder (s. Kinder im Sinne des Kinderschutzgesetzes).

Die Beschäftigung eines Kindes ist nicht gestattet, wenn dem Arbeitgeber nicht zuvor für dasselbe eine Arbeitskarte eingehändigt ist. Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf eine bloß gelegentliche Beschäftigung mit einzelnen Dienstleistungen.

Die Arbeitskarten werden auf Antrag oder mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters durch die Ortspolizeibehörde desjenigen Ortes, an welchem das Kind zuletzt seinen dauernden Aufenthaltsort gehabt hat, kosten- und stempelfrei ausgestellt; ist die Erklärung des gesetzlichen Vertreters nicht zu beschaffen, so kann die Gemeindebehörde die Zustimmung ergänzen. Die Karten haben den Namen, Tag und Jahr der Geburt des Kindes, sowie den Namen, Stand und Wohnort des gesetzlichen Vertreters zu enthalten.

Der Arbeitgeber hat die Arbeitskarte zu verwahren, auf amtliches Verlangen vorzulegen und nach rechtmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses dem gesetzlichen Vertreter wieder auszuhändigen. Ist die Wohnung des gesetzlichen Vertreters nicht zu ermitteln, so erfolgt die Aushändigung der Arbeitskarte an die Ortspolizeibehörde.

Zu widerhandlungen sind strafbar (s. Strafbestimmungen des Rinderschutzgesetzes).

Für Streitigkeiten hinsichtlich der Arbeitskarte sind die Gewerbe gerichte zuständig.

Die zuständigen Polizeibehörden können auf Antrag oder nach Anhörung der Schulaufsichtsbehörde die Arbeitskarte entziehen und die Ausstellung einer neuen Karte verweigern, wenn bei der zulässigen Beschäftigung der Kinder erhebliche Mißstände zu Tage getreten sind.

Arbeitslohn s. Lohn im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Arbeitslosigkeit wegen Unfalls s. Unfallrente.

Arbeitsordnungen in Fabriken. Die Bestimmungen über die Arbeitsordnungen gelten auch für die den Fabriken gleichgestellten Anlagen. Es sind das Hüttenwerke, Zimmerplätze und andere Bauhöfe, Werften, endlich solche Ziegeleien, über Tage betriebene Brüche und Gruben, die nicht bloß vorübergehend und in geringem Umfange betrieben werden.

(s. auch Zweck der Arbeitsordnung.)

[§ 134a G. D.] Für jede Fabrik, in welcher in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden, ist eine Arbeitsordnung zu erlassen. Vorübergehend angenommene Arbeiter, Werkmeister, Betriebsbeamte usw. zählen dabei nicht mit. Für einzelne Betriebsabteilungen oder Arbeitergruppen können besondere Arbeitsordnungen erlassen werden.

Auch den Inhabern kleinerer Fabriken, deren Arbeiter die Zahl 20 nicht erreichen, ist es unter Umständen zu empfehlen, zur Klarstellung der gegenseitigen Rechte und Pflichten und zur Vermeidung von Streitigkeiten Arbeitsordnungen festzusetzen.

Der Erlaß erfolgt durch Aushang (s. d.).

Die Arbeitsordnung muß den Zeitpunkt, mit welchem sie in Wirksamkeit treten soll (s. Inkrafttreten der Arbeitsordnung), angeben und von demjenigen, welcher sie erläßt, unter Angabe des Datums unterzeichnet sein.

[§ 134b G. D.] Die Arbeitsordnung muß Bestimmungen enthalten:

1. über Anfang und Ende der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit, sowie der für die erwachsenen Arbeiter vorgesehenen Pausen. Solche sind gesetzlich für die männlichen erwachsenen Arbeiter nicht bestimmt, wohl aber für die Arbeiterinnen, denen eine mindestens einstündige Mittagspause zu gewähren ist (s. Pausen). Es empfiehlt sich auch die Arbeitszeiten und Pausen der jugendlichen Arbeiter mit in die Arbeitsordnung aufzunehmen, ferner die Bedingungen anzugeben, unter welchen ausnahmsweise Abweichungen von der regelmäßigen Dauer

und Lage der Arbeitszeiten der erwachsenen Arbeiter stattfinden sollen.

Bei manchen Gewerben, namentlich solchen, welche im Freien betrieben werden und von Jahreszeit und Wetter abhängig oder einem sehr unregelmäßigen Wechsel zwischen Ruhe und Arbeitszeit unterworfen sind (Bauhöfe, Zimmerplätze, Steinbrüche, Brauereien, Mälzereien, Transportgewerbe), wird eine genaue Festsetzung des Beginns und Endes der Arbeitszeit nicht immer möglich sein. Hier wird als genügend zu erachten sein, wenn eine bestimmte Grenze in der Arbeitsordnung angegeben wird, welche nicht überschritten werden darf.

Durch besonderen Arbeitsvertrag können mit einzelnen Arbeitern über Beginn und Ende der Arbeitszeiten und Pausen von der Arbeitsordnung abweichende Vereinbarungen geschaffen werden.

2. über Zeit und Art der Abrechnung (s. d.) und Lohnzahlung (s. d.) mit der Maßgabe, daß die regelmäßige Lohnzahlung nicht am Sonntage stattfinden darf. Ausnahmen können von der unteren Verwaltungsbehörde zugelassen werden.

Die Angaben über Zeit und Art der Abrechnung und Lohnzahlung sind möglichst genau zu machen; gerade hiergegen wird häufig gefehlt. Dagegen sind Angaben über die Höhe der Löhne nicht notwendig.

3. sofern es nicht bei den gesetzlichen Bestimmungen bewenden soll, über die Frist der zulässigen Aufkündigung (s. Kündigung im Gewerbe) sowie über die Gründe, aus welchen die Entlassung und der Austritt aus der Arbeit ohne Aufkündigung erfolgen darf. Sofern also eine für alle Arbeiter geltende anderweitige Regelung der Kündigungsfristen in Aussicht genommen ist, muß diese in der Arbeitsordnung enthalten sein. Abweichende Vereinbarungen über die Kündigungsfrist mit einzelnen Arbeitern können durch speziellen Arbeitsvertrag erfolgen, jedoch immer mit der Maßgabe, daß die Kündigungsfristen für beide Teile gleich sein müssen. Außer den gesetzlichen Gründen für Austritt und Entlassung aus der Arbeit ohne Kündigung können noch andere Gründe in die Arbeitsordnung aufgenommen werden, jedoch finden sie ihre Grenze darin, daß sie nicht gegen das Gesetz oder die guten Sitten verstoßen dürfen.
4. sofern Strafen vorgesehen werden, über die Art und Höhe derselben, über die Art ihrer Festsetzung und, wenn sie in Geld bestehen, über deren Einziehung und über den Zweck, für welchen sie verwendet werden sollen (s. Strafgehalte). Aber Art und Höhe derjenigen Strafen, die nicht in Geldstrafen

bestehen, sagt das Gesetz nichts, jedoch dürfen sie nicht gegen das Ehrgefühl und die guten Sitten verstoßen.

5. sofern eine Verwirkung (§. d.) von Lohnbeträgen durch die Arbeitsordnung oder den Arbeitsvertrag stattfinden soll, über die Verwendung der verwirkten Beträge.

Dem Besitzer der Fabrik bleibt es überlassen, neben den oben genannten Bestimmungen noch weitere die Ordnung des Betriebes und das Verhalten der Arbeiter im Betriebe betreffende Vorschriften in die Arbeitsordnung aufzunehmen. Mit Zustimmung eines ständigen Arbeitsausschusses (§. d.) können in die Arbeitsordnung Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter bei Benutzung der zu ihrem Besten getroffenen, mit der Fabrik verbundenen Einrichtungen sowie Vorschriften über das Verhalten der minderjährigen Arbeiter außerhalb des Betriebes aufgenommen werden.

Für großjährige Arbeiter sind derartige Bestimmungen aber ausgeschlossen.

[§ 134c G. D.] Der Inhalt der Arbeitsordnung ist, soweit er den Gesetzen nicht zuwiderläuft, für die Arbeitgeber und Arbeiter rechtsverbindlich.

Andere als die in der Arbeitsordnung oder im Gesetz vorgesehenen Gründe der Entlassung (§. d.) und des Austritts (§. d.) aus der Arbeit dürfen im Arbeitsvertrage nicht vereinbart werden. Andere als die in der Arbeitsordnung vorgesehenen Strafen dürfen über den Arbeiter nicht verhängt werden. Sie sind ohne Verzug festzusetzen und dem Arbeiter zur Kenntnis zu bringen (§. auch Erlaß der Arbeitsordnung).

Arbeitsordnungen in offenen Verkaufsstellen. [§ 139k G. D.] Für jede offene Verkaufsstelle (§. d.), in welcher in der Regel mindestens 20 Gehülfen und Lehrlinge (Arbeiter zählen nicht mit) beschäftigt werden, ist innerhalb 4 Wochen nach der Eröffnung des Betriebes eine Arbeitsordnung zu erlassen.

Vorübergehend oder aushülfweise eingestellte Gehülfen kommen nicht mit in Betracht.

Auf den Erlaß, Inhalt, Inkrafttreten, Aushang, Änderungen der Arbeitsordnung finden die Bestimmungen für Fabriken Anwendung §. daher Erlaß, Inhalt, Inkrafttreten, Aushang usw. der Arbeitsordnung.

Die Prüfung der Arbeitsordnungen in offenen Verkaufsstellen geschieht lediglich durch die Ortspolizeibehörde; dieser ist auch auf Erfordern das Verzeichnis der verhängten Geldstrafen (§. Strafgeleider) vorzulegen.

Andere als die in der Arbeitsordnung und im Gesetz vorgesehenen Gründe der Entlassung und des Austritts aus der

Arbeit dürfen im Arbeitsvertrage nicht vereinbart werden (§. Entlassung und Austritt von Handlungsgehilfen).

(§. auch Strafbestimmungen der Gewerbeordnung).

Arbeitspausen f. Pausen.

Arbeitsräume im Sinne der Gewerbeordnung sind nicht nur die eigentlichen Betriebsräume, sondern auch Treppen, Höfe, Speiseräume, Abortanlagen, unter Umständen auch die Schlafräume.

(§. auch Werkstätte im Sinne der Gewerbeordnung und des Kinderschutzgesetzes).

Arbeitsstag im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes. Als Arbeitstage können auch Sonn- und Festtage in Betracht kommen, wenn an solchen Tagen der Versicherte nach der Art seiner versicherungspflichtigen Tätigkeit gearbeitet haben würde.

Arbeitsleistung f. Fabrik im Sinne der Gewerbeordnung.

Arbeitsverdienst als Maßstab bei der Krankenversicherung f. durchschnittlicher Tagelohn und wirklicher Arbeitsverdienst im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes.

— **bei der Unfallversicherung** f. Jahresarbeitsverdienst im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes.

Arbeitsvertrag. Der Arbeitsvertrag ist ein Dienstvertrag (§. d.) im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches. Soweit also nicht die besonderen Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Handelsgesetzbuches den Arbeitsvertrag regeln, greifen die allgemeinen Vorschriften der §§ 611 bis 630 des Bürgerlichen Gesetzbuches Platz.

In der Gewerbeordnung heißt es: [§ 105 G. O.] Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern ist, vorbehaltlich der durch Reichsgesetz begründeten Beschränkungen, Gegenstand freier Übereinkunft.

Die Beschränkungen sind insbesondere die Bestimmungen über die Sonntagsruhe, die Lohnzahlung, die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in Fabriken usw.

Aber die Form des Arbeitsvertrages enthält das Gesetz keine Bestimmungen. Er kann also nach Maßgabe des § 151 B. G. B. stillschweigend und vollständig formlos abgeschlossen werden.

[§ 126 b G. O.] Eine Ausnahme bildet der Lehrvertrag (§. d.) der Lehrlinge im Handwerk und in Fabriken, welcher schriftlich abgeschlossen werden muß. Ob derselbe ohne Wahrung dieser Form nichtig ist, erscheint zweifelhaft. Jedenfalls hat die mangelnde Form Strafbarkeit des Lehrherrn, Verlust des Antragsrechts auf Rückkehr des Lehrlings, welcher grundlos die Lehre verlassen hat, und für beide Teile Verlust des Entschädigungsanspruchs wegen vorzeitiger Beendigung des Lehrverhältnisses

zur Folge. [§ 79 H. G. B.] Letzterer Nachteil entsteht bei mangelnder Schriftform auch für den Prinzipal des Handlungslehrlings.

Für den Arbeitsvertrag von Handlungsgehilfen gilt folgende Vorschrift:

[§ 59 H. G. B.] Wer in einem Handelsgewerbe zur Leistung kaufmännischer Dienste gegen Entgelt angestellt ist (Handlungsgehilfe), hat, soweit nicht besondere Vereinbarungen über die Art und den Umfang seiner Dienstleistungen oder über die ihm zukommende Vergütung getroffen sind, die dem Ortsgebrauch entsprechenden Dienste zu leisten sowie die dem Ortsgebrauch entsprechende Vergütung zu beanspruchen. In Ermangelung eines Ortsgebrauchs gelten die den Umständen nach angemessenen Leistungen als vereinbart.

Arbeitswoche im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes f. Beitragswoche.

Arbeitszeit. Bei der Berechnung der Arbeitszeit sind die Pausen nicht mitzuzählen (f. auch Beschäftigungszeit).

Die Arbeitszeit der erwachsenen männlichen Arbeiter ist, abgesehen von bestimmten Gewerben, für die der Bundesrat besondere Vorschriften erlassen hat (f. Bekanntmachungen des Bundesrats für besondere Gewerbe), an Wochentagen überhaupt keinen Beschränkungen unterworfen, desgl. sind für sie keine Pausen vorgeschrieben. In der gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitsordnung müssen jedoch auch für erwachsene männliche Arbeiter die regelmäßigen Arbeitszeiten und Pausen angegeben werden (f. Erlaß der Arbeitsordnung).

Wegen der erlaubten Arbeitszeit für Kinder, jugendliche Arbeiter und Frauen f. Kinderarbeit, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen.

Arbeitszettel f. Lohnbücher.

Arbeitszeugnisse f. Zeugnisse.

Armenrecht vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Wie im Zivilprozeß, so kann auch im Verfahren vor dem Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) eine Partei, die nicht im Stande ist, ohne Beeinträchtigung des für sie und ihre Familie notwendigen Unterhalts die Kosten des Prozesses zu bestreiten, das Armenrecht beantragen. Jedoch darf die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht mutwillig oder aussichtslos erscheinen.

Arrest f. Zwangsvollstreckung nach dem Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz.

Art der Abrechnung f. Abrechnung des Lohnes.

Arten der Krankenversicherung. Man hat zu unterscheiden:

1. Gemeindegemeinschaftenversicherung;
2. Ortskrankenkassen;
3. Betriebs-(Fabrik-)krankenkassen;
4. Baukrankenkassen;
5. Innungskrankenkassen;
6. Knappschaftskassen;
7. Eingeschriebene Hilfskassen;

Ziffer 2—6 sind sogenannte Zwangskassen.

Das Nähere s. bei den einzelnen Bezeichnungen.

Ärztliche Untersuchung bei freiwilliger Krankenversicherung s. freiwillige Krankenversicherung.

- — **des Unfallverletzten.** Zur Feststellung des Eintritts einer Änderung im Zustande eines Rentenempfängers kann die Berufsgenossenschaft die ärztliche Untersuchung oder Beobachtung im Krankenhause anordnen.

Widersteht sich der Verletzte grundlos dieser Anordnung, so hat er sich die daraus für ihn entspringenden nachteiligen Folgen bei der Beurteilung der Verhältnisse selbst zuzuziehen.

Ärztliches Zeugnis bei Anspruch auf Invalidenrente s. Feststellung derselben.

- — **für Wöchnerinnen** s. Wöchnerinnenarbeit.

Aufbewahrung des Arbeitsbuches s. d.

- **des Revisionsbuches eines Dampfkessels** s. Revisionsbuch.

Aufenthaltsräume für jugendliche Arbeiter. Während der Pausen soll den jugendlichen Arbeitern im allgemeinen der Aufenthalt in den Arbeitsräumen nicht gestattet sein, vielmehr sind ihnen besondere Aufenthaltsräume anzuweisen. Wo deren Beschaffung aber mit unverhältnismäßig großen Schwierigkeiten und Kosten verbunden ist, kann, namentlich bei kleineren Betrieben, von dieser Forderung Abstand genommen werden.

Auferlegung des Eides vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht s. Eide vor denselben.

Aufforderung zur Anbringung von Einwänden gegen die Errichtung eines Gewerbebetriebes s. genehmigungspflichtige Anlagen.

Aufgaben der Beauftragten der Innungen s. Beauftragte derselben.

- **des Gesellenauschusses** s. d.

- **der Handwerkskammern** s. d.

- **der Innungen.** [§ 81a G. D.] Aufgabe der Innung ist:

1. die Pflege des Gemeingeistes, sowie die Aufrechterhaltung und Stärkung der Standesehre unter den Innungsmitgliedern (s. d.);

2. die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen (Gehülfe), sowie die Fürsorge für das Herbergswesen und den Arbeitsnachweis;
3. die nähere Regelung des Lehrlingswesens und die Fürsorge für die technische, gewerbliche und sittliche Ausbildung der Lehrlinge;
4. die Entscheidung von Streitigkeiten der in § 3 des Gewerbegerichtsgesetzes und § 53a des Krankenversicherungsgesetzes bezeichneten Art zwischen den Innungsmitgliedern und ihren Lehrlingen. Es sind das insbesondere Streitigkeiten über das Arbeitsverhältnis, über die Aushändigung von Arbeitsbüchern und Zeugnissen, über Konventionalstrafen und über die Berechnung und Anrechnung der Krankenversicherungsbeiträge.

(f. auch Ausdehnung der Befugnisse der Innungen.)

Aufhebung des Dienstverhältnisses f. Kündigung desselben.

— des Dienstverhältnisses bei Betriebsbeamten. [§ 133b G. D.]

Jeder der beiden Teile kann die Aufhebung des Dienstverhältnisses vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist (f. Kündigung für Betriebsbeamte) verlangen, wenn ein wichtiger, nach den Umständen des Falles die Aufhebung rechtfertigender Grund vorliegt.

[§ 133c G. D.] Vom Arbeitgeber kann gegenüber den Betriebsbeamten die Aufhebung des Dienstverhältnisses insbesondere verlangt werden:

1. wenn sie beim Abschluß des Dienstvertrags den Arbeitgeber durch Vorbringung falscher oder verfälschter Zeugnisse hintergangen oder ihn über das Bestehen eines anderen, sie gleichzeitig verpflichtenden Dienstverhältnisses in einen Irrtum versetzt haben;
2. wenn sie im Dienste untreu sind oder das Vertrauen mißbrauchen;
3. wenn sie ihren Dienst unbefugt verlassen oder den nach dem Dienstvertrag ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen, beharrlich verweigern;
4. wenn sie durch anhaltende Krankheit oder durch eine längere Freiheitsstrafe oder Abwesenheit an der Verrichtung ihrer Dienste verhindert werden;
5. wenn sie sich Tätlichkeiten oder Ehrverletzungen gegen den Arbeitgeber oder seinen Vertreter zu Schulden kommen lassen;
6. wenn sie sich einem unsittlichen Lebenswandel ergeben.

Ist der Betriebsbeamte durch unverschuldetes Unglück, z. B. durch anhaltende Krankheit, unverschuldete Untersuchungshaft usw., auch durch Einziehung zum Militärdienst an der Verrichtung

seiner Dienste gehindert worden, so behält er den Anspruch auf die vertragsmäßigen Leistungen des Arbeitgebers für die Dauer von 6 Wochen. Er muß sich jedoch diejenigen Beträge abziehen lassen, welche ihm aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Kranken- und Unfallversicherung zukommen.

[§ 133d G. D.] Andererseits können die Betriebsbeamten die Auflösung des Dienstverhältnisses insbesondere verlangen:

1. wenn der Arbeitgeber oder seine Vertreter sich Tätlichkeiten oder Ehrverletzungen gegen sie zu Schulden kommen lassen;
2. wenn der Arbeitgeber die vertragsmäßigen Leistungen nicht gewährt;
3. wenn bei Fortsetzung des Dienstverhältnisses ihr Leben oder ihre Gesundheit einer erweislichen Gefahr ausgesetzt sein würde, welche bei Eingehung des Dienstverhältnisses nicht zu erkennen war.

Die Parteien können auch noch andere Auflösungsgründe als die vorgenannten vereinbaren, jedoch dürfen sie nicht derart sein, daß sie gegen die guten Sitten verstoßen (§ 138 B. G. B.).

In der Regel dürfte ein Entschädigungsanspruch des vom Vertrage zurücktretenden Teiles nur geltend gemacht werden können, wenn die Auflösung des Dienstverhältnisses durch vertragswidriges Verhalten des anderen Teiles veranlaßt ist. Die Gewerbeordnung regelt diese Frage nicht, vielmehr treten hier die allgemeinen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (§ 628 B. G. B.) in Kraft (s. auch Dienstvertrag).

Unter keinen Umständen hat aber derjenige, demgegenüber mit Recht von der Auflösungsbefugnis Gebrauch gemacht worden ist, Anspruch auf Entschädigung bzw. Fortzahlung des Gehalts oder Lohnes, es sei denn in dem Falle des unverschuldeten Unglücks (§ 133c G. D. s. oben).

Wenn im Streitfalle der von dem Kündigenden geltend gemachte Grund nicht als ein wichtiger anerkannt wird, so hat der entlassene Beamte ein Klagerecht auf die Gewährung sämtlicher Leistungen, auf die er nach dem Arbeitsvertrage Anspruch erheben darf, nach Maßgabe des § 615 B. G. B. (s. Dienstvertrag). Hat der Beamte ungerechtfertigt gekündigt, so kann der Arbeitgeber auf Leistung der Dienste klagen und sie eventl. erzwingen; er kann ferner für die Zeit, während der der Beamte die Arbeit verweigert hat, die diesem zustehende Vergütung verweigern (§ 614 B. G. B.), unter Umständen auch die Vergütung für schon geleistete Arbeit, die in Folge der Kündigung für ihn kein Interesse mehr hat (§ 628 B. G. B.). Außerdem ist der Beamte auf Grund des § 627 B. G. B. schadenersatzpflichtig.

Aufhebung des Innungszwanges i. Schließung einer Zwangsinnung.

Aufhebung der Quittungskarte f. d.

— **der Unfallrente** f. Veränderung der Verhältnisse bei Unfall-
entschädigungen.

Aufkündigung f. Kündigung.

Auflagen zum Arbeiterschutz f. Schutz der Arbeiter vor Gefahren.

Auflösung des Arbeitsverhältnisses f. Entlassung und Austritt aus
der Arbeit ohne Kündigung.

— **des Dienstverhältnisses bei Betriebsbeamten** f. Aufhebung des-
selben.

— **einer Innung.** [§ 98 G.D.] Nur eine freie Innung kann sich
durch eigenen Beschluß auflösen, und zwar geschieht dies durch
Beschluß der Innungsversammlung in Gegenwart eines Ver-
treters der Aufsichtsbehörde. Einer besonderen Genehmigung
bedarf es nicht.

Zwangsinnungen können nur geschlossen werden (f. Schließung
einer Zwangsinnung).

Bei Auflösung einer Innung wird die Abwicklung der
Geschäfte, sofern die Innungsversammlung nicht anderweitig
beschließt, durch den Vorstand unter Aufsicht der Aufsichtsbehörde
vollzogen. Bei Schließung der Innung erfolgt die Abwicklung
der Geschäfte durch die Aufsichtsbehörde selbst.

Von dem Zeitpunkte der Auflösung oder Schließung ab
haften die Innungsmitglieder noch für diejenigen Zahlungen, zu
welchen sie im Falle des Ausscheidens aus den Innungsver-
hältnissen verpflichtet sind.

Das bei Auflösung oder Schließung vorhandene Vermögen
dient zunächst zur Bezahlung der Schulden und zur Erfüllung
etwaiger sonstiger Verpflichtungen.

Eine Verteilung des hiernach verbleibenden Restes unter die
Mitglieder kann die Innung nur soweit beschließen, als dasselbe
aus Beiträgen der Mitglieder entstanden ist. Keinem Anspruchs-
berechtigten darf mehr als der Gesamtbetrag der von ihm ge-
leisteten Beiträge ausgezahlt werden.

Der Rest des Vermögens wird, sofern das Statut nichts
anderes bestimmt, der Gemeinde, in der die Innung ihren Sitz
hatte, zur Benutzung für gewerbliche Zwecke überwiesen.

Dabei entstehende Streitigkeiten zwischen Innung und Ge-
meinde entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde.

— **des Lehrverhältnisses** f. Entlassung und Austritts des Lehrlings.

— **einer Ortskrankenkasse** f. Schließung derselben.

— **einer Zwangsinnung** f. Schließung derselben.

Aufnahme in eine Innung f. Innungsmitglieder.

— **eines Rentenempfängers in ein Invalidenhaus** f. Invalidenrente.

Aufnahmeprüfung für die Innung f. Innungsmitglieder.

Aufrechnung des Lohnes. [§ 394 B. G. B.] Soweit Forderungen der Pfändung nicht unterworfen sind, kann auch eine Aufrechnung gegen sie nicht erfolgen. Da nun der Arbeitslohn am Tage der Lohnzahlung nicht gepfändet werden darf, so ist auch eine Aufrechnung gegen den Lohn, wenigstens ohne ausdrückliche Zustimmung des Arbeiters unzulässig.

Nach dem Lohnbeschlagnahmegesetz sind Forderungen aus dem Arbeits- oder Dienstlohn der Pfändung allerdings nur in soweit nicht unterworfen, als sie den Betrag von 1500 Mark nicht übersteigen. Nach § 2 dieses Gesetzes ist jede Verfügung über den Lohn durch Cession, Anweisung, Verpfändung oder durch ein anderes Rechtsgeschäft ohne rechtliche Wirkung, wenn die Arbeiten, für welche die Lohnforderung entsteht, noch nicht geleistet, oder der Tag noch nicht abgelaufen ist, an welchem der Lohn zu entrichten war, ohne daß der Lohnberechtigte ihn eingefordert hat.

Das Anrechnen von Forderungen für kreditierte Waren bei der Lohnzahlung ist selbst, soweit dieses Kreditieren gesetzlich zulässig ist (f. Lohnzahlung), nur mit Einverständnis des Arbeiters statthaft.

Wegen der anderweitigen Sachlage bezüglich der Lohnverwirkung f. Verwirkung des Arbeitslohnes.

Lohnvorschüsse können ohne weiteres bei der Lohnzahlung in Anrechnung gebracht werden; sie stellen keine Gegenforderung des Arbeitgebers dar, sondern bilden nur einen Teil der Lohnzahlung selbst. Dem Arbeiter kann der Lohn auf Wunsch auch in Teilbeträgen ausgezahlt werden. Ist der Lohnvorschuß dagegen als ein Darlehen des Arbeitgebers zu betrachten, d. h. ist die Arbeit, für welche der Lohn empfangen ist, noch garnicht geleistet, so wird eine Anrechnung dieses Betrages bei der Lohnzahlung nicht für zulässig erachtet werden dürfen.

Nicht hierher gehören Lohneinbehalten zu Rautionszwecken (f. Lohneinbehalten).

Auch die an sich zulässigen Schadenersatzforderungen des Arbeitgebers können nicht ohne weiteres durch Aufrechnung bei der Lohnzahlung geltend gemacht werden. Es ist hierzu das Einverständnis des Arbeiters erforderlich. Dem entgegenstehende Bestimmungen der Arbeitsordnung oder des Arbeitsvertrages sind ungültig (f. Schadenersatzansprüche gegen die Arbeiter).

Das Zurückbehaltungsrecht des Arbeitgebers bleibt von diesen Bestimmungen unberührt (f. Zurückbehaltung des Lohnes).

Disziplinarstrafen, deren Geldbetrag die zulässige Höhe nicht überschreitet, können bei der Lohnzahlung in allen Fällen

aufgerechnet werden (s. Strafgebelde). Bei Konventionalstrafen ist es dagegen sehr zweifelhaft.

Aufrechnung der Quittungskarte s. d.

- gegen Unfall-, Invaliden und Altersrente. [§ 96 G. U. V. G. § 102 U. U. V. G. § 55 I. V. G.] Die Ansprüche auf Unfall-, Invaliden- und Altersrente dürfen nur gegen geschuldete Beiträge, gezahlte Vorschüsse, zu Unrecht gezahlte Entschädigungen, zu erstattende Kosten des Verfahrens und verhängte Geldstrafen aufgerechnet werden.

Bei Streitigkeiten, z. B. Geltendmachung von Ansprüchen mehrerer auf die gleiche Rente, entscheiden im allgemeinen die ordentlichen Gerichte.

Die zulässige Aufrechnung soll schonend, etwa durch Einbehaltung bis zu $\frac{1}{3}$ der Rente erfolgen.

Versichtlich zuviel gezahlte Rente ist nicht wiedereinziehbar.

- von Unterstützungsansprüchen bei der Krankenversicherung. [§ 56 Abs. 3 R. V. G.] Die Ansprüche dürfen aufgerechnet werden:

1. auf geschuldete Eintrittsgelder und Beiträge;
2. auf gezahlte Vorschüsse;
3. auf zu Unrecht gezahlte Unterstützungsbeträge;
4. auf von der Krankenkasse verhängte Ordnungsstrafen;
5. auf Ersatzforderungen für Beträge, die der Versicherte bereits gemäß der Unfallversicherungsgesetzgebung oder auf Grund der Ansprüche an Dritte bezogen hat.

Hierbei darf Krankengeld jedoch nur bis zur Hälfte aufgerechnet werden.

Aufrechnungsbefreiung bei der Invalidenversicherung s. Quittungskarte.

Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes s. Schutz der Arbeiter vor Gefahren.

- der Ordnung in den Sitzungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts. Dieselbe liegt dem Vorsitzenden ob. Werden seine Anordnungen von den Parteien oder nicht beteiligten Personen nicht befolgt, so kann er die Ungehorsamen durch Gerichtsbeschluss abführen lassen und bis zu 24 Stunden in Haft behalten. Machen diese Personen sich einer Ungebühr schuldig, so kann das Gericht unbeschadet weiterer strafrechtlicher Verfolgung eine Ordnungsstrafe bis zu 100 Mark oder Haft bis zu 3 Tagen festsetzen und sogleich vollstrecken lassen.

Aufsicht über die Berufsgenossenschaften s. Reichsversicherungsamt.

- über Dampfkesselbetriebe s. Prüfungen der Dampfkessel.
- der Gewerbeaufsichtsbeamten s. d.
- über Gewerbebetriebe und offene Verkaufsstellen. [§ 139b G. D.]

Die Aufsicht über die Ausführung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Gewerbe, über den Schutz der Arbeiter vor Gefahren, über die Arbeitsordnungen, über den Schutz der Kinder, der jugendlichen Arbeiter und der Arbeiterinnen ist ausschließlich oder in erster Linie besonderen von den Landesregierungen ernannten Beamten, den Gewerbeaufsichtsbeamten (s. d.) übertragen.

Daneben wird jedoch diese Aufsicht in den meisten Bundesstaaten auch durch die ordentlichen Polizeibehörden ausgeübt, denen die Arbeitgeber, ebenso wie den Gewerbeaufsichtsbeamten die Revisionen zu jeder Zeit, namentlich auch in der Nacht, während des Betriebes gestatten müssen.

Ferner sind die Arbeitgeber verpflichtet, der Polizeibehörde diejenigen statistischen Mitteilungen über die Verhältnisse ihrer Arbeiter zu machen, die vom Bundesrat oder den Landeszentralbehörden mit bestimmten Fristen und Formen vorgeschrieben werden.

Die Kontrolle der Bestimmungen über offene Verkaufsstellen liegt lediglich den ordentlichen Polizeibehörden ob, die Gewerbeaufsichtsbeamten haben sich nicht damit zu befassen, dagegen führen sie neben den ordentlichen Polizeibehörden die Aufsicht über einzelne Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes.

Aufsicht über die Handwerkskammer. [§ 1030 G. D.] Die Handwerkskammer unterliegt in der Regel der Aufsicht der höheren Verwaltungsbehörde, in deren Bezirk sie ihren Sitz hat.

— **über die Innungen.** [§ 96 G. D.] Die Aufsichtsbehörde (s. d.) überwacht die Verfolgung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften und kann sie durch Androhung, Festsetzung und Vollstreckung von Ordnungsstrafen gegen die Inhaber der Innungsämter, gegen die Innungsmitglieder und gegen deren Gesellen, soweit sie an den Geschäften der Innungen teilnehmen, erzwingen. Die Geldstrafen fließen in die Innungskasse.

Sie entscheidet ferner Streitigkeiten über die Aufnahme und Ausschließung der Mitglieder, über die Wahlen zu den Innungsämtern sowie über die Rechte und Pflichten der Inhaber dieser Ämter.

Sie hat das Recht, einen Vertreter zu den Prüfungen zu entsenden.

Gegen die Anordnungen und Entscheidungen der Aufsichtsbehörde ist binnen 4 Wochen die Beschwerde an die vorgesetzte Behörde (in Preußen in einigen Fällen auch beim Bezirksausschuß) zulässig. Die Entscheidung über die Beschwerde ist endgültig.

— **über die Kinderarbeit** s. Kontrolle des Kinderschutzes.

— **über die Versicherungsanstalten** s. Reichsversicherungsamt.

Aufsichtsbeamte s. Gewerbeaufsichtsbeamte und Aufsicht über Gewerbebetriebe und offene Verkaufsstellen.

Aufsichtsbehörde der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Die Dienstaufsicht über die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ist in den einzelnen Bundesstaaten verschieden geregelt.

In Preußen übt sie der Regierungspräsident oder Landrat als Gemeindeaufsichtsbehörde aus, in Württemberg und Baden sind die Gewerbegerichte durch besondere Gesetze der Dienstaufsicht der Landgerichte unterstellt.

Die Dienstaufsicht hat jedoch nicht die Bedeutung einer Disziplinarbefugnis gegenüber den Gerichtsmitgliedern, sondern nur die einer Kontrolle des Geschäftsganges.

— **der Innungen.** [§ 96 G. O.] Die Innungen unterliegen der Aufsicht der unteren Verwaltungsbehörde, in deren Bezirk sie ihren Sitz haben. Dies ist:

in Preußen: in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern, in Hannover in allen Städten mit revidierter Städteordnung die Gemeindebehörde, im übrigen der Landrat;

in Bayern: die Distriktsverwaltungsbehörde, in München der Magistrat;

in Württemberg: in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern der Magistrat, sonst das Oberamt;

in Sachsen: die Amtshauptmannschaft, in Städten mit revidierter Städteordnung der Stadtrat;

in Baden: das Bezirksamt bezw. der Bürgermeister;

in Hessen: in Gemeinden mit Städteordnung der Bürgermeister, sonst das Kreisamt.

(s. auch Aufsicht über die Innungen.)

— **im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes.** [§ 44 R. V. G.] Die Aufsicht über die Ortskrankenkassen (desgl. über die Betriebs- (Fabrik-) und Baukrankenkassen), welche für den Bezirk einer Gemeinde von mehr als 10 000 Einwohnern errichtet sind, wird durch die Gemeindebehörde wahrgenommen, im übrigen durch die seitens der Landesregierungen zu bestimmenden Behörden.

In Preußen sind das die Kommunalaufsichtsbehörden (Landrat für das Land, Regierungspräsident für die Städte) für die Gemeindekrankenversicherung und die übrigen Zwangskassen (unter Umständen auch die untere Verwaltungsbehörde), die Aufsichtsbehörden der Innungen (in Städten über 10 000 Einwohnern die Gemeindebehörde, im übrigen der Landrat) für die Innungskrankenkassen, ferner die vorgesetzte Dienstbehörde bei Betriebs- und Baukrankenkassen der Heeres-, Marine-, Reichspost-, Staatseisenbahn- und Bauverwaltung.

In Bayern das Bezirksamt (in den unmittelbaren Städten die Kreisregierung).

In Sachsen der Stadtrat in Städten mit revidierter Städteordnung, sonst die Amtshauptmannschaft.

In Württemberg teils die Oberämter, teils unter deren Aufsicht die Gemeindebehörden.

In Baden die Bezirksämter usw.

[§ 45 R. V. G.] Die Aufsichtsbehörde überwacht die Befolgung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften und kann dieselben durch Ordnungsstrafen erzwingen. Sie entscheidet ferner als erste Instanz in allen Streitigkeiten (s. d.) zwischen Kassen, Arbeitgebern und Versicherten. Sie ist befugt, von allen Verhandlungen, Büchern und Rechnungen der Kasse Einsicht zu nehmen und die Kasse zu revidieren. In der Regel wird sich bei den Zwangskassen die Aufsichtsbehörde aus dem Statut feststellen lassen.

Gegen die Anordnungen der Aufsichtsbehörde kann der Vorstand oder die Generalversammlung der Kasse auf dem Wege des Verwaltungsstreitverfahrens (in Preußen) bzw. auf dem Rechtsweg Einspruch erheben.

Den Entscheidungen der Aufsichtsbehörden ist eine Belehrung über das gegen sie zulässige Rechtsmittel hinzuzufügen.

Aufstellen eines Dampfkessels s. Genehmigung desselben.

Aufstellung des Gefahrentarifs s. Gefahrenklassen bei der Unfallversicherung.

Ausbesserung eines Dampfkessels s. Prüfungen derselben.

Ausscheiden der Geisiger des Gewerbes und Kaufmannsgerichts s. Bestrafung derselben.

— einer Partei vor dem Gewerbe und Kaufmannsgericht s. Versäumnisurteil derselben und Unordnung des persönlichen Erscheinens vor denselben.

— des Schwurpflichtigen vor dem Gewerbe und Kaufmannsgericht s. Eide vor denselben.

— eines Zeugen vor dem Gewerbe und Kaufmannsgericht s. Zeugen vor denselben.

Ausdehnung der Befugnisse der Innungen. [§ 81b G. D.] Die Innungen sind befugt, ihre Wirksamkeit auf folgende, den Innungsmitgliedern gemeinsame gewerbliche Interessen auszu dehnen:

1. Veranstaltungen zur Förderung der gewerblichen, technischen und sittlichen Ausbildung der Meister, Gesellen und Lehrlinge zu treffen, insbesondere Schulen zu unterstützen, zu errichten

- und zu leiten, sowie über die Benutzung und den Besuch der von ihnen errichteten Schulen Vorschriften zu erlassen;
- 2. Gesellen- und Meisterprüfungen (s. d.) zu veranstalten und über die Prüfungen Zeugnisse auszustellen;
- 3. zur Unterstützung ihrer Mitglieder und deren Angehörigen, ihrer Gesellen, Lehrlinge und Arbeiter in Fällen der Krankheit, des Todes, der Arbeitsunfähigkeit oder sonstiger Bedürftigkeit Rassen zu errichten;
- 4. Schiedsgerichte (s. d.) zu errichten, welche berufen sind, Streitigkeiten nach Maßgabe des Gewerbegerichtsgesetzes und des Krankenversicherungsgesetzes an Stelle der sonst zuständigen Behörden zu entscheiden;
- 5. zur Förderung des Gewerbebetriebes der Innungsmitglieder einen gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb einzurichten.

Ausdehnung der Fabrikgesetzgebung s. Fabrik im Sinne der Gewerbeordnung.

- **der freiwilligen Unfallversicherung** s. Selbstversicherung.
- **der Krankenunterstützung** s. Erweiterung der Leistungen der Zwangs-
krankenkassen.
- **der Krankenversicherungspflicht.** [§ 2 R. V. G.] Durch ortsstatutarische Bestimmung einer Gemeinde oder eines Kommunalverbandes kann die Krankenversicherungspflicht ausgedehnt werden auf:
 1. vorübergehend, also kürzer als eine Woche beschäftigte Personen;
 2. auf im Kommunaldienste oder -betriebe tätige Personen, soweit sie nicht schon auf Grund anderweitiger gesetzlicher Bestimmungen versicherungspflichtig sind;
 3. auf Familienangehörige eines Betriebsunternehmers, die nicht auf Grund eines Arbeitsvertrages im Gewerbebetrieb beschäftigt sind;
 4. auf Hausgewerbebetreibende im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes (Definition s. unter Hausgewerbebetreibende usw.);
 5. auf die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten.

Auf Hausgewerbebetreibende kann auch der Bundesrat die Krankenversicherungspflicht ausdehnen und zwar sowohl auf bestimmte Gewerbszweige, wie auch für örtliche Bezirke.

[§ 2 a R. V. G.] Auf Reichs- bezw. auf Staatsbeamte, welche nicht bereits durch Gesetz krankenversicherungspflichtig sind, kann der Reichskanzler bezw. die Landeszentralbehörde ebenfalls die Krankenversicherungspflicht ausdehnen.
- **der Unfallversicherungspflicht.** [§ 5 G. U. V. G., § 4 U. V. G.]

Durch Statut der Berufsgenossenschaften kann die Versicherungspflicht ausgedehnt werden:

1. auf Betriebsunternehmer, deren Jahresarbeitsverdienst 3000 Mark nicht übersteigt, oder welche regelmäßig nicht mehr als 2 Lohnarbeiter beschäftigen;
2. auf Hausgewerbetreibende;
3. auf Betriebsbeamte mit mehr als 3000 Mark Jahresarbeitsverdienst.

[§ 5 Abs. 3 G. U. V. G.] Es kann ferner durch Statut der Berufsgenossenschaft bestimmt werden, daß:

1. alle nicht an sich versicherungspflichtige Personen des Betriebes durch den Betriebsunternehmer;
2. diejenigen Personen, welche die Betriebsstätte besuchen aber nicht dort beschäftigt sind, ebenfalls durch den Betriebsunternehmer oder durch den Vorstand der Berufsgenossenschaft versichert werden.

Die Erstreckung der Versicherungspflicht auf land- und forstwirtschaftliche Betriebsunternehmer kann auch durch Landesgesetzgebung geschehen. Dies ist z. B. der Fall in Bayern, Sachsen, Würtemberg und Baden.

Bei land- und forstwirtschaftlichen Unternehmern kann sich die Versicherungspflicht auch auf häusliche Verrichtungen erstrecken, sie umfaßt auch ohne weiteres den Ehegatten. Gewerbliche Unternehmer sind bei häuslichen Verrichtungen nicht versichert.

Ausdehnung der Zuständigkeit des Gewerbes und Kaufmannsgerichts s. Zuständigkeit derselben.

— einer Zwangsinnung. [§ 100 n G. O.] Die Ausdehnung der Zwangsinnung auf einen größeren Bezirk oder auf andere, den bereits einbezogenen verwandte Gewerbszweige oder auf die Handwerker, die der Regel nach weder Gesellen noch Lehrlinge halten, ist von der höheren Verwaltungsbehörde anzuordnen, wenn die Innungsversammlung sie beschließt und die Mehrheit der neu einzubeziehenden Gewerbetreibenden damit einverstanden ist.

Ausführung durch einen Dritten s. polizeiliche Verfügungen.

Ausführungsbehörden im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes [§§ 128—133 U. V. G.] Für die Post-, Telegraphen-, Marine- und Heeresverwaltungen, sowie für die vom Reiche oder von einem Bundesstaate verwalteten Eisenbahnbetriebe tritt an die Stelle der Berufsgenossenschaften das Reich bzw. der Staat. Die staatlichen Behörden, denen die Durchführung der Unfallversicherung der in diesen Betrieben beschäftigten Personen obliegt, heißen Ausführungsbehörden.

Ausführungsfrist für eine Anlage f. Frist zur Ausführung einer genehmigten Anlage.

Ausfüllung des Krankenscheines f. Erhebung des Anspruchs bei der Krankenversicherung.

Ausgabestelle für Quittungskarten f. d.

Aushändigung des Arbeitsbuches f. d.

— der Arbeitskarte f. d.

— der Arbeitsordnung. [§ 134e Abs. 2 G.D.] Jedem Arbeiter ist bei seinem Eintritt in die Beschäftigung ein Exemplar der Arbeitsordnung auszuhändigen, dagegen ist die häufig verlangte Unterschrift der Arbeitsordnung durch die Arbeiter überflüssig; sie ändert am rechtlichen Zustand nichts.

Natürlich ist auch denjenigen Arbeitern, welche bei Erlaß der Arbeitsordnung bereits in dem Betriebe tätig waren, ein Exemplar der Arbeitsordnung zu übergeben.

Auf Nachträge zur Arbeitsordnung findet die gleiche Vorschrift Anwendung.

— des Lehrvertrages f. d.

— der Lohnbücher f. d.

— der Lohnzahlungsbücher f. d.

— des Protokolls einer Unfalluntersuchung f. Untersuchung von Betriebsunfällen.

— der Quittungskarte f. d.

— der Statuten der Zwangsinnungen. [§ 100e G.D.] Das Statut ist in geeigneter Weise zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen. Am besten geschieht dies durch Aushändigung eines Statutensexemplars an jedes Mitglied, was auch die meisten Ausführungsanweisungen vorschreiben.

— — der Zwangskrankenkassen f. Statuten derselben.

— des Zeugnisses f. d.

Aushang der Arbeitsordnung. Durch den Aushang der Arbeitsordnung erfolgt gleichzeitig deren Erlaß.

[§ 134e Abs. 2 G.D.] Die Arbeitsordnung ist an geeigneter, allen beteiligten Arbeitern zugänglicher Stelle auszuhängen. Zweckmäßigerweise ist sie also in sämtlichen Arbeitsräumen an einer gut sichtbaren Stelle anzubringen. Der Aushang muß stets in lesbarem Zustande erhalten werden, beschädigte Exemplare sind durch neue zu ersetzen.

Zu widerhandlungen gegen diese Bestimmung sind strafbar (f. Strafbestimmungen der Gewerbeordnung).

— des Betriebsplans f. Überarbeit.

— der Genehmigung zur Sonntagsarbeit f. Genehmigung derselben.

Aushang der Überarbeitstafel f. Überarbeitsverzeichnis.

- **bei der Unfallversicherung.** [§ 56 Abs. 3 G. U. V. G.] Der Betriebsunternehmer hat durch einen Aushang bekannt zu machen, welcher Berufsgenossenschaft und Sektion derselben der Betrieb angehört, sowie die Adresse des Genossenschafts- und Sektionsvorstandes anzugeben.
- **der Urteile des Gewerbes und Kaufmannsgerichts** f. Urteil derselben.

Aushänge in Arbeitsräumen. Nachstehend sind alle Fälle aufgeführt, in denen für die Arbeitsräume Aushänge vorgeschrieben sind. Die in Klammern angegebenen Musterbezeichnungen beziehen sich auf den in der preussischen Dienstanweisung vorgeschriebenen Text der Aushänge. Diese sind unter dem betreffenden Buchstaben im Handel käuflich zu haben, desgleichen alle übrigen Aushänge.

Nach der preussischen Dienstanweisung sollen übrigens neuerdings alle Gewerbetreibende, die jugendliche Arbeiter oder Arbeiterinnen beschäftigen wollen und die vorgeschriebene Anzeige hiervon machen, schriftlich von dem Gewerbeinspektor auf die für seinen Betrieb vorgeschriebenen Aushänge, soweit sie sich auf diese Beschäftigung beziehen, hingewiesen werden.

Die Aushänge sind stets in sämtlichen Arbeitsräumen, in denen die betreffenden Personen arbeiten, an einer gut sichtbaren Stelle anzubringen und dauernd in lesbarem Zustande zu erhalten.

Wer Kinder und jugendliche Arbeiter in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen (f. Fabrik im Sinne der Gewerbeordnung) beschäftigt, hat ein Verzeichnis derselben (Muster O) auszuhängen, in das Vor- und Zuname, Geburtstag und -jahr, Wohnort, Beginn und Ende der Arbeitszeit sowie der Pausen einzutragen sind. Das Verzeichnis muß stets auf dem laufenden erhalten werden.

Das gleiche Verzeichnis ist auch für Konfektionswerkstätten und Motorwerkstätten mit 10 und mehr Arbeitern, mit Ausnahme der mit Wasser betriebenen, vorgeschrieben.

Weiter hat, wer jugendliche Arbeiter beschäftigt, Auszüge aus den für jugendliche Arbeiter geltenden Bestimmungen auszuhängen und zwar in Fabriken usw. (Muster P), Konfektionswerkstätten (Muster W), Motorwerkstätten mit 10 und mehr Arbeitern (Muster Q), Motorwerkstätten mit weniger als 10 Arbeitern (Muster S), und in Werkstätten mit Wasserbetrieb (Muster U). In Handwerksbetrieben letzterer beiden Kategorien jedoch nur dann, wenn weibliche jugendliche Arbeiter vorhanden sind.

Wo Arbeiterinnen über 16 Jahre beschäftigt werden, sind gleichfalls Auszüge der für sie geltenden Bestimmungen der Gewerbeordnung auszuhängen und zwar in Fabriken usw. und Motormwerkstätten mit 10 und mehr Arbeitern (Muster N), Konfektionswerkstätten (Muster V), Motormwerkstätten mit weniger als 10 Arbeitern (Muster R) und Werkstätten mit Wasserbetrieb (Muster T).

In Konfektionswerkstätten, in denen von der Erlaubnis, an 60 Tagen im Jahr Überarbeit zu machen, Gebrauch gemacht wird, ist eine Überarbeitstafel (s. Ueberarbeitsverzeichnis) auszuhängen.

In Fabriken usw., in denen mehr als 20 Arbeiter beschäftigt werden, sind Arbeitsordnungen (s. d.) auszuhängen, desgleichen etwaige Nachträge zu denselben.

Da, wo Abweichungen vom Sonnabendarbeitschluß (s. d.) seitens der Behörde genehmigt sind, ist eine Abschrift der Genehmigung an einer in die Augen fallenden Stelle anzubringen.

In Bäckereien und Konditoreien ist eine polizeilich gestempelte Kalendertafel, in Buchdruckereien und Schriftgießereien ein polizeilich beglaubigter Aushang mit den Maßen der Arbeitsräume und der Höchstzahl der darin zu beschäftigenden Arbeiter vorgeschrieben, desgleichen in Anlagen zur Herstellung von Zigarren.

Ebenso ist in diesen wie in sämtlichen anderen Anlagen (mit Ausnahme der Getreidemühlen), für die der Bundesrat besondere Bestimmungen über Ausnahmen von der Sonntagsruhe, über die Einrichtung und den Betrieb der Anlagen, die Art der Beschäftigung von Arbeitern usw. erlassen hat, ein Aushang dieser Bestimmungen vorgeschrieben. Welche Anlagen das sind s. unter Verzeichnis der von der Sonntagsruhe ausgenommenen Betriebe, Bekanntmachungen des Bundesrats für besondere Gewerbe und Ausnahmen der Bestimmungen über die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen.

Sämtliche Aushänge für diese Gewerbe sind im Handel käuflich zu haben.

Auskunft in Angelegenheiten des Gewerberechts und Arbeiterschutzes
s. Gewerbeaufsichtsbeamten.

Auskunftserteilung in Sachen der Invalidenversicherung. [§ 57 Ziffer 5 I. B. G. I.] Die unteren Verwaltungsbehörden sind verpflichtet, in allen die Invalidenversicherung betreffenden Angelegenheiten Auskunft zu erteilen, desgleichen geschieht dies durch die Gewerbeinspektoren, Volksbureaus, Arbeitersekretariate usw.

— **Bei der Krankenversicherung.** [§ 76a R. B. G.] Die Vorstände der Krankenkassen, auch der eingeschriebenen Hilfskassen, sowie

die Verwaltungen der Gemeindekrankenversicherung sind verpflichtet, den Gemeindebehörden, Armenverbänden zc. Auskunft über die Unterstützungsansprüche der Versicherten zu geben.

Desgleichen müssen sie den Berufsgenossenschaften sowie den Versicherungsanstalten gestatten, durch Beauftragte Einblick in die Bücher und Listen nehmen zu lassen. Sie können hierzu eventl. durch Geldstrafen der Aufsichtsbehörde angehalten werden.

Andererseits haben sie den Versicherten Auskunft zu erteilen, die diese auch bei anderen Behörden (Gewerbeinspektion, Polizeibehörde) oder Einrichtungen (Arbeitersekretariate, Volksbureau) erhalten.

Auskunftspersonen vor dem Einigungsamt s. Verfahren vor demselben.

Auslagen vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht s. Kosten des Verfahrens vor demselben.

Ausländische Arbeiter bei der Krankenversicherung. Dieselben sind versicherungspflichtig und genießen den Anspruch auf volle Unterstützung, solange sie sich im Inlande aufhalten. Außerhalb der Grenzen des deutschen Reiches gehen sie ihrer Ansprüche verlustig.

Ausnahmen der Bestimmungen über die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen. Von den Bestimmungen über die regelmäßige Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen sind eine größere Anzahl von Ausnahmen sowohl für Fabriken als auch für Motor- und Konfektionswerkstätten vorgesehen.

Zunächst solche, die sich auf Überarbeit von erwachsenen Arbeiterinnen bei außergewöhnlicher Häufung der Arbeit beziehen. Sie sind unter „Überarbeit von Arbeiterinnen“ näher behandelt.

Weiter solche Ausnahmebestimmungen, die sich auf den Arbeitschluß an den Vorabenden der Sonn- und Festtage erstrecken. Näheres darüber s. unter Sonnabendarbeitschluß.

Bei Naturereignissen und Unglücksfällen, die den regelmäßigen Betrieb einer Fabrik usw. unterbrechen, sind bezüglich der Arbeitszeit sowohl der jugendlichen Arbeiter wie auch der erwachsenen Arbeiterinnen Ausnahmen zugelassen (s. Überarbeit von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern).

Ausnahmen von der Arbeitszeit und den Pausen der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter aus Rücksichten auf diese Personen oder auf die Natur des Betriebes s. unter Pausenänderungen.

[§ 139a G. D.] Endlich hat der Bundesrat die Ermächtigung:

1. die Verwendung von Arbeiterinnen sowie von jugendlichen

Arbeitern für gewisse Fabrikationszweige, welche mit besonderen Gefahren für Gesundheit oder Sittlichkeit verbunden sind, gänzlich zu untersagen oder von besonderen Bedingungen abhängig zu machen.

Es ist das bisher geschehen für die Einrichtung und den Betrieb von:

Anlagen zur Anfertigung von Zigarren, Anlagen zur Herstellung von Alkalischromaten, Anlagen zur Herstellung elektrischer Akkumulatoren aus Blei oder Bleiverbindungen, Ziegeleien, Anlagen zum Mahlen und zur Lagerung von Thomasschlacke, Zinkhütten, Zichorienfabriken, Glashütten, Glasbleisereien, Glasbeizereien, Sandbläsereien, Rohzuckerfabriken, Zuckerraffinerien und Melasseentzuckerungsanstalten, Walz- und Hammerwerken, Anlagen zur Bearbeitung von Faserstoffen, Tierhaaren, Abfällen und Lumpen, Anlagen zur Herstellung von Bleifarben;

2. für Fabriken, welche mit ununterbrochenem Feuer betrieben werden oder welche sonst durch die Art des Betriebes auf eine regelmäßige Tag- und Nachtarbeit angewiesen sind, sowie für Fabriken, deren Betrieb eine Einteilung in regelmäßige Arbeitsschichten nicht gestattet oder seiner Natur nach auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt ist (Kampagneindustrien), Ausnahmen von der regelmäßigen Beschäftigung der Arbeiterinnen und der jugendlichen Arbeiter zu gestatten;

z. 3. ist das erfolgt für:

Steinkohlenbergwerke, Zink- und Bleierzbergwerke und Kokereien im Regierungsbezirk Oppeln, Ziegeleien, Walz- und Hammerwerke, Steinkohlenbergwerke in Preußen, Baden und Elsaß-Lothringen, Glashütten, Zuckerraffinerien;

3. für gewisse Fabrikationszweige, soweit die Natur des Betriebes oder die Rücksicht auf die Arbeiter es erwünscht erscheinen lassen, die Abkürzung oder den Wegfall der für jugendliche Arbeiter vorgeschriebenen Pausen zu gestatten;

gegenwärtig ist keine solche Ausnahmebestimmung in Kraft, bis vor kurzem galt eine solche bezüglich der Nachmittagspause in Spinnereien;

4. für Fabrikationszweige, in denen regelmäßig zu gewissen Zeiten des Jahres ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis eintritt, Ausnahmen von den regelmäßigen Bestimmungen über die Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiterinnen mit der Maßgabe zuzulassen, daß die tägliche Arbeitszeit 13 Stunden, an Sonnabenden 10 Stunden nicht überschreitet;

z. 3. gelten solche Ausnahmebestimmungen für Molkereien und Konservenfabriken.

In den Fällen zu 3 dürfen die jugendlichen Arbeiter nicht länger als 6 Stunden beschäftigt werden, wenn zwischen den Arbeitsstunden nicht eine oder mehrere Pausen von zusammen mindestens einstündiger Dauer gewährt werden.

In den Fällen zu 4 darf die Erlaubnis zur Überarbeit für mehr als 40 Tage im Jahre nur dann erteilt werden, wenn die Arbeitszeit so geregelt wird, daß ihre tägliche Dauer im Durchschnitt der Betriebstage des Jahres die regelmäßige gesetzliche Arbeitszeit nicht überschreitet.

Die durch Beschluß des Bundesrats getroffenen Bestimmungen sind zeitlich zu begrenzen und können auch für bestimmte Bezirke erlassen werden. Sie sind durch das Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen und dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt vorzulegen.

Die auf Grund des § 139a der Gewerbeordnung erlassenen Ausnahmebestimmungen sind ganz oder im Auszug in den betreffenden Arbeitsräumen auszuhängen. Die Aushänge sind im Handel käuflich zu haben.

Ausnahmen von der Gewerbefreiheit. Für die Errichtung und den Betrieb gewisser Gewerbebetriebe ist eine besondere behördliche Genehmigung notwendig (s. genehmigungspflichtige Anlagen). Ferner sind eine Reihe Gewerbsarten von der Gewerbefreiheit ganz ausgeschlossen und an das Vorhandensein bestimmter Voraussetzungen, z. B. an einen Befähigungsnachweis geknüpft (s. diesbezüglich Geltungsbereich der Gewerbeordnung).

- von der Invalidenversicherungspflicht s. Invalidenversicherungspflicht.
- von der Krankenversicherungspflicht s. Befreiung von derselben.
- von der Mindestruhezeit in offenen Verkaufsstellen s. offene Verkaufsstellen.
- von der Mitgliedschaft zu einer Zwangsinnung s. Mitglieder derselben.
- vom Neunußrhladschluß s. d.
- vom Sonnabendarbeitschluß s. d.
- von der Sonntagsruhe im Gewerbe. Deren gibt es eine große Anzahl. Sie erstrecken sich einmal auf gewisse Arbeiten, die überall kraft Gesetzes an Sonntagen zulässig sind, andererseits auf eine große Anzahl bestimmter Betriebsgattungen, welchen teils dauernd, teils vorübergehend, teils vom Bundesrat, teils von den Landesbehörden Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit zugestanden sind.

[§ 105c G. D.] Ohne weiteres kraft Gesetz finden die Bestimmungen über Sonntagsruhe keine Anwendung:

1. auf Arbeiten, welche in Notfällen oder im öffentlichen Interesse unverzüglich vorgenommen werden müssen; (Beispiele für Notfälle: das Beschlagen der Pferde und das Scharfmachen und Einsetzen von Stollen bei Glatteis, das Drucken von Todesanzeigen und plötzlichen Änderungen von Theaterzetteln, elementare Ereignisse wie Grubenbrände, Einstürze, Hochwasser usw. Für öffentliches Interesse: Straßenreinigung, Anzünden von Straßenlaternen, mitunter auch dringende Bauarbeiten usw.). Eilige Fälle sind dagegen noch keine Notfälle.

Unter öffentlichem Interesse ist auch das Interesse des Publikums zu verstehen.

2. für einen Sonntag im Jahr auf Arbeiten zur Durchführung einer gesetzlich vorgeschriebenen Inventur (die Inventur ist nach § 39 H. G. B. alljährlich, ausnahmsweise alle 2 Jahre aufzustellen);
3. auf die Bewachung der Betriebsanlagen, auf Arbeiten zur Reinigung und Instandhaltung, durch welche der regelmäßige Fortgang des eigenen oder eines fremden Betriebes bedingt ist, sowie auf Arbeiten, von welchen die Wiederaufnahme des vollen werktägigen Betriebes abhängig ist, sofern nicht diese Arbeiten an Werktagen vorgenommen werden können (Beispiele: dringende Reparaturarbeiten, Reinigung der Dampfkessel, in Bergwerken der Betrieb der Wasserhaltung und Wetterzuführung, Anfeuern von Öfen, Ansetzen bestimmter Arbeitsprozesse usw.);
4. auf Arbeiten, welche zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen erforderlich sind, sofern nicht diese Arbeiten an Werktagen vorgenommen werden können (Beispiele: in Mälzereien das Umschaukeln der keimenden Gerste, mancherlei Arbeiten in chemischen Fabriken, Brauereien, Brennereien und Gerbereien, viele Trockenprozesse, das Arbeiten in Molkereien usw.);
5. auf die Beaufsichtigung des Betriebes während der gesetzlich erlaubten Arbeiten.

Jugendliche Arbeiter dürfen jedoch in Fabriken Sonntags überhaupt nicht beschäftigt werden.

Wenn Gewerbetreibende Arbeiter an Sonn- und Festtagen mit Arbeiten genannter Art beschäftigen, so sind sie verpflichtet, ein Verzeichnis anzulegen, in welches jede gesetzlich erlaubte Sonntagsarbeit, auch wenn sie nur von ganz kurzer Dauer ist, die Zahl der dabei beschäftigten Arbeiter, die Dauer ihrer Beschäftigung sowie die Art der vorgenommenen Arbeiten einzutragen ist. Dies Verzeichnis ist auf Erfordern dem Gewerbe-

aufsichtsbeamten sowie der Ortspolizeibehörde zur Einsicht vorzulegen.

Die Eintragungen sind tunlichst spätestens am folgenden Wochentage vorzunehmen. Aus den Eintragungen muß die Art der Arbeit genau zu ersehen sein.

Für das Verzeichnis ist durch die preußische Ministerialanweisung ein besonderes Muster J angegeben, das käuflich zu haben und Arbeitgebern, die zahlreiche Arbeiter beschäftigen, zu empfehlen ist.

Außerdem ist jedem Arbeiter, der an Sonntagen mit den oben unter 3 und 4 bezeichneten Arbeiten länger als 3 Stunden beschäftigt oder dadurch am Besuche des Gottesdienstes gehindert ist, entweder an jedem dritten Sonntag volle 36 Stunden oder an jedem zweiten Sonntag mindestens 12 Stunden, von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends Ruhe zu gewähren.

Ausnahmen von vorstehenden Vorschriften kann die untere Verwaltungsbehörde gestatten, wenn die Arbeiter am Besuch des sonntäglichen Gottesdienstes nicht gehindert werden und ihnen an Stelle des Sonntags eine 24stündige Ruhezeit an einem Wochentage gewährt wird.

[§ 105 d G. D.] Weiter sind durch Beschluß des Bundesrats für eine ganze Anzahl bestimmter Gewerbe, insbesondere für Betriebe, in denen Arbeiten vorkommen, welche ihrer Natur nach eine Unterbrechung oder einen Aufschub nicht gestatten, sowie für Betriebe, welche ihrer Natur nach auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt oder welche in gewissen Zeiten des Jahres zu einer außergewöhnlich verstärkten Tätigkeit genötigt sind, Ausnahmen von der Sonntagsruhe zugelassen worden.

Die Regelung der an Sonn- und Festtagen in diesen Betrieben gestatteten Arbeiten und der Bedingungen, unter welchen sie gestattet sind, erfolgt für alle Betriebe derselben Art gleichmäßig.

Um welche Arten von Betrieben es sich dabei handelt, s. unter Verzeichnis der von der Sonntagsruhe ausgenommenen Betriebe.

Die Ausnahmen im einzelnen hier alle aufzuzählen, würde zu weit führen. Es besteht jedoch stets die Vorschrift, daß die Ausnahmebestimmungen in Form einer Tafel in den Arbeitsräumen auszuhängen sind. Diese Aushänge sind in vorgeschriebener Form im Buchhandel käuflich zu haben, und es kann daher jeder Gewerbetreibende aus ihnen ersehen, welche Sonntagsarbeit für seinen Betrieb erlaubt ist.

Die auf diesen Aushängen verzeichneten Arbeiten können ohne weiteres an Sonntagen ausgeübt werden. Eine Eintragung in das Verzeichnis ist nicht notwendig.

[§ 105 e G. D.] Die höhere Verwaltungsbehörde kann für Gewerbe, deren vollständige oder teilweise Ausübung an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, sowie für Betriebe, welche ausschließlich oder vorwiegend mit durch Wind oder unregelmäßige Wasserkraft bewegten Triebwerken arbeiten, Ausnahmen von den Bestimmungen über die Sonntagsruhe zulassen.

Dies ist in Preußen bisher geschehen für:

Anstalten zur Mitteilung telegraphischer Nachrichten an Abonnenten, das Bäckergerwerbe, Badeanstalten, das Barbiergerwerbe, das Bekleidungsgerwerbe mit handwerksmäßigem Betriebe, Bierbrauereien, Blumenbindereien, Eisfabriken, Elektrizitätswerke, das Friseurgerwerbe, Gasanstalten, Köche, das Konditorgewerbe, Mineralwasserfabriken, Molkereien, photographische Anstalten, das Reinigungsgewerbe mit handwerksmäßigem Betriebe, Wasserversorgungsanstalten, Zeitungsdruckereien.

In den anderen Bundesstaaten sind meist ähnliche Ausnahmegewilligungen erfolgt.

Für jedes der obengenannten Gewerbe sind bestimmte Arbeiten bezeichnet worden, welche an Sonn- und Festtagen vorgenommen werden können. Jedoch ist den Arbeitern stets eine festgesetzte Ruhezeit zu gewähren. Auf die Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden, die nähere Auskunft darüber erteilen die Polizeibehörden oder die Gewerbeinspektoren.

Im Gegensatz zu den durch Bundesratsbeschluß bestimmten Ausnahmen ist hier das Aushängen einer Tafel mit den Ausnahmegewilligungen nicht vorgeschrieben.

Für Wind- und Wassermühlen bestehen gleichfalls besondere Ausnahmegewilligungen.

Es kämen weiter noch diejenigen Ausnahmen von der Sonntagsruhe in Betracht, die auf besonderen Antrag von der unteren Verwaltungsbehörde für den einzelnen Betrieb gestattet werden können. Diese sind aufgeführt unter Genehmigung von Sonntagsarbeit.

[§ 105 i G. D.] Schließlich finden die Bestimmungen über die Sonntagsruhe keine Anwendung auf das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, Musikaufführungen, theatralische Vorstellungen und sonstige Lustbarkeiten, sowie auf das Verkehrsgewerbe.

Ausnahmesonntage im Handelsgewerbe s. Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Ausnahmetage für offene Verkaufsstellen s. d.

Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Geschäftszug bei der Krankenversicherung. [§ 27 R. V. G.] Mitglieder, die aus der

versicherungspflichtigen Beschäftigung auscheiden und nicht in eine andere die Versicherungspflicht begründende Beschäftigung eintreten, können durch ausdrückliche Anzeige binnen einer Woche oder durch Fortzahlung der vollen Beiträge an die Kasse Mitglieder derselben bleiben, auch wenn sie ein selbstständiges Gewerbe ergreifen. In diesem Falle ist aber die Kasse berechtigt, falls das Mitglied nicht mehr in dem Bezirk der Kasse wohnt, anstatt der freien ärztlichen Behandlung und Arznei ein um die Hälfte erhöhtes Krankengeld zu geben.

Die Mitgliedschaft erlischt, wenn die Beiträge an zwei auf einander folgenden Zahlungsterminen nicht geleistet werden.

Auscheiden aus den Zwangskrankenkassen wegen Erwerbslosigkeit. [§ 28 R. R. G.] Wenn ein Mitglied infolge von Erwerbslosigkeit auscheiden und erwerbslos bleibt, so verbleibt ihm, falls es innerhalb 3 Wochen nach dem Auscheiden krank wird, das Recht auf die gesetzlichen Mindestleistungen für volle 26 Wochen. Es muß jedoch vorher mindestens 3 Wochen ununterbrochen einer Krankenkasse angehört haben.

Die Erwerbslosigkeit hört mit dem Eintritt in eine Lohn-tätigkeit auf.

Ausschließung aus einer Innung. Nur Mitglieder einer freien Innung können aus einer solchen ausgeschlossen werden. Über die Gründe, aus denen eine solche Ausschließung erfolgen kann, bestehen keine gesetzlichen Bestimmungen, sie müssen nur in allgemeiner Form, etwa durch Statut, geregelt sein.

— aus einer Zwangskrankenkasse f. Beschränkung der Leistungen der Zwangskrankenkassen.

Ausschluß des Entschädigungsanspruchs bei der Unfallversicherung f. Unfallversicherung.

— der Kündigung f. Kündigung im Gewerbe.

— der Öffentlichkeit beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Öffentlichkeit des Verfahrens bei denselben.

— der Zuständigkeit des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts f. Schiedsverträge zwecks Ausschlusses derselben.

— der ordentlichen Gerichte f. Zuständigkeit des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts.

Ausschüsse bei Handwerkskammern f. d.

— bei den Versicherungsanstalten f. d.

— der Zwangsinnung f. Vorstand derselben.

Außere Heiligunghaltung der Sonntage. Diese regelt sich nach landes-gesetzlichen Bestimmungen und wird gewöhnlich durch Polizeiverordnungen festgesetzt. Diese erstrecken sich meist nicht nur auf

Handel und Gewerbe, sondern umfassen auch die Land- und Forstwirtschaft, den Wein- und Gartenbau, die Viehzucht, das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, musikalische Aufführungen, öffentliche Lustbarkeiten usw. Sie verbieten gewöhnlich alle öffentlich bemerkbaren und geräuschvollen Arbeiten, namentlich während der Kirchzeit, lassen aber eine Menge Ausnahmen zu. Auch regeln sie das Verhängen der Schaufenster, das Schließen der Ladentüren, das Abhalten von Regel-, Karten-, Billardspielen in öffentlichen Gasthäusern während der Hauptkirchzeit usw.

Äußere Untersuchung eines Dampfkessels f. Prüfungen desselben.

Äußerung der Arbeiter bei Erlaß einer Arbeitsordnung f. Erlaß derselben.

— der Beteiligten über die Einführung des Achtuhrladenschlusses f. Achtuhrladenschluß.

— der Beteiligten bei Errichtung einer Zwangsinnung f. Zwangsinnungen.

Außerbetriebsetzung eines Dampfkessels. Werden bei einer Dampfkesseluntersuchung derart erhebliche Schäden vorgefunden, daß eine augenblickliche Gefahr angenommen werden kann, so wird der Kessel amtlich außer Betrieb gestellt und darf nicht eher wieder in Betrieb genommen werden, als eine erforderliche Verbesserung und eine erneute Untersuchung stattgefunden hat.

Die längere oder dauernde Außerbetriebsetzung eines Kessels ist der Ortspolizeibehörde anzumelden.

Außergewöhnliche Häufung der Arbeit f. Überarbeit.

Außerordentliche Untersuchung eines Dampfkessels f. Prüfungen derselben.

Ausperrung f. Koalitionsrecht.

Ausstand f. Koalitionsrecht.

Ausstellung des Arbeitsbuches f. d.

— der Arbeitskarte f. d.

— der Gescheinigung für eingeschriebene Hilfskassen f. eingeschriebene Hilfskassen.

— der Quittungskarte f. d.

— von Zeugnissen f. d.

Austragen von Waren durch Kinder f. Kinderarbeit.

Austritt aus der Arbeit ohne Kündigung. [§ 124 G. D.] Vor Ablauf der vertraglich ausgemachten Zeit und ohne Kündigung können Arbeiter, Gesellen und Gehülfen die Arbeit verlassen:

1. wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig werden;
2. wenn der Arbeitgeber oder seine Vertreter sich Tätlichkeiten

oder grobe Beleidigungen gegen die Arbeiter oder ihre Familienangehörigen zu Schulden kommen lassen;

3. wenn der Arbeitgeber oder seine Vertreter oder Familienangehörige derselben die Arbeiter oder deren Familienangehörige zu Handlungen verleiten oder zu verleiten versuchen oder mit den Familienangehörigen der Arbeiter Handlungen begehen, welche wider die Gesetze oder die guten Sitten laufen;
4. wenn der Arbeitgeber den Arbeitern den schuldigen Lohn nicht in der bedungenen Weise auszahlt, bei Stücklohn nicht für ihre ausreichende Beschäftigung sorgt, oder wenn er sich widerrechtlicher Übervorteilungen gegen sie schuldig macht;
5. wenn bei Fortsetzung der Arbeit das Leben oder die Gesundheit der Arbeiter einer erweislichen Gefahr ausgesetzt sein würde, welche bei Eingehung des Arbeitsvertrages nicht zu erkennen war.

[§ 124a G. O.] Außerdem kann der Arbeiter vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Innehaltung der Kündigungsfrist aus wichtigen Gründen die Auflösung des Arbeitsverhältnisses verlangen, wenn dasselbe auf mindestens 4 Wochen oder mit mehr als 14 tägiger Kündigungsfrist vereinbart ist.

Als wichtige Gründe kommen z. B. in Betracht: Todesfälle oder schwere Erkrankungen in der Familie, starke Gefährdung der Gesundheit des Arbeiters bei Fortsetzung des Arbeitens, Änderung der Arbeitsordnung usw.

(f. auch Aufhebung des Dienstverhältnisses von Betriebsbeamten und Austritt von Handlungsgehilfen.)

Bei berechtigtem Austritt steht dem Arbeitgeber ein Entschädigungsanspruch nicht zu, wohl aber kann er ihn erheben, wenn der Arbeiter den Austrittsgrund in schuldhafter Weise herbeigeführt hat. Andererseits kann aber auch der Arbeiter, wenn er von dem Recht des vorzeitigen Austritts Gebrauch macht, Schadenersatz nicht fordern, es sei denn, daß ein schuldhaftes Verhalten des Arbeitgebers vorliegt. In solchem Falle liegt diesem der Ersatz des durch die Aufhebung des Arbeitsverhältnisses entstehenden Schadens ob (§ 628 B. G. B.).

Zur Entscheidung von Streitigkeiten darüber, ob ein gesetzlicher Grund zur Kündigung vorliegt, sowie über die Entschädigungsansprüche sind die Gewerbegerichte zuständig.

(f. auch Kündigung im Gewerbe, Dienstvertrag und Kontraktbruch.)

Austritt von Betriebsbeamten f. Aufhebung des Dienstverhältnisses derselben.

— aus einer Betriebskrankenkasse f. Betriebskrankenkassen.

— aus einer freien Innung. [§ 87a G. O.] Der Austritt aus der

Innung ist, wenn das Innungsstatut eine vorherige Anzeige darüber nicht verlangt, am Schlusse jedes Rechnungsjahres gestattet. Eine Anzeige über den Austritt kann frühestens 6 Monate vorher verlangt werden.

Aus einer Zwangsinnung können diejenigen Mitglieder austreten, welche nicht zum Beitritt gezwungen sind, und zwar auch nur zum Schluß des Rechnungsjahres.

Ausscheidende Mitglieder verlieren alle Ansprüche an das Innungsvermögen und, falls die Statuten keine anderweitigen Bestimmungen treffen, auch an die Nebenkassen der Innung; zur nachträglichen Zahlung bereits fälliger Beiträge sind sie jedoch verpflichtet.

Austritt von Handlungsgehilfen. [§ 70 H. G. B.] Das Dienstverhältnis kann von jedem Teil ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

Wird die Kündigung durch vertragswidriges Verhalten des anderen Teiles veranlaßt, so ist dieser zum Ersatz des durch die Aufhebung des Dienstverhältnisses entstehenden Schadens verpflichtet.

[§ 71 H. G. B.] Als ein wichtiger Grund, der den Handlungsgehilfen zur Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt, ist es, sofern nicht besondere Umstände eine andere Beurteilung rechtfertigen, namentlich anzusehen:

1. wenn der Handlungsgehilfe zur Fortsetzung seiner Dienste unfähig wird;
2. wenn der Prinzipal den Gehalt oder den gebührenden Unterhalt nicht gewährt;
3. wenn der Prinzipal den ihm obliegenden Verpflichtungen nachzukommen verweigert (s. Handlungsgehilfenschutz);
4. wenn sich der Prinzipal Tätlichkeiten, erhebliche Ehrverletzungen oder unsittliche Zumutungen gegen den Handlungsgehilfen zu Schulden kommen läßt oder es verweigert, den Handlungsgehilfen gegen solche Handlungen eines anderen Angestellten oder eines Familienangehörigen des Prinzipals zu schützen.

Solche wichtigen Gründe können durch den Anstellungsvertrag noch erweitert werden. Nur bei schuldhaftem Verhalten des einen Teiles steht dem anderen Teil ein Schadenersatzanspruch zu. Streitigkeiten gehören vor das Kaufmannsgericht.

Vorstehende Bestimmungen gelten auch für Handlungslehrlinge (s. außerdem Austritts des Lehrlings).

(s. auch Kündigung und Entlassung von Handlungsgehilfen.)

— **des Lehrlings.** [§ 127b Abs. 3 G. D.] Nachstehendes bezieht sich in erster Linie auf gewerbliche Lehrlinge.

Nach Ablauf der Probezeit kann der Lehrling bzw. sein gesetzlicher Vertreter das Lehrverhältnis vor Beendigung der verabredeten Lehrzeit aus folgenden Gründen auflösen:

1. wenn die meisten der Gründe vorliegen, die jeden gewerblichen Arbeiter zum Austritt aus der Arbeit, ohne Kündigung berechtigen (§. Austritt aus der Arbeit ohne Kündigung Ziffer 1, 3 und 5);
2. wenn der Lehrherr seinen gesetzlichen Verpflichtungen gegen den Lehrling (§. Pflichten des Lehrherrn) in einer die Gesundheit, die Sittlichkeit oder die Ausbildung des Lehrlings gefährdenden Weise vernachlässigt, oder das Recht der väterlichen Zucht mißbraucht, oder zur Erfüllung der ihm vertragsmäßig obliegenden Verpflichtungen unfähig wird.

Durch den Tod des Lehrherrn gilt der Lehrvertrag als aufgehoben, sofern die Aufhebung binnen 4 Wochen geltend gemacht wird.

Nur aus vorgenannten Gründen kann die Auflösung des Lehrverhältnisses von Seiten des Lehrlings erfolgen, es sei denn der Entschluß des Lehrlings, zu einem anderen Beruf überzugehen. Der Verzicht auf Geltendmachung jener Gründe sowie die Erweiterung oder Einschränkung der Auflösungsgründe sind unzulässig. Die Kündigung des Lehrverhältnisses wird durch den Lehrling selbst nur dann erfolgen können, wenn er volljährig ist.

Ein Entschädigungsanspruch kann nur dann geltend gemacht werden, wenn der Lehrvertrag schriftlich abgeschlossen ist.

(§. auch Probezeit und Entlassung des Lehrlings.)

Wegen unberechtigten Verlassens der Lehre §. Zwangsmaßnahmen gegen den Lehrling.

Wegen Übergang des Lehrlings zu einem anderen Beruf §. Übergang des Lehrlings usw.

Ganz ähnlich lautende Vorschriften gelten auch für Handlungslehrlinge.

(§. auch Austritt von Handlungsgehilfen.)

Austritt aus einer Ortskrankenkasse. [§ 19 Abs. 5 R. V. G.] Der Austritt aus einer Ortskrankenkasse ist versicherungspflichtigen Personen mit dem Schluß des Rechnungsjahres zu gestatten. Sie müssen ihn jedoch spätestens 3 Monate vorher bei dem Vorstände beantragen und vor dem Austritt nachweisen, daß sie Mitglieder einer freiwilligen Hilfskasse mit voller Leistung geworden sind.

Austrittsrecht aus einer Zwangsinnung §. Beitrittsrecht zu derselben.

Auswahl der Betriebsleiter §. Haftung des Stellvertreters des Unternehmers und Regelung des Betriebes.

Ausweis der Gewerbeaufsichtsbeamten f. d.

Auszahlung der Invaliden- und Altersrente. [§§ 38 u. 123 I. V. G.] Die Invalidenrente (ebenso die Altersrente) werden, auf volle 5 Pf. für den Monat nach oben abgerundet, monatlich pränumerando durch die Postanstalt, in deren Bezirk der Rentenempfänger wohnt, ausgezahlt. Verlegt dieser seinen Wohnsitz, so hat er bei der Versicherungsanstalt die Rentenüberweisung an die andere Postanstalt zu beantragen. Die mit der Zahlung beauftragte Postanstalt wird dem Empfänger vom Vorstand der Versicherungsanstalt unter Überweisung von Quittungsformularen bezeichnet.

- des Lohnes f. Lohnzahlung.
- des Sterbegeldes bei der Krankenversicherung f. Leistungen der Zwangskrankenkassen.
- des Sterbegeldes bei der Unfallversicherung f. Sterbegeld bei der Unfallversicherung.
- der Unfallschädigungen. [§ 97 G. U. V. G. § 103 L. U. V. G.] Diese wird auf Anweisung des Vorstandes der Berufsgenossenschaft von derjenigen Postanstalt vorgenommen, in deren Bezirk der Empfangsberechtigte seinen Wohnsitz hat. Die Zahlungsstelle muß diesem seitens des Genossenschaftsvorstandes unter Beifügung von Quittungsformularen bezeichnet werden. Verlegt der Empfangsberechtigte seinen Wohnsitz, so hat er die Überweisung der Auszahlung an die Postanstalt seines neuen Wohnortes bei der Berufsgenossenschaft oder seiner bisherigen Postanstalt zu beantragen.

Durch die Empfangnahme von Zahlungen verliert der Berechtigte nicht das Recht auf Insechtung der Entschädigungsfeststellung.

Auszug der Bestimmungen über jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen f. Aushänge in Arbeitsräumen.

- aus der Heberolle bei der Unfallversicherung f. Umlageverfahren bei der Unfallversicherung.

Automaten f. Sonntagsruhe.

Gadeeinrichtung f. Waschgelegenheit.

Garzahlung der Lohnes f. Lohnzahlung.

Gauartprüfung eines Dampfkessels f. Prüfungen derselben.

Gaubedingungen f. Errichtung eines stehenden Gewerbebetriebes.

Gauerlaubnis f. Errichtung eines stehenden Gewerbebetriebes.

Gaugesuch f. Errichtung eines stehenden Gewerbebetriebes.

Gaukrankenkassen. [§§ 69—72 R. V. G.] Dieselben sind für die bei

Eisenbahn-, Kanal-, Wege-, Strom-, Deich- und Festungsbauten, sowie in anderen vorübergehenden Baubetrieben beschäftigten Personen von den Bauherren auf Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde zu errichten, wenn sie zeitweilig eine größere Zahl von Arbeitern beschäftigen.

Mit einigen unwesentlichen Ausnahmen gelten bezüglich der Leistungen, Beiträge zc. der Baukrankenkassen die gleichen Bestimmungen wie für die anderen Zwangskrankenkassen.

Bauherren und Unternehmer, welche der behördlichen Anordnung, eine Baukrankenkasse zu errichten, nicht nachkommen, haben die Leistungen an die bei ihnen beschäftigten Personen bzw. deren Hinterbliebene aus eigenen Mitteln zu gewähren.

Hauptpolizeiliche Genehmigung f. Errichtung eines stehenden Gewerbebetriebes.

Bau-Unfallversicherungsgesetz. Dasselbe ähnelt in seinen Bestimmungen im wesentlichen dem Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz, es sind seine Paragraphen daher nicht besonders aufgeführt.

Nach dem Bau-Unfallversicherungsgesetz sind alle solche Bauarbeiter (auch Betriebsbeamte zc. mit nicht mehr als 3000 Mark Gehalt oder Lohn) gegen die Folgen von Unfällen versichert, die nicht schon der Versicherungspflicht gemäß dem Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz oder dem Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft unterliegen.

Beamte etc. bei der Unfallversicherung. Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte sowie Personen des Soldatenstandes unterliegen der reichsgesetzlichen Versicherungspflicht nicht. Wenn sie im Dienst oder bei Nebenverrichtungen verunglücken, erhalten sie Pension nach Maßgabe näherer Bestimmungen besonderer Gesetze (Reichs-Gesetz betreffend die Fürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes infolge von Betriebsunfällen vom 18. Juni 1901 und preussisches Gesetz vom 2. Juni 1902).

Beamten-eigenschaft der Mitglieder des Gewerbes und Kaufmannsgerichts f. Vereidigung derselben.

Beantragung des Armenrechts vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Armenrecht vor denselben.

Beauffichtigung der Berufsgenossenschaften f. Berufsgenossenschaften.

— **der Dampfkessel** f. Prüfungen derselben.

— **der Krankenkassen** f. Aufsichtsbehörde im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes.

— **des Lehrlings** f. Pflichten des Lehrherrn.

Beauftragte der Berufsgenossenschaften f. Überwachung der Betriebe bei der Unfallversicherung.

— **der Innungen und der Handwerkskammer.** [§ 94c G.D.] Die

Innungen und die Handwerkskammern sind befugt, durch Beauftragte die Befolgung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften in den zur Innung bezw. Handwerkskammer gehörigen Betrieben zu überwachen und von der Einrichtung der Betriebsräume und der für die Unterkunft der Lehrlinge bestimmten Räume Kenntnis zu nehmen.

Die Mitglieder haben den als solchen legitimierten Beauftragten der beteiligten Innung und Handwerkskammer auf Erfordern während der Betriebszeit den Zutritt zu den Werkstätten und Unterkunftsräumen zu gestatten und ihnen die erforderlichen Auskünfte zu geben. Sie können hierzu auf Antrag der Beauftragten durch die Ortspolizeibehörde angehalten werden.

Name und Wohnsitz der Beauftragten sind von der Innung bezw. der Handwerkskammer der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

Die Beauftragten sind verpflichtet, den Gewerbeaufsichtsbeamten auf Erfordern über ihre Überwachungstätigkeit und deren Ergebnisse Mitteilung zu machen.

Befürchtet der Betriebsunternehmer von der Besichtigung des Betriebes durch den Beauftragten der Innung oder Handwerkskammer Schädigung seiner Geschäftsinteressen, so kann er die Besichtigung durch einen anderen Sachverständigen beanspruchen. In solchen Fällen ist dem Innungs- bezw. Handwerkskammervorstand vorher Mitteilung zu machen und es sind diesem einige andere geeignete Personen zu nennen, welche auf Kosten des Mitgliedes die erforderlichen Besichtigungen vorzunehmen bereit sind. In Streitfällen entscheidet die Aufsichtsbehörde.

Die Beauftragten werden nicht vereidigt, sie sind auch nicht gesetzlich zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet, andererseits können sie aber auch keine Anordnungen treffen.

Gedenken der großjährigen Arbeiter bei Erlass einer Arbeitsordnung s. Erlass derselben.

Bedienung der Gäste s. Kinderarbeit.

Bedingungen bei Genehmigung gewerblicher Anlagen s. genehmigungspflichtige Anlagen.

Gedürfnisanstalten. Außer bei Kleinbetrieben sollen überall nach Geschlechtern getrennte Abortanlagen vorhanden sein, die entsprechend zu bezeichnen sind. Bei ihrer Errichtung ist darauf zu sehen, daß sie für die Zahl der Arbeiter ausreichen, wobei man im allgemeinen auf je 20 bis 25 Arbeiter einen Abort rechnet, daß den Anforderungen der Gesundheitspflege inbezug auf Reinlichkeit, Lüftung und Desinfektion entsprochen wird und die Benutzung ohne Verletzung von Anstand und Sitte erfolgen kann.

Beerdigung der Geistiger des Gewerbes und Kaufmannsgerichts f. Ver-
eidiung derselben.

— von Zeugen und Sachverständigen vor dem Gewerbes und Kauf-
mannsgericht f. Zeugen und Sachverständige vor denselben.

Beerdigungskosten bei der Unfallversicherung f. Sterbegeld bei der
Unfallversicherung.

Befähigungsnachweis. [§§ 29 u. 31 G.D.] Ein Befähigungsnachweis
ist nur noch für gewisse Gewerbe notwendig. Es sind dies
insbesondere der Gewerbebetrieb der Ärzte, Tierärzte und
Apotheker (Approbation), das Hebammenwesen, die Aus-
übung der Seeschifffahrt als Kapitäne, Steuerleute, Lotsen
und Maschinisten usw., in Preußen auch das Gewerbe der
Hufschmiede.

Die Zurücknahme einer Approbation ist möglich, wenn der
Betreffende durch ehrwidriges Verhalten dazu Veranlassung gibt.
Sie erfolgt in Preußen durch Klage der Behörde beim Kreis-
bezw. Bezirksausschuß.

Befreiung von der Beitragszahlung zu Zwangsinnungen f. Beiträge
zu denselben.

— vom Besuch der Fortbildungsschule f. Besuchspflicht derselben.

— vom Innungszwang f. Mitglieder von Zwangsinnungen.

— von der Invalidenversicherungspflicht [§ 6 I. B. G.] erhalten auf
ihren Antrag bei der unteren Verwaltungsbehörde:

1. Personen, welche aus Staats- oder Kommunalmitteln, einer
Versicherungsanstalt oder einer ähnlichen Kasseneinrichtung
eine Pension oder Wartegelder in Mindesthöhe einer Invaliden-
rente der ersten Lohnklasse oder eine reichsgesetzliche Unfall-
rente von mindestens derselben Höhe beziehen;
2. Personen, welche das 70. Lebensjahr vollendet haben;
3. Personen, welche Lohnarbeiten nur zu bestimmten Jahres-
zeiten für nicht mehr als 12 Wochen oder nicht mehr als
50 Tage jährlich übernehmen.

Gegen den ablehnenden Bescheid ist die Beschwerde an
die zunächst vorgesehete Behörde zulässig, welche dann endgültig
entscheidet.

Die zu 3. genannten Personen müssen eine Freikarte (grüne
Farbe) vorlegen, widrigenfalls die fälligen Beiträge zu ent-
richten sind.

Der Antrag auf Befreiung von der Versicherungspflicht kann
jederzeit zurückgenommen werden.

Wegen der Befreiung von der Invalidenversicherungspflicht
kraft Gesetz oder Bundesratsbeschluß f. im übrigen Invaliden-
versicherungspflicht.

Befreiung von der Krankenversicherung. [§§ 1 u. 2 R. V. G.] Nicht versicherungspflichtig sind:

1. Gehülfen und Lehrlinge in Apotheken;
2. Seeleute;
3. Personen, deren Beschäftigung durch die Natur ihres Gegenstandes oder im Voraus durch den Arbeitsvertrag auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt ist;
4. die Familienangehörigen eines Betriebsunternehmers, deren Beschäftigung in dem Betriebe nicht auf Grund eines Arbeitsvertrages stattfindet;
5. selbständige Hausgewerbetreibende;
6. land- und forstwirtschaftliche Arbeiter und Betriebsbeamte;
7. Diensthoten;
8. Betriebsbeamte, Werkmeister und Handlungsgehülfen, sowie Bureauangestellte, deren Arbeitsverdienst 2000 Mark jährlich oder $6\frac{2}{3}$ Mark pro Tag übersteigt [§ 2 b R. V. G.];
9. [§ 3 R. V. G.] Personen des Soldatenstandes und solche Staats- und Kommunalbeamte, welche Anspruch auf Fortzahlung des Gehalts oder des Lohnes mindestens für 26 Wochen nach der Erkrankung haben.

[§ 2 R. V. G.] Durch statutarische Bestimmungen der Gemeindebehörde oder eines weiteren Kommunalverbandes können jedoch die unter Ziffer 3—6 genannten Personen der Versicherungspflicht unterworfen werden.

[§ 3 a R. V. G.] Auf ihren Antrag sind von der Versicherungspflicht zu befreien:

1. Personen, welche infolge von Verletzung, Gebrechen, chronischen Krankheiten oder Alter nur teilweise oder nur zeitweise erwerbsfähig sind, wenn der unterstützungspflichtige Armenverband der Befreiung zustimmt;
2. Personen, welche gegen ihren Arbeitgeber einen Rechtsanspruch haben, welcher ihnen eine gleiche Unterstützung gewährt wie die Krankenversicherung.

Der Antrag ist bei dem Vorstande der Krankenkasse oder der Gemeindekrankenversicherung zu stellen.

Bei Ablehnung des Antrages auf Befreiung von der Krankenversicherungspflicht entscheidet auf Anruf des Antragsstellers die Aufsichtsbehörde endgültig.

[§ 3 a R. V. G.] Auf Antrag des Arbeitgebers sind von der Versicherungspflicht zu befreien:

1. Lehrlinge, welchen durch den Arbeitgeber freie Kur oder Verpflegung in einem Krankenhause für mindestens 26 Wochen gesichert ist;

2. Inzassen von Arbeiterkolonien und dergleichen.

Verzagt die Fürsorge des Arbeitgebers im Erkrankungsfall, so hat auf Antrag diejenige Krankenkasse, der der Befreite sonst anzugehört hätte, vorläufigweise einzutreten.

Befreiung von den Kosten der Handwerkskammern f. Kosten derselben.

Befugnis zum Halten von Lehrlingen. [§ 126 G. D.] Die Befugnis zum Halten oder zur Anleitung von Lehrlingen steht Personen, welche sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, nicht zu.

[§ 81 H. G. B.] Dies gilt in ähnlicher Fassung auch für das Halten von Handlungslehrlingen.

[§ 126a G. D.] Durch die untere Verwaltungsbehörde kann die Befugnis zum Halten und zur Anleitung von Lehrlingen solchen Personen ganz oder auf Zeit entzogen werden, welche sich wiederholt grober Pflichtverletzungen gegen die ihnen anvertrauten Lehrlinge schuldig gemacht haben, oder gegen die Tatsachen vorliegen, die sie in sittlicher Beziehung zum Halten oder zur Anleitung von Lehrlingen ungeeignet erscheinen lassen. Die Befugnis zum Anleiten von Lehrlingen, nicht zum Halten, kann ferner auch solchen Personen entzogen werden, welche wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen zur sachgemäßen Anleitung eines Lehrlings nicht geeignet sind.

Gegen die Verfügung der unteren Verwaltungsbehörde findet Rekurs statt (in Preußen z. B. an den Kreis- oder Stadtauschuß).

Durch die höhere Verwaltungsbehörde kann die entzogene Befugnis nach Ablauf eines Jahres wieder eingeräumt werden.

[§ 129 G. D.] Für das Halten von Handwerkerlehrlingen gelten noch besondere Bestimmungen:

In Handwerksbetrieben steht die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen nur denjenigen Personen zu, welche das 24. Lebensjahr vollendet haben und in dem Gewerbe oder in dem Zweige des Gewerbes, in welchem die Anleitung der Lehrlinge erfolgen soll:

entweder die von der Handwerkskammer vorgeschriebene Lehrzeit oder, solange die Handwerkskammer eine Vorschrift über die Dauer der Lehrzeit nicht erlassen hat, mindestens eine dreijährige Lehrzeit zurückgelegt und die Gesellenprüfung bestanden haben,

oder 5 Jahre hindurch persönlich das Handwerk selbstständig ausgeübt haben oder als Werkmeister oder in ähnlicher Stellung tätig gewesen sind.

Die höhere Verwaltungsbehörde kann Personen, welche diesen Anforderungen nicht entsprechen, die Befugnis zur An-

leitung von Lehrlingen verleihen. Gehört die Person einer Innung an, oder besteht an ihrem Wohnort für den Gewerbezweig, welchem sie angehört, eine Innung, so ist die letztere vor der Entscheidung von der höheren Verwaltungsbehörde zu hören.

Die Unterweisung des Lehrlings in einzelnen technischen Handgriffen und Fertigkeiten durch einen Gesellen fällt nicht unter die vorgesehenen Bestimmungen.

Die Zurücklegung der Lehrzeit kann auch in einem dem Gewerbe angehörenden Großbetrieb erfolgen oder durch den Besuch einer Lehrwerkstätte oder sonstigen gewerblichen Unterrichtsanstalt ersetzt worden sein. Die Landeszentralbehörden können den Prüfungszeugnissen von Lehrwerkstätten, gewerblichen Unterrichtsanstalten oder von Prüfungsbehörden, welche vom Staate für einzelne Gewerbe oder zum Nachweise der Befähigung zur Anstellung in staatlichen Betrieben eingesetzt sind, die Wirkung der Verleihung der Befugnis zum Anleiten von Lehrlingen für bestimmte Gewerbezweige beilegen.

[§ 129a G. D.] Der Unternehmer eines Betriebes, in welchem mehrere Gewerbe vereinigt sind, ist befugt, in allen zu dem Betriebe vereinigten Gewerben Lehrlinge anzuleiten, wenn er für eines dieser Gewerbe den vorstehenden Bedingungen entspricht. Desgleichen kann ein Handwerker, der die Berechtigung zum Halten von Lehrlingen hat, auch in einem seinem Gewerbe verwandten Gewerbe Lehrlinge anleiten.

[§ 144a G. D.] Personen, welche vorstehenden Bestimmungen zuwider Lehrlinge halten, anleiten oder anleiten lassen, können von der Ortspolizeibehörde durch Zwangsstrafen zur Entlassung der Lehrlinge angehalten werden.

Befugnisse der Gewerbeaufsichtsbeamten s. d.

Beginn der Altersrente s. Beginn der Invalidenrente.

— **des Anspruchs auf Unterstützung aus den Zwangskrankenkassen.** [§ 26 R. V. G.] Für sämtliche versicherungspflichtige Rassenmitglieder beginnt der Anspruch auf die gesetzlichen Mindestleistungen der Kasse mit dem Zeitpunkte, in welchem sie Mitglieder geworden sind.

Mitglieder werden sie mit Eintritt in die Beschäftigung oder die Betriebsart, für welche die Kasse errichtet ist, einerlei, ob die vorgeschriebene Anmeldung durch den Arbeitgeber erfolgt ist oder nicht.

— **der Beitragswoche** s. d.

— **eines Gewerbebetriebes** s. Errichtung eines stehenden Gewerbebetriebes.

— **der Invalidenrente.** Die Invalidenrente beginnt mit dem Tage,

an welchem die dauernde Invalidität eingetreten ist. In der Regel wird als solcher angesehen der Tag, an welchem der Antrag auf Bewilligung der Rente bei der zuständigen Behörde eingegangen ist.

Die Krankenrente beginnt mit dem ersten Tag der 27ten Krankheitswoche und wird gewährt für die weitere Dauer der Krankheit und die Genesungszeit.

Die Altersrente beginnt frühestens mit dem ersten Tage des 71ten Lebensjahres und dauert bis zum Tode.

Ist bei Beginn des 71ten Lebensjahres die Wartezeit noch nicht beendet, so schiebt sich der Beginn der Rente entsprechend hinaus.

Beginn der Invalidenversicherungspflicht s. d.

— der Kinderarbeit s. d.

— der Krankenrente s. Beginn der Invalidenrente.

— der Krankenunterstützung s. Leistungen der Zwangskrankenkassen und der Gemeindekrankenversicherung.

— der Mitgliedschaft bei der Krankenversicherung s. Eintritt in eine Zwangskrankenkasse und freiwillige Krankenversicherung.

— der Mitgliedschaft zu einer Zwangsinnung. [§ 100f G. D.] Die Mitgliedschaft beginnt für diejenigen, welche zur Zeit der Errichtung das Gewerbe betreiben, mit diesem Zeitpunkte, für diejenigen, welche den Betrieb des Gewerbes später beginnen, mit dem Zeitpunkte der Eröffnung des Betriebes.

— der Ruhezeit am Sonntag s. Sonntagsruhe im Gewerbe.

— der Unfallfürsorge s. Unfallversicherung.

Geglaubigung des Arbeitsbuches s. d.

— des Zeugnisses s. Zeugnisse.

— der Zustellungen des Gewerbes und Kaufmannsgerichts s. Zustellungen derselben.

Gegräbnisbeihilfen bei der Krankenversicherung s. Erweiterung der Leistungen der Zwangskrankenkassen.

Gegräbnisgeld bei der Krankenversicherung s. Leistungen der Zwangskrankenkassen.

Gegründung für den Anspruch auf Invaliden- und Altersrente s. Feststellung derselben.

Gehandelnder Arzt bei der Unfallversicherung s. Feststellung der Entschädigungen bei derselben.

Gebändlung in Heilanstalten bei der Unfallversicherung s. Unfallversicherung.

Geharrliche Verweigerung der Arbeit s. Entlassung aus derselben.

Beirat für Arbeiterstatistik s. d.

Beisitzer des Gewerbegerichts. [§ 11 G. G. G.] Als Beisitzer soll nur berufen werden, wer in dem Bezirk des Gerichts seit mindestens 2 Jahren wohnt oder beschäftigt ist.

[§ 13 G. G. G.] Die Beisitzer müssen zur Hälfte aus den Arbeitgebern, zur Hälfte aus den Arbeitern entnommen werden.

Die ersteren werden mittels Wahl der Arbeitgeber, die letzteren mittels Wahl der Arbeiter bestellt. Die Wahl ist unmittelbar und geheim.

Die Wahl erfolgt auf mindestens ein Jahr und auf höchstens 6 Jahre. Eine Wiederwahl ist zulässig.

Das Amt der Beisitzer ist ein Ehrenamt.

(s. auch Wahlen zum Gewerbegericht.)

— **des Innungschiedsgerichts** s. d.

— **des Kaufmannsgerichts.** [§ 10 Abs. 3 R. G. G.] Zum Beisitzer soll nur berufen werden, wer im Bezirk des Gerichts seit mindestens 2 Jahren seine Handelsniederlassung hat oder beschäftigt ist.

[§ 12 R. G. G.] Die Beisitzer müssen zur Hälfte aus den Kaufleuten, welche mindestens einen Handlungsgehilfen oder Handlungslehrling regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen, zur Hälfte aus den Handlungsgehilfen entnommen werden.

(s. auch Wahlen zum Kaufmannsgericht.)

— **des Prüfungsausschusses** s. Gesellenprüfung.

Beistand vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht s. Rechtsanwälte vor denselben.

Beiträge der Arbeiter zu den Zwangskrankenkassen s. Beiträge zu denselben.

— **der Arbeitgeber zur Invalidenversicherung** s. Entrichtung der Beiträge derselben.

— **der Arbeitgeber zu den Zwangskrankenkassen** s. Beiträge zu denselben.

— **zu freien Innungen.** [§ 88 G. D.] Die Beiträge der Innungsmitglieder dürfen nur zur Erfüllung der durch das Gesetz oder das Statut festgesetzten Leistungen und für die Deckung der Verwaltungskosten verwandt werden.

[§ 89 G. D.] Die Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen beginnt mit dem Anfang des auf den Eintritt folgenden Monats.

Die Beiträge sowie etwaige Ordnungsstrafen können auf demselben Wege wie Gemeindeabgaben zwangsweise beigetrieben werden.

Streitigkeiten wegen Entrichtung der Beiträge entscheidet die Aufsichtsbehörde. Die Entscheidung kann binnen 2 Wochen durch Beschwerde bei der höheren Verwaltungsbehörde angefochten werden; diese entscheidet endgültig.

(f. auch Beiträge zu den Zwangsinnungen.)

Beiträge zur Gemeindekrankenversicherung. [§ 9 R. V. G.] Die von der Gemeinde zu erhebenden Beiträge der Versicherten sollen $1\frac{1}{2}$ % des ortsüblichen Tagelohnes nicht übersteigen. Nur bei Steigerung der Leistungen können auch Zusatzbeiträge, die jedoch nur die Versicherten allein belasten dürfen, erhoben werden.

[§ 10 R. V. G.] Wenn die Krankenversicherungsbeiträge zur Deckung der gesetzlichen Unterstützung nicht ausreichen, so können sie mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde bis zu 3 % des ortsüblichen Tagelohnes erhöht werden.

[§ 51 R. V. G.] Die Arbeitgeber zahlen ein Drittel der Beiträge und haben die Pflicht, die genannten Beiträge wöchentlich im voraus an die Gemeindekrankenversicherung einzuzahlen. Die Versicherten sind verpflichtet, den auf sie entfallenden Teil der Beiträge sich bei den Lohnzahlungen einbehalten zu lassen.

(Am übrigen f. auch Beiträge zu den Zwangsärztenkassen.)

— zu den **Handwerkskammern** f. Kosten derselben.

— zur **Invalidenversicherung.** [§§ 27—35 I. V. G.] Die Aufbringung der Mittel zur Invalidenversicherung erfolgt durch einen Zuschuß des Reiches (zu jeder Rente 50 Mark) und durch Beiträge der Arbeitgeber und der Versicherten zu gleichen Teilen und nach verschiedenen Lohnklassen (f. d.), die für jede Beitragswoche (f. d.) zu entrichten sind.

[§ 32 I. V. G.] Die Höhe der Beiträge für jede Beitragswoche richtet sich nach Lohnklassen, die vom Bundesrat auf je 10 Jahre festgesetzt werden.

Der wöchentliche Beitrag beträgt in Lohnklasse:

I	14 Pf.
II	20 "
III	24 "
IV	30 "
V	36 "

— zur **Unfallversicherung.** [§ 29 G. U. V. G. § 34 U. V. G.] Die Mittel zur Deckung der von den Berufsgenossenschaften zu leistenden Entschädigungen und der Verwaltungskosten werden durch Beiträge aufgebracht, welche auf die Mitglieder, also allein auf die Arbeitgeber, nach Maßgabe der von den Versicherten verdienten Löhne und Gehälter sowie nach dem Gefahrentarif jährlich umgelegt werden. Die Umrechnung von Beiträgen auf die Lohnzahlung ist verboten.

Bei Personen, welche jährlich mehr als 1500 Mark verdienen, kommt der überschießende Betrag nur zu einem Drittel in Anrechnung.

[§ 30 G. U. V. G.] Durch Statut der Berufsgenossenschaft kann jedoch bestimmt werden, daß für die Umlegung der Beiträge die wirklich verdienten Gehälter und Löhne voll in Anrechnung kommen, ferner daß für kleine Betriebe, die regelmäßig nicht mehr als 5 Arbeiter beschäftigen, ein Pauschquantum statt der Einzellöhne bei der Berechnung zu Grunde zu legen oder daß ein einheitlicher Mindestbeitrag, der 4 Mark jährlich nicht übersteigen darf, zu entrichten ist.

[§ 34 G. U. V. G. § 37 L. U. V. G.] Die Berufsgenossenschaften haben einen Reservefonds anzulegen, zu dessen Bildung sie Zuschläge erheben können.

Beiträge zu den Zwangsinnungen. [§ 100s G. D.] Für die Aufbringung der aus der Errichtung und Tätigkeit der Innungen und des Gesellenausschusses erwachsenden Kosten ist der Beitragsfuß in der Weise im Statut festzusetzen, daß die Heranziehung der einzelnen Betriebe unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit zu erfolgen hat. Wo eine Gewerbesteuer erhoben wird, kann die Landeszentralbehörde genehmigen, daß die Beiträge durch Zuschläge zu dieser Steuer erhoben werden.

Durch Statut kann bestimmt werden, daß Innungsmitglieder, welche der Regel nach weder Gesellen noch Lehrlinge beschäftigen, von der Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen befreit oder mit geringeren Beiträgen heranzuziehen sind. Desgleichen, daß Personen, welche der Innung freiwillig beitreten, nach festen Sätzen zu Beiträgen heranzuziehen sind.

Gewerbetreibende, welche neben dem Handwerk, wegen dessen sie der Innung angehören, noch ein anderes Handwerk oder ein Handelsgeschäft betreiben, sind zu den Beiträgen an die Innungen nur nach dem Verhältnis der Einnahmen bezw. der Gewerbesteuer heranzuziehen, die auf den betreffenden Handwerksbetrieb entfallen.

Eintrittsgelder dürfen nicht erhoben werden.

Die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der von den Innungen getroffenen Einrichtungen (Herbergen, Arbeitsnachweis etc.) unterliegt der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Wegen Zahlung der Beiträge und Streitigkeiten darüber s. auch Beiträge zu freien Innungen.

— **zu den Zwangskrankenkassen.** [§ 22 R. V. G.] Die Beiträge werden in Prozenten des durchschnittlichen Tagelohnes oder wirklichen Arbeitsverdienstes berechnet.

[§ 51 R. V. G.] Sie entfallen zu zwei Dritteln auf die Versicherten, zu einem Drittel auf ihre Arbeitgeber.

[§ 31 R. V. G.] Die Beiträge sollen in der Regel für die Versicherten 3 %, im ganzen also $4\frac{1}{2}$ % des für die Unterstützung in Anrechnung zu bringenden Betrages (durchschnittlicher Tagelohn (s. d.), wirklicher Arbeitsverdienst (s. d.) nicht übersteigen, nur ausnahmsweise dürfen sie mit Zustimmung der Arbeitgeber und der Rassenmitglieder im ganzen bis zu 6 % erhöht werden.

[§ 52 R. V. G.] Die Einzahlung der Beiträge erfolgt durch die Arbeitgeber, und zwar innerhalb der durch Statut festgesetzten Fristen. Die Beiträge sind solange fortzuzahlen, bis die vorchriftsmäßige Abmeldung erfolgt ist, und für den betreffenden Zeiteil zurückzuerstatten, wenn die rechtzeitig abgemeldete Person innerhalb der Zahlungsperiode aus der bisherigen Beschäftigung ausscheidet.

Wenn der Versicherte gleichzeitig in mehreren, die Versicherungspflicht begründenden Arbeitsverhältnissen steht, so haften die sämtlichen Arbeitgeber als Gesamtschuldner für die vollen Beiträge.

[§ 52a R. V. G.] Auf Antrag der Kasse kann die Aufsichtsbehörde anordnen, daß solche Arbeitgeber, die mit Abführung der Beiträge im Rückstande geblieben sind, und deren Zahlungsunfähigkeit im Zwangsbeitreibungsverfahren festgestellt worden ist, nur den auf sie selbst fallenden Teil der Beiträge einzuzahlen haben. In solchem Falle zahlen die Versicherten ihre Beiträge selbst an der zuständigen Stelle ein. Der Arbeitgeber muß durch Aushang diese Anordnung bekannt machen und bei jeder Lohnzahlung die Versicherten darauf hinweisen.

[§ 53 R. V. G.] Die Versicherten sind verpflichtet, den auf sie entfallenden Teil der Beiträge bei den Lohnzahlungen sich einbehalten zu lassen. Die Arbeitgeber dürfen nur auf diesem Wege den auf die Versicherten entfallenden Betrag wieder einziehen. Die Abzüge für Beiträge sind auf die Lohnzahlungsperioden, auf welche sie entfallen, unter Abrundung gleichmäßig zu verteilen. Sind Abzüge für eine Lohnzahlungsperiode unterblieben, so dürfen sie nur noch bei der nächstfolgenden Lohnzahlung nachgeholt werden.

[§ 55 R. V. G.] Der Anspruch auf Eintrittsgelder und Beiträge verjährt in einem Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem er entstanden ist.

Rückständige Eintrittsgelder und Beiträge werden in derselben Weise beigetrieben wie Gemeindeabgaben. Sie haben bei Konkursen Vorzugsrecht.

Beitragserrstattung bei der Invalidenversicherung f. Rückerstattung von Beiträgen zur Invalidenversicherung.

Beitragsfuß bei Zwangseinnungen f. Beiträge zu denselben.

Beitragsmarken zur Invalidenversicherung f. Invalidenmarken.

Beitragswoche im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes. [§ 30 I. W. G.] Für jede Woche, in welcher der Versicherte in einem die Versicherungspflicht begründenden Arbeits- oder Dienstverhältnis steht, ist ein Beitrag zu zahlen.

Die Beitragswoche beginnt mit dem Montag.

Als Beitragswochen zählen auch, ohne daß Beiträge entrichtet zu werden brauchen, diejenigen vollen Wochen, in denen der Versicherte:

1. seiner Wehrpflicht in Kriegs- oder Friedenszeiten genügte,
2. wegen bescheinigter, mit Erwerbsunfähigkeit verbundener Krankheit in seiner Berufstätigkeit verhindert gewesen ist.

Wenn die Krankheit vorsätzlich, bei Begehung eines Verbrechens, durch Trunksucht oder durch Beteiligung an einer Schlägerei entstanden ist, so wird sie nicht in Unrechnung gebracht, ebenso nicht die über ein Jahr hinausgehende Zeit der Erkrankung.

Dagegen wird die an eine Krankheit sich anschließende Genesungszeit der Krankheit gleich geachtet, desgleichen ein normal verlaufendes Wochenbett, jedoch nur bis zur Höchstdauer von 6 Wochen nach der Entbindung.

Ebenso gilt die Zeit früheren Rentenbezuges, etwa der Bezug einer Krankenrente, als bescheinigte Krankheitszeit, selbst wenn sie sich über die Dauer eines Jahres hinaus erstreckt.

Freiwillig Versicherten werden Krankheitswochen nicht angerechnet.

Beitreibung von Innungsbeiträgen f. Beiträge zu freien Innungen.

— rückständiger Beiträge zur Krankenversicherung f. Beiträge zu derselben.

Beitritt zu Innungsverbänden f. d.

Beitrittsrecht zu einer Zwangseinnung. [§ 100g G. D.] Berechtigter, der für ihr Gewerbe errichteten Innung für ihre Person beizutreten, sind:

Werkmeister in Fabriken, ehemalige Handwerksmeister des betreffenden Gewerbes, die keine gewerbliche Tätigkeit mehr ausüben, sowie Guts- und Fabrikhandwerker, welche in der Regel weder Gesellen noch Lehrlinge beschäftigen; weiter mit Zustimmung der Innungsversammlung diejenigen, welche das Gewerbe fabrikmäßig betreiben und solche Handwerker des Gewerbes, die der Regel nach weder Gesellen noch Lehrlinge beschäftigen, wenn diese durch Innungsstatut vom Beitragszwang befreit sind.

Diesen Personen ist der Austritt aus der Innung am Schlusse jedes Rechnungsjahres gestattet. Eine vorherige Anzeige kann frühestens 6 Monate vor dem Austritt verlangt werden.

Das Beitrittsrecht gilt nur für die Person des betreffenden Gewerbetreibenden, nicht aber auch für seine Gefellen, Lehrlinge und Arbeiter.

Wegen Streitigkeiten über das Beitrittsrecht s. Streitigkeiten über die Zwangsmitgliedschaft von Innungen.

Beitrittszwang zu Zwangsinnungen s. d.

Bekanntmachung der Errichtung einer Zwangsinnung s. Zwangsinnungen.

— **genehmigungspflichtiger Anlagen** s. d.

Bekanntmachungen des Bundesrats für bestimmte Gewerbe. Auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung hat der Bundesrat bis jetzt für folgende Gewerbe zum Schutze der Arbeiter vor Gefahren für die Gesundheit besondere Vorschriften bezüglich der Einrichtung des Betriebes, der Dauer der Arbeitszeit usw. erlassen:

Anlagen zur Anfertigung von Zündhölzern unter Verwendung von weißem Phosphor (durch das Phosphorgefetz wird diese Fabrikation in Deutschland allmählich ganz verschwinden), Bleifarben- und Bleizuckerfabriken, Anlagen zur Herstellung von Zigarren, Anlagen zur Herstellung von Alkalichromaten, Buchdruckereien und Schriftgießereien, Anlagen zur Herstellung elektrischer Akkumulatoren aus Blei, Rohhaarspinnereien, Haar- und Borstenzurichtereien, Bürsten- und Pinselmachereien, Thomasschlackenmühlen, Zinkhütten, Anlagen zur Vulkanisierung von Gummiwaren, Glashütten, Glasschleifereien, Sandbläsereien, Steinbrüche, Steinhauereien, Anlagen zur Herstellung von Präservativen, Suspensorien und dergl., Bäckereien und Konditoreien, Getreidemühlen, Gast- und Schankwirtschaften, demnächst Maler- und Anstreicherbetriebe inbezug auf die Verwendung bleihaltiger Farben.

Mit Ausnahme der letzteren Betriebe (hier ist ein Merkblatt für die Arbeiter vorgesehen) und der Getreidemühlen ist überall für die Arbeitsräume das Aufhängen von Tafeln mit den Ausnahmebestimmungen des Bundesrats vorgeschrieben, die im Handel käuflich zu haben sind. Es sei daher an dieser Stelle nur auf diese Aufhänge verwiesen.

Bekanntmachungsverfahren s. genehmigungspflichtige Anlagen.

Befeidigung des Arbeitgebers oder Arbeitnehmers s. Entlassung und Austritt aus der Arbeit ohne Kündigung.

Belichtung der Arbeitsräume s. Licht.

Beratung des Gewerbes- und Kaufmannsgerichts. Für die Beratung sowohl wie für die Abstimmung finden die allgemeinen Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes Anwendung. Die Richter dürfen nur in der im Statut festgesetzten Anzahl mitwirken (wegen Ergänzungsrichtern s. d.). Der Vorsitzende leitet die Beratung, stellt die Fragen und sammelt die Stimmen. Kein Richter darf die Stimmabgabe verweigern. In der Regel erfolgen die Entscheidungen nach der absoluten Mehrheit der Stimmen. Die Reihenfolge der Abstimmung richtet sich nach dem Lebensalter. Der jüngste Beisitzer stimmt zuerst ab, der Vorsitzende zuletzt. Vorsitzender und Beisitzer sind selbstverständlich verpflichtet, über den Hergang der Beratung und Abstimmung Stillschweigen zu üben.

— von Unfallverhütungsvorschriften s. d.

Berechnung der Altersrente. [§ 37 I. V. G.] Die Altersrente besteht aus dem Reichszuschuß von 50 Mark und aus dem Grundbeitrage, der sich beläuft:

in Lohnklasse	I	auf	60	Mark
"	"	II	90	"
"	"	III	120	"
"	"	IV	150	"
"	"	V	180	"

Beiträge aus verschiedenen Lohnklassen werden auf die dem Durchschnitt dieser Beiträge entsprechende Altersrente berechnet, bei mehr als 1200 Beitragswochen werden jedoch die 1200 Beiträge der höchsten Lohnklassen der Berechnung zu Grunde gelegt.

[§ 40 I. V. G.] Für die Dauer bescheinigter Krankheit und militärischer Dienstleistung wird die II. Lohnklasse berechnet.

Die Altersrente beträgt:

in Lohnklasse	I	=	110	Mark
"	"	II	140	"
"	"	III	170	"
"	"	IV	200	"
"	"	V	230	"

— der Beiträge zur Unfallversicherung s. Umlageverfahren bei der Unfallversicherung.

— zu den Zwangsruhenkassen s. Beiträge zu denselben.

— der Fristen im Sinne des Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzes. [§ 78a R. V. G.] Hierbei wird der Tag nicht mitgerechnet, auf welchen der Zeitpunkt oder das Ereignis fällt, nach welchem der Anfang der Frist sich richten soll.

Sonn- und Feiertage zählen nicht mit.

Eine nach Wochen oder Monaten bestimmte Frist endet mit dem Ablauf desjenigen Tages der letzten Woche oder des letzten Monats, welcher durch seine Benennung oder Zahl dem Tage

entspricht, an welchem die Frist begonnen hat. Fehlt dieser Tag im letzten Monat, so endet die Frist mit Ablauf des letzten Tages dieses Monats.

Fällt das Ende einer Frist auf einen Sonn- oder Festtag, so endet die Frist mit Ablauf des nächstfolgenden Werktages.

Berechnung der Invalidenrente. [§ 35 u. 36 I.V.G.] Die Invalidenrente wird nach Lohnklassen und Jahresbeträgen berechnet. Sie setzt sich zusammen aus dem Reichszuschuß von 50 Mark, dem Grundbetrage und bestimmten Steigerungssätzen für jede Beitragswoche.

Der Grundbetrag beläuft sich:

in Lohnklasse	I	auf	60	Mark
"	"	II	70	"
"	"	III	80	"
"	"	IV	90	"
"	"	V	100	"

Der Steigerungssatz beträgt für jede Beitragswoche:

in Lohnklasse	I	=	3	Pfennige
"	"	II	6	"
"	"	III	8	"
"	"	IV	10	"
"	"	V	12	"

Für die Beitragswoche kann nur ein Steigerungssatz angerechnet werden. Sind mehr Beitragsmarken, als Beitragswochen angerechnet werden können, vorhanden, so sind die niedrigsten Lohnklassen auszuschalten.

Der Berechnung des Grundbetrages der Rente werden stets 500 Beitragswochen zu Grunde gelegt. Bei verschiedenen Lohnklassen wird der Durchschnitt berechnet. Sind weniger als 500 Beitragswochen nachgewiesen, so werden für die fehlenden Wochen Beiträge der Lohnklasse I in Ansatz gebracht.

Bei mehr als 500 Beitragswochen werden die 500 Beiträge der höchsten Lohnklassen eingesetzt.

Beispiele für die Berechnung der Invalidenrente:

I. Ein Versicherter hat 400 Beitragswochen bezahlt und zwar:

in Lohnklasse	III	=	100	Wochen
"	"	IV	100	"
"	"	V	200	"

Darnach berechnet sich der Grundbetrag wie folgt:

100	Wochen	in Lohnklasse	III	=	80 : 5	=	16	Mark
100	"	"	IV	=	90 : 5	=	18	"
200	"	"	V	=	100 : 2,5	=	40	"
100	"	"	I	=	60 : 5	=	12	"
								<hr/> 86 Mark

Hierzu kommen die Steigerungssätze:

für 100 Wochen in Lohnklasse III	zu 8 Pf.	= 8 Mark
" 100 " " " IV	" 10 "	= 10 "
" 200 " " " V	" 12 "	= 12 "
" 100 " " " I	" 3 "	= 3 "
endlich der Reichszuschuß		= 50 "

Gesamtbetrag der Rente 181 Mark

II. Ein Versicherter hat 1000 Beitragswochen und zwar:

100 in Lohnklasse III,
300 " " IV
600 " " V

Es werden daher 500 Beitragswochen der höchsten Lohnklasse angelegt, demnach beträgt der Grundbetrag 100 Mark.

Dazu kommen die Steigerungssätze:

100 Wochen in Lohnklasse III	zu 8 Pf.	= 8 Mark
300 " " " IV	" 10 "	= 30 "
600 " " " V	" 12 "	= 72 "

dazu der Reichszuschuß 50 "

Gesamtbetrag der Rente 260 Mark

Nachstehende Tabelle gibt in runden Zahlen einen Anhalt über die Höhe d. Invalidenrente je nach Lohnklasse u. Zahl d. Beitragswoch.:

Anzahl der Beitragswochen	Lohnklassen				
	I	II	III	IV	V
40	111	113	114	116	118
100	113	118	122	126	130
200 (4 Jahre)	116	126	134	142	150
300	119	134	146	158	170
400	122	142	158	174	190
500 (10 Jahre)	125	150	170	190	210
600	128	156	178	200	222
700	131	162	186	210	234
800	134	168	194	220	246
900	137	174	202	230	258
1000 (20 Jahre)	140	180	210	240	270
1200	146	192	226	260	294
1500 (30 Jahre)	155	210	250	290	330
1800	164	228	274	320	366
2000 (40 Jahre)	170	240	290	340	390
2200	176	252	306	360	414
2400	182	264	322	380	438
2500 (50 Jahre)	185	270	333	390	450
2600	188	276	338	400	462
2700	191	285	346	410	474

Im Jahre 1902 sind rund 103,8 Millionen Mark an Invaliden- und Altersrente gezahlt worden, wovon aus Mitteln des Reiches 37,7 Millionen Mark aufgebracht wurden.

Gerechnung des Jahresarbeitsverdienstes bei der Unfallversicherung f. Jahresarbeitsverdienst im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes.

— des Lohnes f. Lohnzahlung.

— der Überarbeitstage f. Überarbeit von Arbeiterinnen.

— der Unfallrente f. Unfallrente.

Gerechnung zur Errichtung einer Betriebskrankenkasse f. Betriebskrankenkassen.

— zur freiwilligen Invalidenversicherung f. d.

— zur freiwilligen Krankenversicherung f. d.

— zur Führung des Meistertitels f. Meistertitel.

— zur Wahl zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Wahlen zu denselben.

Gerechtigungsantrag bei der Unfallversicherung f. Feststellung der Entschädigungen bei der Unfallversicherung.

Berggewerbegerichte. [§ 82 G. G. G.] Für Streitigkeiten der in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Brüchen und Gruben beschäftigten Arbeiter mit ihren Arbeitgebern können durch die Landeszentralbehörden Berggewerbegerichte, die ausschließlich für diese Betriebe zuständig sind, errichtet werden. Durch diese sogenannten Berggewerbegerichte wird die Zuständigkeit anderer Berggewerbegerichte innerhalb des Bezirks ausgeschlossen. Das Verfahren vor den Berggewerbegerichten ist dem vor den übrigen Berggewerbegerichten gleich, ein Unterschied gegen diese besteht nur darin, daß die Kosten der Berggewerbegerichte vom Staat getragen und der Vorsitzende und dessen Stellvertreter von der Landeszentralbehörde ernannt werden. In Preußen bestehen zur Zeit fünf Berggewerbegerichte.

Bergrevierbeamte f. Gewerbeaufsichtsbeamte.

Gerichte der Gewerbeaufsichtsbeamten f. d.

Berufsgenossenschaften. [§ 28 G. U. V. G., § 33 L. U. V. G.] Die Berufsgenossenschaften sind die Träger der auf Gegenseitigkeit begründeten Unfallversicherung. Sie werden gebildet aus den Betriebsunternehmern ein und desselben Gewerbezweiges innerhalb bestimmter Bezirke. Manche dieser Berufsgenossenschaften umfassen das ganze Reich. Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sind dagegen territorial (nach Provinzen u.) abgegrenzt und umfassen innerhalb dieses Bezirks sämtliche versicherungspflichtige Betriebe.

Betriebe, welche verschiedene Gewerbszweige umfassen oder Nebenbetriebe besitzen, sind derjenigen Berufsgenossenschaft zuzuteilen, welcher der Hauptbetrieb angehört. Land- und forstwirtschaftliche Nebenbetriebe gewerblicher Anlagen können unter gewissen Voraussetzungen einer gewerblichen Berufsgenossenschaft angegliedert werden. Es kann dies durch das Genossenschaftsstatut bestimmt werden, wenn in diesen Nebenbetrieben überwiegend die im Hauptbetriebe verwendeten gewerblichen Arbeiter beschäftigt sind. Nebenbetriebe der Land- und Forstwirtschaft gehören, soweit sie landwirtschaftliche Nebenbetriebe (s. d.) im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes sind, den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften an.

Die Berufsgenossenschaften haben Statuten zu erlassen, die der Genehmigung des Reichsversicherungsamts bedürfen. Die Verwaltung geschieht durch den Genossenschaftsvorstand. Manche Berufsgenossenschaften sind noch wieder in örtlich abgegrenzte Sektionen eingeteilt oder haben Vertrauensmänner als örtliche Genossenschaftsorgane eingesetzt.

Die Berufsgenossenschaften sind auf voller Selbstverwaltung beruhende Unternehmerverbände, doch besteht eine Vertretung der Arbeiter als Beisitzer zum Schiedsgericht (s. d.), bei der Begutachtung von Unfallverhütungsvorschriften (s. d.), bei der Teilnahme an der Wahl zweier nichtständiger Mitglieder aus den Kreisen der Arbeitnehmer beim Reichsversicherungsamt sowie bei den polizeilichen Unfalluntersuchungen (s. d.).

[§ 55 G. U. V. G.] Jeder Unternehmer ist ohne weiteres vom Tage der Eröffnung seines Betriebes oder des Beginns seiner Versicherungspflicht Mitglied derjenigen Berufsgenossenschaft, die für seinen Gewerbszweig und den Bereich seines Betriebsortes errichtet ist.

[§§ 125—127 G. U. V. G.] Die Berufsgenossenschaften unterliegen in allen Dingen der Beaufsichtigung durch das Reichsversicherungsamt bzw. der Landesversicherungsämter.

Zur Zeit sind 66 gewerbliche und 48 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften vorhanden, ferner eine ganze Reihe Reichs- und staatlicher Ausführungsbehörden (s. Verzeichnis der Berufsgenossenschaften).

Welche Berufsgenossenschaft oder Sektion derselben im einzelnen Falle zuständig ist, ersieht der Versicherte aus dem in den Arbeitsräumen befindlichen Aushang, anderenfalls erfährt er es bei der Polizei oder dem Gewerbeinspektor.

Berufung im Sinne des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes.

[§ 55 G. G. G.] Die Berufung ist die Erneuerung des Rechtsstreits vor einem höheren Richter unter Zulassung von Angriffen

und Verteidigungsmitteln, welche in der ersten Instanz geltend gemacht sind, insbesondere neuer Tatsachen und Beweismittel.

Das Berufungsgericht ist das Landgericht, in dessen Bezirk das Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) seinen Sitz hat.

Die Berufung ist jedoch nur zulässig, wenn der Wert des Streitgegenstandes den Betrag von 100 Mark, bei den Kaufmannsgerichten von 300 Mark, übersteigt.

Es kommt also nicht auf den Wert des Beschwerdegegenstandes an, d. h. nicht auf den Betrag, um den durch die Berufung eine Änderung des erstinstanzlichen Urteils erreicht werden soll, sondern auf den Betrag der ursprünglichen Streitsumme.

Entscheidungen über die Festsetzung der Kosten, einschließlich der Kosten der Prozeßbevollmächtigten, sind nicht anfechtbar.

Die Berufung geht auch niemals weiter als an das Landgericht.

Die Berufung ist innerhalb einer Frist von einem Monat durch Zustellung eines Schriftsatzes an die Zivilkammer des Landgerichts einzulegen. Die Frist beginnt für jede Partei mit der an sie bewirkten Zustellung der Entscheidung des Gewerbegerichts (Kaufmannsgerichts) und, sofern auf die Zustellung verzichtet war, mit der Verkündigung der Entscheidung.

Vor der Berufungsinstanz finden natürlich alle prozessualen Vorschriften des landgerichtlichen Verfahrens Anwendung. Im besonderen unterliegt also die Berufung dem Anwaltszwange, auch haben alle Ladungen und Zustellungen, im Gegensatz zum Gewerbegerichtsverfahren, auf Antrag der Parteien (Parteietrieb) zu erfolgen.

Berufung beim Innungsschiedsgericht s. d.

— **bei Invaliden und Altersrente** s. Feststellung derselben.

— **beim Kaufmannsgericht** s. Verfahren vor demselben und Berufung im Sinne des Kaufmannsgerichtsgesetzes.

— **bei der Unfall- und Invalidenversicherung.** [§ 76 G. U. V. G., § 82 R. U. V. G., § 114 I. V. G.] Gegen den Bescheid des Vorstandes der Berufsgenossenschaft bezw. der Sektion oder der Versicherungsanstalt, durch welchen ein Entschädigungsanspruch abgelehnt bezw. eine Entschädigung festgestellt wird, ist die Berufung bei dem „Schiedsgericht für Arbeitsversicherung“ (s. d.) zulässig. Dasselbe gilt, wenn eine Rente geändert, aufgehoben, ein Heilverfahren angeordnet wird usw. Die Berufung ist innerhalb eines Monats zu erheben. Die Frist gilt auch dann als gewahrt, wenn innerhalb derselben die Berufung bei einer anderen Behörde oder bei einem Organ der Berufsgenossenschaft eingegangen ist.

Das Schiedsgericht muß im Bescheid angegeben sein. Gegen den Vorbescheid ist dagegen Berufung nicht zulässig.

[§ 78 G. U. B., § 84 L. U. B. G.] Das Schiedsgericht hat, wenn es den Entschädigungsanspruch für begründet erachtet, die Höhe der Entschädigung und den Beginn der Rente festzustellen. Die Kosten des Verfahrens trägt die Berufsgenossenschaft bzw. die Versicherungsanstalt.

(wegen Rekurs beim Reichsversicherungsamt s. d.)

In der Berufung sollen der Gegenstand des Anspruchs bezeichnet und diejenigen Tatsachen, die bei der Entscheidung maßgebend waren, benannt werden. Die Berufung kann entweder mündlich zu Protokoll oder schriftlich eingereicht werden. In letzterem Falle ist sie eigenhändig bzw. vom gesetzlichen Vertreter oder Bevollmächtigten zu unterschreiben. Bei schriftlicher Berufung soll man dem Schriftsatz eine Abschrift beifügen.

Die Berufung kann auch durch Vergleich erledigt werden.

Bei verspäteter Berufung, oder wenn das Schiedsgericht nicht zuständig ist, kann der Vorsitzende die Berufung zurückweisen. Gegen den ablehnenden Bescheid kann innerhalb von zwei Wochen nach der Zustellung beim Schiedsgericht die Anberaumung eines mündlichen Termins beantragt werden.

Die Berufung hat im allgemeinen keine aufschiebende Wirkung.

Berufung im Verwaltungsstreitverfahren s. d.

Berufungsausschüsse bei Handwerkskammern. Dieselben haben über Beanstandungen von Entscheidungen der Prüfungsausschüsse zu entscheiden, hierzu ist der Gesellenausschuß der Handwerkskammer hinzuzuziehen.

Berufungsgericht im Sinne des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes s. Berufung im Sinne derselben.

Berufungssumme beim Gewerbegericht s. Berufung im Sinne des Gewerbegerichtsgesetzes.

— **beim Kaufmannsgericht** s. Verfahren vor demselben.

Berufswechsel des Lehrlings s. Übergang desselben zu einem anderen Beruf.

Beschäftigung von Arbeitern unter 18 Jahren. [§ 120c G. D.] Der Gewerbeunternehmer ist verpflichtet, bei Beschäftigung von Arbeitern unter 18 Jahren bei der Einrichtung der Betriebsstätte und der Regelung der Arbeit diejenigen besonderen Rücksichten auf Gesundheit und Sittlichkeit zu nehmen, welche durch das Alter dieser Arbeiter geboten sind.

Diese sollen daher nicht zu Arbeiten herangezogen werden, welche ihren Körperkräften nicht angemessen sind oder ihrer Gesundheit, da ihr Körper sich noch in der Entwicklung befindet,

besonders schädlich werden können, ferner nicht zu Arbeiten, die mit außergewöhnlicher Unfallgefahr verknüpft sind oder bei denen sich die Arbeiter entblößen müssen oder die der Herstellung von Dingen zu geschlechtlichen Zwecken dienen usw.

Die Verwendung solcher Arbeiter für gewisse Arbeiten und bestimmte Räume kann verboten werden.

Geschäftigung von Arbeiterinnen am Sonnabend f. Sonnabendarbeits-schluß.

- von Kindern für Dritte f. Kinder im Sinne des Kinderschutzgesetzes.
- von Kindern, jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen f. Kinderarbeit, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen.
- in den Pausen f. jugendliche Arbeiter und Pausen.

Geschäftigungsort im Sinne des Krankenz, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzes. [§ 5a R. V. G., § 28 L. U. V. G., § 65 Abs. 3 I. V. G.] Als Beschäftigungsort gilt der Sitz des Betriebes. Er ist maßgebend für die Zugehörigkeit zu einer Versicherungsanstalt, Krankenkasse und Berufsgenossenschaft.

Auch für Personen, welche in Gewerbebetrieben beschäftigt sind, deren Natur es mit sich bringt, daß einzelne Arbeiten an wechselnden Orten außerhalb der Betriebsstätte ausgeführt werden, gilt auch für die Zeit, während welcher sie mit solchen Arbeiten beschäftigt sind, als Beschäftigungsort der Sitz des Gewerbebetriebes.

Werden versicherungspflichtige Personen von einer öffentlichen oder privaten Betriebsverwaltung mit Arbeiten beschäftigt, welche an wechselnden, in verschiedenen Gemeindebezirken belegenen Orten auszuführen sind, so gilt als Beschäftigungsort diejenige Gemeinde, in welcher die mit der unmittelbaren Leitung jener Arbeiten betraute Stelle ihren Sitz hat.

Für Personen, welche in der Land- und Forstwirtschaft zur Beschäftigung an wechselnden, in verschiedenen Gemeindebezirken belegenen Orten angenommen sind, gilt als Beschäftigungsort der Sitz des Betriebes.

Geschäftigungszeit. Als solche ist diejenige Zeit zu erachten, während der der Arbeiter zur Arbeitsleistung für die Fabrik gegenwärtig sein muß. Es ist dabei gleichgültig, ob er tatsächlich während dieser ganzen Zeit arbeitet oder ob die Arbeitsverrichtungen wegen der Eigenart des Betriebes für kürzere Zeit auszufehen sind. Als Tätigkeit für die Fabrik ist jede den Zwecken des Fabrikbetriebes dienende Tätigkeit zu erachten, insbesondere auch die Herbeischaffung von Arbeitsmaterial, das Heranholen von Nahrungsmitteln für die Arbeiter, das Austragen von Rechnungen und dergleichen.

Nicht zur Beschäftigungszeit gehören die gesetzlich den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen zu gewährenden Pausen, ebenso wenig diejenigen Stunden, die der Arbeitgeber den Arbeitern unter 18 Jahren zum Besuch der Fortbildungsschule freigeben muß. Auch die wirklichen Pausen der erwachsenen männlichen Arbeiter rechnen natürlich nicht zur Beschäftigungszeit.

Bescheid der Berufsgenossenschaft bei Unfallschadigungsansprüchen f. Feststellung derselben.

— bei Dampfkesselgenehmigungsgesuchen f. Genehmigung von Dampfkesseln.

— bei Genehmigungsgesuchen f. genehmigungspflichtige Anlagen.

Bescheinigung über die Anmeldung eines Gewerbebetriebes f. Errichtung eines stehenden Gewerbebetriebes.

— über die freien Hilfskassen f. eingeschriebene Hilfskassen.

— über den Inhalt der Quittungskarte f. Quittungskarte.

— einer Krankheit im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes. [§ 31 I. V. G.] Zum Nachweis einer Krankheit, die als Beitragswochen für die Invalidenversicherung angerechnet werden soll [§ 30 I. V. G.], genügt die Bescheinigung derjenigen Krankenkasse, der der Versicherte angehört.

Bei Personen, die einer Krankenkasse nicht angehören, ist die Bescheinigung von der Gemeindebehörde (f. d.) auszustellen.

Beschlagnahme des Arbeitslohnbeschlagnahmegesetz vom 21. Juni 1869, ist der Arbeits- und Dienstlohn aller Berufsarbeiter und Privatbeamten (nicht bloß der gewerblichen Arbeiter) erst dann beschlagnahmefähig, wenn die Leistung der Arbeiten oder Dienste erfolgt und der Lohn- oder Zahlungstag abgelaufen ist, ohne daß der Lohn oder die Zahlung eingefordert wurde. In gleichem Umfange ist der Lohn der gerichtlichen Beschlagnahme entzogen und seine freiwillige Abtretung (Zession) oder Verpfändung rechtsungültig. Durch Vertrag kann diese Bestimmung nicht aufgehoben werden.

Ausgenommen sind: öffentliche Abgaben bis 3 Monate nach der Fälligkeit, gesetzliche Alimente an Familienmitglieder und Gehalt oder Dienstbezüge der dauernd, d. h. auf mindestens ein Jahr oder bei unbestimmter Dauer mit mindestens 3 monatlicher Kündigung angestellten Privatbeamten, soweit die Summe den Betrag von 1500 Mark übersteigt.

— der Unterstützungen bei der Krankenversicherung f. Verpfändung der Unterstützungsansprüche bei der Krankenversicherung.

Beschleunigtes Verfahren bei der Feststellung von Unfallschädigungen f. Feststellung derselben.

Geschlufsfassung über ein Genehmigungsgesuch f. genehmigungspflichtige Anlagen.

Geschlufsverfahren f. Verwaltungsstreitverfahren.

Geschränkung der Angestellten f. Konkurrenzklause.

— **der Arbeit von Kindern, jugendlichen Arbeitern und Frauen** f. Kinderarbeit, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen.

— **des Arbeitsvertrages** f. d.

— **der Bestimmungen des Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzes durch den Arbeitgeber.** [§ 80 R. V. G.] Den Arbeitgebern ist untersagt, durch Verträge (Reglements, besondere Aberein-kunft) die Anwendung der Bestimmungen der Versicherungs-gesetzgebung auszuschließen oder zu beschränken. Derartige Ver-träge sind nichtig.

— **der Gewerbefreiheit** f. Ausnahmen von derselben und Geltungs-bereich der Gewerbeordnung.

— **der Leistungen der Gemeindekrankenversicherung.** [§ 6a R. V. G.] Die Gemeinden sind ermächtigt, zu beschließen:

1. daß Personen, welche freiwillig der Gemeindekrankenver-sicherung beigetreten sind, erst nach Ablauf einer Frist von 6 Wochen nach dem Beitritt Krankenunterstützung erhalten (Wartezeit);
2. daß Versicherten, die die Gemeindekrankenversicherung durch eine Straftat geschädigt oder sich eine Krankheit vor-sätzlich, durch Beteiligung an Schlägereien oder durch Trunk-sucht zugezogen haben, das Krankengeld garnicht oder nur teilweise zu gewähren ist;
3. daß Versicherten, welche von der Gemeinde die Unterstützung ununterbrochen oder im Laufe eines Jahres für 26 Wochen bezogen haben, bei Eintritt eines neuen Unterstützungsfalles, sofern dieser durch die gleiche nicht gehobene Krankheits-ursache veranlaßt worden ist, im Laufe der nächsten 12 Monate Krankenunterstützung nur für die Gesamtdauer von 13 Wochen zu gewähren ist;
4. daß die ärztliche Behandlung, die Lieferung der Arznei und die Kur und Verpflegung nur durch bestimmte Ärzte, Apotheken und Krankenhäuser zu gewähren sind und die Bezahlung anderweitiger Inanspruchnahmen, von dringenden Fällen ab-gesehen, abgelehnt werden kann.

— **der Leistungen der Zwangskrankenkassen.** [§ 26a R. V. G.] Rassen-mitgliedern, welche gleichzeitig anderweitig gegen Krankheit ver-sichert sind, ist das Krankengeld soweit zu kürzen, daß dasselbe mit dem aus anderweiter Versicherung bezogenen Krankengeld den vollen Betrag des durchschnittlichen Tagelohns nicht über-steigt. Durch Statut kann diese Beschränkung aufgehoben werden.

Ferner kann durch Statut bestimmt werden:

1. daß Mitgliedern, die sich einer strafbaren Handlung zum Nachteil der Kasse schuldig gemacht haben, für die Dauer von 12 Monaten seit der Straftat, sowie daß Versicherten, welche sich eine Krankheit vorsätzlich, durch Beteiligung an Raufereien oder durch Trunksucht zugezogen haben, für diese Krankheit das statutenmäßige Krankengeld garnicht oder nur teilweise zu gewähren ist;
2. daß die ärztliche Behandlung, die Lieferung der Arznei und die Kur und Verpflegung nur durch bestimmte Ärzte, Apotheken und Krankenhäuser zu gewähren sind und die Bezahlung der durch anderweitige Inanspruchnahme entstandenen Kosten, von dringenden Fällen abgesehen, abgelehnt werden kann (s. dagegen freie Arztwahl);
3. daß Mitgliedern, welche von der betreffenden Kasse eine Krankenunterstützung ununterbrochen oder im Laufe eines Jahres für 26 Wochen bezogen haben, bei Eintritt eines neuen Unterstützungsfalles, sofern dieser durch die gleiche nicht gehobene Krankheit verursacht ist, im Laufe der nächsten 12 Monate Krankenunterstützung nur im gesetzlichen Mindestbetrage und nur für die Gesamtdauer von 13 Wochen zu gewähren ist.

Beschränkung der Sonntagsarbeit s. Sonntagsruhe im Gewerbe.

- **der Sonntagsruhe** s. Ausnahmen von derselben.
- **der Überarbeit** s. Überarbeit von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern.
- **des Wahlrechts zum Gewerbegericht** s. Wahlen zu demselben.
- **der Zuständigkeit der Gewerbegerichte.** [§ 7 Abs. 1 G. G. G.] Die sachliche Zuständigkeit der Gewerbegerichte kann auf bestimmte Arten von Gewerbe- und Fabrikbetrieben, die örtliche auf bestimmte Teile des Gemeindebezirks beschränkt werden.

Die Grenze der Zuständigkeit muß durch das Statut geregelt sein.

Gescheibung bei Anträgen auf Genehmigung einer Anlage s. genehmigungspflichtige Anlagen.

Geschwerden bei Ablehnung eines Dampfkesselgenehmigungsantrags s. Genehmigung von Dampfkesseln.

- **wegen Amtsenthebung bei Innungen** s. Amtsenthebung bei denselben.
- **wegen Auflage von Schutzvorrichtungen für Arbeiter** s. Schutz der Arbeiter vor Gefahren.
- **gegen die Aufnahme in das Kataster der Berufsgenossenschaft.** [§ 59 G. U. V. G.] Gegen die Aufnahme in das Kataster sowie

gegen die Ablehnung derselben steht dem Unternehmer binnen einer Frist von zwei Wochen die Beschwerde an das Reichsversicherungsamt zu. Dieselbe ist bei der unteren Verwaltungsbehörde einzureichen. Ein Betrieb, der seiner Natur nach keiner vorhandenen Berufsgenossenschaft zugehört, wird vom Reichsversicherungsamt derjenigen Berufsgenossenschaft überwiesen, der er am nächsten steht.

Beschwerden gegen Bescheide bei Genehmigungsgesuchen f. genehmigungspflichtige Anlagen.

— gegen **Baubedingungen** f. Errichtung eines stehenden Gewerbebetriebes.

— gegen die **Errichtung von Zwangsinnungen** f. d.

— gegen die **Feststellung der Beiträge zur Unfallversicherung** f. Umlageverfahren bei der Unfallversicherung.

— gegen **Geldstrafen der Berufsgenossenschaften** f. Unfallverhütungsvorschriften und Strafbestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes.

— über die **Geschäftsführung bei der Krankenversicherung**. Beschwerden über die Geschäftsführung der Krankenkassenvorstände usw. sind bei der zuständigen Aufsichtsbehörde (f. d.) anzubringen. Beschwerden über diese sind an die vorgesetzten Dienststellen zu richten. [§ 76 a R. V. G.] Beschwerden gegen Strafverfügungen des Vorstandes einer Krankenkasse sind binnen zwei Wochen bei der Aufsichtsbehörde anzubringen. Diese entscheidet endgiltig.

— über die **Geschäftsführung bei der Unfall- und Invalidenversicherung** sind zu richten:

über eine Berufsgenossenschaft oder eine Sektion derselben an das Reichs- oder Landesversicherungsamt;

über einen Vertrauensmann an den Vorstand der Berufsgenossenschaft oder der Sektion;

über den Vorstand einer Versicherungsanstalt an das Reichs- oder Landesversicherungsamt;

über eine untere Verwaltungsbehörde an die höhere Verwaltungsbehörde;

über eine Ortspolizei- oder Gemeindebehörde an die Kommunalaufsichtsbehörde;

über ein Schiedsgericht bei Beschwerden über die Geschäftsführung an das Reichs- oder Landesversicherungsamt, im übrigen an die für das Schiedsgericht zuständige Landeszentralbehörde (in Preußen dagegen an die Regierungspräsidenten).

— gegen das **Gewerbes und Kaufmannsgericht**. Beschwerden über den Geschäftsbetrieb der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte über

verweigerte und verzögerte Rechtsprechung, über Disziplinverstöße der Gerichtspersonen usw. werden durch die Aufsichtsbehörde (s. d.) der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte erledigt.

Beschwerden im Sinne des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes. Bei der Beschwerde handelt es sich nicht, wie bei der Berufung (s. d.), um Anrufung eines höheren Richters zwecks Aufhebung oder Änderung einer sachlichen Entscheidung, sondern um Dinge, die das Verfahren und die Zurückweisung von Gesuchen gemäß dem Verfahren betreffen.

[§ 55 G. G. G.] Beschwerdegericht ist das Landgericht, in dessen Bezirk das Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) seinen Sitz hat.

Beschwerden gegen Kostenfestsetzungen sind nicht zulässig; im übrigen ist die Beschwerdesumme (s. Berufung) an eine bestimmte Summe nicht gebunden. Die Beschwerde kann auch, wieder im Gegensatz zur Berufung, bei Vorliegen eines neuen selbständigen Beschwerdebegrundes bis zum Oberlandesgericht und Reichsgericht weiter gehen.

Die Notfrist der Beschwerde beträgt zwei Wochen. Sie beginnt für jede Partei mit der Zustellung und, sofern auf die Zustellung verzichtet war, mit der Verkündung der Entscheidung.

- **gegen die Gültigkeit der Wahlen zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht.** [§ 17 G. G. G.] Solche sind nur binnen eines Monats nach der Wahl zulässig. Sie werden durch die höhere Verwaltungsbehörde entschieden. Dieselbe hat auf erhobene Beschwerde Wahlen, welche gegen das Gesetz oder die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen erlassenen Wahlvorschriften verstoßen, für ungültig zu erklären.
- **gegen Innungsbeiträge** s. Beiträge zu freien Innungen.
- **gegen Innungswahlen.** [§ 94 G. O.] Beschwerden gegen die Rechtsgültigkeit der Wahlen sind nur binnen vier Wochen nach der Wahl zulässig. Sie werden bei der Aufsichtsbehörde angebracht, die endgültig entscheidet und ungesetzliche Wahlen für ungültig erklärt.
- **gegen den Innungszwang** s. Streitigkeiten über die Zwangsgliedschaft zu Innungen.
- **in Kostenfällen bei der Krankenz, Unfall- und Invalidenversicherung.** Gegen Kostenfestsetzungen durch die Berufsgenossenschaft, Versicherungsanstalt usw. steht Beschwerde an die zuständige Aufsichtsbehörde, in der Regel also an das Reichsversicherungsamt frei. Dessen Festsetzung ist endgültig.

Ebenso ist die Beschwerde gegen Festsetzung von Zeugen- und Sachverständigengebühren durch eine Aufsichtsbehörde, untere

Verwaltungsbehörde, Ortspolizeibehörde usw. an die vorgesetzte Behörde zulässig.

Gegen die Kostenfestsetzungen des Schiedsgerichtsvorsitzenden findet zunächst die Anrufung des Schiedsgerichts selbst, gegen die Entscheidung des letzteren schriftliche Beschwerde an das Reichsversicherungsamt statt. Dieses entscheidet dann endgültig.

Beschwerden gegen Ordnungsstrafen der Innungen s. Ordnungsstrafen derselben.

- gegen polizeiliche Verfügungen s. d.
- wegen Schließung einer gewerblichen Anlage s. Schließung einer solchen.
- über Straffestsetzungen bei der Invalidenversicherung. Dieselben entscheidet, sofern die Strafen festgesetzt sind:
 - von der Ortspolizeibehörde die Kommunalauufsichtsbehörde;
 - von der unteren Verwaltungsbehörde die höhere Verwaltungsbehörde;
 - von dem Vorstände der Versicherungsanstalt das Reichs- oder Landesversicherungsamt (Beschwerdefrist ist in diesem Falle zwei Wochen);
 - vom Schiedsgericht bei Ordnungsstrafen die höhere Verwaltungsbehörde, sonst das Reichs- oder Landesversicherungsamt (Beschwerdefrist ebenfalls zwei Wochen).
 Die Beschwerdeinstanz entscheidet stets endgültig.
- gegen die Versagung der Genehmigung von Überarbeit s. Überarbeit von Arbeiterinnen.

Beschwerdegericht im Sinne des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes s. Beschwerden im Sinne derselben.

Beseitigung des Staubes s. Staubbeseitigung.

Besetzung des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts. [§ 24 G. G. G.] Das Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) verhandelt und entscheidet in der Regel in der Besetzung von drei Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden.

Durch das Ortsstatut kann bestimmt werden, daß allgemein oder für gewisse Streitigkeiten eine größere Zahl von Beisitzern zuzuziehen ist. In gleicher Weise bestimmt das Statut, nach welchen Grundsätzen der Vorsitzende die einzelnen Beisitzer zuzuziehen hat. Er soll dabei für die einzelnen Fälle möglichst die infolge ihrer Sachkenntnis besonders geeigneten Personen heranziehen.

Arbeitgeber und Arbeiter müssen stets in gleicher Zahl zugezogen werden.

— des Schiedsgerichts s. d.

Besichtigung der Betriebe bei der Unfallversicherung f. Überwachung derselben.

Besondere Genehmigung von Anlagen f. genehmigungspflichtige Anlagen.

— **Kasseneinrichtungen bei der Invalidenversicherung.** [§ 8 I. V. G.] Versicherungspflichtige Personen, welche in Betrieben des Reichs, eines Bundesstaats oder eines Kommunalverbandes beschäftigt sind, genügen der gesetzlichen Versicherungspflicht durch Beteiligung an einer für den betreffenden Betrieb bestehenden Kasseneinrichtung, durch welche ihnen eine den reichsgesetzlich vorgesehenen Leistungen gleichwertige Fürsorge gesichert ist.

Zur Zeit sind 9 derartige Kasseneinrichtungen zugelassen, sämtlich Eisenbahn- oder Knappschaftskassen:

1. Pensionskasse für die Arbeiter der Preussisch-Hessischen Eisenbahngemeinschaft in Berlin,
2. Norddeutsche Knappschafts-Pensionskasse zu Halle a. S.
3. Saarbrücker Knappschaftsverein zu St. Johann-Saarbrücken,
4. Arbeiterpensionskasse der Königlich bayerischen Staatseisenbahnverwaltung zu München,
5. Arbeiterpensionskasse der Königlich sächsischen Staatseisenbahnen zu Dresden,
6. Allgemeine Knappschafts-Pensionskasse für das Königreich Sachsen zu Freiberg i. S.,
7. Arbeiterpensionskasse für die badischen Staatseisenbahnen und Salinen zu Karlsruhe,
8. Pensionskasse für die Arbeiter der Reichseisenbahnverwaltung zu Straßburg i. E.,
9. Allgemeiner Knappschaftsverein zu Bochum.

Selbstversicherungsberechtigte, die in Betrieben, für die eine besondere Kasseneinrichtung besteht, beschäftigt sind, können sich bei dieser versichern. Dasselbe gilt auch für sich freiwillig Weiterversichernde.

Die näheren Verhältnisse regeln die besonderen Kasseneinrichtungen durch ihr Statut. Sie unterstehen der Aufsicht des betreffenden Ressortministers.

Beförderung der Gefangenheit f. Gesuch um Ablehnung von Gerichtspersonen.

Besserung im Befinden eines Unfallrentners f. Veränderung der Verhältnisse bei Unfallschädigungen.

Bestätigung des Vorsitzenden des Gewerbes und Kaufmannsgerichts f. Vorsitzender derselben.

Bestimmung des Arztes bei der Krankenversicherung. [§ 26a Abs. 1 Z. 2b R. V. G.] Die Bestimmung des Arztes resp. der Apotheke, welche der Versicherte in Anspruch nehmen darf, obliegt dem Vorstände.

Die Verträge mit den Ärzten sind der Aufsichtsbehörde mitzuteilen.

[§ 56a R. V. G.] Genügt die Zahl der Ärzte, Apotheken zc. nicht, so kann die höhere Verwaltungsbehörde auf Antrag von mindestens 30 Versicherten nach Anhörung der Kasse die Anstellung weiterer Ärzte zc. verfügen.

Vielfach haben die Krankenkassen das System der freien Arztwahl eingeführt. Bei diesem System wird jeder Arzt, der Kassenpraxis betreiben will und sich hinsichtlich der Honorarzählung auf die generell vereinbarten Bedingungen verpflichtet, zugelassen und steht es jedem Kassenmitglied frei, unter allen Kassenärzten zu wählen.

Gefangung der Beisitzer des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts. [§ 23 G. G. G.] Beisitzer, welche ohne genügende Entschuldigungen zu den Sitzungen nicht rechtzeitig sich einfinden oder ihren Obliegenheiten in anderer Weise sich entziehen, sind durch den Vorsitzenden zu einer Ordnungsstrafe bis zu 300 Mark sowie in die verursachten Kosten zu verurteilen. Die Verurteilung kann ganz oder teilweise zurückgenommen werden, wenn nachträglich eine genügende Entschuldigung erfolgt.

Gegen die Entscheidung findet Beschwerde an das Landgericht statt, in dessen Bezirk das Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) seinen Sitz hat. Das Verfahren richtet sich nach den Vorschriften der Strafprozeßordnung.

Besuch der Fortbildungsschule s. Fortbildungsschulunterricht.

Besuchspflicht der Fortbildungsschule. [§ 120 Abs. 3 G. D.] Durch Statut einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes kann für männliche Arbeiter, männliche und weibliche Handlungsgehilfen und Lehrlinge unter 18 Jahren die Verpflichtung zum Besuch einer Fortbildungsschule, soweit diese wie z. B. in Sachsen nicht schon landesgesetzlich besteht, bestimmt werden. Das Statut trifft ferner die zur Durchführung dieser Verpflichtung erforderlichen Bestimmungen, insbesondere über die zur Sicherung eines regelmäßigen Schulbesuchs den Schulpflichtigen, sowie deren Eltern, Vormündern oder Arbeitgebern aufzuerlegenden Vorschriften. Ebenso hat es diejenigen Anordnungen zu enthalten, durch welche die Ordnung in der Fortbildungsschule und ein gebührieliches Verhalten der Schüler gesichert wird.

Von der durch Ortsstatut ausgesprochenen Verpflichtung zum Besuch einer Fortbildungsschule sind nur diejenigen befreit, welche eine Innungs- oder andere Fortbildungs- oder Fachschule besuchen, die von der höheren Verwaltungsbehörde als ein ausreichender Ersatz des allgemeinen Fortbildungsschulunterrichts anerkannt wird.

Die Gewerbeunternehmer und Prinzipale haben die Pflicht, den schulpflichtigen Personen die Zeit zum Besuch der Fortbildungsschule zu gewähren, dagegen liegt nur dem Lehrherrn gegenüber dem Lehrling, dem Inhaber einer offenen Verkaufsstelle gegenüber den Gehülfsen und Lehrlingen unter 18 Jahren die Verpflichtung ob, diese Personen zum Schulbesuch anzuhalten.

Wo also ein solches Ortsstatut für eine Zwangsfortbildungsschule erlassen ist, darf es sich nur auf männliche Personen (Ausnahme: weibliche Handlungsgehülfsen) und nur auf solche unter 18 Jahren erstrecken. Bei Personen, die das 18. Lebensjahr erreicht haben, kann der weitere Besuch bis zum Schlusse des Unterrichtsjahres nicht erzwungen werden. Das Statut regelt im übrigen die zur Sicherung des regelmäßigen Schulbesuchs dienenden Verpflichtungen. Hierzu gehören: An- und Abmeldepflicht, Entschuldigung der Schulversäumnis, Mitbringen der Lehrmittel, Strafvorschriften der Schule gegen ungebührliches Verhalten der Schüler.

Um die Besuchspflicht durchzuführen, enthält die Gewerbeordnung besondere Strafvorschriften (§ 150 Abs. 1 Ziffer 4).

(s. auch Fortbildungsschulunterricht.)

Beteiligung der Arbeiter bei dem Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften s. Unfallverhütungsvorschriften.

- **bei der Unfallversicherung.** Wenn auch die Arbeiter nicht unmittelbar an der Aufbringung der Mittel für die Unfallversicherung teilnehmen, so tun sie dies doch insofern, als sie überwiegend zu den Krankenkassen beisteuern, denen ja in den weitaus meisten Fällen auch die Fürsorge bei Unfällen überlassen bleibt. Es ist ihnen daher auch eine Beteiligung an der Verwaltung und Rechtsprechung bei der Unfallversicherung eingeräumt, und zwar als Beisitzer bei den Schiedsgerichten und beim Reichsversicherungsamt, als Teilnehmer bei polizeilichen Unfalluntersuchungen und als Begutachter bei dem Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften.
- **der Gesellen an den Innungsgeschäften s. Gesellenausschüsse.**
- Betriebsbeamte** sind solche Personen, die gegen feste Bezüge mit der Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebes oder einer Betriebsabteilung oder mit höheren technischen Dienstleistungen betraut sind, und zwar nicht bloß vorübergehend.

Es sind darunter also insbesondere zu verstehen:

Werkmeister und ähnliche Angestellte, Maschinentechniker, Bautechniker, Chemiker, Zeichner und dergl. Auch weibliche Personen, Direktorinnen u. kommen als Betriebsbeamte in Betracht.

Ihr Dienstverhältnis ist in einem besonderen Abschnitt III b des Titels VII der Gewerbeordnung (§§ 133 a—f) geregelt, dessen Bestimmungen sich wesentlich von denen für gewöhnliche gewerbliche Arbeiter unterscheiden.

Gehülfen im Handelsgewerbe (s. Handlungsgehilfen) sind keine Betriebsbeamte.

Wegen der einzelnen Bestimmungen, die für Betriebsbeamte Gültigkeit haben s. im übrigen: Kündigung für Betriebsbeamte, Aufhebung des Dienstverhältnisses bei Betriebsbeamten und Konkurrenzklausel.

Betriebsgeheimnisse bei Anträgen auf Genehmigung einer Anlage s. genehmigungspflichtige Anlagen.

— **gegen Gewerbeaufsichtsbeamte** s. d.

— **bei der Unfallversicherung** s. Strafbestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes.

Betriebskrankenkassen. [§§ 59 u. 60 R. V. G.] Ein Unternehmer, welcher in einem Betriebe oder in mehreren Betrieben 50 oder mehr versicherungspflichtige Personen beschäftigt, ist berechtigt, eine Betriebs-(Fabrik-)krankenkasse zu errichten, wenn die Leistungsfähigkeit der Kasse in ausreichender Weise sichergestellt ist. Er kann dazu durch die höhere Verwaltungsbehörde gezwungen werden, wenn dies von der Gemeinde oder der Ortskrankenkasse beantragt wird. Vor der Anordnung ist den Beteiligten Gelegenheit zu einer Äußerung zu geben. Die beschäftigten Personen können auf dem Wege des Arbeitsvertrages (durch Arbeitsordnung, Reglement) zum Beitritt verpflichtet werden.

[§ 61 R. V. G.] Unternehmer eines Betriebes, welcher mit besonderen Krankheitsgefahren verbunden ist, können auch dann, wenn sie weniger als 50 Personen beschäftigen, zur Errichtung einer Betriebskrankenkasse angehalten werden.

[§ 63 R. V. G.] Die versicherungspflichtigen Arbeiter gehören mit dem Tage des Eintritts in die Fabrik der Kasse als Mitglieder an, falls sie sich nicht als Mitglieder einer den Anforderungen des Gesetzes genügenden freien Hilfskasse ausweisen können.

Nicht versicherungspflichtige Personen haben das Recht, der Kasse beizutreten, sofern ihr jährliches Einkommen unter 2000 Mk. bleibt.

Versicherungspflichtige Personen können am Schlusse des Rechnungsjahres austreten, falls sie es mindestens 3 Monate

vorher beim Vorstand beantragen und den Nachweis bringen, daß sie einer anderen dem Gesetz entsprechenden Krankenkasse angehören.

[§ 64 R. V. G.] Im übrigen gelten für Betriebskrankenkassen die gleichen Bestimmungen wie für die anderen Zwangskrankenkassen (s. d.) mit einigen Ausnahmen, die sich auf Errichtung des Statuts, die Verwaltungs-, Rechnungs- und Kassenführung beziehen.

[§ 65 Abs. 2 R. V. G.] Bemerkenswert ist noch, daß die Beiträge der Versicherten 4 Prozent der durchschnittlichen Tagelöhne oder des Arbeitsverdienstes nicht übersteigen dürfen. Können die gesetzlichen Mindestleistungen hiermit nicht erreicht werden, so hat der Betriebsunternehmer die Zuschüsse aus eigenen Mitteln zu leisten.

[§ 67 R. V. G.] Unter gewissen Voraussetzungen kann die Verwaltung einer Betriebskrankenkasse von der Aufsichtsbehörde übernommen werden.

[§ 67a R. V. G.] Dieser Paragraph regelt die Verhältnisse beim Übergang eines Teiles der in einer Betriebskrankenkasse vereinigten Betriebe in andere Hände.

[§ 68 R. V. G.] Die Kasse kann unter anderem geschlossen werden, wenn der Betriebsunternehmer es unterläßt, für ordnungsmäßige Kassen- und Rechnungsführung zu sorgen.

Betriebsplan s. Überarbeit von Arbeiterinnen.

Betriebsstätigkeit im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes s. Nebenverrichtungen.

Betriebsunfall. Ein Betriebsunfall oder Unfall im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes liegt dann vor, wenn infolge eines plötzlichen, zeitlich bestimmbaren Ereignisses, welches kein außergewöhnliches, den Betrieb störendes zu sein braucht, durch äußere Verletzung oder organische Erkrankung die körperliche oder geistige Gesundheit des Betroffenen geschädigt wird.

Daher sind die sogenannten Gewerbekrankheiten oder die allmähliche Verschlimmerung bestehender Leiden (Bruch) keine Unfälle.

Der Unfall muß mittel- oder unmittelbar ursächlich mit dem Betriebe und seinen Gefahren zusammenhängen.

Der Verletzte muß zur Zeit des Unfalls im Betriebe beschäftigt sein. Wege von oder zur Arbeit werden der Betriebsstätigkeit nur bedingt zugerechnet, dagegen sind Reisen für den Betrieb Betriebsbehandlungen.

Auch bei häuslichen Verrichtungen können entschädigungspflichtige Unfälle entstehen.

Bei vorsätzlicher Herbeiführung eines Unfalls steht dem Verletzten oder seinen Hinterbliebenen eine Entschädigung nicht zu. Der Beweis für die Vorsätzlichkeit muß von der Berufsgenossenschaft oder ihren Organen genau geführt werden.

Eigenes Verschulden (Leichtsinn, verbotwidriges Verhalten, Fahrlässigkeit) schließt den Entschädigungsanspruch nicht aus.

Betriebsunternehmer im Sinne des Krankens, Unfalls und Invalidenversicherungsgesetzes ist derjenige, für dessen Rechnung der Betrieb erfolgt.

Betriebsveränderungen in Bezug auf die Unfallversicherung. [§ 61 G. U. B. G.] Der Betriebsunternehmer ist verpflichtet, Änderungen seines Betriebes, welche für die Zugehörigkeit zu einer Berufsgenossenschaft von Bedeutung sind, dem Vorstande dieser mitzuteilen. Gegebenenfalls kann dann die Überweisung an eine andere Berufsgenossenschaft erfolgen.

Streitigkeiten entscheidet das Reichsversicherungsamt.

Bevollmächtigte vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht s. Rechtsanwälte vor denselben.

Beweglicher Dampfkessel s. Dampfkessel.

Beweisaufnahme vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht. [§ 43 G. U. B. G.] Die Beweisaufnahme erfolgt in der Regel vor dem Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) und ist auch dann zu bewirken, wenn die Parteien oder eine derselben in dem für die Beweisaufnahme bestimmten Termin nicht erscheinen.

In gewissen Ausnahmefällen (z. B. bei zu großer Entfernung des Zeugen, Verhindertsein desselben am Erscheinen, Zeugenvernehmung an Ort und Stelle, Inaugenscheinnahme), kann die Beweisaufnahme dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts (Kaufmannsgerichts) oder mittelst Ersuchen einem zuständigen Amtsgericht übertragen werden.

(Wegen Zeugen, Sachverständigen und Eiden vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht s. d.)

Beweismittel vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht sind, wie auch vor ordentlichen Gerichten, Augenschein, Zeugenaussagen, Sachverständigengutachten, Urkunden und Eide der Parteien.

Beweisstücke zur Begründung des Anspruchs auf Invaliden- und Altersrente s. Feststellung derselben.

Bezeichnung des Schiedsgerichts im Bescheid der Berufsgenossenschaft und der Versicherungsanstalt s. Feststellung der Entschädigungen bezw. der Invaliden- und Altersrente.

— **der Vertrauensmänner des Einigungsamtes** s. Zusammensetzung desselben.

Beziehungen der Krankenkassen zu den Berufsgenossenschaften f. Erkrankung durch Unfall.

Bezirk der Handwerkskammern. Derselbe umfaßt in der Regel das Gebiet eines kleineren Bundesstaats, eines Regierungsbezirks oder größerer Teile desselben.

— **einer Innung.** [§ 82 G.D.] Der Bezirk, für welche eine Innung errichtet wird, soll in der Regel nicht über den Bezirk der höheren Verwaltungsbehörde, in welchem die Innung ihren Sitz hat, hinausgehen. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung der Landeszentralbehörde.

— **der Versicherungsanstalten** f. d.

Blaues Arbeitsbuch f. d.

Borgverbot f. Lohnzahlung.

Botengänge von Kindern f. Kinderarbeit.

Bojkott. Das Mittel, die Sperre (Bojkott) zum Zwecke der Erzielung besserer Lohn- oder Arbeitsbedingungen über einen Arbeitgeber zu verhängen, ist zulässig, indessen kann die Anwendung dieses Mittels unter Umständen auch als strafbare Nötigung oder Erpressung angesehen werden.

Auf gleicher Stufe, wie der Bojkott, steht die Verhängung der Sperre über gewisse Arbeiter seitens der Arbeitgeber, die häufig im Wege der schwarzen Listen durchgeführt wird, in denen die Arbeitgeber sich die Namen der nicht einzustellenden Arbeiter gegenseitig mitteilen. Die schwarzen Listen sind nicht verboten.

Braunes Arbeitsbuch f. d.

Zentralbehörde im Sinne des Krankens, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzes f. Zentralbehörde im Sinne derselben.

Cession des Arbeitslohnes f. Beschlagnahme desselben.

Civilprozeßordnung. Diese findet in vielen Stücken als Grundlage auch bei dem Verfahren vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten Anwendung. Doch ist mancherlei fortgelassen oder vereinfacht worden, um die Rechtsprechung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nach Möglichkeit zu beschleunigen, zu vereinfachen und zu verbilligen. Auf die Einzelheiten soll hier nicht eingegangen werden.

Coalitionsrecht f. Koalitionsrecht.

Concession eines Dampfkessels f. Genehmigung desselben.

Concurrenzklauseel f. Konkurrenzklauseel.

Confectionswerkstätten f. Konfektionswerkstätten.

Contractbruch f. Kontraktbruch.

Damenkonfektion [. Konfektionswerkstätten.

Dampffässer. Dampffässer sind Gefäße, deren Beschickung der mittelbaren oder unmittelbaren Einwirkung von anderweit erzeugtem gespannten Wasserdampf oder von Feuer ausgesetzt wird, sofern im Innern der Gefäße oder in ihren den Beschickungsraum umgebenden Hohlwandungen ein höherer als der atmosphärische Druck herrscht oder erzeugt wird.

Voraussetzung ist eine feste oder flüssige Beschickung. Die Dampffässer können auch mit der Atmosphäre in Verbindung stehen.

Dampffässer im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen sind nicht:

1. Dampfdruckgefäße, in denen gespannter Dampf erzeugt wird zum Zwecke von Kraft- oder Wärmeabgabe außerhalb des Dampferzeugers (Dampfkessel);
2. Gefäße für dampf- oder gasförmige Füllung, z. B. Dampfcylinder;
3. Wasservorwärmer, sowie Heizkessel und Heizkörper;
4. Dampffässer mit weniger als 150 Liter Inhalt, sowie solche, bei denen das Produkt aus Inhalt in Litern und Atmosphärenzahl 300 nicht übersteigt;
5. Dampffässer, die mit einem nicht verschließbaren Rohr von solcher Weite mit der Atmosphäre in Verbindung stehen oder mit einer solchen Sicherheitsvorrichtung versehen sind, daß im Innern kein höherer Druck als $\frac{1}{2}$ Atmosphäre Überdruck entsteht.

Auf Beschaffenheit und Ausrüstung der Dampffässer soll hier nicht eingegangen werden.

(Wegen Anmeldung und Untersuchung der Dampffässer s. d.)

Dampfkessel. Der Begriff Dampfkessel ist gesetzlich nicht festgelegt. Man versteht darunter Dampfdruckgefäße, in denen gespannter Wasserdampf erzeugt wird zum Zweck von Kraft- und Wärmeabgabe außerhalb des Dampferzeugers.

Man unterscheidet drei Kesselarten:

1. Feststehende Dampfkessel: das sind solche, welche an bestimmter Betriebsstelle dauernd betrieben werden sollen;
2. bewegliche Dampfkessel: das sind solche, die an verschiedenen Betriebsstellen Verwendung finden (z. B. Lokomobilen);
3. Schiffskessel.

Außer der Gewerbeordnung selbst kommen für die Herstellung, Aufstellung und den Betrieb von Dampfkesseln noch verschiedene Gesetze, Bekanntmachungen und Anweisungen in Betracht, die teils von Reichs-, teils von Staatswegen erlassen sind.

(Wegen Genehmigung und Untersuchungen von Dampfkesseln s. d.)

Dampfkesselaufsicht [. Prüfungen der Dampfkessel.

Dampfkesselexplosion f. Kesselexplosionen.

Dampfkesselrevisionsvereine. Es sind das Vereine der Dampfkesselbesitzer, die unter staatlicher Aufsicht stehen und denen die Kontrolle über die Kessel ihrer Mitglieder obliegt. Im staatlichen Auftrage revidieren sie durch ihre Ingenieure auch die Kessel von solchen privaten Dampfkesselbesitzern, die nicht Mitglied des Vereins sind.

Ihr Gebiet ist territorial begrenzt und deckt sich gewöhnlich mit dem Gebiet eines Staates oder einer Provinz.

Ihnen liegt auch die Prüfung der Anträge auf Genehmigung von Dampfkesseln ob (f. d.).

Darlehen des Arbeitgebers f. Lohnvorschüsse.

Dauer des Arbeitsverhältnisses. Dieselbe hängt von der Vereinbarung der Parteien ab. § 624 B. G. B. bestimmt jedoch, daß das Dienstverhältnis, welches für Lebenszeit einer Person oder länger als 5 Jahre eingegangen ist, von dem Verpflichteten nach Ablauf von 5 Jahren mit 6monatlicher Frist gekündigt werden kann. Im übrigen endigt mangels der Vereinbarung einer nach Zeit oder Arbeitsquantum bestimmten Dauer der Vertrag nach Kündigung.

(f. auch Kündigung im Gewerbe, für Betriebsbeamte, Lehrlinge und im Handelsgewerbe sowie Dienstvertrag.)

- der Genehmigung gewerblicher Anlagen f. Erneuerung der Genehmigung bei genehmigungspflichtigen Anlagen.
- der Invalidenrente f. Beginn derselben.
- der Kinderarbeit f. d.
- der Krankheit und militärischer Dienstleistungen bei der Invalidenversicherung. [§ 30 I. B. G.] Dieselbe gilt, bei Krankheiten, wenn sie bescheinigt ist, als Beitragszeit.
Wegen Bescheinigung der Krankheit f. d.
- der Lehrzeit f. d.
- der Überarbeit f. d.
- der Unfallfürsorge f. Unfallversicherung.
- der Untersützung bei der Krankenversicherung f. Leistungen der Gemeindekrankenversicherung bezw. der Zwangskrankenkassen.

Dauerndes Dienstverhältnis f. Dienstverhältnis und Dienstboten bei der Krankenversicherung.

Dauernde Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes. [§ 5 Abs. 4 I. B. G.] Dauernd erwerbsunfähig ist derjenige, dessen Erwerbsfähigkeit durch Alter, Krankheit oder andere Gebrechen dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist.
(f. auch Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes.)

Dauerrente bei der Invalidenversicherung s. Invalidenrente.

Dienstaufsicht über die Gewerbes- und Kaufmannsgerichte s. Aufsichtsbehörde derselben.

Dienstberechtigter s. Dienstvertrag.

Dienstboten. Dienstboten unterliegen nicht den Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung, es sei denn, daß sie nicht allein zu häuslichen Dienstleistungen, sondern auch zur gewerblichen Tätigkeit, und zwar vorwiegend herangezogen werden. Ihre Verhältnisse richten sich nach besonderen landesrechtlichen Gesindeordnungen und werden im übrigen durch das Bürgerliche Gesetzbuch geregelt (s. Dienstvertrag). Dienstboten sind dagegen invalidenversicherungspflichtig.

(s. auch Dienstboten bei der Krankenversicherung.)

— **Bei der Krankenversicherung.** Dienstboten (Gesinde, Dienerschaft) sind nicht verpflichtet, sondern nur berechtigt in die Gemeindekrankenversicherung, event. auch, wenn das Statut es zuläßt, in eine Ortskrankenkasse einzutreten.

Dienstboten, welche zugleich im Gewerbebetrieb der Herrschaft tätig sind, sind krankenversicherungspflichtig.

[§ 617 B. G. B.] Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch haben Dienstboten, sofern sie zu einem dauernden Dienstverhältnis in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen sind und nicht weitergehende landesgesetzliche Ansprüche (s. unten) haben, bei nicht vorsätzlich oder durch grobe Fahrlässigkeit herbeigeführten Krankheiten Anspruch auf Verpflegung und ärztliche Behandlung bis zur Dauer von 6 Wochen, jedoch nicht über die Dauer des Dienstverhältnisses hinaus. Der Anspruch kann auch durch Aufnahme in ein Krankenhaus erfüllt und die Kosten auf den für die Zeit der Erkrankung geschuldeten Lohn angerechnet werden. Die Verpflichtung des Dienstherrn tritt nicht ein, wenn für die Verpflegung und freie ärztliche Behandlung des Dienstboten durch eine Versicherung oder durch eine Einrichtung der öffentlichen Krankenpflege gesorgt ist. Durch Kündigung ohne Fristeinhaltung kann sich der Dienstherr seinen Verpflichtungen nicht entziehen.

Ein „dauerndes Dienstverhältnis“ ist dann vorhanden, wenn die Vertragsschließenden die Absicht hatten, das Verhältnis tatsächlich längere Zeit fortzusetzen, trotz der durch die Kündigungsfrist gegebenen Möglichkeit, es unter Umständen bald zu lösen.

In Bayern, Württemberg, Baden, Hamburg und anderen Bundesstaaten ist die Krankenversicherung der Dienstboten durch Landesgesetz geregelt.

Dienstgeheimnis der Gewerbeaufsichtsbeamten s. d.

Dienstverpflichteter s. Dienstvertrag.

Dienstvertrag. Der Dienstvertrag steht im Gegensatz zum Werkvertrag (s. d.). Der Arbeitsvertrag (s. d.) ist dagegen nur eine Art des Dienstvertrages.

Das Bürgerliche Gesetzbuch, das in den §§ 611 bis 630 den Dienstvertrag regelt, sieht als Gegenstand des Dienstvertrages Dienste jeder Art, also höhere wie niedere Dienste, geistige wie körperliche Arbeit an und macht Unterschiede darin nur bezüglich der Kündigungsfrist.

Die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches bezüglich des Dienstvertrages treten nur da in Kraft, wo nicht bereits durch Reichsgesetz (z. B. für die Handlungsgehilfen und -Lehrlinge, Werkmeister, Betriebsbeamte, gewerbliche Arbeiter) oder durch Landesgesetz (z. B. für das Gefinde, die Bergarbeiter, die Landesbeamten) besondere Bestimmungen erlassen sind. Sie sind dann nur als eine Ergänzung dieser Bestimmungen anzusehen.

Unbeschränkte Anwendung findet das Bürgerliche Gesetzbuch aber beispielsweise auf die freien landwirtschaftlichen Arbeiter, die Angestellten privater Transportunternehmungen, die nicht kaufmännischen Bureaubeamten, die Ärzte, Privatlehrer, Künstler usw.

[§ 611 B. G. B.] Durch den Dienstvertrag wird derjenige, welcher Dienste zusagt, zur Leistung der versprochenen Dienste, der andere Teil zur Gewährung der vereinbarten Vergütung verpflichtet.

[§ 612 B. G. B.] Eine Vergütung gilt als stillschweigend vereinbart, wenn die Dienstleistung den Umständen nach nur gegen eine Vergütung zu erwarten ist. Ist die Höhe der Vergütung nicht bestimmt, so ist bei dem Bestehen einer Tage die tagmäßige Vergütung, in Ermangelung einer Tage die übliche Vergütung als vereinbart anzusehen.

[§ 613 B. G. B.] Der zur Dienstleistung Verpflichtete hat die Dienste im Zweifel in Person zu leisten. Der Anspruch auf die Dienste ist im Zweifel nicht übertragbar. Der Verpflichtete haftet für Verschulden seines Vertreters oder Gehülfen wie für sein eigenes.

[§ 614 B. G. B.] Die Vergütung ist nach der Leistung der Dienste zu entrichten. Ist die Vergütung nach Zeitabschnitten (Woche, Monat) bemessen, so ist sie nach Ablauf der einzelnen Zeitabschnitte zu entrichten.

[§ 615 B. G. B.] Kommt derjenige, für den die Dienste zu leisten sind (Dienstberechtigte) mit der Annahme der Dienste in Verzug (macht er von ihnen nicht oder nicht rechtzeitig Gebrauch), so kann der Verpflichtete für die infolge des Verzugs nicht geleisteten Dienste die vereinbarte Vergütung verlangen, ohne zur Nachleistung des Dienstes verpflichtet zu sein. Er muß sich jedoch den Wert desjenigen anrechnen lassen, was er infolge

des Unterbleibens der Dienstleistung erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Dienste erwirbt oder zu erwerben böswillig unterläßt.

(f. auch vorübergehende Verhinderung des Dienstverpflichteten.)

Wegen der Pflichten des Dienstherrn bei Erkrankung des Hausgenossen f. Dienstboten bei der Krankenversicherung.

[§ 618 B. G. B.] Der Dienstberechtigte hat Räume, Vorrichtungen oder Gerätschaften, die er zur Verrichtung der Dienste zu beschaffen hat, so einzurichten und zu unterhalten und Dienstleistungen, die unter seiner Anordnung oder seiner Leitung vorzunehmen sind, so zu regeln, daß der Verpflichtete gegen Gefahr für Leben und Gesundheit soweit geschützt ist, als die Natur der Dienstleistung es gestattet.

Ist der Verpflichtete in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen, so hat der Dienstberechtigte in Ansehung des Wohn- und Schlafrumes, der Verpflegung sowie der Arbeits- und Erholungszeit diejenigen Einrichtungen und Anordnungen zu treffen, welche mit Rücksicht auf die Gesundheit, die Sittlichkeit und die Religion des Verpflichteten erforderlich sind.

Erfüllt der Dienstberechtigte die ihm in Ansehung des Lebens und der Gesundheit des Verpflichteten obliegenden Verpflichtungen nicht, so ist er nach Maßgabe der §§ 842 bis 846 des Bürgerlichen Gesetzbuches schadenersatzpflichtig.

[§ 619 B. G. B.] Diese Verpflichtungen können nicht im Voraus durch Vertrag aufgehoben oder beschränkt werden.

(f. außerdem Kündigung des Dienstverhältnisses, stillschweigende Verlängerung desselben und Zeit zum Aufsuchen eines anderen Dienstes.)

Dienstvorschrift für Dampfkessel bezw. Dampffazwärter. In jedem Raum, in dem Dampfkessel bezw. Dampffässer aufgestellt sind, ist eine Dienstvorschrift für Dampfkessel- bezw. Dampffazwärter anzubringen, die genau zu befolgen die betreffenden Arbeiter verpflichtet sind.

Bei beweglichen Kesseln ist die Dienstvorschrift dem Revisionsbuch vorzuheften.

Doppelversicherung bei der Krankenversicherung. [§ 26a A. V. G.]

Doppelversicherung, also etwa außer bei einer Zwangskasse bei einer freien Hilfskasse, ist zulässig, doch ist in solchen Fällen das Krankengeld seitens der Zwangskasse derart zu kürzen, daß dasselbe zusammen mit dem aus anderweiter Versicherung bezogenen Gelde den vollen Betrag des durchschnittlichen Tagelohns nicht übersteigt. Durch Rassenstatut kann jedoch diese Bestimmung ganz oder teilweise aufgehoben werden. Auch Hilfskassen sind ihrerseits berechtigt, durch Statut eine Kürzung des Krankengeldes einzuführen.

Doppelversicherung in zwei Zwangskassen ist unzulässig. [§ 75 Abs. 3 R. V. G.] An Stelle der freien ärztlichen Behandlung und Arznei kann den doppelt Versicherten aus der Hilfskasse eine Erhöhung des Krankengeldes um ein Viertel des Betrages des ortsüblichen Tagelohns ihres Beschäftigungsortes gewährt werden.

Wegen der Anzeige anderweitiger Versicherungsverhältnisse f. Anzeige usw.

Dringender Grund für Überarbeit f. Überarbeit.

Drohungen bei Koalitionsbefreiungen, Streiks usw. f. Koalitionsrecht.

Druckprobe f. Wasserdruckprobe.

Durchführung des Arbeiterschutzes f. Schutz der Arbeiter vor Gefahren.

— **der Gewerbeordnung** f. Gewerbebehörden.

— **der Unfallverhütungsvorschriften** f. Überwachung der Betriebe.

Durchschnittlicher Tagelohn im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes. [§ 20 Abs. 2 R. V. G.] Als Krankengeld ist mindestens die Hälfte des durchschnittlichen Tagelohns derjenigen Klasse der Versicherten, für welche die Kasse errichtet ist, zu gewähren. Der durchschnittliche Tagelohn darf den Betrag von 4 Mark für den Arbeitstag nicht übersteigen.

Die Feststellung des durchschnittlichen Tagelohns kann klassenweise erfolgen, um die zwischen den Kassenmitgliedern hinsichtlich der Lohnhöhe bestehenden Verschiedenheiten zu berücksichtigen. Der durchschnittliche Tagelohn darf in diesem Falle nicht über den Betrag von 5 Mark hinaus festgestellt werden.

Die Feststellungen erfolgen durch die Kassenverwaltung und müssen im Statut enthalten sein.

Ehrenamt der Mitglieder des Gewerbes und Kaufmannsgerichts f. Beisitzer usw.

Ehrenmitglieder von Innungen f. Innungsmitglieder.

Eide vor dem Gewerbe und Kaufmannsgericht. Wegen Vereidigung der Zeugen und Sachverständigen f. d. Für den Eid der Parteien (Parteieid) gelten im allgemeinen die Vorschriften der Zivilproceßordnung. Der Eid soll das äußerste Beweismittel sein, das nur angewandt werden soll, wenn die Untretung eines erforderlichen Beweises durch die übrigen Beweismittel erfolglos bleibt. Der Eid kann sowohl auf Grund der Zuschreibung seitens des Gegners (zugeschobener Eid) als auch auf Grund freien richterlichen Ermessens auferlegt werden, wenn anders das Gericht nicht die Wahrheit oder Unwahrheit einer zu erweisenden Tatsache erfahren kann. Ein Unterschied gegen das Verfahren der Zivilproceßordnung liegt jedoch darin, daß beim gewerbegerichtlichen und kaufmannsgerichtlichen Verfahren das Gericht [§ 45 G. G. G.]

nach freiem Ermessen bestimmen kann, ob die Leistung eines zugehobenen oder zurückgehobenen Eides durch bedingtes Urteil oder durch Beweisbeschluß anzuordnen ist, während nach der Civilprozeßordnung ersteres allein die Regel ist.

[§ 46 G. G. G.] Erscheint der Schwurpflichtige in dem zur Leistung eines Eides bestimmten Termine nicht, so ist der Eid ohne weiteres als verweigert anzusehen. Dem Verfahren ist Fortgang zu geben. Das Gegenteil der zu beschwörenden Tatsache wird als erwiesen zu gelten haben.

Der Schwurpflichtige kann jedoch binnen einer Notfrist von drei Tagen nach dem Termine sich zur nachträglichen Leistung des Eides erbieten. Wenn inzwischen bereits ein Urteil ergangen sein sollte, so wird es nach der nachträglichen Eidesleistung soweit aufgehoben, als es auf der Annahme der Eidesverweigerung beruht. Auf Antrag kann das Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) anordnen, daß eine schon beschlossene Zwangsvollstreckung gegen oder auch ohne Sicherheitsleistung einstweilen eingestellt wird oder nur gegen Sicherheitsleistung stattfindet. Schon erfolgte Vollstreckungsmaßregeln sind gegen Sicherheitsleistung aufzuheben.

Erscheint der Schwurpflichtige auch in dem zur nachträglichen Eidesleistung bestimmten Termin nicht, so kann ein nochmaliges Anerbieten der Eidesleistung nicht stattfinden.

Eidliche Verpflichtung der Mitglieder des Gewerbes und Kaufmannsgerichts f. Verteidigung derselben.

Eigenhändige Unterschrift der Arbeitsordnung f. Unterschrift derselben.

Eigene Kinder f. Kinder im Sinne des Kinderschutzgesetzes.

Eigenes Verschulden bei einem Betriebsunfall f. Betriebsunfall.

Einbehaltung der Beiträge zur Invalidenversicherung f. Entrichtung der Beiträge zu derselben.

— der Beiträge zur Krankenversicherung f. Beiträge zu den Zwangs-
krankenkaassen.

— des Lohnes f. Lohninbehaltung.

Einforderung des Arbeitsbuches f. d.

Eingeschriebene Hilfskassen. Die Verhältnisse der eingeschriebenen Hilfskassen werden durch ein besonderes Gesetz vom 7. April 1876 und 1. Juni 1884 geregelt.

Die Kassen beruhen auf freiem Beitritt der Mitglieder, entbehren der Beitragsverpflichtung der Arbeitgeber, besitzen aber volle Selbstverwaltung. Die Arbeitgeber sind bei ihr in keiner Weise vertreten.

[§ 75 u. 75a R. V. G.] Die Mitgliedschaft bei der eingeschriebenen Hilfskasse befreit von der Beitragspflicht gegenüber

einer Zwangskasse, wenn sie die Mindestleistung der Gemeindeversicherung des Beschäftigungsortes gewährt und die Bescheinigung vorgelegt werden kann, daß die Kasse den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügt. Diese Bescheinigung wird von der Landeszentralbehörde, oder falls der Bezirk der Kasse mehrere Bundesstaaten umfaßt, vom Reichskanzler ausgestellt.

Tritt ein Mitglied einer eingeschriebenen Hilfskasse in einem Orte in Beschäftigung, an welchem das Krankengeld der Mitgliederkasse, der es bisher angehörte, hinter dem von der Gemeindekrankenversicherung zu gewährenden Krankengelde zurückbleibt, so gilt die Befreiung noch für die Dauer von zwei Wochen.

Auch die Meldepflicht des Arbeitgebers tritt in diesem Falle erst mit Ablauf dieser zwei Wochen ein.

Mitgliedern einer eingeschriebenen Hilfskasse, welche zugleich der Gemeindekrankenversicherung oder einer Zwangskasse angehören, kann an Stelle der freien ärztlichen Behandlung und Arznei eine Erhöhung des Krankengeldes um ein Viertel des ortsüblichen Tagelohnes gewährt werden.

[§ 49a R. V. G.] Die Hilfskassen sind verpflichtet, jedes Ausscheiden eines versicherungspflichtigen Mitgliedes aus der Kasse und jedes Abtreten eines solchen in eine niedrigere Mitgliederklasse innerhalb Monatsfrist bei der gemeinsamen Meldestelle oder bei der Aufsichtsbehörde desjenigen Bezirks, in welchem das Mitglied zur Zeit der letzten Beitragszahlung beschäftigt war, unter Angabe des Aufenthaltsortes und seiner Beschäftigung schriftlich anzuzeigen. Die Aufsichtsbehörde überweist diese Anzeigen dann der zuständigen Ortskrankenkasse bzw. der Gemeindekrankenversicherung.

Falls die eingeschriebenen Hilfskassen nur als Zuschußkassen neben den Zwangskassen dienen wollen, sind sie in der Bemessung ihrer Leistungen frei.

Einigungsamt des Gewerbegerichts. Die Aufgabe des Gewerbegerichts beschränkt sich nicht auf die rein richterliche, rechtsprechende Tätigkeit, die allerdings die Hauptsache bildet. Vielmehr hat das Gericht auch noch die Aufgabe, als Einigungsamt zu wirken. Es heißt im Gesetz:

[§ 62 G. G. G.] Das Gewerbegericht kann bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses (also namentlich bei Arbeitsausständen und Aussperrungen) als Einigungsamt angerufen werden.

Eine Verpflichtung zur Anrufung des Gewerbegerichts besteht also nicht, auch muß das Gericht der Anrufung nur Folge leisten, wenn sie von beiden Teilen erfolgt und die

beteiligten Arbeiter und Arbeitgeber — letztere, sofern ihre Zahl mehr als drei beträgt — Vertreter bestellen, welche mit der Verhandlung vor dem Einigungsamt beauftragt werden.

Als Vertreter können nur Beteiligte bestellt werden, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben, sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und nicht durch gerichtliche Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Soweit Arbeiter in diesem Alter nicht oder nicht in genügender Anzahl vorhanden sind, können jüngere Vertreter zugelassen werden. Die Zahl der Vertreter jedes Teiles soll in der Regel nicht mehr als drei betragen. Das Einigungsamt kann aber eine größere Anzahl von Vertretern zulassen. Ob die Vertreter für genügend legitimiert zu erachten sind, entscheidet das Einigungsamt nach freiem Ermessen.

[§ 64 G. G. G.] Erfolgt die Anrufung nur von einer Seite, so soll der Vorsitzende dem anderen Teile oder dessen Stellvertretern oder Beauftragten Kenntnis geben und zugleich nach Möglichkeit dahin wirken, daß auch dieser Teil sich zur Anrufung des Einigungsamtes bereit findet.

[§ 65 G. G. G.] Auch in anderen Fällen, wenn also das Einigungsamt von keinem der Beteiligten angerufen wird, soll der Vorsitzende bei Streitigkeiten oben genannter Art auf die Anrufung des Einigungsamtes hinzuwirken suchen und dieselbe den Beteiligten bei geeigneter Veranlassung nahe legen.

(f. auch Zusammensetzung des Einigungsamtes und Verfahren vor demselben.)

[§ 74 G. G. G.] Das Gewerbegericht ist als Einigungsamt nicht zuständig, wenn bei der Streitigkeit ausschließlich Innungsmitglieder und deren Arbeiter beteiligt sind und für die Innung ein besonderes Einigungsamt, das in seiner Zusammensetzung und Tätigkeit dem Einigungsamt des Gewerbegerichts entspricht, besteht. Rufen beide Teile das Gewerbegericht als Einigungsamt an, so ist diese auch bei solchen Streitigkeiten zuständig.

Einigungsamt der Innung f. Innungseinigungsamt.

— **des Kaufmannsgerichts.** [§ 17 R. G. G.] Das Kaufmannsgericht kann bei Streitigkeiten zwischen Kaufleuten und Handlungsgehilfen und Lehrlingen über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Dienst- oder Lehrverhältnisses als Einigungsamt angerufen werden. Das Gewerbegerichtsgesetz findet in bezug auf das Einigungsamt, Zusammensetzung und Verfahren desselben entsprechende Anwendung f. daher d.

Einigungsversuch vor dem Einigungsamt f. Verfahren vor demselben.

Einklagung von Forderungen für kreditierte Waren. [§ 118 G. D.]

Forderungen für Waren, welche in ungesetzlicher Weise kreditiert worden sind, können von dem Gläubiger weder eingeklagt, noch durch Anrechnung oder sonst geltend gemacht werden, ohne Unterschied, ob sie nun zwischen Beteiligten unmittelbar entstanden sind oder erst vom Gläubiger erworben wurden. Dagegen fallen dergleichen Forderungen der Ortskrankenkasse oder ähnlichen Kassen anheim.

Einkleben von Marken für die Invalidenversicherung f. Quittungskarte.

Einlegung des Rekurses bei Unfallentschädigungen f. Rekurs bei denselben.

Einfösung von Invalidenmarken f. Umtausch derselben.

Einmalige Gebühren des Gewerbes und Kaufmannsgerichts f. Kosten des Verfahrens vor denselben.

— **Untersuchungen von Dampfkesseln** f. Prüfungen derselben.

Einnahmen des Gewerbes und Kaufmannsgerichts f. Kosten derselben.

Einreichung der Arbeitsordnung f. Erlaß derselben.

— **des Haushaltsplans von Zwangsinnungen** f. Haushaltsplan derselben.

— **der Klage vor dem Gewerbe und Kaufmannsgericht** f. Klage vor denselben.

— **des Lehrvertrages** f. d.

— **der Lohnnachweisungen für die Unfallversicherung** f. Umlageverfahren bei derselben.

Einschätzung für die Unfallversicherung f. Gefahrenklassen bei der Unfallversicherung.

Einsicht in Betriebseinrichtungen bei der Unfallversicherung f. Überwachung der Betriebe bei der Unfallversicherung.

— **in die Genehmigungsanträge** f. genehmigungspflichtige Anlagen.

— **in die Geschäftsbücher bei der Unfallversicherung** f. Überwachung der Betriebe.

— **in das Sonntagsarbeitsverzeichnis** f. Ausnahme von der Sonntagsruhe.

— **in das Strafgelderverzeichnis** f. Straf gelder.

Einspruch gegen die Aufrechnung der Quittungskarte f. Streitigkeiten bei der Invalidenversicherung.

— **bei Genehmigungsanträgen** f. genehmigungspflichtige Anlagen.

— **gegen ein Veräumnisurteil des Gewerbes und Kaufmannsgerichts** f. Veräumnisurteil derselben.

Einstellung eines Betriebes bei der Krankenversicherung s. Betriebskrankenkas sen.

— **eines Dampfkesselbetriebes durch die Polizei** s. Prüfungen der Dampfkessel.

— **von Rentenzahlungen bei der Invalidenversicherung** s. Ruhen der Invaliden- und Altersrente.

Einstweilige Verfügung s. Zwangsvollstreckung nach dem Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz.

Eintragung der Überarbeit s. d.

Eintragungen in die Arbeitsbücher s. d.

— in die Lohnbücher s. d.

— in die Lohnzahlungsbücher s. d.

— in die Quittungskarte s. d.

— in das **Sonntagsarbeitsverzeichnis** s. Ausnahmen von der Sonntagsruhe.

— in das **Verzeichnis der jugendlichen Arbeiter** s. d.

Eintritt in eine Zwangskrankenkasse. [§ 19 Abs. 2 R. V. G.] Versicherungspflichtige Personen werden, wenn sie nicht schon einer freiwilligen Hilfskasse angehören, Mitglieder der Zwangskrankenkasse an dem Tage, an dem sie in die Beschäftigung eintreten, für die die Kasse errichtet ist. Es bleibt dabei einerlei, ob ihre Anmeldung bei der Kasse rechtzeitig erfolgt oder nicht.

Eintrittsgeld bei Innungen [§ 100s G. D.] darf nur von freien Innungen erhoben werden; den Zwangsinnungen ist dies verboten.

— in die **Zwangskrankenkassen.** [§ 26 R. V. G.] Durch Rassenstatut kann bestimmt werden, daß neueintretende Rassenmitglieder ein Eintrittsgeld zu zahlen haben. Das Eintrittsgeld darf den Betrag des für 6 Wochen zu leistenden Rassenbeitrages nicht übersteigen.

Ein Eintrittsgeld darf nicht erhoben werden von Mitgliedern, welche nachweisen, daß sie bereits einer anderen Krankenkasse oder der Gemeindekrankenversicherung angehört haben, und daß zwischen dem Zeitpunkte, mit dem sie aufgehört haben, zu genannten Institutionen Beiträge zu leisten und dem Eintritt in die Zwangskrankenkasse nicht mehr als 26 Wochen liegen. Ferner nicht von solchen Mitgliedern, welche wegen Erfüllung ihrer Militärdienstpflicht vorübergehend aus der Krankenkasse ausscheiden, bei ihrem Wiedereintritt, desgl. nicht von solchen Personen, die in einem Betriebe mit periodisch wiederkehrender zeitweiser Einstellung beschäftigt sind.

Das Eintrittsgeld ist vom Versicherten allein zu tragen, muß aber vom Arbeitgeber erhoben und abgeliefert werden und zwar mit dem ersten fälligen Beitrage.

(s. auch Beiträge zu den Zwangskrankenkassen.)

Einverständnis des Arbeiters mit der Aufrechnung des Lohnes s. Aufrechnung desselben.

Einwendungen bei Genehmigungsgesuchen s. genehmigungspflichtige Anlagen.

Einwilligung des Prinzipals zum Betriebe eines Handelsgewerbes s. Pflichten des Handlungsgehilfen.

Einzahlung der Beiträge zu den Zwangskrankenkassen s. Beiträge zu denselben.

Einziehung der Beiträge zur Krankenversicherung s. Beiträge zu den Zwangskrankenkassen.

— von Geldstrafen gegen Arbeiter s. Strafgeelder.

— der Gerichtskosten vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht s. Kosten des Verfahrens vor denselben.

— der Quittungskarte s. d.

Einzugsverfahren bei der Invalidenversicherung. Im Gegensatz zu dem gewöhnlichen Wege, die Beiträge zur Invalidenversicherung zu entrichten, dem Einkleben der Marken in die Quittungskarten, steht das Einzugsverfahren.

[§ 148 I. V. G.] Hier tritt an Stelle des Arbeitsgebers, unter Umständen auch des Versicherten bezüglich der Beschaffung und Verwendung der Beitragsmarken eine Einzugsstelle (Krankenkasse, Gemeindebehörde selbst, Knappschaftskasse oder auch eine besonders von der Versicherungsanstalt eingerichtete Hebestelle), welche auf Grund der für die Krankenversicherung geführten Listen oder besonderer An- und Abmeldungen die Versicherungsverhältnisse ermittelt, den Beitrag festsetzt und erhebt, um die entsprechenden Beitragsmarken in die einzureichenden oder auch zu hinterlegenden Quittungskarten einzukleben.

Das Einzugsverfahren ist hauptsächlich in Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Thüringen, Braunschweig und den Hansestädten in Anwendung.

Eltern bei der Unfallversicherung s. Hinterbliebenenrente bei derselben.

Empfangsbeseinigung von Anzeigen betreffend die Errichtung eines stehenden Gewerbebetriebes s. Errichtung usw.

Ende der Krankenunterstützung s. Leistungen der Zwangskrankenkassen.

Endgültige Ablehnung eines Antrages auf Invaliden- und Altersrente s. Feststellung derselben.

Englische Tischzeit s. Pausenänderungen.

Enkel bei der Unfallversicherung s. Hinterbliebenenrente bei derselben.

Entbindungskosten bei der Krankenversicherung s. Erweiterung der Leistungen der Zwangskrankenkassen.

Enthebung eines Mitgliedes des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts aus dem Amte. [§ 21 G. G. G.] Ein Mitglied des Gewerbe- oder Kaufmannsgerichts, hinsichtlich dessen Umstände eintreten oder bekannt werden, welche die Wählbarkeit zu dem von ihm bekleideten Amte ausschließen, ist des Amtes zu entheben. Die Enthebung erfolgt durch die höhere Verwaltungsbehörde (in Preußen im allgemeinen durch den Bezirksauschuß, Beschwerde dagegen beim Provinzialrat und gegen dessen Beschluß beim Oberverwaltungsgericht) nach Anhörung des Beteiligten.

Aus den Arbeitgebern entnommene Beisitzer, die erst nach ihrer Wahl Mitglied einer Innung werden, die ein eigenes Schiedsgericht besitzt, sowie aus den Arbeitnehmern entnommene Beisitzer, die erst nach ihrer Wahl bei einem Mitglied einer solchen Innung in Arbeit treten, bleiben bis zur nächsten Wahl im Amte.

Ein Mitglied des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts, welches sich einer groben Verletzung seiner Amtspflicht schuldig macht, kann seines Amtes entsetzt werden. Die Entsetzung erfolgt durch das Landgericht, in dessen Bezirk das Gewerbe- oder Kaufmannsgericht seinen Sitz hat. Die Klage wird von der Staatsanwaltschaft auf Antrag der höheren Verwaltungsbehörde erhoben.

— **eines Vorstandsmitgliedes einer Krankenkasse** s. Vorstand der Zwangskrankenkassen.

Entlassung aus der Arbeit ohne Kündigung. [§ 123 G. D.] Vor Ablauf der vertraglich ausgemachten Zeit und ohne Aufkündigung können Arbeiter, Gesellen und Gehülfen entlassen werden:

1. wenn sie bei Abschluß des Arbeitsvertrages den Arbeitgeber durch Vorzeigung falscher Arbeitsbücher oder Zeugnisse hintergangen oder ihn über das Bestehen eines anderen, sie gleichzeitig verpflichtenden Arbeitsverhältnisses in einen Irrtum versetzt haben;
2. wenn sie eines Diebstahls, einer Entwendung, einer Unterschlagung, eines Betrugs oder eines licherlichen Lebenswandels sich schuldig machen;
3. wenn sie die Arbeit unbefugt verlassen haben oder sonst den nach dem Arbeitsvertrag ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen beharrlich verweigern;
4. wenn sie der Verwarnung ungeachtet mit Feuer und Nicht unvorsichtig umgehen;

5. wenn sie sich Tätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegen den Arbeitgeber oder seine Vertreter oder gegen die Familienangehörigen des Arbeitgebers oder seiner Vertreter zu Schulden kommen lassen;
6. wenn sie einer vorsätzlichen und rechtswidrigen Sachbeschädigung zum Nachteil des Arbeitgebers oder eines Mitarbeiters sich schuldig machen;
7. wenn sie Familienangehörige des Arbeitgebers oder seiner Vertreter oder Mitarbeiter zu Handlungen verleiten oder zu verleiten versuchen oder mit Familienangehörigen des Arbeitgebers oder seiner Vertreter Handlungen begehen, welche wider die Gesetze oder die guten Sitten verstoßen;
8. wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig oder mit einer abschreckenden Krankheit behaftet sind.

In den 7 erstgenannten Fällen ist die Entlassung nicht mehr zulässig, wenn die Tatsachen dem Arbeitgeber länger als eine Woche bekannt sind.

[§ 124 a G. D.] Weiter kann der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Innehaltung der Kündigungsfrist aus wichtigen Gründen auflösen, wenn es auf länger als 4 Wochen abgeschlossen oder eine längere als 14 tägige Kündigungsfrist ausgemacht ist. Als solche wichtige Gründe kommen insbesondere in Betracht: schwere Erkrankung oder Todesfall in der Familie des Arbeitgebers, Unverträglichkeit des Arbeiters mit seinen Mitarbeitern, Eintritt eines Unglücksfalls, durch den der Fortbestand einer Fabrik gehindert wird, Ausbruch von Krieg und Epidemien usw.

Im Arbeitsvertrag können auch noch anderweitige Gründe zur sofortigen Auflösung des Arbeitsvertrages ausgemacht werden, doch müssen es immerhin erhebliche sein. Für solche Fabriken, in denen gesetzlich eine Arbeitsordnung vorgeschrieben ist, muß diese die Bestimmungen, nach denen sofortige Entlassung erfolgen kann, enthalten. Die Entlassungsgründe dürfen nicht gegen die guten Sitten verstoßen.

Entschädigungsansprüche stehen dem Arbeiter nur in dem Falle zu Ziffer 8. zu. Wenn hierüber im Arbeitsvertrage keine Vereinbarungen getroffen sind, so treten die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen in Kraft. Bei Unfällen übernimmt die Berufsgenossenschaft die Haftpflicht, es sei denn, daß der Arbeitgeber einer Berufsgenossenschaft nicht angehört. Wenn dann die Voraussetzungen des Haftpflichtgesetzes zutreffen, regelt sich der Entschädigungsanspruch nach diesem, im übrigen nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (§§ 616 und 617).

Wenn ein Verschulden des Arbeitgebers nicht vorliegt, so hat der Arbeiter, falls seine Entlassung auf Krankheit zurück-

zuführen ist, nur einen Anspruch an die Krankenkasse. Gegen den Arbeitgeber kann er nur, falls er in dessen häusliche Gemeinschaft aufgenommen ist, gemäß § 617 B. G. B. einen Anspruch erheben.

Im Streitfalle darüber, ob ein gesetzlicher Grund zur Entlassung vorliegt, trifft das Gewerbegericht Entscheidung. Ist die Entlassung zu Unrecht erfolgt, so hat der Arbeiter einen Anspruch auf Ersatz des vollen ihm durch die Entlassung entstandenen Schadens. Ebenso ist der Arbeitgeber dann nach Maßgabe des § 618 B. G. B. Schadenersatzpflichtig, wenn die Entlassung durch sein vertragswidriges Verhalten verschuldet ist.

(s. auch als Gegensatz: Austritt aus der Arbeit ohne Kündigung.)

Für die Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker sowie für die Handlungsgehilfen ist die Angelegenheit besonders geregelt (s. dieserhalb Aufhebung des Dienstverhältnisses von Betriebsbeamten, Entlassung von Handlungsgehilfen und Dienstvertrag).

Entlassung von Betriebsbeamten s. Aufhebung des Dienstverhältnisses derselben.

— **von Handlungsgehilfen.** [§ 70 H. G. B.] Das Dienstverhältnis kann von jedem Teile ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

Wird die Kündigung durch vertragswidriges Verhalten des anderen Teiles veranlaßt, so ist dieser zum Ersatze des durch die Aufhebung des Dienstverhältnisses entstehenden Schadens verpflichtet.

[§ 72 H. G. B.] Als ein wichtiger Grund, der den Prinzipal zur Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt, ist es, sofern nicht besondere Umstände eine andere Beurteilung rechtfertigen, namentlich anzusehen:

1. wenn der Handlungsgehilfe im Dienste untreu ist oder das Vertrauen mißbraucht oder die ihm obliegende Verpflichtung verletzt (s. Pflichten des Handlungsgehilfen);
2. wenn er seinen Dienst während einer den Umständen nach erheblichen Zeit unbefugt verläßt oder sich beharrlich weigert, seinen Dienstverpflichtungen nachzukommen;
3. wenn er durch anhaltende Krankheit, durch eine längere Freiheitsstrafe oder Abwesenheit oder durch eine die Zeit von 8 Wochen übersteigende militärische Dienstleistung an der Verrichtung seiner Dienste verhindert wird;
4. wenn er sich Tätlichkeiten oder erhebliche Ehrverletzungen gegen den Prinzipal oder dessen Vertreter zu Schulden kommen läßt.

Jedoch behält der Handlungsgehilfe, dem ohne Kündigungsfrist gekündigt ist, weil er durch unverschuldetes Unglück an der Verrichtung seiner Dienste verhindert ist, seinen Anspruch auf Gehalt auf längstens 6 Wochen bei.

[§ 63 H. G. B.] Der Handlungsgehilfe ist in diesem Falle (im Gegensatz zum Betriebsbeamten) nicht verpflichtet, sich den Betrag anrechnen zu lassen, der ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer Kranken- oder Unfallversicherung zukommt. Eine Vereinbarung, welche dieser Vorschrift zuwiderläuft, ist nichtig.

[§ 75 H. G. B.] Wenn der Prinzipal das Dienstverhältnis kündigt, so kann er auch keine Ansprüche auf Innehaltung der Karenzzeit (s. d. und Konkurrenzklausel) machen, es sei denn, daß für die Kündigung ein erheblicher Anlaß vorliegt, den er nicht verschuldet hat, oder daß während der Dauer der Beschränkung dem Handlungsgehilfen das zuletzt von ihm bezogene Gehalt fortgezahlt wird.

Die Bestimmungen haben auch für Handlungslehrlinge Gültigkeit (s. diesferhalb auch Entlassung des Lehrlings).

(s. auch als Gegensatz: Austritt von Handlungsgehilfen.)

Entlassung des Lehrlings. [§ 127b Abs. 2 G. O.] Nach Ablauf der Probezeit (s. d.) kann der Lehrling vor Beendigung der vereinbarten Lehrzeit entlassen werden, wenn einer der Gründe, die für alle gewerblichen Arbeiter (s. Entlassung aus der Arbeit ohne Kündigung) zutreffen, auf ihn Anwendung finden oder wenn er die ihm obliegenden Pflichten (s. Pflichten des Lehrlings) wiederholt verletzt oder den Besuch der Fortbildungs- oder Fachschule vernachlässigt.

Streitigkeiten über die Berechtigung der Entlassung werden von den Gewerbegerichten bzw. von dem dafür bestimmten Innungsorgan entschieden. Schadenersatzansprüche wegen unberechtigter Entlassung können nur geltend gemacht werden, wenn der Lehrvertrag schriftlich geschlossen wurde.

(s. auch als Gegensatz: Austritt des Lehrlings.)

Für die Entlassung von Handlungslehrlingen gelten die Vorschriften für Handlungsgehilfen (s. Entlassung von Handlungsgehilfen).

Entlaufen des Lehrlings aus der Lehre s. Zwangsmaßregeln gegen den Lehrling.

Entrichtung der Beiträge zur Invalidenversicherung. [§ 140 I. V. G.] Die Beiträge des Arbeitgebers und des Versicherten sind von demjenigen Arbeitgeber zu entrichten, der den Versicherten während der Beitragswoche beschäftigt hat.

Findet die Beschäftigung nicht während der ganzen Beitragswoche statt, so hat derjenige Arbeitgeber, der den Versicherten in der Woche zuerst beschäftigte, den Beitrag zu bezahlen. Falls dieser es unterlassen hat, so muß der nächste Arbeitgeber die Beitragszahlung nachholen, ihm steht aber gegen den ersteren Anspruch auf Ersatz zu. Der Beitrag ist für die volle Woche zu zahlen, auch wenn die Beschäftigung nur einen Tag stattfand.

[§ 141 I. V. G.] Die Entrichtung der Beiträge erfolgt in der Weise, daß der Arbeitgeber bei der Lohnzahlung Marken derjenigen Art in die Quittungskarte (s. d.) einklebt, die der für den Versicherten in Anwendung kommenden Lohnklasse entsprechen. Der Arbeitgeber hat die Marken aus eigenen Mitteln zu beschaffen.

Steht der Versicherte gleichzeitig in mehreren die Versicherungspflicht begründenden Arbeitsverhältnissen, so haften die verschiedenen Arbeitgeber als Gesamtschuldner für die Beiträge.

[§ 142 I. V. G.] Die Versicherten sind verpflichtet, bei den Lohnzahlungen die Hälfte der Beiträge sich einbehalten zu lassen.

Sind die Abzüge bei einer Lohnzahlungsperiode unterblieben, so dürfen sie nur noch bei der nächstfolgenden Lohnzahlung nachgeholt werden.

[§ 144 I. V. G.] Versicherungspflichtige Personen sind befugt, die Beiträge an Stelle der Arbeitgeber zu entrichten.

Es steht ihnen dann der Anspruch auf die Hälfte der Beiträge gegen den zur Entrichtung verpflichteten Arbeitgeber zu. Doch muß der Erstattungsanspruch unter Vorzeigung der entwerteten Marken spätestens bis zur zweitnächsten Lohnzahlung geltend gemacht werden.

Freiwillig sich Versichernde zahlen den vollen Betrag selbst.

[§ 146 I. V. G.] Die nachträgliche Errichtung von Pflichtbeiträgen ist auf 2, ausnahmsweise auf 4 Jahre beschränkt, die von freiwilligen Beiträgen auf 1 Jahr.

Bei Eintritt von dauernder Erwerbsunfähigkeit dürfen freiwillige Beiträge überhaupt nicht mehr entrichtet werden.

Hat ein Arbeitgeber die Entrichtung, auch die nachträgliche, von Pflichtbeiträgen versäumt, so haftet er zivilrechtlich dem Versicherten für den hierdurch erwachsenen Schaden.

[§ 176 I. V. G.] Arbeitgeber, welche ihren Verpflichtungen hinsichtlich der Beitragsentrichtung nicht nachkommen, können mit Geldstrafen bis zu 300 Mk. dazu angehalten werden.

Entschädigung wegen Auflösung des Lehrverhältnisses. [§§ 127f u. g G. O.] Wenn ein Lehrverhältnis widerrechtlich oder aus den gesetzlichen Austritts- oder Entlassungsgründen (s. Austritt und Entlassung des Lehrlings) vor Ablauf der verabredeten Lehrzeit

sein Ende erreicht, so kann sowohl von dem Lehrherrn als auch von dem Lehrling ein Anspruch auf Entschädigung geltend gemacht werden, jedoch nur dann, wenn der Lehrvertrag schriftlich abgeschlossen ist.

Der Anspruch auf Entschädigung erlischt, wenn er nicht innerhalb 4 Wochen nach Auflösung des Lehrverhältnisses im Wege der Klage oder Einrede geltend gemacht wird.

Wenn der Lehrling die Lehre unbefugt verlassen hat, so darf die vom Lehrherrn beanspruchte Entschädigung, falls im Lehrvertrag nicht überhaupt schon eine geringere Summe bestimmt ist, für jeden dem Vertragsbruch folgenden Tag der Lehrzeit, höchstens aber für 6 Monate, die Hälfte des in dem betreffenden Gewerbe den Gesellen ortsüblich gezahlten Lohnes nicht überschreiten.

Für die Zahlung der Entschädigung haftet neben dem Vater des Lehrlings auch derjenige Arbeitgeber, welcher den Lehrling zum Verlassen der Lehre veranlaßt oder ihn in Arbeit genommen hat, obwohl er wußte, daß der Lehrling noch zur Fortsetzung des Lehrverhältnisses verpflichtet war.

Zuständig für die Klage ist das Gewerbegericht bzw. die Innungsbehörde, bei deren Fehlen das ordentliche Gericht.

Entschädigung der Meister des Gewerbe- u. Kaufmannsgerichts. [§ 20 Abs. 2 G. G. G.] Die Meister erhalten für jede Sitzung, der sie beigewohnt haben, Vergütung etwaiger Reisekosten und eine Entschädigung für Zeitversäumnis. Die Höhe der letzteren ist durch das Statut festzusetzen; eine Zurückweisung ist unstatthaft.

— **für Innungsgeschäfte.** [§ 94 a G. D.] Die Mitglieder der Innungsvorstände, Prüfungs- und Gesellenausschüsse sollen im allgemeinen ihr Amt ehrenamtlich und unentgeltlich verwalten, doch kann ihnen durch Statut ein Ersatz der baren Auslagen und Entschädigung für Zeitversäumnis gewährt werden.

— **wegen Kontraktbruch.** [§ 124 b G. D.] Hat ein Geselle oder Gehülfe rechtswidrig die Arbeit verlassen, so kann der Arbeitgeber als Entschädigung für den Tag des Vertragsbruchs und jeden folgenden Tag der vertragsmäßigen oder gesetzlichen Arbeitszeit, höchstens aber für eine Woche, den Betrag des ortsüblichen Tagelohnes im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes (s. d.) fordern. Diese Forderung ist an den Nachweis eines Schadens nicht gebunden. Durch ihre Geltendmachung wird der Anspruch auf Erfüllung des Vertrages und auf weiteren Schadensersatz ausgeschlossen.

Dasselbe Recht steht dem Gesellen oder Gehülfe gegen den Arbeitgeber zu, wenn er von diesem vor rechtmäßiger Beendigung des Arbeitsverhältnisses entlassen worden ist.

Für Fabriken mit mehr als 20 Arbeitern gelten jedoch anderweitige Bestimmungen (s. Verwirkung des Arbeitslohns).

Ebenso gelten die Vorschriften nicht für das Lehrverhältnis (s. Entschädigung wegen Auflösung des Lehrverhältnisses) und für Handlungsgehilfen und Gehülfen in Apotheken, ferner nicht für Bergarbeiter, dagegen wohl für Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker.

Rechtswidriges Verlassen der Arbeit liegt dann vor, wenn der Geselle usw., ohne sich an die gesetzliche oder vereinbarte Kündigungsfrist zu halten, oder, falls eine Kündigungsfrist ausgeschlossen ist, vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit die Arbeit verlassen hat, es sei denn, daß ein gültiger Grund zum sofortigen Austritt aus der Arbeit (s. Austritt aus der Arbeit und Aufhebung des Dienstverhältnisses von Betriebsbeamten) vorliegt. Zur Sicherung eines Schadenserforschungsanspruches kann der Arbeitgeber Lohninbehaltungen innerhalb der gesetzlichen Grenzen machen (s. Lohninbehaltungen).

Andererseits bleibt es dem Arbeitgeber unbenommen, auf vorstehende Rechte ganz zu verzichten und statt dessen auf Erfüllung des Vertrages oder auf Ersatz des tatsächlichen, von ihm zu beweisenden Schadens zu klagen. Die gleiche Wahl hat auch der Arbeiter bei Vertragsbruch des Arbeitgebers.

Zur Entscheidung von Streitigkeiten sind die Gewerbegerichte zuständig.

(s. auch Kontraktbruch.)

Entschädigung des Sachverständigen für Dampfstahtuntersuchungen s. Sachverständige für dieselben.

— **aus der Unfallversicherung** s. Feststellung der Entschädigungen bei derselben.

— **wegen unrechtmäßiger Entlassung** s. Entschädigung wegen Kontraktbruch.

— **der Vorstandsmitglieder einer Zwangskrankenkasse** s. Vorstand der Zwangskrankenkassen.

— **der Zeugen und Sachverständigen** s. d.

Entschädigungsansprüche von Betriebsbeamten s. Aufhebung des Dienstverhältnisses derselben.

— **gegen Dritte bei der Unfallversicherung** s. Haftpflicht der Betriebsunternehmer usw. bei der Unfallversicherung.

— **bei Schließung einer gewerblichen Anlage** s. Schließung derselben.

Entschädigungssatz bei der Unfallversicherung. Ein solcher besteht nicht, doch haben sich in der Praxis gewisse regelmäßige Sätze herausgebildet; z. B. für den Verlust eines Auges 25—33 1/3 %, der Vollrente, des rechten Armes 75 %, des linken 60 %, der

rechten Hand $66\frac{2}{3}\%$, der linken 60% , eines Daumens 30% , des rechten Zeigefingers 20% , des linken 15% , eines Mittel-, Ring- oder kleinen Fingers 10% , eines Beines 75% , eines Unterschenkels $66\frac{2}{3}\%$, eines Fußes 50% , einer großen oder mehrerer anderer Zehen 10% , für einen einfachen Leistenbruch 10% , für einen Bauch- oder Nabelbruch 50% usw.

Im allgemeinen soll der Grad der Erwerbsunfähigkeit von Fall zu Fall unter Berücksichtigung der individuellen Verhältnisse (Alter, Geschlecht, körperlicher und geistiger Gesundheitszustand usw.) geschätzt werden.

Entscheidungen des Gemeindevorstandes §. Verfahren vor demselben.

- der Innungsschiedsgerichte §. d.
- des Reichsverversicherungsamtes §. d.
- von Streitigkeiten zwischen Innungsmitgliedern und Lehrlingen. Sie finden statt durch ein besonderes Organ der Innung, das die Eigenschaft eines Gewerbegerichts hat und dessen Zuständigkeit ein ordentliches Gericht ausschließt.
- durch den Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts. [§ 54 G. G. G.] Zu dem ersten, auf die Klage angesetzten Termin kann die Zuziehung der Beisitzer unterbleiben.

Erscheint in dem Termin nur eine der Parteien, so erläßt auf Antrag derselben der Vorsitzende das Versäumnisurteil (§. d.).

Erscheinen beide Parteien, so hat der Vorsitzende einen Sühneversuch vorzunehmen. Kommt ein Vergleich zu Stande, so ist ein Protokoll aufzunehmen. Das gleiche gilt, wenn die Klage zurückgenommen, auf den Klageanspruch verzichtet oder derselbe anerkannt wird; in diesen Fällen hat, sofern beantragt wird, die Rechtsfolgen durch Urteil auszusprechen, der Vorsitzende das Urteil zu erlassen.

Wenn die Sache streitig bleibt, so fällt der Vorsitzende nur dann die Entscheidung, wenn beide Parteien sie beantragen und sie sofort erfolgen kann. Andersfalls ist ein neuer Verhandlungstermin, zu welchem die Beisitzer zuzuziehen sind, anzusetzen und sofort zu verkündigen. Zeugen und Sachverständige, deren Vernehmung der Vorsitzende für erforderlich erachtet, sind zu diesem Termin zu laden.

[§ 53 G. G. G.] Entscheidungen (Beschlüsse oder Verfügungen), die nicht auf Grund einer mündlichen Verhandlung zu ergehen haben, werden in der Regel von dem Vorsitzenden allein erlassen. Als solche Gegenstände kommen hauptsächlich in Betracht:

Gefuche, betreffend Ablehnung von Gerichtspersonen und Sachverständigen, wenn vor der mündlichen Verhandlung vorgebracht;

Verurteilung von Gerichtspersonen, Prozeßvertretern oder Gerichtsvollziehern zur Tragung der durch ihr grobes Verschulden entstandenen Kosten;

Festsetzung von Kosten;

Bewilligung und Entziehung des Armenrechts;

Berichtigung von Schreib- und Rechnungsfehlern und ähnlichen offenbaren Unrichtigkeiten des Urteils;

Gesuche wegen Sicherung des Beweises;

Gesuche auf Einstellung der Zwangsvollstreckung bei Versäumnis eines Schwurtermins oder bei Anträgen auf Wiederaufnahme des Verfahrens oder Wiedereinsetzung in den vorigen Stand;

Einwendungen gegen die Zulässigkeit der einem Urteil beigegebenen Vollstreckungsklausel;

Einstellung der Zwangsvollstreckung gegen oder ohne Sicherheitsleistung im Falle von Einwendungen gegen den im Urteil festgestellten Anspruch oder die Erteilung der Vollstreckungsklausel;

Erwirkung von Handlungen, Milderungen und Unterlassungen in der Zwangsvollstreckung;

dringende Fälle des Arrestes und von einstweiligen Verfügungen.

Entwertung der Invalidenmarken. [§ 141 Abs. 5 J. V. G.] Arbeitgeber und Versicherte, welche Marken in die Quittungskarte einkleben, sind zur Entwertung dieser Marken, soweit sie nur für eine Woche gelten, befugt, soweit sie aber für mehr als eine Woche gelten, also bei 2- und 13-Wochenmarken, verpflichtet. Zweckmäßig entwertet man alle Marken selbst.

Die Entwertung darf nur in der Weise erfolgen, daß auf den einzelnen Marken handschriftlich oder durch Stempel der Entwertungstag deutlich angegeben wird. Zur Entwertung ist nur Tinte oder ein ähnlicher Farbstoff zu verwenden.

Entziehung der Arbeitskarte s. d.

— **der Befugnis zum Halten von Leßlingen** s. Befugnis zum Halten derselben.

— **der Invaliden- und Altersrente.** [§ 47 J. V. G.] Wenn eine wesentliche Besserung in dem Befinden des Invalidenrentners eintritt, die ihn nicht mehr als erwerbsunfähig erscheinen läßt, so kann demselben die Rente wieder entzogen werden. Eine Verkleinerung der Rente ist unzulässig. Zur Feststellung dieser Zustandsänderung kann die untere Verwaltungsbehörde eine ärztliche Untersuchung anordnen.

Zur Erzielung der Besserung kann die Versicherungsanstalt bei dem Rentenbezieher ein Heilverfahren (s. d.) eintreten

lassen. An Stelle der Angehörigenunterstützung tritt dann gegebenenfalls die Invalidenrente.

Über die Entziehung der Rente muß ein schriftlicher Bescheid erlassen werden. Vorauszugehen hat das vorbereitende Verfahren vor der unteren Verwaltungsbehörde.

Gegen die Entziehung der Invalidenrente kann natürlich Berufung eingelegt werden (s. d.).

Eine Entziehung der Altersrente kann niemals stattfinden.

Entziehung des Krankengeldes s. Beschränkung der Leistungen der Zwangskrankenkassen.

Ergänzungsrichter des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts. Bei länger dauernden Verhandlungen ist der Vorsitzende in der Lage, die Zuziehung von Ergänzungsrichtern anzuordnen, welche der Verhandlung beizumohnen und im Falle der Verhinderung eines Richters für denselben einzutreten haben.

Erhebung des Anspruchs bei der Krankenversicherung. Unterstützungsansprüche gegen die Gemeindekrankenversicherung sind bei der Ortsbehörde (Bürgermeister, Ortsverwaltung, Verwaltung der gemeinsamen Krankenversicherung), gegen die übrigen Kassen beim Vorstand derselben geltend zu machen.

In der Regel wird sich der Vorgang so abspielen: Sobald ein Versicherter erkrankt ist, meldet er sich persönlich oder durch andere binnen drei Tagen unter Vorlegung des Kassenbuchs bei der Verwaltungsstelle seiner Krankenkasse. Den ihm übergebenen Krankenschein läßt er von dem zuständigen Kassenarzt ausfüllen. Arznei und Heilmittel erhält er nach Vorschrift des Arztes von der zuständigen Apotheke oder den sonstigen Stellen (Drogenhandlungen). Auf Grund des ausgefüllten Krankenscheines kann dann der Versicherte am Ende jeder Woche bei der Kasse sein Krankengeld erheben oder abholen lassen. Ebenso erhalten die Angehörigen eines in Anstaltspflege befindlichen Versicherten die Familienunterstützung gegen Vorzeigung einer Bescheinigung des Anstaltsarztes.

Nach der Genesung hat der Versicherte den Krankenschein mit einem entsprechenden Vermerk des Kassenarztes sofort zurückzugeben.

Bei Gefahr kann sich der Versicherte auch ohne Krankenschein an den Arzt wenden und ihn um Hilfe bitten. Der Krankenschein muß dann nachträglich vorgelegt werden.

Der Kranke hat sich persönlich bei dem Arzt in dessen Sprechstunde einzufinden. Nur wenn sein Zustand dies nicht gestattet, darf er den Arzt zu sich rufen.

Gewöhnlich sind die Vorschriften über die Krankmeldung z. durch das Statut geregelt, wobei auch Ordnungsstrafen bis zum

dreifachen Beträge des täglichen Krankengeldes festgesetzt werden können. Gegen derartige Strafen ist Beschwerde binnen zwei Wochen bei der Aufsichtsbehörde zulässig, die dann endgültig entscheidet.

Erhebung der Beiträge zur Unfallversicherung f. Umlageverfahren bei der Unfallversicherung.

- des Eintrittsgeldes zu einer Zwangskrankenkasse f. Eintrittsgeld.
- des Krankengeldes f. Erhebung des Anspruchs bei der Krankenversicherung.

Erhöhung der Beiträge zur Gemeindekrankenversicherung f. Beiträge zu denselben.

- der Beiträge zu den Zwangskrankenkassen f. Beiträge zu denselben.
- der Gefahrenklasse f. Unfallverhütungsvorschriften.
- des Krankengeldes f. Erweiterung der Leistungen der Zwangskrankenkassen.
- der Leistungen der Gemeindekrankenversicherung f. Erweiterung derselben.
- — der Zwangskrankenkassen f. Erweiterung derselben.
- des Sterbegeldes f. Erweiterung der Leistungen der Zwangskrankenkassen.
- der Unfallrente f. Veränderung der Verhältnisse bei Unfallerschädigungen.

Erklärung beim Berufswechsel des Lehrlings f. Übergang desselben in einen anderen Beruf.

Erkrankung im Ausland f. Erkrankung außerhalb des Krankenkassenbezirks.

- außerhalb des Krankenkassenbezirks. [§ 57a R. V. G.] Versicherten, welche während eines vorübergehenden Aufenthalts außerhalb des Bezirks ihrer Krankenkasse erkranken, ist, sofern ihre Überführung nach ihrem Wohnorte nicht erfolgen kann, von der Ortskrankenkasse bezw. der Gemeindekrankenversicherung des Erkrankungsortes dieselbe Unterstützung zu gewähren, auf die sie in ihrer Heimat Anspruch haben. Die hieraus erwachsenen Kosten hat die Kasse, der der Versicherte angehört, zu erstatten.

Erfolgt die Erkrankung im Ausland, so hat der Betriebsunternehmer diese Unterstützungen zu gewähren, dem sie dann von der Kasse zurückerstattet werden.

- eines Betriebsbeamten f. Aufhebung des Dienstverhältnisses bei denselben.
- des Hausgenossen f. Dienstboten bei der Krankenversicherung.
- durch Unfall. [§ 76b R. V. G.] In Erkrankungsfällen, welche durch Unfall herbeigeführt sind, muß, wenn mit Ablauf der

vierten Woche die Erwerbsfähigkeit noch nicht wieder hergestellt ist, von den Vorständen der Krankenkassen bzw. den Verwaltungen der Gemeindekrankenversicherung binnen einer Woche Anzeige bei der Berufsgenossenschaft, der der Erkrankte angehört, gemacht werden.

[§ 76 c R. V. G.] Die Berufsgenossenschaft ist berechtigt, jederzeit das Heilverfahren auf ihre Rechnung zu übernehmen. Die Ansprüche des Erkrankten bzw. die Verpflichtungen der Krankenkasse gehen dann auf die Berufsgenossenschaft über, wogegen dieser ein Ersatzanspruch an die Krankenkasse in Höhe des Krankengeldes erwächst.

[§ 12 Abs. 1 G. U. V. G.] Die nach dem Unfallversicherungsgesetz zwangsweise gegen Unfall versicherten Personen, welche gleichzeitig gegen Krankheit nach den Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes versichert sind, haben bei Erkrankung durch Betriebsunfall für die Zeit vom Beginn der 5. Woche nach Eintritt des Unfalls bis zum Ablauf der 13. Woche Anspruch auf erhöhtes Krankengeld, und zwar auf mindestens zwei Drittel des zu Grunde zu legenden Tagelohns, falls das ihnen gesetzlich zustehende Krankengeld nicht schon diese Höhe erreicht.

Die Auszahlung des Mehrbetrages geschieht durch die Krankenkasse und ist dieser durch den Betriebsunternehmer zu ersetzen. Entsprechende Erhöhung auf zwei Drittel erfährt auch die den Angehörigen zustehende Hälfte des Krankengeldes bei Krankenhausbehandlung des Verletzten.

[§ 12 Abs. 2 G. U. V. G.] Unterliegen die zwangsweise nach dem Gewerbe- oder Bau-Unfallversicherungsgesetz gegen Unfall versicherten Personen dem Krankenversicherungszwang nicht, so hat für sie (für Betriebsbeamte nur bei solchen bis 2000 Mark Jahresverdienst) bei Erkrankungen durch Betriebsunfall während der ersten 13 Wochen der Betriebsunternehmer einzutreten, und zwar in Höhe der Mindestleistungen der Krankenversicherung einschließlich des im vorigen Abschnitt angeführten Mehrbetrages.

Betriebsbeamte mit 2000 bis 3000 Mark Einkommen müssen für sich selber sorgen.

[§ 27 L. U. V. G.] Bei land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern, die durch Unfall erkranken, hat die Gemeinde des Beschäftigungsorts für die ersten 13 Wochen in Höhe der Mindestleistungen der Gemeindekrankenversicherung einzutreten.

Gegen Unfall versicherte Unternehmer und Betriebsbeamte in der Land- und Forstwirtschaft haben in der Regel für sich selbst zu sorgen.

Erlaß der Arbeitsordnung. [§ 134 a G. D.] Der Erlaß der Arbeitsordnung sowie von Nachträgen zu derselben erfolgt durch Ausgang in den Arbeitsräumen an gut sichtbarer Stelle.

Die Arbeitsordnung ist von demjenigen, welcher sie erläßt, unter Angabe des Datums eigenhändig zu unterschreiben und muß den Zeitpunkt, mit welchem sie in Kraft treten soll, enthalten (§. Inkrafttreten der Arbeitsordnung).

[§ 134d G. D.] Vor dem Erlasse der Arbeitsordnung oder eines Nachtrags zu derselben ist den in der Fabrik oder in den betreffenden Abteilungen des Betriebes beschäftigten großjährigen Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich über den Inhalt derselben zu äußern.

Diese Äußerung kann schriftlich, mündlich oder zu Protokoll des Arbeitgebers geschehen.

Für Fabriken, für welche ein ständiger Arbeiterausschuß (s. d.) besteht, wird dieser Vorschrift durch Anhörung des Ausschusses über den Inhalt der Arbeitsordnung genügt.

[§ 134e G. D.] Die Arbeitsordnung sowie jeder Nachtrag zu derselben ist unter Mitteilung der seitens der Arbeiter geäußerten Bedenken, soweit die Äußerungen schriftlich oder zu Protokoll erfolgt sind, binnen drei Tagen nach dem Erlaß in zwei Ausfertigungen unter Beifügung der Erklärung, daß und in welcher Weise der Vorschrift, daß den großjährigen Arbeitern Gelegenheit zu einer Äußerung gegeben werden muß, genügt ist, der unteren Verwaltungsbehörde einzureichen. Diese prüft im Verein mit dem Gewerbeinspektor, dem sie ein Exemplar übersendet, die Arbeitsordnung daraufhin, ob die äußeren Formen ihres Erlasses gewahrt sind und ob ihr Inhalt mit dem Gesetze nicht in Widerspruch steht. Erforderlichenfalls veranlaßt sie die notwendigen Änderungen und Ergänzungen. Die Behörde kann auch darauf hinzuwirken suchen, daß Bestimmungen der Arbeitsordnung, die zwar nicht ungesetzlich sind aber unnötig hart und geeignet erscheinen, Widerstand bei den Arbeitern zu finden, gemildert werden.

Eine besondere Genehmigung der Arbeitsordnung durch die Behörde findet also nicht statt, diese unterzieht sie nur einer Prüfung. Ergeben sich dabei keine Mängel, so braucht der Unternehmer weiter keine Benachrichtigung zu erhalten. In der Regel wird ihm die Behörde allerdings den Empfang bestätigen.

[§ 134f G. D.] Arbeitsordnungen und Nachträge zu denselben, welche nicht vorschriftsmäßig erlassen sind, oder deren Inhalt den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderläuft, sind auf Anordnung der unteren Verwaltungsbehörde durch gesetzmäßige Arbeitsordnungen zu ersetzen oder den gesetzlichen Vorschriften entsprechend abzuändern.

Gegen diese Anordnung findet binnen zwei Wochen die Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde statt. Diese entscheidet endgültig.

Entsprechende Anwendung finden diese Vorschriften auch auf den Erlaß von Arbeitsordnungen in offenen Verkaufsstellen, nur fällt hier die Prüfung durch den Gewerbeinspektor fort. Ein Gehülfenausschuß kann hier, auch falls ein solcher besteht, nicht statt aller großjährigen Gehülfen gehört werden, da diese Bestimmung im Gesetz ausdrücklich fortgelassen ist.

Wegen der Strafen gegen Übertretungen vorgenannter Bestimmungen s. Strafbestimmungen der Gewerbeordnung.

Erlaß von Polizeiverordnungen s. d.

— **von Unfallverhütungsvorschriften** s. d.

Erlaubnis zu späterem Sonnabendarbeitschluß s. Sonnabendarbeitschluß.

— **zur Überarbeit** s. Überarbeit von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern.

Erlöschen des Anspruchs auf Entschädigung wegen Aufhebung des Lehrverhältnisses s. Entschädigung wegen desselben.

— **des Anspruchs auf Invalidenrente.** [§ 46 I. B. G.] Die Anwartschaft auf Invalidenrente erlischt für den Versicherungspflichtigen oder den sich weiter Versichernden, wenn während zweier Jahre nach dem Ausstellungstage der letzten Quittungskarte gar nicht oder für weniger als 20 Wochen Beiträge entrichtet sind.

Bei der freiwilligen Versicherung sind zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft in zwei Jahren mindestens 40 Beiträge zu zahlen.

Das Anspruchsrecht lebt wieder auf, wenn das Versicherungsverhältnis erneuert und eine Wartezeit von 200 Wochen zurückgelegt ist.

Die Anwartschaft erlischt nicht, wenn nach Ablauf der zweijährigen Frist die fehlenden Beiträge nach zwei Jahren, bei freiwilliger Versicherung nach einem Jahre, nachgezahlt werden.

(s. auch Rückerstattung von Beiträgen zur Invalidenversicherung.)

— **der Genehmigung eines Dampfkessels.** [§ 49 G. D.] Die Genehmigung erlischt:

1. wenn nicht innerhalb eines Jahres oder der in der Urkunde hierfür festgesetzten Zeit von ihr Gebrauch gemacht wird;
2. wenn der Kesselbetrieb länger als drei Jahre geruht hat.

Die Verjährungsfrist kann auf Antrag in beiden Fällen durch die Beschlußbehörde verlängert werden.

(s. auch erneute Genehmigung von Dampfkesseln.)

— **einer genehmigungspflichtigen Anlage.** [§ 49 G. D.] Die Genehmigung erlischt, wenn die Anlage nicht innerhalb der in der Genehmigungsurkunde festgesetzten Frist oder in Ermangelung

einer solchen innerhalb eines Jahres ausgeführt oder in Betrieb genommen ist.

Eine Verlängerung der Frist kann von der Behörde bewilligt werden, sobald erhebliche Gründe nicht im Wege stehen.

Ist der Betrieb einer genehmigten Anlage drei Jahre lang eingestellt gewesen, ohne daß eine Fristung nachgesucht wurde, so erlischt die Genehmigung ebenfalls.

Das Verfahren für die Fristung ist dasselbe wie für die Genehmigung neuer Anlagen.

Erlöschen der Mitgliedschaft zu einer Zwangskrankenkasse s. Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung usw.

Ermächtigung für Minderjährige s. Minderjährigkeit.

Erneuerung der Genehmigung einer genehmigungspflichtigen Anlage. [§ 25 G. D.] Einer solchen bedarf es nicht, wenn die Anlage an einen anderen Besitzer übergeht; die Genehmigung wird nicht persönlich, sondern für die Anlage und das Grundstück erteilt. Die Genehmigung bleibt in Kraft, solange keine Änderung in der Lage oder Beschaffenheit der Betriebsstätte oder wesentliche Veränderungen im Betriebe eintreten. In solchen Fällen ist eine erneute Genehmigung erforderlich (s. Veränderung bei genehmigungspflichtigen Anlagen).

Die Wiedererrichtung einer zerstörten Anlage (etwa durch Feuer) in den alten Grenzen bedarf nicht der erneuten Genehmigung.

— **der Invalidenversicherung** s. Erlöschen des Anspruchs auf Invalidenrente.

— **der Quittungskarte** s. d.

— **des Sühneversuchs vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht.** s. Sühneversuch vor denselben.

Erneute Genehmigung von Dampfkesseln. Einer erneuten Genehmigung bedürfen:

1. Dampfkessel, welche wesentliche Änderungen in ihrer Bauart erfahren;
2. Dampfkessel, welche wieder in Betrieb genommen werden sollen, nachdem die früher erteilte Genehmigung wegen unterlassenen Betriebes erloschen ist (s. Erlöschen der Genehmigung eines Dampfkessels);
3. Dampfkessel, deren Betriebsstätten nach Lage und Beschaffenheit wesentlichen Änderungen unterworfen werden sollen;
4. Schiffsessel, welche verlegt werden sollen;
5. bewegliche Dampfkessel, welche an einem festen Betriebsort dauernd Benutzung finden sollen;
6. Dampfkessel, bei denen eine Erhöhung der in der Genehmigungsurkunde festgesetzten höchsten zulässigen Dampfspannung erfolgen soll;

7. Dampfkessel, bei denen wesentliche Änderungen der in der Genehmigungsurkunde aufgeführten Bedingungen, insbesondere der in der Beschreibung der Dampfkesselanlage angegebenen Sicherheitsvorrichtungen beabsichtigt sind.

Es genügt in solchen Fällen, wenn mit dem Antrage die frühere Genehmigungsurkunde mit ihren Anlagen und bei etwa beabsichtigten Veränderungen Beschreibung und Zeichnung derselben in der erforderlichen Anzahl eingesandt werden.

Erörterungstermin eines Genehmigungsgefuchs f. genehmigungspflichtige Anlagen.

Errichtung eines Arbeiterausschusses f. d.

- einer Baukrankenkasse f. d.
- einer Betriebs- (Fabrik-) krankenkasse f. Betriebskrankenkassen.
- gemeinsamer Ortskrankenkassen f. d.
- genehmigungspflichtiger Anlagen f. d.
- geräuschvoller Anlagen f. Anlagen mit ungewöhnlichem Geräusch.
- eines Gewerbes f. Errichtung eines stehenden Gewerbebetriebes.
- der Gewerbegerichte. [§ 1 G. G. G.] Für die Entscheidung von gewerblichen Streitigkeiten zwischen Arbeitern einerseits und ihren Arbeitgebern andererseits sowie zwischen Arbeitern desselben Arbeitgebers können Gewerbegerichte errichtet werden.

[§ 2 G. G. G.] Solche müssen errichtet werden in Gemeinden, welche nach der jeweilig letzten Volkszählung mehr als 20000 Einwohner haben. Erforderlichenfalls hat die Landeszentralbehörde die Errichtung anzuordnen, ohne daß es eines Antrags beteiligter Arbeitgeber oder Arbeiter bedarf.

[§ 1 Abs. 2 G. G. G.] Die Errichtung erfolgt für den Bezirk einer Gemeinde nach Maßgabe des § 142 der Gewerbeordnung. Dieser lautet:

[§ 142 G. O.] Statutarische Bestimmungen einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes können die ihnen durch Gesetz überwiesenen gewerblichen Gegenstände mit verbindlicher Kraft ordnen. Dieselben werden nach Anhörung beteiligter Gewerbetreibender und Arbeiter abgefaßt, bedürfen der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde und sind in der für Bekanntmachungen der Gemeinde oder des weiteren Kommunalverbandes vorgeschriebenen oder üblichen Form zu veröffentlichen. Die Zentralbehörde ist befugt, statutarische Bestimmungen, welche mit den Gesetzen in Widerspruch stehen, außer Kraft zu setzen.

[§ 1 Abs. 3 u. folg. G. G. G.] Mehrere Gemeinden können sich durch übereinstimmende Ortsstatuten zur Errichtung eines gemeinsamen Gewerbegerichts für ihre Bezirke vereinigen.

Für die Genehmigung der übereinstimmenden Statuten ist die höhere Verwaltungsbehörde, in deren Bezirk das Gewerbegericht seinen Sitz haben soll, zuständig.

Auch kann ein Gewerbegericht für den Bezirk eines weiteren Kommunalverbandes errichtet werden. Dessen Zuständigkeit ist aber ausgeschlossen, wenn bereits ein Gewerbegericht für eine oder mehrere Gemeinden des Bezirks besteht.

Die Errichtung kann auf Antrag beteiligter Arbeitgeber oder Arbeiter auch durch Anordnung der Landeszentralbehörde erfolgen, wenn innerhalb einer von ihr gesetzten Frist der Aufforderung nach Errichtung seitens der beteiligten Gemeinden nicht entsprochen ist.

Vor der Errichtung sind sowohl Arbeiter als auch Arbeitgeber der hauptächlichsten Gewerbszweige und Fabriken zu hören.

Ein einmal errichtetes Gewerbegericht bleibt bestehen, auch wenn die Einwohnerzahl des Ortes später unter 20000 sinken sollte.

Errichtung von Handwerkskammern f. d.

— eines Innungsausschusses f. d.

— der Innungsschiedsgerichte f. d.

— der Kaufmannsgerichte. [§§ 1 u. 2 R. G. G.] Vor der Errichtung eines Kaufmannsgerichts, die auch auf Antrag beteiligter Kaufleute oder Handlungsgehilfen erfolgen kann, sind beide Teile zu hören. Im übrigen entsprechen die Bestimmungen genau denen über Errichtung von Gewerbegerichten (f. daher dort).

[§ 3 R. G. G.] Die Landeszentralbehörde kann die örtliche Zuständigkeit eines auf ihre Anordnung errichteten Kaufmannsgerichts nach vorheriger Anhörung der beteiligten Ortsbehörden ausdehnen.

— von Ortskrankenkassen f. d.

— eines stehenden Gewerbebetriebes. [§ 14 G. D.] Wer den selbstständigen Betrieb eines stehenden Gewerbes anfängt, hat der zuständigen Behörde (das ist in der Regel der Gemeindevorstand, die Gemeindebehörde) Anzeige zu machen, deren Empfang ihm binnen drei Tagen bestätigt wird.

Selbständig ist, wer auf eigene Rechnung und Verantwortung das Gewerbe ausübt.

Wer eine gewerbliche Anlage neu erbauen oder bauliche Änderungen darin treffen will, muß vorher die Erlaubnis der Baubehörde einholen und daher ein Baugesuch mit doppelt ausgefertigten Zeichnungen einreichen.

Aus den Zeichnungen muß Lage und Bauart der Anlage, sowie Art und Umfang des Betriebes hervorgehen.

Gegen die Versagung der Bauerlaubnis oder die Auferlegung zu schwerer Bedingungen steht in Preußen binnen zwei Wochen die Beschwerde an den Regierungspräsidenten offen. Dessen Entscheidung kann binnen zwei Wochen beim Oberpräsidenten angefochten werden.

Es empfiehlt sich für jeden Gewerbeunternehmer, der fremde Personen in seinem Betriebe beschäftigen will, sich wegen der notwendigen Einrichtungen des Betriebes, Schutzvorrichtungen, Waschgelegenheiten usw., vorher an den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten (Gewerbe- oder Fabrikinspektor) zu wenden, um zu vermeiden, daß durch nachherige notwendige Anordnungen desselben, nachdem die Anlage schon in Betrieb ist, vermehrte Kosten und erhebliche Unbequemlichkeiten entstehen. Eventuell kann auch schriftlich dessen Rat eingeholt werden.

Wegen des besonderen Verfahrens bei genehmigungspflichtigen Anlagen s. d.

Errichtung von Zwangsinnungen s. d.

Ersatz eines Arbeitsbuchs s. d.

- von Auslagen vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht s. Kosten des Verfahrens vor denselben.
- einer unvorschriftsmäßigen Arbeitsordnung s. Erlaß derselben.
- einer verlorenen Quittungskarte s. Quittungskarte.

Ersatzansprüche gegen die Berufsgenossenschaft seitens der Krankensversicherung. Den Krankenkassen steht bei Unfallverletzten ein Ersatzanspruch gegen die Berufsgenossenschaften zu, wenn sie über die Dauer von 13 Wochen hinaus zunächst Unterstützungen geleistet haben.

- bei der Krankens-, Unfall- und Invalidenversicherung s. Verhältnis zu anderen Ansprüchen bei der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung.

Ersatzmänner beim Gesellenausschuß s. Wahl des Gesellenausschusses.

Ersatzpflicht des Arbeitgebers bei der Krankenversicherung s. Anmeldung bei derselben.

- des Arbeitgebers bei widerrechtlicher Zurückbehaltung der Quittungskarte s. Quittungskarte.

Erscheinen der Parteien vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht s. Anordnung des persönlichen Erscheinens vor denselben.

Erfassung der Kosten bei der Unfall- und Invalidenversicherung s. Kosten des Verfahrens bei derselben.

- von Parteikosten vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht s. Kosten des Verfahrens vor denselben.

Erstattungsantrag bei der Krankens-, Unfall- und Invalidenversicherung
[. Kostenerstattungsanträge bei der Krankens-, Unfall- und Invalidenversicherung.]

Erstmalige Feststellung der Entschädigungen bei der Unfallversicherung
[. Festsetzung derselben.]

Erteilung der Erlaubnis zu Überarbeit [. Überarbeit.]

Erweiterung der Heilmittel [. Erweiterung der Leistungen der Zwangs-
krankenkaassen.]

— **der Leistungen der Gemeindekrankenversicherung.** [§ 6a R. V. G.]
Die Gemeinden sind ermächtigt, zu beschließen:

1. daß das Krankengeld allgemein oder unter bestimmten Voraussetzungen schon vom Tage des Eintritts der Erwerbsunfähigkeit sowie für Sonn- und Festtage zu zahlen ist;
2. daß die Leistungen der Krankenunterstützung auf Antrag der Versicherten auch den dem Krankenversicherungszwange nicht unterliegenden Familienangehörigen zu gewähren sind.

— **der Zwangskrankenkaassen.** [§ 21 R. V. G.] Eine Erweiterung der Leistungen ist in folgendem Umfange zulässig:

1. Die Krankenunterstützung kann auf einen längeren Zeitraum als 26 Wochen bis zu einem Jahre ausgedehnt werden.
2. Das Krankengeld kann allgemein oder unter bestimmten Voraussetzungen schon vom Tage des Eintritts der Erwerbsunfähigkeit ab sowie für Sonn- und Festtage gewährt werden, sofern dieses sowohl von den Vertretern der Arbeitgeber wie auch von denen der Versicherten beschlossen wird, oder sofern der Betrag des gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds erreicht ist.
3. Das Krankengeld kann bis zu drei Viertel des durchschnittlichen Tagelohnes erhöht werden.
4. Bei Unterbringung in einem Krankenhause kann noch ein Krankengeld bis zu einem Viertel des durchschnittlichen Tagelohnes und, falls Angehörige zu versorgen sind, bis zur Hälfte des Tagelohnes gewährt werden.
5. Für Rekonvaleszenten kann für die Dauer eines Jahres noch die Fürsorge, namentlich auch Unterbringung in einem Rekonvaleszentenhause gewährt werden.
6. Schwangeren, welche mindestens 6 Monate der Kasse angehören, kann eine der Wöchnerinnenunterstützung gleiche Unterstützung wegen der durch die Schwangerschaft verursachten Erwerbsunfähigkeit bis zur Gesamtdauer von 6 Wochen gewährt werden. Auch kann freie Gewährung der erforderlichen Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden beschlossen werden.

7. Freie ärztliche Behandlung und Arznei kann den Angehörigen sowohl auf Antrag gegen einen entsprechenden Zusatzbeitrag als auch allgemein ebenso wie die Schwangerenunterstützung für Ehefrauen gewährt werden.
8. Das Sterbegeld kann bis auf den 40fachen Betrag des Tagelohns erhöht, auch kann ein Mindestbetrag von 40 Mark festgesetzt werden.
9. Auch beim Tode der Ehefrau oder eines Kindes kann ein Sterbegeld bis zu drei Viertel resp. der Hälfte des für den Mann festgesetzten Sterbegeldes gezahlt werden (Begräbnisbeihilfen).
10. Schließlich können noch die Heilmittel erweitert werden.

Unerweiterte Unterstützungen sind verboten, sie dürfen bei älteren Kasseneinrichtungen nur ausnahmsweise unter Abzweigung dieser Einrichtungen, wie Invaliden-, Wittwen- und Waisenpension etc. beibehalten werden.

Erweiterung der Sonntagsruhe §. Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Erwerbslosigkeit bei der Krankenversicherung §. Ausscheiden wegen Erwerbslosigkeit aus den Zwangskrankenkassen.

Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes.

[§ 5 Abs. 4 I. B. G.] Erwerbsunfähigkeit (Invalidität) liegt vor, wenn der Versicherte nicht mehr imstande ist, durch eine seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung, die ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufs zugemutet werden kann, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Menschen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in der gleichen Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.

Dauernde Erwerbsunfähigkeit besteht erst dann, wenn keine Aussicht auf Wiederherstellung der Erwerbsunfähigkeit besteht.

- des **Krankenversicherungsgesetzes** [§ 54 a R. V. G.] liegt nicht nur bei völliger Unfähigkeit, durch Arbeit etwas zu verdienen vor, sondern auch bei der Unmöglichkeit, ohne Verschlimmerung der Krankheit die Erwerbstätigkeit in dem bisherigen Beschäftigungsgebiet fortsetzen zu können.

Im Falle der Erwerbsunfähigkeit werden für die Dauer der Krankenunterstützung Beiträge nicht entrichtet. Die Mitgliedschaft dauert während des Bezuges von Krankenunterstützung fort.

- des **Unfallversicherungsgesetzes**. Hierbei kommt es nicht auf mangelnde Arbeitsgelegenheit und auf augenblickliche Lohnverhältnisse an, sondern darauf, welche Arbeiten der Verletzte nach seinen gesamten Kenntnissen und Fähigkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt noch leisten und was er damit verdienen kann.

Explosion eines Dampffasses. Von jeder Explosion eines Dampffasses ist dem zuständigen Gewerbeinspektor sowie dem prüfenden Sachverständigen unverzüglich Mitteilung zu machen.

— eines Dampfkessels s. Kesseler Explosionen.

Fabrik im Sinne der Gewerbeordnung. Die Gewerbeordnung gibt für den Begriff Fabrik keine ausdrücklichen Erläuterungen. Durch die Praxis, insbesondere auch durch verschiedene Entscheidungen des Reichsgerichts haben sich aber bestimmte Grundsätze und Merkmale herausgebildet, bei deren völligem oder teilweisem Vorhandensein man einen Fabrikbetrieb annehmen muß.

Auf die Bezeichnung, welche der Gewerbetreibende seiner Anlage beilegt, kommt es zunächst garnicht an, jedoch müssen Fabriken immer Betriebe sein, in denen gewerbsmäßig die Bearbeitung, Verarbeitung oder Veredelung von Gegenständen betrieben wird.

Für die Bezeichnung einer Anlage als Fabrik kommt ferner mehr oder weniger als ausschlaggebend in Betracht, ob:

1. eine bestimmte Arbeitsteilung zwischen dem Unternehmer und seinen Gehülfen in der Weise besteht, daß ersterer sich mit der hauptsächlich kaufmännischen Oberleitung begnügt;
2. zwischen dem Unternehmer und seinen Arbeitern ein erheblicher Unterschied in der sozialen Stellung vorhanden ist;
3. unter den Arbeitern selbst wieder eine bestimmte Arbeitsteilung besteht;
4. eine größere Anzahl von Arbeitern vorhanden ist;
5. größere und zahlreiche Arbeitsräume und Betriebs-einrichtungen bestehen;
6. Maschinen und andere mechanische Hilfsmittel benutzt werden;
7. eine mehr mechanische als kunstmäßige Mitwirkung der Menschen stattfindet;
8. die Produkte mehr auf Vorrat als auf Bestellung angefertigt werden (ziemlich unwesentlich);
9. ein größerer Absatz und zwar nicht direkt an die Konsumenten, sondern durch Wiederverkäufer stattfindet (gleichfalls unwesentlich).

Eine Fabrik ist ferner an das Vorhandensein einer bestimmten Anlage geknüpft. Ein einziges der obigen Merkmale genügt nicht, um einen Betrieb zur Fabrik zu stempeln, andererseits brauchen sie aber auch nicht sämtlich zusammenzutreffen.

Bei der Prüfung, ob ein fabrik- oder handwerksmäßiger Betrieb vorliegt, muß stets der einzelne Betrieb als einheitliches Ganzes behandelt werden.

Ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zwischen Fabrik- und Handwerksbetrieb ist namentlich, daß der Unternehmer sich nur auf die Leitung des Unternehmens beschränkt und sich an der Herstellung des Produktes nicht mit eigener Hand beteiligt.

[§ 154 u. 154a G. D.] Den Fabriken sind inbezug auf die Gesetzgebung ganz oder teilweise gleichgestellt:

Hüttenwerke, Zimmerplätze, Bauhöfe, ferner Ziegeleien, Brüche und Gruben, die nicht bloß vorübergehend oder in geringerem Umfange betrieben werden, Bergwerke, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebene Brüche und Gruben.

Mit geringen Abweichungen finden die für Fabriken bezüglich der Beschäftigung von Kindern, jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen geltenden Bestimmungen auch Anwendung auf solche Werkstätten, in welchen durch elementare Kraft (Dampf, Wind, Wasser, Gas, Luft, Elektrizität usw.) bewegte Triebwerke nicht bloß vorübergehend zur Verwendung kommen (s. Motorwerkstätten).

Auf andere Werkstätten sowie auf Bauten können durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats die für die Beschäftigung obiger schutzbedürftiger Personen geltenden Vorschriften ganz oder teilweise ausgedehnt werden. Werkstätten, in welchen der Arbeitgeber ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt, fallen unter diese Bestimmungen nicht.

Bisher ist die Ausdehnung der Fabrikbestimmungen auf einfache Werkstätten mit einigen Abweichungen nur erfolgt auf die Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion, Puzstuben und Werkstätten der Damenmaßschneiderei (s. Konfektionswerkstätten).

Bauten aller Art sind keine Fabriken.

Fabrik im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes s. Unfallversicherung.

Fabrikarbeiter ist der gewöhnliche gewerbliche Arbeiter, der in einer Fabrik Arbeiten verrichtet, die in den Rahmen der zur Herstellung des Fabrikproduktes erforderlichen Arbeiten fallen. Die Arbeiten brauchen nicht innerhalb der Fabrikräume vorgenommen zu werden, auch Hofarbeit in Fabriken kann Fabrikarbeit sein, ebenso solche Arbeit, die in die mittelbare Tätigkeit für die Fabrik durch Vorbereitungen für den Betrieb, Instandhaltung der Maschinen und Werkzeuge, Herbeischaffung des Materials usw. fällt.

Fabrikinspektor s. Gewerbeaufsichtsbeamte.

Fabrikkrankenkassen s. Betriebskrankenkassen.

Fabriklehrlinge. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung für Lehrlinge gelten auch für die in Fabriken als Lehrlinge beschäftigten Arbeiter, daneben finden für sie, soweit sie unter 16 Jahre alt sind, die Vorschriften für jugendliche Arbeiter (s. d.) Anwendung. Wann ein jugendlicher Arbeiter als Fabriklehrling anzusehen ist, hängt von den Umständen ab, es kommt jedenfalls nicht darauf an, daß ein Lehrvertrag mit ihm geschlossen ist oder daß er als Lehrling bezeichnet wird.

Fabrikmäßiger Betrieb eines Handwerks s. Mitglieder einer Zwangsinnung.

Fabrikordnung s. Arbeitsordnung in Fabriken.

Fabrikrevision s. Aufsicht über Gewerbebetriebe und Gewerbeaufsichtsbeamte.

Fachinnungen. Hierunter versteht man Innungen, die nur für ein Gewerbe oder verwandte Gewerbe bestimmt sind.

Eine freie Innung kann eine Fachinnung, ebensowohl aber auch eine gemischte Innung sein.

Die Zwangsinnungen können dagegen nur Handwerker-Fachinnungen sein.

Fachschulunterricht s. Fortbildungsschulunterricht.

Fahrlässig herbeigeführter Unfall s. Unfallversicherung.

Fahrlässige Körperverletzung oder Tötung. Wenn der Unternehmer bezw. sein Vertreter es bei der Einrichtung und Führung des Betriebes, insbesondere bei der Anbringung von seitens der Berufsgenossenschaft durch deren Unfallverhütungsvorschriften vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen an der nötigen Sorgfalt und Aufmerksamkeit hat fehlen lassen, so setzt er sich bei Eintritt eines Unfalls einer Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung bezw. Tötung aus.

Es empfiehlt sich daher für jeden Unternehmer dringend, bei Bestellung von Maschinen ausdrücklich zu verlangen, daß die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen mit geliefert werden.

Was unter fahrlässiger Körperverletzung bezw. Tötung zu verstehen ist und wie sie bestraft wird, regelt sich nach dem Strafgesetzbuch. Dort heißt es:

(§ 222.) Wer durch Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen verursacht, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

Wenn der Täter zu der Aufmerksamkeit, welche er aus den Augen setzte, vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet war, so kann die Strafe bis auf fünf Jahre Gefängnis erhöht werden.

(§ 230.) Wer durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung eines anderen verursacht, wird mit Geldstrafe bis zu 900 Mk. oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Diese Strafe kann, wenn der Täter es wie oben an der nötigen Aufmerksamkeit, zu der er vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes verpflichtet war, hat fehlen lassen, auf drei Jahre Gefängnis erhöht werden.

(§ 231.) Außerdem kann in allen Fällen auf Verlangen des Verletzten neben der Strafe auf eine an denselben zu zahlende Buße bis zum Betrage von 6000 Mk. erkannt werden, die dann allerdings die Geltendmachung weiterer Schadenserfassungsansprüche ausschließt.

(§ 232.) Die Verfolgung fahrlässiger Körperverletzungen tritt nur auf Antrag ein, es sei denn, daß die Körperverletzung mit Übertretung einer Amts-, Berufs- oder Gewerbspflicht begangen worden ist.

Fahrlässigkeit des Betriebsunternehmers bei der Unfallversicherung f. Haftpflicht desselben.

Fälligkeitstermine der Invalidenrente f. Auszahlung derselben.

— **des Krankengeldes bzw. der Beiträge zur Krankenversicherung** f. Zahlung des Krankengeldes bzw. der Beiträge zur Krankenversicherung.

— **der Unfallentschädigungen.** [§ 93 G. U. V. G.] Kosten des Heilverfahrens und Sterbegelder sind binnen einer Woche nach ihrer Feststellung, Renten in monatlichen, und wenn sich der Jahresbetrag auf 60 Mk. oder weniger beläuft, in vierteljährlichen Beträgen im voraus zu zahlen. Die Renten werden auf volle 5 Pfg. nach oben abgerundet.

Im Einverständnis mit dem Entschädigungsberechtigten kann die Zahlung in längeren Zeitabschnitten erfolgen.

Nachträgliche Rückforderungen oder Aufrechnungen einmal gezahlter Rentenbeträge sind unzulässig.

Fälschung eines Arbeitsbuches f. Entlassung aus der Arbeit ohne Kündigung.

Falsche Klageerhebung vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Überweisung von Klagen vom Kaufmannsgericht an das Gewerbegericht.

Familienangehörige bei der Krankenversicherung f. Leistungen und Erweiterung der Leistungen der Zwangskrankenkassen bzw. der Gemeindekrankenversicherung.

Farbe der Quittungskarten f. d.

Feiertage f. Festtage.

Festlegung der Pausen f. d.

Festsetzung der Dauer der Lehrzeit f. Lehrvertrag.

- des durchschnittlichen Tagelohns im Sinne des Krankenversicherungs-gesetzes f. durchschnittlicher Tagelohn.
- der Geldstrafen der Handwerkskammer f. Strafgewalt derselben.
- des Jahresarbeitsverdienstes im Sinne des Unfallversicherungs-gesetzes f. Jahresarbeitsverdienst.
- eines Maximalarbeitstages f. d.
- von Ordnungsstrafen f. Arbeitsordnungen und Strafgebelde.
- des ortsüblichen Tagelohns f. d.

Feststehender Dampfkessel f. Dampfkessel.

Feststellung der Beiträge zur Unfallversicherung f. Umlageverfahren bei der Unfallversicherung.

- der Entschädigungen bei der Unfallversicherung. [§ 69 G. U. V. G.] Die Beschlußfassung über die Entschädigung erfolgt entweder durch die Sektion oder durch den Vorstand der Berufsgenossenschaft selbst. Durch die Sektion, wenn es sich um geringfügigere Entschädigungen wie vorübergehende Rente, Sterbegeld, Unterbringung in eine Heilanstalt usw. handelt.

Der behandelnde Arzt ist zu hören, wenn auf Grund eines ärztlichen Gutachtens die Bewilligung einer Entschädigung abgelehnt oder nur eine Teilrente festgestellt werden soll. Der Verletzte kann die Untersuchung durch einen anderen Arzt als durch den Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft beantragen.

Für Verletzte, für die auch nach Ablauf von 13 Wochen nach dem Unfall noch weitere ärztliche Behandlung nötig ist, hat sich die Feststellung mindestens auf die bis zur Beendigung des Heilverfahrens zu leistende Entschädigung zu erstrecken.

[§ 70 G. U. V. G. § 76 L. U. V. G.] Soll eine Entschädigung abgelehnt werden, so ist dem Verletzten bezw. im Falle seines Todes den Hinterbliebenen diese Absicht mitzuteilen. Ebenso ist, wenn eine Entschädigung bewilligt werden soll, genannten Personen von der Höhe derselben unter näherer Begründung Kenntnis zu geben.

Der Verletzte sowie seine Hinterbliebenen sind befugt, auf diese Mitteilung innerhalb zweier Wochen sich zu äußern. Auf ihren Antrag muß die untere Verwaltungsbehörde diese Äußerung zu Protokoll nehmen.

[§ 71 G. U. V. G., § 77 L. U. V. G.] Die Feststellung der Entschädigung hat in beschleunigtem Verfahren zu erfolgen, event. ist vor endgültiger Feststellung eine vorläufige Entschädigung zu gewähren.

[§ 73 G. U. V. G., § 79 L. U. V. G.] Wird der angemeldete Anspruch anerkannt, so ist die Entschädigung sofort festzustellen.

Bei Ablehnung eines Anspruchs ist ein schriftlicher Bescheid zu erteilen, der mit Angabe der Gründe versehen werden muß.

[§ 74 G. U. V. G., § 80 L. U. V. G.] Zur Feststellung der Entschädigung muß der Unternehmer auf Erfordern der Behörden die notwendigen Gehalts- oder Lohnnachweisungen liefern.

[§ 75 G. U. V. G., § 81 L. U. V. G.] Aber die Feststellung der Entschädigung ist dem Berechtigten ein schriftlicher Bescheid zu erteilen, aus welchem die Höhe der Entschädigung, die Art ihrer Berechnung, sowie bei erwerbsunfähig gewordenen Verletzten das Maß, in dem die Erwerbsunfähigkeit angenommen wird, zu ersehen ist. Der Bescheid muß stets die Bezeichnung des für die Berufung zuständigen Schiedsgerichts sowie die Belehrung über die einzuhaltende Frist enthalten (wegen Berufung s. d.).

[§ 85 G. U. V. G., § 91 L. U. V. G.] Sind mehrere Berufsgenossenschaften an dem Betriebe, in welchem sich der Unfall ereignet hat, beteiligt, so können sie die Entschädigungsverpflichtung unter sich verteilen. Dem Entschädigungsberechtigten steht jedoch immer nur eine Berufsgenossenschaft als Schuldner gegenüber.

[§ 87 G. U. V. G., § 93 L. U. V. G.] Die Berufsgenossenschaft hat nach erfolgter Feststellung der Entschädigung dem Berechtigten die mit der Zahlung beauftragte Postanstalt zu bezeichnen.

Ist eine Berufsgenossenschaft nach ihrer Ansicht irrtümlich als entschädigungspflichtig angerufen, so hat sie gleichwohl dem Entschädigungsberechtigten eine vorläufige Fürsorge zuzuwenden und event. unter Zuhilfenahme des Reichsversicherungsamtes die richtige Berufsgenossenschaft zu ermitteln.

Hat sich der Unfall in einem fremden Betriebe im Auftrage des Arbeitgebers des Verletzten zugetragen, so ist die Berufsgenossenschaft, der der Arbeitgeber angehört, entschädigungspflichtig.

Feststellung der Invaliden- und Altersrente. [§ 112 I. V. G.] Der Anspruch auf Bewilligung einer Rente ist bei der unteren Verwaltungsbehörde (s. d.) des Wohn- oder Beschäftigungsorts oder der Rentenstelle (s. d.) (in Preußen auch bei der Gemeinde- oder Polizeibehörde) unter Einreichung der zur Begründung dienenden Beweisstücke, insbesondere der letzten Quittungskarte, der Aufrechnungsbescheinigungen, eines ärztlichen Zeugnisses über die Erwerbsunfähigkeit (bei Invalidenrente) und der Geburtsurkunde (bei Altersrente) anzumelden. Der Antrag kann auch durch einen legitimierten Vertreter oder zu Protokoll eingereicht werden. Der Antrag muß die Bezeichnung der Rente, sowie des Tages, von dem ab Rente beansprucht wird, enthalten.

Die untere Verwaltungsbehörde prüft den Sachverhalt und bei Zustimmung wird der Antrag nebst gutachtlicher Äußerung an die Versicherungsanstalt weitergegeben. Erscheint der Anspruch

dagegen zweifelhaft, so wird zunächst in einer Sitzung der unteren Verwaltungsbehörde bezw. der Rentenstelle unter Zuziehung des Rentenbewerbers und je eines Vertreters der Arbeitgeber und der Versicherten über den Anspruch beraten.

Wird der angemeldete Anspruch von der Versicherungsanstalt anerkannt, so ist die Höhe und der Beginn der Rente sofort festzustellen.

Die Versicherungsanstalt kann die Sache nochmals der unteren Verwaltungsbehörde zur Anhörung des Antragstellers und der Beisitzer in mündlicher Verhandlung zurückgeben. Dem Bewerber ist stets, auch bei Ablehnung des Anspruchs, ein schriftlicher mit Gründen versehener Bescheid zu erteilen.

[§ 114 I. W. G.] Gegen den Bescheid, ob er nun ablehnend ausfällt, oder nur die Höhe der Rente ihn nicht befriedigt, steht dem Antragsteller innerhalb eines Monats Berufung auf Entscheidung des Schiedsgerichts (s. d.) zu. Der Bescheid muß die Berufungsfrist und das für die Berufung zuständige Schiedsgericht nennen.

Die Frist gilt auch dann als gewahrt, wenn innerhalb derselben die Berufung bei einer anderen Behörde eingegangen ist.

Auch das Schiedsgericht hat dem Rentenbewerber eine Ausfertigung seiner Entscheidung zuzustellen.

[§ 116 I. W. G.] Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts kann Revision beim Reichsversicherungsamt innerhalb eines Monats eingelegt werden.

Die Revision an das Reichsversicherungsamt darf sich nur darauf stützen, daß die angefochtene Entscheidung auf der Nichtanwendung oder unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechts oder auf einem Verstoß wider den klaren Inhalt der Akten beruhe oder endlich, daß das Verfahren an wesentlichen Mängeln leide. Aber das Nähere vor dem Reichsversicherungsamt s. die §§ 117—119 des Gesetzes. Die Revision ist schriftlich und in doppelter Ausfertigung einzureichen. In der Regel entscheidet das Reichsversicherungsamt selbst, es kann die Sache jedoch auch zur erneuten Verhandlung an das Schiedsgericht zurückweisen.

Wenn ein Antrag auf Invalidenrente endgültig abgelehnt ist, so darf er innerhalb eines Jahres nicht wiederholt werden, es sei denn, daß Umstände innerhalb dieser Zeit eingetreten sind, die den Betroffenen dauernd erwerbsunfähig gemacht haben. Sofern eine solche Bescheinigung nicht beigebracht werden kann, hat die untere Verwaltungsbehörde den Antrag durch Verfügung, gegen die ein Rechtsmittel nicht stattfindet, zurückzuweisen.

Feststellungsbefcheid bei der Unfallversicherung s. Feststellung der Entschädigungen bei der Unfallversicherung.

Feststellungsverfahren bei der Unfallversicherung f. Feststellung der Entschädigungen bei der Unfallversicherung.

Festtage. In Preußen werden in der Regel gemäß den Polizeiverordnungen als Festtage bezeichnet:

der erste und zweite Weihnachtsfeiertag, Neujahrstag, Charfreitag, Ostermontag, Himmelfahrt, Pfingstmontag und der Buß- und Bettag.

In Bayern gelten folgende Tage als Festtage:

Der erste und zweite Weihnachtstag, Neujahr, Ostermontag Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, ferner in katholischen Gegenden das Erscheinungsfest (heilige drei Könige), Frohnleichnam, Mariä Himmelfahrt, Allerheiligen, in protestantischen Bezirken Charfreitag.

In Württemberg sind folgende Festtage festgesetzt:

Christfest, Neujahr, Erscheinungsfest, Charfreitag, Himmelfahrt, Weihnachten, in katholischen Gegenden außerdem Frohnleichnam und Mariä Himmelfahrt.

In Sachsen gelten als Festtage:

Neujahrstfest, das Fest der Erscheinung Christi (6. Januar), die Bußtage der evang.-lutherischen Landeskirche, Charfreitag, das Osterfest, Himmelfahrt, das Pfingstfest, das Reformationsfest (31. Oktober), das Weihnachtsfest, außerdem in der katholischen Bauzener Gegend: das Fest Mariä Verkündigung, Frohnleichnamstfest, das Fest Peter und Paul, Mariä Himmelfahrt, Mariä Geburt, Allerheiligen und Mariä Empfängnis.

In Baden sind Festtage im Sinne der Gewerbeordnung alle den christlichen Konfessionen gemeinsame Festtage und je nach der Konfession der Frohnleichnam- oder Chartag.

Feuerschutz. Der Unternehmer hat einmal zur Verhütung der Feuergefahr für eine entsprechende Einrichtung der Beleuchtung und Heizung, für die ordnungsmäßige Aufbewahrung und Behandlung von feuergefährlichen Materialien usw. zu sorgen. Ferner ist auch auf eine möglichst feuersichere Anlegung der Betriebsgebäude Bedacht zu nehmen, insbesondere müssen genügend Ausgänge aus den Arbeitsräumen ins Freie führen, die Treppen sollen feuersicher angelegt, die Fenster nicht vergittert sein, event. müssen außen am Gebäude eiserne Notleitern angebracht werden. In der Regel geben schon die bau- oder feuerpolizeilichen Vorschriften der betreffenden Stadt die nötigen Anhaltspunkte; für besonders explosions- und feuergefährliche Anlagen bestehen häufig besondere Bestimmungen.

Form der Berufung bei der Unfall- und Invalidenversicherung f. Berufung bei derselben.

Form der Kündigung s. Kündigung im Gewerbe.

Formular für Unfallanzeigen s. d.

Fortbildungsschule. Der Zweck der Fortbildungsschule besteht in erster Linie darin, die Schüler in den in der Volksschule erworbenen Kenntnissen und Fertigkeiten den Bedürfnissen des praktischen Lebens entsprechend weiter auszubilden. Sie muß sich dabei in der Regel darauf beschränken, den Unterricht in die Nebenstunden außerhalb der eigentlichen Arbeitszeit zu verlegen. Man benützt den Sonntag, die Abend- und früheren Morgenstunden. Häufig aber findet der Unterricht auch schon innerhalb der Arbeitszeit statt, was nur erwünscht sein kann, und seitens der Behörden werden dahingehende Bestrebungen auch sehr gefördert, namentlich da, wo ein Zwang zum Besuch der Fortbildungsschule besteht.

An Stelle der Fortbildungsschulen im engeren Sinne, die nur der Fortbildung in den Elementarfächern dienen, treten vielfach solche, die eine gewerbliche Fortbildung vermitteln (Fachschulen). Aber auch diese werden, um die notwendige staatliche Anerkennung zu erhalten, neben dem Unterricht in dem betreffenden Gewerbe auch allgemeinen Unterricht erteilen müssen.

(s. auch Fortbildungsschulunterricht und Besuchspflicht der Fortbildungsschule.)

Fortbildungsschulunterricht. [§ 120 G. D.] Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, ihren Arbeitern unter 18 Jahren, welche eine von der Gemeindebehörde oder vom Staate anerkannte Fortbildungs- oder Fachschule besuchen, hierzu die erforderlichenfalls von der zuständigen Behörde festzusetzende Zeit auch während der Arbeitszeit zu gewähren. Als Arbeiter gelten hier nicht nur die männlichen und weiblichen gewerblichen Arbeiter, sondern auch die Gehülfen und Lehrlinge im Handelsgewerbe, auch wenn sie weiblichen Geschlechts sind. Auf Gehülfen und Lehrlinge im Apothekengewerbe bezieht sich die Vorschrift dagegen nicht.

Als Fortbildungsschulen gelten auch Anstalten, in welchen Unterricht in weiblichen Hand- und Hausarbeiten erteilt wird.

Vorstehende Bestimmung gilt sowohl für den freiwilligen als auch für den obligatorischen Besuch des Fortbildungsschulunterrichts.

Am Sonntage darf der Unterricht nur stattfinden, wenn die Unterrichtsstunden so gelegt werden, daß die Schüler nicht gehindert werden, den Hauptgottesdienst oder einen mit Genehmigung der kirchlichen Behörde für sie eingerichteten, besonderen Gottesdienst ihrer Konfession zu besuchen.

[§ 139i G. D.] Diese Bestimmungen finden auch für das Handelsgewerbe, insbesondere auf offene Verkaufsstellen Anwendung.

Der Geschäftsinhaber hat die Gehülfsen und Lehrlinge unter 18 Jahren zum Besuch der Fortbildungs- und Fachschule anzuhalten und den Schulbesuch zu überwachen.

(s. auch Besuchspflicht der Fortbildungsschule.)

Fortfall der Pausen s. d.

Fortzahlung der Beiträge zu den Zwangskrankenkassen s. Beiträge zu denselben.

Frauen in Bergwerken s. verbotene Frauenarbeit.

— beim **Gewerbe- und Kaufmannsgericht**. Frauen sind bei Gewerbe- und Kaufmannsgerichten weder wahlberechtigt noch wählbar.

Frauenarbeit s. Arbeiterinnen.

Freie Arztwahl bei der Krankenversicherung s. Bestimmung des Arztes bei der Krankenversicherung.

Freies Ermessen der Behörden bei Erteilung der Erlaubnis zur Überarbeit s. Überarbeit.

Freie Hilfskassen s. eingeschriebene Hilfskassen.

— **Innungen** sind solche, bei denen die Mitgliedschaft ausschließlich auf freiwilligem Beitritt beruht. Sie unterscheiden sich von den Zwangsinnungen insbesondere dadurch, daß sie nicht bloß von Handwerkern gegründet werden können, ferner in bezug auf Ein- und Austritt, Ausschließung, Abhaltung von Prüfungen usw. Das Nähere findet sich unter den einzelnen Bezeichnungen.

— **Kur** s. Leistungen der Zwangskrankenkassen bezw. der Gemeindekrankenversicherung.

Freikarte für die Invalidenversicherung s. Befreiung von der Invalidenversicherungspflicht.

Freiwillige Abtretung des Lohnes s. Beschlagnahme des Arbeitslohnes.

Freiwilliger Beitritt zu Zwangsinnungen s. Beitrittsrecht zu denselben.

Freiwillige Geschäftigung während der Pausen s. Pausen.

— **Invalidenversicherung**. [§ 14 I. V. G.] Freiwillig in die Invalidenversicherung einzutreten sind folgende Personen befugt, so lange sie das 40. Lebensjahr noch nicht beendet haben, nicht dauernd erwerbsunfähig sind und noch nicht mehr als 26 Wochen ununterbrochen krank waren:

1. Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, Handlungsgehülfsen und sonstige Angestellte im Hauptberuf, Lehrer und Erzieher, deren Lohn oder Gehalt jährlich 2000 Mk. übersteigt, aber 3000 Mark. nicht erreicht;
2. Gewerbetreibende mit regelmäßig nicht mehr als zwei versicherungspflichtigen Lohnarbeitern und Hausgewerbetreibende;

3. Personen, die gegen freien Unterhalt tätig sind oder wegen nur vorübergehender Dienstleistungen von der Versicherungspflicht befreit sind;

4. Personen, welche aus irgend einem Grunde aus der Zwangsversicherung ausscheiden.

Diese Personen sind berechtigt, beim Ausscheiden aus dem zur Selbstversicherung berechtigenden Verhältnis diese fortzusetzen oder zu erneuern.

Die Erneuerung der freiwilligen Versicherung ist ausgeschlossen, wenn die Beiträge zurückerstattet sind.

Freiwillige Krankenversicherung. [§§ 4 u. 19 Abs. 3 R. V. G.] Alle Personen, die gesetzlich der Krankenversicherungspflicht nicht unterliegen und deren jährliches Gesamteinkommen 2000 Mark nicht übersteigt, auch die Dienstboten sind berechtigt, entweder ohne weiteres oder durch Ortsstatut der Gemeindekrankenversicherung ihrer Gemeinde, gegebenenfalls auch den Zwangskrankenkassen, wenn sie eine Beschäftigung ausüben, für die die Kasse zuständig ist, beizutreten.

Der Beitritt erfolgt durch schriftliche oder mündliche Erklärung beim Gemeinde- bzw. Kassenvorstand. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Tage der Anmeldung. Die Aufnahme kann jedoch von einer ärztlichen Untersuchung abhängig gemacht und verweigert werden, wenn diese eine bereits bestehende Krankheit ergibt.

War der Versicherte zur Zeit der Aufnahme bereits krank, so ist ein Anspruch auf Unterstützung nicht vorhanden.

Freiwillig Begetretene, welche zweimal den Versicherungsbeitrag schuldig bleiben, scheiden damit aus der Krankenversicherung aus.

[§ 11 R. V. G.] Versicherte, welche aus der die Versicherungspflicht begründenden Beschäftigung ausscheiden und nicht zu einer Beschäftigung übergehen, vermöge derer sie gesetzlich Mitglieder einer Krankenkasse werden, können das Versicherungsverhältnis freiwillig fortsetzen, auch wenn sie ein selbständiges Gewerbe ergreifen. Sie behalten den Anspruch auf Krankenunterstützung, solange sie die vollen Beiträge weiterzahlen und im Gemeindebezirk ihres Aufenthalts- oder Beschäftigungsorts wohnen bleiben

— **Unfallversicherung** f. Selbstversicherung bei der Unfallversicherung.

— **Weiterversicherung bei der Krankenversicherung** f. freiwillige Krankenversicherung.

Freizügigkeit im Gewerbe f. Gewerbeordnung.

— **bei der Krankenversicherung.** Bei eintretendem Orts- oder Berufswechsel ist der Versicherungspflichtige, soweit die ge-

sehlischen Mindestleistungen (s. d.) in Frage kommen, gegen eine etwaige Wartezeit oder wiederholte Zahlung des Eintrittsgeldes geschützt.

Fremde Kinder s. Kinder im Sinne des Kinderschutzgesetzes.

Frist für die Berufung bei der Unfall- und Invalidenversicherung s. Berufung bei derselben.

- für Einwendungen gegen die Errichtung gewerblicher Anlagen s. genehmigungspflichtige Anlagen.
- für den Erlaß einer Arbeitsordnung s. Erlaß derselben.
- zur Errichtung einer genehmigten Anlage. [§ 49 G. D.] Bei Erteilung der Genehmigung einer genehmigungspflichtigen Anlage (auch von Dampfkesseln) kann von der die Genehmigung erteilenden Behörde eine den Umständen angemessene Frist festgesetzt werden, binnen welcher die Anlage bei Vermeidung des Erlöschens der Genehmigung begonnen, ausgeführt und der Betrieb angefangen werden muß.

(s. im übrigen: Erlöschen der Genehmigung einer genehmigungspflichtigen Anlage.)

Fristen bei Genehmigungsanträgen auf Errichtung einer Anlage s. genehmigungspflichtige Anlagen.

- nach dem Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz. Die Frist zwischen Ladung und Verhandlungstermin muß mindestens einen Tag betragen.

Gegen ein Versäumnisurteil ist Einspruch binnen einer Notfrist von 3 Tagen angängig. Derselbe Zeitraum gilt als Frist für die nachträgliche Leistung eines Eides.

Wegen Fristen bei Berufung und Beschwerde s. d.

- in Kostenfällen bei der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung. Der Anspruch auf Zeugen- und Sachverständigengebühren erlischt binnen 3 Monaten nach der Zuziehung, ist daher innerhalb dieser Frist geltend zu machen.

Für Erhebung von Kostenansprüchen bestehen im übrigen keine Fristen, es empfiehlt sich jedoch, solche sofort nach Fälligkeit der Kosten anzumelden.

- bei der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung s. Berechnung der Fristen im Sinne des Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzes.
- für Kündigungen s. Kündigung.
- für Lohnzahlungen s. Lohnzahlungsfristen.

Fristung bei genehmigungspflichtigen Anlagen s. Erlöschen der Genehmigung einer genehmigungspflichtigen Anlage.

Führung des Meistertitels s. d.

Gärtnerei f. Geltungsbereich der Gewerbeordnung.

Garderoben f. Umkleideräume.

Gebühren für Ausstellung eines Arbeitsbuches f. Arbeitsbücher.

— für Dampfkesseluntersuchungen f. Prüfungen der Dampfkessel.

— für die Gesellen- und Meisterprüfung f. d.

— des Gewerbes und Kaufmannsgerichts f. Kosten des Verfahrens vor denselben.

— der Innungen. [§ 88 Abs. 3 G. O.] Die Innungen sind befugt, für die Benutzung der von ihnen getroffenen Einrichtungen, Fachschulen, Herbergen, Arbeitsnachweise u. f. w. Gebühren zu erheben.

Gebührenfreiheit bei der Krankenz, Unfall- und Invalidenversicherung f. Kosten des Verfahrens bei der Krankenz-, Unfall- und Invalidenversicherung.

Gebührentaxe für Ärzte bei der Krankenz, Unfall- und Invalidenversicherung f. Tage für ärztliche Gebühren bei der Krankenz-, Unfall- und Invalidenversicherung.

Geburtsurkunde bei Anspruch auf Invaliden- und Altersrente f. Feststellung der Invaliden- und Altersrente.

Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit f. Schutz der Arbeiter vor denselben.

Gefahrenklassen bei der Unfallversicherung. [§ 49 G. U. V. G., § 52 U. V. G.] Durch die Genossenschaftsversammlung einer Berufsgenossenschaft sind für die zugehörigen Betriebe je nach dem Grade der mit denselben verbundenen Unfallgefahr entsprechende Gefahrenklassen zu bilden und über die Höhe der in den denselben zu leistenden Beiträge Bestimmungen zu treffen (Gefahrentarif).

Die Aufstellung und Abänderung des Gefahrentarifs bedarf der Genehmigung des Reichsversicherungsamts. Gegen die Veranlagung eines Betriebes zu einer Gefahrenklasse steht dem Betriebsunternehmer binnen einer Frist von 2 Wochen die Beschwerde an das Reichsversicherungsamt zu.

Der Gefahrentarif muß alle fünf Jahre einer Revision unterzogen werden.

Gefahrentarif f. Gefahrenklassen bei der Unfallversicherung.

Gefangenenfürsorge bei der Unfallversicherung. Gefangene, sowie Personen, welche in öffentlichen Besserungsanstalten untergebracht sind oder welche zur Forst- oder Gemeindearbeit und ähnlichem zwangsweise angehalten werden, erhalten, sofern sie Inländer sind, bei Erleidung eines Unfalls eine im Verwaltungswege festzusetzende Entschädigung.

Dies ist durch besonderes Gesetz geregelt (Gesetz, betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene, vom 30. Juni 1890).

Gegenforderung vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht s. Widerklage vor denselben.

Gehaltsnachweisung bei der Unfallversicherung s. Umlageverfahren bei der Unfallversicherung.

Gehaltszahlung an Handlungsgehilfen. [§ 64 H. G. B.] Die Zahlung des dem Handlungsgehilfen zukommenden Gehalts hat am Schlusse jedes Monats zu erfolgen. Eine Vereinbarung, nach der die Zahlung des Gehalts später erfolgen soll, ist nichtig.

[§ 63 H. G. B.] Wird der Handlungsgehilfe durch unverschuldetes Unglück, also z. B. durch Krankheit, an der Leistung der Dienste verhindert, so behält er seinen Anspruch auf Gehalt und Unterhalt, jedoch nicht über die Dauer von 6 Wochen hinaus.

Der Handlungsgehilfe ist nicht verpflichtet, sich den Betrag anrechnen zu lassen, der ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer Kranken- oder Unfallversicherung zukommt. Eine Vereinbarung, welche dieser Vorschrift zuwiderläuft, ist nichtig.

Genehmigung von Betriebseinrichtungen bei Genehmigungsgesuchen s. genehmigungspflichtige Anlagen.

Gehilfen im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes s. Invalidenversicherungspflicht.

Gehülfenausstoß s. Gesellenausstoß.

Gelbe Quittungskarte s. d.

Geldstrafen für Arbeiter s. Strafgeelder.

— für **Geisiger des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts** s. Bestrafung derselben.

— der **Gewerkschaften** s. Unfallverhütungsvorschriften und Strafbestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes.

— der **Gewerbeordnung, des Kinderschutzgesetzes, des Krankenversicherungsgesetzes** usw. s. Strafbestimmungen des betreffenden Gesetzes.

— der **Handwerkskammern** s. Strafgewalt derselben.

— der **Innungen** s. Ordnungsstrafen derselben.

— bei der **Invalidenversicherung** s. Strafbestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes.

— bei der **Krankenversicherung** s. Strafbestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes.

— für **Nichterscheinen der Parteien vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht** s. Anordnung des persönlichen Erscheinens vor denselben.

Geldstrafen für Zeugen vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht
s. Zeugen usw.

— der Zwangskrankenkassen s. Ordnungsstrafen derselben.

Geldstrafenverzeichnis s. Strafgebel.

Gelegentliche Geschäftigung von Kindern s. Kinderarbeit und Anzeige
derselben.

Geltendmachung des Anspruchs auf Rückerstattung von Beiträgen
zur Invalidenversicherung s. Rückerstattung derselben.

— des Anspruchs bei der Unfallversicherung s. Anzeige von Be-
triebsunfällen.

Geltungsbereich der Gewerbeordnung. [§ 6 G.O.] Der Geltungsbereich
der Gewerbeordnung erstreckt sich nicht auf alle Gewerbe,
vielmehr findet das Gesetz keine Anwendung auf:

die Fischerei, das Apothekenwesen, die Kindererziehung gegen
Entgelt, das Unterrichtswesen, die advokatorische und Notariats-
praxis, den Gewerbebetrieb der Auswanderungsunternehmer
und Auswanderungsagenten, der Versicherungsunternehmer
und der Eisenbahnunternehmungen, die Befugnisse zum Halten
öffentlicher Fahren und die Rechtsverhältnisse der Schiffs-
mannschaften auf Seeschiffen.

Auf das Bergwesen, die Ausübung der Heilkunde, den Ver-
kauf von Arzneimitteln, den Vertrieb von Lotterielosen und die
Viehzucht findet das Gesetz nur teilweise Anwendung, soweit
es darüber ausdrückliche Bestimmungen enthält. Ebenso hat die
Gewerbeordnung für das Handelsgewerbe nur insoweit Gültig-
keit, als sie das letztere ausdrücklich erwähnt.

Eisenbahnen sind jedoch nur als Verkehrsanstalten, also
bezüglich des äußeren Streckenbetriebes, nicht auch des inneren
Werstättenbetriebes aus dem Geltungsbereich der Gewerbe-
ordnung ausgeschieden. Diese im Sinne des Gesetzgebers liegende
Auffassung ist allerdings in letzter Zeit durch mehrere richterliche
Entscheidungen zweifelhaft geworden.

Andererseits gilt die Gewerbeordnung ganz oder teilweise
auch für nicht gewerbsmäßige Betriebe, wie z. B. staatliche
Fabriken, Reichswerften usw., desgl. für Konsumvereine und
ähnliche nicht auf Gewinn, sondern auf Ersparnis gerichtete
Einrichtungen.

Die Land- und Forstwirtschaft einschließlich ihrer Nebenbetriebe
sowie die gewöhnliche Landschaftsgärtnerei sind keine Gewerbe
im Sinne der Gewerbeordnung.

Dagegen fallen die Kunst- und Handelsgärtnereien nach
Rechtsprechung und Auffassung der Behörden unter sie.

Geltungsbereich des Kaufmannsgerichtsgesetzes. [§ 4 R. G. G.] Das Gesetz erstreckt seine Vorschriften auf alle Handlungsgehülfen und Lehrlinge mit Ausnahme der Gehülfen, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt den Betrag von 5000 Mark übersteigt, sowie der Gehülfen und Lehrlinge in Apotheken.

Gemeindebehörde im Sinne des Krankens, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzes. Unter Gemeindebehörde ist im allgemeinen der Gemeindevorstand zu verstehen, in selbständigen Gutsbezirken Preußens und Sachsens der Gutsvorsteher, in manchen Bundesstaaten auch der Bürgermeister.

Gemeindekrankenversicherung. [§ 4 R. V. G.] Die Gemeindekrankenversicherung tritt für alle versicherungspflichtigen Personen ein, die einer Zwangskasse nicht angehören. Doch brauchen solche Personen, welche einer freien Hilfskasse mit mindestens den gleichen Leistungen wie die Gemeindekrankenversicherung beitreten, dieser nicht zu unterstehen.

Die Gemeindekrankenversicherung ist weder eine Kasse noch hat sie eine Organisation. Eine Mitverwaltung der Beteiligten (Arbeitgeber wie Versicherten) findet nicht statt. Die Verwaltung führt die Gemeinde.

[§ 5 R. V. G.] Denjenigen Personen, für welche die Gemeindekrankenversicherung eintritt, ist von der Gemeinde, in deren Bezirk sie beschäftigt sind, im Falle einer Krankheit oder durch Krankheit herbeigeführten Erwerbsunfähigkeit Krankenunterstützung zu gewähren (s. Leistungen der Gemeindekrankenversicherung). Die Gemeinde hat von ihnen Beiträge zu erheben (s. Beiträge zur Gemeindekrankenversicherung).

[§ 6a Abs. 2 R. V. G.] Die Gemeinden sind ermächtigt, Vorschriften über die Krankmeldung, über das Verhalten der Kranken und über die Krankenaufsicht zu erlassen und zu bestimmen, daß Versicherte, welche diesen Vorschriften oder den Anordnungen des behandelnden Arztes zuwiderhandeln, Ordnungsstrafen bis zum dreifachen Betrage des täglichen Krankengeldes zu erlegen haben.

[§ 12 R. V. G.] Mehrere Gemeinden können sich zu gemeinsamer Gemeindekrankenversicherung vereinigen.

Gemeindeversicherung s. Gemeindekrankenversicherung.

Gemeindevorsteher s. Verfahren vor demselben.

Gemeinsame Einrichtungen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

[§ 9 Abs. 3 R. G. G.] Außer gemeinsamem Vorsitzenden und Stellvertretern desselben (s. Vorsitzender des Kaufmannsgerichts) haben ein am gleichen Ort befindliches Gewerbegericht und Kaufmannsgericht auch gemeinsame Einrichtungen für die Gerichts-

Schreiberei, den Bureaudienst, die Sitzungs- und Bureauräumlichkeiten und dergleichen zu treffen.

Gemeinsames Gewerbegericht f. Errichtung des Gewerbegerichts.

Gemeinsame Meldestelle für die Krankenversicherung f. Meldestelle.

- **Ortskrankenkassen.** [§ 43 R. V. G.] Mehrere Gemeinden können sich zur Errichtung gemeinsamer Ortskrankenkassen für ihre Bezirke vereinigen. Desgl. kann durch Beschluß eines weiteren Kommunalverbandes für dessen Bezirk oder Teile desselben die Errichtung solcher Kassen angeordnet werden.

Gemischte Betriebe bei der Krankenversicherung f. Zwangskrankenkassen.

- **Innungen** sind solche, in denen alle oder jedenfalls verschiedenartige Handwerke vereinigt werden. Sie sind als Zwangsinnungen unstatthaft.

Genehmigung zur Änderung der Arbeitszeit und Pausen f. Änderung in der Arbeitszeit und Anzeigen der Unternehmer.

- **der Arbeitsordnung** f. Erlaß derselben.

- **der Aufsichtsbehörde der Innungen.** [§ 89b G. D.] Dieselbe ist notwendig bei:

1. dem Erwerb, der Veräußerung und der Belastung von Grundeigentum;
2. Anleihen, falls sie nicht nur vorübergehend gemacht werden;
3. der Veräußerung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwert haben.

- **zum Betriebe eines Gewerbes** f. Gewerbefreiheit und genehmigungspflichtige Anlagen.

- **von Dampfkesseln.** [§ 24 G. D.] Zur Anlegung von Dampfkesseln, dieselben mögen zum Maschinenbetriebe bestimmt sein oder nicht, ist die Genehmigung der zuständigen Behörde erforderlich. In Preußen sind das der Kreisauschuß, in den Städten mit mehr als 10000 Einwohnern der Stadtausschuß bezw. der Magistrat. Für zum Bergwerksbetriebe bestimmte Kessel ist das Oberbergamt zuständig.

Die örtliche Zuständigkeit bestimmt sich:

1. bei feststehenden Dampfkesseln nach dem Orte der Ausstellung;
2. bei beweglichen Dampfkesseln nach dem Wohnsitz des Antragstellers;
3. bei Dampfschiffskesseln nach dem Heimatshafen des Schiffes, in Ermangelung eines solchen nach dem Wohnsitz des Schiffseigners.

Der Antrag ist schriftlich zu stellen und (wenigstens bei Privatkesseln) bei den Dampfkesselrevisionsvereinen, eventl. bei den Bergrevierbeamten einzureichen.

Dem Antrage sind in 3 Ausfertigungen beizufügen:

1. eine Beschreibung;
2. eine maßstäbliche Zeichnung, aus welcher alle erforderlichen Unterlagen, wie Größe der Heizfläche, Höhe des niedrigsten Wasserstandes über den Feuerzügen, etwaige Verankerungen und Verstärkungen usw. zu ersehen sind;
3. bei feststehenden Kesseln außerdem noch ein Lageplan, eine maßstäbliche Zeichnung des Aufstellungsorts, aus der Standort des Kessels nebst Schornstein, Lage der Feuer- und Rauchröhren gegen die benachbarten Grundstücke deutlich zu erkennen sind. Endlich noch die statischen Berechnungen für neu zu errichtende freistehende Schornsteine und größere Dachkonstruktionen.

Alle Zeichnungen sind entweder auf Leinwand anzufertigen oder auf solche aufzuziehen. Blaupausen dürfen nicht verwandt werden.

Die Unterlagen werden seitens des Dampfkesselrevisionsvereins gegen Entrichtung bestimmter Gebühren einer technischen Prüfung unterzogen und darauf dem Gewerbeaufsichtsbeamten oder Bergrevierbeamten übersandt, der sie ebenfalls technisch, namentlich aber auf die gewerbepolizeilichen Bedingungen, Licht und Luftverhältnisse im Kesselhaus, Vorsohle für die Heizer usw. zu prüfen hat.

Die Beschlußbehörde entscheidet dann, ob die Dampfkesselanlage genehmigt oder nicht genehmigt werden soll. Eine Publikation des Gesuchs findet weiter nicht statt.

Soll die Genehmigung verweigert oder unter Bedingungen erteilt werden, mit welchen sich der Unternehmer nicht einverstanden erklärt, so erhält derselbe erst einen schriftlichen Bescheid.

Gegen die Gründe dieses Bescheids kann der Unternehmer innerhalb 14 Tagen nach Empfang desselben bei der Beschlußbehörde auf mündliche Verhandlung antragen. Gegen den Beschluß dieser mündlichen Verhandlung kann der Antragsteller abermals binnen 14 Tagen bei der höheren Instanz (in Preußen der Minister für Handel und Gewerbe) Beschwerde einlegen. Dieser Weg kann auch sofort, d. h. ohne vorherige Beantragung einer mündlichen Verhandlung beschritten werden. Die Beschwerde muß eingehend begründet sein. Eine Nachfrist für die Begründung kann auf Antrag gewährt werden.

In eiligen oder einfachen Fällen kann auch der Vorsitzende des Kreis- oder Stadtausschusses allein über das Genehmigungs-gesuch entscheiden.

[§ 147 3. 2 G. D.] Vor Empfang der Genehmigungs-urkunde darf mit der Errichtung der Kesselanlage nicht be-

gonnen oder ein beweglicher Kessel in Betrieb genommen werden. Die Zuwiderhandlung hat eine Geldstrafe bis zu 300 Mark zur Folge.

Auf die Bauart, Ausrüstung und Aufstellung der Dampfkessel soll hier nicht näher eingegangen werden. Jeder Fabrik für Dampfkessel sind die gesetzlichen Vorschriften darüber wohl hinreichend bekannt. In Zweifelsfällen gibt der Gewerbeinspektor oder der Dampfkesselrevisionsverein Auskunft.

[§ 24 G. D.] Bevor der Kessel in Betrieb genommen wird, ist zu untersuchen, ob die Ausführung den Bestimmungen der erteilten Genehmigung entspricht (s. Prüfungen der Dampfkessel). Wer vor dem Empfang der hierüber auszufertigenden Bescheinigung den Betrieb beginnt, hat eine Strafe bis zu 300 Mark verwirkt.

Genehmigung zur Errichtung eines Gewerbes s. Gewerbefreiheit.

- der **Innungsstatuten**. [§ 84 G. D.] Das Innungsstatut bedarf der Genehmigung durch die höhere Verwaltungsbehörde desjenigen Bezirks, in welchem die Innung ihren Sitz hat. Die Einreichung geschieht durch die Aufsichtsbehörde (s. d.).

Die Genehmigung ist bei gesetzwidrigem Inhalt des Statuts oder, wenn bereits in dem betreffenden Bezirk sich für das gleiche Gewerbe eine Innung befindet, zu versagen.

In dem Verlagsungsbescheid sind die Gründe anzugeben. Gegen denselben kann Rekurs bei der Landeszentralbehörde stattfinden.

Die gleichen Bestimmungen gelten auch für Abänderungen des Innungsstatuts.

- zu **Pausenänderungen** s. d.

- zur **Sonntagsarbeit**. Auch für Betriebe, die nicht auf Grund der gesetzlichen Ausnahmebestimmungen (s. Ausnahmen von der Sonntagsruhe) ohne weiteres an Sonn- und Festtagen arbeiten lassen können, und bei Arbeiten, die gleichfalls nicht auf Grund dieser Ausnahmen vorgenommen werden dürfen, sind in bestimmten Fällen auf Antrag Sonntagsarbeiten zulässig, wenn sie von der unteren Verwaltungsbehörde besonders genehmigt werden.

[§ 105f G. D.] Diese Fälle sind vorhanden, wenn zur Verhütung eines unverhältnismäßigen Schadens ein nicht vorherzusehendes Bedürfnis der Beschäftigung von Arbeitern an Sonn- und Festtagen eintritt.

Die Anträge sind an die untere Verwaltungsbehörde zu richten. Sie dürfen aber nur dann genehmigt werden, wenn das unvorhergesehene Bedürfnis und ein wirklich erheblicher, sonst nicht abwendbarer Schaden genau nachgewiesen wird. Vor

Eingang der Genehmigung darf die Sonntagsarbeit nicht vorgenommen werden.

Die Verfügung der unteren Verwaltungsbehörde, in der sie die Genehmigung erteilt, wird schriftlich erlassen und muß von dem Unternehmer auf Erfordern dem für die Revision zuständigen Beamten an der Betriebsstelle zur Einsicht vorgelegt werden. Eine Abschrift der Verfügung ist innerhalb der Betriebsstelle an einer den Arbeitern leicht zugänglichen Stelle auszuhängen.

Jugendliche Arbeiter dürfen in der Regel auch mit gesetzlich gestatteten Arbeiten Sonntags nicht beschäftigt werden.

Für mehr als vier hintereinanderfolgende Sonntage wird die Genehmigung im allgemeinen nicht erteilt, desgl. nicht für den ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttag.

Die Behörden müssen derartige Anträge als besonders schleunige behandeln. Gewöhnlich wird vor Erteilung der Erlaubnis ein Gutachten des Gewerbeinspektors eingeholt, der seinerseits darauf hinwirken wird, daß bei Bewilligung der Ausnahme die Dauer der Beschäftigung der Arbeiter möglichst beschränkt und jedenfalls so geregelt wird, daß deren Ruhebedürfnis keinen allzugroßen Schaden erleidet.

Genehmigung der Statuten der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte f. Statuten derselben.

— **der Statuten der Krankenkassen** f. Statuten der Zwangskrankenkassen.

— **der Unfallverbütungsvorschriften** f. d.

Genehmigungsantrag f. Genehmigung von Dampfkesseln und genehmigungspflichtige Anlagen.

Genehmigungsbescheid f. genehmigungspflichtige Anlagen.

Genehmigungspflichtige Anlagen. [§ 16 G. D.] Zur Errichtung von Anlagen, welche durch die örtliche Lage oder die Beschaffenheit der Betriebsstätte für die Besitzer oder Bewohner der benachbarten Grundstücke oder für das Publikum überhaupt erhebliche Nachteile, Gefahren oder Belästigungen herbeiführen können, ist die Genehmigung der nach den Landesgesetzen zuständigen Behörde erforderlich.

Für Preußen ist das in den Städten mit mehr als 25000 Einwohnern, die einen selbständigen Stadtkreis bilden, der Stadtausschuß, bei Städten von 10 bis 25000 Einwohnern der Magistrat, im übrigen der Kreisausschuß. Bei einigen, besonders mit Gefahren und Belästigungen verknüpften Anlagen ist der Bezirksausschuß z. T. auch noch wieder im Einvernehmen mit dem Oberbergamt zuständig. Zweite Instanz ist der Minister für Handel und Gewerbe.

Wegen der Zulassungsbehörden in anderen Bundesstaaten
f. Zulassungsbehörden für genehmigungspflichtige Anlagen.

Die Anlagen, die dieser Genehmigungspflicht unterliegen, sind in § 16 der Gewerbeordnung aufgeführt. Es gehört zu den Befugnissen des Bundesrats, das Verzeichnis abzuändern und zu erweitern. Die Zustimmung des Reichstags ist dabei erforderlich.

Die genannten Anlagen sind auch dann genehmigungspflichtig, wenn sie nicht gewerblichen Zwecken dienen (z. B. also Staatsbetriebe).

Eine alphabetische Aufführung der genehmigungspflichtigen Anlagen f. unter Verzeichnis der genehmigungspflichtigen Anlagen.

Der Antrag auf die Genehmigung einer solchen Anlage ist einzureichen (in Preußen): entweder bei dem Landrat, falls es sich um eine innerhalb eines Landgemeindebezirks zu errichtende Anlage handelt, oder, falls es sich um einen Stadtbezirk handelt, in dem die Beschlussfassung dem Stadtausschuß oder dem Magistrat zusteht, bei diesen Behörden, anderenfalls bei der Polizeibehörde. Wegen der übrigen Bundesstaaten f. Zulassungsbehörden für genehmigungspflichtige Anlagen. Derartige Anträge sind von der Behörde als schleunige Angelegenheit zu behandeln.

[§ 17 G. D.] Dem Genehmigungsantrage müssen die zur Erläuterung erforderlichen Zeichnungen, Baupläne und Beschreibungen beigelegt werden, und zwar in drei Exemplaren eigenhändig unterschrieben.

Aus diesen Vorlagen muß insbesondere hervorgehen:

1. vollständiger Name, Stand und Wohnort des Unternehmers;
2. die Größe des Grundstückes, auf dem die Anlage errichtet werden soll, seine Bezeichnung im Grundbuch oder im Kataster, sowie ein etwaiger besonderer Name;
3. die gleichartige Bezeichnung der umliegenden Grundstücke und die Namen ihrer Besitzer;
4. die Entfernung, in der die zum Betriebe bestimmten Gebäude oder Einrichtungen von den Grenzen der benachbarten Grundstücke und den darauf befindlichen Gebäuden sowie von den nächsten öffentlichen Wegen liegen sollen;
5. die Höhe und die Bauart der benachbarten Gebäude, sofern zu der Betriebsstätte Feuerungsanlagen gehören;
6. die Lage, Ausdehnung und Bauart der Betriebsstätte, die Bestimmung der einzelnen Räume und ihre Einrichtung im allgemeinen;
7. der Gegenstand des Betriebes, die Grundzüge des Verfahrens und der anzuwendenden Apparate, die ungefähre Ausdehnung

des Betriebes, die Arten der sich entwickelnden Gase und die Vorkehrungen, durch die das Entweichen der Gase verhindert werden soll, die Beschaffenheit der festen und flüssigen Abfallprodukte sowie die Art ihrer Beseitigung, insbesondere wenn diese durch Ableitung in Wasserläufe erfolgen soll.

Für die erforderlichen Zeichnungen, die entweder auf haltbarem, auf Leinwand gezogenem Zeichenpapier oder auf durchsichtiger Zeichenleinwand anzufertigen sind, ist ein Maßstab zu wählen, der eine deutliche Anschauung gewährt. Der Maßstab ist stets auf die Zeichnungen einzutragen, desgl. sind die Himmelsrichtungen anzugeben. Alle Zeichnungen und Beschreibungen sind von demjenigen, der sie angefertigt hat, und vom Unternehmer zu unterschreiben.

Mitteilungen über Betriebseinrichtungen oder Betriebsweisen, deren Geheimhaltung der Antragsteller für erforderlich hält, sind, getrennt von den zur öffentlichen Auslegung bestimmten Vorlagen, in besonderen Schriftstücken und Zeichnungen vorzulegen, die mit dem Vermerk „Betriebsgeheimnis“ zu versehen sind.

[§ 21a G. D.] Die Behörden und Beamten, die bei der Prüfung der Vorlagen oder im weiteren Verlauf des Genehmigungsverfahrens von Betriebsgeheimnissen des Antragstellers Kenntnis erhalten, haben darüber strengste Verschwiegenheit zu beobachten.

[§ 17 Abs. 2 G. D.] Ist gegen die Vollständigkeit der Vorlagen nichts zu erinnern, so wird das Unternehmen mittels einmaliger Einrückung in das zu den amtlichen Bekanntmachungen der die Genehmigung erteilenden Behörde bestimmte Blatt zur öffentlichen Kenntnis gebracht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen gegen die neue Anlage binnen 14 Tagen anzubringen. Die Frist nimmt ihren Anfang mit Ablauf des Tages, an welchem das die Bekanntmachung enthaltende Blatt ausgegeben worden ist.

Einwendungen, welche aus besonderen privatrechtlichen Titeln (Privileg, Testament usw.) herrühren, sind der richterlichen Entscheidung anheimzugeben.

[§ 22 G. D.] Die Behörde hat Gelegenheit zu geben, daß die Beschreibungen, Zeichnungen und Pläne, mit Ausnahme der als „Betriebsgeheimnis“ bezeichneten, eingesehen werden können. Sie hat gleichzeitig einen Termin (höchstens 10 Tage nach der 14tägigen Einwendungsfrist) anzuberaumen, an dem etwaige Einwendungen mit den Parteien erörtert werden können. Die durch unbegründete Einwendungen erwachsenden Kosten hat derjenige zu tragen, der dieselben angebracht hat. Ausführliche Einwendungen sind dem Antragsteller noch vor dem Erörterungstermin

mitzuteilen. Sind während der Widerspruchsfrist keine Einwände erhoben, so fällt ein Erörterungstermin natürlich fort.

[§ 18 G. D.] Neben diesen öffentlichen Erörterungen geht eine Prüfung des Antrags durch die zuständigen Gewerbeaufsichts- und Baubeamten, bei den meisten Betriebsarten auch noch durch den Medizinalbeamten einher.

Diese haben festzustellen, ob Gefahren, Nachteile oder Belästigungen für das Publikum und die Nachbarn mit der Anlage verbunden und wie sie zu beseitigen sind. Ferner, ob die bau-, feuer- und gesundheitspolizeilichen Vorschriften beachtet wurden und ob die zum Schutz der Arbeiter notwendigen Maßregeln getroffen sind.

Anordnungen zum Schutz der Arbeiter können auch nachträglich noch, wenn die Anlage bereits im Betriebe ist, gemacht werden.

Nach Prüfung der Sache und Erledigung etwaiger Einwendungen wird dem Antragsteller ein schriftlicher Bescheid erteilt, der die festgesetzten Bedingungen enthalten muß. Sind Widersprüche erfolgt, so wird der Bescheid auch veröffentlicht und die Widersprechenden erhalten je eine Abschrift. Wird die Genehmigung versagt, so muß dies begründet sein.

[§ 19a G. D.] In dem Bescheid kann dem Antragsteller auf seine Gefahr, unbeschadet des Rekursverfahrens, die unverzügliche Ausführung der baulichen Anlagen gestattet werden, wenn er dies vor Schluß der Erörterung beantragt. Die Gestattung kann von einer Sicherheitsleistung abhängig gemacht werden.

Im allgemeinen darf jedoch mit der Errichtung der Anlage erst nach Empfang der Genehmigungsurkunde (s. u.) begonnen werden.

[§ 20 G. D.] Gegen den Bescheid der Behörde ist binnen 14 Tagen, vom Tage des Bescheids an gerechnet, begründeter Rekurs an die nächstvorgesetzte Behörde zulässig. In Preußen ist dies der Minister für Handel und Gewerbe.

Sind Einwendungen nicht erhoben worden, oder rechtskräftig erledigt, so wird dem Antragsteller die Genehmigungsurkunde erteilt. Diese ist stempelpflichtig, es muß daher im Gesuch der ungefähre Wert der Anlage genannt sein.

[§ 49 G. D.] Bei Erteilung der Genehmigung kann die Behörde eine Frist festsetzen, binnen welcher die Anlage begonnen, fertiggestellt oder in Betrieb genommen werden muß.

(s. auch Erdischen der Genehmigung zur Errichtung einer genehmigungspflichtigen Anlage.)

Eine Abnahme der genehmigungspflichtigen Anlage vor Inbetriebsetzung findet nicht statt.

Die Genehmigung bleibt so lange in Kraft, als keine Anderung in der Lage oder Beschaffenheit der Betriebsstätte oder keine wesentlichen Veränderungen im Betriebe selbst erfolgen. In solchen Fällen bedarf es einer neuen Genehmigung, bei der jedoch die öffentliche Bekanntmachung wegfallen kann.

(f. auch Veränderung bei genehmigungspflichtigen Anlagen und Erneuerung der Genehmigung einer genehmigungspflichtigen Anlage.)

[§ 147 Z. 2. G. D.] Wer eine genehmigungspflichtige Anlage ohne diese Genehmigung errichtet oder die wesentlichen Bedingungen derselben nicht erfüllt, kann mit Geldstrafe bis zu 300 Mark bestraft werden. Die Polizeibehörde kann auch die Wegschaffung der Anlage oder die Herstellung des den Bedingungen entsprechenden Zustandes anordnen.

Genehmigungsurkunde f. genehmigungspflichtige Anlagen und Genehmigung von Dampfkesseln.

Generalklausel in der Genehmigungsurkunde. Eine solche wird mitunter dann in die Genehmigungsurkunde aufgenommen, wenn sich bei Erteilung der Genehmigung noch nicht alle aus dem Betrieb der Anlage für die Nachbarn und Arbeiter erwachsenden Gefahren übersehen lassen. Sie lautet dann dahin, daß auch nachträglich noch Bedingungen, die sich als notwendig erweisen, gestellt werden können.

Forderungen, die zum Schutze der im Betriebe beschäftigten Arbeiter liegen, können nachträglich, auch ohne daß dies in der Genehmigungsurkunde besonders erwähnt ist, ergehen.

Generalversammlung einer Zwangskrankenkasse. [§ 37 R. V. G.] Die Generalversammlung besteht nach Bestimmung des Statuts entweder aus sämtlichen Rassenmitgliedern, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind, oder aus Vertretern, welche von den bezeichneten Mitgliedern, und zwar in geheimer Wahl unter Leitung des Vorstandes aus ihrer Mitte gewählt werden.

Die Generalversammlung muß aus Vertretern bestehen, wenn die Kasse 500 oder mehr Mitglieder zählt.

[§ 38 R. V. G.] Die Arbeitgeber haben Anspruch auf Vertretung in der Generalversammlung. Mehr als ein Drittel der Stimmen darf ihnen jedoch nicht eingeräumt werden.

[§ 38a R. V. G.] Sie können sich durch ihre Geschäftsführer oder Betriebsbeamten vertreten lassen.

[§ 39 Abs. 2 R. V. G.] Haben die Arbeitgeber auf die ihnen zustehende Vertretung in der Generalversammlung verzichtet, so können sie diese Vertretung nur mit Ablauf einer Wahlperiode wieder in Anspruch nehmen.

[§ 36 R.V.G.] Der Generalversammlung ist insbesondere die Beschlußfassung vorbehalten über:

1. die Abnahme des Jahresberichts der Kaffe und
2. die Änderung der Statuten.

Genefungszeit bei der Invalidenversicherung f. Beitragswoche.

Genoffenschaftskatafter bei der Unfallversicherung. [§ 58 G.U.V.G.]

Die Vorstände der Berufsgenoffenschaften haben über die versicherungspflichtigen Betriebe ein Katafter zu führen. Den im Katafter aufgenommenen Genoffen werden durch Vermittelung der unteren Verwaltungsbehörde Mitgliedscheine zugestellt, die eventl. auch die zuständige Sektion der Berufsgenoffenschaft enthalten. Wird die Aufnahme in das Katafter abgelehnt, so ist hierüber ein mit Gründen versehener Bescheid zu erteilen.

Geräuschvolle Anlagen f. Anlagen mit ungewöhnlichem Geräusch.

Gerichtliche Gefchlagnahme des Arbeitslohnes f. Beschlagnahme desselben.

— **Gefchränkung in der Verfügung über das Vermögen.** In der Verfügung über sein Vermögen ist gerichtlich beschränkt, wer:

1. auf Grund des § 6 des Bürgerlichen Gesetzbuches unmündigt ist;
2. sich im Konkurse befindet.

Gerichtskosten des Gewerbes und Kaufmannsgerichts f. Kosten des Verfahrens vor denselben.

Gerichtsschreiberei des Gewerbe und Kaufmannsgerichts. [§ 25 G.G.G.]

Bei jedem Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) wird eine Gerichtsschreiberei eingerichtet. Deren Aufgabe ist ähnlich aber weitergehend, wie die der Gerichtsschreiberei bei ordentlichen Gerichten und besteht in der Annahme von Klagen und sonstigen Anträgen, Ladungen, Zustellungen, Beglaubigungen, Ausfertigungen, Protokollführung usw. Die Zustellungen können auch durch Gemeindebeamte an Stelle der Gerichtsvollzieher bewirkt werden. Das bezieht sich aber nicht auf Vollstreckungshandlungen.

Gerichtssprache vor dem Gewerbe und Kaufmannsgericht f. Verfahren vor demselben.

Gerichtstage des Gewerbe und Kaufmannsgerichts f. ordentliche Gerichtstage bei denselben.

Geschäftsgeheimnisse bei Genehmigungsanträgen f. genehmigungspflichtige Anlagen.

Gefelle im Sinne der Gewerbeordnung. Man versteht unter Gefellen die unselfständigen, im Betriebe eines Handwerks beschäftigten, ausgelernten Personen.

Gesellenauschuß bei der Handwerkskammer. [§ 103i G.D.] Bei der Handwerkskammer ist ein Gesellenauschuß zu bilden, dessen Mitgliederzahl und deren Verteilung auf die einzelnen Gesellenauschüsse des Bezirks sich durch die Statuten bestimmt.

Die Mitglieder und deren Stellvertreter werden von den Gesellenauschüssen der Innungen gewählt.

[§ 103k G.D.] Der Gesellenauschuß muß mitwirken:

1. beim Erlaß von Vorschriften, welche sich auf die Regelung des Lehrlingswesens beziehen;
2. bei Abgabe von Gutachten und Erstattung von Berichten über Angelegenheiten, welche die Verhältnisse der Gesellen und Lehrlinge berühren;
3. bei der Entscheidung über Beanstandungen von Beschlüssen der Prüfungsausschüsse.

— **der Innung.** [§ 95 G.D.] Die bei den Innungsmitgliedern beschäftigten Gesellen und Gehülfen nehmen nach Maßgabe des Gesetzes oder Statuts an der Erfüllung der Aufgaben der Innung sowie an ihrer Verwaltung teil.

Der Gesellenauschuß ist bei der Regelung des Lehrlingswesens und bei der Gesellenprüfung zu beteiligen, sowie bei allen Einrichtungen, für die die Gesellen Beiträge entrichten oder welche zu ihrer Unterstützung bestimmt sind.

Die nähere Ausführung dieser Beteiligung ist durch das Statut zu regeln, jedoch müssen:

1. mindestens ein Mitglied des Gesellenauschusses mit vollem Stimmrecht zu den Beratungen und Beschlußfassungen des Innungsvorstandes und
2. bei Innungsversammlungen sämtliche Mitglieder des Ausschusses zugelassen werden;
3. bei allen Einrichtungen, für welche die Gesellen Beiträge entrichten, außer dem Vorsitzenden vom Gesellenauschuß gewählte Gesellen in gleicher Zahl wie die Innungsmitglieder beteiligt werden.

Auch die Ausführung der das Lehrlingswesen, die Gesellenprüfung und das Unterstützungswesen, soweit es die Gesellen betrifft, umfassenden Beschlüsse darf nur mit Zustimmung des Gesellenauschusses erfolgen. Eventl. hat die Aufsichtsbehörde einzugreifen.

(f. auch Wahl des Gesellenauschusses.)

[§ 95c G.D.] Mitglieder des Gesellenauschusses behalten, auch wenn sie nicht mehr bei Innungsmitgliedern beschäftigt sind, so lange sie im Bezirk der Innungen verbleiben, die Mitgliedschaft noch während 3 Monaten seit dem Austritt aus der Beschäftigung bei Innungsmitgliedern bei.

Gesellenprüfung. [§ 131 G. D.] Den Lehrlingen muß nach Ablauf der Lehrzeit Gelegenheit gegeben werden, sich der Gesellenprüfung zu unterziehen. Die Innungen und der Lehrherr sollen sie dazu anhalten.

Die Abnahme der Prüfung erfolgt durch Prüfungsausschüsse. Solche werden bei jeder Zwangsinnung gebildet, bei anderen Innungen nur dann, wenn ihnen von der Handwerkskammer die Ermächtigung zur Abnahme der Prüfungen erteilt ist. Soweit die Innungen nicht für Prüfungsausschüsse sorgen, hat die Handwerkskammer solche zu errichten.

[§ 131a G. D.] Die Prüfungsausschüsse bestehen aus einem Vorsitzenden und mindestens 2 Beisitzern.

Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses wird von der Handwerkskammer bestellt. Von den Beisitzern wird bei dem Prüfungsausschuß einer Innung die Hälfte durch diese, die andere Hälfte aus der Zahl der Gesellen, welche eine Gesellenprüfung bestanden haben, durch den Gesellenausschuß bestellt. Geschieht die Errichtung des Prüfungsausschusses durch die Handwerkskammer, so werden sämtliche Beisitzer durch diese ernannt, die Hälfte der Beisitzer muß immer aus Gesellen bestehen.

In der Regel werden die Mitglieder des Prüfungsausschusses auf 3 Jahre bestellt.

[§ 131c Abs. 2 G. D.] Das Gesuch um Zulassung zur Prüfung hat der Lehrling an den Prüfungsausschuß zu richten. Dem Gesuch sind das Lehrzeugnis und, sofern der Prüfling während der Lehrzeit zum Besuch einer Fortbildungsschule oder Fachschule verpflichtet war, die Zeugnisse über den Schulbesuch beizufügen.

[§ 131b G. D.] Die Prüfung hat den Nachweis zu erbringen, daß der Lehrling die in seinem Gewerbe gebräuchlichen Handgriffe und Fertigkeiten mit genügender Sicherheit ausübt und sowohl über den Wert, die Beschaffung, Aufbewahrung und Behandlung der zu verarbeitenden Rohmaterialien, als auch über die Kennzeichen ihrer guten und schlechten Beschaffenheit unterrichtet ist.

Im übrigen werden das Verfahren vor dem Prüfungsausschuß, der Gang der Prüfung und die Höhe der Prüfungsgebühren durch eine Prüfungsordnung geregelt, welche von der höheren Verwaltungsbehörde im Einvernehmen mit der Handwerkskammer erlassen wird. Kommt ein Einvernehmen nicht zu Stande, so entscheidet die Landeszentralbehörde.

Durch die Prüfungsordnung kann bestimmt werden, daß die Prüfung auch in der Buch- und Rechnungsführung zu erfolgen hat. In diesem Falle ist der Prüfungsausschuß befugt, einen besonderen Sachverständigen zuzuziehen, welcher an der Prüfung

mit vollem Stimmrecht Teil nimmt. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Die Kosten der Prüfung werden, sofern diese von dem Prüfungsausschuß einer Innung abgehalten wird, von letzterer, im übrigen von der Handwerkskammer getragen. Diesen fließen auch die Prüfungsgebühren zu.

Die Prüfungsgebühren werden durch die Prüfungsordnung bestimmt und sollen möglichst niedrig sein.

[§ 131 c Abs. 3 G. D.] Der Prüfungsausschuß hat das Ergebnis der Prüfung auf dem Lehrzeugnis oder Lehrbriefe zu beurkunden. Wird die Prüfung nicht bestanden, so hat der Prüfungsausschuß den Zeitraum zu bestimmen, vor dessen Ablauf die Prüfung nicht wiederholt werden darf.

Die Prüfungszeugnisse sind kosten- und stempelfrei.

Gesetzlicher Ladenschluß s. Neumuhrladenschluß.

- **Vertreter des minderjährigen Arbeiters oder Lehrlings** ist zunächst der Vater, da ihm nach den §§ 1627 und 1630 des Bürgerlichen Gesetzbuches die elterliche Gewalt zusteht. Endigt die elterliche Gewalt des Vaters durch Tod oder durch Verwirkung derselben aus den in § 1680 des Bürgerlichen Gesetzbuches angegebenen Gründen bei gleichzeitiger Trennung der Ehe, so übt die Mutter nach Maßgabe des § 1686 die elterliche Gewalt und damit die gesetzliche Vertretung aus. Ist weder Vater noch Mutter vorhanden oder sind beide Eltern zur Vertretung des Minderjährigen nicht berechtigt, so erhält er gemäß § 1773 einen Vormund, der nach § 1793 das Mündel zu vertreten hat.

Gesinde s. Dienstboten.

Gesuche um Ablehnung von Gerichtspersonen. [§ 29 G. G. G.] Aber Gesuche wegen Ablehnung von Gerichtspersonen (Vorsitzende, Beisitzer, Gerichtsschreiber und deren Stellvertreter), etwa wegen Besorgnis der Befangenheit entscheidet das Gewerbegericht (Kaufmannsgericht).

Für die Besorgnis der Befangenheit müssen aber stichhaltige, objektive Gründe vorgebracht werden.

- um **Genehmigung von Dampfkesseln** s. Genehmigung derselben.
- um **Genehmigung von gewerblichen Anlagen** s. genehmigungspflichtige Anlagen.
- um **Zulassung zur Gesellenprüfung** s. Gesellenprüfung.

Gesundheitsgefährliche Getriebe bei der Krankenversicherung s. Betriebskrankenkassen.

Gewerbe im Sinne der Gewerbeordnung. In der Gewerbeordnung ist der Begriff „Gewerbe“ nicht besonders definiert, der Sprachgebrauch kann auch nicht ohne weiteres angewandt werden, da

man im weiteren Sinne auch die Landwirtschaft und anderes den Gewerben zuzählt, während man im engeren Sinne nur Industrie und Handwerk darunter versteht. Der gesetzliche Begriff „Gewerbe“ ist erst durch die Rechtsprechung festgelegt. Danach umfaßt das Gewerbe:

jede gewerbsmäßig, d. h. mit der Absicht auf Gewinnerzielung, und wiederholt ausgeübte Tätigkeit mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft, der Wissenschaft und Kunst, sowie des Gekindendienstes.

Demnach gehört also zum Gewerbe auch der Handel, das Verkehrsgewerbe, Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, Gewerbe der Barbieri usw., ferner der Betrieb von Badeanstalten, Leihbibliotheken usw.

Das Anwendungsgebiet der Gewerbeordnung erstreckt sich jedoch nicht auf alle Gewerbe (s. Geltungsbereich der Gewerbeordnung).

Gewerbeanmeldungen s. Errichtung eines stehenden Gewerbebetriebes.

Gewerbeaufsicht s. Aufsicht über Gewerbebetriebe und offene Verkaufsstellen.

Gewerbeaufsichtsbeamte. [§ 139b G. D.] Die Gewerbeaufsichtsbeamten sind besondere, von den Landesregierungen ernannte Beamte, denen allein oder neben den ordentlichen Polizeibehörden die Durchführung und Überwachung der reichsgesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung obliegt.

Sie haben die Aufsicht über die Ausführung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Gewerbe, über den Schutz der Arbeiter vor Gefahren, über die Arbeitsordnungen, über den Schutz der Kinder, der jugendlichen Arbeiter und der Arbeiterinnen, über die Lohnzahlungen, Arbeits-, Lohn-, Lohnzahlungsbücher und Zeugnisse auszuüben.

Die Aufsicht erstreckt sich sowohl auf Fabriken und diesen gleichgestellte Anlagen wie auch auf Handwerksbetriebe, neuerdings z. T. auch auf die unter das Kinderschutzgesetz fallenden Gewerbe, nicht dagegen auf die offenen Verkaufsstellen.

Ausgenommen sind auch die Bergwerke, unterirdisch betriebene Gruben und Brüche; für diese sind die Bergpolizeibehörden (in Preußen die Bergrevierbeamten) zuständig.

Durch landesrechtliche Bestimmungen ist der Wirkungskreis der Gewerbeaufsichtsbeamten meist noch bedeutend erweitert.

In Preußen ist ihnen z. B. noch die besondere Überwachung der genehmigungspflichtigen Anlagen, bei deren Genehmi-

gung sie schon erheblich mit herangezogen werden, übertragen, ähnlich in den meisten anderen Bundesstaaten. Früher hatten sie auch die regelmäßig stattfindenden Untersuchungen der Dampfkessel auszuführen, was jetzt jedoch nur noch in wenigen Bundesstaaten ganz oder z. T. der Fall ist.

Außer der beaufsichtigenden Tätigkeit haben die Gewerbeaufsichtsbeamten wohl überall noch eine umfangreiche begutachtende Tätigkeit auszuüben.

Den Gewerbeaufsichtsbeamten stehen bei Ausübung ihrer Aufsichtstätigkeit alle amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden, insbesondere das Recht zur jederzeitigen Revision der Anlagen zu. Sie sind, vorbehaltlich der Anzeige von Gesetzeswidrigkeiten, zur Geheimhaltung der amtlich zu ihrer Kenntnis gelangenden Geschäfts- und Betriebsverhältnisse der ihrer Revision unterliegenden Anlagen verpflichtet.

Im allgemeinen sollen die Gewerbeaufsichtsbeamten jedoch von der Befugnis der Ortspolizeibehörde, polizeiliche Verfügungen zu erlassen, keinen Gebrauch machen, auch das Recht, Polizeistrafen festzusetzen, steht ihnen nur in einigen Bundesstaaten (nicht in Preußen) zu.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben alljährlich Berichte über ihre Tätigkeit zu erstatten, die dem Bundesrat und Reichstag vorzulegen sind.

Die Arbeitgeber müssen die Revisionen zu jeder Zeit, namentlich auch in der Nacht, während des Betriebes gestatten. Sie sind ferner verpflichtet, den genannten Beamten diejenigen statistischen Mitteilungen über die Verhältnisse ihrer Arbeiter zu machen, welche vom Bundesrat oder der Landeszentralbehörde unter bestimmten Fristen und Formen vorgeschrieben werden.

Als Ausweis führen die Beamten eine Legitimation bei sich, die sie auf Verlangen vorzeigen müssen.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten sollen zwischen Unternehmern und Arbeitern eine Mittelstellung einnehmen und deren beiderseitiges Vertrauen zu erreichen trachten.

In der preußischen Dienstanweisung heißt es z. B.:

„Die Gewerbeaufsichtsbeamten sollen in dem ihnen zugewiesenen Wirkungskreise in Ergänzung der den ordentlichen Polizeibehörden obliegenden Tätigkeit für eine möglichst vollständige und gleichmäßige Durchführung der Bestimmungen der Gewerbeordnung und der auf Grund ihrer erlassenen Vorschriften Sorge tragen. Dabei sollen sie ihre Aufgabe vornehmlich darin suchen, gestützt auf ihre Vertrautheit mit den gesetzlichen Bestimmungen, ihre technischen Kenntnisse und amtlichen Erfahrungen durch sachverständige Beratung und

wohlwollende Vermittelung eine Regelung der Betriebs- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, welche, ohne dem Gewerbeunternehmer unnötige Opfer oder zwecklose Beschränkungen aufzuerlegen, den Arbeitern den vollen, durch das Gesetz ihnen zugebachten Schutz gewährt und das Publikum gegen gefährdende und belästigende Einwirkungen sicher stellt.

Arbeitgebern und Arbeitern sollen die Gewerbeaufsichtsbeamten die gleiche Bereitwilligkeit zur Vertretung ihrer berechtigten Interessen entgegenbringen und dadurch, wie durch die ganze Art ihrer amtlichen Tätigkeit eine Vertrauensstellung zu gewinnen suchen, welche sie zur Erhaltung und Förderung guter Beziehungen zwischen beiden mitzuwirken in den Stand setzt.

Die Arbeitgeber sollen sie bei Geltendmachung der Anforderungen des Gesetzes in deren Erfüllung bereitwillig unterstützen und auf Wunsch auch in der Ausführung von Einrichtungen, welche auf die Verbesserung der Lage der Arbeiter innerhalb und außerhalb des Betriebes abzielen, zu fördern suchen.

Wünsche und Beschwerden der Arbeiter sollen sie bereitwillig entgegennehmen und, falls sie sich von ihrer Berechtigung überzeugt haben, ihnen, soweit sie es nach ihrer amtlichen Stellung vermögen, Erfüllung und Abhilfe zu schaffen suchen. Die durch ihre amtliche Tätigkeit sich ihnen bietende Gelegenheit, sich über die Verhältnisse der Arbeiterbevölkerung ihres Amtsbezirks zu unterrichten, sollen sie sorgfältig benutzen und sich über die in diesen Verhältnissen eintretenden Veränderungen in fortlaufender Kenntnis erhalten."

Die Beamten halten regelmäßige Sprechstunden ab, in denen sie über alle Fragen des Gewerberechts und Arbeiterschutzes bereitwillig Auskunft erteilen.

In Preußen unterstehen die Gewerbeaufsichtsbeamten dem Minister für Handel und Gewerbe, sie gliedern sich in Regierungs- und Gewerberäte, Gewerbeinspektoren und deren Hilfsarbeiter, Gewerbeassessoren. Die in der Ausbildung befindlichen Beamten führen den Titel Gewbereferendare.

In Bayern heißen sie Fabriken- und Gewerbeinspektoren, in den anderen Bundesstaaten Gewerbeinspektoren, denen meist Assistenten beigegeben sind, die z. T. aus dem Arbeiterstande hervorgehen. In den meisten Bundesstaaten gibt es auch weibliche Assistenten, denen insbesondere die Fürsorge für die Arbeiterinnen obliegt.

Gewerbebehörden. Soweit nicht die Durchführung der Gewerbegesetze Kaiserlicher Verordnung, dem Bundesrat oder dem

Reichskanzler gesetzlich vorbehalten ist, liegt sie den Landesbehörden ob. Als solche kommen in Betracht:

1. Zentralbehörden, näheres s. Zentralbehörden im Sinne der Gewerbeordnung;
2. höhere Verwaltungsbehörden s. höhere Verwaltungsbehörden im Sinne der Gewerbeordnung;
3. untere Verwaltungsbehörden s. untere Verwaltungsbehörden im Sinne der Gewerbeordnung;
4. Gewerbeaufsichtsbeamte s. d.;
5. Landespolizeibehörden s. d.;
6. Ortspolizeibehörden s. d.;
7. in Preußen staatliche Einzelbeamte (Oberpräsident, Regierungspräsident, Landrat) und kollegialische Selbstverwaltungsbehörden (Bezirks-, Kreis- und Stadtausschuß).
Über Beschluß- und Verwaltungsstreitverfahren s. d.

Gewerbebetrieb im Umherziehen s. Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Gewerbefreiheit. [§ 1 G. O.] Paragraph 1 der Gewerbeordnung besagt:

Der Betrieb eines Gewerbes ist Jedermann gestattet, soweit nicht durch das Gesetz Ausnahmen oder Beschränkungen vorgeschrieben oder zugelassen sind.

Soweit somit durch die Gewerbeordnung nicht anderweitig bestimmt ist, ist eine behördliche Genehmigung oder ein Befähigungsnachweis zur Errichtung und zum Betrieb eines Gewerbes nicht nötig. Die Gewerbetreibenden müssen jedoch die allgemeinen polizeilichen Vorschriften insbesondere für den Bau, die Feuersicherheit und Gesundheit inne halten.

Auch Frauen können ein Gewerbe betreiben.

Aber den Begriff Gewerbe s. d.

Aber die Ausnahmen von der Gewerbefreiheit s. d.

Gewerbegerichte. Die Gewerbegerichte haben den Zweck, Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und ihren Arbeitern sowie auch zwischen Arbeitern desselben Unternehmers bezüglich des Arbeitsverhältnisses zu regeln. Sie sind dazu besonders geeignet, weil sie nicht mit gelehrten Richtern besetzt sind, sondern zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitern, also aus Berufsgenossen der Streitenden unter Vorsitz eines nicht aus dem Kreise der Beteiligten genommenen unparteiischen Vorsitzenden bestehen. Sie bieten somit die Möglichkeit, das Vertrauen der Parteien zu erwerben und die Gewähr unparteiischer, sachgemäßer Rechtspflegung.

Der Gang des Verfahrens vor den Gewerbegerichten ist ein sehr einfacher, von beengenden Vorschriften möglichst freier und

auch von Laien sehr leicht zu handhaben; die Möglichkeit zur gütlichen Beilegung des Streits ist eine sehr große, anderenfalls ist eine rasche Herbeiführung der Entscheidungen gewährleistet. Die Kosten des Verfahrens sind geringe.

Die Fälle, die die Gewerbegerichte als Gerichte zu behandeln haben, sind ausschließlich privatrechtlicher Natur.

Die Gewerbegerichte sind zwar kommunale Einrichtungen, doch auch in Ausübung der der Staatsgewalt zukommenden Gerichtshoheit staatliche Gerichte. Sie sprechen daher auch im Namen des Inhabers der bundesstaatlichen Justizhoheit Recht (also z. B. „im Namen des Königs“).

Neben der Rechtsprechung haben die Gewerbegerichte auch noch eine einigungsamtliche und eine begutachtende Tätigkeit als Aufgabe.

Gewerbegerichtsgesetz. Das Bedürfnis, Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitern in bezug auf das Arbeitsverhältnis und damit in Zusammenhang stehenden Dinge durch ein besonderes Verfahren rasch und billig vor besonderen Behörden zu erledigen, führte zum Erlaß des „Reichsgesetzes, betreffend die Gewerbegerichte, vom 29. Juli 1890“, welches am 1. April 1891 in Kraft trat.

Mit der Zeit sich ergebende notwendige Verbesserungen und Ergänzungen des Gesetzes gaben dann Anlaß zu einer Abänderung des Gesetzes durch das „Gewerbegerichtsgesetz vom 30. Juni 1901“, in Kraft getreten am 1. Januar 1902 und in dieser Form auch heute noch gültig.

Gewerbeinspektor s. Gewerbeaufsichtsbeamte.

Gewerbekammern. In einigen Bundesstaaten, hauptsächlich in Sachsen sind die Befugnisse der Handwerkskammern den dort schon bestehenden Gewerbekammern übertragen.

Gewerbeordnung. Die Reichsgewerbeordnung ist aus der vom Norddeutschen Bund erlassenen Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 hervorgegangen, welche wiederum in ihren wesentlichen Bestimmungen sich auf die preußische Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 stützte. Eine bedeutende Änderung war allerdings die allgemeine Einführung der Gewerbefreiheit und der Freizügigkeit im Gewerbe, womit die besonderen Rechte der Zünfte und anderer Korporationen, die Beschränkungen im Gewerbe, die Notwendigkeit eines Befähigungsnachweises usw. aufhörten.

Seit 1869 hat die Gewerbeordnung aber mannigfache Änderungen und Zusätze bekommen. Insbesondere sind die Bestimmungen, welche über die Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern handeln, wiederholt umgeändert und erweitert worden.

Durch die große Novelle vom 1. Juni 1891, das sogenannte Arbeiterschutzgesetz, ist das Gebiet der Arbeiterschutzgesetzgebung ganz bedeutend vergrößert worden. 1897 kam die Organisation des Handwerks und eine Neuregelung des Lehrlingswesens hinzu, 1900 der Schutz der Angestellten in offenen Verkaufsstellen. Die Gewerbeordnung ist ferner die Grundlage gewesen für eine große Anzahl von Verordnungen und Bekanntmachungen, welche teils von Reichs-, teils von Landesstaatswegen erlassen sind und die Regelung der Arbeitsverhältnisse in zahlreichen Industriezweigen im Auge haben. Für die Zwecke dieses Buches kommt insbesondere der Titel VII der Gewerbeordnung in Betracht, der die Arbeiterschutzbestimmungen enthält. Titel II umfaßt unter anderem die Bestimmungen über die genehmigungspflichtigen Anlagen, Titel VI handelt von den Handwerkergesetzen, Titel X von den Strafbestimmungen.

Gewerbeunfallversicherungsgesetz s. Unfallversicherungsgesetz.

Gewerblicher Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung. Zu den gewerblichen Arbeitern gehören alle diejenigen Personen, welche von selbständigen Gewerbetreibenden auf Grund eines ausdrücklichen oder stillschweigenden Arbeitsvertrages beim Betriebe eines der Gewerbeordnung unterliegenden Gewerbes beschäftigt werden. Einerlei ist es dabei, ob es sich um gelernte oder ungelernte Arbeiter handelt, sowie ferner darum, ob das Arbeitsverhältnis nur ein vorübergehendes, auf bestimmte Dienstleistungen beschränktes oder ein dauerndes ist. Zu den gewerblichen Arbeitern gehören nicht häusliche und landwirtschaftliche Dienstboten, sowie nicht landwirtschaftliche Arbeiter, endlich nicht die mit gewöhnlichen, auch außerhalb des Gewerbes vorkommenden Arbeiten beschäftigten Tagelöhner und Handwerker, jedoch sind auch solche Personen, die ohne technische Kenntnisse zu besitzen, im Gewerbe mit gewöhnlichen Handarbeiten beschäftigt werden, als gewerbliche Arbeiter zu betrachten.

Zu den gewerblichen Arbeitern gehören außer den Gesellen, Gehülfen, Lehrlingen, Fabrikarbeitern, im weiteren Sinne auch die Werkmeister, Techniker und unteren Betriebsbeamten, nicht dagegen die Handlungsgehülfen und Lehrlinge, soweit sie wirklich kaufmännische Arbeiten verrichten.

Gewerbliche Berufsgenossenschaften s. Berufsgenossenschaften.

— **Nebenbetriebe** s. Berufsgenossenschaften.

Grad der Erwerbsunfähigkeit bei der Unfallversicherung s. Entschädigungstarif bei der Unfallversicherung.

Graue Quittungskarte s. d.

Grenze zwischen Fabrik und Handwerk f. Handwerk.

Großeltern bei der Unfallversicherung f. Hinterbliebenenrente bei der Unfallversicherung.

Grundbetrag der Invaliden- und Altersrente f. Berechnung der Invaliden- und Altersrente.

Gültigkeit der Klage beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Klage bei denselben.

— der Quittungskarte, f. d.

Gültige Erledigung des Rechtsstreits vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Gühneversuch vor denselben.

Gutachten der Gewerbegerichte. [§ 75 G. G. G.] Das Gewerbegericht ist verpflichtet, auf Ansuchen von Staatsbehörden oder des Vorstandes des Kommunalverbandes, für welchen es errichtet ist, Gutachten über gewerbliche Fragen abzugeben.

Das Gewerbegericht ist berechtigt, in gewerblichen Fragen Anträge an Behörden, an Vertretungen von Kommunalverbänden und an die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten oder des Reichs zu richten.

Zur Vorbereitung oder Abgabe von Gutachten, sowie zur Vorbereitung von Anträgen können Ausschüsse aus der Mitte des Gewerbegerichts gebildet werden. Diese müssen, sofern es sich um Fragen handelt, welche die Interessen beider Teile berühren, zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammengesetzt sein. Das nähere bestimmt das Statut.

— **der Kaufmannsgerichte.** [§ 18 R. G. G.] Das Kaufmannsgericht ist verpflichtet, auf Ansuchen von Staatsbehörden oder des Vorstandes des Kommunalverbandes, für welchen es errichtet ist, Gutachten über Fragen abzugeben, welche das kaufmännische Dienst- oder Lehrverhältnis betreffen.

Zur Vorbereitung oder Abgabe von Gutachten können Ausschüsse aus der Mitte des Kaufmannsgerichts gebildet werden. Diese Ausschüsse müssen, sofern es sich um Fragen handelt, welche die Interessen beider Teile berühren, zu gleichen Teilen aus Kaufleuten und Handlungsgehilfen zusammengesetzt sein.

Haftbarkeit des Vorstandes einer Zwangskrankenkasse f. Vorstand einer Zwangskrankenkasse.

Haftpflcht der Betriebsunternehmer und Betriebsbeamten bei der Unfallversicherung. [§ 135 G. U. V. G.] Selbst im Falle der durch strafgerichtliches Urteil festgestellten vorsächlichen Herbeiführung eines Unfalls haftet der Betriebsunternehmer, dessen Betrieb einer Berufsgenossenschaft angehört bezw. dessen Bevollmächtigter dem versicherten Verletzten oder dessen Hinterbliebenen

nur in soweit für den Schaden, als er die nach dem Unfallversicherungsgezet dem Verletzten gebührende Entschädigung übersteigt.

[§ 136 G. U. V. G.] Dagegen haften genannte Personen, gegen welche durch strafgerichtliches Urteil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, für alle Aufwendungen, welche infolge des Unfalls von Gemeinden, Krankenkassen zc. gemacht worden sind. Der Berufsgenossenschaft haften sie in solchen Fällen für deren Aufwendungen auch ohne Feststellung durch strafgerichtliches Urteil.

Gegen den Ersatzanspruch kann der Ersatzpflichtige die Genossenschaftsversammlung innerhalb 18 Monaten anrufen.

[§ 823 B. G. B.] Entschädigungsansprüche eines Verletzten gegen Dritte, d. h. andere als oben genannte Personen bleiben in allen Fällen, soweit sie zivilrechtlich überhaupt begründet werden können, bestehen. Das gilt insbesondere für solche Unternehmer von Betrieben, welche nicht unter die Unfallversicherung fallen.

Maßgebend für die Bemessung der Entschädigungsansprüche sind in solchem Falle außer dem Haftpflichtgezet die §§ 842 bis 846 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Es muß ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Mangel geeigneter Schutzvorrichtungen und den Beschädigungen des Arbeiters sowie ein Verschulden des Arbeitgebers vorliegen, was jedesmalige Tatfrage ist. Jedenfalls schützt die Unkenntniß der Notwendigkeit einer Schutzvorkehrung sowie der Umstand, daß ein Gewerbeaufsichtsbeamter den Mangel nicht gerügt hat, nicht vor der Schadenserzatzpflicht.

Das Haftpflichtgezet greift z. B. Maß, wenn ein Betriebsbeamter mit mehr als 3000 Mark Jahresverdienst einen Unfall erleidet.

Zuständig für derartige Entschädigungsansprüche sind die ordentlichen Gerichte.

Wegen der strafrechtlichen Folgen s. fahrlässige Körperverletzung und Tötung.

Die Unternehmer und ihre Angestellten können sich gegen die Haftpflicht versichern.

Haftpflichtgezet s. Haftpflicht der Betriebsunternehmer usw.

Haftpflichtversicherung s. Haftpflicht der Betriebsunternehmer usw.

Haftstrafe des Gewerbes und Kaufmannsgerichts s. Zeugen vor denselben.

Haftung des Arbeitgebers bei der Invalidenversicherung. Wenn der Arbeitgeber die Entrichtung von Pflichtbeiträgen versäumt, so haftet er dem Versicherten zivilrechtlich für den hierdurch erwachsenden Schaden.

(s. auch Quittungskarte.)

- des Arbeitgebers bei der Krankenversicherung s. Beiträge zu den Zwangskrankenkassen.
- des Arbeitgebers bei Verleitung zum Kontraktbruch s. Kontraktbruch.
- der Innungsmitglieder s. Rechtsfähigkeit der Innungen.
- des Innungsvorstandes s. Vorstand der Innungen.
- des Stellvertreters des Unternehmers. [§ 151 G. D.] Sind bei der Ausübung des Gewerbes polizeiliche Vorschriften von Personen übertreten worden, welche der Gewerbetreibende zur Leitung des Betriebes oder eines Teils desselben oder zur Beaufsichtigung bestellt hatte, so trifft die Strafe diese letztere. Der Gewerbetreibende ist neben denselben strafbar, wenn die Übertretung mit seinem Vorwissen begangen ist oder wenn er bei der nach den Verhältnissen möglichen eigenen Beaufsichtigung des Betriebes oder bei der Auswahl der Betriebsleiter oder Aufsichtspersonen es an der erforderlichen Sorgfalt hat fehlen lassen.

Diese Bestimmung gilt insbesondere für Übertretungen aller in der Gewerbeordnung enthaltenen Arbeiterschutzbestimmungen. Ob im einzelnen Falle es sich wirklich um einen Vertreter des Unternehmers im Sinne obiger Vorschrift handelt, hängt von den tatsächlichen Verhältnissen ab. Allgemeine Regeln lassen sich nicht aufstellen; doch wird der Unternehmer nicht lediglich, um sich von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit zu befreien, eine andere beliebige Person mit dieser Verantwortlichkeit betrauen können, vielmehr muß diese wirklich eine leitende oder Aufsichtstätigkeit ausüben.

Der Stellvertreter kann natürlich auch an Stelle oder neben dem Unternehmer zur Verantwortung wegen einer fahrlässigen Körperverletzung oder Tötung gezogen werden (s. fahrlässige Körperverletzung oder Tötung). Ebenso ist seine zivilrechtliche Haftpflicht bei Unfällen zc. unbestritten (s. Haftpflicht der Betriebsbeamten bei der Unfallversicherung).

Halten von Lehrlingen s. Befugnis zum Halten derselben.

Handelsgesetzbuch. Das Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897 regelt in seinem 6. Abschnitt, §§ 59–83, die Verhältnisse der Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge, insbesondere die Pflichten des Prinzipals und des Handlungsgehilfen, die Gehalts-

zahlung, die Kündigungverhältnisse, die Austritts- und Entlassungsgründe, die Konkurrenzklausel, endlich die Pflichten des Prinzipals dem Handlungslehrling gegenüber und die nähere Regelung des Lehrverhältnisses.

Handelsgewerbe. Weder das Handelsgesetzbuch noch die Gewerbeordnung geben eine Definition des Handelsgewerbes. Im Handelsgesetzbuch heißt es nur:

[§ 1 H. G. B.] Als Handelsgewerbe gilt jeder Gewerbebetrieb, der eine der nachstehend bezeichneten Arten von Geschäften zum Gegenstand hat:

1. die Anschaffung und Weiterveräußerung von beweglichen Sachen (Waren) oder Wertpapieren, ohne Unterschied, ob die Waren unverändert oder nach einer Bearbeitung oder Verarbeitung weiter veräußert werden;
2. die Übernahme der Bearbeitung oder Verarbeitung von Waren für andere, sofern der Betrieb über den Umfang des Handwerks hinausgeht;
3. die Übernahme von Versicherungen gegen Kranke;
4. die Bankier- und Geldwechselgeschäfte;
5. die Übernahme der Beförderung von Gütern oder Reisenden zur See, die Geschäfte der Frachtführer oder der zur Beförderung von Personen zu Lande oder auf Binnengewässern bestimmten Anstalten, sowie die Geschäfte der Schleppschiffsfahrtsunternehmer;
6. die Geschäfte der Kommissionäre, der Spediteure oder der Lagerhalter;
7. die Geschäfte der Handlungsagenten oder der Handelsmäkler;
8. die Verlagsgeschäfte sowie die sonstigen Geschäfte des Buch- oder Kunsthandels;
9. die Geschäfte der Druckereien, sofern ihr Betrieb über den Umfang des Handwerks hinausgeht.

[§ 2 H. G. B.] Ein gewerbliches Unternehmen, das nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert, gilt, auch wenn obige Voraussetzungen nicht unterliegen, als Handelsgewerbe, sofern die Firma des Unternehmers in das Handelsregister eingetragen worden ist. Der Unternehmer ist zu dieser Eintragung verpflichtet.

Die Gewerbeordnung faßt aber das Handelsgewerbe weit enger als das Handelsgesetzbuch und stellt es in Gegensatz zum eigentlichen Gewerbe. Danach ist jede der Verarbeitung und Bearbeitung von Waren dienende Tätigkeit, kurz die Produktion Gewerbe, der Umsatz, Verkauf, Transport usw. dieser Waren

Handelsgewerbe. Ganz scharf sind diese Gebiete nicht immer zu scheiden, vor allem kann und wird sich die Tätigkeit der Unternehmer in der Regel auf beide erstrecken. Häufig trifft dies auch auf die Arbeitnehmer zu; es kommt dann bei der Beurteilung der Sachlage immer auf die Tätigkeit selbst, nie auf die Bezeichnung, die Art der Bezahlung und der Anstellung an. Gewerbliche Arbeiter gibt es übrigens auch im Handelsgewerbe, z. B. Packer, Hausdiener, Kutscher usw.

Die Gewerbeordnung erstreckt sich auf das eigentliche Handelsgewerbe nur bezüglich der Sonntagsruhe, der Bestimmungen für offene Verkaufsstellen, des Fortbildungsschulwesens und der Koalitionsfreiheit. Außerdem gilt sie ganz allgemein für dasjenige im Handelsgewerbe beschäftigte Personal, welches nicht zu den kaufmännischen Gehülfen (Handlungsgehilfen, Handlungslehrlingen) zu rechnen ist.

Handlungsgehülfe im Sinne des Handelsgesetzbuches (§ 59 H. G. B.) ist, wer in einem Handelsgewerbe zur Leistung kaufmännischer Dienste gegen Entgelt angestellt ist. Der Volontär ist demnach kein Handlungsgehilfe, weil er für seine Dienste nicht bezahlt wird.

Die Verhältnisse der Handlungsgehilfen (und der Handlungslehrlinge) sind im sechsten Abschnitt des Handelsgesetzbuchs, §§ 59 bis 83, geregelt; die Gewerbeordnung findet nur insoweit auf sie Anwendung, als dies ausdrücklich bestimmt ist, wie bezüglich der Sonntagsruhe, der offenen Verkaufsstellen und des Fortbildungsschulunterrichts. Auch die Koalitionsfreiheit trifft auf sie zu. Ein Handlungsgehilfe wird aber, selbst wenn er als solcher angenommen und bezahlt wird, zum gewerblichen Arbeiter, wenn er gewerbliche Arbeit verrichtet. Es ist zu unterscheiden, ob der Gehilfe Arbeiten verrichtet, welche die handelsgewerbliche Seite des Betriebes, wie Kassen-, Buch- und Rechnungsführung betreffen, oder solche Arbeiten, welche der Be- oder Verarbeitung der zu veräußernden Gegenstände dienen.

(f. im übrigen: Handlungsgehilfenschutz, Pflichten des Handlungsgehilfen, Gehaltzahlung an Handlungsgehilfen, Kündigung im Handelsgewerbe, Entlassung von Handlungsgehilfen, Austritt von Handlungsgehilfen, Konkurrenzklausel und Handlungslehrling im Sinne des Handelsgesetzbuchs.)

Handlungsgehilfenschutz. Dieser erstreckt sich sowohl auf alle Handlungsgehilfen wie auch im besonderen auf die Angestellten in offenen Verkaufsstellen.

[§ 62 H. G. B.] Der Prinzipal ist verpflichtet, die Geschäftsräume und die für den Geschäftsbetrieb bestimmten Vorrichtungen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten, auch den Geschäftsbetrieb und die Arbeitszeit so zu regeln, daß der Handlungsgehilfe gegen eine Gefährdung seiner Gesundheit,

soweit die Natur des Betriebes es gestattet, geschützt und die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes gesichert ist.

Ist der Handlungsgehilfe in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen, so hat der Prinzipal in Ansehung des Wohn- und Schlafraums, der Verpflegung sowie der Arbeits- und Erholungszeit diejenigen Einrichtungen und Anordnungen zu treffen, welche mit Rücksicht auf die Gesundheit, die Sittlichkeit und die Religion des Handlungsgehilfen erforderlich sind.

Erfüllt der Prinzipal vorstehende Verpflichtungen, die auch durch Vertrag im voraus nicht aufgehoben oder beschränkt werden können, nicht, so ist er nach Maßgabe des Bürgerlichen Gesetzbuches (§§ 842—846) unter Umständen schadenersatzpflichtig.

[§ 139g G.O.] Die Polizeibehörden sind befugt, im Wege der Verfügung für einzelne offene Verkaufsstellen anzuordnen, daß diejenigen Maßnahmen getroffen werden, die zur Erfüllung obiger Verpflichtungen in Ansehung der Einrichtung und Unterhaltung der Geschäftsräume, der für den Geschäftsbetrieb notwendigen Vorrichtungen und Gerätschaften und der Regelung des Geschäftsbetriebes erforderlich und ausführbar erscheinen.

Gegen die Verfügung steht binnen 14 Tagen die Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde (in Preußen der Regierungspräsident) und gegen dessen Entscheidung binnen 4 Wochen Beschwerde an die Landeszentralbehörde (in Preußen der Minister für Handel und Gewerbe) zu, welcher endgiltig entscheidet.

Eine gerichtliche Entscheidung ist ausgeschlossen.

[§ 139h G.O.] Durch Beschluß des Bundesrats oder auch der Landeszentralbehörden können allgemeine Vorschriften darüber erlassen werden, wie die Laden-, Arbeits- und Lagerräume sowie deren Einrichtungen beschaffen sein müssen.

Eine solche Bestimmung ist bisher nur erlassen über die Einrichtung von Sitzgelegenheit in Läden und Kontoren, die in ausreichender Menge und bequem erreichbar vorhanden sein müssen.

Auch die übrigen sich auf Handlungsgehilfen beziehenden Bestimmungen des Handelsgesetzbuches und der Gewerbeordnung sind als Handlungsgehilfenschutz zu betrachten.

Handungslehrling im Sinne des Handelsgesetzbuches. Handlungslehrling ist derjenige, der in einem Handelsgewerbe zum Zwecke seiner kaufmännischen Ausbildung und zur Leistung der erlernten Dienste durch Vertrag angestellt worden ist.

Die Vorschriften, wie sie für Lehrlinge überhaupt gelten, erstrecken sich fast ausnahmslos auch auf Handlungslehrlinge, s. Befugnis zum Halten von Lehrlingen, Pflichten des Lehrherrn, Lehrzeit, Lehrvertrag, Lehrzeugnis, Lehrlingszüchtereier, Kündigung bei Lehrlingen usw.

Handwerk im Sinne der Gewerbeordnung. Was unter Handwerk zu verstehen ist, wird durch die Gewerbeordnung nicht geregelt. Es ist je nach Lage des Einzelfalls zu beurteilen, ob ein Handwerks- oder Fabrikbetrieb vorliegt. Als maßgebende Merkmale für den Handwerksbetrieb im Gegensatz zum Fabrikbetrieb kommen insbesondere in Betracht:

1. die Teilnahme des Unternehmers an der Herstellung der Produkte;
2. die Art der Arbeitsteilung unter den Gehülfen und Arbeitern, da im Handwerk gewöhnlich das ganze Stück von einem Arbeiter von Anfang bis zu Ende hergestellt wird, während es im Fabrikbetrieb meist durch verschiedene Hände geht;
3. die mehr mechanische oder mehr kunstgemäße Mitwirkung der Arbeiter, wobei erstere naturgemäß für Fabrikbetrieb spricht;
4. die regelmäßig geringere Zahl von Arbeitern. Die Grenze ist hier allerdings sehr schwer zu ziehen. Auch Betriebe mit nur wenig Arbeitern können Fabriken sein, wenn die sonstigen Merkmale dafür sprechen;
5. die Größe und Ausdehnung der Räumlichkeiten. Im Handwerk wird regelmäßig in kleineren Räumen, die oft mit der Wohnung des Gewerbetreibenden zusammenhängen, gearbeitet;
6. die Betriebseinrichtungen. In den Fabriken ist der maschinelle Betrieb, im Handwerk der Handbetrieb vorherrschend. Doch ist auch diese Grenze heutzutage, wo auch im Handwerk die Verwendung motorischer Kräfte schon sehr groß ist, nicht mehr scharf zu ziehen;
7. der Umfang und die Menge der Jahreserzeugnisse;
8. die Herstellung der Gegenstände auf Vorrat oder auf Bestellung, wobei freilich zu beachten ist, daß auch viele große Fabriken nur auf Bestellung arbeiten;
9. die handwerksmäßige Ausbildung von Lehrlingen;
10. der Betrieb von Handelsgeschäften neben dem Gewerbe, wobei zu beachten ist, welches von beiden der Haupt- und welches der Nebenzweig des Geschäfts ist.

Die Grenze zwischen Fabrik und Handwerk ist nicht immer leicht zu ziehen. Die Unterscheidung ist aber nach mehrfacher

Hinsicht sowohl für den Unternehmer und seine Arbeiter wie auch für die Behörden wichtig. Es regelt sich danach die Anwendbarkeit einer ganzen Anzahl von Arbeiterschutzbestimmungen, ferner die Zugehörigkeit zu Zwangsinnungen, zur Handwerkskammer und zu Krankenkassen, die Zuständigkeit des Gewerbe- oder Innungsschiedsgerichts, manche Bestimmungen über das Lehrlingswesen usw.

Der Betrieb von Handelsgeschäften im Gewerbe und die damit dem Gewerbetreibenden zukommenden Eigenschaft als Kaufmann sowie seine Eintragung in das Firmenregister entkleiden den Handwerker, wenn im übrigen die Merkmale des Handwerks vorhanden sind, noch nicht seines Charakters. Es kommt darauf an, welcher Betrieb überwiegt.

Handwerkerinnungen. Der Begriff ist im Gesetz nicht erläutert. Es sind jedoch außer den eigentlichen Zwangsinnungen, welche sämtlich Handwerkerinnungen sind, auch solche Innungen darunter zu verstehen, welche als Hauptzweck das Interesse des Handwerks im Auge haben.

Handwerkskammern. [§ 103 G. D.] Zur Vertretung der Interessen des Handwerks sind Handwerkskammern errichtet.

Die Handwerkskammern sind Zwangsorganisationen für die Vertretung und Selbstverwaltung des Handwerks. Sie haben eine doppelte Aufgabe: Sie sollen einmal die Gesamtinteressen des Handwerks und die Interessen der in ihrem Bezirk vorhandenen Handwerke gegenüber der Gesetzgebung und Verwaltung des Staates vertreten, und zwar sowohl durch Erstattung der von Staatsbehörden einzuholenden Gutachten, als auch durch die aus ihrer Initiative hervorgehenden Anregungen. Daneben sollen sie als Selbstverwaltungsorgane die Aufgabe haben, diejenigen zur Regelung des Handwerks erlassenen Bestimmungen, welche noch einer Ergänzung durch Einzelvorschriften bedürftig und fähig sind, für ihren Bezirk weiter auszubauen, die Durchführung der gesetzlichen und der von ihnen selbst erlassenen Vorschriften in ihrem Bezirk zu regeln und, soweit erforderlich, durch besondere Beauftragte zu überwachen und endlich solche auf die Förderung des Handwerks abzielenden Veranstaltungen zu treffen, zu deren Begründung und Unterhaltung die lokalen Organisationen nicht ausreichen.

Die Errichtung erfolgt durch Verfügung der Landeszentralbehörde, in welcher auch der Bezirk der Handwerkskammer zu bestimmen ist. Dabei kann die Bildung von Abteilungen für einzelne Teile des Bezirks oder für Gewerbegruppen angeordnet werden.

Mehrere Bundesstaaten können sich zur Errichtung gemeinsamer Handwerkskammern vereinigen.

Es sind z. Z. bereits 74 Handwerkskammern vorhanden.

[§ 103a G. D.] Die Zahl der Mitglieder der Handwerkskammern wird durch das Statut bestimmt.

Für die Mitglieder sind Erfahrmänner, welche in Behinderungsfällen und beim Ausscheiden für dieselben in der Reihenfolge der Wahl einzutreten haben, zu wählen.

Die Mitglieder werden gewählt:

1. von den Handwerkerinnungen, welche im Bezirk der Handwerkskammer ihren Sitz haben, aus der Zahl der Innungsmittglieder;
2. von denjenigen Gewerbevereinen und ähnlichen Vereinigungen, welche die Förderung der gewerblichen Interessen des Handwerks verfolgen, mindestens zur Hälfte ihrer Mitglieder aus Handwerkern bestehen und im Bezirk der Handwerkskammer ihren Sitz haben, aus der Zahl der wählbaren Mitglieder. Mitglieder, welche einer Innung angehören oder nicht Handwerker sind, dürfen an der Wahl nicht beteiligt werden.

Das nähere Wahlverfahren regelt die von der Landeszentralbehörde erlassene Wahlordnung.

[§ 103b G. D.] Wählbar sind nur solche Personen, welche:

1. zum Amt eines Schöffen fähig sind;
2. das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben;
3. im Bezirk der Handwerkskammer ein Handwerk mindestens seit 3 Jahren selbständig betreiben;
4. die Befugnis zum Anleiten von Lehrlingen besitzen.

[§ 103c G. D.] Die Wahlen zu den Handwerkskammern und ihren Organen erfolgen auf 6 Jahre. Alle 3 Jahre scheidet die Hälfte der Gewählten aus, eine Wiederwahl ist zulässig.

[§ 103d G. D.] Die Handwerkskammer kann sich nach näherer Bestimmung des Statuts bis zu einem Fünftel ihrer Mitgliederzahl durch Zuwahl von sachverständigen Personen ergänzen und zu ihren Verhandlungen Sachverständige mit beratender Stimme zuziehen.

Die Handwerkskammer ist berechtigt, aus ihrer Mitte Ausschüsse zu bilden und mit besonderen oder vorübergehenden Aufgaben zu betrauen. Die Ausschüsse können zu ihren Verhandlungen Sachverständige mit beratender Stimme zuziehen.

[§ 103e G. D.] Der Handwerkskammer liegt insbesondere ob:

1. die nähere Regelung des Lehrlingswesens;
2. die Durchführung der für das Lehrlingswesen geltenden Vorschriften zu überwachen;

3. die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung des Handwerks durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten über Fragen zu unterstützen, welche die Verhältnisse des Handwerks berühren;
4. Wünsche und Anträge, welche die Verhältnisse des Handwerks berühren, zu beraten und den Behörden vorzulegen, sowie Jahresberichte über ihre die Verhältnisse des Handwerks betreffenden Wahrnehmungen zu erstatten;
5. die Bildung von Prüfungsausschüssen zur Abnahme der Gesellenprüfung;
6. die Bildung von Ausschüssen zur Entscheidung über Beanstandungen von Beschlüssen der Prüfungsausschüsse.

Die Handwerkskammer soll in allen wichtigen, die Gesamtinteressen des Handwerks oder die Interessen einzelner Zweige desselben berührenden Angelegenheiten gehört werden.

Sie ist befugt, Veranstaltungen zur Förderung der gewerblichen, technischen und sittlichen Ausbildung der Meister, Gesellen und Lehrlinge zu treffen, sowie Fachschulen zu errichten und zu unterstützen.

[§ 103 f G. D.] Die Innungen und Innungsausschüsse sind verpflichtet, den von der Handwerkskammer innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Anordnungen Folge zu leisten.

[§ 103 g G. D.] Die Geschäfte der Handwerkskammer werden von einem aus der Mitte derselben gewählten Vorstand nach näherer Maßgabe des Statuts geleitet. Jedoch bleibt der Beschlußfassung der Gesamtheit der Kammer mindestens überlassen:

1. die Wahl des Vorstandes und der Ausschüsse;
2. die Feststellung des Haushaltsplans, die Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung, die Bewilligung von im Haushaltsplan nicht vorgesehenen Ausgaben und die Aufnahme von Anleihen;
3. die Abgabe von Gutachten und Anbringung von Anträgen bei den Behörden und gesetzgebenden Körperschaften;
4. der Erlaß von Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens. Diese bedürfen der Genehmigung der Landeszentralbehörde und sind zu veröffentlichen;
5. die Wahl des Sekretärs. Soll die Anstellung für mehr als 6 Jahre erfolgen, so ist die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erforderlich.

[§ 103 m G. D.] Das Statut für die Handwerkskammer erläßt die Landeszentralbehörde. Abänderungen kann die Handwerkskammer mit Genehmigung der Landeszentralbehörde selbst vornehmen. Das, was das Statut unbedingt enthalten muß, ist im zitierten Paragraphen der Gewerbeordnung gefaßt.

Das Statut und seine Abänderungen müssen in den Amtsblättern bekannt gemacht werden.

Handwerkskammersekretär s. Handwerkskammern.

Häufung der Arbeit s. Überarbeit.

Hauptausbesserung eines Dampfkessels s. Prüfungen der Dampfkessel.

Hauptgesetz der Unfallversicherung s. Unfallversicherungsgesetz.

Hauptmaßzeit in offenen Verkaufsstellen s. Pausen.

Hausgewerbetreibende im Sinne der Gewerbeordnung s. Hausindustrielle im Sinne derselben.

— im Sinne des Krankens, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzes. [§ 5b G. U. V. G., § 2 3 4 R. V. G.] Hausgewerbetreibende sind ohne Rücksicht auf die Zahl der von ihnen beschäftigten Lohnarbeiter solche Unternehmer, welche in eigenen Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibenden mit der Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden, und zwar auch dann, wenn sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen und vorübergehend für eigene Rechnung arbeiten.

— als Mitglieder der Zwangsinnungen s. Mitglieder derselben.

Haushaltsplan einer Zwangsinnung. [§ 100o G. D.] Die Innung hat über den zur Erfüllung ihrer gesetzlichen und statutarischen Aufgaben erforderlichen Kostenaufwand alljährlich einen Haushaltsplan aufzustellen. Der Haushaltsplan ist der Behörde einzureichen. Dasselbe gilt von Beschlüssen über Aufwendungen für solche Zwecke, welche im Haushaltsplan nicht vorgesehen sind. Wird dem Haushaltsplan oder den bezeichneten Beschlüssen von einem Viertel der Innungsmitglieder widersprochen, so ist die Entscheidung der Aufsichtsbehörde einzuholen. Dieser sind auch die Jahresrechnungen einzureichen.

Hausindustrie bei der Krankens, Unfall- und Invalidenversicherung. Gemäß § 2 des Krankenversicherungsgesetzes kann die Krankenversicherungspflicht durch Ortsstatut auch auf Hausgewerbetreibende (s. d.) ausgedehnt werden. Auch kann bestimmt werden, daß deren Arbeitgeber die Beiträge, und zwar $\frac{1}{8}$ davon aus eigenen Mitteln, einzuzahlen haben.

Gegen Unfall sind die Hausgewerbetreibenden als solche nicht versichert, gegen die Folgen der Invalidität und des Alters nur nach besonderer Anordnung des Bundesrats. Bisher ist eine solche nur ergangen für die Hausgewerbetreibenden der Tabak- und Textilindustrie. Allen anderen Hausgewerbetreibenden, sofern sie nicht über 40 Jahr alt sind, steht die Selbstversicherung offen.

(s. auch Heimarbeiterschutz.)

Hausindustrielle im Sinne der Gewerbeordnung. Sie sind selbstständige Gewerbetreibende, weil sie in keinem Arbeits-, sondern in einem Werkvertrage stehen. Allerdings wird man häufig bei eigentlichen Heimarbeitern kaum noch an dieser Auffassung festhalten können. Falls die Hausgewerbetreibenden für bestimmte Arbeitgeber arbeiten, stehen sie den gewerblichen Arbeitern in bezug auf die Lohnzahlung, die Lohninbehaltung und auf die Bestimmungen über Verleitung zum Kontraktbruch gleich.

(s. auch Heimarbeiter und Heimarbeiterchutz.)

Häusliche Dienste des Lehrkings s. Pflichten des Lehrherrn.

— — im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes s. Unfallversicherung.

Heberolle zur Unfallversicherung s. Umlageverfahren zur Unfallversicherung.

Hebestellen für die Invalidenversicherung. [§ 148 I. V. G.] Zur Einziehung der Beiträge können die Versicherungsanstalten örtliche Hebestellen einrichten, welchen auch die Einziehung der Krankenversicherungsbeiträge übertragen werden kann.

Heilmittel im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes. Gewöhnlich sind als Heilmittel nur die sogenannten kleinen Heilmittel verstanden, d. h. solche Heilmittel, welche nicht sehr kostspielig sind und wie sie etwa den vom Gesetz als Beispiel angeführten Brillen und Bruchbändern entsprechen. Bei der Erweiterung (s. d.) der Leistungen der Krankenkassen können diese jedoch auch die Lieferung kostspieligerer Heilmittel (Beinschienenapparate, künstliche Gliedmaßen, längere Badekuren usw.) mit übernehmen.

Heilverfahren bei der Invalidenversicherung. [§ 18 I. V. G.] Ist ein Versicherter dergestalt erkrankt, daß als Folge der Krankheit Erwerbsunfähigkeit zu besorgen ist, welche einen Anspruch auf reichsgesetzliche Invalidenrente begründet, so ist die Versicherungsanstalt befugt, zur Abwendung dieses Nachteils ein Heilverfahren in dem ihr geeignet erscheinenden Umfang eintreten zu lassen, bei einem Versicherten mit eigenem Haushalte jedoch nur mit dessen Zustimmung. Den Angehörigen des Versicherten ist eventl. während dieser Zeit eine Unterstützung zu zahlen.

Dieses Heilverfahren kann durch Unterbringung des Erkrankten in einem Krankenhaus, einer Lungenheilstätte, einem Genesungsheim oder ähnlichem eintreten, eventl. auch der zuständigen Krankenkasse überlassen werden.

[§§ 19—23 I. V. G.] Die Regelung der Verhältnisse bei Einleitung eines Heilverfahrens zur Krankenkasse, gegebenenfalls auch zur Berufsgenossenschaft ist in den §§ 19—23 des Invalidenversicherungsgesetzes ausgesprochen.

Bei widersehllichem Verhalten des Erkrankten kann die Invalidenrente zeitweise ganz oder zum Teil versagt werden.

Desgl. kann bei Rentenempfängern, bei denen begründete Aussicht auf Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit besteht, ein solches Heilverfahren eingeleitet werden.

[§ 18 Abs. 3—4 J. V. G., § 47 Abs. 2 J. V. G.] Im Falle der Unterbringung in einer Kranken- oder Genesungsanstalt ist zu gewähren:

1. Versicherten, welche der Krankenfürsorge unterliegen, die Leistungen der Krankenkasse (etwa fällige Invalidenrente ist gleichfalls zu zahlen);

2. den übrigen Versicherten neben etwa fälliger Invalidenrente freie Kur und Verpflegung, sowie den von ihnen unterhaltenen Angehörigen eine Unterstützung, und zwar den Angehörigen ehemaliger Rassenmitglieder die Hälfte des Krankengeldes, welche während der gesetzlichen Dauer der Krankenunterstützung maßgebend war, den Angehörigen anderer Versicherten $\frac{1}{4}$ des ortsüblichen Tagelohnes. Auf diese Unterstützung kann etwaige Rente angerechnet werden, oder die Rente tritt an Stelle der Angehörigenunterstützung.

Bei ambulatorischem Heilverfahren ist zu gewähren:

1. Versicherten, welche der Krankenfürsorge unterliegen, freie ärztliche Behandlung und Heilmittel, bei Erwerbsunfähigkeit Krankengeld, andernfalls Ersatz der Versäumnisse, welche die Durchführung des Heilverfahrens verursacht, daneben auch die etwa fällige Invalidenrente;

2. anderen Versicherten die gleichen Leistungen mit Ausnahme des Krankengeldes.

Angehörigenunterstützung wird bei ambulatorischer Behandlung nicht gewährt.

Heilverfahren bei der Unfallversicherung f. Unfallversicherung.

Heimarbeiter. Als solche bezeichnet man in der Regel Arbeiter, welche zu einem einzigen Unternehmer in einem solchen Abhängigkeitsverhältnis stehen, daß sie außerhalb des Betriebes des Unternehmers für ihn sein Material nach der von ihm gegebenen Anweisung in eigener Häuslichkeit oder Werkstätte verarbeiten. Sie haben im allgemeinen als unselbständige Lohnarbeiter zu gelten, doch ist oft die Grenze zwischen ihnen und den selbstständigen Hausindustriellen sehr schwer zu ziehen.

(f. auch Hausindustrielle im Sinne der Gewerbeordnung.)

Heimarbeitersfuß. Die soziale Gesetzgebung hat bisher die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden nur in geringem Maße in ihren Kreis gezogen.

Nach der Gewerbeordnung gelten die Vorschriften über die Lohnzahlung (f. d.) und Lohnbücher (f. d.) auch für Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende. Die Lohnbücher aller-

dings nur für die Heimarbeiter und unselbständigen Hausgewerbetreibenden der Kleider- und Wäschekonfektion, für deren Lohnschutz sie sogar in erster Linie bestimmt sind. Ferner greift die für das gesamte Gewerbe erlassene Verordnung (f. Konfektionswerkstätten) z. T. auch in die Heimindustrie ein.

Das gleiche tut sogar in recht erheblichem Maße das Kinderschutzgesetz (f. Kinderarbeit).

Nach dem Krankenversicherungsgesetz kann die Krankenversicherung durch Ortsstatut auch auf Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende, selbst auf selbständige ausgedehnt werden; was in manchen Orten z. B. in Berlin bereits geschehen ist.

Die Invalidenversicherung umfaßt bisher obligatorisch nur die Hausgewerbetreibenden der Tabak- und Textilindustrie.

Die Gewerbegerichte sind für alle Streitigkeiten, die aus dem Arbeitsverhältnis der Heimarbeiter und unselbständigen Hausgewerbetreibenden entstehen, zuständig. Für selbständige Hausgewerbetreibende dann, wenn ihre Statuten es ausdrücklich bestimmen.

Heirat bei der Invalidenversicherung f. Rückerstattung von Beiträgen zur Invalidenversicherung.

Herabsetzung der Konventionalstrafe f. Kontraktbruch.

— **der Unfallrente** f. Veränderung der Verhältnisse bei Unfallentschädigungen.

Herrenkonfektion f. Konfektionswerkstätten.

Hinterbliebene bei der Invalidenversicherung f. Rückerstattung von Beiträgen zur Invalidenversicherung.

Hinterbliebenenrente bei der Unfallversicherung. [§ 15 § 2 G. U. V. G., § 16 U. U. V. G.] Bei Tod eines Versicherten infolge eines Betriebsunfalles ist den Hinterbliebenen vom Todestage ab eine Rente zu gewähren, die sich im einzelnen folgendermaßen berechnet:

[§ 16 G. U. V. G., § 17 U. U. V. G.] Die Witwe erhält bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheiratung, ebenso jedes hinterbliebene Kind bis zum zurückgelegten fünfzehnten Lebensjahre je 20 % des Jahresarbeitsverdienstes, insgesamt aber höchstens 60 %.

Im Falle der Wiederverheiratung erhält die Witwe 60 % des Jahresarbeitsverdienstes als Abfindung.

Der Anspruch der Witwe ist ausgeschlossen, wenn die Ehe erst nach dem Unfall geschlossen worden ist. Die Berufsgenossenschaft kann jedoch in besonderen Fällen auch dann eine Witwenrente gewähren.

Die in einer nach dem Unfall geschlossenen Ehe geborenen Kinder sind rentenberechtigt. Dagegen uneheliche Kinder einer männlichen Person, desgl. Stiefkinder nicht.

Die Bestimmungen über die Renten der Kinder finden auch Anwendung, wenn der Unfall eine alleinstehende weibliche Person betroffen hat und diese mit Hinterlassung von Kindern, auch unehelichen verstorbt.

[§ 17 G. U. V. G., § 18 L. U. V. G.] Falls eine weibliche Person die Ernährerin der Familie war, so erhalten sowohl der erwerbsunfähige Witwer als auch die Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahre je 20 % an Rente, im Gesamtbetrage jedoch wieder nicht mehr als 60 %.

Die Berufsgenossenschaft kann bei Tötung einer Ehefrau, deren Ehemann sie böswillig verlassen hat und seiner Pflicht, für den Unterhalt der Kinder zu sorgen, nicht nachkommt, diesen Kindern die Rente gewähren.

[§§ 18 u. 19 G. U. V. G., §§ 19 u. 20 L. U. V. G.] Eltern und Großeltern des für ihren Lebensunterhalt ganz oder überwiegend Sorgenden erhalten bei dessen Tötung eine Rente von 20 %. Das gleiche gilt für elternlose Enkel bis zum vollendeten 15. Lebensjahre. Rentenberechtigt sind auch Adoptiveltern und uneheliche Mütter, nicht aber Stiefeltern.

[§ 20 G. U. V. G., § 21 L. U. V. G.] Insgesamt dürfen die Renten stets nur höchstens 60 % des Jahresarbeitsverdienstes betragen. Sie müssen daher eventl. entsprechend gekürzt werden. Den Eltern gebührt der Vorrang vor den Großeltern.

[§ 21 G. U. V. G., § 22 L. U. V. G.] Die Hinterbliebenen eines Ausländers, welche zur Zeit des Unfalls ihren Wohnsitz nicht im Inlande hatten, sind nicht rentenberechtigt. Der Bundesrat hat diese Bestimmung für einige Grenzbezirke außer Kraft gesetzt.

Höchstbetrag der Beiträge zu den Betriebskrankenkassen f. Betriebskrankenkassen.

- der Beiträge zu den Zwangskrankenkassen f. Beiträge zu denselben.
- des Eintrittsgeldes zu einer Zwangskrankenkasse f. Eintrittsgeld zu derselben.
- der Entschädigung wegen Auflösung des Lehrverhältnisses f. Entschädigung wegen derselben.
- der Geldstrafen für Arbeiter f. Strafgeelder.
- der Hinterbliebenenrente bei der Unfallversicherung f. Hinterbliebenenrente.

Höchstbetrag der Unfallrente s. d.

Höchstdauer der Lehrzeit s. d.

Höchstleistungen der Krankenversicherung s. Erweiterung der Leistungen der Zwangs Krankenkassen.

Höhe der Invaliden- und Altersrente s. Berechnung derselben.

Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne des Gewerbeverordnungs-Gesetzes [§ 88 G. G. G.] ist diejenige höhere Verwaltungsbehörde, welche nach Landesrecht die Aufsicht oder Oberaufsicht in Gemeindeangelegenheiten wahrzunehmen hat. In Preußen sind das die Regierungspräsidenten, für Berlin der Oberpräsident zu Potsdam.

Für die Genehmigung der Statuten kommen aber z. T. andere Behörden in Frage.

- — im Sinne der Gewerbeordnung ist in Preußen in der Regel der Regierungspräsident (für Berlin bei Fortbildungsschulen, Beschwerden über polizeiliche Verfügungen zum Schutze der Arbeiter gegen Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit oder wegen Abänderung von Arbeitsordnungen der Oberpräsident, sonst der Polizeipräsident), in einigen Fällen auch der Bezirksauschuß, für die unter Aufsicht der Bergbehörden stehenden Betriebe das Oberbergamt;

in Bayern in der Regel die Kreisregierung, Kammer des Innern;

in Sachsen die Kreishauptmannschaft;

in Württemberg die Kreisregierung oder das Oberamt;

in Baden der Bezirksrat oder der Landeskommisär;

in Hessen der Provinzialauschuß oder das Kreisamt.

- — bei Innungssachen. In Preußen ist das der Regierungspräsident, bei Statutengenehmigung der Bezirksauschuß, in Berlin der Oberpräsident (in einzelnen Fällen auch der Polizeipräsident);

in Bayern die Kreisregierung, Kammer des Innern;

in Sachsen die Kreishauptmannschaft;

in Württemberg die Kreisregierung;

in Baden das Bezirksamt;

in Hessen das Kreisamt.

- — im Sinne des Krankens Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzes. Höhere Verwaltungsbehörde ist in Preußen der Regierungspräsident, mitunter der Bezirksauschuß oder der Oberpräsident;

in Berlin der Oberpräsident;

in Bayern die Kreisregierung, Kammer des Innern;

in Sachsen die Kreishauptmannschaft;

in Württemberg teils das Oberamt, teils die Kreisregierung. Beim Gewerbeunfallversicherungsgezet der Verwaltungsausschuß der Zentralstelle für Handel und Industrie;

in Baden das Bezirksamt, bezw. der Bezirksrat;

in Hessen in der Regel das Kreisamt.

Hülfslosigkeit durch einen Unfall s. Unfallrente.

Hülfskassen s. eingeschriebene Hülfskassen.

Inbetriebsetzung eines Dampfkessels s. Genehmigung desselben.

Inhalt des Arbeitsbuches s. d.

— der Arbeitskarte s. d.

— der Arbeitsordnungen s. d.

— der Innungsstatuten s. d.

— des Urteils des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts s. Urteil derselben.

Inkrafttreten der Arbeitsordnung. [§ 134a Abs. 4 G.D.] Arbeitsordnungen und Nachträge zu denselben treten frühestens zwei Wochen nach ihrem Erlaß in Kraft. Der Zweck dieser Bestimmung ist, Arbeitern, die sich den Bedingungen des neuen Arbeitsvertrages nicht unterwerfen wollen, Gelegenheit zu geben, sich ihnen durch Gebrauch der gesetzlichen Kündigungsfrist zu entziehen. Andererseits kann der Zeitpunkt des Inkrafttretens weiter als 14 Tage hinausgeschoben werden, jedoch natürlich nur so weit, daß damit der mit der Arbeitsordnung verfolgte Zweck nicht verloren geht. Jedenfalls aber muß die Arbeitsordnung das Datum des Inkrafttretens neben dem des Erlasses tragen.

Innere Untersuchung eines Dampfkessels s. Prüfungen derselben.

Innung im Sinne der Gewerbeordnung. [§ 81 G.D.] Diejenigen, welche ein Gewerbe selbständig betreiben, können zur Förderung der gemeinsamen gewerblichen Interessen zu einer Innung zusammentreten.

Die Innung ist eine genossenschaftliche Verbindung von Gewerbetreibenden zugleich nach öffentlichem und Privatrecht zur Förderung der gemeinsamen gewerblichen Interessen.

Man hat zu unterscheiden zwischen freien Innungen (s. d.) und Zwangsinnungen (s. d.).

(s. auch Aufgaben der Innungen.)

Innungsausschuß. [§ 101 G.D.] Für alle oder mehrere derselben Aufsichtsbehörde unterstehende Innungen kann ein gemeinsamer Innungsausschuß gebildet werden. Diesem liegt die Vertretung der gemeinsamen Interessen der beteiligten Innungen ob.

Die Errichtung des Innungsausschusses erfolgt durch ein Statut, welches von den Innungsversammlungen der beteiligten

Innungen zu beschließen ist. Das Statut bedarf der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde.

[§ 102 G. D.] Die Schließung eines Innungsausschusses kann erfolgen, wenn der Ausschuß seinen statutarischen Verpflichtungen nicht nachkommt. Sie erfolgt ebenfalls durch die höhere Verwaltungsbehörde.

Vom Zeitpunkt der Auflösung oder Schließung eines Innungsausschusses ab bleiben die beteiligten Innungen noch für diejenigen Verpflichtungen haftbar, zu welchen sie statutarisch im Falle freiwilligen Ausscheidens aus dem Ausschuß verpflichtet wären.

Soweit das Statut nicht ein anderes bestimmt, ist der Austritt aus dem Innungsausschusse jeder Innung mit Ablauf des Rechnungsjahres gestattet, sofern die Anzeige des Austritts mindestens drei Monate vorher erfolgt.

Innungsbeiträge f. Beiträge zu den Innungen.

Innungsbezirk f. Bezirk einer Innung.

Innungseinigungsamt. Die Innungen sind berechtigt, Einigungsämter für Streitigkeiten zwischen Innungsmitgliedern und ihren Arbeitern zu errichten. Die Einigungsämter sind gewöhnlich den Innungsschiedsgerichten angegliedert. In solchen Fällen ist das Einigungsamt des Gewerbegerichts nicht zuständig.

Innungskosten f. Kosten der Innungen.

Innungskrankenkassen. [§ 73 R. V. G.] Dieselben umfassen alle von Innungsmitgliedern beschäftigten versicherungspflichtigen Personen und sind im wesentlichen den Ortskrankenkassen nachgebildet.

Tritt der Arbeitgeber der Innung, die eine eigene Kasse besitzt, erst später bei, so werden die bisher einer Ortskrankenkasse angehörenden versicherungspflichtigen Personen mit Beginn des neuen Rechnungsjahres Mitglieder der Innungskasse, sofern der Arbeitgeber drei Monate zuvor dem Vorstände der Ortskrankenkasse seinen Eintritt in die Innung mitgeteilt hat.

Innungsmitglieder. [§ 87 G. D.] Als Innungsmitglieder können nur aufgenommen werden:

1. diejenigen, welche ein Gewerbe, für welches die Innung errichtet ist, im Innungsbezirk selbständig betreiben;
2. diejenigen, welche in einem dem Gewerbe angehörenden Großbetrieb als Werkmeister oder in ähnlicher Stellung beschäftigt sind;
3. ehemalige selbständige Gewerbetreibende oder Werkmeister des betreffenden Gewerbes, die keine anderweite gewerbliche Tätigkeit ausüben;

4. Handwerker, die in landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieben gegen Entgelt beschäftigt werden (Guts- und Fabrikhandwerker).

Andere Personen können als Ehrenmitglieder aufgenommen werden.

Eventuell kann die Aufnahme (wenigstens in einer freien Innung) von der Ablegung einer Prüfung abhängig gemacht werden, doch ist diese dann durch Statut genauer zu regeln. Sie darf nur den Nachweis der Befähigung zur selbständigen Ausföhrung der gewöhnlichen Arbeiten des Gewerbes bezwecken. Personen, die bereits vor einer anderen Innung desselben Gewerbes eine Aufnahmeprüfung gemacht haben, brauchen sie nicht nochmals abzulegen.

Die Aufnahme in die Innung darf Gewerbetreibenden, die die gesetzlichen und statutarischen Bedingungen erfüllt haben, nicht verweigert werden, ebensowenig kann aber zu Gunsten Einzelner von der Erfüllung dieser Bedingungen abgesehen werden.

(s. auch Mitglieder einer Zwangsinnung.)

Innungsschiedsgerichte. Streitigkeiten zwischen Innungsmitgliedern und ihren Gefellen und Arbeitern über die Regelung der Arbeitsverhältnisse und die Beiträge zur Krankenversicherung sollen durch die Innungsschiedsgerichte geschlichtet werden. Die Errichtung erfolgt durch Nebenstatut, das von der höheren Verwaltungsbehörde zu genehmigen ist.

[§ 91 G. D.] Die Innungsschiedsgerichte müssen mindestens aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern bestehen.

Die Beisitzer und deren Stellvertreter sind zur Hälfte aus den Mitgliedern, zur Hälfte aus den bei ihnen beschäftigten Gefellen und Arbeitern zu entnehmen.

Das Wahlrecht regelt sich nach den Vorschriften des Gewerbegerichtsgesetzes (s. Wahlen zum Gewerbegericht).

Der Vorsitzende wird von der Aufsichtsbehörde bestimmt; er braucht der Innung nicht anzugehören.

Die Beisitzer erhalten für jede Sitzung, der sie beigewohnt haben, Vergütung der baren Auslagen und eine Entschädigung für Zeitversäumnis, desgleichen der Vorsitzende. Das Nähere regelt das Nebenstatut.

Sind Wahlen nicht zu Stande gekommen oder verweigern die Gewählten die Leistung, so hat die Aufsichtsbehörde die Beisitzer aus der Zahl der wählbaren Innungsmitglieder, Gefellen und Arbeiter zu ernennen.

Die Anberaumung des ersten Termins soll innerhalb 8 Tage nach Eingang der Klage erfolgen und die Entscheidung nach Möglichkeit beschleunigt werden. Wird die achttägige Frist nicht

innegehalten, so kann der Kläger verlangen, daß statt des Innungsschiedsgerichts an den Orten, wo Gewerbegerichte bestehen, diese und, wo solche nicht vorhanden, die ordentlichen Gerichte entscheiden. Dies Verlangen ist dem zuständigen Gewerbegericht oder ordentlichen Gericht und dem Innungsschiedsgericht schriftlich mitzuteilen.

[§ 91 b G. D.] Die Entscheidungen der Innung und der Innungsschiedsgerichte sind schriftlich abzufassen; sie gehen in Rechtskraft über, wenn nicht binnen eines Monats eine Partei Klage bei dem ordentlichen Gericht erhebt. Die Frist beginnt für eine bei der Verkündigung nicht anwesende Partei mit der Behändigung der Entscheidung.

Auf Vergleiche, die vor der Innung oder dem Innungsschiedsgericht geschlossen sind, findet die Zwangsvollstreckung statt.

Bei Entscheidungen, die Werte von 300 Mark nicht übersteigen, kann das Urteil für vorläufig vollstreckbar erklärt werden. Dies geschieht durch die Polizeibehörde.

Innungsschulen. [§ 81 b 3. 1 G. D.] Die Innungen können eigene Schulen zur Förderung der technischen und sittlichen Ausbildung insbesondere der Lehrlinge errichten und über deren Besuch Vorschriften erlassen.

Auch die Innungsausschüsse, Innungsverbände und Handwerkskammern können derartige Schulen einrichten.

Innungsstatuten. [§ 83 G. D.] Die Aufgaben der Innung, die Einrichtung ihrer Verwaltung und die Rechtsverhältnisse ihrer Mitglieder sind, soweit das Gesetz nicht darüber bestimmt, durch das Statut zu regeln.

Dasselbe muß Bestimmung treffen über:

1. Name, Sitz und Bezirk der Innung sowie die Gewerbezweige, für welche die Innung errichtet ist;
2. die Aufgaben der Innung sowie die dauernden Einrichtungen zur Erfüllung dieser Aufgaben, insbesondere hinsichtlich der Regelung des Lehrlingswesens;
3. Aufnahme, Austritt und Ausschließung der Mitglieder;
4. die Rechte und Pflichten der Mitglieder, insbesondere den Maßstab, nach welchem die Mitgliederbeiträge erhoben werden;
5. die Bildung des Vorstandes, den Umfang seiner Befugnisse und die Formen seiner Geschäftsführung;
6. die Zusammensetzung und Berufung der Innungsversammlung, das Stimmrecht in derselben, die Art der Beschlußfassung und, sofern die Innungsversammlung aus Vertretern besteht, die Zahl und die Wahl der Vertreter;
7. die Beurkundung der Beschlüsse der Innungsversammlung und des Vorstandes;

8. die Aufstellung und Prüfung der Jahresrechnung;
9. die Bildung und die Geschäftsführung des Gesellenaus-
schusses;
10. die Überwachung der Befolgung der für die Beschäftigung
von Lehrlingen und Gesellen, für den Besuch der Fortbildungs-
und Fachschulen, sowie für die Regelung des Lehrlingswesens
erlassenen Vorschriften;
11. die Bildung der Organe für Schlichtung von Streitigkeiten
zwischen Innungsmitgliedern und Lehrlingen;
12. die Voraussetzungen und die Form der Verhängung von
Ordnungsstrafen;
13. die Voraussetzungen und Formen der Statutenänderungen
und der Auflösung der Innung.

Das Statut darf keine Bestimmungen enthalten, welche nicht mit den Aufgaben der Innung in Verbindung stehen oder welche den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufen. Bestimmungen über Hilfskassen und ähnliche Einrichtungen sind gleichfalls nicht aufzunehmen; sie müssen durch besondere Nebenstatuten geregelt sein.

(wegen Genehmigung der Innungsstatuten f. d.)

Innungsverbände. [§§ 104—104n G. D.] Innungen, welche nicht derselben Aufsichtsbehörde unterstehen, können zu Verbänden zusammentreten; der Beitritt ist durch die Innungsverammlung zu beschließen.

Die Innungsverbände haben die Aufgabe, zur Wahrnehmung der Interessen der in ihnen vertretenen Gewerbe die Innungen, Innungsausschüsse und Handwerkskammern in der Verfolgung ihrer gesetzlichen Aufgaben sowie die Behörden durch Vorschläge und Anregungen zu unterstützen. Sie sind befugt, den Arbeitsnachweis zu regeln sowie Fachschulen zu errichten und zu unterstützen.

Die Innungsverbände regeln ihre Geschäfte nach Maßgabe eines Statuts, das der behördlichen Genehmigung bedarf, und müssen alljährlich ein Verzeichnis der ihnen angehörenden Innungen der höheren Verwaltungsbehörde einreichen, deren Aufsicht sie auch unterliegen.

Innungsversammlung. [§ 92 G. D.] Die Angelegenheiten der Innung werden von der Innungsverammlung und dem Vorstande (f. d.) wahrgenommen.

Zur Wahrnehmung einzelner Angelegenheiten können Ausschüsse gebildet werden.

Die Innungsverammlung besteht nach Bestimmung des Statuts entweder aus allen Innungsmitgliedern oder aus Vertretern, welche von jenen aus ihrer Mitte zu wählen sind.

[§ 93 G. D.] Die Innungsverammlung beschließt über alle Angelegenheiten der Innung, deren Wahrnehmung nicht nach Gesetz und Statut dem Vorstand obliegt.

Der Innungsverammlung muß u. a. vorbehalten bleiben:

1. die Feststellung des Haushaltsplanes;
2. die Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung;
3. der Erlaß von Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens;
4. die Beschlußfassung über:
 - a) den Erwerb, die Veräußerung und Belastung von Grundeigentum;
 - b) die Veräußerung von Gegenständen mit historischem oder Kunstwert;
 - c) die Aufnahme von Anleihen;
5. die Wahl der Mitglieder zu den Schiedseinrichtungen der Innung;
6. die Wahl der Mitglieder der Prüfungsausschüsse (s. d.);
7. die Beschlußfassung über Statutenänderungen sowie über die Auflösung der Innung.

[§ 93 a G. D.] Stimmberechtigt in der Innungsverammlung sind nur solche Mitglieder, die volljährig, im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte und nicht durch gerichtliche Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

(s. auch Wahlrecht der Innungsmitglieder.)

Innungsvorstand s. Vorstand der Innung.

Innungszwang s. Zwangsinnungen.

Instandhaltungsarbeiten an Sonntagen s. Sonntagsarbeitschluß.

Invalidenkarte s. Quittungskarte.

Invalidenmarken. [§ 130 I. V. G.] Für die Erhebung der Beiträge zur Invalidenversicherung werden von jeder Versicherungsanstalt für die einzelnen Lohnklassen Marken mit der Bezeichnung ihres Geldwertes ausgegeben.

Dieselben sind bei jeder Postanstalt sowie in einer großen Reihe besonderer Verkaufsstellen erhältlich.

Es werden auch Marken für zwei und dreizehn Beitragswochen ausgegeben. Die Farbe der Marken ist nach Lohnklassen verschieden:

I. Klasse	rot
II. "	blau
III. "	grün
IV. "	braun
V. "	gelb.

Die Marken sind in fortlaufender Reihe in die Quittungskarte (s. d.) einzukleben. Mehr als 52 Beiträge im Jahr werden nicht berücksichtigt.

Es dürfen nur Marken der zuständigen Versicherungsanstalt, die den Marken aufgedruckt ist, verwendet werden.

Invalidenrente [§ 15 Abs. 1 Z. V. G.] erhält ohne Rücksicht auf das Lebensalter derjenige Versicherte, welcher dauernd erwerbsunfähig ist (im Sinne des § 5 Abs. 4 des Invalidenversicherungsgesetzes).

Bei dauernder Erwerbsunfähigkeit infolge eines Unfalls kommt die gesetzliche Unfallrente von der Invalidenrente in Abzug.

[§ 16 Z. V. G.] Invalidenrente erhält auch derjenige nicht dauernd erwerbsunfähige Versicherte, welcher während 26 Wochen ununterbrochen erwerbsunfähig gewesen ist, für die weitere Dauer seiner Erwerbsunfähigkeit, ohne daß diese selbst eine dauernde zu sein braucht (Krankenrente). Statt der Invalidenrente kann auf Antrag auch Unterbringung in einer Anstalt, Pflegehaus zc. gewährt werden.

[§ 17 Z. V. G.] Vorsätzlich oder bei Begehung eines Verbrechens herbeigeführte Invalidität schließt die Invalidenrente aus. Sie kann dann event. der Familie überwiesen werden.

Wegen Berechnung und Feststellung der Invalidenrente s. d.

Tritt während des Bezugs von Altersrente Invalidität ein, so kann, falls der Anspruch noch nicht erloschen ist, alsdann Invalidenrente beantragt werden.

Invalidenrente bei Freiheitsstrafen s. Ruhen derselben.

Invalidenversicherung. [§ 15 Abs. 1 Z. V. G.] Gegenstand der Versicherung ist der Anspruch auf Gewährung einer Rente für den Fall der Erwerbsunfähigkeit oder des Alters.

[§ 56 Z. V. G.] Die Durchführung der Invalidenversicherung erfolgt unter staatlicher Garantie und unter Mitwirkung der Landesverwaltungs- und Postbehörden durch Versicherungsanstalten und deren Organe, durch Schiedsgerichte, sowie durch das Reichsversicherungsamt und die Landesversicherungsämter.

[§§ 62, 66, 71, 74, 76 usw. Z. V. G.] An der Invalidenversicherung sind Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten zu gleichen Teilen beteiligt. Die bei den unteren Verwaltungsbehörden mitwirkenden Vertreter werden von den Vorständen der Krankenkassen gewählt. Diese Vertreter wählen die Ausschußmitglieder bei der Versicherungsanstalt, die ihrerseits wieder die nichtbeamteten Mitglieder des Vorstandes der Versicherungsanstalt und die Beisitzer des Schiedsgerichts erwählen.

Von den rund 58 Millionen Einwohnern des Deutschen Reichs sind etwa 13 Millionen gegen Invalidität und Altersnot versichert.

Invalidenversicherungsgesetz. Das Invalidenversicherungsgesetz in seiner heute gültigen Form ist erlassen am 19. Juli 1899 und am 1. Januar 1900 in Kraft getreten. Es ist hervorgegangen aus dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz vom 22. Juni 1889 nebst Abänderungsgesetz vom 8. Juni 1891.

Invalidenversicherungspflicht. [§ 1 I. V. G.] Versicherungspflichtig sind alle männliche und weiblichen Personen über 16 Jahre, Inländer oder Ausländer, welche gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt werden und zwar:

1. Arbeiter, Gehülfen, Gesellen, Lehrlinge, Dienstboten, Schiffer ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Verdienstes;
2. Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, Handlungsgehülfen und Lehrlinge, sonstige Angestellte, deren Hauptberuf ihre dienstliche Tätigkeit ist, Lehrer und Erzieher, sämtlich sofern ihr regelmäßiger Jahresverdienst 2000 Mark nicht übersteigt;
3. die Hausgewerbetreibenden der Tabak- und Textilindustrie, auf welche nach Maßgabe des § 2 des Invalidenversicherungsgesetzes bisher durch den hierzu befugten Bundesrat die Versicherungspflicht ausgedehnt worden ist.

Ausnahmen:

1. Ohne weiteres die Personen unter 16 Jahre, Apothekergehülfen und Lehrlinge, Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte (auch nicht etatsmäßige), Lehrer und Erzieher an öffentlichen Schulen während ihrer Ausbildungszeit, Beamte der Versicherungsanstalten, Personen des Soldatenstandes, die dienstlich als Arbeiter verwandt werden, Personen, welche bereits eine Invalidenrente beziehen, Personen mit nur freiem Unterhalt z. B. Lehrlinge ohne Gehalt und Lohn, endlich solche Personen, deren Erwerbsunfähigkeit dauernd durch Gebrechen, Alter u. auf ein Drittel herabgesetzt ist.
2. [§ 6 I. V. G.] Auf Antrag bei der unteren Verwaltungsbehörde Personen über 70 Jahre, solche die bereits eine der Invalidenrente der ersten Lohnklasse entsprechende Pension oder ähnliches beziehen, ferner solche Personen, die jährlich weniger als 12 Wochen oder an weniger als 50 Tagen Lohnarbeit verrichten.

[§ 3 I. V. G.] Als Gehalt oder Lohn im Sinne dieses Gesetzes gelten auch Naturalien und Lantien. Von wem der Lohn gezahlt wird, ist gleichgültig.

Die Begriffe Gehülfe und Arbeiter im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes sind im weitesten Sinne aufzufassen, es fallen darunter alle Personen, deren soziale Stellung sich von der des Arbeiterstandes nicht wesentlich unterscheidet, z. B. Schreib- und Rechengehülfen, Aufseher; von im Haus tätigen Personen: Bonnen, Kindermädchen, Kindergärtnerinnen, Wirtschafterinnen usw.

Auch Verwandte des Arbeitgebers sind mit Ausnahme des Ehegatten versicherungspflichtig, wenn sie regelmäßig Arbeit verrichten.

Nicht versicherungspflichtig sind dagegen z. B. Erzieherinnen, Gouvernanten größerer Kinder, Gesellschafterinnen, Privatsekretäre, da ihre soziale Stellung über die der Dienstboten hinausgeht.

Aufwärtnerinnen, Friseurinnen, Krankenpflegerinnen, Lohndienerinnen, Näherinnen, Scheuerfrauen, Wäscherinnen usw. sind nur dann versicherungspflichtig, wenn sie zu einem oder mehreren Arbeitgebern in einem bestimmten Dienstverhältnis stehen, nicht aber, wenn sie nur vorübergehend bald da, bald hier kürzere Dienste leisten. Sie gelten dann als selbständige Gewerbetreibende.

Die unteren Verwaltungsbehörden haben über die Versicherungspflicht Auskunft zu erteilen.

[§§ 4 und 7 I. V. G.] Durch Bundesratsbeschluß können von der Versicherungspflicht befreit werden:

1. Personen, welche nur ganz vorübergehend Dienstleistungen verrichten. (Dies ist in wiederholten Fällen geschehen, z. B. für Hilfeleistung bei Unglücksfällen, bei Dienstleistung ausländischen Eisenbahnpersonals, bei Dienstleistung in Verpflegungsstationen, bei Personen, die berufsmäßig Lohnarbeit überhaupt nicht verrichten, wie Ehefrauen, Hausmädchen usw.)
2. Ausländer, welchen der Aufenthalt im Inlande nur für bestimmte Dauer gestattet ist. (Geschehen für polnische Arbeiter russischer und österreichischer Nationalität.)
3. pensionsberechtigzte Beamte, Lehrer und Erzieher von anderen nicht öffentlichen Körperschaften, Anstalten und Schulen. (Ist ebenfalls in verschiedenen Fällen geschehen.)

Invaldität f. Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes.

Inventuraufnahme f. Ausnahmen von der Sonntagsruhe.

Jahresarbeitsverdienst bei der Invalidenversicherung f. Lohnklassen bei derselben.

— im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes. [§ 10 Abs. 2 G. U. V. G.] Als Jahresarbeitsverdienst gilt, soweit sich derselbe nicht als

Gehalt oder Lohn aus mindestens wochenweise figurierten Beträgen zusammensetzt, das Dreihundertfache des durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes.

Ein 1500 Mark übersteigender Betrag kommt bei der Rentenberechnung nur mit $\frac{1}{8}$ zur Anrechnung.

Für versicherte Personen in Betrieben, in welchen die übliche Betriebsweise eine höhere oder niedrigere Zahl von Arbeitstagen ergibt, wird diese Zahl statt der Zahl 300 der Berechnung zu Grunde gelegt.

[§ 10 E. U. V. G.] Für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter gilt als Jahresarbeitsverdienst derjenige Betrag, den solche Arbeiter am Orte der Beschäftigung durch land- und forstwirtschaftliche Arbeiten jährlich durchschnittlich erzielen.

Der Betrag wird durch die höhere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der beteiligten Arbeiter und Unternehmer, und zwar je besonders für männliche und weibliche, jugendliche und erwachsene Arbeiter festgesetzt. Die Sätze werden in den Amtsblättern veröffentlicht.

Als Gehalt oder Lohn gelten auch Lantienen, Naturalien, Nebenbezüge (Gratifikationen, Weihnachtsgeschenke, Trinkgelder), welche den Versicherten, wenn auch nur gewohnheitsmäßig gewährt werden und ganz oder z. T. an die Stelle des Gehalts oder Lohnes treten. Der Wert von Naturalbezügen ist nach den von der unteren Verwaltungsbehörde festgesetzten Ortsdurchschnittspreisen zu berechnen. Selbst Freibier kann in gewissen Grenzen angerechnet werden.

Rentenbeträge aus früheren Unfällen, Krankengeld, Invalidenpension usw. sind nicht anrechnungsfähig. Ausnahmen sind bei Unfallrente zulässig (s. Feststellung der Entschädigungen bei der Unfallversicherung).

Die für die Rentenberechnung dienende Lohnzusammenstellung muß auch bei Akkordarbeiten genau das dem Unfall vorhergehende Jahr umfassen.

Wenn der Verletzte Wochen-, Monats- oder Quartalslohn bezog, so ergibt sich aus diesen Beträgen (zuzüglich etwaiger Nebenbezüge) ohne weiteres der Jahresverdienst. In anderen Fällen ist zunächst der durchschnittliche tägliche Arbeitsverdienst festzustellen. Dies ist der Gesamtbetrag der in dem betreffenden Jahr wirklich verdienten Löhne, geteilt durch die Anzahl der wirklichen Arbeitstage (nicht Arbeitsnichten). Der Tagesdurchschnittsverdienst ist dann in der Regel mit 300 zu multiplizieren. Nur wenn der Betrieb selbst oder Witterungseinflüsse eine ständige Beschäftigung von Arbeitern an 300 Tagen des Jahres regelmäßig nicht zulassen, darf die übliche geringere Zahl ange-

nommen werden (z. B. in Ziegeleien, Zuckerfabriken). Jedoch ist auf alle Fälle mindestens der 300fache Betrag des ortsüblichen Tagelohnes erwachsener Arbeiter zu Grunde zu legen.

Erfordert die übliche Betriebsweise regelmäßig eine höhere Zahl von Arbeitstagen (z. B. in Brauereien, Eisenbahnbetrieben), so muß diese höhere Zahl als Multiplikator angewandt werden.

War der Verletzte in dem Betriebe vor dem Unfall nicht ein volles Jahr beschäftigt, so ist die Rente nach demjenigen Jahresarbeitsverdienst zu berechnen, welchen während dieses Zeitraums versicherte Personen derselben Art im gleichen oder in benachbarten gleichartigen Betrieben bezogen haben. Ist dies nicht möglich, so ist der 300fache Betrag desjenigen Arbeitslohnes zu Grunde zu legen, welchen der Verletzte während des letzten Jahres vor dem Unfall an den Beschäftigungstagen durchschnittlich bezogen hat.

Das volle Jahr endigt mit dem Tage vor dem Unfall.

Bei gewerblich versicherten Personen, welche keinen oder weniger Lohn, als dem 300fachen Betrage des ortsüblichen, behördlich festgestellten Tagelohnes für erwachsene Arbeiter entspricht, beziehen, wird dieser Betrag als Jahresarbeitsverdienst angesehen. Sind sie noch unter 16 Jahren, so wird zunächst der 300fache Betrag des ortsüblichen Tageslohnes jugendlicher Arbeiter zu Grunde gelegt, welcher dann nach Vollendung des 16. Lebensjahres auf den für Erwachsene festgesetzten Betrag sich erhöht.

Den bei gewerblichen Betriebsunternehmern in Anrechnung kommenden Jahresarbeitsverdienst bestimmt das Statut der Berufsgenossenschaft. In der Regel wird der 1500 Mark übersteigende Betrag nur mit $\frac{1}{3}$ angerechnet.

Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten s. d.

— **der Handwerkskammern** s. d.

Jahresrechnung bei der Krankenversicherung s. Generalversammlung der Zwangskrankenkassen.

Jugendliche Arbeiter. Als jugendliche Arbeiter werden sowohl Kinder zwischen 13 und 14 Jahren als auch junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren, und zwar beiderlei Geschlechts bezeichnet.

Wegen der Beschäftigung von Kindern s. Kinderarbeit.

[§ 135 Abs. 3 G.D.] Junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren dürfen in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen (s. Fabrik im Sinne der Gewerbeordnung) nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden.

[§ 136 G. D.] Die Arbeitsstunden der jugendlichen Arbeiter dürfen nicht vor 5½ Uhr morgens beginnen und nicht über 8½ Uhr abends dauern (Verbot der Nacharbeit). Zwischen den Arbeitsstunden müssen an jedem Arbeitstage regelmäßige Pausen gewährt werden. Für jugendliche Arbeiter, welche nur 6 Stunden täglich beschäftigt werden, muß die Pause mindestens eine halbe Stunde betragen. Den übrigen jugendlichen Arbeitern muß mindestens mittags eine einstündige sowie vormittags und nachmittags je eine halbstündige Pause gewährt werden. Eine Vor- und Nachmittagspause braucht nicht gewährt zu werden, sofern die jugendlichen Arbeiter täglich nicht länger als acht Stunden beschäftigt werden, und die Dauer ihrer durch eine Pause nicht unterbrochenen Arbeitszeit am Vor- und Nachmittag je vier Stunden nicht übersteigt.

Während der Pausen darf den jugendlichen Arbeitern eine Beschäftigung in dem Fabrikbetriebe überhaupt nicht und der Aufenthalt in den Arbeitsräumen nur dann gestattet werden, wenn in denselben diejenigen Teile des Betriebes, in welchen jugendliche Arbeiter beschäftigt sind, für die Zeit der Pausen völlig eingestellt werden oder wenn der Aufenthalt im Freien nicht tunlich und andere geeignete Aufenthaltsräume ohne unverhältnismäßige Schwierigkeiten nicht beschafft werden können.

An Sonn- und Festtagen sowie während der von dem ordentlichen Seelforger für den Katechumen- und Konfirmanden-, Beicht- und Kommunionunterricht bestimmten Stunden dürfen jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden.

Für jugendliche Arbeiterinnen kommen noch die Bestimmungen des Sonnabendarbeitschlusses (s. d.) in Frage.

[§ 138 G. D.] Sollen jugendliche Arbeiter in Fabriken beschäftigt werden, so hat der Arbeitgeber vor dem Beginn der Beschäftigung der Ortspolizeibehörde eine schriftliche Anzeige hierüber zu machen.

In der Anzeige sind die Fabrik, die Wochentage, an welchen die Beschäftigung stattfinden soll, Beginn und Ende der Arbeitszeit und der Pausen sowie die Art der Beschäftigung anzugeben.

Eine Änderung hierin darf, abgesehen von Verschiebungen, welche durch Ersetzung behinderter Arbeiter für einzelne Arbeitsschichten notwendig werden, nicht erfolgen, bevor eine entsprechende weitere Anzeige der Behörde gemacht ist.

(s. auch Anzeigen der Unternehmer.)

In jeder Fabrik hat der Arbeitgeber dafür zu sorgen, daß in sämtlichen Arbeitsräumen, in welchen jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, an einer in die Augen fallende Stelle ein Ver-

zeichnis der jugendlichen Arbeiter unter Angabe ihrer Arbeitstage sowie des Beginns und Endes ihrer Arbeitszeit und der Pausen ausgehängt ist. Ebenso muß in den betreffenden Räumen eine Tafel ausgehängt sein, welche in einer von der Landeszentralbehörde bestimmten Fassung und in deutlicher Schrift einen Auszug aus den Bestimmungen über die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern enthält.

Verzeichnisse und Tafeln sind im Handel käuflich zu haben.
(s. auch Aushänge in Arbeitsräumen.)

Wegen der Ausnahmen von vorstehenden Bestimmungen s. Ausnahmen der Bestimmungen über die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen und Überarbeit von jugendlichen Arbeitern.

Für Motorwerkstätten (s. d.) gelten die gleichen Bestimmungen wie für Fabriken mit folgenden Ausnahmen.

In Motorwerkstätten, auch in Schleifer- und Polierwerkstätten, mit weniger als 10 Arbeitern, kann an Stelle der Vor- und Nachmittagspause eine 1½ stündige Mittagspause treten.

In Werkstätten mit Wasserbetrieb ist die Arbeit jugendlicher Arbeiter nur durch die Bestimmung beschränkt, daß keine Nacht- und Sonn- und Festtagsarbeit stattfinden darf, sowie, daß während des Katechumen-, Konfirmanden-, Beicht- und Kommunionunterrichts die Arbeit ruht.

In Motorwerkstätten des Handwerks (s. Motorwerkstätten) mit weniger als 10 Arbeitern gelten die für die übrigen Motorwerkstätten mit weniger als 10 Arbeitern bestehenden Vorschriften nur für jugendliche Arbeiterinnen, für jugendliche Arbeiter ist lediglich die Sonn- und Festtagsarbeit sowie die Beschäftigung während des Konfirmanden-, Beicht- usw. Unterrichts verboten.

Für Getreidemöhlen mit Dampf- oder Motorkraft und Windmöhlen gelten besondere Vorschriften, auf die hier nicht eingegangen werden soll. (Auskunft erteilt der Gewerbeinspektor.)

Für Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion (s. Konfektionswerkstätten) gelten die Bestimmungen für Fabriken, doch kann statt der Vor- und Nachmittagspause eine 1½ stündige Mittagspause gewährt werden.

Wegen der Anzeigen, Aushänge usw., bezüglich derer gleiche oder ähnliche Bestimmungen wie für Fabriken auch für Motor- und Konfektionswerkstätten gelten s. Anzeigen des Unternehmers und Aushänge in den Arbeitsräumen.

Betriebe des Handwerks ohne Motor sind in der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter an den Wochentagen unbeschränkt.

Soweit jugendliche Arbeiter in einem Lehrverhältnis stehen, gelten auch die Vorschriften für Lehrlinge für sie.

Wegen Strafen gegen Vergehen oder Übertretungen vorstehender Bestimmungen s. Strafbestimmungen der Gewerbeordnung.

(s. ferner verbotene Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern.)

Junge Leute im Sinne der Gewerbeordnung sind Personen vom 14. bis zum vollendeten 16. Lebensjahre.

(s. auch jugendliche Arbeiter.)

Kalendertafel s. Überarbeitsverzeichnis.

Kammern der Gewerbegerichte. Die Gewerbegerichte können zur rascheren und sachgemäßen Erledigung von Rechtsstreitigkeiten sich in verschiedene Kammern zerlegen, die jedesmal einen besonderen Vorstehenden nötig haben.

Kampagneindustrien sind solche Industrien, deren Betrieb auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt ist und während des übrigen Jahres ganz ruht. Zu ihnen zählen z. B. Rübenzucker-, Zichorien-, Kraut- und Fruchtkonservenfabriken, Fischräuchereien, Kaseinbleichereien, viele Ziegeleien, Tongrübereien und Torfstechereien.

In diesen Betrieben macht sich während der Kampagne regelmäßig das Bedürfnis geltend, die Arbeitszeit möglichst auszu dehnen, da die Rohstoffe sonst leicht verderben.

(s. auch Überarbeit von Arbeiterinnen.)

Kandidatenlisten zur Verhältnisswahl zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht s. Verhältnisswahl zu denselben.

Kapitalabfindungen bei der Unfallversicherung. [§ 95 G. U. V. G., § 101 L. U. V. G.] Die Berufsgenossenschaft kann bei einer Rente von 15 % der Vollrente und weniger den Berechtigten auf seinen Antrag durch eine entsprechende Kapitalabfindung abfinden.

Diese Abfindung ist unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Dauer des Rentenbezuges, des Lebensalters und der Körperbeschaffenheit des Rentenempfängers zu bemessen.

Der Verletzte hat jedoch auch bei erheblicher Verschlechterung seines Zustandes nach der Abfindung keinerlei Anspruch auf Rente mehr.

Gegen den Bescheid, durch welchen die Kapitalabfindung festgesetzt wird, ist Berufung beim Schiedsgericht zulässig. Dieses entscheidet endgültig.

Entschädigungsberechtigte Ausländer, die ihren Wohnsitz in Deutschland aufgeben, können auf ihren Antrag mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente abgefunden werden.

[§ 16 G. U. V. G., § 17 U. U. V. G.] Witwen werden bei der Wiederverheiratung mit 60 % des Jahresarbeitsverdienstes ihres verstorbenen Mannes abgefunden.

Kapitaldeckungsverfahren bei der Unfallversicherung. Dieses Verfahren findet ausnahmsweise (bisher nur bei der Tiefbauberufsgenossenschaft) anstatt des gewöhnlichen Umlageverfahrens (s. d.) bei Erhebung der Beiträge zur Unfallversicherung Anwendung.

Sein Wesen besteht darin, daß nicht nur der tatsächliche Bedarf des abgelaufenen Rechnungsjahres aufgebracht wird, sondern der ganze Kapitalwert der Renten, welche der Berufsgenossenschaft im betreffenden Jahre zur Last fielen.

Der Zweck des Verfahrens ist, bei einer Berufsgenossenschaft wie der Tiefbauberufsgenossenschaft mit ihrer so sehr schwankenden Mitgliederzahl und der oft nur auf kurze Zeit bestehenden Betriebe für eine gleichmäßigere Verteilung der Lasten und vor allem für hinreichende Sicherheit für die fortlaufenden Rentenzahlungen Sorge zu tragen.

Karenzzeit f. Konkurrenzklause.

- bei **Lehrlingen** f. Übergang des Lehrlings in einen anderen Beruf.
- bei **Zwangskrankenkassen**. [§ 26 Abs. 3 R. V. G.] Durch Kassenstatut kann bestimmt werden, daß für die über die gesetzliche Mindesthöhe hinausgehenden Leistungen das Anspruchsrecht erst nach Ablauf einer Karenzzeit beginnt. Diese darf den Zeitraum von 6 Monaten nicht überschreiten.

Kassenärzte bei der Krankenversicherung f. Bestimmung des Arztes bei der Krankenversicherung.

Kassenbeiträge zur Krankenversicherung f. Beiträge zu den Zwangskrankenkassen.

Kassenbuch bei der Krankenversicherung. Jedes Mitglied einer Krankenkasse erhält in der Regel ein Kassen- oder Quittungsbuch, dem die Statuten der Kasse vorgegedruckt sind.

Kassenstatut f. Statuten der Zwangskrankassen.

Kassenverbände bei der Krankenversicherung f. Vereinigung mehrerer Krankenkassen.

Kassenzwang bei der Krankenversicherung f. Arten der Krankenversicherung.

Kataster bei der Unfallversicherung f. Genossenschaftskataster bei der Unfallversicherung.

Kaufleute im Sinne des Kaufmannsgerichtsgesetzes. [§ 12 R. G. G.] Als solche gelten Kaufleute, welche mindestens einen Handlungs-

gehülften oder Handlungslehrling regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen.

[§ 14 R. G. G.] Ihnen gleich stehen die Mitglieder des Vorstandes einer Aktiengesellschaft oder eingetragenen Genossenschaft oder einer als Kaufmann geltenden juristischen Person sowie die Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Der Begriff des Kaufmanns im Sinne des Handelsgesetzbuches ist nach ganz anderen Gesichtspunkten festgelegt (s. Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches).

Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches [§ 1 H. G. B.] ist, wer ein Handelsgewerbe betreibt (s. Handelsgewerbe). Kaufmann ist danach jeder, der eines der dort genannten Gewerbe betreibt, sofern es über den Umfang des Handwerks hinausgeht. Solche Personen sind zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.

[§ 3 H. G. B.] Die Unternehmer von Nebenbetrieben der Land- und Forstwirtschaft sind zur Eintragung in das Handelsregister berechtigt aber nicht verpflichtet.

[§ 4 H. G. B.] Die Vorschriften über die Firmen, die Handelsbücher und die Prokura finden auf Handwerker (soweit sie überhaupt Kaufleute sind, d. h. ihr Betrieb über den gewöhnlichen Umfang des Handwerks hinausgeht) sowie auf Personen, deren Gewerbebetrieb den Umfang des Kleingewerbes nicht übersteigt, keine Anwendung. Man nennt solche Personen *Minderkaufleute* im Gegensatz zu den *Vollkaufleuten*, für die alle obigen Vorschriften gelten.

Kaufmannsgerichte. Die Kaufmannsgerichte sind dem gleichen Bedürfnisse entsprungen wie die Gewerbegerichte; sie sollen Streitigkeiten aus dem Dienst- oder Lehrverhältnisse zwischen Kaufleuten einerseits und ihren Handlungsgehülften und Lehrlingen andererseits auf schnelle und billige Weise unter Mitwirkung der beteiligten Kreise entscheiden. Die Einrichtung, Begrenzung der Befugnisse, das Verfahren usw. der Kaufmannsgerichte ist im allgemeinen den Gewerbegerichten nachgebildet, ein wesentlicher Unterschied besteht nur in der Art, wie die Beisitzer gewählt werden. Es ist hierfür obligatorisch das System der Verhältniswahl vorgeschrieben, während dies bei den Gewerbegerichten nur freigestellt ist und verhältnismäßig sehr wenig angewandt wird.

[§ 4 R. G. G.] Auf Handlungsgehülften, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt den Betrag von 5000 Mk. übersteigt, sowie auf die in Apotheken beschäftigten Gehülften und Lehrlinge finden die Vorschriften des Gesetzes keine Anwendung.

Kaufmannsgerichtsgesetz. Das Gesetz betreffend Kaufmannsgerichte vom 6. Juli 1904 ist mit dem 1. Januar 1905 in Kraft getreten. Es dient gleichen Zwecken wie das Gewerbegerichtsgesetz und schließt sich diesem nach Inhalt und Form fast völlig an. Ein wesentlicher Unterschied besteht nur in der Art der Wahlen der Beisitzer, die nach dem System der Verhältniswahlen gewählt werden müssen, während das Gewerbegerichtsgesetz dies Verfahren nicht obligatorisch vorschreibt sondern nur freistellt.

Kaution von Betriebsbeamten s. Lohninbehaltungen.

Kesselerplosionen. Von jeder vorkommenden Kesselerplosion hat der Kesselbesitzer oder dessen Stellvertreter sofort dem Gewerbeinspektor, wenn er Mitglied eines Dampfkesselrevisionsvereins ist, auch diesem, Anzeige zu erstatten.

Eine Kesselerplosion liegt dann vor, wenn die Wandung des Kessels eine Trennung in solchem Umfange erleidet, daß durch Ausströmen von Wasser und Dampf ein plötzlicher Spannungsausgleich stattfindet.

Kesselprüfer. Es sind das bei privaten Kesseln in der Regel die Ingenieure des betreffenden Dampfkesselrevisionsvereins. Die Gewerbeaufsichtsbeamten prüfen meistens nur noch die fiskalischen Kessel. Im Bergbau und verwandten Betrieben sind die Bergrevierbeamten zuständig.

Kesselüberwachung s. Prüfungen der Dampfkesseln.

Kinder im Sinne der Gewerbeordnung. Als Kinder gelten nach der Gewerbeordnung, soweit danach ihre Beschäftigung in Fabriken usw. zulässig ist, die jugendlichen nicht mehr schulpflichtigen Personen bis zum vollendeten 14. Lebensjahre. Andererseits unterscheidet sie Kinder, die noch der Schulpflicht unterliegen und die unter Umständen auch älter als 14 Jahre sein können.

(s. auch Kinder im Sinne des Kinderschutzgesetzes und Kinderarbeit.)

— **im Sinne des Kinderschutzgesetzes.** [§ 2 R. G. G.] Als Kinder gelten Knaben und Mädchen unter 13 Jahren und solche Knaben und Mädchen über 13 Jahre, welche noch zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind. Es können das eventuell auch noch Personen sein, die schon das 14. Lebensjahr vollendet haben.

Das Gesetz unterscheidet ferner zwischen eigenen und fremden Kindern.

[§ 3 R. G. G.] Als eigene Kinder gelten:

1. Kinder, die mit demjenigen, welcher sie beschäftigt, oder mit dessen Ehegatten bis zum dritten Grade verwandt sind;

2. Kinder, die von demjenigen, welcher sie beschäftigt, oder dessen Ehegatten an Kindesstatt angenommen und bevormundet sind;
3. Kinder, die demjenigen, welcher sie zugleich mit Kindern der unter 1 oder 2 bezeichneten Art beschäftigt, zur gesetzlichen Zwangserziehung (Fürsorgenerziehung) überwiesen sind.

In allen drei Fällen, sofern die Kinder zu dem Hausstande desjenigen gehören, welcher sie beschäftigt.

Kinder, welche hiernach nicht als eigene Kinder anzusehen sind, gelten als fremde Kinder.

Die Vorschriften über die Beschäftigung von eigenen Kindern gelten auch dann, wenn dieselben in der Wohnung oder Werkstätte einer Person, zu der sie in einem der oben bezeichneten Verhältnisse stehen und zu deren Hausstande sie gehören, für Dritte beschäftigt werden.

Das Kinderschutzgesetz behandelt also kurz gesagt die gewerbliche Beschäftigung aller schulpflichtigen Kinder, während die Gewerbeordnung sich auch mit der Beschäftigung nicht mehr schulpflichtiger Kinder befaßt (s. Kinder im Sinne der Gewerbeordnung.).

Kinderarbeit. [§ 135 G. G.] Für Fabriken und diesen gleichgestellte Anlagen (s. Fabrik im Sinne der Gewerbeordnung) gelten zunächst folgende Bestimmungen:

Kinder unter 13 Jahren dürfen nicht beschäftigt werden; Kinder über 13 Jahre nur dann, wenn sie, wie in Bayern, nicht mehr zum Besuch der Volksschule verpflichtet sind.

Die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren darf die Dauer von 6 Stunden täglich nicht überschreiten.

[§ 136 G. D.] Die Arbeitsstunden der Kinder dürfen nicht vor 5½ Uhr morgens beginnen und nicht über 8½ Uhr abends dauern. Nachtarbeit ist also verboten.

Zwischen den Arbeitsstunden müssen an jedem Arbeitstage regelmäßige Pausen gewährt werden, und zwar mindestens eine Pause von halbstündiger Dauer.

(Wegen der näheren Bestimmungen über Anzeige der Beschäftigung von Kindern, der notwendigen Aushänge und Verzeichnisse, der Sonntagsarbeit, der Ausnahmen usw. s. jugendliche Arbeiter, sowie Anzeigen der Betriebsunternehmer und Aushänge in den Arbeitsräumen.)

Für Motowerkstätten (s. d.) greifen besondere Bestimmungen Platz:

Die Art der zur Arbeit zugelassenen Kinder ist dieselbe wie bei Fabriken. Die Zeit und Dauer der täglichen Arbeitszeit gleicht derjenigen der jugendlichen Arbeiter (s. d.). Ausgenommen sind allein die Schleifer- und Polierer-

werkstätten der Glas-, Stein- und Metallverarbeitung, wo die Kinderarbeit 6 Stunden täglich nicht übersteigen darf.

Bei den Konfektionswerkstätten (s. d.) gelten bezüglich der Kinderarbeit die gleichen Bestimmungen wie für Fabriken.

Wegen Überarbeit der Kinder s. Überarbeit von jugendlichen Arbeitern.

Nach dem Kinderschutzgesetz ist die Beschäftigung fremder wie eigener Kinder (s. Kinder im Sinne des Kinderschutzgesetzes) in einer ganzen Reihe von Gewerbsarten völlig verboten (s. verbotene Kinderarbeit).

[§§ 5 u. 8 R. S. G.] Die Beschäftigung fremder Kinder regelt sich im übrigen folgendermaßen:

Im Betriebe von Werkstätten (s. Werkstätte im Sinne des Kinderschutzgesetzes), in denen die Beschäftigung von Kindern nicht verboten ist (s. verbotene Kinderarbeit), im Handelsgewerbe und in Verkehrsgewerben sowie beim Austragen von Waren und bei sonstigen Botengängen in allen Gewerben dürfen fremde Kinder unter 12 Jahren nicht beschäftigt werden. Bezüglich des Austragens von Waren und der Botengänge sind jedoch für die ersten zwei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes Ausnahmen zulässig, die die untere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Schulaufsichtsbehörde gestatten kann (Näheres s. weiter unten).

[§ 7 R. S. G.] Im Betriebe von Gast- und Schankwirtschaften dürfen fremde Kinder unter 12 Jahren überhaupt nicht und Mädchen nicht bei der Bedienung der Gäste beschäftigt werden.

[§ 5 Abs. 2 R. S. G.] Die Beschäftigung von fremden Kindern über 12 Jahren darf nicht in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens und nicht vor dem Vormittagsunterrichte stattfinden. Sie darf nicht länger als drei Stunden und während der von der zuständigen Behörde bestimmten Schulferien nicht länger als vier Stunden täglich dauern. Um Mittag ist den Kindern eine mindestens zweistündige Pause zu gewähren. Am Nachmittage darf die Beschäftigung erst eine Stunde nach beendetem Unterrichte beginnen.

[§ 8 Abs. 2 R. S. G.] Beim Austragen von Waren und bei sonstigen Botengängen kann die untere Verwaltungsbehörde für ihren Bezirk oder einzelne Teile desselben allgemein oder für einzelne Gewerbszweige in den ersten beiden Jahren seit Inkrafttreten des Gesetzes gestatten, daß die Beschäftigung von fremden Kindern über 12 Jahren bereits von 6½ Uhr morgens an und vor dem

Vormittagsunterricht stattfindet, jedoch darf sie vor dem Unterricht nicht länger als eine Stunde dauern.

Wegen der Sonntagsruhe für Kinderarbeit, der Anzeige der Beschäftigung von Kindern und der notwendigen Arbeitskarte f. Sonntagsruhe für Kinderarbeit und Arbeitskarte.

Die Beschäftigung eigener Kinder unterliegt folgenden Beschränkungen:

[§ 13 R. G. G.] Im Betriebe von Werkstätten, in denen die Beschäftigung von Kindern nicht verboten ist, im Handelsgewerbe und in Verkehrsgewerben dürfen eigene Kinder unter 10 Jahren überhaupt nicht, eigene Kinder über 10 Jahre nicht in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens und nicht vor dem Vormittagsunterrichte beschäftigt werden. Um Mittag ist den Kindern eine mindestens zweistündige Pause zu gewähren. Am Nachmittage darf die Beschäftigung erst eine Stunde nach beendetem Unterrichte beginnen.

Eigene Kinder unter 12 Jahren dürfen in der Wohnung oder Werkstätte der Person, zu der sie im Verhältnis der eigenen Kinder stehen, nicht für Dritte beschäftigt werden. Das heißt also, daß Eltern usw. ihre Kinder nur dann in ihrer Wohnung für Dritte arbeiten lassen dürfen, wenn die Kinder das zwölfte Lebensjahr überschritten haben.

[§ 14 Abs. 2 R. G. G.] Der Bundesrat kann jedoch für das Verbot der Beschäftigung eigener Kinder unter 10 Jahren Ausnahmen zulassen, sofern die Kinder mit besonders leichten und ihrem Alter angemessenen Arbeiten beschäftigt werden; die Beschäftigung darf nicht in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens stattfinden; um Mittag ist den Kindern eine mindestens zweistündige Pause zu gewähren; am Nachmittage darf die Beschäftigung erst eine Stunde nach beendetem Unterrichte beginnen. Die Ausnahmegestimmungen können allgemein oder für einzelne Bezirke erlassen werden und es ist dies in zahlreichen Fällen namentlich im Interesse der Hausindustrie auch geschehen.

[§ 16 R. G. G.] Im Betriebe von Gast- und Schankwirtschaften dürfen eigene Kinder unter 12 Jahren überhaupt nicht und Mädchen nicht bei der Bedienung der Gäste beschäftigt werden. Die untere Verwaltungsbehörde ist befugt, nach Anhörung der Schulaufsichtsbehörde in Orten, welche nach der jeweilig letzten Volkszählung weniger als 20000 Einwohner haben, für Betriebe, in welchen in der Regel ausschließlich zur Familie des Arbeitgebers gehörige Personen beschäftigt werden, Ausnahmen zuzulassen.

Wegen der Dauer der Beschäftigung und der Pausen gelten die Bestimmungen wie für Werkstätten (s. oben).

[§ 17 R. S. G.] Wenn die Beschäftigung von eigenen Kindern beim Austragen von Zeitungen, Milch und Backwaren für Dritte erfolgt, so finden die Bestimmungen, wie sie für fremde Kinder gelten, Anwendung.

Im übrigen ist die Beschäftigung von eigenen Kindern beim Austragen von Waren und bei sonstigen Botengängen gestattet. Durch Polizeiverordnungen der zum Erlasse solcher berechtigten Behörden kann die Beschäftigung beschränkt werden.

[§ 20 R. S. G.] Die zuständigen Polizeibehörden können auch an sich zulässige Beschäftigungen von Kindern für einzelne Kinder auf Antrag oder nach Anhörung der Schulaufsichtsbehörde beschränken oder ganz untersagen, wenn sich erhebliche Mißstände ergeben haben.

Wegen der Übertretungen s. Strafbestimmungen der Gewerbeordnung und des Kinderschutzgesetzes.

Kinderkonfektion s. Konfektionswerkstätten

Kinderrente bei der Unfallversicherung s. Hinterbliebenenrente bei der Unfallversicherung.

Kinderschutzgesetz. Dasselbe ist am 30. März 1903 erlassen und am 1. Januar 1904 in Kraft getreten.

Es geht über die Bestimmungen der Gewerbeordnung, die lediglich die Kinderarbeit in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen sowie in gewissen Werkstätten (Motowerkstätten, Konfektionswerkstätten) regeln, hinaus und umfaßt die gesamte übrige gewerbliche Tätigkeit von Kindern, soweit sie noch der Schulpflicht unterliegen. Es greift auch im Gegensatz zur Gewerbeordnung in die Hausindustrie und den Familienbetrieb zum Teil ziemlich weitgehend ein.

Der Zweck des Gesetzes ist, der mißbräuchlichen Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft und der dadurch entstehenden Schädigung der Entwicklung des Kindes durch unvernünftige und gleichgültige Eltern und durch gewissenlose Arbeitgeber vorzubeugen.

Mit diesem Gesetz steht Deutschland in bezug auf den Kinderschutz an der Spitze aller Kulturstaaen.

(s. Kinder im Sinne des Kinderschutzgesetzes und Kinderarbeit.)

Klage vor dem Gewerbes und Kaufmannsgericht. [§ 36 G. G. G.] Die Klage wird schriftlich eingereicht oder mündlich zu Protokoll des Gerichtschreibers angebracht. Der Vorsitzende hat alsdann einen möglichst nahen Termin zur Verhandlung anzusetzen.

Die Klage gilt in der Regel erst mit der Zustellung an den Beklagten als erhoben.

[§ 37 G. G. G.] An ordentlichen Gerichtstagen (f. d.) kann die Klageerhebung auch durch mündlichen Vortrag derselben erfolgen. Die Klage ist zu Protokoll zu nehmen, falls die Sache streitig bleibt.

Zur Gültigkeit der schriftlichen Klage muß dieselbe enthalten:

1. die Bezeichnung der Parteien und des Gerichts;
2. die bestimmte Angabe des Gegenstandes und Grundes des erhobenen Anspruchs sowie einen bestimmten Antrag.

Ferner empfiehlt es sich, die Angabe der zu Begründung der Anklage dienenden tatsächlichen Verhältnisse und Beweismittel, deren sich der Kläger bedienen will, beizufügen.

Klage vor dem Innungsschiedsgericht f. d.

— gegen polizeiliche Verfügungen f. d.

Klebekarte f. Quittungskarte.

Kleiderablagen f. Umkleideräume.

Knabenkonfektion f. Konfektionswerkstätten.

Knappschaftskassen [§ 74 R. V. G.] sind auf Grund der berggesetzlichen Bestimmungen als Krankenkassen für die Bergarbeiter errichtet und müssen die Mindestleistungen der Betriebskassen aufweisen.

Koalitionsfreiheit f. Koalitionsrecht.

Koalitionsrecht. [§ 152 G. D.] Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehülfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, sind aufgehoben. Es darf sich dabei aber nur um Verabredungen usw. handeln, welche die Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Zukunft erstreben.

Jedem Teilnehmer steht der Rücktritt von solchen Vereinigungen und Verabredungen frei, und es findet aus letzteren weder Klage noch Einrede statt.

Hiernach sind also Streiks, Ausstände und andererseits Aussperrungen ohne weiteres zulässig.

Das Koalitionsrecht unterliegt aber gewissen Beschränkungen:

[§ 153 G. D.] Wer Andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohung, durch Ehrverletzung oder durch Verurtheilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen Teil zu nehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder Andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen

Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt. Insbesondere können gegebenenfalls die §§ 240, 241 (Nötigung) und die §§ 253, 254 (Erpressung) des Reichsstrafgesetzbuches zur Anwendung kommen.

Kommissar bei der Handwerkskammer. [§ 103h G.D.] Derselbe wird von der Aufsichtsbehörde (s. d.) bestellt und ist zu jeder Sitzung der Handwerkskammer, ihres Vorstandes und der Ausschüsse einzuladen. Er muß auf Verlangen jederzeit gehört werden.

Der Kommissar kann jederzeit von den Schriftstücken der Handwerkskammer Einsicht nehmen, Gegenstände zur Beratung stellen und die Einberufung der Handwerkskammer und ihrer Organe verlangen. Er kann Beschlüsse der Handwerkskammer und ihrer Organe, welche deren Befugnisse überschreiten oder die Gesetze verletzen, mit aufschiebender Wirkung beanstanden. Über die Beanstandung entscheidet nach Anhörung der Handwerkskammer oder ihrer Organe die Aufsichtsbehörde.

Kompensation s. Aufrechnung des Lohnes.

Königliche Gewerbegerichte. Im Rheinland bestanden noch aus französischer Zeit Sondergerichte, die zuerst den Namen „Fabrikengerichte“ und „Räte der Gewerbeverständigen“ führten, später mit dem Titel „Königliche Gewerbegerichte in der Rheinprovinz“ belehnt wurden. Sie wurden durch die reichsgesetzliche Einführung der Gewerbegerichte nicht aufgehoben, sondern in ihrer Zusammensetzung und Tätigkeit denselben nur angepaßt. Es bestehen jedoch noch einige Sonderbestimmungen für dieselben:

Zunächst wird der Vorsitzende und seine Stellvertreter nicht gewählt, sondern entsprechend der staatlichen Regelung des ganzen Gerichtes von dem Regierungspräsidenten ernannt. Das gleiche geschieht für die Beisitzer bei Nichtzustandekommen von Wahlen. Der Gerichtsschreiber nimmt gleichfalls eine etwas andere Stellung als bei den gewöhnlichen Gewerbegerichten ein.

Wichtig ist die Bildung von Vergleichskammern, die in der Besetzung von 2 Mitgliedern, von denen der eine ein Arbeitgeber, der andere ein Arbeiter sein muß, also ohne den Vorsitzenden verhandeln. Diese Vergleichskammern haben den Zweck, die zur Zuständigkeit des Gewerbegerichts gehörenden Streitigkeiten wenn möglich im Wege der gütlichen Vermittelung zu erledigen. Der Versuch einer solchen muß jeder Klage vorausgehen.

Das eigentliche Verfahren vor dem Gericht ist ganz gleich demjenigen vor den reichsgesetzlichen Gewerbegerichten.

Nur die Verhandlung vor dem Vorsitzenden allein kann nicht mehr stattfinden, statt dessen treten ja die Vergleichskammern ein.

Die Kosten der Königlichen Gewerbegerichte werden nur zu einem Teil von den Gemeinden getragen, der andere durch Zuschläge zur Gewerbesteuer von den wahlberechtigten Gewerbetreibenden des Bezirks aufgebracht.

Zur Zeit bestehen 10 Königliche Gewerbegerichte, sämtlich in Städten der Rheinprovinz.

Konfektionswerkstätten. Die für Fabriken geltenden Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und von Arbeiterinnen sind durch Beschluß des Bundesrats mit einigen Abweichungen (s. unten) auf die Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion ausgedehnt worden.

Als solche gelten Werkstätten, in denen:

1. die Anfertigung oder Bearbeitung von Männer- und Knabenkleidern (Röcken, Hosen, Westen, Mänteln und dergleichen) im großen erfolgt (Herren- und Knabenkonfektion, Herren- und Knabenmaßschneiderei ist also ausgenommen);
2. Frauen- und Kinderkleidung (Mäntel, Kleider, Umhänge und dergleichen) im großen oder auf Bestellung nach Maß für den persönlichen Bedarf der Besteller angefertigt oder bearbeitet wird (Damen- und Kinderkonfektion und Damenmaßschneiderei, auch größere Änderungsarbeiten);
3. Frauen- und Kinderhüte besetzt (garniert) werden (Putzmacherei, Putzstuben);
4. die Anfertigung oder Bearbeitung von weißer und bunter Wäsche im großen erfolgt (Wäschekonfektion).

Die Bezeichnung „im großen“ bedeutet nicht, daß die Herstellung in großem Umfange erfolgen muß. Vielmehr liegt eine Herstellung „im großen“ dann vor, wenn ein Unternehmer, der die fertige Ware in den Handel bringen will, solche in gleichartigen Stücken und nach normalen Maßen in größeren Mengen, etwa hundweise, herstellen läßt, wobei es gleichgültig ist, ob diese Herstellung in verschiedenen Werkstätten, etwa bei einzelnen Zwischenmeistern, erfolgt.

Die Bestimmungen gelten für alle Werkstätten, in denen auch nur vorübergehend eine fremde Person beschäftigt wird, nicht aber für solche, in denen der Arbeitgeber ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt. Die Arbeitsstuben der Zwischenmeister sind also eingeschlossen, nicht aber die Werkstätten der eigentlichen Heimarbeiter, soweit sie allein oder nur mit Familienmitgliedern arbeiten.

Die Bestimmungen für Konfektionswerkstätten weichen von denen für Fabriken (f. Kinderarbeit, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen) in folgender Hinsicht ab:

In der vorgeschriebenen Anzeige ist nur die Angabe der Werkstätte erforderlich.

Jugendlichen Arbeitern braucht keine Vor- und Nachmittagspause gewährt zu werden, wenn ihre Mittagspause mindestens 1 1/2 Stunde dauert.

Die erwachsenen Arbeiterinnen dürfen an 60 Tagen im Jahre, auch an den Vorabenden der Sonn- und Festtage Überarbeit bis zu 13 Stunden täglich und bis 10 Uhr abends machen, die auf einer Überarbeitstafel zu verzeichnen ist (f. Überarbeitverzeichnis).

Anderweitige Überarbeit kann im Gegensatz zu den Fabriken nicht genehmigt werden.

Wegen der abweichenden Aushänge f. Aushänge in Arbeitsräumen.

Konkurrenzklause!el. [§ 133f G.D.] Eine Vereinbarung zwischen dem Gewerbeunternehmer und einem Betriebsbeamten zc., durch die der Angestellte für die Zeit nach der Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird, ist für den Angestellten nur insoweit verbindlich, als die Beschränkung nach Zeit, Ort und Gegenstand nicht die Grenzen überschreitet, durch welche eine unbillige Erschwerung seines Fortkommens ausgeschlossen wird.

Die Vereinbarung ist nichtig, wenn der Angestellte zur Zeit des Abschlusses minderjährig ist.

[§ 74 H. G. B.] Diese Bestimmungen gelten auch für Vereinbarungen zwischen Prinzipalen und Handlungsgehilfen, nur kommt hier noch hinzu, daß die Beschränkung sich nicht auf einen Zeitraum von mehr als 3 Jahren von der Beendigung des Dienstverhältnisses an beschränken darf.

Für gewöhnliche gewerbliche Arbeiter kommt die Konkurrenzklause!el also nicht in Frage. Diese selbst soll verhindern, daß der Betriebsbeamte, Werkmeister usw. die Erfahrungen, die er in dem Betriebe des Gewerbeunternehmers gesammelt hat, nach Beendigung des Dienstverhältnisses zum Nachteil desselben, etwa durch Gründung eines Konkurrenzunternehmens oder Annahme einer Stellung bei einem Konkurrenten, verwertet. Die Verbindlichkeit dieser Klause!el unterliegt aber gewissen Begrenzungen, die oben bereits angeführt sind. Insbesondere wird auch die Zeit, für welche das Konkurrenzverbot gilt (Karenzzeit), die bei Handlungsgehilfen auf 3 Jahre beschränkt ist, auch bei Betriebsbeamten nur von ähnlicher Dauer sein können. Auch ist

die Bestimmung des § 157 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu berücksichtigen, wonach Verträge so auszulegen sind, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern. Im Streitfalle wird das Gericht jedesmal die Gültigkeit und Berechtigung der Konkurrenzklausel genau zu prüfen haben.

[§ 75 H. G. B.] Weiter kommt bezüglich der Konkurrenzklausel für Handlungsgehilfen noch in Betracht:

Gibt der Prinzipal durch vertragswidriges Verhalten dem Handlungsgehilfen Grund, das Dienstverhältnis aufzulösen (s. Austritt von Handlungsgehilfen), so kann er aus einer Konkurrenzklausel Ansprüche nicht geltend machen. Das gleiche gilt, wenn der Prinzipal das Dienstverhältnis kündigt, es sei denn, daß für die Kündigung ein erheblicher Anlaß vorliegt, den er nicht verschuldet hat, oder daß während der Dauer der Beschränkung dem Handlungsgehilfen das zuletzt von ihm bezogene Gehalt fortgezahlt wird.

Hat der Handlungsgehilfe für den Fall, daß er die in der Vereinbarung übernommene Verpflichtung nicht erfüllt, eine Strafe versprochen, so kann der Prinzipal nur die verwirkte Strafe verlangen; der Anspruch auf Erfüllung oder auf Ersatz eines weiteren Schadens ist ausgeschlossen. Die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Herabsetzung einer unverhältnismäßig hohen Vertragsstrafe bleiben unberührt.

Vereinbarungen, welche diesen Vorschriften zuwiderlaufen, sind nichtig.

Für Betriebsbeamte usw. ist eine derartige Einschränkung selbst bei einer durch Verschulden des Arbeitgebers veranlaßten Auflösung des Vertrages nicht festgesetzt.

Konkurs einer freien Innung s. Schließung derselben.

— **Bei der Krankenversicherung** s. Vorzugsrecht für rückständige Beiträge zur Krankenversicherung.

Konstruktionsprüfung eines Dampfkessels s. Prüfungen derselben.

Konsumvereine s. Sonntagruhe im Handelsgewerbe.

Konten für die Invalidenversicherung s. Sammelkarten für dieselbe.

Kontorarbeit am Sonntage s. Sonntagruhe im Handelsgewerbe.

Kontraktbruch. Kontraktbruch ist an sich nicht strafbar, begründet aber Entschädigungsansprüche und -pflichten.

[§ 124b G. D.] Hat ein Arbeiter rechtswidrig die Arbeit verlassen, so kann der Arbeitgeber als Entschädigung für den Tag des Vertragsbruches und jeden folgenden Tag der vertrags- oder gesetzmäßigen Arbeitszeit, höchstens aber für eine Woche, den Betrag des ortsüblichen Tagelohnes (s. d.) im Sinne des

Krankenversicherungsgesetzes verlangen, ohne den Schaden noch besonders nachweisen zu müssen.

Dieser Betrag ist als Konventionalstrafe anzusehen. Zur Sicherung dieser Forderung sind dem Arbeitgeber Lohnneinbehalten gestattet, die jedoch an bestimmte Vorschriften gebunden sind (s. Lohnneinbehalten), ebenso kann er Lohnverwirkung eintreten lassen (s. Verwirkung des Arbeitslohnes).

Bezüglich des Verlangen nach einer Kaution von Betriebsbeamten und Handlungsgehilfen unterliegt der Arbeitgeber keinen Beschränkungen.

Durch die Geltendmachung obiger Forderung nach einer Entschädigung wird der Anspruch auf Erfüllung des Vertrages und auf weiteren Schadenersatz ausgeschlossen.

Dasselbe Recht auf Entschädigung wegen Kontraktbruches steht dem Arbeiter zu, wenn er zu Unrecht vor rechtmäßiger Beendigung des Arbeitsverhältnisses entlassen ist.

Der Anspruch auf Entschädigung muß vor dem Gewerbegericht erhoben werden.

Die Vorschriften erstrecken sich auch auf Betriebsbeamte zc.

Vorstehende Bestimmungen gelten jedoch nicht für gewerbliche Betriebe, für die gesetzlich eine Arbeitsordnung vorgeschrieben ist (Fabriken und gleichgestellte Anlagen mit regelmäßig mehr als 20 Arbeitern).

Für die Inhaber derartiger Fabriken liegt die Notwendigkeit vor, wenn sie für den Fall des Kontraktbruches der Arbeiter feste Entschädigungen im Sinne obiger Vorschriften wünschen, sich solche besonders auszubedingen. Sie können sie auch nur in Form von Lohnverwirkungen geltend machen (s. Verwirkung des Arbeitslohnes und Lohnneinbehalten).

Arbeitgeber sowohl wie Arbeiter haben die Wahl, entweder sich obigen Rechtes zu bedienen, was dann jeden weiteren Schadenersatzanspruch ausschließt, oder sie können die Ersatzansprüche, dann aber nur unter genauer Begründung des aus dem Vertragsbruch erwachsenen Schadens nach Maßgabe des Bürgerlichen Gesetzbuches (§§ 249, 251, 252, 280, 628 Abs. 2, 615) geltend machen.

Wenn der Arbeitgeber, was ihm unbenommen bleibt, vertraglich eine Geldstrafe für Kontraktbruch ausbedungen hat (Konventionalstrafe), so kann er, wenn er diese einklagt, von obigem Recht, für höchstens eine Woche ohne Nachweis des Schadens Entschädigung in dort begrenzter Höhe zu verlangen, nicht Gebrauch machen. Eine derartige Strafe kann übrigens,

wenn sie unverhältnismäßig hoch ist, durch den Richter gemäß § 343 des Bürgerlichen Gesetzbuches auf einen angemessenen Betrag herabgesetzt werden.

Auch das unbefugte Verlassen der Lehre seitens des Lehrlings oder das gesetzwidrige Verhalten des Lehrherrn, das zur vorzeitigen Auflösung des Lehrvertrages führt, ist als Kontraktbruch aufzufassen. Eine Entschädigung deshalb (i. Entschädigung wegen Auflösung des Lehrverhältnisses) kann nur verlangt werden, wenn der Lehrvertrag schriftlich abgeschlossen war.

Bei Kontraktbruch seitens der Handlungsgehilfen und deren Prinzipale bewendet es bezüglich des Schadensersatzes bei den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Auch die Verleitung zum Kontraktbruch bedingt Schadensersatzpflicht. Es heißt in der Gewerbeordnung:

[§ 125 G.O.] Ein Arbeitgeber, welcher einen Arbeiter verleitet, vor rechtmäßiger Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Arbeit zu verlassen, ist dem früheren Arbeitgeber für den entstandenen Schaden oder den oben bezeichneten Betrag mit haftbar. Ebenso haftet ein Arbeitgeber, welcher einen Arbeiter annimmt, von dem er weiß, daß derselbe einem anderen Arbeitgeber noch zur Arbeit verpflichtet war.

Ebenso macht sich in gleichem Umfange Schadensersatzpflichtig, wer wissentlich einen kontraktbrüchigen Arbeiter während der Dauer seiner anderweitigen Verpflichtung weiter beschäftigt, es sei denn, daß seit der unrechtmäßigen Lösung des Dienstverhältnisses bereits 14 Tage verflossen sind.

Die Bestimmung gilt auch für Betriebsbeamten etc. sowie für Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende, dagegen nicht für Handlungsgehilfen und Bergarbeiter, desgleichen nicht für Lehrlinge, für die die Entschädigung wegen Verleitung zum Bruch des Lehrvertrages besonders geregelt ist (i. Entschädigung wegen Auflösung des Lehrverhältnisses).

Kontrolle der Invalidenversicherung. [§ 161 Abs. 2 I. B.G.] Die Arbeitgeber sind verpflichtet, über die Zahl der von ihnen beschäftigten Personen, über die gezahlten Löhne und Gehälter und über die Dauer der Beschäftigung den Beauftragten der Versicherungsanstalt sowie den die Kontrolle ausübenden anderen Beamten auf Verlangen Auskunft zu erteilen und ihnen ihre Geschäftsbücher und Lohnlisten zur Einsicht vorzulegen.

Ebenso sind die Versicherten zur Auskunftserteilung über Ort und Dauer ihrer Beschäftigung verpflichtet.

Die Versicherungsanstalten haben die vollständige und ordnungsmäßige Leistung der Beiträge regelmäßig zu überwachen. Sie haben zu diesem Zwecke meistens besondere Beamte eingesetzt, denen außer der Kontrolle der Quittungskarten häufig auch noch andere Aufgaben, wie Ermittlungen in Rentenstreitfällen, Kontrolle der Invalidenrenten, Überwachung erzielter Heilerfolge usw. übertragen sind.

Kontrolle des Kinderschutzes. Diese obliegt neben den Polizeibehörden den Gewerbeaufsichtsbeamten (s. d.) nach besonderer landesbehördlicher Regelung.

In Privatwohnungen, in denen ausschließlich eigene Kinder beschäftigt werden, dürfen Revisionen während der Nachtzeit nur stattfinden, wenn Tatsachen vorliegen, welche den Verdacht der Nachtbeschäftigung dieser Kinder begründen.

Im übrigen sind also auch Revisionen während der Nacht in Wohnungen zulässig.

Konventionstrafen s. Kontraktbruch.

— vor dem **Gewerbe- und Kaufmannsgericht** s. Zuständigkeit derselben.

Konzession. [§§ 30, 32, 33a und b, 34 G. D.] Einer Konzession bedürfen:

Unternehmer von Privattranken-, Entbindungs- und Irrenanstalten, Personen, die gewerbsmäßig theatrale Aufführungen niederer Art öffentlich veranstalten, Gast- und Schankwirte, Kleinhändler mit Branntwein, Pfandleiher usw. und der öffentliche Vertrieb von Druckschriften.

Eine Anzahl Gewerbe ist der Regelung durch die Ortspolizeibehörde unterstellt. Z. B. Dienstmännerwesen, Droschken-, Omnibus- und Straßenbahnwesen, Gesinde- und Stellenvermittlung, Auktionswesen usw.

(s. auch genehmigungspflichtige Anlagen.)

— eines **Dampfkessels** s. Genehmigung desselben.

Kosten bei Anträgen auf Errichtung genehmigungspflichtiger Anlagen. [§ 22 G. D.] Die durch unbegründete Einwendungen erwachsenden Kosten fallen dem Widersprechenden zur Last, alle übrigen Kosten des Verfahrens dem Antragsteller.

— der **Dampffahrunterforschungen** s. Sachverständige für dieselben.

— der **Errichtung einer Innung.** [§ 100i G. D.] Die durch Errichtung der Innung erwachsenden Kosten sind auf Antrag der Beteiligten von der Landeszentralbehörde vorzuschießen. Dieser sind sie dann aus den Beiträgen der Mitglieder zurückzuerstatten. Die Erleichterung gilt nur für Zwangsinnungen.

— der **Gesellenprüfung** s. d.

Kosten des Gewerbes und Kaufmannsgerichts. [§ 9 G. G. G., § 8 R. G. G.] Die Kosten der Einrichtung und der Unterhaltung des Gerichts, der nötigen Räume usw. sind, soweit sie in dessen Einnahmen ihre Deckung nicht finden, von der Gemeinde oder vom weiteren Kommunalverband zu tragen.

Gebühren, Kosten und Strafen, die nach Maßgabe des Gesetzes zur Hebung gelangen, bilden Einnahmen des Gerichts.

- **der Handwerkskammern.** [§ 1031 G. D.] Die aus der Errichtung und Tätigkeit der Handwerkskammern erwachsenden Kosten werden von den Gemeinden des Bezirks nach näherer Bestimmung der höheren Verwaltungsbehörde getragen. Die Gemeinden sind ermächtigt, die auf sie entfallenden Anteile nach einem von der höheren Verwaltungsbehörde zu bestimmenden Verteilungsmaßstab auf die einzelnen Handwerksbetriebe umzulegen.

Bei der Umlegung der Kosten kann bestimmt werden, daß Personen, welche der Regel nach weder Gesellen noch Lehrlinge halten, von der Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen befreit sind.

Beschwerde gegen die Festsetzung kann binnen 2 Wochen bei der unmittelbar vorgesetzten Aufsichtsbehörde erhoben werden. Diese entscheidet endgültig.

- **des Heilverfahrens bei der Unfallversicherung** f. Unfallversicherung.
- **der Innungen.** [§ 89 G. D.] Die aus der Tätigkeit der Innungen, auch der Gesellenausschüsse, erwachsenden Kosten sind, soweit nicht aus dem Vermögen oder anderweitigen Einnahmen Deckung erfolgt, von den Mitgliedern aufzubringen.
- **der Kesselprüfungen** f. Prüfungen der Dampfkessel.
- **der Quittungskarte** f. d.
- **des Verfahrens vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht.** [§ 58 G. G. G.] Für die Verhandlung des Rechtsstreits vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten wird eine einmalige Gebühr nach dem Werte des Streitgegenstandes erhoben.

Dieselbe beträgt bei einem Gegenstand

im Werte bis 20 Mk. einschließlich	1,00 Mk.
von mehr als 20 Mk. bis 50 Mk. einschl.	1,50 Mk.
von mehr als 50 Mk. bis 100 Mk. einschl.	3,00 Mk.

Die ferneren Wertklassen steigen um je 100 Mk., die Gebühr um je 3 Mk. Die höchste Gebühr beträgt 30 Mk.

Wird der Rechtsstreit durch Versäumnisurteil oder durch ein auf Grund eines Anerkenntnisses oder einer Zurücknahme der

Klage erlassene Entscheidung erledigt, ohne daß eine kontradiktorische, d. h. widersprechende Anträge der Parteien zur Sache enthaltende Verhandlung vorhergegangen war, so wird nur die Hälfte der oben bezeichneten Sätze erhoben.

Bei Vergleich, die zur Beilegung eines Rechtsstreits abgeschlossen werden, wird eine Gebühr überhaupt nicht erhoben, auch dann nicht, wenn bereits eine kontradiktorische Verhandlung vorausgegangen war.

Schließlich kann das Statut auch vorschreiben, das Gebühren und Auslagen in geringerem Betrag oder gar nicht einzufordern sind.

Schreibgebühren kommen im Gegensatz zu den ordentlichen Gerichten nicht in Ansatz. Für Zustellung werden bare Auslagen nicht erhoben.

Die Gebühr wird, wiederum im Gegensatz zu dem gewöhnlichen Prozeßverfahren, nur einmal erhoben. Für eine Beweisaufnahme, ein Zwischenurteil usw. wird keine besondere Gebühr berechnet und gar nichts wird berechnet, wenn die Klage vor der Verhandlung zurückgenommen wird und kein Urteil auf Antrag des Gegner ergeht.

An baren Auslagen sind nur zu erheben:

1. Post- und Telegraphengebühren;
2. Kosten öffentlicher Bekanntmachungen durch Einrückung;
3. Zeugen- und Sachverständigengebühren;
4. Tagegelder- und Reisekosten der Gerichtsbeamten bei Geschäften außerhalb der Gerichtsstelle (also nicht die Vergütung der Beisitzer);
5. die an andere Behörden und Beamte für erstattete Rechtshilfe gezahlten Beträge;
6. die Kosten eines Transportes von Personen;
7. die Haftkosten nach Maßgabe der landesgesetzlichen Vorschriften.

Eine Erhebung von Stempeln findet neben den Gebühren nicht statt. Urkunden z. B. Prozeßvollmachten sind nur insoweit stempelpflichtig, als sie es auch ohne Gebrauch vor dem Gericht sein würden.

Ein Kostenvorschuß kann nur als Vorschuß zur Deckung der Zeugenauslagen verlangt werden.

[§ 59 G. G. G.] Die Einziehung der Gerichtskosten erfolgt nach den für die Einziehung der Gemeindeabgaben geltenden Vorschriften, in Preußen also z. B. im Verwaltungszwangungsverfahren durch Vollziehungsbeamte, nicht durch den Gerichtsvollzieher.

[§ 60 G. G. G.] Die Kosten der Rechtsmittel (also z. B. der Berufung) und der Zwangsvollstreckung bestimmen sich nach den

für die ordentlichen Gerichte maßgebenden Vorschriften. Das Gesuch um Festsetzung der Kosten zweiter Instanz ist bei dem Landgericht anzubringen.

Die Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige findet in dem Verfahren vor dem Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) Anwendung (s. Zeugen und Sachverständige).

[§ 52 G. G. G.] Die Verpflichtung der unterliegenden Partei, die Kosten des Rechtsstreits zu tragen, erstreckt sich auch auf die Erstattung der dem Gegner durch die Zuziehung eines Prozeßbevollmächtigten oder Beistandes entstandenen Auslagen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die Zuziehung durch besondere Umstände gerechtfertigt war, und nur in Ansehung des Betrages, welchen das Gericht für angemessen erachtet.

Der Anspruch auf Erstattung der einer Partei entstandenen Kosten ist in Form eines bei dem Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) einzureichenden und von dem Vorsitzenden desselben zu erlegenden Kostenfestsetzungsgefuches zu erheben, falls die Kosten nicht schon sofort nach dem Urteil festgesetzt sind.

Kosten des Verfahrens bei der Krankenversicherung. [§ 78 Abs. 2 R. V. G.] Amtliche Bescheinigungen, welche zur Führung der gesetzlich geforderten Nachweise benötigt werden, sind gebühren- und stempelfrei.

Das Verfahren bei Erhebung des Anspruchs auf Krankenunterstützung ist im allgemeinen für den Versicherten mit Kosten nicht verbunden, desgl. ist in der Regel das Beschwerde- und Streitverfahren kostenfrei.

Der Versicherte vermeide jedoch, weitere Nachweise, als wie verlangt werden, zu bringen, da ihm sonst leicht Kosten erwachsen, die nicht ersetzt werden.

Vor dem Gewerbegericht zahlt in der Regel die unterliegende Partei die Kosten des Rechtsstreits.

[§ 78 Abs. 1 R. V. G.] Bei Streitigkeiten über Unterstützungsansprüche sind die Versicherten vom Kostenvorschuß befreit.

— **des Verfahrens bei der Unfall- und Invalidenversicherung.** [§ 145 G. U. V. G., § 155 U. U. V. G., §§ 171, 173 I. V. G.] Alle bei der Unfall- und Invalidenversicherung erforderlichen Urkunden, scheidsgerichtlichen und außergerichtlichen Verhandlungen usw. sind gebühren- und stempelfrei.

Die Kosten des Vorbereitungs-, Ermittlungs-, Feststellungs-, Rentenentziehungs-, Beitragserstattungs- usw. verfahrens vor den Berufsgenossenschaften, Versicherungsanstalten und unteren Verwaltungsbehörden fallen den Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten zur Last, nur bei mutwilligem oder auf Irre-

führung berechnetem Verhalten des Versicherten können ihm auf Antrag der unteren Verwaltungsbehörde seitens der Versicherungsanstalt die Kosten auferlegt werden.

Der Versicherte soll im allgemeinen tunlichst die Anordnungen der Behörden oder Feststellungsorgane für die Beschaffung erforderlicher Unterlagen abwarten, damit ihm keine unnütze Kosten entstehen.

Von den Behörden und Feststellungsorganen angeordnete Reisen des Versicherten müssen ihm bezüglich Auslagen und Verdienstausfall ersetzt werden. Im Fall der Mittellosigkeit kann ein Voranschuß zur Bestreitung der Reisekosten gewährt werden.

[§ 159 Abs. 1 I. V. G.] Die Kosten des Beschwerde- und Streitverfahrens vor den unteren und höheren Verwaltungsbehörden trägt der betreffende Bundesstaat, vor der Rentenstelle die Versicherungsanstalt. Durch mutwilliges oder irreführendes Verhalten herbeigeführte Kosten können dem Versicherten zur Last gelegt werden.

Bei den Verhandlungen vor den Schiedsgerichten haben die Versicherungsträger, also die Berufsgenossenschaften, Versicherungsanstalten und Ausführungsbehörden die Kosten zu tragen. Die Kosten des Verfahrens vor dem Reichsversicherungsamt trägt das Reich, die der Landesversicherungsämter der betreffende Bundesstaat.

Das gesamte Berufungs-, Rekurs-, Revisions-, Streit-, Wieder- aufnahme- und Beschwerdeverfahren ist für den Versicherten kostenfrei. Nur mutwilliges und irreführendes auf Verschleppung gerichtetes Verhalten kann die Auferlegung der Kosten zur Folge haben.

Folgende Kosten werden getragen bezw. auf Antrag erstattet:

1. Reisekosten der Versicherten zu Untersuchungs- und Beobachtungszwecken nach folgenden Grundsätzen:

Als erstattungsfähig werden in erster Linie die für die Benutzung der Transportmittel (Eisenbahn, Post, Fuhrwerk) und für den Reiseaufwand (Zehrung) tatsächlich verausgabten Beträge, soweit sie sich als notwendig und angemessen erweisen, angesehen. Der Versicherte soll die Aufforderung des Arztes zur Untersuchung stets abwarten.

Bei Reisen auf der Eisenbahn sollen möglichst immer die kürzesten Strecken gewählt werden. Die Benutzung der III. Klasse ist gestattet.

Kürzere Wegestrecken sind zu Fuß zurückzulegen. Da, wo Post fährt, ist diese zu benutzen. Der Gebrauch von Privatfuhrwerk ist dann zulässig, wenn besondere Um-

stände (Gesundheitszustand, Jahreszeit usw.) dies rechtfertigen.

Neben den Fahrkosten wird eine besondere Entschädigung für den durch die Reise verursachten Aufwand gewährt. Sie soll in der Regel nicht höher als bis zu 3 Mk. für den Reisetag gegeben werden. Für ein außerhalb notwendiges Nachtquartier wird eine Entschädigung von ebenfalls bis zu 3 Mk. gewährt.

Bei notwendiger Mitnahme eines Reisebegleiters (wegen Gebrechlichkeit) sind die dadurch erwachsenden Kosten ebenfalls zu erstatten.

2. Ein angemessener Ersatz für die durch die Reise und den Aufenthalt im Krankenhause entstehende Zeitversäumnis. Die Versäumnis und Höhe des Verdienstausfalles sind durch Bescheinigung des Arbeitgebers oder der Ortsbehörde nachzuweisen. Bei Aufenthalt im Krankenhause wird nicht der ganze Verdienstausfall erstattet; ein Teil, bis zu $\frac{1}{4}$, wird für die Verpflegung in Abzug gebracht.
3. Die Vertretungskosten, soweit notwendig.
4. Die Kosten der Beobachtung und Verpflegung im Krankenhause.

Verstirbt ein Versicherter während der Anstaltsbeobachtung, so können den nächsten Angehörigen die Reisekosten zur Beerdigung bewilligt werden.

Die Kosten des persönlichen Erscheinens als Zeuge oder Sachverständiger werden nach den Sätzen der allgemeinen Gebührenordnung ersetzt.

Mittellosen Versicherten kann die Ortsbehörde zur Bestreitung der Reisekosten einer Voranschuss geben.

Erstattungsanträge sind bei dem Schiedsgericht bezw. dem Reichsversicherungsamt (Landesversicherungsamt) anzubringen. Die Festsetzung der Kosten erfolgt durch den Vorsitzenden des Schiedsgerichts, wogegen Beschwerden beim Schiedsgericht selbst zulässig ist (s. Beschwerden in Kostenfachen).

Die Festsetzungen des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes sind endgültig.

Die außergerichtlichen Kosten (Parteikosten) werden zugleich mit der Entscheidung über die Sache selbst geprüft, und es kann eventl. der unterliegenden Partei aufgegeben werden, dem Gegner die ihm aus dem Verfahren erwachsenden Kosten zu erstatten.

Als solche gelten:

1. die Kosten des persönlichen Erscheinens der Parteien an Gerichtsstelle;

2. die Kosten für Bevollmächtigte (Rechtsanwälte, beim Schiedsgericht 3—30 Mk., beim Reichsversicherungsamt 5—50 Mk.), private Vertreter, Volksanwälte usw. und für die Unfertigung von Schriftsätzen, Porto - Auslagen, ärztliche Bescheinigungen usw.

(f. auch Kostenersatzungsanträge bei der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung.)

Kosten der Zwangsinnungen f. Beiträge zu denselben.

Kostenersatzungsanträge bei der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung. Der Antrag auf Erstattung der Kosten ist an diejenige Stelle (Vorstand der Krankenkasse, Berufsgenossenschaft, Versicherungsanstalt oder untere Verwaltungsbehörde, Schiedsgericht, Rentenstelle, Reichsversicherungsamt) zu richten, durch deren Anordnungen die Kosten erwachsen sind. Bei außergerichtlichen Kosten (Parteikosten) ist das Gesuch bei demjenigen Gericht oder derjenigen Behörde anzubringen, vor welchem das Verfahren stattfindet.

In dem in Aktenformat geschriebenen, mit Datum versehenen und eigenhändig unterzeichneten Antrag sind die Beträge, deren Rückerstattung beantragt wird, einzeln und genau aufzuführen.

Kostenfestsetzung bei der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung f. Beschwerde in Kostensachen bei der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung.

Kostenfestsetzungsgesuch beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Kosten des Verfahrens vor denselben.

Kostenrechnungen bei der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung f. Kostenersatzungsanträge bei der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung.

Kostentarif des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts f. Kosten des Verfahrens vor denselben.

Kostenvorschuß f. polizeiliche Verfügungen.

— beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Kosten des Verfahrens vor denselben.

Krankenfürsorge für Dienstboten f. Dienstboten bei der Krankenversicherung.

— für Unfallverletzte f. Unfallversicherung.

Krankengeld bei Erkrankung durch Unfall f. Erkrankung durch Unfall.

— bei der Krankenversicherung f. Leistungen der Zwangskrankenkassen und der Gemeindekrankenversicherung.

— für Unfallverletzte f. Unfallversicherung.

Krankenkassen f. Arten der Krankenversicherung.

Krankenrente bei der Invalidenversicherung f. Invalidenrente.

Krankenschein f. Erhebung des Anspruchs bei der Krankenversicherung.

Krankenversicherung. Gegenstand und Zweck der Krankenversicherung ist, im Falle einer Krankheit oder durch Krankheit herbeigeführter Erwerbslosigkeit eine Krankenunterstützung zu gewähren.

Die Leistungen der Krankenversicherung wie überhaupt der Arbeiterversicherung gelten nicht als öffentliche Armenunterstützung. Der Empfänger behält also z. B. das Wahlrecht.

(f. auch Krankenversicherungszwang.)

— **von Dienstboten** f. Dienstboten bei der Krankenversicherung.

Krankenversicherungsgesetz. Das Krankenversicherungsgesetz vom 15. 6. 1883

hat durch die Novelle vom 25. Mai 1903, die mit 10. 4. 1892

dem 1. Januar 1904 in Kraft getreten ist, wieder eine wesentliche Ausdehnung erfahren. Insbesondere ist die Unterstützungsdauer auf 26 Wochen ausgedehnt und damit die bisherige Lücke zwischen Kranken- und Invalidenversicherung geschlossen worden, ferner ist die Wöchnerinnenunterstützung auf 6 Wochen festgesetzt, der durchschnittliche Tagelohn, der wirkliche Arbeitsverdienst ist erhöht worden usw. Endlich sind jetzt die Handlungsgehilfen und Lehrlinge mit in die Versicherungspflicht einbezogen worden.

Krankenversicherungszwang. [§ 1 R. V. G.] Gegen Krankheit zu versichern sind alle Personen jeden Alters und jeden Geschlechts, Inländer und Ausländer, welche auf wenigstens eine Woche gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt werden und zwar:

1. in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Brüchen und Gruben, in Fabriken und Hüttenwerken, beim Eisenbahn-, Binnenschiffahrts- und Baggereibetriebe, auf Werften und bei Bauten;
2. im Handelsgewerbe, im Handwerk und in sonstigen stehenden Gewerbebetrieben;
3. in dem Geschäftsbetriebe der Anwälte, Notare und Gerichtsvollzieher, der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten;
4. in Betrieben, in denen Dampfkessel oder durch elementare Kraft (Wind, Wasser, Dampf, Gas usw.) bewegte Triebwerke nicht bloß vorübergehend benutzt werden;
5. in dem gesamten Betriebe der Post- und Telegraphenverwaltungen sowie in den Betrieben der Marine- und Heeresverwaltungen.

(Ausgenommen sind hier allein Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken und die Besatzung von Seeschiffen.)

[§ 2b R. V. G.] Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker, Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge, sowie die Angestellten der Anwälte, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften usw. unterliegen der Versicherungspflicht nur, wenn ihr Arbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt $6\frac{2}{3}$ Mk. für den Arbeitstag oder 2000 Mk. für das Jahr nicht übersteigt.

Arbeiter, Gesellen, Gehülfen, Lehrlinge sind ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Gehaltes versicherungspflichtig.

Der Krankenversicherungszwang besteht, einerlei ob die Beschäftigung innerhalb oder außerhalb der Betriebsstätte stattfindet.

(f. auch land- und forstwirtschaftliche Arbeiter bei der Krankenversicherung.)

Krankheit im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes. Krankheit ist jeder anormale Zustand, welcher ärztliche Behandlung, Arznei oder Heilmittel erforderlich macht. Auf die Ursache oder Heilbarkeit kommt es nicht an, die Krankheit kann äußere oder innere Ursachen haben. Auch die Folgen eines Betriebsunfalles sind Krankheiten im Sinne dieses Gesetzes.

Krankheitsbescheinigung bei der Invalidenversicherung f. Bescheinigung einer Krankheit im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes.

Krankmeldung f. Erhebung des Anspruchs bei der Krankenversicherung.

Kreditieren von Waren f. Lohnzahlung.

Kündigung für Betriebsbeamte. [§ 133a G. D.] Das Dienstverhältnis von Betriebsbeamten (f. d.) kann, wenn nichts anderes verabredet ist, von jedem Teile mit Ablauf jedes Kalendervierteljahres nach sechs Wochen vorher erfolgter Kündigung aufgehoben werden.

[§ 133aa G. D.] Wird durch Vertrag eine kürzere oder längere Kündigungsfrist ausbedungen, so muß sie für beide Teile gleich sein; sie darf nicht weniger als einen Monat betragen und es kann nur zum Schluß eines Kalendermonats gekündigt werden.

Eine gegenteilige Vereinbarung ist nichtig, es sei denn, daß die Anstellung nur auf Probe erfolgt, in welchem Falle der Angestellte zu jeder Zeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist entlassen werden kann.

[§ 133ab G. D.] Auf Angestellte, welche ein Gehalt von mindestens 5000 Mark für das Jahr beziehen, finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

Desgleichen nicht, wenn der Angestellte für eine außer-europäische Niederlassung angenommen ist und nach dem Vertrage der Arbeitgeber für den Fall, daß er das Dienstver-

hältnis kündigt, die Kosten der Rückreise des Angestellten zu tragen hat.

[§ 133ac G. D.] Wird ein Angestellter nur zur vorübergehenden Aushilfe angenommen, so finden die Vorschriften ebenfalls keine Anwendung, es sei denn, daß das Dienstverhältnis über die Zeit von drei Monaten hinaus fortgesetzt wird. Auch in diesem Falle muß die gegenseitige Kündigungsfrist gleich sein.

Die Kündigung kann formlos, schriftlich oder mündlich erfolgen.

Wegen Lösung des Dienstverhältnisses ohne Innehaltung der Kündigungsfrist f. Aufhebung des Dienstverhältnisses bei Betriebsbeamten.

Kündigung des Dienstverhältnisses. Nachstehende Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches treten nur dann in Kraft, wenn nicht durch die Gewerbeordnung oder das Handelsgesetzbuch schon anderweitiges bestimmt ist, wie dies z. B. für alle gewerblichen Arbeiter, Gesellen, Gehülfe, Lehrlinge, Betriebsbeamten, Handlungsgehülfe und Handlungslehrlinge geschehen ist. Sie haben insbesondere nur Gültigkeit für Betriebsbeamte und Handelsangestellte mit mehr als 5000 Mark Jahresgehalt, landwirtschaftliche Arbeiter, Bedienstete der privaten Transportunternehmungen, nicht kaufmännische Bureaubeamte, zum Teil auch für Diensthoten, soweit nicht die Gewerbeordnungen anderes bestimmen.

[§ 620 B. G. B.] Wenn die Dauer des Dienstverhältnisses nicht von vornherein bestimmt, noch aus der Beschaffenheit oder dem Zwecke des Dienstes zu entnehmen ist, so kann jeder Teil das Dienstverhältnis nach Maßgabe folgender Vorschriften kündigen:

[§ 621 B. G. B.] Ist die Vergütung nach Tagen bemessen, so ist die Kündigung an jedem Tage für den folgenden Tag zulässig.

Ist die Vergütung nach Wochen bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß einer Kalenderwoche zulässig; sie hat spätestens am ersten Werktag der Woche zu erfolgen.

Ist die Vergütung nach Monaten bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig; sie hat spätestens am fünfzehnten des Monats zu erfolgen.

Ist die Vergütung nach Vierteljahren oder längeren Zeitabschnitten bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendervierteljahres und nur unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 6 Wochen zulässig.

[§ 622 B. G. B.] Das Dienstverhältnis der mit festen Bezügen zur Leistung von Diensten höherer Art Angestellten, deren Erwerbstätigkeit durch das Dienstverhältnis vollständig oder hauptsächlich in Anspruch genommen wird, insbesondere der Lehrer, Erzieher, Privatbeamten, Gesellschaftlerinnen kann nur für den Schluß eines Kalendervierteljahres und nur unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 6 Wochen gekündigt werden, auch wenn die Vergütung nach kürzeren Zeitabschnitten als Vierteljahren bemessen ist.

[§ 623 B. G. B.] Ist die Vergütung nicht nach Zeitabschnitten bemessen, so kann das Dienstverhältnis jederzeit gekündigt werden; bei einem die Erwerbstätigkeit des Verpflichteten vollständig oder hauptsächlich in Anspruch nehmenden Dienstverhältnis ist jedoch eine Kündigungsfrist von zwei Wochen einzuhalten.

[§ 624 B. G. B.] Ist das Dienstverhältnis für die Lebenszeit einer Person oder für längere Zeit als fünf Jahre eingegangen, so kann es von dem Verpflichteten nach dem Ablauf von fünf Jahren gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Monate.

[§ 626 B. G. B.] Das Dienstverhältnis kann von jedem Teil ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

Ein wichtiger Grund liegt nicht nur dann vor, wenn der andere Teil seine Vertragspflichten verletzt oder nur mangelhaft erfüllt, sondern auch, wenn ohne eine solche Pflichtversäumnis eine wesentliche Änderung der bei Eingehung des Vertrages mutmaßlich gewürdigten Umstände eintritt.

[§ 627 B. G. B.] Hat der zur Dienstleistung Verpflichtete, ohne in einem dauernden Dienstverhältnisse mit festen Bezügen zu stehen, Dienste höherer Art zu leisten, die auf Grund besonderen Vertrauens übertragen zu werden pflegen (z. B. bei Ärzten, Rechtsanwälten), so ist die jederzeitige Kündigung auch ohne wichtigen Grund zulässig. Der Verpflichtete darf aber nur in der Art kündigen, daß sich der Dienstberechtigte die Dienste anderweit beschaffen kann, es sei denn, daß ein wichtiger Grund für die unzeitige Kündigung vorliegt. Kündigt er ohne solchen Grund zur Unzeit, so hat er dem Dienstberechtigten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.

[§ 628 B. G. B.] Wird nach Beginn der Dienstleistung das Dienstverhältnis aus einem wichtigen Grunde ohne Einhaltung der Kündigungsfrist gekündigt, so kann der Verpflichtete einen seinen bisherigen Leistungen entsprechenden

Teil der Vergütung verlangen. Kündigt er, ohne durch vertragswidriges Verhalten des anderen Teiles dazu veranlaßt zu sein, oder veranlaßt er durch sein vertragswidriges Verhalten die Kündigung des anderen Teiles, so steht ihm ein Anspruch auf die Vergütung insoweit nicht zu, als seine bisherigen Leistungen infolge der Kündigung für den anderen Teil kein Interesse haben. Eine etwa im voraus erhaltene Vergütung ist nach Maßgabe des Bürgerlichen Gesetzbuches (§§ 347, 818 bis 822) zurückzuerstatten.

[§ 629 B. G. B.] Nach der Kündigung eines dauernden Dienstverhältnisses hat der Dienstberechtigte dem Verpflichteten auf Verlangen angemessene Zeit zum Auffuchen eines anderen Dienstverhältnisses zu gewähren.

Kündigung im Gewerbe. [§ 122 G. D.] Wenn nichts anderes verabredet wird, so ist die Kündigungsfrist für beide Teile, Arbeiter und Arbeitgeber, 14 Tage. Werden andere Kündigungsfristen verabredet, so müssen sie ebenfalls für beide Teile gleich sein. Vereinbarungen, die dieser Bestimmung zuwiderlaufen, sind nichtig.

Sehr häufig wird auch eine Kündigungsfrist gegenseitig ganz ausgeschlossen.

In Betrieben, für welche eine Arbeitsordnung gesetzlich vorgeschrieben ist, muß, falls eine andere als die übliche 14tägige Kündigungsfrist gelten soll, dies in der Arbeitsordnung ausdrücklich erwähnt sein.

Die Bestimmungen gelten nur für gewöhnliche gewerbliche Arbeiter, Gesellen und Gehülfen. Die Kündungsverhältnisse der Betriebsbeamten, Handlungsgehilfen sowie der Lehrlinge sind anderweitig geregelt (s. Kündigung für Betriebsbeamte und von Lehrlingen, sowie im Handelsgewerbe, auch Austritt und Entlassung aus der Arbeit ohne Kündigung).

Aber die Form der Aufkündigung bestimmt das Gesetz nichts. Sie kann also ganz formlos, event. stillschweigend durch Fortbleiben vor sich gehen. Bedingung für ihre Gültigkeit ist nur, daß sie zweifellos und unbedingt ist und zur Kenntnis des anderen Teils gelangt.

Nach der Kündigung hat der Arbeitgeber dem Gehülfen, Arbeiter usw. gemäß § 629 B. G. B. auf Verlangen angemessene Zeit zum Auffuchen eines anderen Dienstverhältnisses zu gewähren.

— **im Handelsgewerbe.** [§ 66 H. G. B.] Das Dienstverhältnis zwischen dem Prinzipal und dem Handlungsgehilfen kann, wenn es für unbestimmte Zeit eingegangen ist, von jedem Teile für den Schluß eines Kalendervierteljahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Wochen gekündigt werden.

[§ 67 H. G. B.] Wird durch Vertrag eine kürzere oder längere Kündigungsfrist bedungen, so muß sie für beide Teile gleich sein; sie darf nicht weniger als einen Monat betragen.

Die Kündigung kann nur für den Schluß eines Kalendermonats zugelassen werden.

Obige Vorschriften finden auch in dem Falle Anwendung, wenn das Dienstverhältnis für bestimmte Zeit mit der Vereinbarung eingegangen wird, daß es in Ermangelung einer vor dem Ablaufe der Vertragszeit erfolgten Kündigung als verlängert gelten soll.

Eine Vereinbarung, die diesen Vorschriften zuwiderläuft, ist nichtig.

[§ 68 H. G. B.] Die vorstehenden Vorschriften finden keine Anwendung, wenn der Handlungsgehilfe ein Gehalt von mindestens 5000 Mark für das Jahr bezieht.

Sie bleiben ferner außer Anwendung, wenn der Handlungsgehilfe für eine außereuropäische Handelsniederlassung angenommen ist und nach dem Vertrage der Prinzipal für den Fall, daß er das Dienstverhältnis kündigt, die Kosten der Rückreise des Handlungsgehilfen zu tragen hat.

[§ 69 H. G. B.] Wird ein Handlungsgehilfe nur zur vorübergehenden Aushilfe angenommen, so finden die obigen Vorschriften ebenfalls keine Anwendung, es sei denn, daß das Dienstverhältnis über die Zeit von drei Monaten hinaus fortgesetzt wird. Die Kündigungsfrist muß jedoch auch in einem solchen Falle für beide Teile gleich sein.

Für im Handelsgewerbe tätige gewerbliche Arbeiter verbleibt es bei den Vorschriften der Gewerbeordnung (s. Kündigung im Gewerbe).

Wegen Kündigung von Handlungslehrlingen s. unter Kündigung von Lehrlingen.

(s. ferner Entlassung und Austritt von Handlungsgehilfen.)

Kündigung von Lehrlingen. Ein Lehrverhältnis ist an sich nach Ablauf der Probezeit (s. d.) nicht kündbar. Für die zulässige Aufhebung des Lehrvertrages kommen nur in Betracht die Entlassung und der Austritt aus dem Lehrverhältnis (s. Entlassung des Lehrlings und Austritt desselben), sowie der Übergang des Lehrlings zu einem anderen Beruf (s. Übergang usw.).

Durch den Tod des Lehrherrn gilt der Lehrvertrag als aufgehoben, sofern die Aufhebung binnen vier Wochen geltend gemacht wird.

[§ 77 H. G. B.] Für Handlungslehrlinge liegen die Verhältnisse ähnlich: Nach Ablauf der Probezeit ist eine Kündigung des Lehrverhältnisses nur möglich, wenn wichtige Gründe, wie

sie auch bei Handlungsgehilfen gelten (s. Entlassung und Austritt von Handlungsgehilfen), vorliegen. Als ein wichtiger Grund zur Kündigung durch den Lehrling ist es insbesondere auch anzusehen, wenn der Lehrherr seine Verpflichtungen gegen den Lehrling (s. Pflichten des Lehrherrn) in einer dessen Gesundheit, Sittlichkeit oder Ausbildung gefährdenden Weise vernachlässigt.

Im Falle des Todes des Lehrherrn kann das Lehrverhältnis innerhalb eines Monats ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden.

Kündigungsform s. Kündigung im Gewerbe.

Kündigungsfristen s. Kündigung des Dienstverhältnisses, im Gewerbe, Handelsgewerbe, von Lehrlingen und für Betriebsbeamte.

Kürzung des Krankengeldes s. Beschränkung der Leistungen der Zwangskrankenkassen.

— **des Krankengeldes bei Doppelversicherung** s. Doppelversicherung.

— **der Pausen** s. Pausenveränderungen.

Ladenschluß s. Neun- und Ahtuhrladenschluß.

Ladung der Parteien vor das Gewerbe- und Kaufmannsgericht s. Verfahren vor denselben.

— **von Zeugen und Sachverständigen vor das Gewerbe- und Kaufmannsgericht** s. Zeugen und Sachverständige.

Ladungsfrist beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht s. Fristen nach dem Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz.

Ladungsschreiben des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts s. Verfahren vor denselben.

Landesgesetzliche Beschränkungen der Sonntagsarbeit s. Sonntagsruhe im Gewerbe.

— **Gewerbegerichte.** Solche bestanden und bestehen zum Teil noch in Preußen (s. Königl. Gewerbegerichte), in Elsaß-Lothringen, Hamburg, Bremen, Lübeck und Sachsen (als Bergschiedsgerichte).

Landesgewerbeamt. Mit dem 1. April 1905 ist für den preussischen Staat ein Landesgewerbeamt mit dem Sitz in Berlin errichtet worden. Es ist eine dem Minister für Handel und Gewerbe unmittelbar unterstellte Kollegialbehörde und hat innerhalb der vom Handelsminister festzustellenden Grenzen und nach den von ihm zu treffenden Bestimmungen:

1. an der Aufsicht über das gewerbliche Unterrichtswesen und über die der Gewerbebeförderung dienenden Einrichtungen teilzunehmen;
2. über die Entwicklung des gewerblichen Unterrichtswesens und der Gewerbebeförderung Verwaltungsberichte zu erstatten;

3. die im Inlande und Auslande erscheinenden, das gewerbliche Unterrichtswesen und die Gewerbeförderung betreffenden Veröffentlichungen zu sammeln und systematisch zu ordnen;
4. in den das gewerbliche Unterrichtswesen und die Gewerbeförderung betreffenden Angelegenheiten den Minister technisch zu beraten.

Der Minister für Handel und Gewerbe kann dem Landesgewerbebeamte weitere Aufgaben auf dem Gebiete der Verwaltung des gewerblichen Unterrichts und der Gewerbeförderung überweisen, ihm auch die Verwaltung einzelner, der Gewerbeförderung dienender Einrichtungen übertragen.

Ebenso bleibt dem Minister vorbehalten, die einzelnen Mitglieder des Landesgewerbeamts zur Erledigung besonderer Aufträge heranzuziehen.

Die Aufsichtstätigkeit des Landesgewerbeamts erstreckt sich zunächst auf folgende staatliche und staatlich unterstützte Einrichtungen:

1. die Fortbildungsschulen (gewerbliche und kaufmännische);
2. die Handelsschulen und Handelshochschulen;
3. die Fachschulen für das Baugewerbe;
4. die Fachschulen für die Metallindustrie;
5. die Fachschulen für die Textilindustrie;
6. die Handwerker- und Kunstgewerbe- sowie die keramischen Schulen;
7. die Mädchen-Gewerbe- und Haushaltungsschulen;
8. die Meisterkurse.

Gleichzeitig ist ein ständiger Beirat für das gewerbliche Unterrichtswesen und die Gewerbeförderung geschaffen worden, der berufen ist, auf Erfordern des Ministers für Handel und Gewerbe wichtige Fragen dieser Verwaltungszweige, namentlich solche von grundsätzlicher Bedeutung zu erörtern und zu begutachten.

Das Landesgewerbeamt lehnt sich an bereits länger bestehende ähnliche Einrichtungen süddeutscher Bundesstaaten und des Auslands (Österreich) an.

Landespolizeibehörde s. Polizeibehörde.

Landesrechtliche Hülfskassen. Dies sind solche Hülfskassen, welche auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichtet sind und deren Statut von einer Staatsbehörde genehmigt sein muß. Die Zahl und Bedeutung dieser Hülfskassen ist nicht groß.

Landesversicherungsämter. [§ 111 I. V. G.] Es giebt deren zur Zeit 8, für Bayern (Sitz München), Sachsen (Sitz Dresden), Württemberg (Sitz Stuttgart), Baden (Sitz Karlsruhe), Hessen (Sitz Darmstadt) und einige kleinere Bundesstaaten.

Ihrer Beaufsichtigung unterstehen diejenigen Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten, die sich nicht über das Gebiet des betreffenden Bundesstaats hinaus erstrecken.

Landesversicherungsanstalten f. Versicherungsanstalten.

Landesverwaltungsbehörden. Hierunter sind sowohl die Landeszentralbehörden (Ministerien), als auch die höheren und unteren Verwaltungsbehörden (s. d.) zu verstehen.

(f. auch Mitwirkung der Landesverwaltungsbehörden bei der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung.)

Landeszentralbehörden im Sinne der Gewerbeordnung. Als solche sind in sämtlichen Bundesstaaten die Ministerien zuständig, und zwar in Preußen das Ministerium für Handel und Gewerbe, in den übrigen Bundesstaaten regelmäßig das Ministerium des Innern.

— im Sinne des Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzes f. Zentralbehörden im Sinne des Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzes.

Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter und Betriebsbeamte bei der Krankenversicherung. [§ 2 Abs. 1, 2, 6 R. V. G.] Diese unterliegen nicht dem allgemein gesetzlichen, sondern nur dem ortsstatutarischen Versicherungszwange.

Es kann jedoch der Versicherungszwang durch Landesgesetzgebung herbeigeführt werden, so geschehen in Bayern und Sachsen.

Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften f. Berufsgenossenschaften.

— **Nebenbetriebe** [§ 1 Abs. 2 R. V. G.] sind solche Betriebe, die ausschließlich oder vorzugsweise bestimmt sind:

1. zur weiteren Bearbeitung oder Verarbeitung von Erzeugnissen der Land- oder Forstwirtschaft des Unternehmers (z. B. Molkereien, Brennereien) oder
2. zur Befriedigung von Bedürfnissen seiner Land- oder Forstwirtschaft (z. B. Feldbrandziegeleien, Bäckereien, alles nur für eigenen Bedarf) oder
3. zur Gewinnung oder Verarbeitung von Bodenbestandteilen seines Grundstücks (z. B. Torfgruben).

Die Land- und Forstwirtschaft fällt nicht unter die Gewerbeordnung, da sie gar nicht als Gewerbe gilt, desgleichen nicht ein landwirtschaftlicher Nebenbetrieb, sofern er ausschließlich oder hauptsächlich die gewöhnlichen Produkte der eigenen Landwirtschaft, wenn auch in selbständigen gewerblichen Anlagen verarbeitet, z. B. eine Käsefabrik, eine Flachsweberei.

Dagegen unterstehen solche Anlagen, die in der Hauptsache zugekaufte Roh- und Hilfsstoffe verarbeiten, wie Zuckerfabriken, größere Brennereten und Molkereien usw. der Gewerbeordnung und damit die dort beschäftigten Arbeiter auch der Kranken- und gewerblichen Unfallversicherung.

Landwirtschaftliches Unfallversicherungsgesetz f. Unfallversicherung.

Lärmende Anlagen f. Anlagen mit ungewöhnlichem Geräusch.

Lebenslängliches Dienstverhältnis f. Kündigung des Dienstverhältnisses.

Legitimation der Beauftragten der Innungen f. d.

— der Gewerbeaufsichtsbeamten f. d.

— des Innungsvorstandes f. Vorstand einer Innung.

— des Vorstandes einer Krankenkasse f. Vorstand einer Zwangskrankenkasse.

Lehrbrief f. Lehrzeugnis.

Lehrherr f. Pflichten desselben.

Lehrling im Sinne der Gewerbeordnung. Dieser Begriff ist in der Gewerbeordnung nicht näher festgelegt. Man wird darunter zu verstehen haben: Personen, die auf Grund eines Vertrages oder auch ohne einen solchen zum Zwecke der Erlernung eines Gewerbes, einerlei, ob unter Zahlung eines Lehrgeldes, ob gegen Lohn oder nicht, in einem Betriebe beschäftigt werden.

Der Wortlaut des Lehrvertrages entscheidet nicht, ebenso wenig die Betriebsart, auch in Fabriken kann es Lehrlinge geben.

(f. auch Handlungslehrling im Sinne des Handelsgesetzbuchs.)

Lehrlingszüchterei. [§ 128 G. D.] Wenn der Lehrherr eine im Mißverhältnis zu dem Umfang oder der Art seines Gewerbebetriebes stehende Zahl von Lehrlingen hält und dadurch die Ausbildung derselben gefährdet erscheint, so kann dem Lehrherrn von der unteren Verwaltungsbehörde die Entlassung eines entsprechenden Teiles der Lehrlinge auferlegt und die Annahme von Lehrlingen über eine bestimmte Zahl hinaus untersagt werden. Gegen die Verfügung der unteren Verwaltungsbehörde kann Rekurs (in Preußen beim Kreis- oder Stadtausschuß) stattfinden.

Neben dem Bundesrat und der Landeszentralbehörde sind auch Handwerkskammer und Innung befugt, Vorschriften über die zulässige Zahl von Lehrlingen zu erlassen.

Die Vorschriften gegen die Lehrlingszüchterei finden auch bei Lehrlingen im Handelsgewerbe, insbesondere in offenen Verkaufsstellen, Anwendung.

Lehrverhältnis im Sinne der Gewerbeordnung f. Lehrvertrag.

Lehrvertrag. [§ 126b G.D.] Ein ordnungsmäßiges Lehrverhältnis im Sinne des Gesetzes liegt nur vor, wenn ein Lehrvertrag geschlossen wird. Dieser ist binnen 4 Wochen nach Beginn der Lehre schriftlich abzuschließen und muß enthalten:

1. die Bezeichnung des Gewerbes oder des Zweiges der gewerblichen Tätigkeit, in welchem die Ausbildung erfolgen soll;
2. die Angabe der Dauer der Lehrzeit;
3. die Angaben der gegenseitigen Leistungen;
4. die gesetzlichen und sonstigen Voraussetzungen, unter welchen die einseitige Auflösung des Vertrages zulässig ist.

Der Lehrvertrag ist von dem Gewerbetreibenden oder seinem Stellvertreter, dem Lehrling und dem Vater oder Vormund desselben zu unterschreiben und in einem Exemplar dem Vater oder Vormund auszuhändigen.

Der Lehrherr ist verpflichtet, der Ortspolizeibehörde auf Erfordern den Lehrvertrag einzureichen.

Der Lehrvertrag ist kosten- und stempelfrei.

[§ 129b G.D.] Gehört der Lehrherr einer Innung, einerlei ob einer freien oder Zwangsinnung an, so ist er, sofern er Handwerker ist, verpflichtet, eine Abschrift des Lehrvertrages binnen 14 Tagen nach Abschluß desselben der Innung einzureichen; er kann hierzu durch die Ortspolizeibehörde angehalten werden.

Die Innungen können bestimmen, daß der Abschluß des Lehrvertrags vor der Innung erfolgen soll. In diesem Falle ist dem Lehrherrn und dem Vater oder Vormund des Lehrlings eine Abschrift des Lehrvertrags auszuhändigen.

An und für sich ist ein Lehrvertrag dann noch nicht ungültig, wenn er nicht schriftlich oder in der vorgeschriebenen Form abgeschlossen wurde. Es sind nur an das Unterlassen dieser Form gewisse Rechtsnachteile geknüpft (s. Zwangsmaßnahmen gegen den Lehrling und Entschädigung wegen Auflösung des Lehrverhältnisses) und außerdem wird der Lehrherr mit Strafe bis zu 20 Mark bedroht.

Für Handlungslehrlinge bestehen keine Vorschriften über die Form des Lehrvertrages, doch muß derselbe auch hier schriftlich abgeschlossen sein, wenn der Lehrherr gegen den Lehrling Schadenersatzansprüche wegen unbefugten Austritts aus der Lehre geltend machen will.

Lehrzeit. [§ 130a G.D.] Bei Handwerkerlehrlingen soll die Lehrzeit in der Regel 3 Jahre dauern; sie darf den Zeitraum von 4 Jahren nicht übersteigen.

Mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde kann die Handwerkskammer nach Anhörung der beteiligten Innungen die Dauer der Lehrzeit für einzelne Gewerbe festsetzen.

Bei anderen Lehrlingen, z. B. in Fabriken, auch bei Handlungslehrlingen bestehen über die Dauer der Lehrzeit keine Bestimmungen, sie wird sich im allgemeinen nach dem Ortsgebrauch richten. Doch wird sie stets so lang sein müssen, daß eine ordnungsmäßige und gründliche Ausbildung erfolgen kann.

[§ 129 Abs. 4 G. D.] Auch für Handwerkerlehrlinge kann die Zurücklegung der Lehrzeit in einem dem Gewerbe angehörenden Großbetriebe erfolgen oder durch den Besuch einer Lehrwerkstätte oder einer ähnlichen gewerblichen Unterrichtsanstalt ersetzt werden. Doch gelten für die Dauer der Lehrzeit die gleichen Bestimmungen wie vorstehend.

Lehrzeugnis. [§ 127c G. D.] Bei Beendigung des Lehrverhältnisses hat der Lehrherr dem Lehrling unter Angabe des Gewerbes, in welchem der Lehrling unterwiesen worden ist, über die Dauer der Lehrzeit und die während derselben erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten sowie über sein Betragen ein schriftliches Zeugnis auszustellen, welches von der Gemeindebehörde kosten- und stempelfrei zu beglaubigen ist.

An Stelle dieser Zeugnisse treten, wo Innungen oder andere Vertretungen der Gewerbetreibenden bestehen, die von diesen ausgestellten Lehrbriefe.

Das dem Prüfungsausschusse (s. d.) vorzulegende Lehrzeugnis darf nur für dasjenige Gewerbe ausgestellt werden, für welches der Lehrherr oder sein Vertreter zur Anleitung von Lehrlingen befugt ist.

Die Unterlassung oder Verweigerung der Ausstellung des Zeugnisses zieht für den Lehrherrn sowohl eine zivilrechtliche als auch eine strafrechtliche Verfolgung nach sich. Der Lehrling hat Anspruch auf Ersatz des ihm durch das fehlende Zeugnis entstehenden Schadens und die Strafe kann bis 150 Mark, im Unvermögensfalle bis 4 Wochen Haft betragen (§ 149 Z. 9 G. D.).

[§ 80 H. G. B.] Auch den Handlungslehrlingen ist in gleicher Weise nach Beendigung des Lehrverhältnisses ein schriftliches Lehrzeugnis auszustellen. Auf Antrag des Lehrlings hat die Ortspolizeibehörde das Zeugnis kosten- und stempelfrei zu beglaubigen.

Leistungen der Gemeindekrankenversicherung. [§ 6 R. V. G.] An Krankenunterstützung ist zu gewähren (dies ist gleichzeitig die geringste Mindestleistung der Krankenversicherung):

1. vom Beginn der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung, Arznei sowie Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel;

2. im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Arbeitstag ein Krankengeld in Höhe der Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes (s. d.) gewöhnlicher Tagearbeiter.

Die Krankenunterstützung endet spätestens mit dem Ablauf der 26. Woche nach Beginn der Krankheit, im Falle der Erwerbsunfähigkeit spätestens mit dem Ablauf der 26. Woche nach Beginn des Krankengeldbezuges. Der Bezug des Krankengeldes wird durch eine militärische Übung nicht unterbrochen.

(wegen Beschränkung bezw. Erweiterung der Leistungen s. d.)

[§ 7 R. V. G.] An Stelle obiger Leistungen kann freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhause gewährt werden und zwar:

1. für diejenigen, welche verheiratet sind oder eine eigene Haushaltung haben oder Mitglieder der Haushaltung ihrer Familie sind, mit ihrer Zustimmung, es sei denn, daß die Art der Krankheit Anforderungen an die Behandlung und Verpflegung stellt, welchen in der Familie des Erkrankten nicht genügt werden kann, oder wenn die Krankheit eine ansteckende ist oder wenn der Erkrankte wiederholt den erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt oder endlich, wenn dessen Zustand eine fortgesetzte Beobachtung erfordert;
2. für sonstige Erkrankte unbedingt.

Hat der in einem Krankenhause Untergebrachte Angehörige, deren Unterhalt er bisher aus seinem Arbeitsverdienst bestritten hat, so ist neben der freien Kur und Verpflegung die Hälfte des Krankengeldes an die Angehörigen zu zahlen.

Leistungen der Zwangskrankenkassen. [§ 20 R. V. G.] Die Zwangskrankenkassen sollen mindestens gewähren:

1. im Falle einer Krankheit oder durch Krankheit herbeigeführten Erwerbsunfähigkeit vom Beginn der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung, Arznei, sowie Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel;
2. im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Erkrankungstage für jeden Arbeitstag ein Krankengeld in Höhe der Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes (s. d.) derjenigen Versicherten, für welche die Kasse errichtet ist, soweit er 4 Mark für den Arbeitstag nicht überschreitet.

Die Krankenunterstützung endet spätestens mit dem Ablauf der 26. Woche nach Beginn der Krankheit, im Falle der Erwerbsunfähigkeit spätestens mit dem Ablauf der 26. Woche nach Beginn des Krankengeldbezuges.

Das Krankengeld ist nach Ablauf jeder Woche zu zahlen.

An Stelle obiger Leistungen kann freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhaus gewährt werden, jedoch für Verheiratete und Familienmitglieder nur mit deren Zustimmung, es sei denn, daß die Art der Krankheit Anforderungen an die Behandlung stellt, welchen in der Familie des Erkrankten nicht genügt werden kann, oder dieser durch sein Verhalten dazu Anlaß gibt, schließlich auch, wenn längere ärztliche Beobachtung notwendig ist.

Sonstige Kranke können in allen Fällen, auch gegen ihren Willen, einem Krankenhaus zur Behandlung übergeben werden.

Ein Versicherter, der in der Lage ist, sich in Krankenhausbehandlung zu begeben und diese ablehnt, verliert jeden Unterstützungsanspruch.

Hat der in einem Krankenhaus Untergebrachte Angehörige, deren Unterhalt er bisher aus seinem Arbeitsverdienste bestritten hat, so ist neben der freien Kur und Verpflegung auch noch die Hälfte des Krankengeldes zu zahlen, was unmittelbar an die Angehörigen erfolgen kann;

3. ferner erhalten die Wöchnerinnen, welche innerhalb des letzten Jahres, vom Tage der Entbindung ab gerechnet, mindestens 6 Monate einer Krankenkasse oder der Gemeindekrankenversicherung angehört haben, auf die Dauer von 6 Wochen nach ihrer Niederkunft eine Unterstützung im Betrage des Krankengeldes;
4. endlich erhalten die Hinterbliebenen für den Todesfall eines Mitgliedes ein Sterbegeld im 20fachen Betrage des durchschnittlichen Tagelohnes.

Verstirbt ein Rassenmitglied nach Beendigung der Krankenunterstützung, so ist auch dann das Sterbegeld zu gewähren, wenn die Erwerbsunfähigkeit bis zum Tode fortgedauert hat und der Tod infolge derselben Krankheit vor Ablauf eines Jahres nach Beendigung der Krankenunterstützung stattgefunden hat.

Da das Sterbegeld zunächst zur Deckung der Begräbniskosten bestimmt ist, so ist zuerst demjenigen, welcher das Begräbnis besorgt hat, der aufgewendete Betrag zu zahlen, ein eventueller Überschuß sodann den Hinterbliebenen. Sind solche nicht vorhanden, so bleibt der Überschuß der Kasse.

Selbstmord schließt den Anspruch auf Sterbegeld nicht aus.

Leitung der Verhandlung vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht
 f. Verhandlung vor denselben.

Licht. Hierunter ist sowohl Tageslicht als auch künstliche Beleuchtung zu verstehen. In allen Arbeitsräumen (s. d.) im Sinne der Gewerbeordnung ist für genügendes Tageslicht und wo dieses nicht hinreicht, für ausreichende künstliche Beleuchtung zu sorgen. Räume, in denen ständig künstliches Licht gebrannt werden muß, sind unter Umständen als Arbeitsräume zu beanstanden. Im übrigen gibt es für die Menge an notwendigem Licht keine allgemeinen Vorschriften, sie regelt sich nach den Bedürfnissen des einzelnen Gewerbes. Auch spielt natürlich Lage der Räume im Gebäude und Himmelsrichtung, Größe der Fenster, Jahreszeit, Wetter usw. eine große Rolle bei den Beleuchtungsverhältnissen.

Man rechnet als Mittel für Tageslicht auf den Kopf 0,25 bis 0,5 qm Fensterfläche und für das Verhältnis von Fensterfläche zur Bodenfläche etwa 1 zu 5 bis 6. Das Verhältnis von Fensterfläche zur Wandfläche soll etwa 1 zu 3 sein.

Für künstliches Licht ist natürlich elektrisches Glühlicht oder Bogenlicht (bei guter Anordnung der Lampen und hohen Räumen) bei weitem das beste, jedoch ist auch Gasglühllicht sehr zweckmäßig. Da, wo beides fehlt, wird in der Regel Petroleum benutzt.

Listenvaßl zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Wahllisten zu denselben.

Lohn im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches. Unter Lohn ist der Entgelt zu verstehen, welcher dem Arbeiter als Gegenleistung für seine Arbeit zu gewähren ist. Diese Vergütung kann an sich sowohl in Geld wie auch in anderen Bezügen bestehen.

[§ 612 B. G. B.] Eine Vergütung gilt als stillschweigend verabredet, wenn die Dienstleistung den Umständen nach nur gegen eine Vergütung zu erwarten ist, und es gilt dann in Ermangelung einer Tage die übliche Vergütung vereinbart.

[§ 614 B. G. B.] Der Lohn ist erst nach Leistung der Arbeit zu entrichten.

[§ 616 B. G. B.] Der Lohn kann nicht deshalb geschmälert werden, weil der Arbeiter für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Arbeitsleistung verhindert ist (also z. B. durch Krankheiten, militärischen Übungen). Diese Bestimmung kann jedoch durch Vertrag außer Wirksamkeit gebracht werden, was vielfach geschieht.

[§ 615 B. G. B.] Kommt der Arbeitgeber mit der Annahme der Arbeit in Verzug, so kann der Arbeiter für die in Folge

dessen nicht geleistete Arbeit den vereinbarten Lohn verlangen, ohne zur Nachleistung verpflichtet zu sein, doch muß er sich den Wert desjenigen anrechnen lassen, was er in Folge des Unterbleibens der Arbeit oder durch anderweitige Arbeit erwirbt oder zu erwerben böswillig unterläßt.

Der Lohn kann, soweit er noch nicht fällig ist, weder in Beschlag genommen noch zediert werden (§. Beschlagnahme des Arbeitslohns).

(§. weiter Lohnzahlung, Lohninbehalten, Abzüge vom Lohn und Verwirkung desselben.)

Lohn oder Gehalt im Sinne des Krankens, Unfalls und Invalidensversicherungsgesetzes. [§ 1 Abs. 4 R. V. G., § 6 G. U. V. G., § 5 L. U. V. G., § 3 J. V. G.] Als Gehalt oder Lohn gelten außer festen Geldbeträgen auch Tantiemen, Trinkgelder usw. und Naturalbezüge. Für die letzteren wird der Durchschnittswert in Ansatz gebracht, der von der unteren Verwaltungsbehörde festgesetzt wird.

Lohnabzüge §. Abzüge vom Lohn.

Lohnbeschlagnahme §. Beschlagnahme des Arbeitslohnes.

Lohnbeschlagnahmegesetz §. Beschlagnahme des Arbeitslohnes.

Lohnbücher. [§ 114a G. D.] Der Bundesrat hat von der ihm zustehenden Befugnis, für bestimmte Gewerbe Lohnbücher (oder Arbeitszettel) vorzuschreiben, erst in einem Falle Gebrauch gemacht, indem er die Einführung von Lohnbüchern für die Kleider- und Wäschekonfektion anordnete.

Das Formular für die Lohnbücher ist vom Reichskanzler vorgeschrieben, sie sind im Handel käuflich zu haben.

In die Lohnbücher sind vom Arbeitgeber oder dem dazu Bevollmächtigten vor Ausgabe der Arbeit einzutragen:

1. Art und Umfang der übertragenen Arbeit, bei Akkordarbeit auch die Stückzahl;
2. die Lohnsätze;
3. die Bedingungen für die Lieferung von Werkzeugen und Stoffen zu den übertragenen Arbeiten;
4. sofern Kost oder Wohnung als Lohn oder Teil des Lohnes gewährt werden soll, die Bedingungen unter welchen dies geschieht.

Das Lohnbuch ist vom Arbeitgeber auf seine Kosten zu beschaffen und dem Arbeiter nach Vollziehung der vorgeschriebenen Eintragungen vor oder bei Übergabe der Arbeit kostenfrei auszuhandigen.

Die Lohnbücher sind nicht nur für Werkstattarbeiter, sondern auch für Heimarbeiter und Zwischenmeister zu be-

schaffen. Die Zwischenmeister haben ihrerseits wieder den bei oder von ihnen beschäftigten Personen Lohnbücher auszuhandigen.

Der Geltungsbereich erstreckt sich sowohl auf Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion, die Herren-, Damen-, Kinderkleidung im großen (s. Konfektionswerkstätten) herstellen, als auch auf Fabriken zur Anfertigung von Kleidung und Wäsche und in diesen auf sämtliche gewerbliche Arbeiter innerhalb und außerhalb des Hauses mit Ausschluß der Betriebsbeamten (Konfektionäre, Direktrizen usw.).

Die Eintragungen in das Lohnbuch sind mit Tinte zu bewirken und vom Arbeitgeber oder einem dazu bevollmächtigten Betriebsleiter zu unterzeichnen. Die Eintragungen dürfen nicht mit einem Merkmal versehen sein, welches bezweckt, den Inhaber des Lohnbuches günstig oder nachteilig zu kennzeichnen. Auch sind Eintragen über die Führung oder die Leistungen des Arbeiters, sowie sonstige durch das Gesetz nicht vorgesehene Eintragungen oder Vermerke in das Lohnbuch unzulässig.

In die Lohnbücher ist eine Zusammenstellung der gesetzlichen Bestimmungen über die Lohnzahlung (s. d.) aufgenommen.

In Fabriken, für die Lohnbücher vorgeschrieben sind, treten sie an die Stelle der sonst für Minderjährige bestimmten Lohnzahlungsbücher.

(s. auch Unterschied zwischen Lohnbüchern und Lohnzahlungsbüchern.)

Wegen der Zuwiderhandlung s. Strafbestimmungen der Gewerbeordnung.

Lohneinbehaltungen. Lohneinbehaltung ist die vorläufige Zurückbehaltung des fälligen Lohnbetrages am Lohnzahlungstermine zur Sicherheitsleistung für den Arbeitgeber. Die Einbehaltung des Lohnes ist zu unterscheiden von der Aufrechnung (s. d.) desselben. Der einbehaltene Lohn bleibt Eigentum des Arbeiters.

(s. auch Zurückbehaltung des Lohnes.)

[§ 119a G. D.] Lohneinbehaltungen sind ohne Zustimmung des Arbeiters nur zulässig, wenn sie zur Sicherung des Ersatzes des aus der widerrechtlichen Auflösung des Arbeitsverhältnisses erwachsenden Schadens oder einer für diesen Fall verabredeten Strafe (also bei Kontraktbruch und Konventionalstrafen) ausbedungen werden. Sie dürfen dann bei den einzelnen Lohnzahlungen ein Viertel des fälligen Lohnes, im Gesamtbetrage den Betrag eines durchschnittlichen Wochenlohnes des betreffenden Arbeiters nicht übersteigen.

(s. auch Kontraktbruch.)

Dielohneinbehaltung ist also nur auf Grund eines besonderen Vertrages zulässig.

(f. auch Verwirkung des Arbeitslohnes.)

Bei Betriebsbeamten, Handlungsgehilfen etc. bestehen bezüglich der Einbehaltung des Lohnes oder Gehalts (Sammlung einer Kaution) keine Beschränkungen.

Lohnklassen bei der Invalidenversicherung. [§ 34 I. V. G.] Nach der Höhe des Jahresarbeitsverdienstes werden für die Versicherten folgende 5 Lohnklassen gebildet:

Klasse I bis M.	350			
" II von "	350 bis M.	550		
" III " "	550	" "	850	
" IV " "	850	" "	1150	
" V über "	1150			

Als Jahresarbeitsverdienst gilt aber in der Regel nicht der tatsächlich erreichte Verdienst, sondern ein Durchschnittsbetrag, der folgendermaßen berechnet wird:

1. für Mitglieder einer Zwangskrankenkasse gilt der 300fache Betrag des für die Krankenkassenbeiträge maßgebenden durchschnittlichen Tageslohnes oder des wirklichen Arbeitsverdienstes;
2. für in der Land- und Forstwirtschaft tätige Personen wird der anzurechnende Jahresarbeitsverdienst von der höheren Verwaltungsbehörde festgesetzt;
3. für alle übrigen Personen wird der 300fache Betrag des ortsüblichen Tagelohnes im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes in Anrechnung gebracht;
4. Lehrer und Erzieher gehören, soweit nicht ein Jahresarbeitsverdienst von mehr als 1150 M. nachgewiesen wird, zur Lohnklasse IV;
5. für Betriebsbeamte und sonstige Angestellte mit festem Gehalt wird diese Vergütung zu Grund gelegt, sofern sie höher ist als der Durchschnittsbetrag.

Die Durchschnittssätze des Jahresarbeitsverdienstes land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter werden in den Amtsblättern veröffentlicht.

[§ 145 I. V. G.] Bei freiwilliger oder Weiterversicherung ist die Wahl der Lohnklasse freigestellt.

— bei den Zwangskrankenkassen f. Durchschnittlicher Tagelohn im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes.

Lohnlisten für die Unfallversicherung f. Umlageverfahren für dieselbe.

Lohnnachweisungen für die Unfallversicherung §. Umlageverfahren für dieselbe.

Lohnverwirkung §. Verwirkung des Arbeitslohnes.

Lohnvorschüsse. Lohnvorschüsse sind zulässig und dürfen ohne weiteres bei der Lohnzahlung in Anrechnung gebracht werden, denn sie stellen keine aufzurechnende Gegenforderung des Arbeiters dar, sondern sie bilden einen Teil der Lohnzahlung selbst. Das erstreckt sich aber nicht auf Darlehen des Arbeitgebers, die vor Beginn der Arbeit gegeben sind; deren Anrechnung auf den Lohn muß für unzulässig erachtet werden.

(s. auch Aufrechnung des Lohnes.)

Lohnzahlung. [§ 115 G. D.] Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, die Löhne ihrer Arbeiter in Reichswährung zu berechnen und bar auszuzahlen.

Bei Strafe verboten ist, selbst mit Zustimmung des Arbeiters, die Zahlung des Lohnes in Waren, Naturalien (Ausnahmen s. u.) oder anderen Surrogaten, wie Wechseln, Anweisungen, Bons, Marken usw.

Die regelmäßige Lohnzahlung darf an Sonntagen nicht erfolgen. Vor der Lohnzahlung muß jedesmal abgerechnet werden.

Die Gewerbetreibenden sowie deren Familienmitglieder, Gehülfen, Beauftragte, Geschäftsführer, Aufseher, Faktoren und Geschäftsteilhaber dürfen den Arbeitern keine Waren kreditieren, also auf keinen Fall ihnen Waren auf Borg verkaufen. Forderungen auf ungesetzlich kreditierte Waren sind weder einklagbar noch sonstwie geltend zu machen. Es ist diesen Personen jedoch gestattet, Lebensmittel für den Betrag der Anschaffungskosten, Wohnung und Landnutzung gegen die ortsüblichen Miets- und Pachtpreise, Feuerung, Beleuchtung, regelmäßige Beköstigung, Arzneien und ärztliche Hilfe sowie Werkzeuge und Stoffe zu den ihnen übertragenen Arbeiten für den Betrag der durchschnittlichen Selbstkosten unter Anrechnung bei der Lohnzahlung zu verabfolgen (s. Trucksystem).

Zu einem höheren Preise ist die Verabfolgung von Werkzeugen und Stoffen für Akkordarbeiten zulässig, jedoch nur, wenn derselbe den ortsüblichen nicht übersteigt und im voraus vereinbart ist.

[§ 115 a G. D.] Lohn- und Abschlagszahlungen dürfen nur mit ausnahmsweiser Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde in Gast- und Schankwirtschaften erfolgen.

Sie dürfen an Dritte (z. B. Gläubiger, Gastwirte, Kantinen, Konsumvereine), soweit es sich um Beträge handelt, die der

Beschlagnahme (§. d.) nicht unterliegen, nur mit ausdrücklicher und zweifelsfreier Zustimmung des betreffenden Arbeiters stattfinden.

(f. auch Lohnzahlung an Minderjährige).

[§ 116 G. D.] Arbeiter, deren Forderungen in einer den vorstehenden Bestimmungen zuwiderlaufenden Weise berichtigt worden sind, können zu jeder Zeit nachträgliche Zahlung in gesetzlicher Form verlangen, ohne daß ihnen eine Einrede aus dem bisher an Zahlungsstatt Gegebenen (z. B. Waren) entgegengesetzt werden kann. Letzteres fällt, soweit es noch bei dem Empfänger vorhanden oder dieser daraus bereichert ist, derjenigen Krankenkasse zu, welcher der Arbeiter angehört; in Ermangelung einer solchen einer anderen zum Besten der Arbeiter am Ort bestehenden Kasse, die die Gemeindebehörde bestimmt, unter Umständen auch der Ortsarmenkasse.

[§ 117 G. D.] Verträge, welche den gesetzlichen Bestimmungen über die Lohnzahlungen zuwiderlaufen, sind nichtig.

(f. auch Strafbestimmungen der Gewerbeordnung.)

Nichtig sind auch Verabredungen zwischen den Gewerbetreibenden und den von ihnen beschäftigten Arbeitern über die Entnahme der Bedürfnisse der letzteren aus bestimmten Verkaufsstellen sowie überhaupt über die Verwendung des Verdienstes derselben zu einem anderen Zwecke als zur Beteiligung an Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter oder ihrer Familien.

[§ 118 G. D.] Forderungen für gegenwärtig kreditierte Waren können von dem Gläubiger weder eingeklagt noch durch Anrechnung oder sonst geltend gemacht werden, ohne Unterschied, ob sie zwischen den Beteiligten unmittelbar entstanden oder mittelbar erworben sind. Vergleichende Forderungen fallen einer der weiter oben genannten Klassen zu.

[§ 119 G. D.] Den Gewerbetreibenden im Sinne dieser Bestimmungen sind deren Familienmitglieder, Beauftragte, Geschäftsführer, Angestellte usw. gleich zu achten.

(f. weiter Lohnzahlungsfristen, Lohnzahlung an Minderjährige, Lohnneubehaltungen, sowie Aufrechnung, Verwirkung, Beschlagnahme, Zurückbehaltung des Lohnes und Abzüge von demselben.)

[§ 119b G. D.] Die Bestimmungen über Lohnzahlung gelten auch für die Hausgewerbetreibenden im Sinne der Gewerbeordnung desgl. für die Betriebsbeamten.

Lohnzahlung an Minderjährige. [§ 119a Abs. 2 G. D.] Außer den allgemein gültigen Bestimmungen über Lohnzahlung (§. d.) kommt für Minderjährige noch in Betracht, daß durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalver-

bandes für alle Gewerbebetriebe oder bestimmte Arten derselben festgesetzt werden kann, daß:

1. der von minderjährigen Arbeitern verdiente Lohn an die Eltern oder Vormünder und nur mit deren schriftlicher Zustimmung oder nach deren Bescheinigung über den Empfang der letzten Lohnzahlung unmittelbar an die Minderjährigen gezahlt wird;
2. die Gewerbetreibenden den Eltern oder Vormündern innerhalb gewisser Fristen Mitteilung von den an die minderjährigen Arbeiter gezahlten Lohnbeträgen zu machen haben.

Lohnzahlungsbücher. [§ 134 Abs. 3 G.D.] In Fabriken, für welche vom Bundesrat besondere Bestimmungen über Lohnbücher (s. d.) nicht getroffen sind, ist auf Kosten des Arbeitgebers für jeden minderjährigen Arbeiter (unter 21 Jahren), sofern er Lohn erhält, ein Lohnzahlungsbuch einzurichten. In Werkstätten (Konfektionswerkstätten, Motowerkstätten) sind demnach Lohnzahlungsbücher nicht erforderlich.

(s. auch Minderjährigkeit.)

Aber die Art der Einrichtung dieser Bücher trifft das Gesetz keine Bestimmung, sie bleibt also dem Arbeitgeber, vorausgesetzt, daß er die vorgeschriebenen Eintragungen macht, überlassen, doch gibt es bestimmte Formulare im Handel käuflich zu haben.

In das Lohnzahlungsbuch ist bei jeder Lohnzahlung der Betrag des verdienten Lohnes einzutragen; es ist bei der Lohnzahlung dem Minderjährigen oder seinem Vater bzw. seinem Vormund auszuhändigen und von dem Empfänger vor der nächsten Lohnzahlung zurückzureichen. Eine Unterschrift des Empfängers ist nicht notwendig.

Das Lohnzahlungsbuch muß den Namen des Arbeiters, Ort, Jahr und Tag seiner Geburt, Namen und letzten Wohnort seines Vaters oder Vormundes und die Unterschrift des Arbeiters enthalten.

Die Eintragungen müssen mit Tinte gemacht werden und sind vom Arbeitgeber bzw. dem dazu bevollmächtigten Betriebsleiter oder auch wohl von einem besonders damit beauftragten Beamten zu unterzeichnen.

Die Eintragungen dürfen nicht mit einem Merkmal versehen sein, welches den Inhaber des Lohnzahlungsbuches günstig oder nachteilig zu kennzeichnen bezweckt. Ebenso ist die Eintragung eines Urteils über die Führung oder die Leistungen des Arbeiters oder sonstiger, gesetzlich nicht vorgeschriebener Vermerke unzulässig.

Den erzieherischen Zweck, den die Lohnbücher bewirken wollen, nämlich die elterliche Autorität den Kindern gegenüber

zu stärken, haben sie bisher nur selten erreicht. Strafbestimmungen gegen das Nichtführen von Lohnzahlungsbüchern sind, und zwar mit Absicht, fortgelassen worden. (lex imperfecta.)

(f. auch Lohnbücher und Unterschied zwischen Lohnbüchern und Lohnzahlungsbüchern.)

Lohnzahlungsfristen. [§ 119a Abs. 2 G. D.] An sich ist die Zahlung des Lohnes gesetzlich an bestimmte Fristen nicht gebunden. Es kann jedoch durch statutarische Bestimmung einer Gemeindebehörde oder eines weiteren Kommunalverbandes für alle Gewerbebetriebe oder gewisse Arten derselben festgesetzt werden, daß Lohn- und Abschlagszahlungen in festen Fristen erfolgen müssen, welche nicht länger als einen Monat und nicht kürzer als eine Woche sein dürfen.

Lüftung der Arbeitsräume f. Ventilation.

Luftraum. Der pro Kopf der Arbeiter benötigte Luftraum hängt natürlich sehr von der Art des Betriebes und der Beschaffenheit der Ventilationseinrichtungen ab. Bestimmte Vorschriften bestehen nur für einzelne Gewerbe, so für Buchdruckereien und Schriftgießereien, wo 12, unter Umständen auch 15 cbm Luftraum pro Kopf verlangt werden, bei Anlagen zur Herstellung von Zigarren (nur 7 cbm), Roßhaarspinnereien (15 cbm) usw.

Im allgemeinen wird man sagen können, daß bei gut ventilierten Räumen, in denen durch den Arbeitsprozeß oder übermäßiges Brennen von Licht keine Verschlechterung der Luft eintritt, 10 cbm (ausnahmsweise auch wohl 8 cbm) Luft pro Kopf ausreichen. Bei Betrieben, in welchen schlechte Gase und Dünste entstehen oder Staubentwicklung eintritt, wird diese Forderung aber beträchtlich zu erhöhen sein.

Luftwechsel f. Ventilation.

Maßverfahren beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Ein solches findet bei den Verhandlungen vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht nicht statt.

Marken f. Invalidenmarken.

Markenverkaufsstelle f. Invalidenmarken.

Maßschneiderei f. Konfektionswerkstätten.

Maximalarbeitstag. Ein solcher ist allgemein nur für Kinder, jugendliche Arbeiter und Frauen in allen Fabriken usw., Motor- und Konfektionswerkstätten, für Kinder sogar in allen gewerblichen Betrieben eingeführt. Näheres f. unter Kinderarbeit, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen.

Ausnahmen sind nach verschiedenen Richtungen hin zulässig.

Für erwachsene männliche Arbeiter besteht ein allgemeiner Maximalarbeitstag nicht, jedoch kann der Bundesrat auch für diese in solchen Gewerben einen Maximalarbeitstag festsetzen, in denen sich aus einer übermäßigen täglichen Arbeitszeit Mißstände ergeben, welche die Gesundheit der Arbeiter gefährden.

Solche Vorschriften, die sich dann auf alle Arbeiterkategorien erstrecken, sind bisher erlassen außer für die Beschäftigung von Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern in offenen Verkaufsstellen, für Bäckereien und Konditoreien, für Getreidemöhlen, für Anlagen zur Herstellung von elektrischen Akkumulatoren aus Blei, für die Beschäftigung von Gehülfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften; andere sind in Vorbereitung, z. B. für das Fleischer- und Fuhrwerksgewerbe, für die Arbeit in kaufmännischen Kontoren, für das Binnenschiffahrtsgewerbe usw.

Daneben bleibt es den Polizeibehörden unbenommen, für einzelne Betriebe oder Gewerbearten, in denen nicht lediglich durch die übermäßige Dauer der Arbeit, sondern durch die besondere Gesundheitschädlichkeit derselben Gefahren für die Arbeiter entstehen, durch polizeiliche Verfügung bzw. Verordnung Vorschriften über die Arbeitszeit auch der erwachsenen männlichen Arbeiter zu machen.

Maximalarbeitszeit für Kinder, junge Leute und Arbeiterinnen [. Kinderarbeit, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen.

Maximaldauer der Überarbeit [. d.

Maximalleistungen der Krankenkassen [. Erweiterung der Leistungen der Zwangskrankenkassen.

Meisterkurse von längerer oder kürzerer Dauer werden von den Handwerkskammern, häufig mit Unterstützung der Regierungen, zur Ausbildung von Handwerksmeistern und Gehülfen in Aufstellung von Anschlägen, Buchführung und verbesserten Arbeitsmethoden veranstaltet.

Meisterprüfung. [§ 133 G.D.] Das Bestehen dieser berechtigt allein zum Führen des Meistertitels in Verbindung mit einem Handwerk, dagegen ist die Meisterprüfung nicht obligatorisch, ebensowenig hängt von ihr die Befugnis zum Halten von Lehrlingen ab.

Zur Prüfung zugelassen wird in der Regel nur, wer mindestens 3 Jahre in dem betreffenden Gewerbe als Geselle tätig gewesen ist.

Die Abnahme der Prüfung erfolgt durch Prüfungskommissionen, welche aus einem Vorsitzenden und 4 Beisitzern bestehen und nach Anhörung der Handwerkskammer durch die

höhere Verwaltungsbehörde errichtet werden. Die Mitglieder werden von ihr auf 3 Jahre ernannt.

Die Prüfung hat den Nachweis der Befähigung zur selbstständigen Ausführung und Kostenberechnung der gewöhnlichen Arbeiten des Gewerbes sowie der zu dem selbstständigen Betriebe desselben sonst notwendigen Kenntnisse, insbesondere auch der Buch- und Rechnungsführung, zu erbringen.

Das Verfahren vor der Prüfungskommission, der Gang der Prüfung und die Höhe der Prüfungsgebühren regeln sich nach einer von der Handwerkskammer mit Genehmigung der Landeszentralbehörde erlassenen Prüfungsordnung.

Die Kosten der Prüfungskommissionen fallen der Handwerkskammer zur Last. Dieser fließen auch die Prüfungsgebühren zu.

Die Prüfungszeugnisse sind kosten- und stempelfrei.

Meistertitel. [§ 133 G. D.] Den Meistertitel in Verbindung mit einem Handwerk dürfen nur Handwerker führen, welche in ihrem Gewerbe die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen erworben (s. Befugnis zum Halten von Lehrlingen) und die Meisterprüfung (s. d.) bestanden haben.

Die selbstständige Ausübung des Gewerbes ist ebensowenig wie die Befugnis zum Halten von Lehrlingen von der Berechtigung, den Meistertitel zu führen, abhängig.

Meldefrist zur Krankenversicherung s. Anmeldung zur Krankenversicherung.

Meldepflicht der Arbeiter zur Krankenversicherung s. Anmeldung zur Krankenversicherung.

— der eingeschriebenen Hilfskassen s. d.

— im Gewerbebetrieb s. Errichtung eines stehenden Gewerbebetriebes.

— zur Invalidenversicherung s. Anmeldepflicht zur Invalidenversicherung.

Meldestelle zur Krankenversicherung. [§ 49 Abs. 5 R. V. G.] Die Aufsichtsbehörde sowie die höhere Verwaltungsbehörde kann für sämtliche Gemeindekrankeversicherungen und Ortskrankenkassen ihres Bezirks oder Teile derselben eine gemeinsame Meldestelle einrichten.

Merkmale in Zeugnissen, Arbeitsbüchern, Lohn- und Lohnzahlungsbüchern s. d.

Militärische Übungen bei der Invalidenversicherung. Militärische Dienstleistungen zählen als Beitragswochen. Zu ihrem Nachweis genügt Vorlegung der Militärpapiere.

Minderjährigkeit. Maßgebend dafür sind die §§ 2 und 3 B. G. B. Danach tritt die Volljährigkeit bei Personen beiderlei Geschlechts

mit der Vollendung des 21. Lebensjahres ein. Außerdem kann ein Minderjähriger, der das 18. Lebensjahr vollendet hat, durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts für volljährig erklärt werden.

[§§ 104, 106, 107 B. G. B.] Minderjährige unter sieben Jahren können Verträge überhaupt nicht, über 7 Jahre alte Minderjährige solche nur mit vorheriger Zustimmung oder nachträglicher Genehmigung ihres gesetzlichen Vertreters (Vater, Mutter, Vormund) abschließen. [§ 113 B. G. B.] Letzterer kann aber den über 7 Jahre alten Minderjährigen allgemein ermächtigen, ein Dienst- oder Arbeitsverhältnis einzugehen. Bei gewerblichen Arbeitsverhältnissen enthält die Zustimmung zum Antrage auf Ausstellung des Arbeitsbuches oder der Arbeitskarte die vorerwähnte allgemeine Ermächtigung.

[§ 126b G. D.] Bei Lehrverträgen von Lehrlingen ist jedoch auch für den Fall der generell erteilten Ermächtigung die Unterschrift des Lehrlings und des gesetzlichen Vertreters erforderlich.

Minderkaufleute f. Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches.

Mindestbeiträge zur Invalidenversicherung f. Wartezeit bei derselben.

— zur Unfallversicherung f. Beiträge zur Unfallversicherung.

Mindestbetrag des Sterbegeldes bei der Unfallversicherung f. Sterbegeld bei derselben.

Mindestleistung der freien Hilfskassen f. eingeschriebene Hilfskassen.

— der Krankenversicherung f. Leistungen der Zwangskrankenkassen und der Gemeindekrankenversicherung.

Mindestluftraum f. Luftraum.

Mindestruhezeit in offenen Verkaufsstellen f. d.

— an Sonntagen f. Sonntagsruhe.

Mindestzahl der Mitglieder von Ortskrankenkassen f. d.

Mißhandlung des Lehrlings f. Pflichten des Lehrherrn.

Mitglieder einer freien Innung f. Innungsmitglieder.

— des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts. [§ 11 G. G. G., § 10 R. G. G.] Zum Mitglied eines Gewerbe- und Kaufmannsgerichts soll nur berufen werden, wer das 30. Lebensjahr vollendet und in dem der Wahl vorangegangenen Jahre für sich oder seine Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht empfangen oder die empfangene Armenunterstützung erstattet hat.

Personen, welche zum Amt eines Schöffen unfähig (f. d.).

sind, können nicht berufen werden, also auch keine Frauen und Ausländer.

(f. auch Vorsitzender und Beisitzer des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts.)

Mitglieder der Handwerkskammer f. d.

— einer **Zwangsinnung**. [§ 100f G.O.] Als Mitglieder gehören der Innung alle diejenigen an, welche das Gewerbe, wofür die Innung errichtet ist, als stehendes Gewerbe selbständig betreiben. Ausgenommen sind:

1. diejenigen, welche das Gewerbe fabrikmäßig betreiben;
2. falls die Innung laut Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde nur für solche Gewerbetreibende errichtet ist, welche der Regel nach Gesellen oder Lehrlinge halten, diejenigen welche dies in der Regel nicht tun.

Ferner wird mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde durch das Statut bestimmt, ob und inwieweit Guts- und Fabrikhandwerker, welche Lehrlinge oder Gesellen halten, sowie Hausgewerbetreibende Mitglieder der Innung werden können. Vor der Genehmigung ist den bezeichneten Personen Gelegenheit zu einer Äußerung gegeben.

Gewerbetreibende, welche mehrere Gewerbe betreiben, gehören derjenigen Innung an, welche für das hauptsächlich von ihnen betriebene Gewerbe errichtet ist.

(f. auch Beginn der Mitgliedschaft und Beitrittsrecht zu einer Zwangsinnung.)

Mitgliedschaft zu einer Berufsgenossenschaft f. Berufsgenossenschaften.

— zu einer **Krankenkasse** f. Eintritt in eine Zwangskrankenkasse.

— zu einer **Zwangsinnung** f. Mitglieder derselben.

Mitgliedschein der Berufsgenossenschaft f. Genossenschaftskataster bei der Unfallversicherung.

Mittagspause für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter f. Pausen.

— in offenen Verkaufsstellen f. d.

Mitteilung der Verhängung von Geldstrafen für Arbeiter f. Straf-gelder.

Mitwirkung der Arbeitgeber bei der Krankenversicherung f. Organi-sation derselben.

— der Arbeitgeber und -nehmer bei der Unfallversicherung f. Organi-sation derselben.

— der Gesellen bei der Gesellenprüfung f. d.

— der Gesellen bei der **Regelung des Lehrlingswesens**. [§ 100r Abs. 2 G.O.] Zur Teilnahme an den Geschäften der Innung, welche die Regelung des Lehrlingswesens und die Durchführung der hier-über erlassenen Bestimmungen zum Gegenstande haben, können

nur solche Gesellen herangezogen werden, welche die vorgeschriebene Lehrzeit durchgemacht und die Gesellenprüfung bestanden haben.

(f. Gesellenausschuß.)

Mitwirkung des Gesellenausschusses bei der Handwerkskammer f. Gesellenausschuß bei derselben.

- **der Landesverwaltungsbehörden bei der Invalidenversicherung.** [§ 57 I. B. G.] Von den zur Mitwirkung bei der Durchführung der Invalidenversicherung berufenen Landesverwaltungsbehörden kommen hauptsächlich die unteren Verwaltungsbehörden in Betracht.

Der unteren Verwaltungsbehörde liegt vor allem ob:

1. die Entgegennahme, Vorbereitung und Begutachtung von Anträgen auf Invaliden- und Altersrente sowie auf Beitragserstattung;
2. die Begutachtung der Entziehung von Invalidenrenten und der Einstellung von Rentenzahlungen;
3. die Auskunftserteilung in allen die Invalidenversicherung betreffenden Angelegenheiten.

[§ 58 I. B. G.] Sie hat hierzu gegebenenfalls als Beisitzer je einen Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten, die nach Maßgabe der §§ 61—64 des Invalidenversicherungsgesetzes gewählt werden müssen, hinzuzuziehen.

Die Zahl derartiger Vertreter beträgt mindestens je 4 für jeden Verwaltungsbezirk.

Motorwerkstätten. Als Motorwerkstätten gelten alle gewerblichen Betriebe, in welchen durch elementare Kraft (Dampf, Wind, Wasser, Gas, Luft, Elektrizität usw.) bewegte Triebwerke nicht bloß vorübergehend zur Verwendung kommen, soweit sie nicht Fabriken und diesen gleichgestellte Anlagen sind (f. Fabrik im Sinne der Gewerbeordnung).

Seit 1900 sind auf diese Motorwerkstätten die für Fabriken usw. geltenden Bestimmungen über die Beschäftigung von Kindern, jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen (f. Kinderarbeit, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen) mit einigen Abänderungen ausgedehnt worden.

Motorwerkstätten, in denen der Arbeitgeber ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt, fallen überhaupt nicht unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung; für sie gilt lediglich das Kinderschutzgesetz (f. Kinderarbeit).

Es sind zu unterscheiden:

- Werkstätten mit 10 und mehr Arbeitern;
- Werkstätten mit weniger als 10 Arbeitern;

Werkstätten des Handwerks mit weniger als zehn Arbeitern;

Werkstätten mit Wasserbetrieb.

Im folgenden sind die Abweichungen von den Fabrikbestimmungen angeführt:

1. Werkstätten mit 10 und mehr Arbeitern.

Hier können Kinder zwischen 13 und 14 Jahren, welche nicht mehr zum Besuch der Volksschule verpflichtet sind, täglich 10 Stunden beschäftigt werden.

Die Ausnahme gilt jedoch nicht für Schleifereien und Polierwerkstätten der Glas-, Stein- und Metallverarbeitung.

2. Werkstätten mit weniger als 10 Arbeitern.

Kinder können hier ebenfalls 10 Stunden beschäftigt werden, ebenfalls mit Ausnahme obiger Betriebsarten.

Jugendlichen Arbeitern braucht keine Vor- und Nachmittagspause gewährt zu werden, wenn sie eine Mittagspause von mindestens 1½ Stunde haben, ebenso ist der Aushang eines Verzeichnisses derselben nicht notwendig (s. Aushänge in Arbeitsräumen).

In der vorgeschriebenen Anzeige an die Ortspolizeibehörde (s. Anzeigen der Unternehmer) braucht nur die Lage der Werkstatt und die Art des Betriebes angegeben zu werden.

Arbeiterinnen über 16 Jahre können an 40 Tagen im Jahre ohne weiteres bis 13 Stunden täglich und bis 10 Uhr abends beschäftigt werden.

Hierbei kommt jeder Tag in Anrechnung, an welchem auch nur eine Arbeiterin Überarbeit gemacht hat. Die Überarbeit ist auch an den Vorabenden der Sonn- und Festtage zulässig und muß noch am Tage der Überarbeit in ein Verzeichnis eingetragen werden (s. Überarbeitsverzeichnis).

Auch bezüglich der Bedingungen, unter denen über diese 40 Tage hinaus auf Antrag Überarbeit gestattet werden kann, bestehen von den Fabriken abweichende Bestimmungen (s. Überarbeit von jugendlichen Arbeitern und von Arbeiterinnen). Desgl. für Pausenveränderungen (s. d.) und Änderungen in der Arbeitszeit (s. d.).

Für Arbeiterinnen in Badeanstalten mit weniger als 10 Arbeitern und Motoren, die ausschließlich oder vorwiegend mit der Bereitung der Bäder und der Bedienung des Publikums beschäftigt sind, gilt nur der Wöchnerinnenschutz sowie die Bestimmung, daß ihnen eine

einstündige, wenn sie ein Hauswesen zu besorgen haben, auf Antrag eine 1½ stündige Mittagspause zu gewähren ist.

3. Werkstätten des Handwerks mit weniger als 10 Arbeitern.

Zum Handwerk rechnen hierbei:

Bandagisten, Bandwirker, Böttcher, Buchbinder, Büchsenmacher, Bürsten- und Pinselmacher, Drahtflechter, Drechsler, Stein-, Zink-, Kupfer- und Stahlprinter, Färber und Zeugdrucker, Feilenhauer, Feinmechaniker, Gerber, Glaser, Gold- und Silberarbeiter, Graveure, Handschuhmacher, Hutmacher, Kammacher, Klempner, Kürschner, Kupferschmiede, Messerschmiede, Metallgießer, Mehger (Fleischer), Mühlenbauer, Musikinstrumentenmacher, Posamentiere, Sattler (Riemer, Täscher), Schiffbauer, Schlosser, Grob- und Hufschmiede, Schneider, Schreiner (Tischler), Schuhmacher, Seifensieder, Seiler, Stellmacher (Wagner, Radmacher), Tapezierer, Töpfer, Tuchmacher, Uhrmacher, Weber.

Hier gelten die gleichen Bestimmungen wie für die anderen Motorwerkstätten mit weniger als 10 Arbeitern, jedoch mit folgenden Ausnahmen:

Jugendliche männliche Arbeiter (Vehrlinge) unterliegen hinsichtlich der Arbeitszeit nur der Bestimmung, daß sie nicht an Sonn- und Feiertagen sowie während der Stunden des Konfirmanden-, Beicht- oder Kommunionunterrichts beschäftigt werden dürfen. Pausen sind gleichfalls für sie nicht vorgeschrieben.

Weiter ist bei Beschäftigung lediglich männlicher jugendlicher Arbeiter eine Anzeige an die Ortspolizeibehörde sowie der Aushang eines Auszuges aus den Bestimmungen nicht notwendig.

4. Werkstätten mit Wasserbetrieb.

Diese zerfallen wieder in solche mit 10 und mehr Arbeitern und in solche mit weniger als 10 Arbeitern.

Gemeinsam ist beiden Kategorien, daß bezüglich der Beschäftigung von Kindern, jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen nur das Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 13 Jahren sowie von schulpflichtigen Kindern über 13 Jahren, der Nachtarbeit aller schutzbedürftigen Personen und der Sonntagsarbeit der jugendlichen Arbeiter besteht. Letztere dürfen auch während der Stunden des Konfirmanden-, Beicht- oder Kommunionunterrichts nicht beschäftigt werden.

Aber die Pausen besteht nur die Vorschrift, daß Arbeiterinnen über 16 Jahre, welche ein Hauswesen zu besorgen haben, auf

ihren Antrag eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen sind, sofern diese nicht mindestens $1\frac{1}{2}$ Stunde beträgt.

Anzeige an die Ortspolizeibehörde und Aushänge der Bestimmungen sind jedoch notwendig. In Werkstätten mit weniger als 10 Arbeitern ist für Arbeiterinnen über 16 Jahre an 40 Tagen ohne weiteres Überarbeit über $8\frac{1}{2}$ Uhr abends bis spätestens 10 Uhr statthast. Wegen der Berechnung der Überarbeit und der Führung des Verzeichnisses gilt das gleiche wie für die Werkstätten unter 2.

In Werkstätten mit Wasserbetrieb, die unter das Handwerk (s. oben unter 3.) fallen, können männliche jugendliche Arbeiter auch des Nachts arbeiten. Anzeige und Aushänge fallen dann fort.

Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion, die mit einem Motor arbeiten, fallen auch dann nur unter die für Konfektionswerkstätten (s. d.) geltenden Bestimmungen.

Dagegen fallen Bäckereien und Konditoreien sowie nicht als Fabriken geltende Getreidemühlen, die motorische Kraft haben, außer unter die für diese Gewerbe bestehenden besonderen Verordnungen (s. Bekanntmachungen des Bundesrats für besondere Gewerbe) noch unter einige für Motorwerkstätten gültige Bestimmungen (Wöchnerinnenschutz, Zusatzpause für Arbeiterinnen mit Hauswesen, Verbot der Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern unter 14 Jahren).

Für nicht als Fabriken geltende Getreidemühlen mit Dampfkraft greifen, je nachdem mehr oder weniger als 10 Arbeiter beschäftigt werden, die entsprechenden Bestimmungen für Motorwerkstätten Platz.

Wegen der für die einzelnen Arten von Motorwerkstätten verschiedenen Muster der Aushänge s. Aushänge in Arbeitsräumen.

Mündliche Klage vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht s. Klage vor denselben.

Nachbarrechte. Dieselben regeln sich namentlich nach den §§ 906 und 907 des Bürgerlichen Gesetzbuches, auch kommen für Preußen in Frage Titel III Teil I und Titel VI des allgemeinen Landrechts.

Nachleistung der Arbeit s. Lohn im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Nachmittagspause s. Pausen.

Nacht im Sinne der Gewerbeordnung. Als Nacht gilt die Zeit von $8\frac{1}{2}$ Uhr abends bis $5\frac{1}{2}$ Uhr morgens.

Nachtarbeit. Für Kinder, jugendliche Arbeiter und erwachsene Arbeiterinnen ist die Arbeit zwischen 8 $\frac{1}{2}$ Uhr abends und 5 $\frac{1}{2}$ Uhr morgens in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen, für Kinder überhaupt in allen gewerblichen Betrieben verboten. Ausnahmefälle sind jedoch zulässig. s. Kinderarbeit, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Ausnahmen der Bestimmungen über die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und von Arbeiterinnen.

Nachtrevision s. Gewerbeaufsichtsbeamte.

Nachträge zur Arbeitsordnung. Nachträge zur Arbeitsordnung sind bezüglich der Form ihres Erlasses usw. an die gleichen Vorschriften gebunden, wie sie für die Arbeitsordnung selbst gelten. Insbesondere sind sie auszuhängen und mit den nötigen Erklärungen der unteren Verwaltungsbehörde zur Prüfung einzureichen; sie treten auch erst 14 Tage nach Erlaß in Kraft. Abänderungen der Arbeitsordnung sind ebenfalls in Form von Nachträgen zu bewirken.

(s. auch Erlaß der Arbeitsordnung.)

Nachträglicher Abzug der Beiträge zur Invalidenversicherung s. Entrichtung der Beiträge zur Invalidenversicherung.

— — **der Beiträge zur Krankenversicherung** s. Beiträge zu den Zwangs-
krankenkassen.

Nachträgliche Anmeldung von Entschädigungsansprüchen an die Unfallversicherung s. Verjährung derselben.

— **Auflagen für genehmigte gewerbliche Anlagen** sind ohne weiteres zulässig, wenn es sich um den Schutz der Arbeiter handelt. Dagegen sind nachträgliche Beschwerden im Interesse der Nachbarn unzulässig, solange nicht eine wesentliche Änderung im Sinne des § 25 der Gewerbeordnung vorliegt.

(s. auch Generalklausel in der Genehmigungsurkunde.)

— **Entrichtung von Beiträgen zur Invalidenversicherung.** [§ 146 I. B. G.] Die nachträgliche Entrichtung von Pflichtbeiträgen ist auf 2, in Ausnahmefällen auf 4 Jahre, die von freiwilligen Beiträgen auf ein Jahr beschränkt.

Nachträgliches Erbieten zur Eidesleistung s. Eide vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht.

Nachträgliche Vorlegung des Krankenscheins s. Erhebung des Anspruchs bei der Krankenversicherung.

Nachweis der Bescheinigung der eingeschriebenen Hilfskassen. [§ 75b Abs. 2 R. B. G.] Der Nachweis der Bescheinigung, daß die eingeschriebene Hilfskasse den gesetzlichen Anforderungen entspricht, wird durch Vorlegung eines Exemplars des Kassenstatuts geführt,

in welchem das die behördliche Bekanntmachung enthaltende Blatt nach Jahrgang, Nummer und Seitenzahl angegeben sein muß.

Nachweis einer Krankheit bei der Invalidenversicherung f. Bescheinigung derselben.

— **militärischer Übungen bei der Invalidenversicherung** f. militärische Übungen.

Nachweisung an den Reichstag bei der Unfallversicherung. [§ 111 G. U. V. G., § 119 L. U. V. G.] Über die gesamten Rechnungsergebnisse eines Rechnungsjahres ist nach Abschluß desselben alljährlich dem Reichstag eine vom Reichsversicherungsamt aufzustellende Nachweisung vorzulegen.

Nachweisungen der Betriebsunternehmer bei der Unfallversicherung f. Umlageverfahren bei derselben.

Naturalkienrente bei der Unfall- und Invalidenversicherung. [§ 26 L. U. V. G., § 24 I. V. G.] Durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde oder eines Kommunalverbandes kann in Gegenden, in denen noch die Löhnung land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter in Form von Naturalleistungen herkömmlich ist, festgesetzt werden, daß die Rente dieser Personen bis zu $\frac{2}{3}$ in dieser Form gewährt wird. Notorischen Trunkenbolden ist stets die ganze Rente in Naturalien zu zahlen.

Bei Unfallrenten ist die Zustimmung der Arbeiter erforderlich.

Der Rentenanspruch geht zu dem entsprechenden Betrag auf die Gemeinde über, welche die Naturalien zu leisten hat. Der Wert derselben berechnet sich nach den behördlich festgesetzten Durchschnittspreisen.

Nebenbetriebe f. Berufsgenossenschaften.

— **der Landwirtschaft** f. Landwirtschaftliche Nebenbetriebe.

Nebenstatuten der Innungen. [§ 85 G. D.] Bei Errichtung von Kranken- und sonstigen Unterstützungskassen, von Schiedsgerichten und gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieben ist die Zusammenfassung der erforderlichen Bestimmungen in Nebenstatuten vorgeschrieben.

Diese werden von der höheren Verwaltungsbehörde genehmigt, nachdem vorher die Gemeindebehörde und die Aufsichtsbehörde gehört sind. Gegen einen ablehnenden Bescheid steht die Beschwerde binnen 4 Wochen an die Landeszentralbehörde offen.

Nebenverrichtungen im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes sind solche Arbeiten, die von einem Gewerbetreibenden neben der eigentlichen gewerblichen Arbeit, auch aus Gefälligkeit, verrichtet zu werden pflegen. Sie fallen ebenfalls unter die Betriebs-tätigkeit.

Neuausstellung eines Arbeitsbuches f. d.

Neugenehmigung eines Dampfkessels f. Erneute Genehmigung desselben.

— **genehmigungspflichtiger Anlagen** f. Veränderungen und Neuherstellung derselben.

Neuerstellung zerstörter genehmigungspflichtiger Anlagen. Geschieht eine solche im früheren Umfange, so ist eine Neugenehmigung nicht erforderlich.

Neunubr Ladenschluß. [§ 139e G.O.] Von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens müssen offene Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein. Die beim Ladenschluß im Laden schon anwesenden Kunden dürfen noch bedient werden.

Über 9 Uhr abends dürfen Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr geöffnet sein:

1. für unvorhergesehene Notfälle;
2. an höchstens 40 von der Ortspolizeibehörde zu bestimmenden Tagen, jedoch nur bis spätestens 10 Uhr abends;
3. nach näherer Bestimmung der höheren Verwaltungsbehörde in Städten, welche nach der jeweilig letzten Volkszählung weniger als 2000 Einwohner haben sowie in ländlichen Gemeinden, sofern in denselben der Geschäftsverkehr sich vornehmlich auf einzelne Tage der Woche oder auf einzelne Stunden des Tages beschränkt.

Die Mindestruhezeit (f. d.) und die Pausen (f. d.) müssen den Angestellten jedoch stets gewährt werden.

Während der Zeit, wo die Verkaufsstellen geschlossen sein müssen, ist das Feilbieten von Waren auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten oder ohne vorherige Bestellung von Haus zu Haus im stehenden Gewerbebetriebe sowie im Gewerbebetriebe im Umherziehen verboten. Die Bestimmung gilt auch für Automaten.

Ausnahmen kann die Ortspolizeibehörde zulassen.

(f. auch Strafbestimmungen der Gewerbeordnung.)

Nicht angenommene Dienste f. Dienstvertrag.

Nichtbestehen der Gesellenprüfung f. d.

Nichterscheinen vor dem Einigungsamt f. Verfahren vor demselben.

— **der Parteien im Verhandlungstermin** f. Versäumnisurteil des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts.

— **der Zeugen und Sachverständigen vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht** f. Zeugen und Sachverständige vor denselben.

Nichtige Verabredungen über die Lohnzahlung f. d.

Nichtigkeitssklage vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Dieselbe findet entsprechend der Zivilprozeßordnung statt:

1. wenn das erkennende Gericht nicht vorschriftsmäßig besetzt war;
2. wenn ein Richter bei der Entscheidung mitgewirkt hat, welcher von der Ausübung des Richteramtes kraft Gesetz ausgeschlossen war, sofern nicht dieses Hindernis mittelst eines Ablehnungsgesuches oder eines Rechtsmittels ohne Erfolg geltend gemacht ist;
3. wenn bei der Entscheidung ein Richter mitgewirkt hat, obgleich derselbe wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt und das Ablehnungsgesuch für begründet erklärt war;
4. wenn eine Partei in dem Verfahren nicht nach Vorschrift der Gesetze vertreten war, sofern sie nicht die Prozeßführung ausdrücklich oder stillschweigend genehmigt hat.

In den Fällen 1 und 3 findet die Klage nicht statt, wenn die Nichtigkeit mittelst eines Rechtsmittels geltend gemacht werden konnte.

Nichtzustandekommen der Wahlen zum Gewerbes und Kaufmannsgericht f. Wahlen zu denselben.

Niederkunft bei der Krankenversicherung f. Erweiterung der Leistungen der Zwangskrankenkassen.

Niederlegung der Arbeit f. Koalitionsrecht.

— **des Beisitzeramtes beim Gewerbes und Kaufmannsgericht.** Diese kann mit denselben Gründen erfolgen, wie sie bei der Ablehnung (f. d.) der Wahl als Beisitzer Geltung finden.

Notarbeiten f. Ausnahmen von der Sonntagsruhe.

Notfristen beim Gewerbes und Kaufmannsgericht f. Fristen und Berufung bei denselben.

Obligatorischer Besuch des Fortbildungsschulunterrichts f. Fortbildungsschulunterricht.

Öffentlichkeit des Verfahrens vor dem Gewerbes und Kaufmannsgericht. [§ 38 G. G.] Die Verhandlung vor dem erkennenden Gericht einschließlich der Verkündigung der Urteile und Beschlüsse desselben erfolgt öffentlich.

Jedoch kann aus den auch bei ordentlichen Gerichten geltenden Gründen durch Gerichtsbeschluß die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung oder für einen Teil derselben ausgeschlossen werden. Es gilt das insbesondere, wenn eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, der Staatsicherheit und Sittlichkeit zu besorgen ist.

Offenbarung von Betriebsgeheimnissen bei der Unfall- und Invalidenversicherung f. Strafbestimmungen des Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzes.

Offene Verkaufsstellen. Eine offene Verkaufsstelle im Sinne der Gewerbeordnung ist nach einem Urteil des Kammergerichts eine feste Stelle, von der aus jemand mit dem Recht der Ausschließung Anderer seine Waren verkauft. Die Stelle muß dem Publikum zugänglich sein. Auch ein Automat kann eine offene Verkaufsstelle sein.

Für offene Verkaufsstellen gelten folgende Bestimmungen:

[§ 139c G.O.] In offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörenden Schreibstuben (Kontoren) und Lagerräumen ist den Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 10 Stunden zu gewähren.

In Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern muß diese Ruhezeit in solchen offenen Verkaufsstellen, in denen zwei oder mehr Gehülfen und Lehrlinge beschäftigt werden, für diese mindestens 11 Stunden betragen; für kleinere Ortschaften kann diese Ruhezeit durch Ortsstatut vorge-schrieben werden.

Innerhalb der Arbeitszeit muß den Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern eine angemessene Mittagspause gewährt werden. Für Gehülfen, Lehrlinge und Arbeiter, die ihre Hauptmahlzeit außerhalb des die Verkaufsstelle enthaltenden Gebäudes einnehmen, muß diese Pause mindestens ein und eine halbe Stunde betragen.

[§ 139d G.O.] Vorstehende Bestimmungen finden keine Anwendung:

1. auf Arbeiten, die zur Verhütung des Verderbens von Waren unverzüglich vorgenommen werden müssen;
2. für die Aufnahme der gesetzlich vorgeschriebenen Inventur sowie bei Neueinrichtungen und Umzügen;
3. außerdem an jährlich höchstens 30 von der Ortspolizeibehörde allgemein oder für einzelne Geschäftszweige zu bestimmenden Tagen.

Die Ortspolizeibehörde hat die Tage allgemein, also für alle in Betracht kommenden Gewerbe, oder für einzelne Gewerbszweige zu bestimmen. Die Gewährung von Ausnahmen für einzelne Geschäfte ist schon mit Rücksicht auf die Konkurrenz derselben unzulässig, außerdem sollen die 30 Tage in der Regel nicht sämtlich im voraus festgesetzt werden, sondern es ist ein Teil derselben für unvorhergesehene Fälle aufzusparen.

Die Bestimmungen für offene Verkaufsstellen gelten auch für den Geschäftsbetrieb der Konsum- und anderer Vereine.

(f. auch Mindestruhezeit, Neun- und Achtuhlabend-schluß, Arbeitsordnungen und Schutz der Angestellten in offenen Verkaufsstellen, sowie Strafbestimmungen der Gewerbeordnung.)

Ordentliche Gerichte im Sinne des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes. Im Gegensatz zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten desgl. den Innungsschiedsgerichten, die man auch als Sondergerichte bezeichnet, spricht man von den übrigen Gerichten, also insbesondere von den Amtsgerichten, als von ordentlichen Gerichten.

- **Gerichtstage beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht.** [§ 37 G. G. G.] An ordentlichen Gerichtstagen können die Parteien ohne Terminbestimmung und Ladung zur Verhandlung des Rechtsstreits erscheinen.

Die ordentlichen Gerichtstage sind bestimmte, öffentlich bekannt gemachte und regelmäßig sich folgende Tage, die je nach Bedürfnis des einzelnen Gerichtsbezirks vom Vorsitzenden angesetzt werden.

Ordnungsstrafen gegen Arbeiter f. Arbeitsordnungen und Strafgeßelber.

- **der Aufsichtsbehörden der Innungen** f. Aufsicht über die Innungen.
- **für die Geistlichen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts** f. Bestrafung derselben.
- **der Berufsgenossenschaften** f. Strafbestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes.
- **bei der Gemeindekrankenversicherung** f. d.
- **des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts** f. Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung derselben.
- **der Innungen.** [§ 92c G. D.] Der Vorstand ist berechtigt, über Innungsmitglieder bei Verstößen gegen statutarische Vorschriften Ordnungsstrafen, insbesondere Geldstrafen bis zum Betrage von 20 Mark zu verhängen. Über Beschwerden entscheidet die Aufsichtsbehörde. Der Betrag der Geldstrafen fließt in die Innungskasse.
- **der Zwangskrankenkassen.** [§ 26 Z. 2a R. V. G.] Durch Kassensstatut kann bestimmt werden, daß Mitglieder, welche gegen die Bestimmungen über Anzeige einer Doppelversicherung und gegen die Vorschriften über Krankmeldung, Verhalten der Kranken usw. handeln, Ordnungsstrafen bis zum dreifachen Betrage des täglichen Krankengeldes zu erlegen haben (Beschwerde dagegen bei der Aufsichtsbehörde).

Organe der Berufsgenossenschaften f. Berufsgenossenschaften.

Organisation der Invalidenversicherung f. d.

- **der Krankenversicherung.** Man unterscheidet zunächst Zwangskassen, Gemeindekrankenversicherung und freie Hilfskassen.

Die Zwangskassen zerfallen wieder in:

1. Ortskrankenkassen;
2. Betriebs- (Fabrik) Krankenkassen;
3. Baukrankenkassen;
4. Innungskrankenkassen;
5. Knappschaftskassen.

Das nähere s. unter den einzelnen Bezeichnungen selbst.

Die Vereinigung dieser Zwangskassen zu kleineren oder größeren Verbänden ist durchweg gestattet.

Die Verwaltung der Zwangskassen erfolgt nach dem Grundsatz der Selbstverwaltung durch die Arbeiter unter Mitwirkung der beitragsleistenden Arbeitgeber und unter behördlicher Aufsicht.

Organisation der Unfallversicherung. Zur Durchführung der Unfallversicherung sind nachfolgende Organisationen geschaffen, worüber näheres unter den betreffenden Bezeichnungen selbst nachzusehen ist:

1. Berufsgenossenschaften;
2. Ausführungsbehörden;
3. Schiedsgerichte;
4. Reichsversicherungsamt und Landesversicherungsämter.

An den Aufgaben der Schiedsgerichte, des Reichsversicherungsamtes und der Landesversicherungsämter wirken Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen mit. Desgleichen bei Beratung und Beschlußfassung über die Unfallverhütungsvorschriften.

Örtliche Hebestellen für die Invalidenversicherung s. Hebestellen.

— **Zuständigkeit des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts.** [§ 27 G. G. G.] Die örtliche Zuständigkeit, d. h. die Vorschrift, bei welchem Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) die Klage anzubringen ist, ist wahlweise begründet.

Zuständig ist:

1. dasjenige Gewerbegericht (Kaufmannsgericht), in dessen Bezirk die streitige Verpflichtung zu erfüllen ist, oder
2. sich die gewerbliche Niederlassung des Arbeitgebers (Kaufmanns) befindet oder
3. beide Parteien ihren Wohnsitz haben.

Unter mehreren zuständigen Gewerbegerichten (Kaufmannsgerichten) hat der Kläger die Wahl.

Außer durch das Gesetz kann die örtliche Zuständigkeit auch durch Vereinbarung der Parteien begründet werden.

Ortsgebrauch bei kaufmännischen Dienstleistungen f. Pflichten des Handlungsgehilfen.

Ortskrankenkassen. [§ 16 R. V. G.] Die Gemeinden können für die in ihrem Bezirk beschäftigten versicherungspflichtigen Personen Ortskrankenkassen errichten, sofern die Zahl der zu versichernden Personen mindestens 100 beträgt.

Die Ortskrankenkassen sollen in der Regel für die in einem Gewerbszweige oder in einer Betriebsart beschäftigten Personen errichtet werden. Es können jedoch auch gemeinsame Ortskrankenkassen errichtet werden, zunächst, wenn die Zahl der in den einzelnen Gewerbszweigen und Betriebsarten beschäftigten Personen weniger als 100 beträgt. Ist die Zahl größer, so kann eine Vereinigung nur stattfinden, wenn den beteiligten Personen Gelegenheit zu einer Äußerung gegeben ist. Erhebt sich Widerspruch, so entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde.

[§ 17 R. V. G.] Die höhere Verwaltungsbehörde kann die Gemeinde auch verpflichten, eine Ortskrankenkasse auf Antrag und nach Anhörung der Beteiligten zu errichten.

[§ 18 R. V. G.] Die Gemeinden sind berechtigt, Gewerbszweige oder Betriebsarten, für welche eine Ortskrankenkasse nicht besteht, einer vorhandenen Ortskrankenkasse nach Anhörung derselben und nachdem den beteiligten Versicherungspflichtigen Gelegenheit zu einer Äußerung darüber geworden ist, zuzuwenden. Die Zuweisung soll tunlichst an eine für verwandte Gewerbszweige oder Betriebsarten bestehende Ortskrankenkasse erfolgen.

[§ 19 Abs. 4 R. V. G.] Sind mehrere Gewerbszweige oder Betriebsarten zu einem Betriebe vereinigt, so gehören die in diesem beschäftigten versicherungspflichtigen Personen derjenigen Ortskrankenkasse an, welche für den Gewerbszweig oder die Betriebsart errichtet ist, in denen die Mehrzahl dieser Personen beschäftigt ist. Im Zweifel entscheidet nach Anhörung des Betriebsunternehmers, der Vorstände der beteiligten Kassen und der Aufsichtsbehörden die höhere Verwaltungsbehörde endgültig.

Ortspolizeibehörde f. Polizeibehörde.

Ortsstatut für die Fortbildungsschule f. Besuchspflicht derselben.

— **des Gewerbes und Kaufmannsgerichts** f. Errichtung und Statuten derselben.

— **für die Krankenversicherung** f. Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht und Befreiung von derselben.

Ortsüblicher Tagelohn im Sinne des Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzes. [§ 8 R. V. G., § 34 Abs. 2 I. V. G.] Der Betrag des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter wird von der höheren Verwaltungsbehörde nach Anhörung der

Gemeindebehörde und nachdem Vertretern der beteiligten Arbeitgeber und Versicherten Gelegenheit zur Äußerung gegeben worden ist, festgesetzt. Es geschieht dies je für die männlichen, weiblichen, erwachsenen und jugendlichen Arbeiter, event. auch noch für Kinder getrennt.

Parteid vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Eide vor denselben.

Parteikosten bei der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung f. Kosten des Verfahrens bei der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung.

Pauschbeitrag zur Unfallversicherung f. Beiträge zur Unfallversicherung.

Pausen. Nachstehend sind die wichtigsten Vorschriften über die den Arbeitern zu gewährenden Pausen zusammengestellt:

Für Pausen männlicher erwachsener Arbeiter bestehen bis auf einige Ausnahmen in bestimmten Gewerben (f. Marginalarbeits-tag) keinerlei Vorschriften.

[§ 136 G. D.] Kindern, die in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen beschäftigt werden, ist eine mindestens halbstündige Pause zu gewähren. Ebenso jugendlichen Arbeitern, wenn sie nicht länger als 6 Stunden tätig sind. Im übrigen muß ihnen mittags eine einstündige, sowie vor- und nachmittags je eine halbstündige Pause gewährt werden. Die Vor- und Nachmittagspause kann jedoch fortfallen, sofern die jugendlichen Arbeiter täglich nicht länger als 8 Stunden beschäftigt werden, und die Dauer ihrer durch eine Pause nicht unterbrochenen Arbeitszeit am Vor- und Nachmittage je 4 Stunden nicht übersteigt.

Die Pausen müssen natürlich zwischen den Arbeitszeiten liegen und dürfen nicht etwa an den Anfang oder das Ende derselben gesetzt werden. Sie müssen ferner regelmäßige sein, d. h. ein- für allemal oder wenigstens für gewisse Perioden im voraus festgelegt sein. Abänderungen und Verlegungen sind, wenn es sich nicht um gelegentliche Ersetzung veränderter Arbeiter für einzelne Arbeitschichten handelt, nur nach vorheriger Anzeige an die Ortspolizeibehörde gestattet.

Die Pausen der jugendlichen Arbeiter sind in das vorgeschriebene Verzeichnis derselben (f. Aushänge in Arbeitsräumen) einzutragen.

Eine Beschäftigung während der Pausen, auch eine freiwillige, ist untersagt. Jugendliche Arbeiter sollen nach

Möglichkeit die Pausen außerhalb der Arbeitsräume in besonderen Aufenthaltsräumen (s. d.) verbringen.

[§ 137 G.D.] Erwachsenen Arbeiterinnen ist eine mindestens einstündige Mittagspause zu gewähren. Arbeiterinnen, welche ein Hauswesen zu besorgen haben, sind auf ihren Antrag eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen (Zusatzpause), sofern diese nicht mindestens $1\frac{1}{2}$ Stunde beträgt.

Die Mittagspause muß, wie schon ihr Name besagt, zur Mittagszeit gewährt werden, braucht jedoch nicht gerade um 12 Uhr zu beginnen. Auch bei Arbeiterinnen darf während der Pause keinerlei Beschäftigung für die Fabrik, selbst freiwillige gebudet werden. Wenn Arbeiterinnen nur vormittags oder nur nachmittags beschäftigt werden, fällt die Mittagspause natürlich fort und andere Pausen sind nicht vorgeschrieben.

In Motorwerkstätten mit zehn und mehr Arbeitern gilt bezüglich der Pausen das gleiche wie für Fabriken, ebenso in Motorwerkstätten mit weniger als zehn Arbeitern, nur kann hier die Vor- und Nachmittagspause der jugendlichen Arbeiter ohne weiteres wegfallen, wenn denselben eine mindestens $1\frac{1}{2}$ stündige Mittagspause gewährt wird, und es besteht keine Anmeldepflicht bei Veränderung der Pausen.

In Motorwerkstätten (s. d.) des Handwerks mit weniger als zehn Arbeitern fallen für männliche jugendliche Arbeiter die Vorschriften für die Pausen ganz fort.

Das gleiche ist der Fall für alle jugendlichen Arbeiter in Werkstätten mit Wasserbetrieb, während für erwachsene Arbeiterinnen nur die Vorschrift besteht, daß sie, wenn sie ein Hauswesen zu besorgen haben, auf ihren Antrag eine halbe Stunde vor Beginn der Mittagspause entlassen werden müssen, sofern diese nicht mindestens $1\frac{1}{2}$ Stunde beträgt.

Für Konfektionswerkstätten gelten die gleichen Bestimmungen wie für Fabriken mit folgenden Abweichungen. Jugentlichen Arbeitern braucht keine Vor- und Nachmittagspause gewährt zu werden, wenn sie wenigstens eine $1\frac{1}{2}$ stündige Mittagspause haben, auch ist keine besondere Anzeige über die Veränderung der Pausen notwendig.

In sämtlichen bisher genannten Anlagen können unter bestimmten Voraussetzungen, namentlich mit Rücksicht auf die Arbeiter oder die Art des Betriebes Kürzungen und Änderungen der Pausen mit besonderer Genehmigung zugelassen werden (s. Pausenänderungen).

Soweit die Beschäftigung von Kindern außerhalb der bisher genannten Anlagen im Gewerbe überhaupt gestattet

ist (s. Kinderarbeit), muß denselben eine mindestens zweistündige Mittagspause gewährt werden.

[§ 139c Abs. 3 G. D.] In offenen Verkaufsstellen (s. d.) soll Gehülfe, Lehrlingen und Arbeitern eine angemessene Mittagspause gewährt werden. Sofern die Hauptmahlzeit außer dem Hause eingenommen wird, muß diese Pause mindestens 1 1/2 Stunde betragen.

Pausen in offenen Verkaufsstellen s. d.

Pausenänderungen. Änderungen der Pausen der jugendlichen Arbeiter und der Arbeiterinnen innerhalb der gesetzlichen Grenzen sind ohne weiteres zulässig, müssen jedoch in Fabriken der Ortspolizeibehörde vorher angezeigt werden.

Die Pausen der männlichen erwachsenen Arbeiter unterliegen keinerlei Bestimmungen, demgemäß auch nicht deren Änderungen, es sei denn, daß es sich um eine Fabrik mit Arbeitsordnung handelt (s. weiter unten).

[§ 139 Abs. 2 G. D.] Wenn die Natur des Betriebes oder Rücksichten auf die Arbeiter in einzelnen Fabriken es erwünscht erscheinen lassen, daß die Arbeitszeit der Arbeiterinnen und der jugendlichen Arbeiter in einer anderen als in der gesetzlichen Weise geregelt wird, so kann auf besonderen Antrag durch die höhere Verwaltungsbehörde eine anderweitige Regelung der Pausen gestattet werden. (Eine anderweitige Regelung der Arbeitszeiten kann nur der Reichskanzler gestatten s. Änderung der Arbeitszeit.) Jedoch dürfen in solchen Fällen die jugendlichen Arbeiter nicht länger als 6 Stunden beschäftigt werden, wenn zwischen den Arbeitsstunden nicht Pausen von zusammen mindestens einstündiger Dauer gewährt werden.

Es handelt sich hier also um den Wegfall oder die Verkürzung der Pausen für jugendliche Arbeiter und der Mittagspause für erwachsene Arbeiterinnen.

Daß Rücksichten auf die Arbeiter die anderweite Regelung wünschenswert machen, ist nur anzunehmen, wenn es sich darum handelt, den Arbeitern, sei es durch Verkürzung der Arbeitszeit, sei es durch Verlängerung der Mittagspause, sei es in anderer Weise eine Erleichterung oder Annehmlichkeit zu gewähren, die bei Innehaltung der für die Arbeiterinnen und insbesondere der für die jugendlichen Arbeiter gesetzlich vorgeschriebenen Pausen nicht durchführbar sein würde. Hier kommen auch die Fälle in Betracht, in denen Arbeitern, die von der Arbeitsstätte soweit entfernt wohnen, daß sie nicht zum Mittagessen nach Hause gehen können, durch Verkürzung der Pausen und der täglichen Arbeitszeit die Möglichkeit verschafft werden soll, einen größeren Teil des Tages zu Hause zuzubringen, als

es bei regelmäßiger Einteilung der Arbeitszeit möglich sein würde.

Beispielsweise kann nach der preußischen Ausführungsanweisung die Vor- und Nachmittagspause der jugendlichen Arbeiter ganz weggelassen, wenn deren tägliche Arbeitszeit auf 9 Stunden beschränkt ist, oder diese Pausen können auf je eine Viertelstunde verkürzt werden, wenn die Mittagspause um $\frac{1}{2}$ Stunde verlängert oder die Arbeitszeit entsprechend verkürzt wird.

Auch die einstündige Mittagspause der Arbeiterinnen über 16 Jahre kann bei einer Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf 9 Stunden um die Hälfte gekürzt werden, wenn $\frac{1}{2}$ Stunde zur Einnahme einer Mahlzeit ausreicht (englische Tischzeit).

Voraussetzung ist jedoch stets, daß die Arbeit nicht anstrengend ist und kürzere Ruhepausen nach der Art des Betriebes von selbst eintreten.

Als Fälle, in denen die Natur des Betriebes eine anderweitige Regelung der Pausen wünschenswert macht, können im allgemeinen nur solche gelten, wo die jugendlichen Arbeiter oder die Arbeiterinnen mit den erwachsenen Arbeitern Hand in Hand arbeiten müssen, und diesen letzteren mit Rücksicht auf einen rationalen Betrieb keine Vor- und Nachmittagspausen gewährt werden können.

Bei jugendlichen Arbeitern soll die aus Rücksicht auf den Betrieb beantragte anderweitige Regelung der Pausen auf Lehrlinge beschränkt werden, mit denen ein schriftlicher Lehrvertrag abgeschlossen ist.

Bei Arbeiterinnen soll die Arbeit an sich leicht, für sie geeignet und nicht mit Gesundheitsgefahren verbunden sein, auch durch kürzere Ruhezeiten unterbrochen werden.

Anträge auf Zulassung von Abänderungen sind unter Angabe derselben, der Gründe, die den Antrag veranlassen und der Zahl der in Betracht kommenden jugendlichen Arbeiter bezw. Arbeiterinnen schriftlich der unteren Verwaltungsbehörde einzureichen.

Handelt es sich um Anlagen, für die eine Arbeitsordnung vorgeschrieben ist, und wird durch den Antrag eine Änderung derselben bedingt, so sind auch die Äußerungen der großjährigen Arbeiter oder des ständigen Arbeitsausschusses beizufügen (s. Erlaß der Arbeitsordnung).

Die Genehmigung wird nach Anhörung des Gewerbeinspektors schriftlich erteilt, jedoch nur dann, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen der Zulassung von Abweichungen zutreffen und die beantragte Regelung der Beschäftigung mit den Anforderungen, die im Interesse der körperlichen und geistigen Entwicklung der

jugendlichen Arbeiter und der Gesundheit und des Familienlebens der Arbeiterinnen zu stellen sind, verträglich erscheint.

Dabei ist namentlich zu berücksichtigen, ob die Einrichtung der Arbeitsräume den Anforderungen entsprechen, die in sanitärer Beziehung zu stellen sind, und ob die Leitung des Betriebes eine wohlwollende Fürsorge für die Arbeiterinnen und die jugendlichen Arbeiter erwarten läßt.

Die Genehmigung wird stets „bis auf weiteres“ erteilt und kann, wenn sich Unzuträglichkeiten ergeben oder die Bedingungen nicht eingehalten werden, jederzeit zurückgenommen werden.

Die veränderten Arbeitszeiten sind in dem Verzeichnis jugendlicher Arbeiter bezw. auf dem vorgeschriebenen Aushang über die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre zu vermerken.

Für Motorwerkstätten und Konfektionswerkstätten gelten die gleichen Bestimmungen, nur kann bei letzteren und Motorwerkstätten mit weniger als zehn Arbeitern bereits die untere Verwaltungsbehörde die Ausnahmen bezüglich der Pausen gestatten.

Pausenverkürzung s. Pausenänderungen.

Persönliches Erscheinen vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht s. Anordnung desselben.

Persönliche Haftung der Innungsmitglieder s. Rechtsfähigkeit der Innungen.

Pfändung nach dem Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz s. Zwangsvollstreckung nach denselben.

— **der Unfalls-, Invaliden- und Altersrente** [§ 96 G. U. V. G., § 102 L. U. V. G., § 55 I. V. G.] ist ebenso wie deren Überweisung an Dritte bis auf gewisse im Gesetz verzeichnete Ausnahmen nicht gestattet.

— **der Unterstützungsansprüche bei der Krankenversicherung** s. Verpfändung derselben.

Pflichten der Gewerbeaufsichtsbeamten s. d.

— **der Handlungsgehilfen.** [§ 59 H. G. B.] Wer in einem Handelsgewerbe zur Leistung kaufmännischer Dienste gegen Entgelt angestellt (Handlungsgehilfe) ist, hat, soweit nicht besondere Vereinbarungen über die Art und den Umfang seiner Dienstleistungen getroffen sind, die dem Ortsgebrauch entsprechenden Dienste zu leisten. In Ermangelung eines Ortsgebrauchs gelten die den Umständen nach angemessenen Leistungen als vereinbart.

[§ 60 H. G. B.] Der Handlungsgehilfe darf ohne Einwilligung des Prinzipals weder ein Handelsgewerbe betreiben

noch in dem Handelszweige des Prinzipals für eigene oder fremde Rechnung Geschäfte machen.

Die Einwilligung zum Betrieb eines Handelsgewerbes gilt als erteilt, wenn dem Prinzipal bei der Anstellung des Gehülfs bekannt ist, daß er das Gewerbe betreibt, und der Prinzipal die Aufgabe des Betriebes nicht ausdrücklich vereinbart.

[§ 61 H. G. B.] Verletzt der Handlungsgehilfe die ihm obliegende Verpflichtung, so kann der Prinzipal Schadensersatz fordern; er kann statt dessen verlangen, daß der Handlungsgehilfe die für eigene Rechnung gemachten Geschäfte als für Rechnung des Prinzipals eingegangen gelten lasse und die aus Geschäften für fremde Rechnung bezogene Vergütung herausgebe oder seinen Anspruch auf die Vergütung abtrete.

Die Ansprüche verjähren in drei Monaten von dem Zeitpunkt an, an welchem der Prinzipal Kenntnis von dem Abschlusse des Geschäfts erlangt; sie verjähren ohne Rücksicht auf diese Kenntnis in fünf Jahren von dem Abschlusse des Geschäfts an.

(f. dagegen) Handlungsgehilfenschutz.)

Pflichten des Lehrherrn. Lehrherr ist derjenige Gewerbetreibende, welcher einen gewerblichen Arbeiter in die Lehre nimmt, um ihn in den Arbeiten seines Gewerbes zu unterweisen oder unterweisen zu lassen.

[§ 127 G. D.] Der Lehrherr ist verpflichtet, den Lehrling in den bei seinem Betriebe vorkommenden Arbeiten des Gewerbes dem Zwecke der Ausbildung entsprechend, zu unterweisen, ihn zum Besuch der Fortbildungs- oder Fachschule anzuhalten und den Schulbesuch zu überwachen. Er muß entweder selbst oder durch einen geeigneten, ausdrücklich dazu bestimmten Vertreter die Ausbildung des Lehrlings leiten, den Lehrling zur Arbeitsamkeit und zu guten Sitten anhalten und vor Ausschweifungen bewahren, er hat ihn gegen Mißhandlungen seitens der Arbeits- und Hausgenossen zu schützen und dafür Sorge zu tragen, daß dem Lehrlinge nicht Arbeitsverrichtungen zugewiesen werden, welche seinen körperlichen Kräften nicht angemessen sind.

Er darf dem Lehrlinge die zu seiner Ausbildung und zum Besuche des Gottesdienstes an Sonn- und Festtagen erforderliche Zeit und Gelegenheit nicht entziehen. Zu häuslichen Dienstleistungen dürfen Lehrlinge, welche im Hause des Lehrherrn weder Kost noch Wohnung erhalten, nicht herangezogen werden. Bei Lehrlingen, die in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen sind, ist dies jedoch gestattet.

Bei Handwerkslehrlingen liegt den Innungen und der

Handwerkskammer die Überwachung der Pflichten des Lehrherrn ob.

[§ 76 H. G. B.] Fast gleichlautende Bestimmungen gelten auch für die Pflichten des Prinzipals dem Handlungslehrling gegenüber.

Pflichtverletzungen des Lehrherrn sind strafbar (§ 148 G. D. und § 82 H. G. B.), berechtigen zur Auflösung des Lehrverhältnisses seitens des Lehrlings oder dessen gesetzlichen Vertreters und bedingen event. Schadensersatzpflicht (s. Austritt des Lehrlings). Außerdem kann dem Lehrherrn die Befugnis zum Halten von Lehrlingen entzogen werden.

Pflichten des Lehrlings. [§ 127 a G. D.] Der Lehrling ist der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterworfen und dem Lehrherrn sowie demjenigen, welcher an Stelle des Lehrherrn die Ausbildung zu leiten hat, zur Folgsamkeit und Treue, zu Fleiß und anständigem Betragen verpflichtet.

Übermäßige und unanständige Züchtigungen sowie jede die Gesundheit des Lehrlings gefährdende Behandlung sind verboten.

Die väterliche Zucht gegen den Lehrling steht nur dem Lehrherrn, nicht dessen Angehörigen oder Vertretern zu. Vielmehr hat der Lehrherr den Lehrling vor etwaigen Mißhandlungen dieser Personen zu schützen. Von dem väterlichen Zuchtrecht darf auch nur ein angemessener Gebrauch gemacht werden.

Pflicht des Lehrlings ist auch der Besuch der Fortbildungsschule.

Wiederholte Pflichtverletzungen seitens des Lehrlings berechtigen den Lehrherrn zur Auflösung des Lehrverhältnisses (s. Entlassung des Lehrlings) und bedingen unter Umständen Schadensersatzpflicht.

— des Prinzipals s. Handlungsgehilfenschuß.

Pflichtfortbildungsschule s. Besuchspflicht der Fortbildungsschule.

Polizeibehörde. Unter der Polizeibehörde im Sinne der Gewerbeordnung ist im allgemeinen die Ortspolizeibehörde zu verstehen, d. h. derjenige Beamte oder diejenige Behörde, welcher die Verwaltung der örtlichen Polizei obliegt.

Ortspolizeibehörde in Gewerbesachen ist in Berlin das Polizeipräsidium, Abt. II b, zum Teil auch Abt. II a, in einer Reihe größerer Städte der Polizeipräsident oder Polizeidirektor, in den übrigen Städten der Bürgermeister, in der Provinz Hannover in den Städten mit revidierter Städteordnung der Magistrat, sonst der Landrat; auf dem Lande in Schleswig-Holstein sowie in den sieben östlichen Provinzen außer Posen der Amtsvorsteher, in Westfalen der Amtmann, in der Rhein-

provinz der Landbürgermeister, in Hannover der Landrat, in Posen der Distriktskommissar, in Hessen-Nassau der Bürgermeister usw.

Landespolizeibehörde ist in Preußen der Regierungspräsident, in Berlin der Polizeipräsident.

Auf die übrigen Bundesstaaten einzugehen, würde hier zu weit führen. Da, wo es sich um den Erlaß von polizeilichen Verfügungen zum Schutze der Arbeiter vor Gefahren handelt, tritt als Polizeibehörde entweder die untere oder die höhere Verwaltungsbehörde ein.

Polizeiverordnungen dienen zur Regelung allgemeiner Verhältnisse und sind an die Gesamtheit, bezw. einen größeren Kreis von Beteiligten gerichtet, nicht an einzelne Personen.

In Preußen ist zuständig für den Erlaß von Polizeiverordnungen:

Der Minister, Oberpräsident, Regierungspräsident, Landrat und die Ortspolizeibehörde, alle für ihren Bereich, in der Regel mit Zustimmung der betreffenden Selbstverwaltungsbehörden. Die Strafanordnung kann je nach der Behörde, die die Verordnung erläßt, von 9 Mark bis zu 100 Mark steigen.

Zur Gültigkeit einer Polizeiverordnung ist ihre Veröffentlichung im Regierungsblatt erforderlich.

Die Verletzung einer rechtsgültigen Polizeiverordnung wird genau so verfolgt wie die eines Gesetzes.

Polizeiliche Strafverfügungen. Die Ortspolizeibehörde kann an Stelle des Richters treten, indem sie bei den durch Gesetz oder Polizeiverordnung mit Haft oder mit Geldstrafen bis zu 150 Mark bedrohten Handlungen (Übertretungen) Geld- oder Haftstrafe bis zu 30 Mark bezw. drei Tagen verfügt. Als Rechtsmittel hiergegen ist binnen einer Woche Antrag auf Entscheidung beim Amtsgericht zulässig.

— **Unfalluntersuchung** s. Untersuchung von Betriebsunfällen.

Polizeiliche Verfügungen sind nicht, wie die Polizeiverordnungen an die Gesamtheit, sondern an einzelne Personen gerichtet und werden daher nicht veröffentlicht, sondern den Beteiligten zugestellt. Sie verhängen keine Strafe, sondern sollen eine Handlung, Duldung oder Unterlassung herbeiführen und können mit Androhung von Zwangsmaßnahmen (Ausführung durch einen Dritten unter vorheriger Einziehung der Kosten (Kostenvorschuß) oder Festsetzung von Geldstrafen) verbunden sein.

Rechtsmittel gegen polizeiliche Verfügungen sind in Preußen entweder Beschwerde:

1. gegen den Regierungspräsidenten (in Berlin gegen den Polizeipräsidenten) beim Oberpräsidenten, gegen dessen Bescheid beim Oberverwaltungsgericht;
2. gegen den Landrat oder die Ortspolizeibehörde einer Stadt mit mehr als 10 000 Einwohnern beim Regierungspräsidenten und weiter beim Oberpräsidenten;
3. gegen die übrigen Ortspolizeibehörden beim Landrat und weiter beim Regierungspräsidenten.

Oder es ist, wenigstens in den beiden letzteren Fällen, auch die Klage im Verwaltungsstreitverfahren zulässig, zu 2. beim Bezirks-, zu 3. beim Kreisauschuß.

Die Frist für Klage und Beschwerde ist in allen Fällen 2 Wochen. Die Anbringung des einen Rechtsmittels schließt das andere aus.

Für polizeiliche Verfügungen gemäß § 120d der Gewerbeordnung ist das Beschwerdeverfahren übrigens anderweitig geregelt s. diesershalb unter § 120d bei „Schutz der Arbeiter vor Gefahren“.

Prämien bei der Unfallversicherung. [§ 31 G. U. V. G.] Die Berufsgenossenschaften können Prämien für die Rettung Verunglückter aussetzen.

Außerdem können sie zu Zwecken der Unfallverhütung Preisausschreiben für Schutzvorrichtungen veranstalten, die Erfinder solcher belohnen usw.

Prämienverfahren bei der Unfallversicherung. Im Gegensatz zum Umlageverfahren werden hierbei die Beiträge im voraus erhoben und zwar in Form fester Prämien, die nach versicherungstechnischen Grundsätzen berechnet sind, so daß damit der Kapitalwert der Leistungen für die durchschnittlich im Jahr zu erwartenden Unfälle gedeckt ist.

Das Verfahren findet Anwendung bei den 12 Baugewerksberufsgenossenschaften, bei der Tiefbauberufsgenossenschaft und bei der Versicherungsanstalt der Seerberufsgenossenschaft.

Preisausschreiben der Berufsgenossenschaften s. Prämien bei der Unfallversicherung.

Probezeit bei Lehrlingen. [§ 127b G. D.] Das Lehrverhältnis kann, wenn eine längere Frist nicht vereinbart ist, ohne weiteres während der ersten 4 Wochen nach Beginn der Lehrzeit durch einseitigen Rücktritt aufgelöst werden. Diese Probezeit kann durch Vertrag auf höchstens 3 Monate verlängert werden. Später ist der Rücktritt nur unter gewissen Voraussetzungen möglich, s. Austritt und Entlassung des Lehrlings sowie Kündigung desselben.

[§ 77 H. G. B.] Die Bestimmung gilt auch für Handlungslehrlinge.

Proportionalwahl zum Gewerbes und Kaufmannsgericht f. Verhältniswahl zu denselben.

Protokoll der Unfalluntersuchung f. Untersuchung von Betriebsunfällen.

— **der Verhandlung vor dem Gewerbes und Kaufmannsgericht** f. Verhandlung vor denselben.

Prozeßbevollmächtigte vor dem Gewerbes und Kaufmannsgericht f. Rechtsanwälte vor denselben.

Prozeßkosten vor dem Gewerbes und Kaufmannsgericht f. Kosten des Verfahrens vor denselben.

Prüfung der Anträge auf Errichtung genehmigungspflichtiger Anlagen f. genehmigungspflichtige Anlagen.

— **der Arbeitsordnung** f. Erlaß derselben.

— **vor Aufnahme in die Innung** f. Innungsmittglieder.

— **von Dampffässern** f. Untersuchung derselben.

Prüfungen der Dampfkessel. Man hat zu unterscheiden zwischen einmaligen und wiederkehrenden Untersuchungen.

Einmalige Untersuchungen sind:

1. Bauartprüfung und Wasserdruckprobe.

Jeder neue oder neu wieder in Betrieb zu nehmende Kessel muß diesen Untersuchungen unterzogen werden. Beide Prüfungen können sowohl in der Kesselfabrik als auch an der Betriebsstelle vorgenommen werden. Die Wasserdruckprobe muß stets vor der Einmauerung und Ummantelung erfolgen. Aber beide Prüfungen werden Alteste ausgefertigt, die bei der Kesselabnahme selbst in Händen des Besitzers sein müssen.

2. Abnahmeprüfung.

Bevor ein neuer oder wiedergenehmigter Kessel in Betrieb genommen werden darf, muß derselbe, und zwar an der Betriebsstelle selbst, einer amtlichen Abnahmeprüfung unterzogen werden. Bei beweglichen Kesseln kann dies jedoch auch in der Kesselfabrik geschehen.

Die Abnahmeprüfung erstreckt sich insbesondere darauf, ob die Kesselanlage genau mit den Angaben und Zeichnungen der Genehmigungsurkunde übereinstimmt und die Bedingungen sämtlich erfüllt sind. Der Kesselbesitzer erhält auch über diese Prüfung eine stempelpflichtige Bescheinigung (Abnahmeattest), vor deren Empfang er bei Strafe bis zu 300 Mark den Kessel nicht in Betrieb nehmen darf.

3. Wasserdruckprobe nach einer Hauptausbesserung.

Jeder alte Kessel, welcher behufs Ausbesserung vollständig bloßgelegt oder eine Ausbesserung in einer Kesselfabrik erfahren hat, muß vor seiner Wiederinbetriebsetzung einer amtlichen Druckprobe unterzogen werden. Auch nach anderen umfangreicheren Reparaturen muß dies erfolgen.

4. Innere Untersuchung bei Neugenehmigung.

Jeder alte Kessel, der neugenehmigt werden soll, muß vor der Wasserdruckprobe einer inneren Untersuchung verbunden mit Prüfung der Bauart unterzogen werden. Die erteilte Bescheinigung hierüber ist dem Genehmigungsantrag beizufügen.

5. Wasserdruckprobe und innere Untersuchung nach zweijähriger Betriebspause.

Jeder Kessel, der länger als 2 Jahre stillgestanden hat, muß vor seiner Wiederinbetriebsetzung einer inneren Untersuchung und einer Wasserdruckprobe unterzogen werden.

Regelmäßig wiederkehrende Untersuchungen:

1. Äußere Untersuchungen.

Bei feststehenden Dampfkesseln alle zwei Jahre, bei beweglichen und Schiffskesseln alle Jahre hat eine äußere Untersuchung, die sich in der Hauptsache auf eine Prüfung der Ausrüstungsgegenstände und Sicherheitsvorrichtungen sowie der Fähigkeit und Zuverlässigkeit des Heizers erstrecken soll, stattzufinden. Die äußeren Untersuchungen sollen tunlichst während des Betriebes und unvorbereitet erfolgen. In denjenigen Jahren, in welchen eine innere Untersuchung oder eine Wasserdruckprobe vorzunehmen ist, kommt die äußere Untersuchung in Fortfall.

2. Innere Untersuchungen.

Diese haben bei feststehenden Kesseln alle vier, bei beweglichen alle drei, bei Schiffskesseln alle zwei Jahre zu erfolgen. Der Kessel ist vorher gründlich zu reinigen, von etwaigen Nachbarkesseln sorgfältig abzusperrten und auf Erfordern des Prüfungsbeamten soweit freizulegen, als dies für die Untersuchung notwendig erscheint. Der Prüfungsbeamte soll den Termin möglichst früh, mindestens 4 Wochen vorher ankündigen.

3. Wasserdruckproben.

Diese finden bei feststehenden Kesseln alle acht, bei beweglichen und Schiffskesseln alle sechs Jahre statt. Auch bei der Druckprobe muß auf Erfordern des Kesselprüfers

Mauerwerk und Ummantelung zum Teil oder ganz entfernt werden. Eine betriebsfähige Druckpumpe ist bereit zu halten.

Außerordentliche Untersuchungen.

Wenn bei einer Untersuchung Schäden oder Mängel gefunden werden, welche eine fortgesetzte Beobachtung erforderlich machen, so kann der Kesselprüfer für die Wiederholung der Untersuchung eine kürzere Frist, als sonst vorgeschrieben, ansetzen.

Die Besitzer von Dampfkesselanlagen sind verpflichtet, eine amtliche Revision des Betriebes durch Sachverständige zu gestatten, die zur Untersuchung der Kessel benötigten Arbeitskräfte und Vorrichtungen bereit zu halten und die Kosten der Revision nach Maßgabe der Prüfungsgebühren zu tragen. Weigert sich ein Kesselbesitzer, seinen Kessel ordnungsmäßig zur Revision zu stellen, so wird er mittelst polizeilicher Verfügung unter Strafandrohung hierzu angehalten oder der Betrieb des Kessels wird bis auf weiteres eingestellt.

Prüfungsausschuß s. Gesellenprüfung.

Prüfungsgebühren s. Gesellen- und Meisterprüfung.

— für Dampfkesseluntersuchungen s. Prüfungen der Dampfkessel.

Prüfungskommission s. Meisterprüfung.

Prüfungsordnung s. Gesellen- und Meisterprüfung.

Prüfungszeugnis s. Gesellenprüfung.

Putzmacherei s. Konfektionswerkstätten.

Quittungsbuch bei der Krankenversicherung s. Kassenbuch bei derselben.

Quittungskarte. [§ 131 I. V. G.] Die Entrichtung der Beiträge zur Invalidenversicherung erfolgt durch Einkleben eines entsprechenden Betrages in die Quittungskarte des Versicherten. Ist dieser mit einer Quittungskarte nicht versehen oder lehnt er deren Beschaffung ab, so kann der Arbeitgeber sie auf Kosten des Versicherten beschaffen.

Der Versicherte hat die Karte selbst zu beschaffen und muß sie zu den vorgesehenen Zeiten (insbesondere also bei der Lohnzahlung) vorlegen.

[§§ 132 und 134 I. V. G.] Die Ausstellung und der Umtausch erfolgt durch die Behörde, in Preußen durch die Ortspolizeibehörde, die Kosten der Karte trägt die Versicherungsanstalt.

[§ 133 I. V. G.] Die Quittungskarte bietet Raum für 52 Beitragswochen und trägt am Kopfe den Namen der zuständigen Versicherungsanstalt.

[§ 134 Abf. 2 J. V. G.] Die für den Umtausch zuständige Stelle hat die in der vollgeklebten Karte enthaltenen Beträge nach Lohnklassen aufzurechnen, desgleichen die Dauer bescheinigter Krankheit (s. d.) und militärischer Dienstleistungen anzugeben. Die umgetauschten Quittungskarten werden der Versicherungsanstalt überliefert, die sie aufhebt.

[§ 137 J. V. G.] Über den Inhalt der Karte ist dem Versicherten eine Bescheinigung zu erteilen, gegen deren Richtigkeit innerhalb 2 Wochen bei der unmittelbar vorgesetzten Dienstbehörde Einspruch erhoben werden kann, nötigenfalls ist auch Beschwerde innerhalb der gleichen Frist zulässig.

Die Bescheinigungen sind sorgfältig aufzubewahren. Es ist gestattet, die Bescheinigungen auch in besondere Hefte einzutragen.

[§ 135 J. V. G.] Eine Quittungskarte verliert ihre Gültigkeit, wenn sie nicht innerhalb zweier Jahre nach dem auf der Karte verzeichneten Ausstellungstage zum Umtausch eingereicht ist. Liegt kein Verschulden des Versicherten vor, so kann unter Umständen vom Vorstand der Versicherungsanstalt die Gültigkeit der Karte anerkannt werden. Dies geschieht durch Abstempelung.

[§ 136 J. V. G.] Verlorene, unbrauchbar gewordene oder zerstörte Quittungskarten sind durch neue zu ersetzen. Die nachweisbar entrichteten Beträge sind in die neue Karte zu übertragen.

[§ 139 J. V. G.] Andere als die vorgeschriebenen Eintragungen oder Vermerke sind in der Quittungskarte nicht zulässig, insbesondere keine über Führung und Leistungen des Inhabers.

[§ 131 Abf. 3 J. V. G.] Der Versicherte ist berechtigt, auf seine Kosten zu jeder Zeit die Ausstellung einer neuen Quittungskarte gegen Rückgabe der älteren zu beanspruchen.

[§ 139 Abf. 2—3 J. V. G.] Dem Arbeitgeber ist untersagt, die Quittungskarte nach Einklebung der Marken zurückzubehalten. Dem Zuwiderhandelnden ist die Karte durch die Ortspolizeibehörde abzunehmen und dem Versicherten auszuhandigen.

Außerdem ist der Arbeitgeber dem Versicherten für den Schaden, welcher diesem aus der Zuwiderhandlung erwächst, ersatzpflichtig.

Quittungskarten in gelber Farbe (Formular A) sind für versicherungspflichtige oder nach Aufhören ihrer Versicherungspflicht sich freiwillig weiterversichernde Personen bestimmt.

Graue Karten (Formular B) gelten für freiwillig sich Versichernde. Wird eine solche Person nachträglich versicherungspflichtig, so hat sie ihre Karte gegen eine gelbe umzutauschen.

Der Versicherte kann durch die Ortspolizeibehörde durch Geldstrafen bis zu 10 Mark zur Vorlage seiner Karte bei der Lohnzahlung z. gezwungen werden. (Beschwerde bei der Kommunal-aufsichtsbehörde.)

Rechnungsbeamte der Berufsgenossenschaften s. Überwachung der Betriebe bei der Unfallversicherung.

Rechte der Gewerbeaufsichtsbeamten s. d.

Rechtliche Natur der Arbeitsordnung. Die Arbeitsordnung ist ein Vertrag, der die Bedingungen für das Arbeitsverhältnis, aber nicht erschöpfend, enthält. Der Unternehmer bietet in der Arbeitsordnung den bei ihm Beschäftigung suchenden Arbeitern die Bedingungen an, unter denen ihrem Wunsche auf Herstellung eines Arbeitsverhältnisses entsprochen werden kann. Indem der Arbeitnehmer in die Arbeit eintritt, nimmt er diese Bedingungen an.

Die Arbeitsordnung ist nur insoweit rechtsverbindlich, als sie auf gesetzlichem Wege zu Stande gekommen und in Kraft getreten ist. Ferner ist die Rechtsverbindlichkeit ausdrücklich auf denjenigen Inhalt der Arbeitsordnung beschränkt, der den Gesetzen, also neben der Gewerbeordnung z. B. auch dem Bürgerlichen Gesetzbuch nicht zuwiderläuft.

Rechtsanwälte vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht. [§31 G.G.G.] Rechtsanwälte und Personen, welche das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben (Volksanwälte, Rechtskonsulenten u.), werden als Prozeßbevollmächtigte oder Beistände vor dem Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) nicht zugelassen.

Es bezieht sich das nicht nur auf die mündliche Verhandlung, sondern derartige Personen können auch in Schriftsätzen die Parteien nicht vertreten. Man will mit dieser Bestimmung verhüten, daß die Arbeitgeber sich durch Rechtsanwälte vertreten lassen und alsdann der Zwang vorläge, den Arbeitern, unter Umständen auf dem Wege des Armenrechts, ebenfalls juristische Vertreter an die Seite zu stellen. Das Verfahren vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht soll möglichst einfach, billig und rasch sein. Größere Objekte und schwierigere juristische Fragen kommen verhältnismäßig selten vor und können immer noch auf dem Wege der Berufung an die höhere Instanz durch rechtskundige Vertreter zum Austrag gebracht werden.

Anderere Bevollmächtigte, die die Vertretung nicht geschäftsmäßig betreiben, sind beim Gewerbe- oder Kaufmannsgericht zu-

lässig, doch haben sie ihre Vollmacht schriftlich nachzuweisen, auf Verlangen des Gegners gerichtlich oder notariell beglaubigt.

Rechtsbelehrung im Gescheide der Berufsgenossenschaft f. Feststellung der Entschädigungen bei der Unfallversicherung.

Rechtsfähigkeit der Innungen. [§ 86 G. O.] Die Innungen können unter ihrem Namen Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, vor Gericht klagen oder verklagt werden. Für ihre Verbindlichkeiten haftet den Gläubigern nur ihr Vermögen. Die persönliche Haftung der Innungsmitglieder ist ausgeschlossen.

Rechtsgültigkeit der Polizeiverordnungen f. d.

Rechtskonsulenten vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Rechtsanwälte vor denselben.

Rechtskräftigkeit des Urteils des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts. Rechtskräftig wird ein nicht auf Grund einer Versäumnis (f. Versäumnisurteil) ergangenes Urteil dann sofort, wenn der Streitgegenstand 100 Mark nicht übersteigt. Anderenfalls erst mit Ablauf der für Einlegung der zulässigen Berufung (ein Monat) oder des zulässigen Einspruchs (drei Tage) bestimmten Frist.

Rechtsmittel vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht. [§ 55 G. G. G.] In den vor die Gewerbegerichte (Kaufmannsgerichte) gehörigen Rechtsstreitigkeiten finden die Rechtsmittel statt, welche in den zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zulässig sind. Es sind das die Berufung und die Beschwerde (näheres f. d.).

Als Berufungs- und Beschwerdegericht ist das Landgericht, in dessen Bezirk das Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) seinen Sitz hat, zuständig.

Entscheidungen über die Festsetzung der Kosten sind in keinem Falle, auch wenn der Betrag 100 Mark übersteigen sollte, weder durch Berufung noch durch Beschwerde anfechtbar.

[§ 56 G. G. G.] Die Anfechtung einer Entscheidung des Gewerbegerichts (Kaufmannsgerichts) kann auf Mängel des Verfahrens bei der Wahl der Beisitzer oder auf Umstände, welche die Wählbarkeit eines Beisitzer ausschließen, nicht gestützt werden. Nur wenn der Beisitzer zu den Personen gehört, die zum Amt eines Schöffen unfähig sind, so ist dies ein Anfechtungsgrund.

— gegen polizeiliche Verfügungen und polizeiliche Strafverfügungen f. d.

Rechtswidriges Verlassen der Arbeit f. Kontraktbruch.

Regelmäßige Kesseluntersuchungen f. Prüfungen der Dampfkessel.

— Pausen f. d.

Regelung des Betriebes. Diese soll in der Weise erfolgen, daß dadurch der Arbeiter möglichst vor den ihm drohenden Gefahren

des Betriebes geschützt wird. Insbesondere ist darunter zu verstehen die Auswahl zuverlässiger und genügend erfahrener Personen zur Führung der Aufsicht, ferner die Vornahme und Anordnung desjenigen Arbeitsverfahrens, welches die geringsten Gefahren mit sich bringt, der häufigere Wechsel der Arbeiter bei besonders anstrengenden oder gesundheitschädlichen Arbeiten usw.

Ein derartiger Arbeiterwechsel kann unter Umständen behördlich verlangt werden, auch macht sich der Unternehmer allein oder neben den Aufsichtspersonen strafbar, wenn er es bei deren Auswahl an der genügenden Sorgfalt hat fehlen lassen.

Reichsgewerbeordnung f. Gewerbeordnung.

Reichsversicherungsamt. [§§ 108—110 I. B. G.] Das Reichsversicherungsamt in Berlin W. 10, Königin Augustastr. 25—27 bildet die oberste Instanz bei der Unfall- und Invalidenversicherung und beaufsichtigt die Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten.

Es ist höchster Gerichtshof und besteht aus ständigen und nichtständigen Mitgliedern. Präsident und ständige Mitglieder werden vom Kaiser auf Vorschlag des Bundesrats auf Lebenszeit ernannt.

Seine Entscheidungen sind im allgemeinen endgültig. Auch bei ihm sind Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten, und zwar stets zu gleichen Teilen, zur Mitwirkung berufen.

Die Entscheidungen erfolgen durch die Senate, die sieben Mitglieder (bei Invalidensachen fünf), davon je ein Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten, umfassen. In besonderen Fällen tritt der erweiterte Senat zusammen (elf Mitglieder).

Reichszuschuß zur Invalidenversicherung f. Beiträge zu derselben.

Reinigungsarbeiten an Sonntagen f. Sonnabendarbeitschuß.

Rekonvaleszenzfürsorge bei der Krankenversicherung f. Erweiterung der Leistungen der Zwangs Krankenkassen.

Rekurs bei Anträgen auf Genehmigung einer Anlage f. genehmigungspflichtige Anlagen.

— **bei Feststellung von Unfallentschädigungen.** [§ 80 G. U. B. G., § 86 L. U. B. G.] Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts, aber nur bei Todesfall oder dauernder Erwerbsunfähigkeit, Abfindung eines Ausländers und einer Wittwe, steht sowohl dem Verletzten und seinen Hinterbliebenen als auch der Berufsgenossenschaft das Rechtsmittel des Rekurses beim Reichsversicherungsamt event. beim Landesversicherungsamt zu. Der Rekurs ist binnen eines Monats nach Zustellung der schiedsgerichtlichen Entscheidung einzulegen.

[§ 81 G. U. V. G., § 87 L. U. V. G.] Das Reichs- (Landes-) Versicherungsamt entscheidet nach mündlicher Verhandlung, wobei es die Sache auch an das Schiedsgericht zurückweisen kann.

Den Schiedsgerichtsentscheidungen wird eine Belehrung über das zulässige Rechtsmittel nicht beigegeben.

Der Rekurs ist schriftlich in doppelter Ausfertigung einzureichen. Ist er unzulässig, verspätet oder vollkommen unberechtigt eingereicht, so wird er ohne mündliche Verhandlung abgewiesen.

Rekurs bei Schließung einer gewerblichen Anlage f. d.

Rente f. Unfall-, Alters- und Invalidenrente.

Rentenberechnung f. Berechnung der Unfall-, Invaliden- und Altersrente.

Rentenfeststellungsverfahren bei der Invalidenversicherung f. Feststellung der Invaliden- und Altersrente.

Rentenstelle. [§ 79—86 I. V. G.] Rentenstellen treten an Stelle der unteren Verwaltungsbehörde und dienen zur Entlastung der Versicherungsanstalt. Aber ihre nähere Einrichtung f. die entsprechenden Paragraphen des Invalidenversicherungsgesetzes).

Sie nehmen in der Hauptsache die Anträge auf Bewilligung von Invaliden- und Altersrenten sowie auf Beitragserstattungen entgegen und geben in allen die Invalidenversicherung betreffenden Dingen Auskunft. Sie bestehen aus einem ständigen Vorsitzenden und mindestens je vier Beisitzern aus dem Stande der Arbeitgeber und der Versicherten.

Die Rentenstellen sind Organe der Versicherungsanstalten und haben die Eigenschaften einer öffentlichen Behörde.

Bisher ist erst eine Rentenstelle (in Schlesien) eingerichtet worden.

Reservefonds der Ortskrankenkassen. [§ 32 R. V. G.] Die Ortskrankenkassen haben einen Reservefonds im Mindestbetrage der durchschnittlichen Jahresausgabe der letzten drei Jahre anzusammeln und auf dieser Höhe zu erhalten. Solange der Fonds diesen Betrag noch nicht erreicht hat, ist demselben mindestens ein Zehntel der jährlichen Kassenbeiträge zuzuführen.

Revision eines Dampfkessels f. Prüfungen derselben.

— des **Gefahrentarifs** f. Gefahrenklassen bei der Unfallversicherung.

— bei der **Invalidenversicherung** f. Feststellung der Invaliden- und Altersrente.

Revisionen der Gewerbeaufsichtsbeamten f. d.

Revisionsbuch eines Dampfkessels. Dasselbe ist an der Betriebsstätte des Kessels aufzubewahren. Ihm sind vorzuheften die Ge-

nehmungsurkunde sowie alle sonstigen Bescheinigungen, wie Konstruktionsprüfungs- und Druckprobenattest, Abnahmebescheinigung usw. Ferner sind alle regelmäßigen und unregelmäßigen äußeren und inneren Untersuchungen und Druckproben seitens des Kesselrevisors einzutragen.

Richterlicher Eid §. Eide vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht.

Rückstattung von Beiträgen zur Invalidenversicherung. [§ 42 I. V. G.]

Weiblichen Personen, welche sich verheiraten wollen, steht ein Anspruch auf Rückzahlung der Hälfte der für sie geleisteten Beiträge, wenn solche mindestens für 200 Wochen entrichtet sind, zu. Der Anspruch muß durch Antrag und zwar spätestens vor Ablauf eines Jahres nach dem Tage der Verheiratung geltend gemacht werden.

Ferner haben folgende Personen Anspruch auf Rückzahlung der Hälfte der gezahlten Beträge, stets bei einer Mindestleistung von 200 Beitragswochen:

1. [§ 44 I. V. G.] Wenn ein Versicherter vor Erlangung einer Rente stirbt, die Witwe bezw. die ehelichen Waisen unter 15 Jahren.
2. Wenn eine versicherungspflichtige weibliche Person vor Erlangen einer Rente stirbt, die vaterlosen Waisen unter 15 Jahren, desgl. diese auch dann, wenn der Ehemann sich der Unterhaltungspflicht seiner Kinder entzogen hat.
3. Der hinterlassene Witwer, wenn die Verstorbene wegen Erwerbsunfähigkeit des Ehemannes die Ernährerin der Familie war.

Der Anspruch auf Rückzahlung ist stets vor Ablauf eines Jahres bei der unteren Verwaltungsbehörde (s. d.) oder einer Rentenstelle (s. d.) einzureichen.

[§ 43 I. V. G.] Endlich können Personen, die durch einen erlittenen Unfall zum dauernden Bezuge einer Unfallrente berechtigt sind, die höher ist als die entsprechende Invalidenrente, die Rückzahlung der Hälfte der Beiträge verlangen.

Der Anspruch ist vor Ablauf von zwei Jahren bei der unteren Verwaltungsbehörde oder der Rentenstelle einzureichen.

[§ 128 I. V. G.] Der Anspruch auf Erstattung der Beiträge ist unter Vorbringung der zur Begründung dienenden Beweismittel geltend zu machen. Das Verfahren, Berufungsfristen u. entsprechen den Vorschriften bei Feststellung der Renten (s. d.).

Auch freiwillige Beiträge werden nur zur Hälfte zurückerstattet.

Im Falle der Erstattung erlischt die frühere Anwartschaft auf Rente endgültig, es kann nur eine neue begründet werden.

Rückertstiftung von Zuschüssen der Arbeitgeber zur Krankenversicherung f. Zuschußpflicht zu derselben.

Rückforderung von Unfallentschädigungen f. Fälligkeitstermine derselben.

Rückgang der Mitgliederzahl einer freien Innung f. Schließung derselben.

Rückständige Beiträge zur Krankenversicherung f. Beiträge zu den Zwangskrankenkassen.

Rückständiger Lohn f. Verwirkung desselben.

Rücktritt aus dem Lehrverhältnis f. Probezeit bei Lehrlingen.

— während der Probezeit f. d.

Rufen der Beitragspflicht zur Krankenversicherung f. Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes.

— der Invaliden- und Altersrente. [§ 48 I. V. G.] Das Recht auf Bezug der Rente ruht:

1. bei Personen, die eine reichsgesetzliche Unfallrente, Pension oder Wartegelder beziehen, solange und soweit, als der Betrag allein oder plus eines Teiles der Invalidenrente das $7\frac{1}{2}$ fache des entsprechenden Grundbetrages der Invalidenrente übersteigt;
2. weiter bei Berechtigten, die eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Monat verbüßen, während dieser Zeit. Dann wird etwaigen Angehörigen auf deren Antrag die Rente überwiesen;
3. endlich bei Berechtigten, solange sie im Auslande ihren Aufenthalt nehmen. Diese Bestimmung ist für gewisse Grenzbezirke außer Kraft gesetzt.

[§ 48 Abs. 3 I. V. G.] Die Altersrente ruht ferner während des Bezuges von Invalidenrente, wenn diese höher ist als erstere.

— der Unfallrente. [§ 94 G. U. V. G., § 100 L. U. V. G.] Das Recht auf Bezug der Rente ruht:

1. wenn der Berechtigte eine Freiheitsstrafe von länger als einem Monat verbüßt oder in einem Arbeitshaus oder einer Besserungsanstalt untergebracht ist. Im Inland wohnenden Angehörigen, die im Falle des Todes des Unfallrentners Ansprüche auf Entschädigung hätten, ist während dieser Zeit die Rente bis zur Hälfte jenes Anspruches zu überweisen;
2. solange ein rentenberechtigter Ausländer nicht im Inlande seinen gewöhnlichen Sitz hat. Diese Bestimmung ist für gewisse Grenzbezirke außer Kraft gesetzt;

3. solange ein berechtigter Inländer im Ausland sich aufhält und es unterläßt, der Berufsgenossenschaft seinen Aufenthalt mitzutellen.

Das Rufen der Rente muß durch berufungsfähigen Bescheid ausgesprochen werden.

Rufen des Verfahrens beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Ver-
säumnisurteil derselben.

Ruhezeit in offenen Verkaufsstellen f. d.

— an Sonntagen f. Sonntagsruhe.

— bei Überarbeit von jugendlichen Arbeitern f. Überarbeit derselben.

Sachliche Zuständigkeit des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts f. Zu-
ständigkeit derselben.

Sachverständige für Dampfdruckuntersuchungen. Die Prüfungen der
Dampfzylinder (f. d.) können entweder von den Gewerbeaufsichts-
beamten oder von einem Ingenieur eines Dampfkesselrevisions-
vereins, endlich von anderen Sachverständigen, die vom Re-
gierungspräsidenten zu diesen Prüfungen ermächtigt sind, vor-
genommen werden. Die Wahl des Prüfers steht dem Dampf-
zylinderbesitzer frei. Die Kosten der Prüfung hat er zu tragen.

— vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht. [§ 44 G. G. G.] Sach-
verständige können sowohl zur mündlichen Verhandlung geladen
als auch zur schriftlichen Begutachtung aufgefordert werden.
Ihre Verteidigung erfolgt nur, wenn das Gericht sie zur
Herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Aussage für erforderlich
erachtet oder wenn eine Partei dieselbe beantragt.

Ein Sachverständiger kann ebenso wie ein Richter aus Be-
sorgnis vor Befangenheit abgelehnt werden. Ein öffentlich
bestellter Sachverständiger muß der Ernennung Folge leisten.
Im Falle des Nichterscheins oder der Weigerung zur
Erstattung des Gutachtens kann dem Sachverständigen lediglich
zu wiederholten Malen eine Geldstrafe bis zu 600 Mk., keine
Haftstrafe, auferlegt werden.

Der Sachverständige hat nach Maßgabe der Gebühren-
ordnung Anspruch auf Entschädigung für Zeitversäumnis
bis zu 2 Mk. pro Stunde, höchstens aber auf 20 Mk. pro Tag,
und auf Erstattung der durch die Reise, Aufenthalt und
sonstige Ursachen entstandenen Kosten sowie auf angemessene
Vergütung seiner Mühewaltung.

— bei Handwerkskammern f. d.

Saisonindustrien sind Industrien, die zwar während des ganzen
Jahres betrieben werden, aber zu regelmäßig wiederkehrenden
Zeiten im Jahr einen verstärkten Betrieb haben. Zu ihnen
gehören zunächst manche auf den Winter- oder Sommerbedarf

arbeitenden Gewerbe, insbesondere verschiedene Zweige der Textilindustrie, Fabriken für Konfektion und Schuhmachereien, Stickerien, Färbereien, Druckereien, Strohhutfabriken u. a., so dann die für den Bedarf an gewissen Festen (Weihnachten, Fastnacht, Ostern, Kirchweih- und Schützenfesten) arbeitenden Gewerbe. Einen verstärkten Betrieb zu diesen Zeiten können beispielsweise haben: Zuckerwaren-, Schokolade-, Biskuit-, Kakes-, Luxuspapier-, Kartonnagen-, Masken-, Spielwaren-, Parfümerie- und Bijouteriefabriken, Buchdruckereien, Buchbinderien und Fabriken für künstliche Blumen.

(f. auch Überarbeit von Arbeiterinnen.)

Sammelkarten (Konten) für die Invalidenversicherung. [§ 138 Abs. 2 I. B. G.] Die Versicherungsanstalten sind befugt, den Inhalt von Quittungskarten desselben Versicherten in Sammelkarten (Konten) zu übertragen und diese an Stelle der Einzelurkunden aufzubewahren, die letzteren aber zu vernichten.

Samstagsarbeit der Arbeiterinnen f. Sonnabendarbeitschluß.

Schadensersatz bei Kontraktbruch f. d.

— bei **Schließung einer gewerblichen Anlage** f. Schließung derselben.

Schadensersatzansprüche gegen Arbeiter. Ansprüche auf Schadensersatz, z. B. für beschädigte Waren oder verloren gegangene Werkzeuge, können seitens des Arbeitgebers nicht ohne weiteres durch Abzüge vom Lohn geltend gemacht werden. Es kann dies nur geschehen, wenn der Arbeiter ausdrücklich sein Einverständnis dazu erklärt hat, andernfalls müssen die Schadensersatzansprüche erst durch richterliche Entscheidung als berechtigt anerkannt sein.

(f. hierzu auch Abzüge vom Lohn, Aufrechnung, Zurückbehaltung desselben und Kontraktbruch.)

— **gegen Arbeitgeber** f. Kontraktbruch und Entlassung aus der Arbeit ohne Kündigung.

— **vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht** f. Zuständigkeit derselben.

— **des Prinzipals an den Handlungsgehilfen** f. Pflichten des Handlungsgehilfen.

Schadensersatzpflicht des Arbeitgebers bei widerrechtlicher Zurückbehaltung der Quittungskarte f. Quittungskarte.

Schichtenwechsel bei Überarbeit von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen f. Überarbeit derselben.

Schiedsgerichte der Innungen f. Innungsschiedsgerichte.

— **bei der Unfall- und Invalidenversicherung.** [§§ 103—107 I. B. G.] Dieselben dienen als zweite Instanz nach den Versicherungs-

anstalten bezw. Berufsgenossenschaften bei Feststellung der Invaliden- bezw. Unfallrente.

Sie sind innerhalb des Bezirks einer Versicherungsanstalt, und zwar meistens mehrere, errichtet und setzen sich zusammen aus einem ständigen Vorsitzenden und mindestens 8 Beisitzern, die je zur Hälfte aus den Kreisen der Arbeitgeber und Versicherten gewählt werden.

Das Schiedsgericht entscheidet in der Besetzung von 5 Mitgliedern, unter denen sich 2 Arbeitgeber und 2 Versicherte befinden müssen. Gegenwärtig sind im deutschen Reich 123 Schiedsgerichte vorhanden.

Das zuständige Schiedsgericht ergiebt sich aus dem Bescheid der Versicherungsanstalt bezw. der Berufsgenossenschaft.

Schiedspruch des Einigungsamtes des Gewerbes und Kaufmannsgerichts s. Verfahren vor dem Einigungsamt.

Schiedsverträge zwecks Ausschlusses der Zuständigkeit des Gewerbes und Kaufmannsgerichts. [§ 6 Abs. 2 G. G. G.] Die an sich vorhandene Zuständigkeit des Gewerberichts kann für künftige Streitigkeiten (also im voraus, nicht erst, wenn die Streitigkeit schon besteht) durch einen Schiedsvertrag der Parteien ausgeschlossen werden. Doch ist ein solcher nur dann rechtswirksam, wenn bei der Entscheidung nach dem Schiedsvertrage Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Anzahl unter einem Vorsitzenden mitwirken, der weder Arbeitgeber noch Angestellter eines beteiligten Arbeitgebers ist.

[§ 6 Abs. 2 R. G. G.] Für die Kaufmannsgerichte besteht eine derartige Ausnahmebestimmung nicht, solche Vereinbarungen sind sogar ausdrücklich als nichtig erklärt.

Schlafräume von Arbeitern s. Arbeitsräume.

Schleuderverbote. Solche ihren Mitgliedern gegenüber auszusprechen, sind die freien Innungen berechtigt, die Zwangsinnungen aber nicht.

Schlichtungskommissionen. Beim Abschluß eines Vergleiches (Tarifvertrages) vor dem Einigungsamt des Gewerberichts können die Parteien, um künftigen Streitigkeiten vorzubeugen, besondere Schlichtungskommissionen einsetzen. Diese werden am besten aus einer gleichen Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitern unter Vorsitz eines Gewerberichters gebildet. In solchen Fällen tritt das Einigungsamt erst dann in Tätigkeit, wenn eine Entscheidung der Schlichtungskommission entweder nicht zu Stande kommt oder von einer Seite nicht angenommen wird.

Gleiche Bestimmungen gelten für das Kaufmannsgericht.

Schließung eines Arbeitsbuches s. d.

Schließung einer freien Innung. [§ 97 G. D.] Sie kann erfolgen, wenn:

1. die Innung trotz wiederholter Aufforderung der Aufsichtsbehörden ihre Pflichten vernachlässigt;
2. die Innung sich gesetzwidriger Handlungen oder Unterlassungen schuldig macht, durch die das Gemeinwohl gefährdet wird, oder wenn sie andere als die gesetzlich zulässigen Zwecke verfolgt;
3. die Zahl ihrer Mitglieder soweit zurückgeht, daß die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben dauernd gefährdet erscheint.

Die Schließung wird durch die höhere Verwaltungsbehörde ausgesprochen; gegen diesen Beschluß kann Rekurs stattfinden.

Die Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen einer Innung hat die Schließung kraft Gesetzes zur Folge.

(f. auch Auflösung einer Innung.)

- einer gewerblichen Anlage f. Unterjagung eines Gewerbebetriebes.
- eines Innungsausschlusses f. d.
- einer Ortskrankenkasse. [§ 47 R. V. G.] Sie muß durch die Aufsichtsbehörde erfolgen:

1. wenn die Zahl der Mitglieder dauernd unter 50 sinkt;
2. wenn auch bei Erhöhung der Beiträge auf das gesetzliche Maximum diese nicht ausreichen, um die gesetzlichen Mindestleistungen dauernd zu erfüllen.

Die Mitglieder müssen anderen Ortskrankenkassen eventl. der Gemeindekrankenkasse überwiesen werden.

- einer Zwangsinnung. [§ 100t G. D.] Auf Grund des Beschlusses der Innungsversammlung muß die höhere Verwaltungsbehörde den Innungszwang aufheben. Zur Gültigkeit dieses Beschlusses ist erforderlich:

1. daß er von einem Viertel derjenigen Mitglieder, welche der Innung anzugehören verpflichtet sind, bei dem Vorstande beantragt worden ist;
2. daß die Einladung zu der Innungsversammlung, in der die Abstimmung über den Antrag erfolgen soll, mindestens 4 Wochen vorher ordnungsmäßig ergangen ist;
3. daß drei Viertel der Zwangsmitglieder dem Antrag zustimmen.

Wenn in der Innungsversammlung, in welcher die Abstimmung über den Antrag erfolgen soll, weniger als drei Viertel der Zwangsmitglieder erschienen sind, so ist zur Abstimmung binnen 4 Wochen eine zweite Innungsversammlung einzuberufen,

in welcher die Aufhebung von drei Vierteln der erschienenen Zwangsmitglieder beschlossen werden kann. Auf diese Folge ist bei der Einberufung hinzuweisen.

Ist ein gültiger Beschluß gefaßt, so ist die Innung spätestens mit Ablauf des Rechnungsjahres von der höheren Verwaltungsbehörde zu schließen.

Die Verteilung etwaigen Reinvermögens unter die Mitglieder ist unstatthaft. Vielmehr hat die Aufsichtsbehörde es entweder den an der bisherigen Zwangsinnung beteiligten Unterstützungskassen oder einer neu zu errichtenden freien Innung oder der Handwerkskammer zur entsprechenden Verwendung zu überweisen. Diese Verfügung bedarf der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde.

Gegen die Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde ist binnen 2 Wochen die Beschwerde an die Landeszentralbehörde, die endgültig entscheidet, zulässig.

Schreibgebühren f. Kosten des Verfahrens vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht.

Schriftlicher Bescheid auf den Anspruch auf Invalidenrente f. Feststellung derselben.

— — bei der Unfallversicherung f. Feststellung der Entschädigungen bei der Unfallversicherung.

— **Lehrvertrag** f. d.

Schuldner im Sinne des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes. [§ 59 G. G. G.] Schuldner der entstandenen Gebühren und Auslagen ist derjenige, welchem durch die gerichtliche Entscheidung die Kosten auferlegt sind, oder welcher dieselben durch eine vor dem Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) abgegebene oder diesem mitgeteilte Erklärung übernommen hat und in Ermangelung einer solchen Entscheidung oder Übernahme derjenige, welcher das Verfahren beantragt hat.

Schulpflicht. Im größeren Teile der Bundesstaaten besteht eine achtjährige, mit dem vollendeten sechsten Lebensjahre beginnende Schulpflicht, so in Preußen, Sachsen, Baden und Elsaß-Lothringen, während in Bayern und Württemberg die Schulpflicht nur sieben Jahre dauert. Auch in den Bundesstaaten mit achtjähriger Schulpflicht kann indessen die Schulentlassung aus besonderen Gründen schon früher erfolgen. Sie geht in Preußen in der Regel an dem auf das 14. Lebensjahr folgenden Entlassungstermin, teils aber auch an dem dem vollendeten 14. Lebensjahr nächstliegenden Entlassungstermin vor sich.

Schutz der Arbeiter vor Gefahren. Die wichtigen Vorschriften über den Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit sind enthalten in den Paragraphen 120a bis 120e der Gewerbeordnung. Sie beziehen sich auf alle gewerblichen Anlagen, also nicht nur auf Fabriken, sondern auch auf Handwerksbetriebe.

[§ 120a G. O.] Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet.

Als Arbeitsräume gelten auch die Treppen, Abortanlagen, Hofräume, Aufenthalts- und Speiseräume, unter Umständen auch die Schlafräume.

Insbesondere ist für genügendes Licht (s. Licht), ausreichenden Luftraum (s. Luftraum) und Luftwechsel (s. Ventilation), Beseitigung des beim Betriebe entstehenden Staubes (s. Staubbeseitigung), der dabei entwickelten Dünste und Gase sowie der dabei entstehenden Abfälle Sorge zu tragen.

Ebenso sind diejenigen Vorrichtungen herzustellen, welche zum Schutze der Arbeiter gegen gefährliche Berührungen mit Maschinen oder Maschinenteilen (s. Schutzvorrichtungen) oder gegen andere in der Natur der Betriebsstätte oder des Betriebes liegende Gefahren, namentlich auch gegen die Gefahren, welche aus Fabrikbränden (s. Feuerschutz) erwachsen können, erforderlich sind.

Endlich sind diejenigen Vorschriften über die Ordnung des Betriebes und das Verhalten der Arbeiter zu erlassen, welche zur Sicherung eines gefahrlosen Betriebes erforderlich sind.

(s. auch Regelung des Betriebes.)

[§ 120b G. O.] Die Gewerbeunternehmer sind ferner verpflichtet, diejenigen Einrichtungen zu treffen und zu unterhalten und diejenigen Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter im Betriebe zu erlassen, welche erforderlich sind, um die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes zu sichern.

Insbesondere muß, soweit es die Natur des Betriebes zuläßt, bei der Arbeit die Trennung der Geschlechter (s. Trennung der Geschlechter) durchgeführt werden, sofern nicht die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes durch die Einrichtung des Betriebes ohnehin gesichert ist.

In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiter sich umkleiden und nach der Arbeit sich reinigen müssen,

müssen ausreichende, nach Geschlechtern getrennte Umkleide- und Waschräume (s. Umkleideräume und Waschgelegenheit) vorhanden sein.

Die Bedürfnisanstalten (s. d.) müssen so eingerichtet sein, daß sie für die Zahl der Arbeiter ausreichen, daß den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprochen wird und daß ihre Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen kann.

[§ 120c G.O.] Bei der Beschäftigung von Arbeitern unter 18 Jahren hat der Gewerbeunternehmer bei der Einrichtung der Betriebsstätte und bei der Regelung des Betriebes diejenigen besonderen Rücksichten auf Gesundheit und Sittlichkeit zu nehmen, welche durch das Alter dieser Arbeiter geboten sind.

Die vorgenannten Vorschriften geben nur allgemeine Grundsätze und Anhaltspunkte, die Ausführung im einzelnen hängt von den näheren Umständen des Betriebes ab.

[§ 120d G.O.] Die zuständigen Polizeibehörden sind befugt, im Wege der Verfügung für einzelne Anlagen, falls die Unternehmer ihren Pflichten nicht nachkommen, die Ausführung derjenigen Maßnahmen anzuordnen, welche zur Durchführung obiger Grundsätze erforderlich und nach der Beschaffenheit der Anlage ausführbar erscheinen. In der Regel geschieht dies auf Antrag der Gewerbeaufsichtsbeamten.

Die Polizeibehörden können anordnen, daß den Arbeitern zur Einnahme von Mahlzeiten außerhalb der Arbeitsräume angemessene, in der kalten Jahreszeit geheizte Räume zur Verfügung gestellt werden (Speiseräume).

Soweit die angeordneten Maßregeln nicht die Beseitigung einer dringenden, das Leben oder die Gesundheit bedrohenden Gefahr bezwecken, muß für die Ausführung eine angemessene Frist erlassen werden.

In dringenden Fällen, wenn durch die Fortsetzung des Betriebes erhebliche Nachteile oder Gefahren für die Arbeiter entstehen, kann die Polizeibehörde bis zur Herstellung des der Verfügung oder der Vorschrift entsprechenden Zustandes die Einstellung des Betriebes anordnen.

Gegen die Verfügung der Polizeibehörde steht dem Gewerbeunternehmer binnen 2 Wochen die Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde zu. Gegen deren Entscheidung ist binnen 4 Wochen die Beschwerde an die Landeszentralbehörde zulässig, die dann endgültig entscheidet.

Die Betretung des Rechtsweges, also z. B. der Verwaltungs-klage, ist ausgeschlossen.

Ist eine derartige Verfügung rechtsgültig geworden, so wird deren Nichterfüllung durch polizeilichen Strafbefehl oder richterliche Entscheidung geahndet. Das Gericht hat dabei lediglich die formale Seite der Verfügung zu prüfen, nicht die Berechtigung ihres Inhalts.

Unabhängig von der Rechtskräftigkeit der Verfügung kann die Polizeibehörde ihre Erfüllung durch Zwangsmassregeln event. durch Schließung des Betriebes erzwingen.

[§ 120e G. O.] Der Bundesrat kann für bestimmte Arten von Anlagen, deren Betrieb mit besonderen Gefahren namentlich für die Gesundheit verbunden ist, einheitliche Grundsätze zur möglichststen Herabminderung derselben erlassen.

Ebenso kann er für solche Gewerbe, in welchen eine übermäßig lange Arbeitszeit herrscht, Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit vorschreiben und die zur Durchführung dieser Vorschriften erforderlichen Anordnungen erlassen.

Für welche Gewerbe das bisher im einzelnen geschehen ist s. unter Bekanntmachungen des Bundesrats für besondere Gewerbe.

Nächst dem Bundesrat können auch die Landeszentralbehörden oder die zum Erlaß von Polizeiverordnungen berechtigten Behörden Vorschriften für ganze Gewerbszweige auf Grund des § 120d erlassen. Sie müssen dazu vorher nur die zuständige Berufsgenossenschaft hören.

Für Preußen z. B. sind solche Bestimmungen erlassen für folgende Gewerbe:

Spiegelbeleganstalten, Spinnereien, Wasser- und Halbwassergasanlagen, Acetylenfabriken, elektrische Licht- und Kraftanlagen, Starkstromanlagen usw.

Ähnliches in anderen Bundesstaaten.

(s. auch Strafbestimmungen der Gewerbeordnung.)

Schutz des Lehrlings vor Mißhandlungen s. Pflichten des Lehrherrn.

Schutzbestimmungen für Handlungsgehilfen s. Handlungsgehilfenschutz.

Schutzfrist für Wöchnerinnen s. Wöchnerinnenarbeit.

Schutzvorrichtungen. Die Anbringung von Schutzvorrichtungen an Maschinen, Apparaten, Transmissionen usw. wird in der Regel schon durch die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften verlangt; wo diese nicht ausreichen bezw. zu allgemein gehalten sind, kann sie auch auf Grund von § 120a der Gewerbeordnung (s. Schutz der Arbeiter vor Gefahren) seitens der Gewerbeaufsichtsbeamten und Polizeibehörden gefordert werden.

Eine Schutzvorrichtung muß auch ihrem Namen wirklich entsprechen und darf nicht, wie es mitunter der Fall ist, die Unfallgefahr womöglich noch erhöhen. Der Unternehmer hat streng darauf zu achten, daß da, wo eine Schutzvorrichtung vorgeschrieben und vorhanden ist, sie auch benutzt wird, anderenfalls setzt er sich bei einem Unfall einer Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung oder Tötung aus und kann auch für den aus dem Unfall entstehenden Schaden haftbar gemacht werden.

Es empfiehlt sich daher dringend, schon bei Bestellung von Maschinen den größten Wert darauf zu legen, daß die etwa durch die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen stets mitgeliefert werden.

Schwangerenunterstützung bei der Krankenversicherung f. Erweiterung der Leistungen der Zwangskrankenkassen.

Schwarze Listen f. Bognkott.

Schwindstichbekämpfung der Versicherungsanstalten f. Tuberkulosebekämpfung durch die Invalidenversicherung.

Seeleute bei der Krankenversicherung. [§ 1 Abs. 3 R. V. G.] Die Besatzung von Seeschiffen unterliegt der Krankenversicherungspflicht nicht. Deren Krankenfürsorge regelt das Bürgerliche Gesetzbuch und die Seemannsordnung.

Sektionen der Berufsgenossenschaften f. d.

Selbständiger Gewerbetreibender im Sinne der Gewerbeordnung. Selbständiger Gewerbetreibender ist, wer ein Gewerbe für eigene Rechnung und unter eigener Verantwortung betreibt.

Im allgemeinen gelten auch Hausgewerbetreibende als selbständige Gewerbetreibende.

[§ 41 G. D.] Selbständige Gewerbetreibende dürfen, soweit die Gewerbeordnung nichts anderes vorschreibt, in beliebiger Zahl und Art Gesellen, Gehülfen, Arbeiter und Lehrlinge annehmen.

(f. Lehrvertrag und Lehrlingszuchterei.)

Selbstversicherung bei einer Betriebskrankenkasse f. Betriebskrankenkassen.

— **bei der Invalidenversicherung** f. Freiwillige Invalidenversicherung.

— **bei der Krankenversicherung** f. Freiwillige Krankenversicherung.

— **bei der Unfallversicherung.** [§ 5 Abs. 2 G. U. V. G., § 4 U. V. G.] Sich selbst freiwillig gegen die Folgen von Betriebsunfällen versichern können selbständige Gewerbetreibende mit weniger als 3000 Mark Jahresarbeitsverdienst oder, wenn sie regelmäßig nicht mehr als 2 Lohnarbeiter beschäftigen. Durch Statut der Berufsgenossenschaft kann ihnen die Selbstversicherung

auch gestattet werden, wenn ihr Verdienst 3000 Mark übersteigt.

[§ 5 Abs. 3 G. U. V. G., § 4 Abs. 3 G. U. V. G.] Ebenfalls durch Statut der Berufsgenossenschaft kann die freiwillige Versicherung durch den Betriebsunternehmer auch ausgedehnt werden auf:

1. im Betriebe beschäftigte, nicht versicherungspflichtige Personen;
2. im Betriebe nicht beschäftigte, aber dort verkehrende Personen;
3. auf Organe und Beamte der Berufsgenossenschaft (in diesem Falle versichert die Berufsgenossenschaft selbst).

Selbstverwaltung der Krankenkassen f. Organisation der Krankenversicherung.

Sicherheitsleistung bei Anträgen auf Errichtung einer genehmigungspflichtigen Anlage f. genehmigungspflichtige Anlagen.

Sicherung des Fortbildungsschulbesuches f. Besuchspflicht der Fortbildungsschule.

— gegen Kontraktbruch f. d.

Sitzgelegenheit f. Handlungsgehilfenschutz.

Sitzungsprotokoll des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts f. Verhandlung derselben.

Sondergerichte f. ordentliche Gerichte im Sinne des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes.

Sonntagsarbeitsfluß. [§ 137 G. D.] Arbeiterinnen, jugendliche wie erwachsene, dürfen in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen an Sonntagen und den Vorabenden der Festtage nur bis 5 1/2 Uhr nachmittags beschäftigt werden.

Diese Vorschrift gilt auch für Motorwerkstätten und Konfektionswerkstätten, doch kann in letzteren sowie in den Motorwerkstätten mit weniger als 10 Arbeitern die ohne weiteres zulässige Überarbeit von 60 bzw. 40 Tagen auch auf die Sonntage und Vorabende der Festtage gelegt werden.

(f. auch Überarbeit von Arbeiterinnen.)

Jugendliche Arbeiterinnen sind jedoch von diesen Ausnahmebestimmungen ausgenommen und müssen daher stets um 5 1/2 Uhr entlassen werden.

[§ 138a Abs. 6 G. D.] Auf schriftlichen Antrag des Unternehmers kann die untere Verwaltungsbehörde auch für Fabriken die Beschäftigung von Arbeiterinnen an Sonntagen und Vorabenden der Festtage, jedoch mit Ausnahme der Vorabende des Weihnachts-, Oster- und Pfingstfestes, unter folgenden Bedingungen zulassen:

1. Es darf sich nur um Reinigungs- und Instandhaltungsarbeiten sowie um Arbeiten handeln, welche zur Verhütung des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen oder des Verderbens von Rohstoffen unbedingt erforderlich sind.
2. Die Arbeiterinnen müssen über 16 Jahre alt sein, dürfen kein eigenes Hauswesen zu versorgen haben und eine Fortbildungs- oder Fachschule nicht besuchen.
3. Die Arbeit darf nicht über 8½ Uhr abends hinausgehen.

Die Erlaubnis soll nur in dringendsten Fällen erteilt werden, insbesondere dann, wenn die betreffenden Arbeiten sonst an den Sonntagen selbst vorgenommen werden müssen.

Die Erlaubnis ist schriftlich zu erteilen. Die Arbeiterinnen, für die die abweichende Beschäftigung gestattet ist, sind im Bescheid namentlich aufzuführen. Eine Abschrift muß in den Arbeitsräumen an einer deutlich sichtbaren Stelle ausgehängt werden.

Wenn durch gerichtliche Bestrafungen wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung oder durch andere Tatsachen die Annahme gerechtfertigt wird, daß in dem Betriebe des Antragstellers eine gewissenhafte Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften nicht zu erwarten ist, so soll die Genehmigung versagt werden.

Vorstehende Bestimmungen gelten auch für Motorwerkstätten, nicht jedoch für Konfektionswerkstätten, wo derartige Arbeiten auch wohl kaum vorgenommen werden. In Motorwerkstätten mit weniger als 10 Arbeitern braucht eine Abschrift der Genehmigung nicht ausgehängt zu werden.

Sonntagsarbeitsverzeichnis [s. Ausnahmen von der Sonntagsruhe.

Sonntagsruhe im Gewerbe. Unter Gewerbe ist hier das Gewerbe (s. d.) im Sinne der Gewerbeordnung zu verstehen.

[§ 105a G.D.] Zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen können die Gewerbetreibenden die Arbeiter nicht verpflichten. Arbeiten, welche nach den Bestimmungen des Gesetzes auch an Sonn- und Festtagen vorgenommen werden dürfen, fallen unter die vorstehende Bestimmung nicht.

(s. Ausnahmen von der Sonntagsruhe.)

Jede weitergehende Beschäftigung ist den Gewerbetreibenden und ihren Vertretern bei Strafe verboten (s. Strafbestimmungen der Gewerbeordnung).

Unter Umständen machen sich auch die widerrechtlich beschäftigten Arbeiter strafbar; zwar nicht nach der Gewerbeordnung, wohl aber nach den polizeilichen Vorschriften über die äußere Heiligung der Sonntage.

Welche Tage als Festtage gelten, bestimmen unter Berücksichtigung

sichtigung der örtlichen und konfessionellen Verhältnisse die Landesregierungen (§. Festtage).

Außer durch Reichsgesetz wird die Sonntagsruhe auch durch landesgesetzliche Bestimmungen, gewöhnlich durch Polizeiverordnungen geregelt, die sich dann meist nicht nur auf das Gewerbe, sondern auch auf die Land- und Forstwirtschaft, den Wein- und Gartenbau, die Viehzucht usw. erstrecken. Sie haben die äußere Heilighaltung der Sonn- und Festtage im Auge und verbieten in der Hauptsache zunächst alle öffentlich bemerkbaren und geräuschvollen Arbeiten. Auf die Vorschriften soll hier nicht näher eingegangen werden (§. äußere Heilighaltung der Sonntage).

[§ 105h G. D.] Jedenfalls stehen die Bestimmungen der Gewerbeordnung weitergehenden landesgesetzlichen Beschränkungen der Sonntagsarbeit nicht entgegen.

Die Gewerbeordnung sagt zunächst:

[§ 105b Abs. 1 G. D.] Im Betriebe von Bergwerken, Salinen, Ausbereitungsanstalten, Bräuen, Gruben, Hüttenwerken, Fabriken, Werkstätten, Zimmerplätzen und anderen Bauhöfen, Werften, Ziegeleien, sowie bei Bauten aller Art dürfen Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden.

Das Verbot der Sonntagsarbeit gilt für gewerbliche Arbeiter aller Art, also für Gesellen, Gehülfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter und andere im Betriebe beschäftigte Personen, auch für Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker. Mit dem Wort „im Betriebe“ ist gesagt, daß sich das Verbot auch auf außerhalb der Betriebsstätte auszuführende Arbeiten erstreckt. Ausgenommen sind gewerbliche Arbeiter im Handelsgewerbe (§. Sonntagsruhe im Handelsgewerbe).

Die selbständigen Unternehmer unterliegen dagegen für ihre Person bezüglich der Sonntagsarbeit reichsgesetzlich keinen Beschränkungen, wohl aber in der Regel landesgesetzlich.

Die den Arbeitern zu gewährende Ruhe hat mindestens für jeden Sonn- und Festtag 24, für zwei aufeinanderfolgende Sonn- und Festtage 42, bei regelmäßiger Tag- und Nachtschicht 36, für das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest 48 Stunden zu dauern. Die Ruhezeit ist von 12 Uhr nachts an zu rechnen und muß bei zwei aufeinanderfolgenden Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr abends des zweiten Tages dauern. In Betrieben mit regelmäßiger Tag- und Nachtschicht kann die Ruhezeit frühestens Sonnabend Abend um 6 Uhr beginnen, wenn für die auf den Beginn der Ruhezeit folgenden 24 Stunden der Betrieb ruht.

Wegen der Strafbestimmungen und der Ausnahmen von der Sonntagsruhe s. d.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Das Handelsgewerbe ist hier in Gegensatz zum eigentlichen Gewerbe gestellt (s. Handelsgewerbe).

[§ 105 b Abs. 2 G. D.] Im Handelsgewerbe dürfen Gehülfen, Lehrlinge und Arbeiter am ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttage überhaupt nicht, im übrigen an Sonn- und Festtagen nicht länger als 5 Stunden beschäftigt werden. Durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes kann diese Beschäftigung für alle oder einzelne Zweige des Handelsgewerbes auf kürzere Zeit eingeschränkt oder ganz untersagt werden.

Für die letzten vier Wochen vor Weihnachten, sowie für einzelne Sonn- und Festtage, an welchen örtliche Verhältnisse einen erweiterten Geschäftsverkehr erforderlich machen, kann die Polizeibehörde eine Vermehrung der Stunden, während welcher die Beschäftigung stattfinden darf, bis auf 10 Stunden zulassen.

Die für die Beschäftigung zulässigen Stunden bestimmt unter Berücksichtigung der örtlichen Kirchzeit die Polizeibehörde, bei weitergehenden Beschränkungen durch Ortsstatut dieses. Die Feststellung kann für verschiedene Zweige des Handelsgewerbes verschieden erfolgen.

Diese Bestimmungen finden auch auf die Beschäftigung von Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern im Geschäftsbetriebe von Konsum- und anderen Vereinen entsprechende Anwendung. Desgleichen auf die Tätigkeit der Gewerbetreibenden selbst in offenen Verkaufsstellen, denn:

[§ 41 a G. D.] soweit nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung Gehülfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden dürfen, darf in offeneren Verkaufsstellen ein Gewerbebetrieb an diesen Tagen nicht stattfinden.

Anderer Tätigkeiten, z. B. Kontorarbeiten, sind dagegen den Gewerbetreibenden für ihre Person gestattet.

Auch die selbsttätigen Verkaufsapparate (Automaten) sind als offene Verkaufsstellen anzusehen und müssen demgemäß durch geeignete Vorkehrungen für die Zeit der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe gesperrt werden.

Anderungs- und Zurechtungsarbeiten an im Laden verkauften Gegenständen sind an Sonn- und Festtagen während der für den Verkauf zulässigen Zeit gestattet (s. Änderungsarbeiten).

[§ 105 i G. D.] Die Gast- und Schankwirtschaften bilden insofern eine Ausnahme bei der Sonntagsruhe im Handels-

gewerbe, als bei ihnen der Verkauf innerhalb der eigenen Räume während des ganzen Tages gestattet ist, nicht aber der Verkauf über die Straße außerhalb der für das Handelsgewerbe freigegebenen Zeit.

[§ 55a G. D.] Der Gewerbebetrieb im Umherziehen ist an Sonn- und Festtagen im allgemeinen verboten, doch kann die untere Verwaltungsbehörde den örtlichen Verhältnissen entsprechend Ausnahmen zulassen, die sich namentlich auf den Handel mit Blumen, Backwaren, Erinnerungszeichen und ähnlichen Gegenständen bei öffentlichen Festen und an Orten mit gesteigertem Fremdenverkehr (Ansichtskarten) erstrecken.

Sonntagsruhe für Kinderarbeit. [§§ 9 u. 13 Abs. 3 R. G. G.] An Sonn- und Festtagen dürfen Kinder, eigene wie fremde, nicht beschäftigt werden.

Ist für öffentliche theatralische Vorstellungen und sonstige öffentliche Schaustellungen die Beschäftigung von Kindern zugelassen, so gilt die Erlaubnis auch für Sonn- und Festtage.

Das Austragen von Waren und sonstige Botengänge sind in den Grenzen, in denen sie überhaupt zulässig sind (s. Kinderarbeit), auch an Sonn- und Festtagen zulässig. Jedoch darf an solchen Tagen die Beschäftigung die Dauer von zwei Stunden nicht überschreiten und sich nicht über 1 Uhr nachmittags erstrecken; auch darf sie nicht in der letzten halben Stunde vor Beginn des Hauptgottesdienstes und nicht während desselben stattfinden.

Übertretungen sind strafbar (s. Strafbestimmungen des Kinder-schutzgesetzes).

— **in offenen Verkaufsstellen.** [§ 41a G. D.] Soweit sich die Sonntagsruhe auf die Beschäftigung von Gehülfe und Lehrlingen im Handelsgewerbe erstreckt, darf in offenen Verkaufsstellen auch von den Gewerbetreibenden selbst nicht verkauft werden. Diese Bestimmung gilt auch für Konsumvereine.

(s. auch Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.)

Sonntagsunterricht in der Fortbildungsschule s. Fortbildungsschulunterricht.

Speiseräume. Gesetzlich vorgeschrieben sind besondere Speiseräume nur für einzelne, durch die Verwendung giftiger Stoffe besonders mit Gesundheitsgefahren verknüpfte Betriebsarten, wie Akkumulatoren-, Alkalichromate- und Bleifarbenfabriken, Thomas-schlackenwerken, Rohhaarspinnereien, Zinkhütten usw., sie sollten aber überall da, wo es irgend angängig erscheint, eingerichtet werden.

Ihre Anordnung kann auch durch polizeiliche Verfügung erfolgen s. Schutz der Arbeiter vor Gefahren.

Sperre s. Boykott.

Sprechstunden der Gewerbeaufsichtsbeamten s. d.

Ständige Arbeiterausschüsse s. d.

Statuten der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Außer über die Errichtung des Gewerbegerichts (Kaufmannsgerichts) hat das Statut noch über eine ganze Anzahl Punkte nähere Anordnungen zu treffen, von denen die wichtigsten sind:

1. Die Bestimmung, ob und inwieweit Streitigkeiten von Hausgewerbetreibenden, die die Rohstoffe und Halbfabrikate selbst beschaffen, der Zuständigkeit der Gewerbegerichte unterliegen;
2. die Bestimmung, ob die sachliche Zuständigkeit auf bestimmte Arten von Betrieben, die örtliche auf bestimmte Teile des Gemeindebezirks beschränkt werden soll;
3. die Regelung der Grenze der Zuständigkeit sowie die Zusammensetzung des Gerichts;
4. die Bestimmung, ob mehr als vier Beisitzer und wieviel berufen werden sollen;
5. die näheren Bestimmungen über die Wahl der Beisitzer und das Verfahren bei derselben;
6. die Bestimmung über die Höhe der den Beisitzern zu gewährenden Entschädigung für Zeitversäumnis usw.

Die Ortsstatuten bedürfen der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde, die binnen 6 Monaten unter Prüfung der Gesetzmäßigkeit und Zweckdienlichkeit der Statuten darüber zu entscheiden hat.

In Preußen ist zuständig der Bezirksausschuß (für Berlin der Oberpräsident). Gegen dessen Entscheidung findet die Beschwerde an den Provinzialrat (in Berlin an den Handelsminister) statt.

— **der Innungen** s. Innungstatuten und Zwangsinnungen.

— **der Zwangskrankenkassen.** [§ 23 R. V. G.] Für jede Zwangskrankenkasse ist von der Gemeindebehörde nach Anhörung der Beteiligten bzw. deren Vertreter ein Kassenstatut zu errichten.

Dasselbe muß Bestimmungen treffen:

1. über die Klassen der dem Krankenversicherungszwange unterliegenden Personen, welche der Kasse als Mitglieder angehören sollen;
2. über die Art und den Umfang der Unterstützungen;
3. über die Höhe der Beiträge;
4. über die Bildung des Vorstandes und den Umfang seiner Befugnisse;

5. über die Zusammensetzung und Berufung der Generalversammlung und über die Art ihrer Beschlußfassung zc.

Das Statut darf keine Bestimmung enthalten, welche mit dem Zwecke der Kasse nicht in Verbindung steht oder den gesetzlichen Vorschriften zuwiderläuft.

[§ 24 R. V. G.] Das Statut bedarf der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde.

Jedes Mitglied erhält ein Exemplar des Kassenstatuts ausgehändigt.

Die gleichen Vorschriften gelten bei Änderungen des Statuts.

Eine Statutenbestimmung, die mit dem Gesetz in Widerspruch steht, ist auch dann ungültig, wenn die Aufsichtsbehörde das Statut genehmigt hat.

Statutarische Bestimmungen der Gemeinde bei der Krankenversicherung f. Befreiung von der Krankenversicherungspflicht und Ausdehnung derselben.

— über **Sonntagsruhe im Handelsgewerbe** f. Sonntagsruhe in demselben.

Staubbeseitigung. Der Unternehmer hat dafür Sorge zu tragen, daß, soweit sich die Entwicklung von Staub, Dünsten und Gasen durch entsprechende Vorkehrungen, wie z. B. Sägen und Schleifen unter Wasser, Mahlen in staubdichtem Gehäuse, nicht überhaupt vermeiden läßt, möglichst schnelle Abführung derselben ermöglicht wird. Unter Umständen genügt dafür schon die Einrichtung einer ordentlichen Ventilation, in manchen Anlagen und Betriebsarten wird der Vorschrift aber nur durch Einrichtungen zur künstlichen Absaugung des Staubes und der Dünste an der Entstehungsstelle durch Exhaustoren und ähnliche Vorkehrungen genügt werden können. Das wird insbesondere der Fall sein in Metallschleifereien, Holzbearbeitungsbetrieben, Lumpensortieranstalten, bei manchen chemischen Prozessen usw.

Jedenfalls empfiehlt es sich, derartige mechanische Staubabsaugungsanlagen nur von sachverständigen Firmen ausführen zu lassen, da sonst die Einrichtung häufig wegen mangelhafter Beschaffenheit ihren Zweck nur unvollkommen erfüllt und viel Kraft kostet.

Stehender Gewerbebetrieb ist ein solcher, der nicht im Umherziehen betrieben wird. Wegen der Errichtung eines solchen f. d.

Steigerungssatz der Invalidenrente f. Berechnung derselben.

Stellvertreter im Sinne der Gewerbeordnung. [§ 45 G. D.] Die Befugnisse zum stehenden Gewerbebetrieb können durch Stellvertreter ausgeübt werden; diese müssen jedoch den für das in Rede stehende Gewerbe vorgeschriebenen Erfordernissen genügen.

Stellvertreter ist, wer das Geschäft oder einzelne Teile desselben für Rechnung und im Namen des Inhabers selbständig verwaltet und Rechtsgeschäfte für ihn abschließt, also z. B. nicht der Werkmeister.

Der Stellvertreter haftet allein oder neben dem Betriebsunternehmer sowohl straf- wie auch zivilrechtlich f. Haftung des Stellvertreters.

Stellvertreter des Vorsitzenden des Gewerbegerichts f. Vorsitzender desselben.

Stempel der Genehmigungsurkunde f. genehmigungspflichtige Anlagen.
— beim Gewerbe und Kaufmannsgericht f. Kosten des Verfahrens vor denselben.

Stempelfreiheit amtlicher Bescheinigungen bei der Krankens-, Unfall- und Invalidenversicherung. Amtliche Bescheinigungen, welche zur Legitimation von Rassen- und Verbandsvorsitzenden oder zur Führung der den Versicherten obliegenden Nachweise erforderlich werden, sind gebühren- und stempelfrei.

Sterbegeld bei der Unfallversicherung. [§ 15 G. U. V. G., § 16 L. U. V. G.] Im Falle der Tötung des gegen Unfall Versicherten ist als Sterbegeld zu leisten:

der 15. Teil des Jahresarbeitsverdienstes, jedoch mindestens ein Betrag von 50 Mark.

Das Sterbegeld ist event. demjenigen, welcher das Begräbnis besorgt hat, in der Höhe des aufgewandten Betrages ausbezahlen. Ein etwaiger Überschuß fällt den Hinterbliebenen oder sonstigen nächsten Erben anheim.

Der Krankenkasse ist in Höhe des von ihr gewährten Sterbegeldes Ersatz zu geben.

— der Zwangskrankenkassen f. Leistungen derselben.

Stiefeltern und Stiefkinder bei der Unfallversicherung f. Hinterbliebenenrente bei derselben.

Stillschweigende Kündigung f. Kündigung im Gewerbe.

— Verabredung einer Vergütung f. Dienstvertrag.

— **Verlängerung eines Dienstverhältnisses.** [§ 625 B. G. B.] Wird das Dienstverhältnis nach Ablauf der Dienstzeit von dem Verpflichteten mit Wissen des anderen Teiles fortgesetzt, so gilt es auf unbestimmte Zeit verlängert, sofern nicht der andere Teil unverzüglich widerspricht.

Stimmrecht zum Gewerbe und Kaufmannsgericht f. Wahlen zu denselben.

— der Innungsmitglieder f. Innungsversammlung.

Strafandrohung in Polizeiverordnungen i. d.

Strafbestimmungen der Dampfkesselgesetzgebung. Die Besitzer von Dampfkesselanlagen oder deren Stellvertreter sowie die Heizer sind zum Gebrauch der in der Genehmigungsurkunde oder allgemein vorgeschriebenen Sicherheitsvorrichtungen verpflichtet.

Wer diesen Verpflichtungen nicht nachkommt, kann eine Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten oder eine Geldstrafe bis zu 600 Mark erleiden.

(f. auch Prüfungen der Dampfkessel, letzter Absatz.)

- **der Gewerbeordnung.** Nachstehend sind die wichtigsten Strafbestimmungen der Gewerbeordnung, soweit sie sich auf den Arbeiterschutz erstrecken, zusammengefaßt.

[§ 146 G. D.] Mit Geldstrafe bis zu 2000 Mark und im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu 6 Monaten wird bestraft, wer als Vergehen den Bestimmungen über:

die Lohnzahlung,

die Beschäftigung von Kindern, jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen sowie der Angestellten in offenen Verkaufsstellen,

die Eintragungen, Vermerke usw. in Arbeitsbüchern, Zeugnissen und Lohnbüchern zuwiderhandelt.

[§ 146a G. D.] Mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Haft wird bestraft, wer

Arbeitern an Sonn- und Festtagen den Bestimmungen der Gewerbeordnung entgegen Beschäftigung gibt oder den Bestimmungen über den Ladenschluß in offenen Verkaufsstellen zuwiderhandelt.

[§ 147 G. D.] Mit Geldstrafe bis zu 300 Mark oder Haft werden bestraft:

Vergehen gegen die Bestimmungen über die genehmigungspflichtigen Anlagen,

Vergehen gegen die zum Schutze der Arbeiter im Gewerbebetriebe und der Angestellten in offenen Verkaufsstellen gegen Gefahren getroffenen Bestimmungen,

Vergehen gegen die Vorschriften zum Erlaß von Arbeitsordnungen in Fabriken und offenen Verkaufsstellen.

[§ 148 G. D.] Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft bis zu 4 Wochen werden bestraft:

Übertretungen der Bestimmungen über die Pflichten gegen die Lehrlinge,

Übertretungen der Bestimmungen über die an Arbeiter zu verhängenden Geldstrafen,

Übertretungen von verschiedenen Bestimmungen über Arbeitsordnungen,

Übertretungen des Verbots der Lohnzahlung in Gast- und Schankwirtschaften an Dritte und von unerlaubten Lohninbehaltungen.

[§ 149 G. O.] Mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder Haft bis zu 8 Tagen werden bestraft:

Übertretungen der Bestimmungen über die Sonntagsarbeitsverzeichnisse, über das Aushängen und Aushändigen der Arbeitsordnungen, über die bei Beschäftigung von Kindern, jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen notwendigen Aushänge und über die im Interesse der Aufsicht und Statistik notwendigen Angaben.

[§ 150 G. O.] Mit Geldstrafen bis zu 20 Mark oder Haft bis zu 3 Tagen werden bestraft:

Übertretungen gegen die übrigen Bestimmungen über die Arbeitsbücher, Lohnbücher und Arbeitszettel, über den Fortbildungsschulunterricht, über den Lehrvertrag und über das Geldstrafenverzeichnis.

Strafbestimmungen des Handelsgesetzbuches. Für die Zwecke dieses Buches kommt folgende Bestimmung in Betracht:

[§ 82 H. G. B.] Wer die ihm gegen den Handlungslehrling obliegenden Pflichten (s. Pflichten des Lehrherrn) in einer dessen Gesundheit, Sittlichkeit oder Ausbildung gefährdenden Weise verletzt, wird mit Geldstrafe bis zu 100 Mark bestraft. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher, ohne dazu berechtigt zu sein, Handlungslehrlinge ausbildet oder ausbilden läßt.

— **des Invalidenversicherungsgesetzes.** Folgende Strafen können unter anderen bei Übertretungen des Invalidenversicherungsgesetzes festgesetzt werden und zwar bis zu:

[§ 176 I. V. G.] 300 Mark für Arbeitgeber, die es unterlassen, rechtzeitig und in der vorgeschriebenen Höhe Marken für die von ihnen beschäftigten Personen zu verwenden;

[§ 182 I. V. G.] 300 Mark oder entsprechende Haft für Arbeitgeber, welche den bei ihnen beschäftigten Personen Lohnbeträge für die Versicherung in Abzug bringen, die abgezogenen Beträge aber nicht zu diesem Zwecke verwenden. Geschieht dies in der Absicht, sich einen Vermögensvorteil zu sichern, so tritt Gefängnisstrafe ein, daneben kann auf Geldstrafe bis zu 3000 Mark sowie auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden;

[§ 184 J. V. G.] 20 Mark, wer in Quittungskarten unzulässige Eintragungen oder Vermerke macht. Sind diese Eintragungen oder Vermerke in der Absicht gemacht, den Inhaber der Karte anderen Arbeitgebern gegenüber zu kennzeichnen, so tritt Geldstrafe bis zu 2000 Mark oder Gefängnis bis zu 6 Monaten ein;

[§ 187 J. V. G.] Gefängnis nicht unter 3 Monaten, wer wissentlich schon gebrauchte Marken noch einmal verwendet;

[§§ 185 und 186 J. V. G.] Gefängnis bis zu 3 Monaten, eventl. noch Geldstrafe bis zu 3000 Mark, wer als Mitglied des Vorstandes oder irgend einer Organisation der Versicherungsanstalten Betriebsgeheimnisse, die kraft seines Amtes zu seiner Kenntnis gelangt sind, offenbart oder nachahmt.

Strafbestimmungen des Kinderschutzgesetzes. [§ 23 R. S. G.] Mit Geldstrafe bis zu 2000 Mark wird bestraft, wer fremde Kinder in gesetzwidriger Weise beschäftigt.

Im Falle gewohnheitsmäßiger Zuwiderhandlung kann auch auf Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten erkannt werden.

[§ 24 R. S. G.] Mit Geldstrafe bis zu 600 Mark, im Falle gewohnheitsmäßiger Zuwiderhandlung mit Haft, wird bestraft, wer Kinder in verbotener Weise an Sonn- und Festtagen beschäftigt.

[§ 25 R. S. G.] Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark, unter Umständen mit Haft, wird bestraft, wer eigene Kinder in gesetzwidriger Weise beschäftigt.

[§ 26 R. S. G.] Mit Geldstrafe bis zu 30 Mark werden Arbeitgeber bestraft, die die vorgeschriebene Anzeige der Beschäftigung fremder Kinder unterlassen.

[§ 27 R. S. G.] Mit Geldstrafe bis zu 20 Mark wird bestraft, wer den Bestimmungen über die Arbeitskarte zuwiderhandelt oder ein Kind ohne eine solche in Beschäftigung nimmt.

— **des Krankenversicherungsgesetzes.** [§ 81 R. V. G.] Mit Geldstrafe bis zu 20 Mark wird bestraft:

wer seinen Verpflichtungen über An- und Abmeldung zur Krankenversicherung nicht nachkommt.

[§ 82 R. V. G.] Mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark event. mit Haft werden bestraft:

Arbeitgeber, die den bei ihnen beschäftigten Personen bei der Lohnzahlung vorsätzlich höhere als zulässige Versicherungs-

beträge in Anrechnung bringen. Es können jedoch auch noch höhere Strafen eintreten.

[§ 82b R. V. G.] Mit Gefängnis, daneben noch mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark, sowie mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte werden bestraft:

Arbeitgeber, welche die vom Lohn in Abzug gebrachten Versicherungsbeträge für sich zum eigenen Vorteil verwenden.

Die Geldstrafen fließen der zuständigen Zwangskrankenkasse, in Ermangelung einer solchen Kasse der Gemeindekrankenversicherung zu.

Strafbestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes. [§§ 146—148 G. U. V. G., §§ 156—158 L. U. V. G.] Die Vorstände der Berufsgenossenschaften sind befugt, gegen Betriebsunternehmer oder deren Vertreter Geldstrafen bis zu 500 Mark zu verhängen, u. a. wenn die Arbeiter- und Lohnnachweisungen oder sonstige Angaben ihnen bekannte Unrichtigkeiten enthalten, wenn ein falscher Tag für die Betriebseröffnung angegeben wurde, wenn die notwendigen Anmeldungen, Unfallanzeigen u. nicht rechtzeitig gemacht wurden.

[§ 149 G. U. V. G., § 159 L. U. V. G.] Gegen derartige Strafbestimmungen steht den Betroffenen innerhalb 2 Wochen die Beschwerde zu.

[§§ 150 und 151 G. U. V. G., §§ 160 und 161 L. U. V. G.] Vorstandsmitglieder, technische Aufsichtsbeamte und Rechnungsbeamte können wegen Offenbarung von Betriebsgeheimnissen mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft werden. Geschieht die Offenbarung des Betriebsgeheimnisses absichtlich zum Nachteil des Unternehmers, so erhöhen sich die Strafen noch.

Strafenverzeichnis f. Strafgeelder.

Strafgeelder. [§ 134b Abs. 2 G. D.] Geldstrafen für Arbeiter, wenigstens soweit diese in Betrieben beschäftigt sind, für die eine Arbeitsordnung obligatorisch ist, dürfen die Hälfte des durchschnittlichen Tagesverdienstes des betreffenden Arbeiters nicht übersteigen; jedoch können Tätlichkeiten gegen Mitarbeiter, erhebliche Verstöße gegen die guten Sitten sowie gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung des Betriebes, zur Sicherung eines gefahrlosen Betriebes (also z. B. die Unfallverhütungsvorschriften) oder zur Durchführung der Bestimmungen der Gewerbeordnung erlassenen Vorschriften mit Geldstrafen bis zum vollen Betrage des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes des zu bestrafenden Arbeiters belegt werden.

Es dürfen nur solche Geldstrafen, die in der Arbeitsordnung vorgesehen sind, erhoben werden, jedoch genügt es, wenn in dieser allgemeine Grundsätze für die Auferlegung solcher Strafen, etwa die Höchstgrenzen angeführt sind, die nach Ermessen des Arbeitgebers verhängt werden. Natürlich müssen sie in einem angemessenen Verhältnis zur Art des Vergehens stehen.

Alle Strafgeelder müssen zum Besten der Arbeiter der Fabrik verwandt werden, und zwar ist dieser Verwendungszweck (etwa zu Unterstützungs- oder zu Vergnügungszwecken) genau anzugeben, allgemeine Angaben genügen nicht.

Dem Betroffenen ist von der Verhängung einer Geldstrafe sofort Mitteilung zu machen und ihm möglichst Gelegenheit zur Beschwerde wegen Nichtzurechtbestehens der Strafe zu geben.

[§ 134c Abs. 3 G. D.] Die verhängten Geldstrafen sind in ein Verzeichnis einzutragen, welches den Namen des Bestraften, den Tag der Bestrafung sowie den Grund und die Höhe der Strafe ergeben und auf Erfordern dem Gewerbeaufsichtsbeamten vorgelegt werden muß.

Wegen Zuwiderhandlungen f. Strafbestimmungen der Gewerbeordnung.

Die Bestimmungen über Strafgeelder gelten auch für die offenen Verkaufsstellen, in denen Arbeitsordnungen zu erlassen sind (f. Arbeitsordnungen in offenen Verkaufsstellen), doch fehlt hier die Kontrolle durch die Gewerbeaufsichtsbeamten. An deren Stelle tritt die Ortspolizeibehörde.

Strafgewalt der Handwerkskammer. [§ 103n G. D.] Die Handwerkskammer ist befugt, Zuwiderhandlungen gegen die von ihr innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Vorschriften mit Geldstrafen bis zu 20 Mark zu bedrohen. Die Festsetzung dieser Geldstrafen erfolgt auf Antrag des Vorstandes oder eines Beauftragten der Handwerkskammer von der unteren Verwaltungsbehörde. Gegen die Festsetzung steht dem Verurteilten binnen 2 Wochen die Beschwerde an die unmittelbar vorgesetzte Aufsichtsbehörde zu. Diese entscheidet endgültig.

Streik f. Koalitionsrecht.

Streikpostenstehen. Das Streikpostenstehen fällt als eine die Ausdehnung einer Verabredung auf andere bezweckende Maßregel unter die Bestimmungen des Koalitionsrechts (f. d.) und kann deshalb landesrechtlich im allgemeinen nicht unter Strafe gestellt werden. Andererseits muß sich der Streikposten allgemeinen straßenpolizeilichen Vorschriften fügen.

Streitigkeiten über Innungsbeiträge f. Beiträge zu freien Innungen.
— zwischen Innungsgemeinschaftern und Lehrlingen f. Entscheidung derselben.

- **Bei der Invalidenversicherung.** [§ 155 I. V. G.] Streitigkeiten zwischen den Versicherungsanstalten einerseits und Arbeitgebern und Versicherten andererseits oder zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Höhe der berechneten Beiträge, über die zuständigen Versicherungsanstalten usw. werden von der unteren Verwaltungsbehörde (f. d.), event. der Rentenstelle entschieden. Gegen die Entscheidung ist Beschwerde innerhalb eines Monats nach der Zustellung an die höhere Verwaltungsbehörde zulässig, die in der Regel endgültig entscheidet.

[§ 157 I. V. G.] Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Berechnung und Anrechnung der Beiträge sowie Streitigkeiten über Ersatzansprüche auf gezahlte Beiträge entscheidet die untere Verwaltungsbehörde (Rentenstelle) endgültig.

[§ 128 Abs. 4 I. V. G.] Gegen den Bescheid, welcher über einen Antrag auf Beitragserstattung ergeht, steht dem Berechtigten innerhalb eines Monats Beschwerde an das Reichsversicherungsamt zu.

Streitigkeiten zwischen Versicherten und Versicherungsanstalten anlässlich eines Heilverfahrens oder zwischen Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten wegen Ersatzansprüchen werden im allgemeinen durch die Aufsichtsbehörde der Versicherungsanstalt (Reichs- oder Landesversicherungsamt) entschieden.

[§ 24 Abs. 5 I. V. G.] Streitigkeiten anlässlich der Rentengewährung in Form von Naturalien werden von den Kommunal- aufsichtsbehörden entschieden. Die Entscheidung ist binnen 2 Wochen anfechtbar.

[§ 6 Abs. 1 I. V. G.] Gegen den ablehnenden Bescheid der unteren Verwaltungsbehörde über Befreiung von der Versicherungspflicht ist Beschwerde an die vorgesetzte Behörde zulässig, die dann endgültig entscheidet.

[137 I. V. G.] Gegen die Aufrechnung einer Quittungskarte und den Inhalt der Bescheinigung ist Einspruch binnen 2 Wochen und nötigenfalls in der gleichen Frist Beschwerde an die vorgesetzte Dienstbehörde zulässig. Diese entscheidet endgültig.

Der Einspruch geschieht bei der die Bescheinigung ausstellenden Stelle (Polizei- und Gemeindebehörde).

- **Bei der Krankenversicherung.** [§ 53a R. V. G.] Streitigkeiten zwischen dem Arbeitgeber und den von ihm beschäftigten Personen

über die Berechnung und Unrechnung der von ihnen zu leistenden Beiträge unterliegen der Entscheidung des Gewerbegerichts (Kaufmannsgerichts).

Sofern Gewerbegerichte nicht vorhanden sind, oder es sich um land- oder forstwirtschaftliche Arbeiter handelt, findet entweder zunächst vorbehaltlich des ordentlichen Rechtsweges das Verfahren vor dem Gemeindevorsteher (§. d.) statt oder es wird sofort der ordentliche Rechtsweg eingeschlagen.

Bei Innungskrankenkassen sind die Innungen bzw. Innungsschiedsgerichte zuständig. Der ordentliche Rechtsweg bleibt auch hier offen.

[§ 58 R. V. G.] Streitigkeiten zwischen den Versicherten oder ihren Arbeitgebern einerseits und der Kasse bzw. der Gemeinde-Krankenversicherung andererseits über das Versicherungsverhältnis oder die Verpflichtung zur Leistung oder Einzahlung von Eintrittsgeldern und Beiträgen oder über Unterstützungsansprüche werden von der Aufsichtsbehörde entschieden. Die Entscheidung kann binnen vier Wochen nach der Zustellung mittels Verwaltungstreitverfahren oder Klage angefochten werden. Soweit es sich um Unterstützungsansprüche handelt, ist die Entscheidung vorläufig vollstreckbar.

[§ 57b R. V. G.] Streitigkeiten der Ortskrankenkassen untereinander, welcher von ihnen die in einem Gewerbezweig oder in einem einzelnen Betriebe beschäftigten Personen angehören, entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde. Gegen die Entscheidung steht den Beteiligten nur noch die binnen zwei Wochen einzulegende Beschwerde bei der Zentralbehörde zu.

Streitigkeiten über Ersatzansprüche:

1. der Gemeinden oder Armenverbände gegenüber den Krankenkassen;
2. der Hilfe leistenden Krankenkassen (bei auswärtiger Erkrankung) gegenüber den unterstützungspflichtigen Krankenkassen;

ferner Streitigkeiten:

3. zwischen der Gemeindekrankenversicherung und Krankenkassen wegen irrtümlich geleisteter Unterstützungen;
4. zwischen Krankenkassen und Berufsgenossenschaften anlässlich der Übernahme des Heilverfahrens durch letztere usw.

werden im Verwaltungstreitverfahren entschieden.

Die Entscheidung der Aufsichtsbehörde kann binnen vier Wochen im Wege des Rekurses an die nächst vorgesetzte Behörde angefochten werden.

Streitigkeiten zwischen den freien Hilfskassen und ihren Mitgliedern werden meist sofort im ordentlichen Rechtswege entschieden.

Streitigkeiten bei der Unfallversicherung. Über Berufung und Rekurs bei Unfallentschädigungen s. d.

Streitigkeiten, welche über das Verhältnis der Unfallversicherung zur Krankenversicherung entstehen, werden im Verwaltungsstreitverfahren ausgetragen, wo ein solches nicht besteht, durch die Aufsichtsbehörde entschieden. Die Entscheidung der letzteren kann innerhalb eines Monats durch Rekurs an die nächstvorgesezte Behörde angefochten werden.

[§ 26 Abs. 5 L. U. V. G.] Streitigkeiten zwischen Berufsgenossenschaften und Rentenempfängern anlässlich der Rentengewährung in Form von Naturalien werden von der Kommunal-aufsichtsbehörde (Landrat zc.) entschieden. Berufungsfrist zwei Wochen.

- über die Zwangsgliedschaft zu einer Innung. [§ 100h G. D.] Streitigkeiten darüber, ob jemand der Innung als Mitglied angehört, sowie darüber, ob jemand der Innung beizutreten berechtigt ist, entscheidet die Aufsichtsbehörde. Die Entscheidung kann binnen zwei Wochen durch Beschwerde bei der höheren Verwaltungsbehörde angefochten werden, diese entscheidet endgültig.

Sühneversuch beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht. [§ 41 G. G. G.] Erscheinen beide Parteien im Termin, so hat das Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) tunlichst auf eine gütliche Erledigung des Rechtsstreits hinzuwirken. Es kann den Sühneversuch in jeder Lage des Verfahrens erneuern und hat denselben bei Anwesenheit der Parteien am Schlusse der Verhandlung zu wiederholen.

Tagelohn bei der Invalidenversicherung s. ortsüblicher Tagelohn im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes.

- bei der Krankenversicherung s. ortsüblicher und durchschnittlicher Tagelohn im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes.

- bei der Unfallversicherung s. Jahresarbeitsverdienst im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes.

Tarif für die Entschädigungen durch die Unfallversicherung s. Entschädigungstarif bei der Unfallversicherung.

Tätslichkeiten gegen Arbeitgeber und Mitarbeiter s. Entlassung aus der Arbeit ohne Kündigung.

- gegen Arbeitnehmer s. Austritt aus der Arbeit ohne Kündigung.

Täuschung des Arbeitgebers s. Entlassung aus der Arbeit ohne Kündigung.

Tare für ärztliche Gebühren bei der Krankens, Unfall- und Invalidenversicherung.

	Gegenstand der Leistung	Die Gebühren betragen in			
		Preußen <i>M</i>	Bayern <i>M</i>	Sachsen <i>M</i>	Württbg. <i>M</i>
1	Eine kurze Bescheinigung (Zeugnis) über Gesundh. od. Krankheit eines Menschen	2—5	1—5	1—6	1—5
2	Ein ausführl. Krankheitsbericht	3—10	3—10	3—30	3—10
3	Ein begründetes Gutachten	9—30	9—30	3—30	3—10
4	Eine Beratung (Unter-suchung) in der Wohnung des Arztes . .	1—10	1—6	1—10	1—6
	Jede folgende Beratung	1—5	1—3	1—5	1—3
5	Ein Besuch in der Wohng. d. Kranken	2—20	2—10	2—20	2—10
	Jeder folgende Besuch	1—10	1—6	1—6	1—5

Techniker f. Betriebsbeamte.

Technische Aufsichtsbeamte f. Überwachung der Betriebe.

Teilnahme der Gesellen an den Innungsgeschäften f. Gesellenausschuß.

— an der Unfalluntersuchung f. Untersuchung von Betriebsunfällen.

— an den Wahlen zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Wahlen zu denselben.

Teilrente f. Unfallrente.

Termin zur Erörterung von Anträgen auf Errichtung genehmigungspflichtiger Anlagen f. genehmigungspflichtige Anlagen.

— beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Verhandlungstermin bei denselben.

Tod einer invalidenversicherungspflichtigen Person f. Rückerstattung von Beiträgen zur Invalidenversicherung.

— des Lehrherrn f. Kündigung von Lehrlingen.

Trennung der Geschlechter. Diese soll bei der Arbeit, wenn die Natur des Betriebes und die Anzahl der Arbeitsräume es zulassen, möglichst durchgeführt werden.

Bezüglich Abortanlagen, Ankleide- und Waschräumen ist, sowie es sich um einigermaßen große Betriebe handelt, stets auf Trennung nach Geschlecht zu dringen.

Trucksystem. Hierunter versteht man die früher häufig geübte Zahlungsweise des Arbeitslohnes in Waren, die oft zu unverhältnismäßig hohen Preisen angerechnet wurden und die der Arbeiter dann seinerseits sehen mußte, unter großen Verlusten zu Gelde zu machen. Es wurden auch Waren zu hohen Preisen kreditiert, um die Forderungen später auf den Lohn anzurechnen, oder die Arbeiter wurden gezwungen, ihre Bedürfnisse aus gewissen Verkaufsstellen, die der Arbeitgeber selbst unterhielt, zu befriedigen usw.

Derartige Verabredungen sind heute nichtig.

Das Trucksystem ist jetzt verboten, doch ist unter gewissen Bedingungen die Verabfolgung mancher Waren und Leistungen statt des baren Arbeitslohnes noch gestattet (s. Lohnzahlung). Eine gewinnbringende Anwendung dieser Ausnahmen ist jedoch unstatthaft.

Truckverbot s. Trucksystem.

Tuberkulosebekämpfung durch die Invalidenversicherung. Die Invalidenversicherungsanstalten sind mit der Zeit dazu übergegangen, die Schwindsuchtgefahr planmäßig zu bekämpfen. Insbesondere tun sie dies durch Errichtung eigener oder Unterstützung fremder Lungenheilstätten, in denen sie Kranken, bei denen die Schwindsucht noch nicht weit vorgeschritten ist, einen mehrmonatlichen Kuraufenthalt gewähren.

Überarbeit von Arbeiterinnen. Es handelt sich hier nur um Arbeiterinnen über 16 Jahre, die Überarbeit der jugendlichen Arbeiterinnen regelt sich nach den für jugendliche Arbeiter geltenden Bestimmungen (s. Überarbeit von jugendlichen Arbeitern).

In Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen (s. Fabrik im Sinne der Gewerbeordnung) kann die Überarbeit erwachsener Arbeiterinnen, d. h. die Beschäftigung von länger als 11 Stunden täglich und über 8½ abends hinaus auf Grund folgender Bestimmungen gestattet werden:

[§ 138a G. D.] Wegen außerordentlicher Häufung der Arbeit kann auf Antrag des Arbeitgebers die untere Verwaltungsbehörde auf die Dauer von 2 Wochen die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre bis 10 Uhr abends an

den Wochentagen außer Sonnabend unter der Voraussetzung gestatten, daß die tägliche Arbeitszeit 13 Stunden nicht überschreitet.

Innerhalb eines Kalenderjahres darf die Erlaubnis einem Arbeitgeber für seinen Betrieb oder für eine Abteilung seines Betriebes auf mehr als 40 Tage nicht erteilt werden.

Für eine 2 Wochen überschreitende Dauer kann die gleiche Erlaubnis nur von der höheren Verwaltungsbehörde und auch von dieser für mehr als 40 Tage im Jahre nur dann erteilt werden, wenn die Arbeitszeit für den Betrieb oder die betreffenden Abteilungen des Betriebes so geregelt wird, daß ihre tägliche Dauer im Durchschnitt der Betriebstage des Jahres die regelmäßige gesetzliche Arbeitszeit nicht überschreitet.

Der Antrag ist schriftlich zu stellen und muß den Grund, aus welchem die Erlaubnis beantragt wird, die Zahl der in Betracht kommenden Arbeiterinnen, das Maß der längeren Beschäftigung sowie den Zeitraum angeben, für welchen dieselbe stattfinden soll. Der Bescheid der unteren Verwaltungsbehörde auf den Antrag ist binnen 3 Tagen schriftlich zu erteilen. Gegen die Versagung der Erlaubnis steht die Beschwerde an die vorgesehene Behörde zu.

Diese Ausnahmegestimmungen sind insbesondere für sogenannte Saisonindustrien, d. h. für solche Gewerbe, welche zwar während des ganzen Jahres betrieben werden, aber zu regelmäßig wiederkehrenden Zeiten einen verstärkten Betrieb haben (Beispiele: Fabriken für Konfektion, Fuß und Stickerie, Strohhutfabriken, Zuckerwaren-, Schokolade-, Rakes- und Augustpapierfabriken), und für Kampagneindustrien, das sind Gewerbe, deren Betrieb auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt ist und während des übrigen Jahres ganz ruht (Beispiele: Rübenzucker- und Konservenfabriken, Feldziegeleien, Torfstechereien usw.), bestimmt.

Die Erteilung der Erlaubnis zur Überarbeit hängt von dem freien Ermessen der Behörden ab, sie soll jedoch nur in wirklich dringenden Fällen, wenn beispielsweise in Saisonindustrien während der stillen Zeit nicht auf Vorrat gearbeitet werden kann, gegeben werden.

Für alle Betriebe, welche nicht zu den Saisonindustrien gehören, kann die Überarbeit nur gestattet werden, wenn die außergewöhnliche Arbeitshäufung nicht vorherzusehen war oder durch wichtige wirtschaftliche Gründe gerechtfertigt wird.

Als solche Gründe sind insbesondere hervorzuheben:

1. die Gefahr des Verderbens und der Verschlechterung der zu verarbeitenden Stoffe usw., z. B. bei Frucht- und Fleischkonservenfabriken, wenn die Zufuhr der zu verarbeitenden Stoffe

außergewöhnlich reichlich ist; bei Stärkefabriken und Brenne-
reien wegen drohender Kartoffelfäule; bei Leimfabriken, wenn
in der heißen Jahreszeit der Leim nur während der Abend-
und Nachtstunden fertiggestellt werden kann;

2. die Rücksicht auf die Transportgelegenheiten, wenn z. B.
wegen plötzlich eintretenden Frostes ein frühzeitiger Schluß
der Schifffahrt in Aussicht steht und eilige Verladungen vor-
genommen werden müssen, oder wenn bei unerwartet früher
Eröffnung der Schifffahrt die Ausrüstungsgegenstände für die
Schiffe schnell beschafft werden müssen, oder wenn die
Gestellung von Wagen durch die Eisenbahnen unregelmäßig
erfolgt;
3. die Rücksicht auf öffentliche Interessen, wenn beispielsweise
für die Militärverwaltung große Lieferungen von Munition
und Montierungsgegenständen ausgeführt werden müssen,
oder wenn die Eisenbahnverwaltung die Druckereien mit
schleuniger Herstellung neuer Fahrpläne beauftragt;
4. die Unmöglichkeit der Innehaltung der Lieferungsfristen wegen
nicht vorherzusehender Hindernisse;
5. die Befriedigung unaufschiebbarer Bestellungen, wenn diese
nicht wohl von anderen befriedigt werden können.

Dagegen ist die Übernahme zu großer Bestellungen, deren
Nichtbewältigung innerhalb der vereinbarten Lieferungsfrist von
dem Unternehmer vorherzusehen war, nicht als Grund zur Ge-
nehmigung von Überarbeit anzusehen. Überhaupt ist die Ge-
nehmigung zur Überarbeit der Regel nach dann zu versagen,
wenn die außergewöhnliche Häufung der Arbeit von dem Unter-
nehmer selbst freiwillig herbeigeführt oder durch ungeschickte
Dispositionen verschuldet ist, und wenn nur die eigenen Inter-
essen des Unternehmers, nicht auch öffentliche oder andere erhebliche
Privatinteressen in Frage kommen.

Die untere Verwaltungsbehörde kann die Erlaubnis zu
Überarbeit bis zu 2 Wochen erteilen, in der Tat aber nur für
10 Tage, da für die Sonnabende und Sonntage Überarbeit aus-
geschlossen ist. In der Regel soll vor Erteilung der Erlaubnis
der Gewerbeinspektor gehört werden.

Unternehmer, die für mehr als 40 Arbeitstage im Kalender-
jahre die Genehmigung zur Überarbeit nachsuchen, haben einen
Betriebsplan für das ganze Kalenderjahr einzureichen, der
für den Betrieb oder die Betriebsabteilung die Arbeitszeit der
Arbeiterinnen über 16 Jahre an allen Betriebstagen er-
sehen läßt.

Wenn auf Grund eines solchen Betriebsplanes Überarbeit gestattet wird, so ist derselbe in den Arbeitsräumen auszuhängen.

Ist Überarbeit zugelassen, so soll die tägliche Arbeitszeit in der Regel nicht über 12 Stunden hinaus ausgedehnt werden, ebenso möglichst nur bis 9 Uhr abends.

Die Genehmigung soll im allgemeinen ausdrücklich nur auf Widerruf erteilt werden und ist ganz zu versagen, wenn gerichtliche Bestrafungen wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung oder andere Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß in dem Betriebe des Antragstellers eine gewissenhafte Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften nicht zu erwarten ist.

Für Motorwerkstätten mit 10 und mehr Arbeitern gelten die gleichen Ausnahmegestimmungen wie für Fabriken.

In Motorwerkstätten mit weniger als 10 Arbeitern können erwachsene Arbeiterinnen ohne Erlaubnis an 40 Tagen im Jahre, auch Sonnabends, Überarbeit bis 13 Stunden täglich und bis 10 Uhr abends machen. Hierbei kommt jeder Tag in Anrechnung, an welchem auch nur eine Arbeiterin Überarbeit geleistet hat. Der Unternehmer muß die Überarbeit noch am gleichen Tage in ein Verzeichnis eintragen, das der Ortspolizeibehörde und dem Gewerbeaufsichtsbeamten auf Verlangen vorzuzeigen ist.

Für mehr als 40 Tage im Jahr kann auf schriftlichen Antrag des Arbeitgebers in der für Fabriken geltenden Art von der unteren Verwaltungsbehörde Überarbeit in dem vorstehend begrenzten täglichen Umfange gestattet werden, wenn die Arbeitszeit für die Werkstätte so geregelt wird, daß ihre tägliche Dauer im Durchschnitt der Betriebstage des Jahres die regelmäßige gesetzliche Arbeitszeit nicht überschreitet.

Für Konfektionswerkstätten ist ohne weitere Erlaubnis an 60 Tagen im Jahr Überarbeit bis 13 Stunden täglich und bis 10 Uhr abends gestattet. Auch die Sonnabende und die Vorabende der Festtage können hierzu genommen werden.

Jeder Tag, an dem auch nur eine Arbeiterin Überarbeit leistet, kommt in Anrechnung. Der Unternehmer muß die Überarbeit vor Beginn derselben in eine an deutlich sichtbarer Stelle im Arbeitsraum aufzuhängende Tafel eintragen.

Weitere Überarbeit wegen Häufung der Arbeit ist in Konfektionswerkstätten auch auf Antrag nicht statthaft.

[§ 139 G. D.] Auch wenn Naturereignisse, wie z. B. Erdbeben oder Überschwemmungen, oder Unglücksfälle den regelmäßigen Betrieb einer Fabrik oder dieser gleichgestellten

Anlage unterbrochen haben, kann die höhere Verwaltungsbehörde auf Antrag bis zur Dauer von 4 Wochen Ausnahmen von der regelmäßigen Arbeitszeit der Arbeiterinnen gestatten. Auf längere Zeit kann dies nur der Reichskanzler. In dringenden Fällen sowie zur Verhütung von Unglücksfällen kann auch die untere Verwaltungsbehörde bis zur Dauer von höchstens 14 Tagen solche Ausnahme gestatten.

Der Antrag ist schriftlich bei der Ortspolizeibehörde oder unmittelbar bei der unteren Verwaltungsbehörde zu stellen und muß den Grund, aus dem die Erlaubnis beantragt wird, die Zahl der in Betracht kommenden Arbeiterinnen und den Zeitraum angeben, für den die Ausnahme stattfinden soll.

Die Erteilung der Erlaubnis hängt vom freien Ermessen der Behörde ab, die sie nur in wirklich dringenden Fällen geben soll.

Ferner muß bei Bemessung der Ausnahmen Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiterinnen genommen und die Genehmigung in der Regel von folgenden Bedingungen abhängig gemacht werden:

1. Innerhalb 24 Stunden darf die Arbeitszeit 13 Stunden ausschließlich der Pausen nicht übersteigen;
2. zwischen 2 Arbeitsschichten muß eine Ruhezeit von mindestens 10 Stunden liegen;
3. die Tag- und Nachtschichten müssen wöchentlich wechseln. Jede Schicht muß durch eine oder mehrere Pausen in der Gesamtdauer von mindestens einer Stunde unterbrochen sein;
4. an Sonn- und Festtagen darf die Beschäftigung nicht in die Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends fallen.

Die Erlaubnis wird schriftlich erteilt.

Für Motorwerkstätten mit 10 und mehr Arbeitern gelten in bezug auf die Überarbeit von Arbeiterinnen wegen Unglücksfällen usw. die gleichen Bestimmungen wie für Fabriken. Für Motorwerkstätten mit weniger als 10 Arbeitern und Konfektionswerkstätten kann schon die untere Verwaltungsbehörde Ausnahmen bis zu 4 Wochen im Jahre zulassen, darüber hinaus noch die höhere Verwaltungsbehörde.

Bei Motorwerkstätten mit weniger als 10 Arbeitern kann bei besonders dringenden Fällen sowie zur Verhütung von Unglücksfällen auch schon die Ortspolizeibehörde bis zu 14 Tagen Ausnahmen gewähren.

Überarbeit von jugendlichen Arbeitern. Wegen Häufung der Arbeit kann keine Überarbeit von jugendlichen Arbeitern, d. h. ihre Beschäftigung länger als 10 Stunden täglich und über 8½ Uhr abends hinaus stattfinden.

[§ 139 G. D.] Wenn Naturereignisse, z. B. Erdbeben oder Überschwemmung, oder Unglücksfälle z. B. Feuer, Hauseinsturz usw., den regelmäßigen Betrieb einer Fabrik unterbrochen haben, so können durch die höhere Verwaltungsbehörde Ausnahmen bezüglich der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter (§. d.) auf die Dauer von 4 Wochen zugelassen werden. Für längere Zeit kann nur der Reichskanzler die Erlaubnis zur Überarbeit erteilen. In dringenden Fällen sowie zur Verhütung von Unglücksfällen kann auch die untere Verwaltungsbehörde, jedoch höchstens auf die Dauer von 14 Tagen, solche Ausnahmen gestatten.

Diese Ausnahmen können sich auf die Gestattung von die Dauer von 10 Stunden überschreitender Arbeit, auf Nacht- oder Sonntagsarbeit, auf den Wegfall oder die Verkürzung der Pausen erstrecken. Kinder, soweit sie überhaupt in Fabriken beschäftigt werden dürfen, können länger als 6 Stunden beschäftigt werden.

Die Ausnahmen sollen jedoch nur soweit gehen, als es die Rücksicht auf die Gesundheit der jugendlichen Arbeiter für zulässig erscheinen läßt.

Im allgemeinen sollen folgende Grenzen innegehalten werden:

Innerhalb 24 Stunden darf die Arbeitszeit der Kinder 8 Stunden, die der jungen Leute 11 Stunden ausschließlich der Pausen nicht übersteigen. Zwischen 2 Arbeitsschichten muß eine Ruhezeit liegen, welche für Kinder mindestens 12 Stunden, für jugendliche Arbeiter mindestens 10 Stunden beträgt. Die Tag- und Nachtschichten müssen wöchentlich wechseln. An Sonn- und Festtagen darf die Beschäftigung nicht in die Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends fallen.

Die Erteilung der Erlaubnis hängt von dem Ermessen der Behörde ab. Seitens des Arbeitgebers ist ein schriftlicher Antrag an die Ortspolizeibehörde oder untere Verwaltungsbehörde zu stellen, welcher den Grund, aus welchem die Erlaubnis beantragt wird, die Zahl der in Betracht kommenden Arbeiter und den Zeitraum, für den die Ausnahmen stattfinden soll, angeben muß. Derartige Anträge müssen seitens der Behörden als äußerst schleunige Angelegenheit behandelt werden. Die Erlaubnis wird schriftlich erteilt.

Vorstehende Bestimmungen gelten auch für Motorwerkstätten und Konfektionswerkstätten, nur kann bei letzteren sowie bei Motorwerkstätten mit weniger als 10 Arbeitern schon die untere Verwaltungsbehörde Ausnahmen bis zur Dauer von 4 Wochen, in besonders dringlichen Fällen sogar die Ortspolizeibehörde bis zu 14 Tagen bewilligen.

Überarbeit von Kindern s. Überarbeit von jugendlichen Arbeitern.

— in **Konfektionswerkstätten** s. Überarbeit von Arbeiterinnen.

— an **Sonnabenden** s. Sonnabendarbeitschluß.

Überarbeitsgesuch s. Überarbeit von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern.

Überarbeitsstafel s. Überarbeitsverzeichnis.

Überarbeitsverzeichnis. In Konfektionswerkstätten (s. d.) ist es ohne weitere Erlaubnis gestattet, an 60 Tagen im Jahr, auch an den Vorabenden der Sonn- und Festtage, Arbeiterinnen über 16 Jahre bis 13 Stunden täglich und bis 10 Uhr abends arbeiten zu lassen.

Es kommt dabei jeder Tag in Anrechnung, an dem auch nur eine Arbeiterin Überarbeit macht.

Die Gewerbetreibenden müssen jeden derartigen Überarbeitstag durch Eintragung seines Datums auf einer Tafel kenntlich machen, die in dem betreffenden Arbeitsraum, in dem länger gearbeitet wird, an einer deutlich sichtbaren Stelle aufzuhängen ist. Die Überarbeit muß vor Beginn derselben eingetragen werden. Solche Tafeln sind im Buchhandel zu haben.

In Motorwerkstätten, auch in Werkstätten mit Wasserbetrieb, beide Arten mit weniger als 10 Arbeitern, ist derartige Überarbeit in gleicher Ausdehnung ebenfalls an höchstens 40 Tagen gestattet (s. Motorwerkstätten und Überarbeit von Arbeiterinnen). Jedoch braucht hier das vorgeschriebene Verzeichnis nicht sichtbar aufgehängt zu werden, auch kann die Überarbeit erst hinterher, jedoch noch am Tage selbst eingetragen werden.

Für Bäckereien und Konditoreien ist eine Kalenderstafel vorgeschrieben, die ähnlichen Zwecken dient. (Näheres s. in dem käuflichen Aushange.)

Übergang des Lehrlings zu einem anderen Beruf. [§ 127e G. D.]

Wird von dem gesetzlichen Vertreter für den Lehrling oder, sofern der letztere volljährig ist, von ihm selbst dem Lehrherrn die schriftliche Erklärung abgegeben, daß der Lehrling zu einem anderen Gewerbe oder anderen Beruf übergehen will, so gilt das Lehrverhältnis, wenn der Lehrling nicht früher entlassen wird, nach Ablauf von vier Wochen als aufgelöst. Den Grund der Auflösung hat der Lehrherr in dem Arbeitsbuch zu vermerken. Die Entlassung des Lehrlings kann, wie gesagt, auch schon vor Ablauf der vier Wochen erfolgen.

Binnen 9 Monaten nach der Auflösung darf der Lehrling in demselben Gewerbe von einem anderen Arbeitgeber ohne Zustimmung des früheren Lehrherrn nicht beschäftigt werden.

[§ 78 H. G. B.] Für Handlungslehrlinge gelten ganz gleichlautende Bestimmungen, nur kommt noch folgendes hinzu:

Tritt der Lehrling der abgegebenen Erklärung zuwider vor dem Ablauf von 9 Monaten nach der Beendigung des Lehrverhältnisses in ein anderes Geschäft als Handlungsgehilfe ein, so ist er dem Lehrherrn zum Ersatze des diesem durch die Beendigung des Lehrverhältnisses entstandenen Schadens verpflichtet. Mit ihm haftet als Gesamtschuldner der neue Lehrherr oder Prinzipal, sofern er von dem Sachverhalte Kenntnis hatte.

Übernahme des Heilverfahrens durch die Berufsgenossenschaft f. Unfallversicherung.

— **des Heilverfahrens durch die Krankenversicherungsorgane** f. Erkrankung durch Unfall.

Überschüsse der Invalidenversicherung f. anderweitige Leistungen der Invalidenversicherung.

Überstunden f. Überarbeit.

Übertragbarkeit der Invaliden- und Altersrente. [§ 55 Abs. 3 I. B. G.] Die Rente ist nur mit Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde übertragbar.

Übertragung der Fürsorge für einen Unfallverletzten an die Krankenkasse f. Unfallversicherung.

— **der Pflichten der Arbeitgeber bei der Krankenz-, Unfall- und Invalidenversicherung an andere.** [§ 82a R. V. G.] Die Arbeitgeber sind befugt, die Erfüllung der ihnen durch das Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetz auferlegten Verpflichtungen solchen Personen zu übertragen, welche sie zur Leitung oder Beaufsichtigung ihres Betriebes bestellt haben.

Diese trifft auch die Strafe für etwaige von ihnen begangene Übertretungen, doch ist der Arbeitgeber neben ihnen strafbar, wenn die Zuwiderhandlung mit seinem Vorwissen begangen ist, oder wenn er es an der nötigen Sorgfalt bei der Auswahl dieser Personen hat fehlen lassen.

(f. auch Haftung des Stellvertreters.)

— **der Unfalls-, Invaliden- und Altersrente** f. Pfändung derselben.

— **der Unterstützungsansprüche an die Krankenversicherung** f. Verpfändung derselben.

Übertretung f. Vergehen.

Übertretungen des Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzes f. Strafbestimmungen des Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzes.

— **polizeilicher Strafverfügungen** f. d.

Überwachung des Besuchs der Fortbildungsschule f. Pflichten des Lehrherrn.

- **der Betriebe bezüglich der Unfallversicherung.** [§ 119 G.U.B.G., § 126 L.U.B.G.] Die Berufsgenossenschaften sind verpflichtet, für die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften zu sorgen. Sie können zu diesem Zwecke technische Aufsichtsbeamte anstellen, die die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften zu überwachen haben und von den Einrichtungen des Betriebes, soweit sie für die Zugehörigkeit zur Berufsgenossenschaft und für die Einschätzung in den Gefahrentarif von Bedeutung sind, Kenntnis nehmen können.

Die Berufsgenossenschaften sind ferner befugt, durch Rechnungsbeamte zur Prüfung der eingereichten Arbeiter- und Lohnnachweisungen die notwendigen Geschäftsbücher einsehen zu lassen. Technischer Aufsichtsbeamter und Rechnungsbeamter können in einer Person vereinigt sein.

Die Betriebsunternehmer sind verpflichtet und können dazu durch Geldstrafen bis zu 300 Mark angehalten werden, diesen als solche legitimierten technischen Aufsichtsbeamten auf Erfordern den Zutritt zu ihren Betriebsstätten während der Betriebszeit zu gestatten und den Rechnungsbeamten die bezeichneten Bücher an Ort und Stelle vorzulegen.

[§§ 120 u. 121 G.U.B.G., §§ 127 u. 128 L.U.B.G.] Die technischen Aufsichtsbeamten und Rechnungsbeamten sind vereidigt und zu strengster Geheimhaltung der zu ihrer Kenntnis gelangenden Betriebsgeheimnisse verpflichtet. In gewissen Fällen kann jedoch der Betriebsunternehmer die Besichtigung des Betriebes auf seine Kosten durch einen anderweitigen Sachverständigen vornehmen lassen.

[§ 124 G.U.B.G., § 130 L.U.B.G.] Im allgemeinen gehören die Überwachungskosten zu den Verwaltungskosten. Unter Umständen kann jedoch, wenn ein Unternehmer durch Nichterfüllung seiner ihm obliegenden Verpflichtungen zur Anwendung solcher Kosten Veranlassung gegeben hat, der Vorstand der Berufsgenossenschaft diese Kosten dem Betriebsunternehmer auferlegen und außerdem noch eine Geldstrafe bis zu 100 Mark verhängen.

Hiergegen kann innerhalb zwei Wochen Beschwerde beim Reichsversicherungsamt erhoben werden.

- **von genehmigungspflichtigen Anlagen** f. Gewerbeaufsichtsbeamte.
- **der Innungsbetriebe** f. Beauftragte der Innungen.
- **des Schulbesuchs der Lehrlinge** f. Pflichten des Lehrherrn.

Überwachungskosten bei der Unfallversicherung f. Überwachung der Betriebe.

Überwachungspflichten der Innungen. [§ 83 Z. 10 G. D.] Die Innungen haben nicht nur die Durchführung der Bestimmungen zum Schutz der Lehrlinge zu überwachen, sondern auch sämtliche Arbeiterschutzvorschriften, soweit sie auf die Betriebe der Mitglieder Anwendung finden. Es sind das insbesondere die Bestimmungen über Sonntagsruhe, Arbeitsbücher, Arbeitszeugnisse, Lohnzahlung, Arbeiterschutz, Arbeitsvertrag, Besuch der Fortbildungsschulen usw.

Überweisen der Unfall-, Invaliden- und Altersrente f. Ruhen und Pfändung derselben.

Überweisung zu einer anderen Berufsgenossenschaft f. Betriebsveränderungen bei der Unfallversicherung.

— **des Innungsvermögens** f. Schließung einer Zwangsinnung.

— **von Klagen vor dem Kaufmannsgericht an das Gewerbegericht und umgekehrt.** [§ 16 Abs. 3 R. G. G.] Wird bei dem Kaufmannsgericht eine vor das Gewerbegericht gehörige Klage erhoben, so hat das Kaufmannsgericht, sofern für die Verhandlung und Entscheidung derselben ein Gewerbegericht besteht, durch Beschluß seine Unzuständigkeit auszusprechen und den Rechtsstreit an das Gewerbegericht zu verweisen. Eine Anfechtung des Beschlusses kann nicht erfolgen; mit der Verkündigung desselben gilt der Rechtsstreit als bei dem Gewerbegericht anhängig. Die in dem Verfahren vor dem Kaufmannsgericht erwachsenen Kosten werden als Teil der bei dem Gewerbegericht entstandenen Kosten behandelt.

Diese Vorschriften finden entsprechende Anwendung, wenn bei dem Gewerbegericht eine vor das Kaufmannsgericht gehörige Klage erhoben wird.

Umkleideräume. Da, wo die Natur der Arbeit es fordert, daß die Arbeiter sich bei Beginn und Ende der Arbeit umziehen müssen, sind besondere Umkleideräume, und zwar für jedes Geschlecht getrennt, einzurichten. Im übrigen sollen in der Regel mindestens für die Arbeiterinnen eine Umkleidegelegenheit und für sämtliche Arbeiter ausreichende staubdichte Kleiderablagen, in staubigen Betrieben auch Kleiderschränke vorhanden sein.

Umlage der Kosten für die Handwerkskammer f. Kosten derselben.

Umlageverfahren bei der Unfallversicherung. [§ 99 G. U. V. G., §§ 105—108 U. U. V. G.] Die Beträge der Entschädigungen, Unfallrenten zc. sind nebst den Verwaltungskosten von den Vorständen der Berufsgenossenschaften nach dem festgestellten Verteilungsmaßstab auf die einzelnen Mitglieder umzulegen und von diesen einzuziehen.

Zu diesem Zwecke hat jedes Mitglied, soweit nicht Pauschbeträge oder Mindestbeiträge zu entrichten sind, binnen 6 Wochen nach Ablauf des Rechnungsjahres dem Vorstände der Berufsgenossenschaft eine Nachweisung einzureichen, welche enthält:

1. die während des abgelaufenen Rechnungsjahres im Betriebe beschäftigten versicherten Personen und die von denselben verdienten Löhne und Gehälter;
2. eine Berechnung der bei der Umlegung der Beiträge in Anrechnung zu bringenden Beträge der Gehälter und Löhne;
3. die Gefahrenklasse, in welcher der Betrieb eingeschätzt worden ist.

Durch Statut kann vorgeschrieben werden, daß die Lohnnachweisungen viertel- oder halbjährlich eingereicht und fortlaufend Lohnlisten (Lohnbücher) geführt werden, aus welchen diese Nachweisungen entnommen werden können.

[§ 100 G. U. V. G., § 110 L. U. V. G.] Der Vorstand der Berufsgenossenschaft berechnet aus den Nachweisungen für jedes Mitglied den Beitrag, der auf dasselbe zur Deckung der Gesamtkosten entfällt. Hierbei werden die jüngeren Betriebe nach näherer Maßgabe des Gesetzes entsprechend günstiger behandelt.

[§ 101 G. U. V. G., § 111 L. U. V. G.] Gegen die Feststellung der Beiträge können die Mitglieder binnen zwei Wochen nach Zustellung des Auszuges aus der Heberolle unbeschadet der Verpflichtung vorläufiger Zahlung Widerspruch bei dem Vorstände der Berufsgenossenschaft erheben. Wird demselben überhaupt nicht oder nicht im gewünschten Umfange stattgegeben, so kann innerhalb zwei Wochen Beschwerde beim Reichsversicherungsamt erhoben werden. Diese ist aber nur zulässig, wenn sie sich entweder auf Rechenfehler oder unrichtige Feststellung der anrechnungsfähigen Beträge stützt.

Umtausch von Invalidenmarken. Unbeschädigte Marken können gegen Marken einer anderen Sorte bei jeder Postanstalt umgetauscht werden. Verdorrene, beschmutzte oder sonstwie unverwendbare Marken können bei derjenigen Versicherungsanstalt, welche sie ausgegeben hat, umgetauscht oder gegen bar eingelöst werden.

— der Quittungskarte s. d.

Unbefugtes Verlassen der Arbeit s. Entlassung aus derselben ohne Kündigung und Kontraktbuch.

Unbekannte Kinder bei der Unfallversicherung s. Hinterbliebenenrente bei derselben.

Unfall einer invalidenversicherungspflichtigen Person s. Rückerstattung von Beiträgen zur Invalidenversicherung.

Unfall bei der Krankenversicherung f. Krankheit im Sinne des Krankenversicherungs-gesetzes und Erkrankung durch Unfall.

— im Sinne des Unfallversicherungs-gesetzes f. Betriebsunfall.

— bei einem Verbrechen oder Vergehen f. Unfallversicherung.

Unfallanzeige f. Anzeige von Betriebsunfällen.

Unfallentschädigung f. Unfallversicherung.

Unfallgefahr f. Gefahrenklassen bei der Unfallversicherung.

Unfallrente. [§ 9 Abs. 2 G. U. V. G.] Die Unfallrente beträgt:

im Falle völliger Erwerbsunfähigkeit für die Dauer derselben $66\frac{2}{3}$ Prozent des Jahresarbeitsverdienstes (Vollrente);

im Falle teilweiser Erwerbsunfähigkeit für die Dauer derselben denjenigen Teil der Vollrente, welcher der durch den Unfall herbeigeführten Einbuße an Erwerbsfähigkeit entspricht (Teilrente).

Ist der Versicherte infolge des Unfalls nicht nur völlig erwerbsunfähig, sondern auch derart hilflos geworden, daß er ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen kann, so ist für die Dauer dieser Hilflosigkeit die Rente bis zu 100 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes zu erhöhen.

Ist der Verletzte aus Anlaß des Unfalls unverschuldet arbeitslos, so kann die Teilrente bis zur Vollrente, also auf $66\frac{2}{3}$ Prozent des Jahresarbeitsverdienstes vorübergehend erhöht werden.

War der Verletzte zur Zeit des Unfalls bereits völlig erwerbsunfähig, so beschränkt sich der Schadenersatz auf die Kosten des Heilverfahrens und die Hilfsmittel. Nur in Ausnahmefällen (völlige Erblindung usw.) kann eine Rente bis zur Hälfte der Vollrente gewährt werden.

[§ 10 G. U. V. G., §§ 9 u. 12 L. U. V. G.] Die Rente ist nach Maßgabe desjenigen Jahresarbeitsverdienstes (f. d.) zu berechnen, den der Verletzte während des letzten Jahres seiner Beschäftigung in dem betreffenden Betriebe an Gehalt oder Lohn (f. d.) bezogen hat, wobei der 1500 Mark übersteigende Betrag nur mit einem Drittel zur Anrechnung kommt.

War der Verletzte in dem betreffenden Betriebe vor dem Unfall nicht ein volles Jahr beschäftigt, so ist die Rente nach demjenigen Jahresarbeitsverdienste zu berechnen, welchen während dieses Zeitraums versicherte Personen derselben Art im gleichen oder benachbarten gleichartigen Betriebe bezogen haben.

Bei versicherten Personen, welche keinen Lohn oder weniger als den 300fachen Betrag des für ihren Beschäftigungsort fest-

gestellten, ortsüblichen Tagelohnes (s. d.) gewöhnlicher erwachsener Tagearbeiter beziehen, gilt als Jahresarbeitsverdienst gleichwohl das 300fache dieses ortsüblichen Tagelohnes.

(Wegen Hinterbliebenenrente s. d.)

[§ 24 G. U. V. G., § 25 L. U. V. G.] An Stelle der Rente kann von der Berufsgenossenschaft auf Antrag des Rentenempfängers Aufnahme in ein Invalidenhaus oder ähnliche Anstalten gewährt werden.

Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern kann die Rente ganz oder zum Teil auch in Form von Naturalien gewährt werden, wenn dies sonst bezüglich der Lohnzahlung üblich ist.

Unfallrente bei Freiheitsstrafen s. Ruhen derselben.

Unfalluntersuchung s. Untersuchung von Betriebsunfällen.

Unfallverhütungsvorschriften. [§ 112 G. U. V. G., § 120 L. U. V. G.] Die Berufsgenossenschaften sind befugt und können dazu angehalten werden, Vorschriften zu erlassen:

1. über die von den Mitgliedern zur Verhütung von Unfällen in ihren Betrieben zu treffenden Einrichtungen und Anordnungen. Bei Zuwiderhandlungen können sie gegen die Unternehmer mit Geldstrafen bis zu 1000 Mark, mit Einschätzung ihrer Betriebe in eine höhere Gefahrenklasse und mit Zuschlägen bis zum doppelten Betrage ihrer Beiträge vorgehen;
2. über das von den Arbeitern zur Verhütung von Unfällen zu beobachtende Verhalten unter Bedrohung der Zuwiderhandelnden mit Geldstrafen bis zu 6 Mark.

[§ 116 G. U. V. G.] Gegen von der Berufsgenossenschaft festgesetzte Geldstrafen (Ziffer 1) findet innerhalb zwei Wochen Beschwerde beim Reichsversicherungsamt statt, gegen die von der Ortspolizeibehörde auferlegten (in der Regel bei Ziffer 2) bei deren vorgelegter Behörde.

[§§ 113, 114, 115 G. U. V. G.] Die Unfallverhütungsvorschriften werden unter Zuziehung einer gleichen Anzahl Vertreter der Arbeiter von den Mitgliedern des Vorstandes beraten und bedürfen der Genehmigung des Reichsversicherungsamtes.

Die gewerblichen Berufsgenossenschaften haben bis auf eine von ihrer Befugnis, Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen, Gebrauch gemacht, von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften bisher nur sehr wenige.

Unfallversicherung. [§ 1. G. U. V. G.] Gegen die Folgen der Betriebsunfälle sind versichert: alle Arbeiter ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht, Dauer des Beschäftigungsverhältnisses,

geistige und körperliche Gesundheit oder Schwäche, Eigenschaft als In- oder Ausländer, Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker, letztere drei Kategorien, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 3000 Mark nicht übersteigt, wenn sie beschäftigt sind:

1. in Fabriken, Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Hüttenwerken, Steinbrüchen, Gruben, auf Werften und Bauhöfen, in gewerblichen Brauereien;
2. in Gewerbebetrieben, welche sich auf die Ausführung von Maurer-, Zimmerer-, Dachdecker-, überhaupt von Bauarbeiten oder Steinhauer-, Schlosser-, Schmiede- oder Brunnenarbeiten erstrecken, sowie im Schornsteinfeger-, Fensterputzer- und Fleischergerwerbe;
3. im gesamten Betriebe der Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltungen sowie in Betrieben der Marine- und Heeresverwaltungen;
4. im gewerbsmäßigen Fuhrwerks-, Binnenschiffahrts-, Flößerei-, Prahm- und Fährbetriebe, im Gewerbebetriebe des Schiffsziehens (Treidelei) sowie im Baggereibetriebe;
5. im gewerbsmäßigen Speditions-, Speicherei-, Lagerei- und Kellereibetriebe;
6. im Gewerbebetriebe der Güterpacker, Güterlader, Schaffer, Bracker, Wäger, Messer, Schauer und Stauer;
7. in Lagerungs-, Holzfällungs- oder der Beförderung von Personen oder Gütern dienenden Betrieben, wenn sie mit einem Handelsgewerbe, dessen Inhaber in das Handelsregister eingetragen ist, verbunden sind;
8. alle Seeleute, ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Verdienstes;
9. Strafgefangene, Insassen von Besserungsanstalten, Arbeitshäusern usw. und die zu Forst- und Gemeindearbeiten zwangsweise anzuhaltenden Personen erhalten eine nach dem Gesetz, betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene vom 30. Juni 1900, geregelte Entschädigung, wenn sie einen Unfall bei ihrer Beschäftigung erleiden, bei deren Ausführung freie Arbeiter nach den Unfallversicherungs-gesetzen versichert sein müssen.
10. [§ 1 U. V. G.] Ferner unterliegen der Unfallversicherung die Arbeiter und Betriebsbeamten mit weniger als 3000 Mark Jahresarbeitsverdienst in der Land- und Forstwirtschaft, im allgemeinen auch in landwirtschaftlichen Nebenbetrieben (s. d.).

[§ 2 G. U. V. G.] Als Fabriken im Sinne des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes gelten alle Betriebe, in welchen zum Zwecke gewerbsmäßiger Ver- und Bearbeitung von Gegenständen regelmäßig mindestens 10 Personen beschäftigt werden, ferner alle Motorbetriebe, d. h. Betriebe, in denen nicht bloß vorübergehend elementare Kraft (Wind, Wasser, Dampf, Gas, Elektrizität usw.) oder tierische Kraft verwandt wird, endlich alle Betriebe, in denen Explosivstoffe oder explosive Gegenstände gewerbsmäßig hergestellt werden.

[§ 3 G. U. V. G., § 2 L. U. V. G.] Die Versicherung erstreckt sich auch auf häusliche und andere Dienste, zu denen versicherte Personen neben der Beschäftigung im Betriebe von den Arbeitgebern herangezogen werden, also z. B. auch auf Botengänge.

(Über Ausdehnung der Versicherungspflicht s. d.)

[§ 8 G. U. V. G., § 7 L. U. V. G.] Gegenstand der Versicherung ist der Ersatz des Schadens, welcher durch Körperverletzung oder Tod entsteht. Es wird nicht jeder Unfall entschädigt, sondern nur der im Betriebe entstandene.

Der Anspruch auf Entschädigung des Verletzten oder seiner Hinterbliebenen erlischt nur bei vorsätzlicher, absichtlicher Herbeiführung des Unfalls, also nicht schon bei grober Fahrlässigkeit.

Der Anspruch kann ganz oder teilweise abgelehnt werden, wenn der Unfall bei einem Verbrechen oder Vergehen eingetreten ist. Ist er bei einem Vergehen erfolgt, so kann die Rente ganz oder zum Teil den im Inland wohnenden Angehörigen des Verletzten überwiesen werden.

[§ 9 G. U. V. G., § 8 L. U. V. G.] Im Falle der Verletzung werden vom Beginn der 14. Woche nach Eintritt des Unfalls ab (bis dahin sorgt in der Regel die Krankenkasse) gewährt:

1. freie ärztliche Behandlung, Arznei und sonstige Heilmittel sowie die zur Sicherung des Erfolges des Heilverfahrens und zur Erleichterung der Folgen der Verletzung erforderlichen Hilfsmittel (Krücken, Stützapparate etc.);
2. eine Rente für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit (s. Unfallrente).

[§ 11 G. U. V. G., § 14 L. U. V. G.] Die Berufsgenossenschaft kann der Krankenkasse, der der Verletzte angehört, gegen Ersatz der entstehenden Kosten die Fürsorge für den Verletzten auch über das Ende der 13. Woche hinaus bis zur Beendigung des Heilverfahrens übertragen, andererseits kann sie dasselbe auch schon vor Ablauf der 13. Woche von der Krankenkasse gegen Erstattung der Kosten übernehmen.

[§ 12 G. U. V. G.] Von der 5. Woche nach dem Unfall bis zum Ablauf der 13. Woche ist das Krankengeld für den Unfallverletzten auf mindestens zwei Drittel des zur Berechnung des Krankengeldes angelegten Arbeitslohnes zu bemessen. Die Differenz zwischen diesen zwei Dritteln und dem gesetzlich oder statutenmäßig zu gewährenden Krankengeld ist jedoch der Krankenkasse durch den Betriebsunternehmer zu ersetzen.

Unfallversicherten Arbeitern und Betriebsbeamten, letzteren bei einem Jahresarbeitsverdienst bis zu 2000 Mark, die nach den Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes nicht versichert sind, hat im Falle eines Unfalls der Betriebsunternehmer für die ersten 13 Wochen Unterstützung in vorgenannter Höhe zu gewähren.

Diese Unterstützung kann an Stelle des Betriebsunternehmers die Berufsgenossenschaft gegen Ersatzleistung übernehmen.

[§ 13 G. U. V. G., § 15 L. U. V. G.] Die Berufsgenossenschaft hat, wenn der Verletzte schon vor Ablauf der 13. Woche kein Krankengeld mehr erhält, weil er wieder seiner Arbeit nachzugehen vermag, obwohl er in seiner Leistungsfähigkeit beeinträchtigt ist, die Rente schon vor Beginn der 14. Woche zu gewähren.

[§ 22 G. U. V. G., § 23 L. U. V. G.] An Stelle anderer Leistungen kann von der Berufsgenossenschaft auch freie Kur und Verpflegung in einer Heilanstalt gewährt werden.

Bei Personen, die verheiratet sind oder einen eigenen Haushalt führen bezw. einem solchen angehören, bedarf es dabei der Zustimmung der Familie, es sei denn, daß der Zustand des Verletzten die Unterbringung in einer Anstalt unbedingt erfordert.

Die Angehörigen bekommen während dieser Zeit die gleiche Rente wie bei Tötung des Versicherten.

[§ 23 G. U. V. G., § 24 L. U. V. G.] Die Berufsgenossenschaft kann bei begründeter Annahme, daß ein Empfänger von Unfallrente durch ein Heilverfahren wieder eine Erhöhung seiner Erwerbsfähigkeit erlangen werde, jederzeit ein neues Heilverfahren eintreten lassen.

Im Jahre 1902 sind insgesamt 107,5 Millionen Mark Entschädigungen gezahlt und rund 121 000 Unfälle erstmalig entschädigt worden.

Unfallversicherungsgesetz. Unter Unfallversicherungsgesetz ist hier das Gewerbeunfallversicherungsgesetz in der Fassung vom 5. Juli 1900 verstanden.

Das ursprüngliche Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 erfuhr später zu wiederholten Malen Veränderungen und Ergänzungen, so am 5. Mai 1886 durch die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft, am

11. Juli 1887 auf die bei Bauten beschäftigten Personen, am 13. Juli 1887 auf die Seeleute und andere bei der Seeschiffahrt beschäftigte Personen.

Durch das Gesetz, betreffend die Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900, das auch als Haupt- oder Mantelgesetz bezeichnet wird, sind alle diese Gesetze weitgehenden Umänderungen unterzogen worden, als solche jedoch bestehen geblieben, und zwar neben dem für vorliegende Zwecke wichtigsten Gewerbeunfallversicherungsgesetz als:

Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft,
Bauunfallversicherungsgesetz und Seeunfallversicherungsgesetz.

Auch für die Unfallfürsorge für Gefangene, Beamte und Soldaten ist durch besondere Gesetze gesorgt.

Insgesamt sind jetzt rund 19 Millionen Personen im Deutschen Reich gegen Unfall versichert.

Unfallversicherungspflicht s. Unfallversicherung.

Ungültigkeit des Lehrvertrages s. d.

— der Quittungskarte s. d.

— der Wahlen zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht s. Wahlen zu denselben.

Unrechtmäßige Entlassung eines Arbeiters s. Entlassung aus der Arbeit ohne Kündigung.

— **Verwendung der Invaliden und Krankenversicherungsbeiträge** s. Strafbestimmungen des Invaliden- und Krankenversicherungsgesetzes.

Unrichtige Angaben für die Unfallversicherung s. Strafbestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes.

Unterbrechung der Beschäftigung in bezug auf die Krankenversicherung s. Eintrittsgeld in die Zwangskrankenkassen.

Unterbringung in einer Anstalt an Stelle von Invaliden oder Altersrente s. d.

— in einem Krankenhause oder Genesungsheim bei der Invalidenversicherung s. Heilverfahren bei der Invalidenversicherung.

— in einem Krankens oder Rekonvaleszentenhause bei der Krankenversicherung s. Leistungen und Erweiterung der Leistungen der Zwangskrankenkassen.

Untere Verwaltungsbehörde im Sinne der Gewerbeordnung ist in Preußen der Landrat, in Städten mit mehr als 10000 Einwohnern die Ortspolizeibehörde (s. d.), für die Städte der Provinz Hannover, in denen die revidierte Städteordnung gilt, der

Magistrat, für die der Bergverwaltung unterstehenden Betriebe der Bergrevierbeamte;

in Bayern die Distriktverwaltungsbehörde, in München die Polizeidirektion, für die Bergbaubetriebe das Bezirksbergamt; in Sachsen die Amtshauptmannschaft, in den Städten mit revidierter Städteordnung der Stadtrat;

in Württemberg der Ortsvorsteher;

in Baden das Bezirksamt;

in Hessen die Bürgermeisterei usw.

Untere Verwaltungsbehörde im Sinne des Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzes ist:

1. in Preußen der Landrat, in Städten mit über 10000 Einwohnern (in Hannover in allen selbständigen Städten) der Gemeindevorstand, Magistrat z., in Berlin der Magistrat, „Gewerbe-Deputation“ und „Abt. für Invalidenversicherungssachen“, in der Rheinprovinz der Bürgermeister;
2. in Bayern die Distriktverwaltungsbehörde bezw. das Bezirksamt, in München der Stadtmagistrat;
3. in Sachsen in den Städten, für die die Städteordnung gilt, der Stadtrat, im übrigen die Amtshauptmannschaft;
4. in Württemberg das Oberamt;
5. in Baden das Bezirksamt;
6. in Hessen in den Städten mit mehr als 20000 Einwohnern die Bürgermeisterei, im übrigen das Kreisamt usw.

Unternehmerarbeit am Sonntag s. Sonntagsruhe im Gewerbe.

Unterfagung eines Gewerbebetriebes. [§ 51 G. D.] Wegen überwiegender Nachteile und Gefahren für das Gemeinwohl kann die fernere Benutzung einer jeden gewerblichen Anlage durch die höhere Verwaltungsbehörde (in Preußen der Bezirksausschuß) zu jeder Zeit unterfagt werden. Doch muß dann dem Besitzer für den nachweisbaren Schaden Ersatz geleistet werden.

Gegen die unterfagende Verfügung ist Rekurs (in Preußen Beschwerde beim Minister für Handel und Gewerbe) zulässig; wegen der Entschädigung steht der Rechtsweg offen.

Diese Entschädigungspflicht des Staates erstreckt sich nicht auf solche Anlagen, welche den bestehenden gesetzlichen oder polizeilichen Vorschriften zuwider errichtet sind und betrieben werden.

(s. auch Schutz der Arbeiter vor Gefahren.)

Unterschied zwischen Lohnbüchern und Lohnzahlungsbüchern. Beide sind wohl zu unterscheiden. Während die Lohnbücher sowohl für kleinere Betriebe als auch für Fabriken (bisher nur in der

Kleider- und Wäschekonfektion) vorgesehen sind und verhindern sollen, daß der Arbeiter sich bei Übernahme der Arbeit im Unklaren über den von ihm demnächst zu beanspruchenden Lohn befindet, ist die Einrichtung von Lohnzahlungsbüchern nur für größere Fabriken angeordnet und hat lediglich erzieherische Bedeutung, indem die Bücher den Eltern die Möglichkeit geben sollen, die Einnahmen ihrer minderjährigen Kinder kontrollieren zu können. Der angestrebte Erfolg ist bisher allerdings in der Regel noch nicht eingetreten.

Da, wo Lohnbücher vorgeschrieben sind, fallen für die Minderjährigen die Lohnzahlungsbücher fort.

(s. auch Lohnbücher.)

Unterschrift der Arbeitsordnung. Die Arbeitsordnung ist von demjenigen, welcher sie erläßt, eigenhändig zu unterschreiben, ein Stempel oder ähnliches genügt nicht. Bei fehlender Unterschrift kann von einer rechtsgültigen Arbeitsordnung nicht die Rede sein. Selbstverständlich braucht aber nur das zum Aushang gelangende Exemplar der Arbeitsordnung eigenhändig unterschrieben zu sein, nicht auch die Abdrücke, welche den Arbeitern ausgehändigt werden.

Dagegen ist die häufig verlangte Unterschrift der Arbeitsordnung durch die Arbeiter selbst überflüssig, sie ändert an dem rechtlichen Charakter der Arbeitsordnung nichts.

- des Lehrvertrages s. d.
- des Lohnzahlungsbuches s. d.
- der Zustellungsurkunde des Gewerbes und Kaufmannsgerichts s. Zustellung derselben.

Unterstützung der Angehörigen bei der Invalidenversicherung s. Heilverfahren bei der Invalidenversicherung.

- der Angehörigen bei der Krankenversicherung s. Leistungen der Zwangskrankenkassen und der Gemeindekrankenversicherung.
- der Angehörigen bei der Unfallversicherung s. Unfallversicherung.
- des Unfallverletzten durch den Unternehmer s. Unfallversicherung.

Unterstützungskassen der Innungen. Man versteht darunter insbesondere Kranken-, Witwen-, Waisen- und Sterbekassen. Sie werden durch besondere Statuten (Nebenstatuten) geregelt und unterliegen der Aufsicht der höheren Verwaltungsbehörde.

Untersuchung von Betriebsunfällen. [§ 64 G.U.B.G., § 71 L.U.B.G.] Jeder zur Anzeige gelangte Unfall, durch welchen eine versicherte Person getötet ist oder eine Körperverletzung erlitten hat, die voraussichtlich einen Entschädigungsanspruch zur Folge haben wird, ist sobald als möglich von der Ortspolizeibehörde einer

Untersuchung zu unterziehen, in welcher vor allem Veranlassung, Art und Schwere des Unfalls festzustellen sind.

[§§ 65 u. 66 G. U. V. G., §§ 72 u. 73 L. U. V. G.] An den Untersuchungsverhandlungen können teilnehmen: der Gewerbeaufsichtsbeamte, Vertreter der Berufsgenossenschaft und der Krankenkasse, der der Verletzte angehört, der Betriebsunternehmer oder dessen Vertreter. Von der Untersuchung ist ein Protokoll aufzunehmen, das den Beteiligten auf Verlangen zur Einsicht oder in Abschrift auszuhändigen ist.

Untersuchung von Dampffässern. Vor der Bauartprüfung, Wasserdruckprobe und Abnahmeprüfung des Dampffasses (s. d.) und der Aushändigung der diesbezüglichen Bescheinigungen darf dasselbe nicht in Betrieb genommen werden.

Ferner ist jedes Dampffäß, einerlei ob es ständig oder nur vorübergehend in Betrieb sich befindet, regelmäßig alle vier Jahre einer inneren Untersuchung und alle acht Jahre einer solchen in Verbindung mit einer Wasserdruckprobe zu unterziehen.

Das Ergebnis der Untersuchungen wird in das Revisionsbuch eingetragen, dem auch die übrigen Bescheinigungen vorzulegen sind.

Dampffässer, die eine Hauptausbesserung erfahren haben, sind vor der Inbetriebnahme wieder einer amtlichen Wasserdruckprobe zu unterwerfen.

Wegen der die Untersuchungen ausführenden Sachverständigen s. d.

Dampffäßbesitzer, deren Stellvertreter und die mit der Wartung der Dampffässer betrauten Arbeiter sind verpflichtet, die Dampffässer bestimmungsgemäß zu benutzen und bei Gefahr außer Betrieb zu setzen.

Übertretungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mark bzw. mit entsprechender Haft bestraft.

— von Dampfkesseln s. Prüfungen derselben.

Untersuchungssattelle von Dampfkesseln s. Prüfungen derselben.

Untersuchungsschiffe von Dampfkesseln s. Prüfungen derselben.

Untersuchungsgebühren von Dampfkesseln s. Prüfungen derselben.

Unterweisung des Lehrkings s. Pflichten des Lehrherrn.

Unterwerfung unter den Schiedsspruch des Einigungsamtes s. Verfahren vor demselben.

Unterzeichnung der Eintragungen in das Arbeitsbuch s. Arbeitsbücher.

Unverhältnismäßiger Schaden s. Genehmigung zur Sonntagsarbeit.

Unzeitige Kündigung s. Kündigung des Dienstverhältnisses.

Unzulässige Doppelversicherung bei der Krankenversicherung f. Doppelversicherung.

— **Eintragungen in das Arbeitsbuch** f. Arbeitsbücher.

— — **in das Lohnbuch** f. Lohnbücher.

— — **in das Lohnzahlungsbuch** f. Lohnzahlungsbücher.

— — **in die Quittungskarte** f. Quittungskarte.

Urteil des Gewerbes und Kaufmannsgerichts. [§ 48 G. G. G.] Das Urteil ist in dem Termin, in welchem die Verhandlung geschlossen wird, zu verkündigen. Ist dies (z. B. wegen der Verwickeltheit des Falles) nicht ausführbar, so erfolgt die Verkündigung in einem sofort anzuberaumenden Termine, welcher nicht über drei Tage hinausgeschoben werden soll.

Die Wirksamkeit der Verkündigung des Urteils durch den Vorsitzenden ist von der Anwesenheit der Parteien und der Beisitzer nicht abhängig.

[§ 49 G. G. G.] Aus dem Urteil müssen ersichtlich sein:

1. die Mitglieder des Gerichts, welche bei der Entscheidung mitgewirkt haben;
2. die Parteien;
3. das Sach- und Streitverhältnis in gedrängter Darstellung nebst den wesentlichen Entscheidungsgründen;
4. der Spruch des Gerichts in der Hauptsache und in betreff der Kosten. Der Betrag der letzteren mit Einschluß einer der obliegenden Partei etwa zu gewährenden Entschädigung für Zeitversäumnis soll, soweit sie sofort zu ermitteln sind, im Urteil festgestellt werden.

Das Urteil ist von dem Vorsitzenden zu unterzeichnen.

Das Urteil kann nur von denjenigen Richtern gefällt werden, welche der dem Urteile zu Grunde liegenden Verhandlung beigewohnt haben.

Die Verkündigung des Urteils erfolgt durch Vorlesung der Urteilsformel. Der Gerichtsschreiber trägt die verkündeten und unterschriebenen Urteile in ein Verzeichnis ein. Dieses Verzeichnis wird auf die Dauer von mindestens einer Woche in der Gerichtsschreiberei ausgehängt.

Väterliche Zucht des Lehrherrn f. Pflichten des Lehrhings.

Ventilation. Eine der größten Schwierigkeiten, die die ordnungsmäßige Führung eines Gewerbebetriebes mit sich bringt, ist eine gute Lüftung der Arbeitsräume. Notwendig ist etwa eine stündlich dreimalige Erneuerung der Innenluft, welche Mindestforderung bei Erzeugung von Staub und schädlichen Gasen auf das Doppelte, also auf sechsfachen Luftwechsel pro Stunde zu steigern

ist. Es ist aber häufig sehr schwierig, ohne Zugbelästigung eine solche Wirkung zu erzielen. In der Regel werden gut angelegte Fenster, namentlich Klappfenster oder Oberlichter zur Ventilation ausreichen, in manchen Fällen, wo Staub, schädliche Gase, übermäßige Wärme entstehen, wird man zur künstlichen Ventilation vermittels Exhaustoren seine Zuflucht nehmen müssen, wobei dann besonders auf die Möglichkeit einer guten, zugfreien Zufuhr frischer Luft Rücksicht zu nehmen ist.

Verabfolgung von Waren statt Lohnes s. Lohnzahlung.

Verabredungen über die Verwendung des Lohnes s. Verträge über die Lohnzahlung.

Veränderungen des Betriebes in bezug auf die Unfallversicherung s. Betriebsveränderungen in bezug auf dieselbe.

- **im Dampfkesselbetrieb.** Von jeder längeren oder gänzlichen Außerbetriebsetzung von Kesseln ist Anzeige bei der Ortspolizeibehörde zu erstatten, ebenso bei beweglichen Kesseln vor der jedesmaligen Inbetriebsetzung am neuen Standort.
- **genehmigungspflichtiger Anlagen.** [§ 25 G. D.] Bei wesentlichen Änderungen (s. d.) in der Lage oder Beschaffenheit der Betriebsstätte oder im Betriebe bedarf es einer neuen Genehmigung, bei der in gleicher Weise wie bei Anträgen auf die Errichtung genehmigungspflichtiger Anlagen verfahren wird. Doch kann auf Antrag des Unternehmers die zuständige Behörde von der Bekanntmachung absehen, wenn sie die Überzeugung gewinnt, daß die beabsichtigten Veränderungen für die Besitzer und Bewohner benachbarter Grundstücke oder für das Publikum überhaupt neue oder größere Nachteile, Gefahren oder Belästigungen, als sie mit der vorhandenen Anlage verbunden sind, nicht herbeiführen wird.
- **der Pausen** s. Pausenveränderungen.
- **der Verhältnisse bei Unfallschädigungen.** [§ 88 G. U. V. G., § 94 L. U. V. G.] Tritt in den Verhältnissen, welche für die Feststellung der Entschädigung maßgebend gewesen sind, eine wesentliche Veränderung, sei es eine Besserung oder eine Verschlechterung des Zustandes des Verletzten ein, so kann eine anderweite Feststellung der Rente erfolgen und zwar unter folgenden Voraussetzungen:

Wenn nach Ansicht der Berufsgenossenschaft eine Besserung im Zustande eines Unfallrentners eintritt, so kann dieselbe ohne weiteres innerhalb der ersten 2 Jahre nach Feststellung der Rente diese herabsetzen oder aufheben. Von da ab darf sie es nur immer nach Ablauf eines vollen Jahres tun. Will sie es nach 5 Jahren, so muß sie die Entscheidung des Schiedsgerichts herbeiführen.

Das gleiche gilt bei einer zu beantragenden Erhöhung der Rente. In allen Fällen ist natürlich Berufung bezw. Rekurs zulässig.

[§ 89 G. U. V. G., § 95 L. U. V. G.] Eine Erhöhung der Rente kann nur für die Zeit nach Anmeldung des höheren Anspruchs gefordert werden. Eine Herabsetzung oder Aufhebung der Rente tritt mit Ablauf des Monats in Kraft, in dem der Änderungsbescheid zugestellt ist.

Der Antrag auf Rentenerhöhung ist an den Sektions- oder Genossenschaftsvorstand, bezw. an die Ausführungsbehörde zu richten. Er muß behaupten, daß und welche wesentliche Veränderung eingetreten ist. Zweckmäßig ist, ein ärztliches Attest oder die Bescheinigung einer Behörde oder glaubwürdigen Privatperson beizufügen.

Vor einer Herabsetzung oder Aufhebung der Rente ist dem Rentenempfänger unter Mitteilung derjenigen Unterlagen, auf Grund deren die Herabsetzung oder Aufhebung erfolgen soll, Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Als wesentliche Veränderung gelten:

erhebliche Besserung oder Verschlimmerung im Zustand des Verletzten, erneute Unfälle, Gewöhnung an den Gebrauch eines verletzten Gliedes, nicht dagegen Entwicklung von Krankheiten, die nicht ursächlich mit dem Unfall zusammenhängen, Zunahme oder Verminderung des Verdienstes usw.

Auch Wegfall oder Wiedereintritt der Bedürftigkeit von Hinterbliebenen begründet Aufhebung oder Wiedergewährung der Rente.

Bei Übergang vom jugendlichen in das erwachsene Alter findet keine „wesentliche Änderung“ statt. Die notwendige Umrechnung der Rente hat von Amts wegen zu erfolgen.

Veranlagung der Betriebe zur Unfallversicherung s. Gefahrenklassen bei der Unfallversicherung.

Verantwortlichkeit des Stellvertreters des Unternehmers s. Haftung deselben.

Verband der Gewerbegerichte. Derselbe besteht seit 1893 und ihm gehört die überwiegende Mehrzahl aller Gewerbegerichte an. Der Verband hat den Zweck, eine Verbindung zwischen den deutschen Gewerbegerichten herzustellen behufs Austausches gemachter Erfahrungen sowie zur gegenseitigen Bekanntgabe wichtiger Urteile, Gutachten, Anträge und zur Mitteilung von Geschäftsberichten, Statuten usw.

Die „Mitteilungen des Verbandes deutscher Gewerbegerichte“ erscheinen monatlich in der Zeitschrift „Das

Gewerbegericht“, Berlin, Reimer's Verlag. Mindestens alle 3 Jahre finden Versammlungen des Verbandes statt.

Verband mehrerer Krankenkassen f. Vereinigung derselben.

Verbot der Geschränkungen bei Zwangsinnungen. [§ 100q G. D.] Eine Zwangsinnung darf ihre Mitglieder in der Festsetzung der Preise ihrer Waren und Leistungen oder in der Annahme von Kunden nicht beschränken. Entgegenstehende Beschlüsse sind ungültig.

(f. dagegen Schleuderverbote.)

— der **Nachtarbeit** f. d.

— der **Sonntagsarbeit** f. Sonntagsruhe.

— des **Trucksystems** f. d.

— **vertragsmäßiger Geschränkungen bezüglich der Unfallversicherung.** [§ 141 G. U. B. G., § 152 U. U. B. G.] Den Berufsgenossenschaften, Betriebsunternehmern und deren Angestellten ist es untersagt, mittelst Arbeitsordnung oder anderer Verträge die Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes ganz oder teilweise auszuschließen oder die Arbeiter an der Ausübung eines auf dem Unfallversicherungsgesetz beruhenden Ehrenamtes zu beschränken. Verträge, welche diesem Verbot zuwiderlaufen, haben keine rechtliche Wirkung.

— der **Verwendung von Arbeitern unter 18 Jahren** f. Beschäftigung derselben.

Verbotene Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern. In folgenden Gewerben ist die Verwendung jugendlicher Arbeiter ganz oder teilweise verboten:

In Akkumulatorenfabriken, Bleifarben- und Bleizuckerfabriken, Zichorienfabriken, Glasbeizereien, Glashütten, Glasschleifereien, Gummwarenfabriken, Melasseentzuckerungsanstalten, Rohzuckerfabriken, Steinbrüchen, Steinhauereien, Thomaschlackenwerken, Ziegeleien, Zinkhütten, Zuckerraffinerien, Rohhaarspinnereien, Haar- und Borstenzurichtereien, Bürsten- und Pinselfabriken, Chromatfabriken, Walz- und Hammerwerken, Anlagen zur Bearbeitung von Faserstoffen, Tierhaaren, Abfällen oder Lumpen und Präservativfabriken.

Das nähere ist aus den für die Arbeitsräume vorgeschriebenen Aushängen, die käuflich zu haben sind, ersichtlich.

(f. auch jugendliche Arbeiter.)

— **Frauenarbeit.** In folgenden Gewerben ist die Beschäftigung von Frauen ganz oder teilweise verboten:

In Ziegeleien, Zichorienfabriken, Walz- und Hammerwerken, Gummiwarenfabriken, Bleifarben- und Bleizuckerfabriken, Akkumulatorenfabriken, Glashütten, Glasschleifereien, Glasbeizereien und Sandbläsereien, Rohzuckerfabriken, Zuckerraffinerien und Melasseentzuckerungsanstalten, Thomas-schlackenwerken, Steinhauereien und Steinbrüchen, Zinkhütten.

Näheres darüber ist aus den für solche Anlagen vorgeschriebenen und käuflich zu habenden Aushängen ersichtlich.

In Bergwerken, unterirdisch betriebenen Brüchen und Gruben ist die Verwendung von Arbeiterinnen unter Tage verboten.

(f. auch Arbeiterinnen.)

Verbotene Kinderarbeit. [§§ 4 und 12 R. S. G.] Die Beschäftigung eigener sowohl wie fremder Kinder (f. Kinder im Sinne des Kinderschutzgesetzes) ist verboten:

bei Bauten aller Art, im Betriebe derjenigen Ziegeleien und über Tage betriebenen Brüche und Gruben, die nicht schon den Fabriken gleichgestellte Anlagen sind (f. Fabrik im Sinne der Gewerbeordnung), beim Steinklopfen, im Schornsteinfegergewerbe, in dem mit dem Speditionsgewerbe verbundenen Fuhrwerksbetriebe, beim Mischen und Mahlen von Farben, beim Arbeiten in Kellereien, endlich in folgenden Werkstätten (f. auch Werkstätte im Sinne des Kinderschutzgesetzes):

Werkstätten zur Anfertigung von Schieferwaren, Schiefertafeln und Griffeln, mit Ausnahme von Werkstätten, in denen lediglich das Färben, Bemalen und Bekleben sowie die Verpackung von Griffeln und das Färben, Linieren und Einrahmen von Schiefertafeln erfolgt;

Werkstätten der Steinmeßen, Steinhauer;

Werkstätten der Steinbohrer, Steinschleifer oder Steinpollerer;

Kalkbrennereien, Gipsbrennereien;

Werkstätten der Töpfer;

Werkstätten der Glasbläser, Glasäßer, Glasschleifer oder Glasmattierer, mit Ausnahme der Werkstätten der Glasbläser, in denen ausschließlich vor der Lampe geblasen wird;

Spiegelbelegereien;

Werkstätten, in denen Gegenstände auf galvanischem Wege durch Vergolden, Versilbern, Vernickeln und dergleichen mit Metallüberzügen versehen werden oder in denen Gegenstände auf galvanoplastischem Wege hergestellt werden;

Werkstätten, in denen Blei- und Zinnspielwaren behandelt werden;

Blei-, Zink-, Rot- und Gelbgießereien und sonstige Metallgießereien;

Werkstätten der Gütler und Bronzeure;

Werkstätten, in denen Blei, Kupfer, Zink oder Legierungen dieser Metalle bearbeitet oder verarbeitet werden;

Metallschleifereien und Metallpolierereien;

Feilenhauereien;

Harnischmachereien, Bleianknüpfereien;

Werkstätten, in denen Quecksilber verwandt wird;

Werkstätten zur Herstellung von Explosivstoffen, Feuerwerkskörpern, Zündhölzern und sonstigen Zündwaren;

Abdeckereien;

Werkstätten, in denen Gespinste, Gewebe und dergleichen mittelst chemischer Agentien gebleicht werden;

Färbereien;

Lumpensortierereien;

Felleinsalgereien, Gerbereien;

Werkstätten zur Verfertigung von Gummiwaren, Guttapercha- und Kautschukwaren;

Werkstätten zur Verfertigung von Polsterwaren;

Rohhaarspinnereien;

Werkstätten der Perlmutterverarbeitung;

Haar- und Borstenzurichtereien. Bürsten- und Pinselmachereien, sofern mit ausländischen tierischen Materialien gearbeitet wird;

Fleischereien;

Hasenhaarschneidereien;

Bettfedernreinigungsanstalten;

chemische Waschanstalten;

Werkstätten der Maler und Anstreicher.

Das Austragen von Waren und sonstige Botengänge sind jedoch im Betriebe dieser Werkstätten erlaubt.

Verboten ist weiter ausdrücklich die Beschäftigung eigener Kinder in Motorwerkstätten (s. d.); die der fremden ist schon nach der Gewerbeordnung verboten.

[§ 14 R. G. G.] Der Bundesrat ist jedoch ermächtigt, zeitweise oder dauernd Ausnahmen für die Beschäftigung eigener Kinder in Motorwerkstätten zuzulassen unter der Bedingung, daß die Kinder nicht an den durch Triebkraft bewegten Maschinen beschäftigt werden dürfen.

[§§ 6 und 15 R. G. G.] Bei öffentlichen theatralischen Vorstellungen und anderen öffentlichen Schaustellungen dürfen Kinder nicht beschäftigt werden.

Bei solchen Vorstellungen und Schaustellungen, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwaltet, kann die untere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Schulaufsichtsbehörde Ausnahmen zulassen.

Wegen Übertretungen der Verbote s. Strafbestimmungen des Kinderschutzgesetzes.

Wegen Einschränkungen der an sich erlaubten Beschäftigung von Kindern s. Kinderarbeit.

Vereidigung der Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften s. Überwachung der Betriebe.

— **der Mitglieder des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts.** [§ 22 G. G.] Der Vorsitzende des Gewerbegerichts (Kaufmannsgerichts) und dessen Stellvertreter sind vor ihrem Amtsantritt durch den von der höheren Verwaltungsbehörde beauftragten Beamten, die Beisitzer vor der ersten Dienstleistung durch den Vorsitzenden auf die Erfüllung der Obliegenheiten des ihnen übertragenen Amtes eidlich zu verpflichten.

Der Vorsitzende sowohl wie die Beisitzer des Gewerbegerichts (Kaufmannsgerichts) haben als solche Beamteneigenschaft; sie unterstehen daher auch als rechtspredende Behörden strenger Strafe bei absichtlicher, gewinnsüchtiger Rechtsbeugung.

Bei Mitgliedern, die bereits früher, sei es als Staatsdiener, sei es als Gewerbegerichts-(Kaufmannsgerichts-)mitglieder vereidigt worden sind, genügt der Hinweis auf die frühere Vereidigung, im übrigen lauten die Worte, die der Vereidigende an die Mitglieder richtet:

„Sie schwören bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, die Pflichten eines Vorsitzenden oder Beisitzers des Gewerbegerichts (Kaufmannsgerichts) getreulich zu erfüllen und Ihre Stimme nach bestem Wissen und Gewissen abzugeben.“

worauf der Schwurpflichtige den Eid mit den Worten leistet:

„Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“

Aber die Vereidigung ist ein Protokoll aufzunehmen.

— **der Zeugen und Sachverständigen vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht s. Zeugen und Sachverständige vor denselben.**

Vereinbarung vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts s. Verfahren vor demselben.

Vereinfachte Zustellung des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts s. Zustellungen derselben.

Vereinigung mehrerer Krankenkassen. [§ 46 R. V. G.] Sämtliche oder mehrere Krankenkassen eines Aufsichtsbezirks können sich zu einem Verbands vereinigen mit dem Zwecke:

1. gemeinsame Rechnungs- und Kassensführer oder andere Beamte anzustellen;
2. gemeinsame Verträge mit Ärzten, Apotheken, Krankenhäusern u. zu schließen;
3. gemeinsame Krankenanstalten und Rekonvaleszentenhäuser zu errichten und zu betreiben u.

Verfahren vor dem Berggewerbegericht s. d.

— **vor dem Einigungsamt des Berggewerbegerichts.** [§ 66 G. G. G.] Der Vorsitzende ist befugt, zur Einleitung der Verhandlung und in deren Verlauf an den Streitigkeiten beteiligte Personen vorzuladen und zu vernehmen. Es kann hierbei, wenn das Einigungsamt von einer oder beiden Seiten angerufen worden ist, für den Fall des Nichterscheinens eine Geldstrafe bis zu 100 Mark androhen. Gegen die Festsetzung der Strafe findet Beschwerde ohne Fristfestsetzung an das Landgericht statt. Eine Vertretung beteiligter Personen durch deren allgemeine Stellvertreter, Prokuristen oder Betriebsleiter ist zulässig.

[§ 68 G. G. G.] Das Einigungsamt hat durch Vernehmung der Vertreter beider Teile die Streitpunkte und die für die Beurteilung derselben in Betracht kommenden Verhältnisse festzustellen.

Das Einigungsamt oder, wenn es nur von einer Seite angerufen wurde, der Vorsitzende des Berggewerbegerichts ist befugt, zur Aufklärung der in Betracht kommenden Verhältnisse Auskunftspersonen vorzuladen und zu vernehmen.

Jedem Beisitzer und Vertrauensmanne steht das Recht zu, durch den Vorsitzenden Fragen an die Vertreter und Auskunftspersonen zu richten.

[§ 69 G. G. G.] Nach erfolgter Klarstellung der Verhältnisse, ist in gemeinsamer Verhandlung jedem Teile Gelegenheit zu geben, sich über die vorliegenden Aussagen der Auskunftspersonen zu äußern. Demnächst findet ein Einigungsversuch zwischen den streitenden Teilen statt.

[§ 70 G. G. G.] Kommt eine Vereinigung zustande, so ist der Inhalt derselben durch eine von sämtlichen Mitgliedern des Einigungsamtes und von den Vertretern beider Teile zu unterzeichnende Bekanntmachung zu veröffentlichen.

[§ 71 G. G. G.] Kommt eine Vereinigung nicht zustande, so hat das Einigungsamt einen Schiedsspruch abzugeben, welcher sich auf alle zwischen den Parteien streitigen Punkte zu erstrecken hat.

Die Beschlußfassung über den Schiedsspruch erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit. Stehen bei der Beschlußfassung über den Schiedsspruch die Stimmen sämtlicher für die Arbeitgeber zugezogenen Vertrauensmänner denjenigen sämtlicher für die Arbeiter zugezogenen gegenüber, so kann der Vorsitzende sich seiner Stimme enthalten und feststellen, daß ein Schiedsspruch nicht zustande gekommen ist.

[§ 72 G. G. G.] Ist ein Schiedsspruch zustande gekommen, so ist derselbe den Vertretern beider Teile mit der Aufforderung zu eröffnen, sich binnen einer zu bestimmenden Frist darüber zu erklären, ob sie sich dem Schiedsspruch unterwerfen. Die Nichtabgabe der Erklärung binnen der bestimmten Frist gilt als Ablehnung der Unterwerfung.

Nach Ablauf der Frist hat das Einigungsamt eine von sämtlichen Mitgliedern desselben unterzeichnete öffentliche Bekanntmachung zu erlassen, welche den abgegebenen Schiedsspruch und die darauf abgegebenen Erklärungen der Parteien enthält.

[§ 73 G. G. G.] Ist weder eine Vereinbarung noch ein Schiedsspruch zustande gekommen, so ist dies von dem Vorsitzenden des Einigungsamtes öffentlich bekannt zu machen.

Das nähere über die Verhandlungen des Einigungsamtes wird durch das Statut bestimmt. Sie brauchen nicht öffentlich stattzufinden.

Das Einigungsamt kann weder eine vor ihm getroffene Vereinbarung (Tarif zc.) noch einen Schiedsspruch durch äußere Zwangsmittel, wie einen Richterpruch, den Beteiligten aufzwingen und ihnen gegenüber vollstrecken lassen. Gleichwohl wird das moralische Gewicht des öffentlichen Schiedsspruchs bei der großen Bedeutung der öffentlichen Meinung für den Ausgang der in Frage kommenden Streitigkeiten von nicht geringer Wirkung sein und in der Regel eine Erfüllung der Vereinbarungen durch die Parteien bewirken.

Verfahren zur Feststellung der Invaliden- oder Altersrente s. Feststellung derselben.

- vor dem Gemeindevorsteher nach dem Gewerbes- und Kaufmannsgerichtsgesetz. [§ 76 G. G. G., § 19 K. G. G.] Ist ein zuständiges Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) nicht vorhanden, so kann bei Streitigkeiten über den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeits- (Dienst- oder Lehr-) verhältnisses, die Aushändigung oder den Inhalt des Zeugnisses, die Berechnung und Anrechnung der zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge und Eintrittsgelder jede Partei die vorläufige Entscheidung durch den Vorsteher der Gemeinde (Bürgermeister, Schultheiß, Ortsvorsteher usw.) nachsuchen. Zuständig ist der Vorsteher der

Gemeinde, in deren Bezirk die streitige Verpflichtung aus dem Arbeits- (Dienst- oder Lehr-) verhältnis zu erfüllen ist oder sich die gewerbliche (Handels-) Niederlassung des Arbeitsgebers (Kaufmanns) befindet oder beide Parteien ihren Wohnsitz haben.

Es soll damit die Möglichkeit gegeben werden, überall, auch da, wo kein Gewerbe- oder Kaufmannsgericht sich befindet, Streitigkeiten genannter Art in einem schnellen, billigen und formlosen Verfahren zum gütlichen Austrag oder zur Entscheidung zu bringen.

[§§ 79 u. 80 G. G. G.] Der Gemeindevorsteher kann die betreffenden Geschäfte mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde auch einem aus der Gemeindevertretung auf mindestens ein Jahr berufenen Vertreter übertragen. Ebenso kann durch Anordnung der Landeszentralbehörde ein zur Vornahme von Sühneverhandlungen staatlich bestelltes Organ (also z. B. ein Schiedsmann) an Stelle des Gemeindevorstehers beauftragt werden. Aber das Verfahren, Form der Anträge usw. sind keine Vorschriften gegeben.

[§ 76 Abs. 2 G. G. G.] Den Parteien ist Gelegenheit zu geben, ihre Ausführungen und Beweismittel in einem Termine vorzubringen. Eine Beweisaufnahme durch Ersuchen anderer Behörden findet nicht statt, ebensowenig eine Verteidigung.

Kommt ein Vergleich zustande, so ist ein Protokoll darüber aufzunehmen und von den Parteien und dem Gemeindevorsteher zu unterschreiben.

[§ 77 G. G. G.] Ergeht eine Entscheidung, so ist sie schriftlich abzufassen; über ihre Form ist nichts bestimmt, sie braucht keinen Tatbestand zu enthalten, auch nicht mit Gründen versehen zu sein.

Die Entscheidung ist eine vorläufige, sie geht nach Ablauf von 10 Tagen in Rechtskraft über. Die Parteien können innerhalb dieser Frist von der Verkündung oder, wenn diese in Abwesenheit einer Partei erfolgt ist, von der Behändigung der Entscheidung ab Klage bei dem ordentlichen Gericht erheben.

Die Entscheidungen des Gemeindevorstehers sind von Amts wegen (also ohne Antrag) für vorläufig vollstreckbar zu erklären. Die vorläufige Vollstreckbarkeit ist nicht auszusprechen, wenn glaubhaft gemacht wird, daß die Vollstreckung dem Schuldner einen nicht zu ersehenden Nachteil bringen würde, auch kann sie von einer vorläufigen Sicherheitsleistung abhängig gemacht werden. Wird gegen die Entscheidung Klage erhoben, so kann die Einstellung der Vollstreckung auch mit oder ohne Sicherheitsleistung von dem ordentlichen Gericht angeordnet werden.

[§ 78 G. G. G.] Die Vollstreckung der vor dem Gemeindevorsteher geschlossenen Vergleiche sowie seiner rechtskräftigen

oder vollstreckbaren Entscheidungen findet nach Antrag der Parteien auf Ersuchen des Gemeindevorstehers durch die Ortspolizeibehörde statt. Ein unmittelbarer Zwang zur Vornahme einer Handlung ist nur als Zwang gegen einen Lehrling zur Rückkehr in die Lehre zulässig. Durch Geldstrafen können Leistungen nicht erzwungen werden.

Verfahren vor dem Gewerbegericht. [§ 26 G. G. G.] Auf das Verfahren vor dem Gewerbegericht (ebenso vor dem Kaufmannsgericht) finden im allgemeinen mit den nachher zu erwähnenden Ausnahmen die für das amtsgerichtliche Verfahren geltenden Vorschriften der Zivilprozeßordnung entsprechende Anwendung. Auf das amtsgerichtliche Verfahren selbst kann hier nicht eingegangen werden, die Abweichungen aber, die den Zweck haben, das Verfahren vor dem Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) möglichst einfach, rasch und billig zu gestalten, sind nachstehend angeführt. Die wichtigste ist der streng durchgeführte Grundsatz, daß der Rechtsstreit nicht von den Parteien selbst, sondern vom Gericht betrieben wird. Daher werden die nötigen Termine von Amts wegen angelegt, desgl. erfolgen die Ladungen und Zustellungen fast immer von Amts wegen. Die Parteien haben sich daher nach Anbringung der Klage, nach Erledigung eines Zwischenstreits, überhaupt in allen Fällen, wo es zur weiteren Verhandlung eines neuen Termines bedarf, um nichts zu kümmern, weil das Gericht für den Fortgang der Sache selbst mit möglichster Beschleunigung zu sorgen hat. Nur, wenn durch Vereinbarung der Parteien oder beiderseitiges Nichterscheinen derselben oder ähnliche Gründe das Verfahren ruht oder ausgesetzt ist, bedarf es zur Aufnahme des Verfahrens des Antrags der Parteien, um das Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) zur Ladung des Gegners zu veranlassen.

Während beim gewöhnlichen Verfahren in der Regel zunächst ein vorläufiges Mahnverfahren stattfindet, in dem ein Zahlungsbefehl beantragt wird, wird beim Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) sofort zur Klage geschritten.

Wegen der Klage und ihrer Gültigkeit s. Klage beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht.

Der Gerichtsschreiber legt hierauf die Klageschrift sofort dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts (Kaufmannsgerichts) vor, der ohne in eine sachliche Prüfung des Anspruchs zu treten, binnen 24 Stunden den Verhandlungstermin (s. d.) bestimmt. Der Gerichtsschreiber fertigt sodann ein Ladungsschreiben aus, das er unterschreibt, mit dem Gerichtssiegel versehen und mit der Klageschrift oder einer beglaubigten Abschrift dem Beklagten stellt. Wegen der Zustellung s. d.

Erst mit der Zustellung der Klage an den Beklagten gilt die Klage als erhoben. Bei Zustellungen, durch die eine Frist (also z. B. Verjährung oder Berufung) gewahrt werden soll, tritt diese Wirkung jedoch schon mit der Einreichung der Klage oder ihrer Protokollierung ein.

Auch ohne vorherige Klageeinreichung und Ladung kann der Anspruch an jedem ordentlichen Gerichtstage geltend gemacht werden, wenn beide Parteien zur Verhandlung erscheinen. In solchem Falle gilt die Klage als mit dem mündlichen Vortrage erhoben.

Ebenso kann derjenige, der eine Klage zu erheben beabsichtigt, den Gegner unter Angabe seines Anspruchs zum Zweck eines Sühneversuches (s. d.) laden lassen. Kommt ein Vergleich zustande, so muß derselbe protokolliert werden. Andernfalls wird auf Antrag beider Parteien sofort verhandelt; die Erhebung der Klage erfolgt dann durch mündlichen Vortrag. Wegen der Öffentlichkeit des Verfahrens s. d.

Die Gerichtssprache ist ausschließlich die deutsche.

Im allgemeinen findet die Verhandlung des Gerichts in kollegialer Besetzung statt und zwar derart, daß mindestens 2 Beisitzer zugegen sein müssen.

In der Regel sind mehr Beisitzer gegenwärtig. In dem ersten, auf die Klage hin angesetzten Termin kann jedoch die Zuziehung von Beisitzern unterbleiben und der Vorsitzende allein, aber nur auf Antrag beider Parteien oder bei einem Versäumnis- und Anerkenntnisurteil (s. d.) entscheiden (s. Entscheidungen durch den Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts). Andernfalls hat der Vorsitzende einen neuen Verhandlungstermin unter Zuziehung der Beisitzer anzuberaumen, zu dem die anwesenden Parteien keine besondere Ladung mehr erhalten.

Die Leitung der Verhandlung gebührt auch bei Zuziehung der Beisitzer dem Vorsitzenden. Den Beisitzern muß jedoch auf Verlangen gestattet werden, Fragen zu stellen. Dem Vorsitzenden liegt weiter auch die Aufrechterhaltung (s. d.) der Ordnung in der Sitzung ob.

Wegen Nichterscheinens einer oder beider Parteien vor dem Gericht s. Versäumnisurteil des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts.

Erscheinen beide Teile im Termine, so findet, wenn nicht gleich die Zurücknahme (s. d.) der Klage, ein Verzicht (s. d.) des Klägers oder ein Anerkenntnisurteil (s. d.) erfolgt, zunächst ein Sühneversuch (s. d.) statt. Kommt ein Vergleich (s. d.) nicht zustande, so ist über den Rechtsstreit zu verhandeln.

Näheres s. unter Verhandlung vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Wie im gewöhnlichen Prozeß, so müssen die Parteien für ihre strittigen Behauptungen von einiger Erheblich-

keit den Beweis antreten. §. Beweisaufnahme, Zeugen, Sachverständige und Eide vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht.

Verfahren vor dem Innungsschiedsgericht §. d.

- vor dem Kaufmannsgericht. [§ 16 R. G. G.] Auf das Verfahren vor dem Kaufmannsgericht finden die Vorschriften des Verfahrens vor dem Gewerbegericht entsprechende Anwendung (s. daher d.).

Ein Unterschied besteht nur darin, daß die Berufung gegen die Urteile des Kaufmannsgerichts nur zulässig ist, wenn der Wert des Streitgegenstandes den Betrag von 300 M. übersteigt, während bei den Gewerbegerichten die Berufungsmöglichkeit schon bei 100 M. beginnt.

- vor dem Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts allein §. Entscheidungen durch denselben.

Verfall des Arbeitslohnes §. Verwirkung desselben.

Verfügungen §. polizeiliche Verfügungen.

Vergehen. Bei Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung kommen in Betracht: Vergehen und Übertretung. Ersteres ist die schwerere Form und die Bestrafung desselben fällt meist den Strafkammern der Landgerichte, zum Teil auch den Schöffengerichten anheim, bei letzterer werden als der leichteren Form die Strafen nur durch die Polizeibehörde verhängt. Der Unterschied liegt einmal im Strafmaß, dann aber in der Strafart. Eine Übertretung wird mit Geldstrafe bis zu 150 M. bzw. mit Haft bedroht, ein Vergehen mit Geldstrafe bis über 150 M. hinaus bzw. mit Gefängnis. Manche Vergehen gegen Bestimmungen der Gewerbeordnung sind jedoch nur mit Haft bedroht, letztgenannte Vergehen (§§ 146 a u. 147 G. D.) sowie die Übertretungen verjähren nach 3 Monaten, die übrigen Vergehen in der Regel nach 3 Jahren.

(s. auch Strafbestimmungen der Gewerbeordnung.)

Vergleich vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht. [§ 41 Abs. 2 G. G. G.] Der Inhalt eines vor dem Gericht abgeschlossenen Vergleichs ist durch Aufnahme in das Protokoll festzustellen. Die Feststellung ist den Parteien vorzulesen. In dem Protokoll ist zu bemerken, daß die Vorlesung stattgefunden hat und daß die Genehmigung erfolgt ist, oder welche Einwendungen erhoben sind.

Vergleichskammern §. Königliche Gewerbegerichte.

Vergrößerung von genehmigungspflichtigen Anlagen §. wesentliche Änderungen bei denselben.

Vergütung f. Dienstvertrag.

- der **Beisitzer des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts** f. Entschädigung derselben.
- der **Mitglieder des Innungsschiedsgerichts** f. d.

Verhältnis des Gewerbegerichts zum Kaufmannsgericht f. Überweisung von Klagen vor dem Kaufmannsgericht an das Gewerbegericht und gemeinsame Einrichtungen derselben.

- **zwischen Gewerbeordnung und Handelsgesetzbuch.** Der Handel fällt als solcher unter die Gewerbeordnung, hat aber als sein Spezialgesetz noch das Handelsgesetzbuch.

Insbondere regelt das Handelsgesetzbuch auch das Verhältnis zwischen Prinzipalen und Gehülfeu bzw. Lehrlingen; für diese gelten von den Vorschriften der Gewerbeordnung nur die Bestimmungen über die Sonntagsruhe, über die Verhältnisse in offenen Verkaufsstellen und über die Fortbildungsschulen, endlich über die Koalitionsfreiheit.

- **zwischen Invaliden- und Unfallrente.** Wenn die Invalidität durch einen Betriebsunfall herbeigeführt ist, so treten folgende Bestimmungen in Kraft:

Ist die Invalidenrente höher als die Unfallrente, so wird aus der Invalidenversicherung nur der Unterschied gezahlt.

Wenn die Invalidenrente gleich hoch oder niedriger ist wie die Unfallrente, so hat der Versicherte nur Anspruch auf Beitragserstattung (f. d.).

- **der Kranken- und Invalidenversicherung zu anderen Ansprüchen.** [§ 57 R. V. G., §§ 49—54 I. V. G.] Die auf gesetzlicher Vorschrift beruhende Verpflichtung von Gemeinden und Armenverbänden zur Unterstützung hilfsbedürftiger Personen sowie die auf Gesetz, Vertrag oder letztwilliger Anordnung beruhenden Ansprüche der gegen Krankheit oder Invalidität Versicherten gegen Dritte (Alimentationsansprüche, Schadenersatzansprüche usw.) werden durch das Kranken- und Invalidenversicherungsgesetz nicht berührt. Den Gemeinden und Armenverbänden (unter Umständen auch den Betriebsunternehmern) ist indessen ein Ersatzanspruch an die Krankenkasse, die Gemeindekrankenkassen oder die Versicherungsanstalten in Höhe der Hälfte der gesetzlichen Mindestleistung eingeräumt.

Andererseits steht auch den Krankenkassen (ebenso der Gemeindekrankenversicherung) und den Versicherungsanstalten ein Ersatzanspruch in der Höhe der geleisteten Unterstützung zu, wenn der von ihnen unterstützte Versicherte einen gesetzlichen Entschädigungsanspruch gegen Dritte hat (z. B. Schadenersatzansprüche wegen schuldhafter Körperverletzung).

Verhältnis zwischen ordentlichen Gerichten und Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. [§ 28 G. G. G.] Hat ein ordentliches Gericht sich für sachlich unzuständig und das Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) für zuständig erklärt, so darf das Gewerbegericht (Kaufmannsgericht), das später mit der Sache befaßt wird, sich nicht für sachlich unzuständig erklären, und ebenso umgekehrt. Eine solche Entscheidung des ordentlichen Gerichts ist auch in bezug auf die Erklärung der örtlichen Zuständigkeit des Gewerbegerichts (Kaufmannsgerichts) für das letztere bindend.

[§ 61 G. G. G.] Die ordentlichen Gerichte haben den Gewerbegerichten (Kaufmannsgerichten) nach Maßgabe des Gerichtsverfassungsgesetzes Rechtshilfe zu leisten.

- **der Unfallversicherung zu Krankenkassen, Armenverbänden usw.** [§§ 25, 26 u. 27 G. U. V. G., §§ 30, 31 u. 32 L. U. V. G.] Die Verpflichtung der eingeschriebenen Hilfskassen sowie der sonstigen Kranken-, Sterbe-, Invaliden- und Unterstützungskassen, den bei ihnen Versicherten nebst deren Angehörigen und Hinterbliebenen Unterstützungen zu gewähren, sowie die der Gemeinden oder Armenverbände zur Unterstützung hilfssbedürftiger Personen wird durch das Unfallversicherungsgesetz nicht berührt. Doch haben diese Kassen usw. einen Ersatzanspruch für den Zeitraum der geleisteten Unterstützungen, für welchen den Unterstützten ein Unfallentschädigungsanspruch zustand, für den die Berufsgenossenschaft haftet. Auf sie geht bis zum Betrage der anlässlich des Unfalls geleisteten Unterstützung die Unfallrente über, jedoch darf nicht mehr als die Hälfte der Rente, bei vorübergehenden Unterstützungen nicht mehr als die Hälfte von 3 Monatsbeträgen, überwiesen werden, selbst wenn mehrere Kassen usw. Ersatzansprüche erheben und diese zusammen die Hälfte der Rente übersteigen.

Wegen Ersatzansprüchen der Krankenkassen auf Sterbegeld f. Sterbegeld bei der Unfallversicherung.

Über Kosten des Heilverfahrens f. Unfallversicherung.

Verhältnisswahl zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Das Verfahren der Verhältnisswahl, das durch § 15 des Gewerbegerichtsgesetzes nur in seiner Anwendung freigestellt war, ist durch das Gesetz über die Kaufmannsgerichte (§ 12) für diese obligatorisch geworden.

Der Zweck des Verfahrens ist, daß auch Minderheiten zur Geltung kommen, es können danach auch Personen gewählt werden, die nicht die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Aus den von den Parteien aufgestellten Kandidatenlisten wird ein den im Verhältnis zur Gesamtzahl der für die einzelnen Parteien usw. abgegebenen Stimmen ent-

sprechender Teil derselben als gewählt entnommen. Durch Statut kann die Stimmenabgabe auf solche Kandidaten- oder Vorschlagslisten beschränkt werden, die bis zu einem gewissen Termin vor der Wahl eingereicht sind.

Verhängung von Geldstrafen für Arbeiter f. Strafgeleider.

— **der Sperre** f. Bosphott.

Verhandlung vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts f. Verfahren vor demselben.

— **bei Genehmigungsgesuchen** f. genehmigungspflichtige Anlagen.

— **vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht.** [§ 42 G. G. G.] Bei der Verhandlung des Rechtsstreits, die nach erfolglosem Sühneversuch erfolgt, liegt dem Vorsitzenden die Leitung ob. Derselbe hat dahin zu wirken, daß die Parteien über alle erheblichen Tatsachen sich vollständig erklären, die Beweismittel für ihre Behauptungen bezeichnen und die sachdienlichen Anträge stellen.

Wegen Unordnung des persönlichen Erscheinens der Parteien f. d.

Wird die Fortsetzung der Verhandlung in einem weiteren Termin notwendig, insbesondere weil eine erforderliche Beweis- aufnahme nicht sofort bewirkt werden kann, so ist der weitere Termin alsbald zu verkünden. Der zur Beweis- aufnahme vor dem Gericht anberaumte Termin ist zugleich zur Fortsetzung der Verhandlung bestimmt.

Erscheinen in dem zur Fortsetzung der Verhandlung bestimmten Termine die Parteien oder eine derselben nicht, so findet, auch wenn eine Beweis- aufnahme vorausgegangen war, das Ver- säumnisverfahren Anwendung (f. Versäumnisurteil des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts).

[§ 47 G. G. G.] Über die Verhandlung vor dem Gewerbe- gericht (Kaufmannsgericht) ist ein Protokoll aufzunehmen. Das- selbe ist von dem Vorsitzenden und dem Gerichtsschreiber zu unterzeichnen.

(f. auch Verfahren vor dem Gewerbegericht.)

Verhandlungsprotokoll des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts f. Ver- handlung vor demselben.

Verhandlungstermin des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts. [§ 35 G. G. G.] Die zur Erledigung des Rechtsstreits erforderlichen Verhandlungstermine werden vom Vorsitzenden von Amts- wegen angesetzt. Nach Ansetzung des Termins ist die Ladung der Parteien durch den Gerichtsschreiber zu veranlassen. Ladungen durch die Parteien finden in der Regel nicht statt. Die Zustellung (f. d.) der Ladung muß spätestens am Tage vor dem Termin erfolgen.

Die Zustellung an eine Person ist nicht erforderlich, wenn der Termin in Anwesenheit derselben verkündet oder ihr bei Einreichung oder Anbringung der Klage oder des Antrags, auf Grund dessen die Terminbestimmung stattfindet, mitgeteilt worden ist. Die erfolgte Mitteilung ist zu den Akten zu vermerken.

Verheirathung in bezug auf die Invalidenversicherung s. Rückerstattung von Beiträgen zur Invalidenversicherung.

Verjährung des Anspruchs auf Beiträge zur Krankenversicherung s. Beiträge zu den Zwangskrankenkassen.

— der Entschädigungsansprüche an die Unfallversicherung. [§ 72 G. U. B. G., § 78 L. U. B. G.] Entschädigungsberechtigte, für welche die Entschädigung nicht von Amtswegen festgestellt ist, haben ihren Anspruch vor Ablauf von 2 Jahren nach dem Unfall bei der zuständigen Berufsgenossenschaft anzumelden. Die Frist gilt auch dann als gewahrt, wenn die Anmeldung bei einer anderen Berufsgenossenschaft oder bei der unteren Verwaltungsbehörde erfolgt ist. In solchem Falle ist die Anzeige unverzüglich an die zuständige Stelle abzugeben und der Beteiligte davon zu benachrichtigen.

Nach Ablauf obiger Frist ist der Anmeldung nur dann Folge zu geben, wenn glaubhaft bescheinigt wird, daß die Folgen des Unfalls sich erst später bemerkbar gemacht haben, oder daß der Entschädigungsberechtigte durch außerhalb seines Willens liegende Verhältnisse an der Verfolgung seines Anspruches gehindert ist. Die Anmeldung muß dann binnen drei Monaten, nachdem die Unfallfolge bemerkt oder das Hindernis entfernt ist, erfolgen.

[§ 92 G. U. B. G., § 98 L. U. B. G.] Wenn ein Verletzter in Folge des Unfalls, für welchen eine Entschädigung festgestellt war, gestorben ist, so muß der Anspruch auf Entschädigung für die Hinterbliebenen spätestens vor Ablauf von 2 Jahren nach dem Tode bei der zuständigen Berufsgenossenschaft oder der unteren Verwaltungsbehörde angemeldet werden. Nach Ablauf dieser Frist ist der Anmeldung nur Folge zu geben, wenn glaubhaft nachgewiesen werden kann, daß der Entschädigungsberechtigte durch außerhalb seines Willens liegende Verhältnisse von der Verfolgung seiner Ansprüche abgehalten worden ist.

— der Genehmigung von Dampfkesseln s. Erlöschen der Genehmigung derselben.

— der Genehmigung von genehmigungspflichtigen Anlagen s. Erlöschen derselben.

— bei der Invalidenversicherung. [§ 41 Abs. 3 I. B. G.] Der Anspruch auf Bewilligung einer Rente unterliegt nur insoweit der

Verjährung, als für Zeiten, die bei Eingang des Antrags auf Rentenbewilligung länger als 1 Jahr zurückliegen, die Rente nicht gewährt wird.

[§§ 42–44 I. V. G.] Der Anspruch auf Erstattung von Beiträgen muß bei Vermeidung des Ausschlusses geltend gemacht werden: vor Ablauf eines Jahres nach dem Tage der Verheiratung bezw. des Todes des Versicherten, vor Ablauf von 2 Jahren nach dem Unfall.

Verjährung bei der Krankenversicherung. [§ 56 R. V. G.] Die Unterstützungsansprüche verjähren in 2 Jahren vom Tage der Entstehung ab.

[§ 55 R. V. G.] Der Anspruch auf Eintrittsgelder und Beiträge verjährt ein Jahr nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem er entstanden ist.

— von Vergehen und Übertretungen f. Vergehen.

Verkaufsstellen von Marken f. Invalidenmarken.

Verkleinerung der Invaliden- und Altersrente f. Entziehung derselben.

Verkündigung des Urteils vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Urteil derselben.

Verkürzung der Pausen f. Pausenveränderungen.

Verlängerung der Arbeitszeit f. Überarbeit von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern und Änderungen der Arbeitszeit.

— der Mittagspause f. Pausenänderungen.

— der Probezeit bei Lehrlingen f. Probezeit derselben.

Verlassen der Arbeit ohne Kündigung f. Austritt aus derselben.

— der Lehre seitens des Lehrlings f. Austritt des Lehrlings und Zwangsmaßnahmen gegen denselben.

Verlegung geräuschvoller Anlagen f. Anlagen mit ungewöhnlichem Geräusch.

— des Wohnsitzes bei Rentenempfängern f. Auszahlung der Invaliden- und Altersrente und der Unfallentschädigungen.

Verleißung der Befugnis zum Halten von Lehrlingen f. Befugnis zu derselben.

Verleitung zum Kontraktbruch f. d.

Verlorene Quittungskarte f. d.

Verlust der Ansprüche an die Unfallversicherung f. Unfallversicherung.

— des Arbeitsbuches f. d.

— der bürgerlichen Ehrenrechte. Derselbe kann nach dem Strafgesetzbuch nur für eine bestimmte Dauer ausgesprochen werden.

— der Invalidenrente f. Invalidenrente.

Vernehmung vor dem Einigungsamt f. Verfahren vor demselben.

Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Zeugen und Sachverständige vor denselben.

Vernichtung der Quittungskarten f. Sammelkarten bei der Invalidenversicherung.

Veröffentlichung der Polizeiverordnungen f. d.

— des **Schiedspruchs des Einigungsamtes des Gewerbegerichts** f. Verfahren vor demselben.

Verpfändung des Arbeitslohnes f. Beschlagnahme desselben.

— der **Unfall-, Invaliden- und Altersrente** f. Pfändung derselben.

— der **Unterstützungsansprüche an die Krankenversicherung**. [§ 56 R. V. G.] Unterstützungsansprüche können mit geringen Ausnahmen weder verpfändet noch übertragen werden.

Verpflichtung zur Anrufung des Einigungsamtes f. Einigungsamt.

— der **Arbeitgeber zur An- und Abmeldung zur Krankenversicherung** f. An- und Abmeldung zu derselben.

— der **Arbeitgeber zur Einzahlung der Beiträge und Eintrittsgelder zur Krankenversicherung** f. Beiträge und Eintrittsgelder zu derselben.

— zum **Gesuch einer Fortbildungsschule** f. Besuchspflicht derselben.

— zur **Gründung einer Betriebskrankenkasse** f. Betriebskrankenkassen.

— zur **Sonntagsarbeit** f. Sonntagsruhe im Gewerbe.

— zur **Teilnahme an Unterstützungskassen der Zwangsinnungen**. [§ 100 n G. D.] Zur Teilnahme an Unterstützungskassen, die nicht Innungskrankenkassen gemäß dem Krankenversicherungsgesetz sind, dürfen Innungsmitglieder gegen ihren Willen nicht verpflichtet werden.

Verrat von Betriebsgeheimnissen bei der Unfall- und Invalidenversicherung f. Strafbestimmungen der betreffenden Gesetze.

Verrufserklärung f. Koalitionsrecht.

Verfassung der Aufnahme in eine Innung f. Innungsmitglieder.

— der **Erlaubnis zu Überarbeit** f. Überarbeit.

— der **Genehmigung für einen Dampfkessel** f. Genehmigung desselben.

— der **Genehmigung einer genehmigungspflichtigen Anlage** f. genehmigungspflichtige Anlagen.

— der **Invaliden- und Altersrente** f. Invaliden- und Altersrente.

— der **Unfallentschädigung** f. Unfallrente und Weigerung des Unfallverletzten.

Veräumnisurteil des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts. [§ 39 G. G.] Erscheint der Kläger im Verhandlungstermin nicht, so ist auf Antrag des Beklagten das Veräumnisurteil dahin zu erlassen, daß der Kläger mit der Klage abzuweisen sei.

Erscheint der Beklagte nicht und beantragt der Kläger das Versäumnisurteil, so werden die in der Klage behaupteten Tatsachen als zugestanden angenommen. Soweit dieselben den Klageantrag rechtfertigen, ist nach dem Antrag zu erkennen; soweit dies nicht der Fall, die Klage abzuweisen.

Bleiben beide Parteien aus, so ruht das Verfahren, bis die Ansetzung eines neuen Verhandlungstermins seitens einer der Parteien beantragt wird.

Das Versäumnisurteil auf Abweisung der Klage wird auch dann gefällt, wenn durch besonders anberaumte Beweisaufnahme die die Klage begründenden Tatsachen sich als wahr erwiesen haben. Ebenso wird der Beklagte auch dann verurteilt, wenn die Beweisaufnahme seine Einwendungen dargetan und die Behauptungen der Klage widerlegt hat. Es muß aber jedes tatsächliche mündliche Vorbringen und jeder Antrag dem Gegner vorher rechtzeitig mitgeteilt sein.

Wenn die nicht erschienene Partei nicht ordnungsmäßig geladen ist, oder der Auftretende seine Befugnis zur Prozeßführung nicht nachzuweisen vermag, so ist der Antrag auf Erlaß eines Versäumnisurteils zurückzuweisen. Gegen den zurückweisenden Beschluß kann innerhalb 14 Tage die Beschwerde an das Landgericht erfolgen.

(f. auch Vertagung der Verhandlung vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht.)

Im Versäumnisurteil ist der Partei zu eröffnen, in welcher Form und Frist ihr der Einspruch zusteht.

[§ 40 G. G. G.] Die Partei, gegen welche ein Versäumnisurteil erlassen ist, kann binnen der Notfrist von 3 Tagen seit der an sie bewirkten Zustellung des Urteils die Erklärung abgeben, daß sie Einspruch erhebt. Die Einlegung gilt mit der Einreichung oder mit der Abgabe derselben zum Protokoll des Gerichtsschreibers als bewirkt.

Nach Einlegung des Einspruchs setzt der Vorsitzende einen neuen Verhandlungstermin an. Erscheint die Partei, welche den Einspruch eingelegt hat, auch in dem neuen Termine nicht, so gilt der Einspruch als zurückgenommen. Anderenfalls wird, sofern der Einspruch zulässig ist, der Prozeß in die Lage vor Eintritt der Versäumnis zurückversetzt.

Die neue Verhandlung kann das Versäumnisurteil aufheben oder aufrechterhalten. In beiden Fällen werden aber die durch die Versäumnis entstandenen Kosten der säumigen Partei aufgelegt, wenngleich diese auch endgültig obsiegen sollte.

Versäumnisverfahren beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Versäumnisurteil derselben.

Verschiebung der Arbeitszeit und Pausen [. Änderung in der Arbeitszeit.

Verschlechterung im Befinden eines Unfallrentners [. Veränderungen der Verhältnisse bei Unfallentschädigungen.

Versicherungsanstalten. [§§ 65—78 J. V. G.] Die Versicherungsanstalten sind die wesentlichsten Glieder bei der Durchführung der Invalidenversicherung.

Sie sind in der Regel für das Gebiet einer Provinz oder eines Bundesstaats, bei kleineren Staaten für mehrere gemeinsam errichtet. Die Anstalten haben Rechtsfähigkeit und die Eigenschaft einer öffentlichen Behörde. Sie unterstehen der Aufsicht des Reichsversicherungsamts bezw. der Landesversicherungsämter.

Die Verwaltung geschieht durch einen Vorstand, der aus besoldeten Beamten und Vertretern der Arbeitgeber und Versicherten zu gleichen Teilen besteht.

Dem Vorstand steht ein Ausschuß zur Seite, der aus mindestens 5 Arbeitgebern und 5 Versicherten besteht, die ihrerseits von den Beisitzern der unteren Verwaltungsbehörde oder der Rentenstelle gewählt werden.

Es gibt gegenwärtig 31 Versicherungsanstalten, daneben 9 besondere Kasseneinrichtungen.

(f. Verzeichnis der Versicherungsanstalten.)

Versicherungspflicht zur Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung [. Krankenversicherungszwang, Unfallversicherung und Invalidenversicherungspflicht.

Versicherungspflichtige Betriebe im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes. Kraft Gesetz sind unbedingt versicherungspflichtig:

1. Bergwerke, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Brüche, Gruben, Fabriken, Hüttenwerke, der Eisenbahn-, Binnenschiffahrts- und Baggereibetrieb, Werften und Bauten aller Art;
2. das Handelsgewerbe, Handwerk und die sonstigen stehenden Gewerbebetriebe (Ausnahme: Apotheken);
3. der Geschäftsbetrieb der Anwälte, Notare und Gerichtsvollzieher, der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten;
4. Betriebe, in welchen Dampfkessel oder durch elementare Kraft (Wind, Wasser, Dampf, Gas, heiße Luft, Elektrizität usw.) bewegte Triebwerke zur Verwendung kommen (sog. Motorenbetriebe), sofern die Verwendung nicht ausschließlich in vorübergehender Benutzung einer nicht zur Betriebsanlage gehörenden Kraftmaschine besteht;

5. der technische Betrieb der Post- und Telegraphenverwaltung und die wirtschaftlichen Betriebe der Marine- und Heeresverwaltungen;

6. die Küstenschifffahrt.

Versicherungspflichtige Betriebe im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes. Die kraft Gesetzes für versicherungspflichtig erklärten Betriebe sind die folgenden:

1. nach dem Gewerbeunfallversicherungsgesetz:

Bergwerke, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Steinbrüche, Gruben, Werften, Bauhöfe, Fabriken, gewerbliche Brauereien, Hüttenwerke, das Maurer-, Zimmerer-, Dachdecker-, Steinhauer-, Schlosser-, Schmiede-, Brunnenmacher-, Schornsteinfeger-, Fensterputzer- und Fleischergerwerbe, der gewerbmäßige Fuhrwerks-, Binnenschifffahrts-, Flößerei-, Prahm-, Fähr-, Treidelei- und Baggereibetrieb, die gewerbsmäßige Expedition, Speicherei, Lagerei und Kellerei, die Gewerbebetriebe der Güterlader, Güterpacker und dergleichen, die Lagerungs-, Holzfällungs- oder der Beförderung von Personen und Gütern dienenden Betriebe, wenn sie mit einem Handelsgewerbe, dessen Inhaber im Handelsregister eingetragen steht, zusammenhängen, sowie die Staatsbetriebe der Post-, Telegraphen-, Eisenbahn-, Marine- und Heeresverwaltungen;

(s. auch Fabrik im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes.)

2. nach dem Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft:

die gesamte Land- und Forstwirtschaft, einschließlich der in wirtschaftlicher Abhängigkeit davon sich befindenden Nebenbetriebe (kleinere Brennereien, Ziegeleien, Schneide-, Mahl- und Oelmühlen, Steinbrüche usw.);

3. nach dem Bauunfallversicherungsgesetz:

sämtliche Baubetriebe und Bauarbeiten, insbesondere die Tiefbau-, Eisenbahn-, Kanal-, Wege-, Strom-, Deichbaubetriebe sowie die sogenannten Regiebauten, d. h. solche Bauarbeiten, deren Ausführung von dem Bauherrn auf eigene Rechnung ohne Übertragung an einen Baugewerbetreibenden erfolgt;

4. nach dem Seeunfallversicherungsgesetz:

Die Seeschifffahrt, See- und Küstenschifffahrt sowie die Hilfsbetriebe der Seeschifffahrt, wie Lotsendienst, Schwimmdocks usw.

Verspätete Anmeldung zur Krankenversicherung s. Anmeldung zu derselben.

Verpätete Berufung bei der Unfallversicherung f. Berufung im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes.

Verpäteter Rekurs bei Unfallschädigungen f. Rekurs bei denselben.

Vertagung der Verhandlung vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Das Gericht kann von Amts wegen die Verhandlung vertagen, wenn es der Ansicht ist, daß die fehlende Partei durch Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle am Erscheinen verhindert worden ist. Es hat dann die Neuladung der nicht-erschiedenen Partei zu veranlassen.

Verteilung der Beiträge zur Unfallversicherung f. Umlageverfahren bei derselben.

— **des Innungsvermögens** f. Auflösung einer Innung.

Verträge mit Ärzten bei der Krankenversicherung f. Bestimmung des Arztes bei der Krankenversicherung.

— **über die Lohnzahlung.** [§ 117 G. D.] Verträge über die Lohnzahlung, welche den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufen, sind nichtig.

Dasselbe gilt von Verabredungen zwischen den Gewerbetreibenden und den von ihnen beschäftigten Arbeitern über die Entnahme von Bedürfnissen der letzteren aus gewissen Verkaufsstellen sowie überhaupt über die Verwendung des Verdienstes derselben zu einem anderen Zwecke als zur Beteiligung an Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter oder ihrer Familien.

(f. auch Lohnzahlung, Lohneinbehalten und Verwirkung des Arbeitslohnes.)

Vertragsbruch f. Kontraktbruch.

Vertragsmäßige Beschränkungen bezüglich der Unfallversicherung f. Verbot derselben.

Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaft f. Feststellung der Entschädigungen bei der Unfallversicherung.

— **der Schiedsgerichte.** Das Schiedsgericht wählt bei Beginn eines jeden Geschäftsjahres aus den an seinem Sitz ansässigen Ärzten diejenigen aus, welche als Sachverständige nach Bedarf zugezogen werden (Vertrauensärzte).

Vertrauensmänner der Berufsgenossenschaften f. d.

— **des Einigungsamtes des Gewerbebezirks** f. Zusammensetzung desselben.

Vertreter der Arbeiter in den Berufsgenossenschaften f. d.

— **der Arbeiter vor dem Einigungsamt** f. Verfahren vor demselben.

— **der Arbeitgeber in der Generalversammlung der Zwangskrankenkasse** f. Generalversammlung derselben.

Vertreter der Arbeitgeber undnehmer bei der Invalidenversicherung f. Invalidenversicherung.

— **der Arbeitgeber im Vorstand einer Zwangskrankenkasse** f. Vorstand derselben.

— **vor dem Einigungsamt** f. d.

— **nichtprozeßfähiger Parteien beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht.** [§ 30 G. G. G.] Nichtprozeßfähigen Parteien, die ohne gesetzlichen Vertreter sind, kann auf Antrag bis zum Eintritt des gesetzlichen Vertreters von dem Vorsitzenden ein besonderer Vertreter bestellt werden. Die Bestellung kann auch erfolgen, wenn ein gesetzlicher Vertreter zwar vorhanden ist, aber zu weit entfernt wohnt. Auf Verlangen muß die nichtprozeßfähige Partei selbst gehört werden.

— **der Versicherten in der Generalversammlung der Zwangskrankenkasse** f. Generalversammlung derselben.

Vertretung der Parteien vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Rechtsanwälte vor denselben.

Verurteilung von Zeugen vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Zeugen vor denselben.

Verwahrung des Arbeitsbuches bezw. der Arbeitskarte f. Arbeitsbücher bezw. Arbeitskarte.

Verwaltung der Gemeindekrankenversicherung f. d.

— **der Innungskrankenkassen.** [§ 90 G. D.] Dieselbe kann ganz den Gefellen und Arbeitern übertragen werden, andererseits aber, wenn die Innungsmitglieder die Hälfte der Beiträge selbst bezahlen, kann bestimmt werden, daß der Vorsitzende sowie die Hälfte der Vorstands- und Generalversammlungsmitglieder von der Innung zu bestellen sind.

— **der Krankenkassen** f. Organisation der Krankenversicherung.

— **der Versicherungsanstalten** f. d.

Verwaltungsorgane der Zwangskrankenkassen f. Vorstand bezw. Generalversammlung der Zwangskrankenkassen.

Verwaltungsstreitverfahren. Die kollegialischen Selbstverwaltungsbehörden Preußens (Bezirks-, Kreis-, Stadtausschuß) beschließen im Beschlußverfahren meist ohne mündliche Verhandlung nach ziemlich freien Formen oder sie entscheiden als Verwaltungsgerichte im Verwaltungsstreitverfahren, das im allgemeinen dem Prozeßverfahren des Zivilgerichts nachgebildet ist. In manchen Fällen wird ein Vorbescheid des Kollegiums oder seines Vorsitzenden erteilt, gegen den binnen zwei Wochen auf Beschlußfassung bezw. mündliche Verhandlung angetragen werden kann.

Gegen die Beschlüsse des Kreis-, Stadt- oder Bezirksausschusses im Beschlußverfahren findet in der Regel binnen zwei Wochen die Beschwerde beim Bezirksausschuß bezw. beim Provinzialrat statt; die Beschlüsse des letzteren sind, auch wenn sie in erster Instanz ergehen, in der Regel endgültig. Die Anbringung der Beschwerde hat bei der Behörde zu erfolgen, gegen deren Bescheid sie sich richtet.

Gegen die Endurteile und Vorbescheide im Verwaltungsstreitverfahren geht die Berufung ebenfalls an die nächste Instanz, und zwar gegen Endurteile des Bezirksausschusses die Revision an das Obergerverwaltungsgericht.

Verwandte Handwerke sind solche, welche nach örtlichem Gebrauch vielfach gemeinsam betrieben werden und in ihrer Technik einander so nahe stehen, daß der Betrieb des einen zugleich ein ausreichendes Verständnis für die technischen Fertigkeiten, den geschäftlichen Betrieb und die wichtigsten Interessen des anderen gewährleistet.

Verwandtenunterstützung bei der Unfallversicherung s. Hinterbliebenenrente bei der Unfallversicherung

Verweigerung der Annahme von Wahlen zu Innungsämtern. Dieselbe kann nur aus Gründen stattfinden, welche zur Ablehnung der Wahl zum Beisitzer eines Gewerbegerichts berechtigen (s. Ablehnung usw.) und wird nur berücksichtigt, wenn sie binnen zwei Wochen, nachdem der Gewählte von seiner Wahl in Kenntnis gesetzt ist, schriftlich geltend gemacht wird.

Die Aufsichtsbehörde entscheidet über den Ablehnungsantrag endgültig. Die Bestimmung gilt für Wahlen zum Vorstand, Prüfungs- und Gesellenausschuß sowie zum Innungsschiedsgericht.

- **der Aufnahme in die Krankenversicherung.** Versicherungspflichtigen, auch wenn sie gebrechlich, Rentenempfänger zc. sind, kann die Aufnahme in eine Zwangskrankenkasse nicht verweigert werden, dagegen wohl solchen Personen, die sich freiwillig versichern wollen, namentlich, wenn sie bei der Anmeldung schon krank waren.
- **der Ausbändigung des Arbeitsbuches bezw. der Arbeitskarte** s. Arbeitsbücher bezw. Arbeitskarte.
- **des Lehrzeugnisses** s. d.
- **des Zeugnisses vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht.** Hierzu ist nach der Zivilprozeßordnung berechtigt:
 1. der Verlobte und der Ehegatte, auch der geschiedene, einer Partei;
 2. diejenigen, welche mit einer Partei in grader Linie verwandt, verschwägert oder durch Adoption verbunden sind, oder in

der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt oder zum zweiten Grade verschwägert sind, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht;

3. Geistliche in Ansehung desjenigen, was ihnen bei der Ausübung der Seelsorge anvertraut ist;
4. Personen, welchen kraft ihres Amtes, Standes oder Gewerbes Tatsachen anvertraut sind, deren Geheimhaltung durch die Natur derselben oder durch gesetzliche Vorschrift geboten ist, inbetriff der Tatsachen, auf welche die Verpflichtung zur Verschwiegenheit sich bezieht.

Das Zeugnis kann ferner im allgemeinen verweigert werden:

1. über Fragen, deren Beantwortung dem Zeugen oder einem der oben bezeichneten Angehörigen einen unmittelbaren vermögensrechtlichen Schaden verursachen, zur Unehre gereichen oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung zuziehen würde, oder
2. welche der Zeuge nicht würde beantworten können, ohne ein Kunst- oder Gewerbegeheimnis zu offenbaren.

Aber die Rechtmäßigkeit der Weigerung entscheidet das Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) nach Anhörung der Parteien. Wird das Zeugnis ohne Angabe eines Grundes oder, nachdem der vorgeschützte Grund rechtskräftig für unerheblich erklärt ist, verweigert, so ist der Zeuge ohne weiteren Antrag in die durch die Weigerung verursachten Kosten sowie zu einer Geldstrafe bis zu 300 Mark, im Nichtbeitreibungsfalle zu Haftstrafe bis zu 6 Wochen zu verurteilen.

Verweisen von Klagen vor dem Kaufmannsgericht an das Gewerbegericht und umgekehrt s. Überweisung usw.

Verwendung gebrauchter Invalidenmarken s. Strafbestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes.

— **der Geldstrafen für Arbeiter** s. Strafgebelter.

— **des vermirkten Lohnes** s. Verwirkung des Arbeitslohnes.

Verwirkung des Arbeitslohnes. Den Unternehmern von Fabriken mit mehr als 20 Arbeitern steht ebenso wie allen anderen gewerblichen Unternehmern das Recht zu Lohneinbehalten (s. d.) innerhalb der gesetzlichen Grenzen zur Sicherung gegen Kontraktbruch ohne weiteres zu. Es bleibt ihnen ferner unbenommen, Schadenersatzansprüche wegen Kontraktbruches zu stellen. [§ 134 Abs. 2 G.D.] Durch Verwirkung (Verfall) des rückständigen Lohnes dürfen sie sie aber im Gegensatz zu kleineren Unternehmern (s. Entschädigung wegen Kontraktbruch) nur geltend machen, wenn sie dies durch Arbeitsvertrag oder Arbeitsordnung ausdrücklich ausbedungen haben. Die Ver-

wirkung des rückständigen Lohnes darf ferner nicht über den Betrag des durchschnittlichen Wochenlohnes hinaus ausbedungen und die Verwendung der verwirkten Beträge muß in der Arbeitsordnung ausdrücklich angegeben werden. [§ 134 b 3.5 G.D.] Es bleibt dem Unternehmer dabei jedoch im Gegensatz zu den Strafgebern freigestellt, ob er die verwirkten Beträge zu eigenem Nutzen oder zum Vorteil der Arbeiter verwenden will.

Auf Betriebsbeamte usw. können diese Vorschriften nicht angewendet werden, wohl aber auf Lehrlinge.

Verzeichnis der Berufsgenossenschaften:

(a. Sitz, b. Bezirk der Berufsgenossenschaft.)

A. Gewerbliche Berufsgenossenschaften:

1. Knappschafte-Berufsgenossenschaft.
 - a) Berlin;
 - b) Gebiet des Reichs.
2. Steinbruch-Berufsgenossenschaft.
 - a) Berlin;
 - b) Gebiet des Reichs.
3. Berufsgenossenschaft der Feinmechanik.
 - a) Berlin;
 - b) Gebiet des Reichs.
4. Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft.
 - a) Mainz;
 - b) Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Hessen-Nassau, Hohenzoll. Lande, Kr. Wehlar, Ober- und Unter-Elßaß.
5. Süddeutsche Eisen-Berufsgenossenschaft.
 - a) Saarbrücken;
 - b) Reg.-Bezirk Trier, Bezirk Lothringen, die bayerischen Ämter Zweibrücken und Homburg.
6. Rheinisch-Westfäl. Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft.
 - a) Düsseldorf;
 - b) Rheinprovinz und Westfalen mit Ausschluß des Reg.-bezirks Trier und des Kreises Wehlar, außerdem Birkenfeld.
7. Maschinen- und Kleineisenindustrie-Berufsgenossenschaft.
 - a) Düsseldorf;
 - b) Rheinprovinz und Westfalen mit Ausschluß des Regierungsbezirks Trier und des Kreises Wehlar, außerdem Birkenfeld.

8. Sächsisch-Thüring. Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft.
 - a) Leipzig;
 - b) Königreich Sachsen, Reg.-Bezirk Merseburg und Erfurt, vom Reg.-Bezirk Cassel der Kreis Schmalkalden, Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sonderhausen, Reuß ä. L. und Reuß j. L.
9. Nordöstl. Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft.
 - a) Berlin;
 - b) Brandenburg mit Berlin, Pommern, Ostpreußen und Westpreußen.
10. Schlesische Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft.
 - a) Breslau;
 - b) Schlesien und Posen.
11. Nordwestliche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft.
 - a) Hannover;
 - b) Provinz Hannover, Schleswig-Holstein, Reg.-Bezirk Magdeburg, vom Reg.-Bezirk Cassel der Kreis Rinteln, Oldenburg ohne Birkenfeld, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Braunschweig, Anhalt, Waldeck, Schaumburg-Lippe, Lippe, Bremen, Lübeck und Hamburg.
12. Südd. Edel- und Unedelmetall-Berufsgenossenschaft.
 - a) Stuttgart;
 - b) Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Hessen-Nassau, Hohenzoll. Lande, Elsaß-Lothringen.
13. Norddeutsche Metall-Berufsgenossenschaft.
 - a) Berlin;
 - b) das Gebiet des Reichs ohne Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Hessen-Nassau, die Hohenzoll. Lande und Elsaß-Lothringen.
14. Berufsgenossenschaft der Musikinstrumenten-Industrie.
 - a) Leipzig;
 - b) Gebiet des Reichs.
15. Glas-Berufsgenossenschaft.
 - a) Berlin;
 - b) Gebiet des Reichs.
16. Töpferei-Berufsgenossenschaft.
 - a) Berlin;
 - b) Gebiet des Reichs.
17. Ziegelei-Berufsgenossenschaft.
 - a) Berlin;
 - b) Gebiet des Reichs.

18. Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie.
 - a) Berlin;
 - b) Gebiet des Reichs.
19. Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke.
 - a) Berlin;
 - b) Gebiet des Reichs.
20. Leinen-Berufsgenossenschaft.
 - a) Schwelm in Westfalen;
 - b) Gebiet des Reichs mit Ausfluß von Elsaß-Lothringen, Schlesien und Königreich Sachsen.
21. Norddeutsche Textil-Berufsgenossenschaft.
 - a) Berlin;
 - b) Gebiet des Reichs ohne Rheinprovinz und Birkenfeld, Westfalen, Schlesien, Bayern, Königreich Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Elsaß-Lothringen und die Hohenzoll. Lande.
22. Süddeutsche Textil-Berufsgenossenschaft.
 - a) Augsburg;
 - b) Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Hohenzoll. Lande.
23. Schlesische Textil-Berufsgenossenschaft.
 - a) Breslau;
 - b) Schlesien.
24. Textil-Berufsgenossenschaft von Elsaß-Lothringen.
 - a) Mülhausen i. E.;
 - b) Elsaß-Lothringen.
25. Rheinisch-Westfälische Textil-Berufsgenossenschaft.
 - a) München-Gladbach;
 - b) Rheinprovinz, Westfalen, Fürstentum Birkenfeld.
26. Sächsische Textil-Berufsgenossenschaft.
 - a) Leipzig;
 - b) Königreich Sachsen.
27. Seiden-Berufsgenossenschaft.
 - a) Crefeld;
 - b) Gebiet des Reichs.
28. Papiermacher-Berufsgenossenschaft.
 - a) Berlin;
 - b) Gebiet des Reichs.
29. Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft.
 - a) Berlin;
 - b) Gebiet des Reichs.
30. Lederindustrie-Berufsgenossenschaft.
 - a) Mainz;
 - b) Gebiet des Reichs.

31. Sächsischc Holz-Berufsgenossenschaft.
 - a) Dresden-N.;
 - b) Königreich Sachsen.
32. Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft.
 - a) Berlin;
 - b) Gebiet des Reichs ohne Bayern, Königreich Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Hohenzoll. Lande und Elsaß-Lothringen.
33. Bayerische Holzindustrie-Berufsgenossenschaft.
 - a) München;
 - b) Bayern.
34. Südwestdeutsche Holz-Berufsgenossenschaft.
 - a) Stuttgart;
 - b) Württemberg, Baden, Hessen, Hohenzoll. Lande Elsaß-Lothringen.
35. Mülklerei-Berufsgenossenschaft.
 - a) Berlin;
 - b) Gebiet des Reichs.
36. Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft.
 - a) Mannheim;
 - b) Gebiet des Reichs.
37. Zucker-Berufsgenossenschaft.
 - a) Berlin;
 - b) Gebiet des Reichs.
38. Berufsgenossenschaft der Molkerei-, Brennerei- und Stärkeindustrie.
 - a) Berlin;
 - b) Gebiet des Reichs.
39. Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft.
 - a) Frankfurt a. M.;
 - b) Gebiet des Reichs.
40. Tabak-Berufsgenossenschaft.
 - a) Bremen;
 - b) Gebiet des Reichs.
41. Bekleidungsindustrie-Berufsgenossenschaft.
 - a) Berlin;
 - b) Gebiet des Reichs.
42. Berufsgenossenschaft der Schornsteinfegermeister des Deutschen Reichs.
 - a) Berlin;
 - b) Gebiet des Reichs.

43. Hamburgische Baugewerks-Berufsgenossenschaft.
 - a) Hamburg;
 - b) Hamburg, Lübeck, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Fürstentum Lübeck.
44. Nordöstliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft.
 - a) Berlin;
 - b) Brandenburg mit Berlin, Pommern, Westpreußen, Ostpreußen.
45. Schlesisch-Polensche Baugewerks-Berufsgenossenschaft.
 - a) Breslau;
 - b) Schlesien und Posen.
46. Hannoverische Baugewerks-Berufsgenossenschaft.
 - a) Hannover;
 - b) Provinz Hannover, Reg.-Bezirk Minden, Oldenburg, Braunschweig, Lippe, Schaumburg-Lippe, Pyrmont, Schaumburg-Rinteln, Bremen.
47. Magdeburgische Baugewerks-Berufsgenossenschaft.
 - a) Magdeburg;
 - b) Reg.-Bezirk Magdeburg und Merseburg und Herzogtum Anhalt.
48. Sächsisch-Baugewerks-Berufsgenossenschaft.
 - a) Dresden;
 - b) Königreich Sachsen, die reussischen Fürstentümer.
49. Thüringische Baugewerks-Berufsgenossenschaft.
 - a) Erfurt;
 - b) Reg.-Bezirk Erfurt ohne Gefell, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt.
50. Hessen-Nassauische Baugewerks-Berufsgenossenschaft.
 - a) Frankfurt a. M.;
 - b) Hessen-Nassau, Hessen, Waldeck ohne Fürstentum Pyrmont.
51. Rheinisch-Westfälische Baugewerks-Berufsgenossenschaft.
 - a) Elberfeld;
 - b) Westfalen ohne Reg.-Bez. Minden, Rheinprovinz mit Birkenfeld.
52. Württembergische Baugewerks-Berufsgenossenschaft.
 - a) Stuttgart;
 - b) Württemberg.
53. Bayrische Baugewerks-Berufsgenossenschaft.
 - a) München;
 - b) Bayern.

54. Südwestliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft.
 - a) Straßburg i. E.;
 - b) Baden, Hohenzoll. Lande, Elsaß-Lothringen.
55. Deutsche Buchdrucker-Berufsgenossenschaft.
 - a) Leipzig;
 - b) Gebiet des Reichs.
56. Privatbahn-Berufsgenossenschaft.
 - a) Lübeck;
 - b) Gebiet des Reichs.
57. Straßen- und Kleinbahn-Berufsgenossenschaft.
 - a) Berlin;
 - b) Gebiet des Reichs.
58. Lagerei-Berufsgenossenschaft.
 - a) Berlin;
 - b) Gebiet des Reichs.
59. Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft.
 - a) Dresden;
 - b) Gebiet des Reichs.
60. Westdeutsche Binnenschifffahrts-Berufsgenossenschaft.
 - a) Duisburg;
 - b) Gebiet des Rheins und seiner Nebenflüsse, sowie der übrigen westlich und südlich von der Elbe und ihren Nebenflüssen belegenen Gewässer (Donau, Ems, Weser etc.).
61. Elbschifffahrts-Berufsgenossenschaft.
 - a) Magdeburg;
 - b) Gebiet der Elbe.
62. Ostdeutsche Binnenschifffahrts-Berufsgenossenschaft.
 - a) Bromberg;
 - b) Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg mit Berlin, Pommern, Posen, Schlesien.
63. See-Berufsgenossenschaft.
 - a) Hamburg;
 - b) Gebiet des Reichs.
64. Tiefbau-Berufsgenossenschaft.
 - a) Berlin;
 - b) Gebiet des Reichs.
65. Fleischerei-Berufsgenossenschaft.
 - a) Mainz;
 - b) Gebiet des Reichs.
66. Schmiede-Berufsgenossenschaft.
 - a) Berlin;
 - b) Gebiet des Reichs.

B. Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften.

1. Ostpreussische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
 - a) Königsberg;
 - b) Provinz Ostpreußen.
2. Westpreussische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
 - a) Danzig;
 - b) Provinz Westpreußen.
3. Brandenburgische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
 - a) Berlin;
 - b) Provinz Brandenburg mit Berlin.
4. Pommersche land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
 - a) Stettin;
 - b) Provinz Pommern.
5. Posen'sche landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
 - a) Posen;
 - b) Provinz Posen.
6. Schlesische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
 - a) Breslau;
 - b) Schlesien.
7. Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für die Provinz Sachsen.
 - a) Merseburg;
 - b) Provinz Sachsen.
8. Schleswig-Holsteinische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
 - a) Kiel;
 - b) Provinz Schleswig-Holstein, das Fürstentum Lübeck und die freie Hansestadt Lübeck.
9. Hannoversche landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
 - a) Hannover;
 - b) Provinz Hannover und Fürstentum Pyrmont.
10. Westfälische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
 - a) Münster i. W.;
 - b) Provinz Westfalen.
11. Hessen-Nassau'sche landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
 - a) Cassel;
 - b) Provinz Hessen-Nassau und Fürstentum Waldeck.
12. Rheinische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
 - a) Düsseldorf;
 - b) Rheinprovinz, die Hohenzoll. Lande und Fürstentum Birkenfeld.

13. Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für den Regierungsbezirk Oberbayern.
a) München.
14. Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für den Regierungsbezirk Niederbayern.
a) Landshut.
15. Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für den Regierungsbezirk Pfalz.
a) Speyer.
16. Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für den Regierungsbezirk Oberpfalz und Regensburg.
a) Regensburg.
17. Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für den Regierungsbezirk Oberfranken.
a) Bayreuth.
18. Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für den Regierungsbezirk Mittelfranken.
a) Ansbach.
19. Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für den Regierungsbezirk Unterfranken und Aschaffenburg.
a) Würzburg.
20. Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für den Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg.
a) Augsburg.
21. Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für das Königreich Sachsen.
a) Dresden.
22. Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für den Württemb. Neckarkreis.
a) Stuttgart.
23. Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für den Württemb. Schwarzwaldkreis.
a) Reutlingen.
24. Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für den Württemb. Jagstkreis.
a) Ellwangen.
25. Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für den Württemb. Donaukreis.
a) Ulm.
26. Badische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
a) Karlsruhe;
b) Baden.

27. Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für das Großherzogtum Hessen.
a) Darmstadt.
28. Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für Mecklenburg-Schwerin.
a) Schwerin.
29. Weimariſche landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
a) Weimar.
30. Mecklenburg-Strelitz'sche landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
a) Neubrandenburg.
31. Berufsgenossenschaft Oldenburger Landwirte.
a) Oldenburg.
32. Braunschweigische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
a) Braunschweig.
33. Meininger land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
a) Meiningen.
34. Altenburgische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
a) Altenburg;
b) Herzogtum Sachsen-Altenburg.
35. Coburgische land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
a) Coburg;
b) Herzogtum Coburg.
36. Gotha'sche land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
a) Gotha;
b) Herzogtum Gotha.
37. Anhaltische land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
a) Dessau;
b) Herzogtum Anhalt.
38. Rudolstädtsche land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
a) Rudolstadt;
b) Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt.
39. Schwarzburg-Sondershausen'sche landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
a) Sondershausen;
b) Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen.
40. Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft des Fürstentums Reuß ä. L.
a) Greiz.

41. Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für das Fürstentum Reuß j. L.
a) Gera.
42. Schaumburg-Lippische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
a) Bückeburg;
b) Schaumburg-Lippe.
43. Lippische land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
a) Detmold;
b) Lippe.
44. Berufsgenossenschaft der Bremischen Landwirte.
a) Bremen;
b) Bremen.
45. Hamburgische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
a) Hamburg;
b) Hamburg.
46. Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft Unter-Elßaß.
a) Straßburg;
b) Unter-Elßaß.
47. Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft Ober-Elßaß.
a) Mülhausen i. E.;
b) Ober-Elßaß.
48. Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft Lothringen.
a) Metz;
b) Lothringen.

Verzeichnis der genehmigungspflichtigen Anlagen (alphabetisch geordnet). Die Anlagen, für welche in Preußen der Bezirksausschuß zuständig ist, sind gesperrt gedruckt:

Abdeckereien, Albuminpapierherstellung, Asphaltkochereien, Baukonstruktionsbetriebe (eiserne), Blechgefäßherstellung (durch Vernieten), Braunkohlenteeranlagen (außerhalb des Gewinnungsorts des Materials), Brückenbaubetriebe (eiserne), Celluloidfabriken, Cellulosefabriken, Chemische Fabriken aller Art, Dachstuhlfabriken, Dachpappenfabriken, Dampfkesselfabriken (durch Vernieten), Darmsaitenfabriken, Darmzubereitungsanstalten, Dégrasfabriken, Düngpulverfabriken, elektrische Zünderherstellung, Erdöldestillationen, Feuerwerkereien, Firnisfiedereien, Gasbereitungs- und Gasbewahrungsbetriebe, Gerbereien, Glashütten, Gußstahlkugelherstellung mittelst Kugelschrotmühlen, Gipsöfen, Hammerwerke, Hopfen-Schwefeldörren, Imprägnieranstalten für Holz mittelst erhitzter Teeröle, Kalifabriken, Kalköfen, Knochenbleichen, -brennereien, -darrn und -koche-

reien, Koksbereitung außerhalb des Gewinnungsortes des Materials, Kunstwollfabriken, Leimsiedereien, Metallgewinnung (rohe), Metallgießereien (ausschließlich bloßer Ziegelgießereien), Pechsiedereien (außerhalb des Gewinnungsortes des Materials), Poudrettefabriken, Röhrenfabriken (genietete), Röstöfen, Rußhütten, Schießpulverfabriken, Schiffsbau (eiserne), Schlächtereien (in denen selbst geschlachtet wird, Schlachthäuser), Schnellbleichen, Seifensiedereien, Stauanlagen für Wassertriebwerke, Stärkefabriken (ausgenommen Kartoffelstärke), Steinkohlenteerherstellung (außerhalb des Gewinnungsortes des Materials), Strohpapierfabriken, Talgschmelzen, Teer- und Teerwasserdestillation, Tierfellbearbeitung (ungegerbt, Trocknen), Verbleiungs-, Verzinnungs- und Verzinkungsanstalten, Wachstuchfabriken, Ziegelöfen, Zündstoff- und Zündschnurherstellung.

Verzeichnis der jugendlichen Arbeiter f. d. und Aushänge in Arbeitsräumen.

- **der Sonntagsarbeit f. Ausnahmen von der Sonntagsruhe.**
- **der von der Sonntagsruhe ausgenommenen Betriebe.** Durch Beschluß des Bundesrats sind gemäß § 105d der Gewerbeordnung folgenden Betriebsarten Ausnahmebestimmungen von der Sonntagsruhe zugestanden worden (in alphabetischer Reihenfolge, der Einfachheit halber sind meistens nur die Fabrikate aufgeführt):

Alkalkali, Alaun, Ammoniak, Ammoniaksalze, Antichlor, Antimonoryd, Barytpräparate, Bergwerke, Bessmerstahlwerke, Biskuit, bleisäure Salze, Bleiweiß, Blutlaugensalz, Brauereien, Braunkohlenteerdestillationen, Cement, Ceresin, Chemische Wäschereien, Chlor (flüssig), Chlorate, Chlorbaryum, Chlorkalcium, Chlorkalk, Chokolade, Chromate, doppelkohlen-säure Salze, Eisenhochöfen, elektrische Maschinen und Apparate, Emaillierwerke, Farbstoffe (organische und deren Zwischenprodukte), Fischmehl, Fischräuchereien, Fischtran, Flußsäure, Gipsbrennereien, Glashütten, Glaubersalz, Glycerin, Gruben, Hammerwerke, Hochofengießereien, Holzdestillation, Honigkuchen, Kalifabriken, Kalkbrennereien, Knochenentfettung, Kohlensäure (flüssige), Kremsjerweiß, Kunstdünger, Kürschnerei, Lackleder, Leim, Lithopon, Mälzereien, Magnesia, Martinsstahlwerke, Melasseentzuckerung, Mennige, Metallhüttenwerke, Mineralöle, Molkerien, Oxalsäure, Palmkernöl, Papier, Pappe, Paraffin, Petroleumraffinerien, Pikrinsäure, Porzellanknöpfe, Pottasche, Puddelwerke, Pulver, Puzmacherei (handwerksmäßig), Röstöfen, Rohzucker, Sämlschleder, Salinen, Salzsäure, Samenklenganstalten, Sauerstoff (komprimiert), Schmalte,

Schneiderei (handwerksmäßig), Schönfärberei, Schusterei (handwerksmäßig), Schwefelnatrium, Schwefelsäure, Schwefelsäureanhydrit, Schwefelsäuremonohydrat, Soda, Solaröl, Spielwaren, Spiritusraffinerien, Sprengstoffe, Stearin, Steinkohlenteerdestillation, Strohüte, Strontianit, Sulfat, Teerdestillation, Teeröldestillation, Ziegelgußstahlwerke, Zonerdepräparate, Torfdestillation, Torfteerdestillation, übermangansaures Kali, Ultramarin, Verkokungsanstalten, Wachsbleichereien, Wasserglas, Wasserstoff (komprimiert), Zichorienbarren, Zinkweiß, Zinnopyd, Zuckerraffinerien, Zuckerwaren.

Verzeichnis der Überarbeit f. Überarbeitsverzeichnis.

— der Versicherungsanstalten:

1. Landesversicherungsanstalt Ostpreußen zu Königsberg (Provinz Ostpreußen),
2. Landesversicherungsanstalt Westpreußen zu Danzig (Provinz Westpreußen),
3. Landesversicherungsanstalt Berlin zu Berlin (Stadtkreis Berlin),
4. Landesversicherungsanstalt Brandenburg zu Berlin (Provinz Brandenburg),
5. Landesversicherungsanstalt Pommern zu Stettin (Provinz Pommern),
6. Landesversicherungsanstalt Posen zu Posen (Provinz Posen),
7. Landesversicherungsanstalt Schlesien zu Breslau (Provinz Schlesien),
8. Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt zu Merseburg (Provinz Sachsen und Herzogtum Anhalt),
9. Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein zu Kiel (Provinz Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck),
10. Landesversicherungsanstalt Hannover zu Hannover (Provinz Hannover und die Fürstentümer Pyrmont, Schaumburg-Lippe und Lippe),
11. Landesversicherungsanstalt Westfalen zu Münster i. W. (Provinz Westfalen),
12. Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau zu Cassel (Prov. Hessen-Nassau und Fürstentum Waldeck),
13. Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz zu Düsseldorf (Rheinprovinz, Hohenzoll. Lande, Fürstentum Birkenfeld),
14. Versicherungsanstalt für Oberbayern zu München (Reg.-Bez. Oberbayern),
15. Versicherungsanstalt für Niederbayern zu Landshut (Reg.-Bez. Niederbayern),

16. Versicherungsanstalt für Pfalz zu Speyer (Reg.-Bez. Pfalz),
17. Versicherungsanstalt für Oberpfalz und Regensburg zu Regensburg (Reg.-Bez. Oberpfalz und Regensburg),
18. Versicherungsanstalt für Oberfranken zu Bayreuth (Reg.-Bez. Oberfranken),
19. Versicherungsanstalt für Mittelfranken zu Ansbach (Reg.-Bez. Mittelfranken),
20. Versicherungsanstalt für Unterfranken und Aschaffenburg zu Würzburg (Reg.-Bez. Unterfranken und Aschaffenburg),
21. Versicherungsanstalt für Schwaben und Neuburg zu Augsburg (Reg.-Bez. Schwaben und Neuburg),
22. Landesversicherungsanstalt Königreich Sachsen zu Dresden (Königreich Sachsen),
23. Versicherungsanstalt Württemberg zu Stuttgart (Königreich Württemberg),
24. Landesversicherungsanstalt Baden zu Karlsruhe (Baden),
25. Invalidenversicherungsanstalt Gr. Hessen zu Darmstadt (Großherzogtum Hessen),
26. Landesversicherungsanstalt Mecklenburg zu Schwerin (Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz),
27. Thüringische Landesversicherungsanstalt zu Weimar (für die Thüringischen Staaten),
28. Landesversicherungsanstalt Oldenburg zu Oldenburg (Herzogtum Oldenburg),
29. Landesversicherungsanstalt Braunschweig zu Braunschweig (Herzogtum Braunschweig),
30. Landesversicherungsanstalt der Hansestädte zu Lübeck (Lübeck, Bremen, Hamburg),
31. Landesversicherungsanstalt Elsaß-Lothringen zu Straßburg i. E. (Elsaß-Lothringen).

Verzicht der Arbeitgeber auf Vertretung in der Generalversammlung einer Zwangskrankenkasse f. Generalversammlung derselben.

- **der Arbeitgeber auf Vertretung im Krankenkassenvorstand f. Vorstand der Zwangskrankenkassen.**
- **des Klägers vor dem Gewerbe und Kaufmannsgericht.** Ein solcher kann auf die geltend gemachten Ansprüche in der mündlichen Verhandlung erfolgen. Er ist nicht zu verwechseln mit der Zurücknahme (s. d.) der Klage, die ohne Einwilligung des Gegners nur vor Beginn der mündlichen Verhandlung ausgesprochen werden kann. Sie hat auf gegnerischen Antrag die Abweisung des Anspruchs durch Urteil zur Folge.

Verzicht auf Zustellungen des Gewerbes und Kaufmannsgerichts f. Zustellungen derselben.

Vesperpause f. Pausen.

Volksanwälte vor dem Gewerbe und Kaufmannsgericht f. Rechtsanwälte vor denselben.

Volkschulpflicht f. Schulpflicht.

Vollige Erwerbsunfähigkeit bei der Unfallversicherung f. Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes.

Volljährigkeit. [§§ 2 und 3 B. G. B.] Dieselbe tritt mit der Vollendung des 21. Lebensjahres ein, doch kann ein Minderjähriger, der das 18. Lebensjahr vollendet hat, durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts für volljährig erklärt werden.

Vollkaufleute f. Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches.

Vollmacht für Vertreter vor dem Gewerbe und Kaufmannsgericht f. Rechtsanwälte vor denselben.

Vollrente f. Unfallrente.

Vollstreckung der Entscheidungen des Gemeindevorstehers f. Verfahren vor demselben.

Volontär f. Handlungsgehilfe.

Vorabende von Sonns und Festtagen f. Sonnabendarbeitschluß.

Vorbehalt bei der Genehmigung einer genehmigungspflichtigen Anlage. Bringt die Anlage Gefahren oder Belästigungen in besonderem Maße mit sich und kann die genehmigende Behörde beim Mangel ausreichender Erfahrungen eine Sicherheit darüber nicht sofort gewinnen, ob die zunächst vorgeschriebenen Bedingungen ausreichend sein werden, so kann sich die Behörde vorbehalten, die Bedingungen, unter denen die Genehmigung erteilt worden ist, abzuändern oder zu ergänzen, falls sich ein Bedürfnis hierzu ergeben sollte. Der Unternehmer ist aber in derartigen Ausnahmefällen genau auf diesen Vorbehalt hinzuweisen.
(f. auch Generalklausel in der Genehmigungsurkunde.)

Vorbeseid im Verwaltungsstreitverfahren f. d.

Vorladung vor das Einigungsamt f. Verfahren vor demselben.

Vorläufige Entscheidung des Gemeindevorstehers f. Verfahren vor demselben.

— **Genehmigung von genehmigungspflichtigen Anlagen** f. genehmigungspflichtige Anlagen.

— **Vollstreckbarkeit der Urteile des Gewerbes und Kaufmannsgerichts.** [§ 57 G. G. B.] Von Urteils wegen für vorläufig vollstreckbar zu erklären sind alle der Berufung oder dem Einspruch unterliegenden Urteile, wenn sie Streitigkeiten über den Antritt, die Fortsetzung

oder Auflösung des Arbeits-(Dienst-, Lehrlings-)verhältnisses sowie über die Aushändigung oder den Inhalt des Arbeitsbuches, Zeugnisses, Lohnbuches, Arbeitszettels oder Lohnzahlungsbuches betreffen ohne Rücksicht auf die Höhe der Summe, in anderen Fällen nur dann, wenn der Gegenstand der Verurteilung an Geld oder Geldeswert die Summe von 300 Mark nicht übersteigt.

Ferner ohne Antrag ebenfalls von Amts wegen:

1. Anerkennungsurteile (s. d.);
2. ein zweites oder weiteres in derselben Instanz gegen dieselbe Partei zur Hauptsache erlassenes Versäumnisurteil;
3. Urteile, die den Eintritt der in einem bedingten Endurteile ausgedrückten Folgen aussprechen;
4. Urteile im Urkunden- und Wechselprozeß;
5. Urteile, durch welche Arreste oder einstweilige Verfügungen aufgehoben werden.

Auf Antrag ist die vorläufige Vollstreckbarkeit zu erklären, wenn außer in den oben genannten Fällen der Gegenstand der Verurteilung den Betrag von 300 Mark übersteigt und entweder die Streitigkeiten während der Dauer des Arbeits-, Dienst- oder Lehrverhältnisses entstanden sind, oder glaubhaft gemacht wird, daß die Aussetzung der Vollstreckung dem Gläubiger einen schwer zu ersekenden oder zu ermittelnden Nachteil bringen würde, oder wenn der Gläubiger anbietet, vor der Vollstreckung Sicherheit zu leisten.

Die vorläufige Vollstreckbarkeit ist nicht zu erklären, wenn der Schuldner glaubhaft macht, daß die Vollstreckung ihm einen nicht zu ersekenden Nachteil bringen würde. Sie kann auch von einer vorherigen Sicherheitsleistung abhängig gemacht werden.

Wird ein für vorläufig vollstreckbar erklärtes Urteil aufgehoben oder abgeändert, so ist der Kläger zum Ersatz des Schadens verpflichtet, der dem Beklagten durch die Vollstreckung oder durch eine Leistung zur Abwendung der Vollstreckung entstanden ist. Diese Ersatzpflicht tritt auch dann ein, wenn den Kläger keinerlei Verschulden trifft.

Vorlegung des Arbeitsbuches bezw. der Arbeitskarte s. Arbeitsbücher bezw. Arbeitskarte.

- der Genehmigung zur Sonntagsarbeit s. Genehmigung zu derselben.
- der Geschäftsbücher bei der Invalidenversicherung s. Kontrolle bei derselben.
- der Geschäftsbücher bei der Unfallversicherung s. Überwachung der Betriebe.
- des Krankenscheines s. Erhebung des Anspruchs bei der Krankenversicherung.

Vorlegung des Behrzeugnisses f. d.

— **der Quittungskarte** f. d.

— **des Sonntagsarbeitsverzeichnisses** f. Ausnahmen von der Sonntagsruhe.

— **des Strafgehdverzeichnisses** f. Strafgehd.

Vormittagspause f. Pausen.

Vorsätzliche Herbeiführung der Invaliddtät f. Invalidenrente.

— — **einer Krankheit** f. Beschränkung der Leistungen der Zwangskrankenkassen und der Gemeindekrankenversicherung.

— — **eines Unfalls** f. Unfallversicherung.

Vorschlagslisten zu den Wahlen zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Verhältnisswahl zu denselben.

Vorschriften über den Besuch der Fortbildungsschule f. Besuchspflicht derselben.

— **über die Krankmeldung** f. Erhebung des Anspruchs bei der Krankenversicherung.

— **zur Regelung des Behrlingswesens bei Zwangsinnungen.** [§ 100 p G.D.] Diese zu erlassen ist eine Hauptaufgabe der Innungen.

Die Vorschriften bedürfen der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde, die vor der Beschlußfassung die Handwerkskammer zu hören hat.

Vorschüsse f. Lohnvorschüsse.

— **bei der Invaliden- und Unfallversicherung** f. Kosten des Verfahrens bei derselben.

Vorsitzender des Gewerbegerichts. [§ 12 G. G. G.] Der Vorsitzende sowie dessen Stellvertreter dürfen weder Arbeitgeber noch Arbeiter sein.

Sie werden durch den Magistrat, wo ein solcher nicht besteht oder das Statut es bestimmt, durch die Gemeindevertretung, bei weiteren Kommunalverbänden durch die Vertretung derselben auf mindestens ein Jahr gewählt.

Eine Verpflichtung zur Annahme der Wahl besteht für den Gewählten nicht.

[§ 17 G. G. G.] Die Wahl der Vorsitzenden und der Stellvertreter bedarf der Bestätigung der höheren Verwaltungsbehörde, in deren Bezirk das Gewerbegericht seinen Sitz hat. Diese Bestimmung findet auf Staats- oder Gemeindebeamte, welche ihr Amt kraft staatlicher Ernennung oder Bestätigung verwalteten, keine Anwendung, solange sie dieses Amt bekleiden.

Der Vorsitzende und seine Stellvertreter beziehen in der Regel eine Vergütung (Gehalt) für ihre Tätigkeit.

(wegen der Befugnisse des Vorsitzenden f. auch Entscheidungen desselben.)

Vorsitzender des Innungsschiedsgerichts s. d.

- **des Kaufmannsgerichts.** [§ 11 R. G. G.] Als Vorsitzender und dessen Stellvertreter sollen Personen gewählt werden, welche die Fähigkeit zum Richteramte erlangt haben; auch können Personen gewählt werden, welche die Fähigkeit zum höheren Verwaltungsdienst besitzen. Ausnahmen kann die höhere Verwaltungsbehörde zulassen. Jedenfalls dürfen aber weder Vorsitzender noch Stellvertreter Kaufleute noch Handlungsgehilfen sein.

Sie werden durch den Magistrat und, wo ein solcher nicht vorhanden ist oder das Statut dies bestimmt, durch die Gemeindevertretung, in weiteren Kommunalverbänden durch die Vertretung derselben auf mindestens ein Jahr gewählt.

Die Wahl bedarf der Bestätigung der höheren Verwaltungsbehörde, in deren Bezirk das Kaufmannsgericht seinen Sitz hat. Diese Bestimmung findet auf Staats- oder Gemeindebeamte, welche ihr Amt kraft staatlicher Ernennung oder Bestätigung verwalten, keine Anwendung, solange sie dieses Amt bekleiden. Einer Bestätigung bedarf es ferner nicht, wenn der Vorsitzende des Gewerbegerichts oder sein Stellvertreter zum Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts gewählt sind.

[§ 9 R. G. G.] Wenn nämlich am Sitze des Kaufmannsgerichts bereits ein Gewerbegericht besteht, so sind in der Regel dessen Vorsitzender und seine Stellvertreter, sofern sie die Fähigkeit zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen, zugleich zum Vorsitzenden und zu stellvertretenden Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts zu bestellen.

[§ 14 R. G. G.] Vorsteher oder Mitglieder eines verwaltenden oder beschließenden Organes einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes können zum Vorsitzenden eines Kaufmannsgerichts auch dann gewählt werden, wenn die Gemeinde oder der weitere Kommunalverband ein Handelsgewerbe betreibt.

- **des Prüfungsausschusses** s. Gesellenprüfung.

Vorstand der Innungen. [§ 92 G. D.] Derselbe nimmt neben der Innungsversammlung (s. d.) die Angelegenheiten der Innung wahr. Er wird von der Innungsversammlung auf bestimmte Zeit mittels geheimer Wahl gewählt. Die Wahl durch Zuzuf ist, wenn niemand widerspricht, zulässig.

[§ 92a G. D.] Der Vorstand hat nach näherer Bestimmung des Statuts die laufende Verwaltung zu führen.

(s. auch Anzeigepflicht des Innungsvorstandes.)

[§ 92b G. D.] Die Innungen werden durch ihren Vorstand gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Zu seiner Legitimation

genügt bei allen Rechtsgeschäften die Bescheinigung der Aufsichtsbehörde, daß die darin bezeichneten Personen zur Zeit den Vorstand bilden.

Die Mitglieder des Vorstandes haften für pflichtmäßige Verwaltung wie Vormünder ihren Mündeln.

Vorstand der Zwangsinnungen. [§ 100 r G. D.] Von den Mitgliedern des Vorstandes und der Ausschüsse müssen mindestens zwei Drittel das Recht zur Anleitung von Lehrlingen besitzen und der Regel nach Gesellen und Lehrlinge beschäftigen. Die Mitglieder solcher Ausschüsse, die sich mit der Durchführung der auf die Regelung des Lehrlingswesens gerichteten Bestimmungen zu befassen haben, müssen sämtlich diesen Anforderungen genügen.

— **der Zwangskrankenkassen.** [§ 34 R. V. G.] Jede Kasse muß einen von der Generalversammlung gewählten Vorstand haben. Die Wahl ist eine geheime.

[§ 38 R. V. G.] Die beitragspflichtigen Arbeitgeber haben Anspruch darauf, im Verhältnis ihrer Beiträge im Vorstand vertreten zu sein, jedoch können sie nie mehr als ein Drittel der Stimmen beanspruchen. [§ 38 a R. V. G.] Sie können als ihre Vertreter auch Geschäftsführer oder Betriebsbeamte in den Vorstand entsenden.

[§ 39 R. V. G.] Haben die Arbeitgeber auf die ihnen zustehende Vertretung im Vorstande verzichtet, so können sie diese Vertretung nur mit Ablauf einer Wahlperiode wieder in Anspruch nehmen.

[§ 34 Abs. 2 R. V. G.] Dem Vorstand obliegt die Vertretung der Kasse nach außen. Aber jede Änderung in seiner Zusammensetzung ist der Aufsichtsbehörde (f. d.) binnen einer Woche Anzeige zu erstatten.

[§ 34 a R. V. G.] Die Mitglieder des Vorstandes verwalten ihr Amt als Ehrenamt unentgeltlich, sofern nicht durch das Statut eine Entschädigung für den durch Wahrnehmung der Vorstandsgeschäfte ihnen erwachsenen Zeitverlust und entgehenden Arbeitsverdienst bestimmt wird. Bare Auslagen werden ihnen von der Kasse ersetzt.

[§ 35 R. V. G.] Zur Legitimation des Vorstandes bei allen Rechtsgeschäften genügt die Bescheinigung der Aufsichtsbehörde, daß die darin bezeichneten Personen zur Zeit dem Vorstand angehören.

Der Vorsitzende hat Beschlüsse, welche gegen die gesetzlichen oder statutarischen Bestimmungen verstoßen, unter Angabe der Gründe mit aufschiebender Wirkung zu beanstanden. Die Beanstandung erfolgt mittelst Berichts an die Aufsichtsbehörde.

[§ 42 R. W. G.] Die Vorstandsmitglieder haften der Kasse für pflichtmäßige Verwaltung wie Vormünder ihren Mündeln.

Ist ein Vorstandsmitglied, ein Rechnungs- oder Kassensführer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt oder ist gegen eine dieser Personen auf Verlust der Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Ämter oder auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt, oder werden hinsichtlich einer dieser Personen Tatsachen bekannt, welche sich als grobe Verletzung der Amtspflichten in bezug auf die Kassensführung darstellen, so kann der Betreffende, nachdem ihm und dem Kassenvorstande Gelegenheit zur Äußerung gegeben worden ist, durch die Aufsichtsbehörde seines Amtes enthoben werden. Diese Entscheidung kann binnen 4 Wochen durch ein Verwaltungsstreitverfahren angefochten werden.

Vorübergehende Annahme eines Betriebsbeamten oder Handlungsgehilfen f. Kündigung derselben.

— **Dienstleistungen bei der Invalidenversicherung** f. Invalidenversicherungspflicht.

— **Verhinderung des Dienstverpflichteten.** [§ 616 B. G. B.] Der zur Dienstleistung Verpflichtete wird des Anspruchs auf die Vergütung nicht dadurch verlustig, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Er muß sich jedoch den Betrag anrechnen lassen, welcher ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Kranken- oder Unfallversicherung zukommt.

Dieser allgemeine Rechtsatz findet auch Anwendung auf die besonders geregelten Dienstverträge, also auf Gesellen und Fabrikarbeiter usw. sowie auf kaufmännische Angestellte. Für das Gesinde gilt er nicht.

Zur Geltung kommt diese Bestimmung z. B. bei Krankheit, Einziehung zu einer militärischen Dienstleistung, lebensgefährlicher Erkrankung oder Tod der Eltern, eines Kindes.

Was als „verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit“ zu betrachten ist, hängt von den Umständen ab. Einen Anhalt geben die analogen Vorschriften für Betriebsbeamte und Handlungsgehilfen. Diese Angestellten haben gesetzlich sechswöchige Kündigung zum Vierteljahrschluß. Sie behalten ihren Anspruch auf Gehalt und Unterhalt für die Dauer von sechs Wochen, wenn sie durch „unverschuldetes Unglück“ an der Leistung der Dienste verhindert sind.

Die Pflicht zur Fortzahlung des Lohnes nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches kann der Arbeitgeber übrigens durch Vertrag, z. B. in der Arbeitsordnung aufheben oder beschränken.

Vorzugsrecht für rückständige Beiträge zur Krankenversicherung. [§ 55 Abs. 2 R. V. G.] Rückständige Beiträge und Eintrittsgelder haben bei Konkursen das Vorzugsrecht.

Wählbarkeit zum Amt eines Schöffen. Wählbar zum Amt eines Schöffen ist jeder männliche Deutsche, der volljährig, nicht strafgerichtlich verurteilt und nicht gerichtlich in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.

Wahlen zum Arbeiterausschuß f. d.

— **der Geisiger des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts** f. Wahlen zu denselben.

— **der Gesellenausschüsse.** [§ 95a G. O.] Zur Teilnahme an der Wahl des Gesellenausschusses sind die bei einem Innungsmitgliede beschäftigten volljährigen Gesellen berechtigt, welche sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

Wählbar ist jeder wahlberechtigte Geselle, welcher zum Amte eines Schöffen befähigt ist.

[§ 95b G. O.] Für die Mitglieder des Gesellenausschusses sind Ersatzmänner zu wählen, welche für dieselben in Behinderungsfällen oder im Falle des Ausscheidens für den Rest der Wahlperiode einzutreten haben. Wird auch dann der Gesellenausschuß noch nicht vollzählig, so hat er sich durch Zuwahl zu ergänzen.

— **zum Gewerbegericht.** [§ 14 G. G. G.] Zur Teilnahme an den Wahlen ist nur berechtigt, wer das 25. Lebensjahr vollendet und in dem Bezirk des Gewerbegerichts Wohnung oder Beschäftigung hat. Nichtberechtigt sind die zum Amte eines Schöffen Unfähigen, also namentlich Frauen und Ausländer.

Ist die Zuständigkeit des Gewerbegerichts auf bestimmte Arten von Betrieben beschränkt, so sind nur die Arbeitgeber und Arbeiter dieser Betriebe wählbar und wahlberechtigt.

Mitglieder einer Innung, für die ein Innungsschiedsgericht errichtet ist, sowie deren Arbeiter sind weder wählbar noch wahlberechtigt.

[§ 15 G. G. G.] Die näheren Bestimmungen über die Wahl und das Verfahren bei derselben werden durch das Statut getroffen. Es kann insbesondere festgesetzt werden, daß bestimmte gewerbliche Gruppen je einen oder mehrere Beisitzer zu wählen haben. Auch ist eine Regelung nach den Grundätzen der Verhältniswahl (f. d.) zulässig; dabei kann die Stimmabgabe auf

Vorschlagslisten beschränkt werden, die bis zu einem im Statut festgesetzten Zeitpunkt vor der Wahl einzureichen sind.

Die Wahl kann auch auf Grund von seitens der Gemeindebehörde aufgestellten Wählerlisten erfolgen.

Wegen Beschwerde gegen die Gültigkeit der Wahlen (§. d.).

[§ 18 G. G. G.] Sind Wahlen nicht zu Stande gekommen oder wiederholt für ungültig erklärt, so ist die höhere Verwaltungsbehörde befugt, die Wahl der Beisitzer durch den Magistrat, die Gemeindevertretung oder die Vertretung des weiteren Kommunalverbandes vornehmen zu lassen, die Vorsitzenden und Beisitzer aber selbst zu ernennen, wenn die Vorgenannten die Wahlen nicht vornehmen.

[§ 19 G. G. G.] Name und Wohnort der Mitglieder des Gewerbegerichts sind nach erfolgter rechtsgültiger Wahl öffentlich bekannt zu machen.

(f. auch Ablehnung der Wahlen als Beisitzer zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht.)

Wahl des Sachverständigen für Dampffahrunterforschungen f. Sachverständige für dieselbe.

- der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten bei der Invalidenversicherung f. Invalidenversicherung.
- des Vorsitzenden des Gewerbes und Kaufmannsgerichts f. Vorsitzender derselben.
- zum Vorstand der Innung f. d.
- zum Vorstand bezw. zur Generalversammlung einer Zwangs-
krankenkasse f. Vorstand bezw. Generalversammlung derselben.

Wahlen zur Handwerkskammer f. d.

- zu den Innungsschiedsgerichten f. d.

- zum Kaufmannsgericht. [§ 12 R. G. G.] Die Beisitzer zum Kaufmannsgericht werden je zur Hälfte mittelst Wahl der Kaufleute und der Handlungsgehilfen bestellt. Die Wahl der Beisitzer ist unmittelbar und geheim; sie findet nach den Grundsätzen der Verhältniswahl (§. d.) statt, derart, daß neben den Mehrheitsgruppen auch die Minderheitsgruppen entsprechend ihrer Zahl vertreten sind. Hierbei kann die Stimmabgabe auf Vorschlagslisten beschränkt werden, die bis zu einem im Statut festgesetzten Zeitpunkte vor der Wahl einzureichen sind.

Die Wahl erfolgt auf mindestens ein Jahr und höchstens 6 Jahre. Eine Wiederwahl ist zulässig.

[§ 13 R. G. G.] Zur Teilnahme an den Wahlen ist berechtigt, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat und im Bezirk des Kaufmannsgerichts seine Handelsniederlassung hat oder beschäftigt ist,

aber nur, wenn er die Befähigung zum Amt eines Schöffen hat, also z. B. nicht Frauen und Ausländer.

Im übrigen finden auf die Wahlen die Bestimmungen des Gewerbegerichtsgesetzes entsprechende Anwendung f. Wahlen zum Gewerbegericht.

[§ 15 R. G. G.] Aus den Handlungsgehilfen entnommene Beisitzer, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt erst nach der Wahl den Betrag von 5000 M. übersteigt, bleiben bis zur nächsten Wahl im Amte.

Wahllisten zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht. [§ 15 Abs. 2 G. G. G.] Die Wahlen zum Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) können auch als Listenwahlen stattfinden, d. h. es sind nur solche Personen wahlberechtigt, die in einer vor der Wahl aufgestellten Wählerliste eingetragen sind.

Wahlrecht zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Wahlen zu denselben.

— **der Innungsmitglieder.** [§ 93a G. D.] Nur solche Innungsmitglieder haben das Recht zur Wahl von Vertretern zur Innungsverammlung, welche volljährig, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte und nicht gerichtlich in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Wählbar zu Vorstands- oder Schiedsgerichtsmitgliedern sind nur solche wahlberechtigten Mitglieder, die zum Amt eines Schöffen befähigt sind.

Das Statut kann bestimmen, daß mit ihren Beiträgen wiederholt rückständig gebliebene Mitglieder weder wahlberechtigt noch wählbar sind und von der Teilnahme an den Geschäften der Innung für gewisse Zeit ausgeschlossen sind.

Waisen bei der Invalidenversicherung f. Rückerstattung von Beiträgen zur Invalidenversicherung.

Waisenfürsorge bei der Unfallversicherung f. Hinterbliebenenrente.

Wartezeit bei der Gemeindekrankenversicherung f. Beschränkung der Leistungen der Gemeindekrankenversicherung.

Wartezeit bei der Invalidenversicherung. [§ 29 I. V. G.]

1. für Invalidenrente: 200 Beitragswochen, wenn mindestens 100 Beiträge auf Grund der Versicherungspflicht geleistet sind, andernfalls 500 Beitragswochen;
2. für Altersrente: 1200 Beitragswochen.

— **bei den Zwangskrankenkassen.** [§ 26a Abs. 2 Z. 4 R. V. G.] Durch Kassenstatut kann bestimmt werden, daß Personen, welche freiwillig der Zwangskrankenkasse beitreten, erst nach Ablauf einer auf höchstens 6 Wochen vom Eintritt ab zu bemessenden Frist Krankenunterstützung erhalten.

Waschkonfektion f. Konfektionswerkstätten.

Waschgelegenheit. In manchen Betrieben sind gesetzlich besondere Badeeinrichtungen vorgeschrieben, so z. B. in Zinkhütten, Bleifarben- und Bleizuckerfabriken, Anlagen zur Herstellung von Alkalischromaten usw. Sie können aber überall da gefordert werden, wo in größeren Anlagen die Arbeit besonders schmutzig und gesundheitsgefährlich ist. Sie sind dann erforderlichenfalls nach Geschlechtern getrennt einzurichten. Im übrigen ist für ausreichende Waschgelegenheit, ebenfalls nach Geschlechtern getrennt, wenn möglich mit fließendem Wasser zu sorgen. Was unter ausreichender Waschgelegenheit zu verstehen ist, regelt sich nach der Natur des Betriebes; in der Regel wird man auf je 5 Personen eine Waschangelegenheit rechnen müssen.

Waschräume f. Waschgelegenheit.

Wasserdruckprobe bei Dampfkesseln f. Prüfungen derselben.

Wechsel der Arbeiter f. Regelung des Betriebes.

— in der Person des Unternehmers bei der Unfallversicherung. [§ 60 Abs. 2 G. U. V. G., § 68 L. U. V. G.] Jeder Wechsel in der Person desjenigen, für dessen Rechnung der Betrieb erfolgt, ist dem Vorstande der Berufsgenossenschaft behufs Berichtigung des Katasters anzuzeigen. Unterbleibt dies, so werden die Beiträge von dem in das Kataster eingetragenen Unternehmer forterhoben.

Wegfall der Pausen f. Pausenänderungen.

Weibliche Betriebsbeamte f. Betriebsbeamte.

Weigerung des Lehrlings zur Rückkehr in die Lehre f. Zwangsmaßregeln gegen denselben.

— des Unfallverletzten. [§ 23 Abs. 2 G. U. V. G., § 24 Abs. 2 L. U. V. G.] Wenn der Verletzte sich den auf seine Heilung gerichteten Maßnahmen ohne gesetzlichen oder sonst triftigen Grund widersetzt, so kann ihm der Schadenersatzanspruch auf Zeit ganz oder teilweise versagt werden, sofern er auf diese Folgen hingewiesen ist und nachgewiesen wird, daß durch sein Verhalten die Erwerbsfähigkeit ungünstig beeinflusst wird.

(f. auch ärztliche Untersuchung des Unfallverletzten.)

Weiterbeschäftigung eines kontraktbrüchigen Arbeiters f. Kontraktbruch.

Weitere Kommunalverbände. In Preußen sind darunter zu verstehen die Provinzial- und Kreisverbände, sowie die Bürgermeistereien in der Rheinprovinz und die Ämter in Westphalen.

In Bayern sind es die Distriktsgemeinden, in Sachsen die Bezirksverbände, in Württemberg die Amtskorporationen, in Hessen die Kreise und Provinzen.

Weiterversicherung bei der Invalidenversicherung. [§ 14 I. V. G.]

Weiterversicherern kann sich jede Person, auch nach dem 40. Lebensjahre, wenn sie aus irgend einem Grunde aus der Zwangsversicherung oder dem zur freiwilligen Versicherung berechtigenden Verhältnis ausscheidet.

- bei den Zwangskrankenkassen f. Ausscheiden aus der versicherungs-
pflichtigen Beschäftigung bei der Krankenversicherung.

Werkmeister f. Betriebsbeamte.**Werkstätte im Sinne der Gewerbeordnung.** Der Begriff „Werkstätte“ wird durch die Gewerbeordnung nicht festgelegt.

Es sind hierunter im allgemeinen Räumlichkeiten zu verstehen, welche zur gewerbsmäßigen Herstellung, Bearbeitung oder Verarbeitung von Gegenständen irgend welcher Art bestimmt sind oder dazu regelmäßig benutzt werden, auch fallen unter die Werkstätte gewisse der Körperpflege dienende Lokale, wie die Geschäftsräume der Barbiers und Friseure.

Das Vorhandensein eines geschlossenen und überdachten Raumes ist nicht immer nötig, ein Seilerplatz ist z. B. eine Werkstätte. Das Gewerbslokal braucht nicht zu dauerndem Gebrauche eingerichtet zu sein, eine Werkstätte kann auch vorübergehend errichtet werden. Unerheblich ist ferner die Bezeichnung, auch Anstalten, die sich Ateliers nennen, können hierher gehören. Notwendig mit einer Werkstätte verknüpft braucht auch nicht die Beschäftigung fremder Personen zu sein, doch finden nur in deren Anwesenheit die meisten Bestimmungen der Gewerbeordnung Anwendung.

(f. auch Werkstätte im Sinne des Kinderschutzgesetzes und Fabrik im Sinne der Gewerbeordnung.)

- im Sinne des Kinderschutzgesetzes. [§ 18 R. S. G.] Als Werkstätten gelten neben den Werkstätten im Sinne der Gewerbeordnung (f. d.) auch Räume, die zum Schlafen, Wohnen oder Kochen dienen, wenn darin gewerbliche Arbeit verrichtet wird, sowie im Freien gelegene gewerbliche Arbeitsstellen.

Werkvertrag. Der Werkvertrag steht im Gegensatz zum Dienstvertrag (f. d.). Der Unterschied besteht darin, daß beim Dienstvertrag jemand eine bestimmte Zeit zu arbeiten sich verpflichtet, beim Werkvertrag aber die Leistung eines fertigen Werkes übernommen wird.

[§ 631 B. G. B.] Durch den Werkvertrag wird der Unternehmer zur Herstellung des versprochenen Werkes, der Besteller zur Entrichtung der vereinbarten Vergütung verpflichtet.

Gegenstand des Werkvertrages kann sowohl die Herstellung oder Veränderung einer Sache als ein anderer, durch Arbeit oder Dienstleistung herbeizuführender Erfolg sein.

[§ 632 B. G. B.] Eine Vergütung gilt als stillschweigend vereinbart, wenn die Herstellung des Werkes den Umständen nach nur gegen eine Vergütung zu erwarten ist.

Ist die Höhe der Vergütung nicht bestimmt, so ist bei dem Bestehen einer Lage die tagmäßige Vergütung, in Ermangelung einer Lage die übliche Vergütung als vereinbart anzusehen.

Wert des Streits bezw. Geschwerdegegenstandes vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht f. Berufung im Sinne des Gewerbegerichtsgesetzes.

Wesentliche Änderung im Zustande eines Unfallverletzten f. Veränderungen der Verhältnisse bei Unfallentschädigungen.

— **Änderungen bei genehmigungspflichtigen Anlagen** sind solche, bei denen die Möglichkeit vorliegt, daß durch sie für die Besitzer oder Bewohner benachbarter Grundstücke oder für das Publikum überhaupt erhebliche Nachteile, Gefahren oder Belästigungen herbeigeführt werden können.

Wichtiger Grund zur Kündigung f. Austritt aus der Arbeit ohne Kündigung.

Widerklage beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Gegen die Klage beim Gewerbe- oder Kaufmannsgericht kann der Beklagte wie im gewöhnlichen Gerichtsverfahren einen Gegenanspruch durch Widerklage geltend machen, wenn dieser mit dem in der Klage geltend gemachten Anspruch oder mit den dagegen vorgebrachten Beweismitteln im Zusammenhang steht. Es müssen diese Gegenansprüche jedoch ebenfalls zur Zuständigkeit des Gewerbegerichts (Kaufmannsgerichts) gehören.

Widerrufliche Genehmigung zur Überarbeit f. Überarbeit.

Widerlegung des Unfallverletzten f. Weigerung des Unfallverletzten.

Widerspruch gegen die Feststellung von Beiträgen zur Unfallversicherung f. Umlageverfahren bei der Unfallversicherung.

— **gegen den Haushaltsplan der Zwangsinnungen** f. Haushaltsplan derselben.

Wiederaufleben des Anspruchs auf Invalidenrente f. Erlöschen desselben.

Wiederaufnahme des Heilverfahrens bei der Unfallversicherung f. Unfallversicherung.

— **des Verfahrens vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht.** Nach der Zivilprozeßordnung erfolgt die Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Endurteil geschlossenen Verfahrens durch Nichtigkeitsklage (f. d.) und durch Restitutionsklage.

— **des Verfahrens bei der Unfall- und Invalidenversicherung.** [§ 84 G. U. V. G., § 90 U. V. G., § 119 I. V. G.] Hier finden die

Vorschriften der Zivilprozeßordnung (§§ 578 ff) über die Wiederaufnahme des Verfahrens entsprechende Anwendung.

Wiederbeschäftigung eines Lehrlings f. Abergang desselben in einen anderen Beruf.

Wiedereintritt in die Krankenversicherung nach Ableistung militärischer Dienstleistungen und bei zeitweiliger Betriebseinstellung f. Eintrittsgeld zu den Zwangsinnungen.

Wiederholte Pflichtverletzung des Lehrlings f. Entlassung desselben.

Wiederholung eines Antrages auf Invalidenrente f. Feststellung derselben.

— der Gesellenprüfung f. d.

— des Sühneversuchs vor dem Gewerbe und Kaufmannsgericht f. Sühneversuch.

Wiederkehrende Untersuchungen von Dampfkesseln f. Prüfungen derselben.

Wiederverheiratung der Witwe bei der Unfallversicherung f. Hinterbliebenenrente.

Wiederwahl zum Gewerbe und Kaufmannsgericht f. Beisitzer.

— des Vorsitzenden und der Beisitzer des Gewerbe und Kaufmannsgerichts f. Vorsitzender und Beisitzer derselben.

Wirklicher Arbeitsverdienst im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes. [§ 26a Abs. II 3. 6 R. V. G.] Durch Kassenstatut kann bestimmt werden, daß die Unterstützungen und Beiträge, statt nach dem durchschnittlichen Tagelohn in Prozenten des wirklichen Arbeitsverdienstes festgesetzt werden, soweit dieser 5 Mark für den Arbeitstag nicht übersteigt.

Witwe bei der Invalidenversicherung f. Rückerstattung von Beiträgen zur Invalidenversicherung.

Witwens und Witwerrente bei der Unfallversicherung f. Hinterbliebenenrente bei derselben.

Wöchnerinnen f. Wöchnerinnenarbeit.

Wöchnerinnenarbeit. [§ 137 Abs. 5 G. D.] Wöchnerinnen dürfen während vier Wochen nach ihrer Niederkunft überhaupt nicht und während der folgenden zwei Wochen nur beschäftigt werden, wenn das Zeugnis eines approbierten Arztes dies für zulässig erklärt hat.

Vorstehende Bestimmung gilt für Fabriken und diesen gleichgestellte Anlagen, Motorwerkstätten aller Art und Konfektionswerkstätten.

Wöchnerinnen im Sinne obiger Bestimmung sind sowohl die ehelich wie die unehelich Gebärenden.

Wöchnerinnenschutz f. Wöchnerinnenarbeit.

Wöchnerinnenunterstützung der Zwangskrankenkassen f. Leistungen derselben.

Wochenbeitrag zur Invalidenversicherung f. Entrichtung der Beiträge zur Invalidenversicherung.

Wochenbett bei der Invalidenversicherung f. Beitragswoche.

Wohnsitz im Sinne des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts. Der Wohnsitz kann an mehreren Orten bestehen, er ist überall dort begründet, wo sich eine Person ständig niederläßt, und wird von ihr aufgehoben, wenn sie die Niederlassung mit der Absicht der Aufgabe tatsächlich aufgibt. Minderjährige bedürfen zur Begründung und Aufgabe eines Wohnsitzes der Willensübereinstimmung mit ihrem gesetzlichen Vertreter. Ehefrauen und Kinder teilen in der Regel den Wohnsitz des Familienvaters.

Zahlung der Beiträge zur Invalidenversicherung f. Entrichtung derselben.

— **der Beiträge zur Krankenversicherung** f. Beiträge zu den Zwangskrankenkassen bezw. zur Gemeindekrankenversicherung.

— **der Beiträge zur Unfallversicherung** f. Umlageverfahren bei der Unfallversicherung.

— **der Innungsbeiträge** f. Beiträge zu freien und Zwangsinnungen.

— **der Invaliden- und Altersrente** f. Auszahlung derselben.

— **des Krankengeldes.** [§ 6 Abs. III R. V. G.] Das Krankengeld ist nach Ablauf jeder Woche zu zahlen.

(f. auch Beiträge zu den Zwangskrankenkassen.)

— **des Lohnes** f. Lohnzahlung.

— **der Unfallrente** f. Auszahlung der Unfallentschädigungen.

— **der Zusatzbeiträge zur Krankenversicherung.** [§ 52b R. V. G.] Zusatzbeiträge der Versicherten für besondere, auf Antrag zu gewährende Kassenleistungen an Familienangehörige sind von den Versicherten selbst zu zahlen.

Zahlungspflicht der Innungsmitglieder f. Beiträge zu den Zwangsinnungen.

Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers bei der Krankenversicherung f. Beiträge zu den Zwangskrankenkassen.

Zeichnungen bei Genehmigungsgesuchen f. genehmigungspflichtige Anlagen.

— **für Kesselgenehmigungsgesuche** f. Genehmigung von Dampfkesseln.

Zeit der Abrechnung f. Abrechnung des Lohnes.

— **zum Auffuchen eines anderen Dienstes.** [§ 629 B. G. B.] Nach der Kündigung eines Arbeitsverhältnisses hat der Dienstberechtigte,

also der Arbeitgeber, dem Verpflichteten, also dem Arbeiter, Handlungsgehilfen usw. auf Verlangen angemessene Zeit zum Auffuchen eines anderen Dienstverhältnisses zu gewähren.

Zeit zum Besuch des Fortbildungsschulunterrichts s. Fortbildungsschulunterricht.

Zeitpunkt des Inkrafttretens der Arbeitsordnung s. Inkrafttreten derselben.

Zentralbehörde s. Landeszentralbehörde im Sinne der Gewerbeordnung.

— **im Sinne des Gewerbes und Kaufmannsgerichtsgesetzes** ist in Preußen der Minister für Handel und Gewerbe, in den meisten übrigen Bundesstaaten das Ministerium des Innern.

— **im Sinne des Krankens und Unfallversicherungsgesetzes.** Zentralbehörde ist:

in Preußen: für die Krankenkassen und die gewerblichen Berufsgenossenschaften der Minister für Handel und Gewerbe, für die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften der Minister für Landwirtschaft u.;

in Bayern: das Staatsministerium des Innern; desgl. in Sachsen, Baden, Württemberg und den meisten übrigen Bundesstaaten.

Zerstörte Quittungskarte s. d.

Zeugen vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht. [§ 44 G. G. G.]

Beschließt das Gericht die Vernehmung von Zeugen, so sind dieselben, falls sie nicht von den Parteien zur Stelle gebracht sind, zu laden. Die Beeidigung derselben erfolgt nur, wenn das Gericht die Beeidigung zur Herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Aussage für notwendig erachtet oder wenn eine Partei dieselbe beantragt. Es sollen eben Eidesleistungen in geringfügigen Sachen möglichst eingeschränkt, auch wieder das Verfahren vereinfacht werden.

Auf keinen Fall dürfen der Zivilprozeßordnung entsprechend vereidigt werden:

1. Personen unter 16 Jahren oder solche, denen wegen Verstandesschwäche das notwendige Verständnis für die Bedeutung des Eides fehlt;
2. Personen, welche wegen Meineids rechtskräftig verurteilt worden sind;
3. Personen, welche keinen Gebrauch machen von dem Recht der Zeugnisverweigerung, das sie wegen naher Verwandtschaft mit den Parteien oder deshalb, weil die Beantwortung ihnen selbst oder ihren Angehörigen einen unmittelbaren

Vermögensschaden, Unehre oder strafgerichtliche Verfolgung zuziehen könnte, besitzen;

4. Personen, welche bei dem Ausgang des Rechtsstreites unmittelbar beteiligt sind.

Die Personen zu 3 und 4 kann jedoch das Gericht noch nachträglich vereidigen.

(Wegen Verweigerung des Zeugnisses s. d.)

Erscheint ein ordnungsmäßig geladener Zeuge nicht im Termin, so ist er in die durch das Ausbleiben verursachten Kosten sowie zu einer Geldstrafe bis zu 300 Mark, im Unvermögensfalle in eine Haftstrafe bis zu 6 Wochen zu verurteilen. Er ist zum Erscheinen im Vernehmungstermin nur dann nicht verpflichtet, wenn er zur Verweigerung des Zeugnisses berechtigt ist und dies schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers erklärt hat.

Die Zeugen haben nach Maßgabe der Gebührenordnung Anspruch auf Entschädigung für Zeitversäumnis bis zu 1 Mark pro Stunde, jedoch höchstens 10 Mark pro Tag und auf Erstattung der durch Reise und Aufenthalt entstandenen Kosten.

Zeugengebühren vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht s. Zeugen vor denselben.

Zeugnis des Arztes für Wöchnerinnen s. Wöchnerinnenarbeit.

— **des Lehrkings** s. Lehrzeugnis.

— **für minderjährige Arbeiter** s. Zeugnisse.

Zeugnisse. [§ 113 G. D.] Beim Abgang der Arbeiter desgl. der Betriebsbeamten usw. ist diesen auf ihr Erfordern ein schriftliches Zeugnis über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung zu erteilen, dasselbe darf jedoch nicht in das Arbeitsbuch eingetragen werden.

Auf Verlangen der Arbeiter ist das Zeugnis auch auf ihre Führung und ihre Leistungen auszudehnen. Diese Bestimmung gilt ganz allgemein auch bei Beendigung eines dauernden Dienstverhältnisses (§ 630 B. G. B.).

Den Arbeitgebern ist es untersagt, die Zeugnisse mit Merkmalen zu versehen, welche den Zweck haben, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaut des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen.

Zu widerhandlungen sind strafbar (s. Strafbestimmungen der Gewerbeordnung).

Bei minderjährigen Arbeitern kann das Zeugnis vom Vater oder Vormund gefordert werden. Diese können auch verlangen, daß das Zeugnis an sie, nicht an den Minderjährigen ausgehändigt wird. Mit Genehmigung der Gemeindebehörde

des Heimatsorts kann jedoch auch gegen den Willen des Vaters oder Vormundes die Aushändigung unmittelbar an den Arbeiter erfolgen.

[§ 114 G. D.] Die Ortspolizeibehörde muß auf Antrag des Arbeiters das Zeugnis kosten- und stempelfrei beglaubigen.

Streitigkeiten über die Zeugnisse gehören vor die Gewerbe-gerichte.

[§ 73 H. G. B.] Auch Handlungsgehilfen können nach Beendigung des Dienstverhältnisses ein schriftliches Zeugnis über die Art und Dauer der Beschäftigung fordern, das auf Verlangen auch auf die Führung und die Leistungen auszudehnen ist.

Auf Antrag des Handlungsgehilfen hat die Ortspolizeibehörde das Zeugnis kosten- und stempelfrei zu beglaubigen.

(s. außerdem Lehrzeugnis.)

Züchtigung des Lehrlings. Da der Lehrling der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterworfen ist, so steht diesem, nicht jedoch seinem Vertreter, auch das Recht der körperlichen Züchtigung des Lehrlings zu.

Selbstverständlich darf das Recht nur milde gehandhabt und kein Mißbrauch davon gemacht werden. Für Mißhandlungen des Lehrlings ist der Lehrherr sowohl strafrechtlich wie zivilrechtlich haftbar, auch berechtigen solche zur Aufhebung des Lehrvertrages.

Zugelassene Kasseneinrichtungen im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes s. besondere Kasseneinrichtungen bei der Invalidenversicherung.

Zugeschobener Eid s. Eide vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht.

Zulässige Lohnabzüge s. Abzüge vom Lohn.

Zulassung zur Gesellenprüfung s. d.

— zum Gewerbebetrieb s. Gewerbefreiheit und Gesellen- und Meisterprüfung.

— zur Meisterprüfung s. d.

Zulassungsbehörden für genehmigungspflichtige Anlagen. In Preußen sind das die unter „genehmigungspflichtige Anlagen“ selbst genannten;

in Bayern in erster Instanz die Distriktsverwaltungsbehörden, in München die Lokalbaukommission, in zweiter Linie die Kreisregierungen, Kammer des Innern;

in Sachsen in erster Instanz die untere Verwaltungsbehörde (Amtshauptmannschaft, Stadtrat) unter Mitwirkung des Bezirksausschusses, in zweiter Instanz die Kreishauptmannschaft;

in Württemberg in erster Instanz die Kreisregierung, in der Rekursinstanz das Ministerium des Innern;

in Baden in erster Instanz der Bezirksarzt, in zweiter Instanz das Ministerium des Innern;

in Hessen in erster Instanz der Kreisaußschuß, in zweiter Instanz das Ministerium des Innern.

Zurichtungsarbeiten an Sonntagen f. Änderungsarbeiten an denselben.

Zurückbehaltung des Arbeitsbuches f. d.

— **der Arbeitskarte** f. d.

— **des Lohnes.** Durch das Aufrechnungsverbot (f. Aufrechnung des Lohnes) wird, wenigstens nach vielfach vertretener Ansicht, nicht das auf § 273 des Bürgerlichen Gesetzbuches beruhende Zurückbehaltungsrecht ausgeschlossen. Danach hat der Arbeitgeber, wenn er aus demselben rechtlichen Verhältnis, auf dem die Lohnforderung des Arbeiters beruht (also aus dem Arbeitsvertrag), einen fälligen Anspruch gegen den Arbeiter (z. B. auf Schadenersatz) hat, ein Recht, den Lohn des Arbeiters zurückzubehalten. Dieses Recht ist aber vielfach bestritten und da es in der Praxis auf ein Aufrechnungsrecht hinauslaufen würde, kaum anwendbar.

(f. auch Lohninbehalten und Verwirkung des Arbeitslohnes.)

— **der Quittungskarte** f. d.

Zurückerstattung von Beiträgen zu den Zwangskrankenkassen f. Beiträge zu denselben.

Zurückführung des Lehrlings f. Zwangsmaßregeln gegen denselben.

Zurückgeschobener Eid f. Eide vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht.

Zurücknahme der Genehmigung zu Pausenänderungen f. Pausenänderungen.

— **der Klage vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht.** Wenn der Kläger die Ausichtslosigkeit seines Anspruches einsieht, so kann er seine Klage zurücknehmen. Er kann dies jedoch ohne Einwilligung des Gegners nur bis zum Beginn der mündlichen Verhandlung. Die Zurücknahme der Klage hat zur Folge, daß der Rechtsstreit als überhaupt nicht anhängig geworden angesehen wird, sie verpflichtet den Kläger zur Kostentragung. Diese Verpflichtung muß auf Antrag des Beklagten durch Urteil ausgesprochen werden.

Zurückweisung eines wiederholten Antrags auf Invalidenrente f. Feststellung derselben.

Zurückzahlung von Beiträgen zur Invalidenversicherung f. Rückerstattung von Beiträgen zur Invalidenversicherung.

Zusammensetzung des Einigungsamtes des Gewerbes und Kaufmannsgerichts. [§ 67 G. G. G.] Das Gewerbegericht (Kaufmannsgericht),

welches als Einigungsamt tätig ist, besteht neben dem Vorsitzenden aus Vertrauensmännern der Arbeitgeber und der Arbeiter bzw. Gehülfen in gleicher Zahl.

Die Vertrauensmänner sind von den Beteiligten zu bezeichnen. Erfolgt die Bezeichnung nicht, so werden die Vertrauensmänner durch den Vorsitzenden ernannt.

Einigen sich die Beteiligten über die Zahl der zuzuziehenden Vertrauensmänner nicht, so ist die Zahl derselben von dem Vorsitzenden auf mindestens 2 für jeden Teil zu bestimmen.

Die Vertrauensmänner dürfen nicht zu den Beteiligten gehören, brauchen aber auch nicht Weisiger des Gewerbegerichts zu sein. Der Vorsitzende ist außerdem befugt, eine oder zwei unbeteiligte Personen als Weisiger mit beratender Stimme zuzuziehen; vor der Zuziehung sind beide Teile zu hören.

Zusammensetzung des Gewerbes und Kaufmannsgerichts. [§ 10 G. G. G., § 9 R. G. G.] Für jedes Gewerbe- und Kaufmannsgericht sind ein Vorsitzender, mindestens ein Stellvertreter und mindestens 4 Weisiger zu berufen. Bei Gewerbegerichten, die aus mehreren Abteilungen oder Kammern bestehen, können mehrere Vorsitzende bestellt werden.

Falls am gleichen Ort Gewerbegericht und Kaufmannsgericht bestehen, treten bezüglich des Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts besondere Verhältnisse ein (s. Vorsitzender des Kaufmannsgerichts).

— des Reichsversicherungsamtes s. d.

— des Schiedsgerichts s. d.

Zusatzbeiträge zur Krankenversicherung s. Beiträge zu den Zwangs-
krankenkassen und zur Gemeindekrankenversicherung und Er-
weiterung der Leistungen der Zwangskrankenkassen und der
Gemeindekrankenversicherung.

Zusatzpause s. Pausen.

Zuschläge zu den Beiträgen zur Unfallversicherung s. Unfallverhütungs-
vorschriften.

Zuschüsse der Arbeitgeber zur Krankenkasse s. Zuschußpflicht zur
Krankenversicherung.

— der Betriebsunternehmer zur Krankenversicherung s. Betriebs-
krankenkassen.

Zuschußkassen s. eingeschriebene Hilfskassen.

— bei der Invalidenversicherung. Pensionskassen, welche die Für-
sorge für Alter und Invalidität zum Gegenstande haben, können
neben den reichsgesetzlichen Versicherungsanstalten bestehen bleiben
und gewähren ihre statutenmäßige Leistungen selbständig. Sie
können jedoch mit behördlicher Genehmigung unter gleichzeitiger

Herabsetzung der Beiträge die Leistungen für solche Personen, welche auf Grund des Gesetzes Anspruch auf Invaliden- oder Altersrente haben, um den Wert der letzteren oder auch eines Teiles desselben herabsetzen.

Zuschußpflicht zur Krankenversicherung. Bei den Betriebs-, Bau- und Innungskrankenkassen sieht das Gesetz, wenn die zulässigen Höchstbeiträge nicht ausreichen, die Lasten zu decken, vor, daß seitens des Betriebsunternehmers, des Bauherrn oder der Innung Zuschüsse aus eigenen Mitteln ohne Aussicht auf Rückerstattung zu leisten sind.

Zuständigkeit der Vergewerbegerichte §. d.

— des **Einigungsamtes des Gewerbes und Kaufmannsgerichts** §. Einigungsamt derselben.

— des **Gemeindevorstehers** §. Verfahren vor demselben.

— der **Gewerbegerichte**. [§ 4 G. G. G.] Die Gewerbegerichte sind ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes (also auch bei Objekten über 300 Mark) zuständig für Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern im Sinne des Gewerbegerichtsgesetzes (§. d.):

1. über den Austritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses sowie über die Aushändigung oder den Inhalt des Arbeitsbuches, Zeugnisses, Lohnbuches, Arbeitszettels oder Lohnzahlungsbuches;
2. über die Leistungen aus dem Arbeitsverhältnis;
3. über die Rückgabe von Zeugnissen, Büchern, Legitimationspapieren, Urkunden, Gerätschaften, Kleidungsstücken, Rationen und dergleichen, welche aus Anlaß des Arbeitsverhältnisses übergeben worden sind;
4. über Ansprüche auf Schadensersatz oder auf Zahlung einer Vertragsstrafe wegen Nichterfüllung oder nicht gehöriger Erfüllung der Verpflichtungen, welche die vorher benannten Gegenstände betreffen, sowie wegen gesetzwidriger oder unrichtiger Eintragungen in Arbeitsbücher, Zeugnisse, Lohnbücher, Arbeitszettel, Lohnzahlungsbücher, Krankenkassenbücher oder Quittungskarten der Invalidenversicherung;
5. über die Berechnung und Anrechnung der von den Arbeitern zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge und Eintrittsgelder in die Krankenkasse;
6. über die Ansprüche, welche auf Grund der Übernahme einer gemeinsamen Arbeit von Arbeitern desselben Arbeitgebers gegen einander erhoben werden.

Streitigkeiten über eine Konventionalstrafe, welche für den Fall ausbedungen ist, daß der Arbeiter nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses ein solches bei anderen Arbeitgebern eingeht oder ein eigenes Geschäft errichtet, gehören nicht zur Zuständigkeit des Gewerbegerichts.

[§ 5 G. G. G.] Zur Zuständigkeit der Gewerbegerichte gehören ferner ohne weiteres Streitigkeiten der oben bezeichneten Art zwischen Heimarbeitern oder Hausgewerbetreibenden und ihren Arbeitgebern, sofern die Beschäftigung auf die Bearbeitung oder Verarbeitung der den ersteren von den Arbeitgebern gelieferten Rohstoffe oder Halbfabrikate beschränkt ist. Das gleiche gilt von derartigen Streitigkeiten zwischen solchen Hausgewerbetreibenden untereinander.

Streitigkeiten derjenigen Hausgewerbetreibenden, welche die Rohstoffe oder Halbfabrikate selbst beschaffen, unterliegen der Zuständigkeit der Gewerbegerichte nur dann, wenn es durch das Statut derselben ausdrücklich bestimmt ist.

[§ 6 G. G. G.] Durch die Zuständigkeit eines Gewerbegerichts wird die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte ausgeschlossen.

[§ 8 G. G. G.] Die Grenze der Zuständigkeit ist durch das Statut zu regeln.

(f. auch örtliche Zuständigkeit des Gewerbegerichts.)

Zuständigkeit der Innungsschiedsgerichte. Die Innungsschiedsgerichte sind nicht nur für Streitigkeiten zwischen Innungsmeistern und ihren Gesellen zuständig, sondern umfassen auch die Arbeiter bei Innungsmitgliedern, die daher auch mit zu den Gerichten wählen.

— **der Kaufmannsgerichte.** [§ 5 R. G. G.] Die Kaufmannsgerichte sind ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes zuständig für Streitigkeiten zwischen Kaufleute und Handlungsgehilfen, bezw. Lehrlingen, wenn sie betreffen:

1. den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses sowie die Aushändigung oder den Inhalt des Zeugnisses;
2. die Leistungen aus dem Dienst- oder Lehrverhältnis;
3. die Rückgabe von Sicherheiten, Zeugnissen, Legitimationspapieren oder anderen Gegenständen, welche aus Anlaß des Dienst- oder Lehrverhältnisses übergeben worden sind;
4. die Ansprüche auf Schadenersatz oder Zahlung einer Vertragsstrafe wegen Nichterfüllung oder nicht gehöriger Erfüllung der Verpflichtung, welche die obenbezeichneten Gegenstände betreffen, sowie wegen gesetzwidriger oder unrichtiger

Eintragungen in Zeugnisse, Krankenkassenbücher oder Quittungskarten der Invalidenversicherung;

5. die Berechnung und Anrechnung der von den Handlungsgehilfen und Lehrlingen zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge und Eintrittsgelder in die Krankenkasse;
6. die Ansprüche aus einer Vereinbarung, durch welche der Handlungsgehilfe oder Lehrling für die Zeit nach Beendigung des Dienst- oder Lehrverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird.

(f. auch Geltungsbereich der Kaufmannsgerichte)

[§ 6 R. G. G.] Durch die Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts wird die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte ausgeschlossen.

(f. auch Beschränkung der Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte.)

Wegen der örtlichen Zuständigkeit f. örtliche Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts.

[§ 7 Abs. 2 R. G. G.] Die Landeszentralbehörde kann die örtliche Zuständigkeit eines von ihr errichteten Kaufmannsgerichts ausdehnen. Die beteiligten Ortsbehörden sind vorher zu hören.

Die Grenze der Zuständigkeit muß stets durch das Statut geregelt sein.

Zustandekommen einer Vereinbarung oder eines Schiedspruchs vor dem Einigungsamt f. Verfahren vor demselben.

Zustandsänderung bei der Unfallversicherung f. Veränderungen der Verhältnisse bei Unfallentschädigungen.

Zustellungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts. [§ 32 G. G. G.]

Zustellungen im Verfahren vor den Gewerbegerichten (Kaufmannsgerichten) erfolgen von Amts wegen, d. h. das Gericht bewirkt die Zustellung selbst, während im ordentlichen Prozeß der Zustellungsbeamte im Auftrage der Parteien handelt.

Urteile und Beschlüsse, gegen welche ein Rechtsmittel stattfindet, sind den Parteien zuzustellen, soweit diese nicht auf die Zustellung verzichten. Sonstige Urteile und Beschlüsse sind einer Partei nur zuzustellen, wenn sie nicht in Abwesenheit derselben verkündet sind. Auf Verlangen einer Partei ist derselben auch Ausfertigung eines in ihrer Abwesenheit verkündeten Urteils oder Beschlusses zu erteilen.

Anträge und Erklärungen einer Partei, welche zugestellt werden sollen, sind bei dem Gericht einzureichen oder mündlich zum Protokoll des Gerichtsschreibers anzubringen.

Sofern durch die Zustellung eine Frist gewahrt oder die Verjährung unterbrochen werden soll, tritt diese Wirkung, wenn die

Zustellung demnächst erfolgt, bereits mit der Einreichung oder Anbringung des Antrags oder der Erklärung ein.

[§ 33 G. G. G.] Der Gerichtsschreiber hat für die Bewirkung der Zustellung Sorge zu tragen und die bei derselben zu übergebenden Abschriften zu beglaubigen. Er hat das zu übergebende Schriftstück in einem verschlossenen, mit der Adresse der Person, an welche zugestellt werden soll, sowie mit einer Geschäftsnummer versehenen Briefumschlage dem Zustellungsbeamten (Gemeinde- oder Gerichtsvollzieher) und im Falle der Zustellung durch die Post dieser zur Zustellung zu übergeben. Auf den Briefumschlag ist der Vermerk zu setzen: Vereinfachte Zustellung. Die Geschäftsnummer ist in den Akten zu vermerken.

[§ 34 G. G. G.] Die von dem Zustellungsbeamten oder dem Postboten aufzunehmende Zustellungsurkunde muß die Art und Weise, in welcher der seiner Adresse und seiner Geschäftsnummer nach bezeichnete Briefumschlag übergeben ist, insbesondere den Ort und die Zeit der Abergabe sowie die Person, welcher das Schreiben zugestellt ist, bezeichnen, und wenn die Zustellung nicht an den Adressaten persönlich erfolgt ist, den Grund hiervon angeben. Die Urkunde ist von dem die Zustellung vollziehenden Beamten zu unterschreiben.

Bei der Zustellung wird eine Abschrift der Zustellungsurkunde nicht übergeben. Der Tag der Zustellung ist von dem zustellenden Beamten auf dem Briefumschlag zu vermerken.

Die Zustellung der Ladung muß spätestens am Tage vor dem Termin erfolgen.

Aber die Fälle, bei denen keine Zustellung erforderlich ist, §. Verhandlungstermin beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht.

Zustellungsurkunde beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht §. Zustellungen derselben.

Zustellungsverfahren beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht §. Zustellungen derselben.

Zustimmung zur Aufhebung des Innungszwanges §. Schließung einer Zwangsinnung.

— **zur Ausstellung eines Arbeitsbuches bezw. einer Arbeitskarte** §. Arbeitsbücher und Arbeitskarte.

— **des Versicherten zu einem Heilverfahren bei der Invalidenversicherung** §. Heilverfahren bei derselben.

Zutritt zu den Betriebsstätten bei der Unfallversicherung §. Überwachung der Betriebe bei der Unfallversicherung.

— **zu Fabriken und gewerblichen Anlagen** §. Gewerbeaufsichtsbeamte.

Zuwahl zum Gesellenausschuß §. d.

Zuwahl zur Handwerkskammer s. d.

Zuweisung zu einer Ortskrankenkasse s. Ortskrankenkassen.

Zuziehung des Antragstellers auf Invaliden- und Altersrente s. Feststellung derselben.

— der Weisiger zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht s. Besetzung derselben.

Zwang zur Errichtung einer Betriebskrankenkasse s. Betriebskrankenkassen.

— zur Errichtung eines Gewerbe- und Kaufmannsgerichts s. Errichtung derselben.

Zwangsinnungen. Die Zwangsinnungen stehen im Gegensatz zu den freien Innungen. Der Innungszwang erstreckt sich nur auf das Handwerk und darf nur unter bestimmten Voraussetzungen festgesetzt werden. Es heißt in der Gewerbeordnung:

[§ 100 G. D.] Zur Wahrung der gemeinsamen gewerblichen Interessen der Handwerker gleicher oder verwandter Art ist durch die höhere Verwaltungsbehörde auf Antrag der Beteiligten anzuordnen, daß innerhalb eines bestimmten Bezirks sämtliche Gewerbetreibende, welche das gleiche oder verwandte Handwerk ausüben, einer neu zu errichtenden Innung (Zwangsinnung) als Mitglieder anzugehören haben, wenn

1. die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden der Einführung des Beitrittszwanges zustimmt;
2. der Bezirk der Innung so abgegrenzt ist, daß kein Mitglied durch die Entfernung seines Wohnorts vom Sitze der Innung behindert wird, am Genossenschaftsleben teilzunehmen und die Innungseinrichtungen zu benutzen, und
3. die Zahl der im Bezirk vorhandenen beteiligten Handwerker zur Bildung einer leistungsfähigen Innung ausreicht.

Der Antrag kann auch darauf gerichtet werden, daß nur solche Handwerker, welche der Regel nach Gefellen oder Lehrlinge halten, eine Innung bilden sollen.

Der Antrag kann auch von einer bereits bestehenden freien Innung ausgehen. Er kann ohne Herbeiführung einer Abstimmung abgelehnt werden, wenn die Antragsteller nur einen verhältnismäßig kleinen Bruchteil der beteiligten Handwerker bilden oder ein gleicher Antrag bei einer innerhalb der letzten drei Jahre stattgefundenen Abstimmung von der Mehrheit der Beteiligten abgelehnt worden oder bereits durch anderweitige Einrichtungen ausreichende Fürsorge für die Wahrnehmung der gemeinsamen gewerblichen Interessen der beteiligten Handwerker getroffen ist.

[§ 100a G. D.] Um festzustellen, ob die Mehrheit dem Antrag zustimmt, hat die höhere Verwaltungsbehörde die beteiligten Gewerbetreibenden durch ortsübliche Bekanntmachung oder besondere Mitteilung zu einer Äußerung für oder gegen die Einführung des Beitrittszwanges aufzufordern. Bei der Abstimmung entscheidet die einfache Mehrheit derjenigen, welche sich an derselben beteiligen.

[§ 100b G. D.] Die Verfügung, durch welche die Errichtung einer Zwangsinnung angeordnet wird, muß den Zeitpunkt der Wirksamkeit der Anordnung bezeichnen und den Namen und Sitz der Innung, die Abgrenzung ihres Bezirks und die Bezeichnung derjenigen Gewerbe enthalten, für welche sie errichtet wird.

Die höhere Verwaltungsbehörde hat die Verfügung amtlich zu veröffentlichen.

Gegen den Erlaß der Anordnung oder die Versagung steht den beteiligten Gewerbetreibenden binnen vier Wochen die Beschwerde an die Landeszentralbehörde zu, welche endgültig entscheidet. Die Frist läuft vom Tage der Veröffentlichung des Erlasses der Anordnung, im Falle der Versagung vom Tage der Eröffnung des Bescheids ab.

Bei Errichtung einer Zwangsinnung sind andere für die gleichen Gewerbszweige innerhalb des Bezirks der Zwangsinnung bestehende Innungen zu schließen.

Innungen, welche außer diesen noch andere Gewerbszweige umfassen, bleiben bestehen. Diejenigen Mitglieder, welche der Zwangsinnung anzugehören haben, scheiden kraft Gesetzes aus der bisherigen Innung aus.

[§ 100d G. D.] Gegen die Versagung der Genehmigung des Innungsstatuts und seiner Abänderungen ist binnen vier Wochen die Beschwerde an die Landeszentralbehörde zulässig; diese entscheidet endgültig.

[§ 100e G. D.] Das Statut ist in geeigneter Weise, am besten also durch Aushändigung eines Statutene Exemplars an jedes Mitglied, zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen.

(f. auch Mitglieder der Zwangsinnungen.)

Zwangskrankenkassen f. Arten der Krankenversicherung.

Zwangsmassregeln f. polizeiliche Verfügungen.

— zur **Durchführung des Arbeiterschutzes** f. Schutz der Arbeiter vor Gefahren.

— gegen den **Lehrling**. [§ 127d G. D.] Verläßt der Lehrling in einem durch das Gesetz nicht vorgesehenen Falle (f. Austritt

des Lehrlings) ohne Zustimmung des Lehrherrn die Lehre, so kann letzterer den Anspruch auf Rückkehr des Lehrlings nur geltend machen, wenn der Lehrvertrag schriftlich geschlossen ist. Die Polizeibehörde kann in diesem Falle auf Antrag des Lehrherrn den Lehrling anhalten, solange in der Lehre zu verbleiben, als durch gerichtliches Urteil das Lehrverhältnis nicht für aufgelöst erklärt ist, oder dem Lehrling durch einstweilige Verfügung eines Gerichts gestattet ist, der Lehre fern zu bleiben. Der Antrag ist zulässig, wenn er binnen einer Woche nach dem Austritt des Lehrlings gestellt ist. Im Falle unbegründeter Weigerung der Rückkehr hat die Polizeibehörde den Lehrling zwangsweise zurückführen zu lassen oder durch Androhung von Geldstrafe bis zu 50 Mark oder Haft bis zu fünf Tagen zur Rückkehr anzuhalten.

Für Handlungslehrlinge bestehen diese Vorschriften nicht.
(s. auch Entschädigung wegen Auflösung des Lehrverhältnisses.)

Zwangsmitglieder der Innungen s. Mitglieder der Zwangsinnungen.

Zwangsmittel des Einigungsamtes s. Verfahren vor demselben.

Zwangsvollstreckung nach dem Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz. [§ 57 G. G. G.] Aus den Endurteilen der Gewerbegerichte (Kaufmannsgerichte), welche rechtskräftig (s. Rechtskräftigkeit des Urteils) oder für vorläufig vollstreckbar (s. vorläufige Vollstreckbarkeit der Urteile) erklärt sind, sowie aus Vergleichen, welche nach Erhebung der Klage vor dem Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) geschlossen sind, findet die Zwangsvollstreckung statt und zwar nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung. Das gleiche gilt auch für den Arrest und einstweilige Verfügungen.

Die für den Beginn der Zwangsvollstreckung erforderlichen Zustellungen werden auf Antrag des Gläubigers durch das Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) bewirkt.

Im Laufe des Vollstreckungsverfahrens ist jedoch das Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) nur noch soweit zuständig, als auch im gewöhnlichen Verfahren das Prozeßgericht und nicht das Vollstreckungsgericht zuständig wäre.

Nicht pfändbar sind bei gewerblichen Arbeitern, Handwerkern usw. die zur persönlichen Fortsetzung der Erwerbstätigkeit unentbehrlichen Gegenstände. Weiter nicht der den Betrag von 1500 Mark jährlich nicht übersteigende Arbeits- oder Dienstlohn. Jedoch muß dieser, nachdem die Leistung erfolgt ist, an dem Tage, an dem der Lohnanspruch gesetzlich, vertrags- oder gewohnheitsmäßig fällig ist, eingefordert sein. Anderenfalls kann nach Ablauf des Tages, wenn der Berechtigte, der Arbeiter es sich stillschweigend hat gefallen lassen, daß der verdiente und

fällige Lohn für geleistete Arbeit nicht bezahlt wurde, der Lohnanspruch gepfändet werden.

Diese Bestimmung des sogenannten Lohnbeschlagnahmegesetzes kann mit rechtlicher Wirkung nicht durch Vertrag ausgeschlossen oder beschränkt werden.

Zwangswweise Fortreibung der Innungsbeiträge f. Beiträge zu freien Innungen.

— **Sperrung eines Gewerbebetriebes.** [§ 15 Abs. 2 G. D.] Die Fortsetzung solcher Betriebe, die genehmigungspflichtig sind, aber ohne Genehmigung betrieben werden, kann von der Polizeibehörde zwangswweise verhindert werden.

(f. auch Unterfügung eines Betriebes und Schutz der Arbeiter vor Gefahren.)

Zweck der Arbeitsordnung. Die Arbeitsordnungen sollen den Interessen beider Teile, der Unternehmer und der Arbeiter dienen, indem sie die wichtigsten allgemeinen Bedingungen des Arbeitsvertrages klarlegen und der Willkür entziehen, damit Streitigkeiten nach Möglichkeit vermieden werden und sich ein friedliches Verhältnis entwickeln kann. In den Motiven des Gesetzes heißt es:

„Die Arbeits- oder Fabrikordnung verfolgt einen doppelten Zweck. Sie stellt ein für allemal diejenigen Bedingungen auf, welche der Arbeitgeber den bei ihm Beschäftigung suchenden Arbeitern anbietet und denen sich daher jeder Arbeiter, der in die Beschäftigung eintreten will, unterwerfen muß. Sie erleichtert damit den Abschluß des Arbeitsvertrages mit jedem einzelnen Arbeiter. Daneben enthält sie die Vorschriften, die zur Aufrechterhaltung der technischen und wirtschaftlichen Ordnung des Betriebes dienen sollen, und sichert ihre Befolgung durch Strafbestimmung, denen sich der Arbeiter durch Eingehung des Arbeitsverhältnisses unterwirft. Die gesetzliche Regelung des Erlasses der Arbeitsordnung findet ihre Rechtfertigung in der Erwägung, daß eine bestimmte und klare Rundgebung der Bedingungen des Arbeitsvertrages, aus der jeder Arbeiter sich über seine Rechte und Pflichten zu jeder Zeit unterrichten kann, die zahlreichen Streitigkeiten, die erfahrungsmäßig aus der Unvollständigkeit und Unklarheit der Arbeitsverträge entstehen, abschneidet und somit zur Erhaltung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beizutragen geeignet ist.“

(f. auch rechtliche Natur der Arbeitsordnung.)

— **der Innungen** f. Aufgaben derselben.

Zwischenmeister. Sie kommen hauptsächlich in der Kleider- und Wäschekonfektion vor und nehmen eine Mittelstellung zwischen selbständigen Hausgewerbetreibenden und Lohnarbeitern ein. Sie

vermitteln häufig die Vergebung von Arbeit vom Konfektionär an die Heimarbeiter, beschäftigen auch meist selbst Personen in ihren eigenen Werkstätten.

Der Fabrikant muß für die Zwischenmeister der Kleider- und Wäschekonfektion Lohnbücher beschaffen und ausfüllen, während diese wieder im Verhältnis zu ihren Werkstatt- und Heimarbeitern als Arbeitgeber zur Beschaffung und Ausfüllung der Lohnbücher verpflichtet sind.

Zwischenurteil des Gewerbes und Kaufmannsgerichts. Ist ein Anspruch nach Grund und Betrag streitig, so kann das Gericht über den Grund vorab durch Zwischenurteil entscheiden.

[§ 50 G. G. G.] Ein solches Zwischenurteil ist jedoch im Gegensatz zu dem ordentlichen Prozeß in betreff der Rechtsmittel nicht als Endurteil anzusehen; es kann also nicht für sich, sondern nur mit dem Schlußurteil zusammen angefochten werden.

Derartige Zwischenurteile werden jedoch selten vorkommen.

Register der Berufe und Gewerbsarten.

(U. z. H. bezw. B. v. = Anlagen zur Herstellung bezw. Bearbeitung von.)

Abdeckereien	820, 850
Abfällen, U. z. B. v.	818
Acetylenfabriken	276
Advokatorische Praxis	141
Akkumulatoren aus Blei, U. z. H. v.	50, 78, 284, 282, 818, 319
Alaun, U. z. H. v.	851
Albuminpapierherstellung	350
Alkalischromaten, U. z. H. v.	50, 78, 282, 818, 868
Ammoniak, U. z. H. v.	351
Ammoniaksalzen, U. z. H. v.	351
Ansichtskartenhandel	282
Anstreicher	820
Antichlor, U. z. H. v.	851
Antimonogyd, U. z. H. v.	851
Anwälte	212, 885
Anwälten, Angestellte v.	218
Apothekenwesen	141, 835
Apotheker	68
Apothekergehilfen	27, 64, 118, 185, 142, 184, 212
Apothekerlehrlinge	27, 64, 118, 185, 142, 184, 212
Ärzte	63, 98, 215
Arzneimittelverkauf	141
Asphalthochereien	850
Äthalkali, U. z. H. v.	851
Aufbereitungsanstalten	77, 128, 212, 280, 808, 835, 836
Aufseher	185, 230
Aufwärterinnen	185
Auktionswesen	205

Austragen von Waren	195, 197, 282, 820
Auswanderungsagenten	141
Auswanderungsunternehmer	141
Bäckereien	25, 48, 73, 220, 284, 241
Bäckergewerbe	54
Bäckwarenhandel	282
Badeanstalten	25, 54, 155, 289
Baggerelbetrieb	212, 808, 885, 386
Bandagisten	240
Bandwirker	240
Bankiergeschäfte	164
Barbiere	364
Barbieregewerbe	54, 155
Barrytpräparaten, <i>U. z. H. v.</i>	351
Bauarbeiten	808, 896
Bauarbeiter	212
Bauhöfe	85, 128, 280, 808, 886
Baukonstruktionsbetriebe	350
Bautechniker	91
Bauten	128, 280, 819, 885, 886
Bekleidungsgewerbe	54
Bergarbeiter	28, 118, 204
Bergwerke	25, 52, 77, 128, 141, 212, 280, 808, 819, 885, 886, 851
Berufsgenossenschaften, Angestellte von	218
Bessemerstahlwerke	351
Bettfedernreinigungsanstalten	320
Bierbrauereien <i>f. Brauereien.</i>	
Bijouteriefabriken	270
Binnenschiffahrtsgewerbe	212, 284, 808, 885, 886
Biskuitfabriken	270, 351
Blechgefäßherstellung	850
Bleianknüpfereien	820
Bleichereien	820
Bleierzbergwerke	50
Bleifarben, <i>U. z. H. v.</i>	50, 78, 282, 818, 819, 863
Bleigehereien	820
Bleisäuren Salzen, <i>U. z. H. v.</i>	351
Bleispielwaren, Werkstätten zur Bemalung von	320
Bleiweiß, <i>U. z. H. v.</i>	351
Bleizuckerfabriken	78, 318, 819, 863

Blumen, Fabriken für künstliche	270
Blumenbindereien	54
Blumenhändler	14
Blumenhandel	282
Blutlaugenfalz, Al. z. H. v.	351
Bonnen	185
Borstenzurichtereien	73, 818, 820
Böttcher	240
Böttchereien	15
Botengänge	195, 197, 282, 820
Bracker	308
Branntweinkleinändler	205
Brauereien	52, 54, 808, 836, 851
Braunkohlenteeranlagen	850, 851
Brennereien	52, 220, 221, 297, 836
Bronzeure	820
Brüche	25, 80, 77, 128, 212, 280, 819, 835
Brückenbaubetriebe	850
Brunnenarbeiten	808
Brunnenmachergewerbe	836
Büchsenmacher	240
Buchbinder	240
Buchbindereien	270
Buchdruckereien	80, 78, 288, 270
Buchführung	165
Buchhandel	164
Bürstenmacher	240
Bürstenmachereien	73, 818, 820
Büreaubeamte	64, 98, 214
Celluloidfabriken	850
Cellulosefabriken	850
Cement, Al. z. H. v.	851
Ceresin, Al. z. H. v.	851
Chemiker	91
Chemische Fabriken	52, 850
Chemische Waschanstalten	320, 851
Chlor, Al. z. H. v.	851
Chloraten, Al. z. H. v.	851
Chlorbaryum, Al. z. H. v.	851
Chlorcalcium, Al. z. H. v.	851

Chlorkalk, <i>U. z. H. v.</i>	851
Chokoladefabriken <i>f. Schokoladefabriken.</i>	
Chromatfabriken	818, 851
Cigarren, <i>U. z. H. v., f. Zigarren.</i>	
Confectionäre <i>f. Konfektionäre.</i>	
Dachdeckerarbeiten	808, 886
Dachfließfabriken	850
Dachpappenfabriken	850
Damenkonfektion	200
Damenmaßschneidereien	25, 128, 200
Dampfkesselfabriken	850
Darmsaitenfabriken	850
Darmzubereitungsanstalten	850
Dégrasfabriken	850
Deichbaubetriebe	886
Dienstboten	64, 97, 160, 214
Dienstmänner	205
Direkticen	24, 91, 228
Doppeltkohlsauren Salzen, <i>U. z. H. v.</i>	851
Drahtflechter	240
Dreholer	240
Droschenwesen	205
Druckereien	164, 270, 297
Druckschriftenvertrieb	205
Düngpulverfabriken	850
Eisenbahnbaubetriebe	886
Eisenbahnbetriebe	212, 808, 885, 886
Eisenbahnunternehmungen	141
Eisenhochöfen	851
Eisfabriken	54
Elektrischen Akkumulatoren, <i>U. z. H. v., f. Akkumulatoren.</i>	
Elektrische Licht- und Kraftanlagen	276
Elektrischen Maschinen und Apparaten, <i>U. z. H. v.</i>	351
Elektrischen Zündern, <i>U. z. H. v.</i>	850
Elektrizitätswerke	54
Emaillierwerke	851
Entbindungsanstalten	205
Erdöldestillationen	850
Erzieher	186, 184, 185, 215, 229

Erzieherinnen	185
Explosivstoffen, U. z. H. v.	809, 820
Fährbetriebe	808, 836
Faktoren	280
Färber	240
Färbereien	270, 820
Faserstoffen, U. z. B. v.	50, 818
Fellenhauer	240
Fellenhauereien	820
Feinmechaniker	240
Feldbrandziegeleien	220, 296
Felleinsalzereien	820
Fensterputzergewerbe	808, 836
Feuerwerkereien	850
Feuerwerkskörpern, Werkstätten z. H. v.	820
Firnisfabriken	850
Fischerei	141
Fischmehl, U. z. H. v.	351
Fischröuchereien	190, 851
Fischtran, U. z. H. v.	851
Flachswebereien	220
Fleischer	14, 240
Fleischergewerbe	234, 808, 820, 836
Fleischkonservenfabriken	296
Flößereibetriebe	808, 836
Flußsäure, U. z. H. v.	351
Forstwirtschaft	56, 141, 155, 220, 229, 280 808, 836
Forstwirtschaftliche Arbeiter	28, 64, 118, 243, 292, 807
Frachtführer	164
Frauenhüten, Besetzen von	200
Frauenkleidung, Anfertigung und Bearbeitung von	200
Friseur	864
Friseurgewerbe	54
Friseurin	185
Fruchtkonservenfabriken	190, 296
Fuhrwerksgewerbe	234, 808, 819, 836
Galvanoplastische Werkstätten	819
Gartenbau	56, 280
Gasanstalten	54
Gasbereitungsbetriebe	350

Gasbewahrungsbetriebe	850
Gastwirte	205, 230
Gastwirtschaften	78, 195, 196, 234, 281
Gastwirtschaftsgewerbe	54, 56, 155
Gelbgießereien	320
Geldwechselgeschäfte	164
Gerber	240
Gerbereien	52, 820, 850
Gerichtsvollzieher	212, 335
Gesellschafterinnen	185, 215
Gesinde	28
Gesindebienst	155
Gesindevermittlung	205
Getreidemühlen	25, 48, 78, 189, 234, 241
Gipsbrennereien	819, 850, 851
Glasäßer	819
Glasbeigereien	50, 818, 819
Glasbläser	819
Gläser	240
Glashütten	50, 78, 818, 819, 850, 851
Glas mattierer	819
Glas schleifer	819
Glas schleifereien	50, 73, 818, 819
Glauberfalz, U. z. H. v.	351
Glycerin, U. z. H. v.	351
Goldarbeiter	240
Gouvernanten	185
Graveure	240
Griffeln, Werkstätten z. H. v.	819
Grobschmiede	240
Gruben	25, 80, 77, 128, 212, 280, 308, 819, 835, 836, 851
Gummiwaren, U. z. Vulkanisierung v.	78, 818, 819, 820
Gürtler	820
Gußstahlkugeln, U. z. H. v.	350
Güterbeförderung	808, 836
Güterlader	808, 836
Güterpacker	808, 836
Guttaperchawaren, Werkstätten z. H. v.	820
Haarzuchtereien	78, 818, 820
Halbwassergasanlagen	276

Hammerwerke	50, 318, 319, 350, 351
Handlungsagenten	164
Handlungsgärtnereien	23, 141
Handlungsmäkler	164
Handschuhmacher	240
Harnischmachereien	320
Hafenhaarschneidereien	320
Hausbiener	165
Hebamme	63
Heeresverwaltungen	212, 308, 336
Heilkunde	141
Herrenkonfektion	200
Herrenmaßschneiderei	200
Hochofengießereien	351
Holzbearbeitungsanstalten	15, 284
Holzdestillation	351
Holzfüllungsbetriebe	308, 336
Honigkuchen, A. z. H. v.	351
Hopfenschwefeldörren	350
Hufschmiede	63, 240
Hüttenwerke	30, 123, 212, 230, 308, 335, 336
Hutmacher	14, 240
Irrrenanstalten	205
Imprägnieranstalten	350
Kalkesfabriken	270, 296
Kalkfabriken	350, 351
Kalkbrennereien	319, 350, 351
Kammacher	240
Kanalbaubetriebe	336
Kapitäne	63
Kartonnagenfabriken	270
Käsefabriken	200
Kassensführung	165
Kautschukwaren, Werkstätten z. H. v.	320
Kellereibetriebe	308, 319, 336
Kindererziehung	141
Kindergärtnerinnen	135
Kinderhüten, Befegen von	200

Kinderkleidung, Unfertigung und Bearbeitung von	200
Kinderkonfektion	200
Kindermädchen	185
Kleiderkonfektion	227, 228, 241
Kleiderkonfektion, Hausgewerbetreibende der	174
Kleiderkonfektion, Heimarbeiter der	227
Klempner	240
Knabenkleidung, Unfertigung und Bearbeitung von	200
Knabenkonfektion	200
Knabenmaßschneiderei	200
Knochenbleichen	350
Knochenbrennereien	350
Knochenbarren	350
Knochenentfettung	351
Knochenkochereien	350
Köche	54
Kohlensäure, A. z. H. v.	351
Kokereien	50, 351
Kommissionäre	164
Kommunalbeamte	184
Konditoreien	25, 48, 73, 234, 241
Konditorgewerbe	54
Konfektionäre	228
Konservenfabriken	50, 296
Konsumvereine	141
Krankenkassen, Angestellte von	213
Krankenschwestern	185
Krautkonservenfabriken	190
Kremserweiß, A. z. H. v.	351
Künstler	98
Kunstdünger, A. z. H. v.	351
Kunstgärtnerei	141
Kunsthandel	164
Kunstwollfabriken	351
Kupferdrucker	240
Kupferschmiede	240
Kürschner	240
Kürschnerei	351
Küstenschifferei	336
Küstenschiffahrt	336
Kutscher	165

Packleder, M. z. H. v.	351
Lagerbetrieb	308, 386
Lagerhalter	164
Landwirtschaft	56, 141, 155, 220, 229, 280, 308, 386
Landwirtschaftsgärtnerei	141
Landwirtschaftliche Arbeiter	28, 64, 98, 118, 160, 214, 243, 292, 307
Landwirtschaftliche Betriebe	16
Landwirtschaftliche Dienstboten	160
Lehrer	186, 184, 185, 215, 229
Leihbibliotheken	155
Leimfabriken	297, 351
Lithopone, M. z. H. v.	351
Lohnbiener	185
Lothen	68
Lothendienst	386
Lotterielosvertrieb	141
Lumpen, M. z. B. v.	50, 318
Lumpensortieranstalten	284, 320
Luguspapierfabriken	270, 296
Magnesia, M. z. H. v.	351
Mahlen von Farben	319
Mahlmühlen	336
Mälzereien	52, 351
Maler	320
Malergewerbe	78
Männerkleidung, Anfertigung und Bearbeitung von	200
Marineverwaltung	212, 308, 386
Martinstahlwerke	351
Maschinentechniker	91
Maschinisten	68
Maskenfabriken	270
Maurerarbeiten	303
Maurergewerbe	386
Melasseenzuckerungsanstalten	50, 318, 319, 351
Mennige, M. z. H. v.	351
Messer	308
Messerschmiede	240
Metallgießer	240
Metallgießereien	320, 351
Metallhüttenwerke	351

Metallpolierereien	820
Metallschleifereien	284, 820
Megger	240
Mineralölen, U. z. H. v.	851
Mineralwasserfabriken	54
Mischen von Farben	819
Molkereien	50, 52, 54, 220, 221, 851
Mühlenbauer	240
Musikaufführungen	54, 56
Musikinstrumentenbauer	240
Näherinnen	141
Notare	212, 885
Notariatspraxis	141
Öffentliche Fahren	141
Öffentliche Schaufstellungen	282, 821
Ölmühlen	836
Omnibuswesen	205
Oxalsäure, U. z. H. v.	851
Packer	165
Palmkernöl, U. z. H. v.	851
Papier, U. z. H. v.	851
Pappe, U. z. H. v.	851
Paraffin, U. z. H. v.	851
Parfümeriefabriken	270
Pechledereien	851
Perlmutterverarbeitung, Werkstätten zur	820
Personenbeförderung	808, 886
Petroleumraffinerien	851
Pfandleiher	205
Photographische Anstalten	54
Pikrinsäure, U. z. H. v.	851
Pinselmacher	240
Pinselmachereien	78, 818, 820
Polierwerkstätten	189, 194, 239
Polsterwaren, Werkstätten z. H. v.	820
Porzellanknöpfen, U. z. H. v.	851
Posamentiere	240
Postverwaltungen	212, 808, 886

Pottasche, A. z. H. v.	351
Poudrettefabriken	351
Präservativs, A. z. H. v.	73, 318
Prahmbetriebe	308, 336
Privatbeamte	215
Privatkrankenanstalten	205
Privatlehrer	98
Privatsekretäre	185
Puddelwerke	351
Pulver, A. z. H. v.	351
Pußfabriken	296
Pußmacherei	200, 270, 351
Pußstuben	26, 128, 200
Radmacher	240
Rafenbleichereien	190
Rechengehülfsen	185
Rechnungsführung	165
Rechtsanwälte	215, 263
Rechtskonsulenten	263
Reichsbeamte	184
Reinigungsgewerbe	54
Riemer	240
Röhrenfabriken	351
Rohrzuckerfabriken	50, 318, 319, 351
Rohbhaarspinnereien	73, 233, 282, 318, 320
Röstöfen	351
Rotgießereien	320
Rübenzuckerfabriken	190, 296
Rußfabriken	351
Salinen	77, 128, 212, 280, 308, 335, 336, 351
Salzsäure, A. z. H. v.	351
Sämischeder, A. z. H. v.	351
Samenklenganstalten	351
Sandbläsereien	50, 78, 319
Sattler	240
Sauerstoff, A. z. H. v.	351
Schaffer	308
Schankwirte	205

Schankwirtschaften	281
Schankwirtschaftsgewerbe	54, 56, 155
Schauer	308
Schneiderfrauen	185
Schiefertafeln, Werkstätten z. H. v.	819
Schieferwaren, Werkstätten z. H. v.	819
Schießpulverfabriken	351
Schiffbau	351
Schiffbauer	240
Schiffer	184
Schiffschere	308
Schlichtereien	351
Schleiferwerkstätten	189, 194, 289
Schleppschiffsahrtsunternehmer	164
Schlosser	240, 336
Schlosserarbeiten	308
Schmalte, U. z. H. v.	351
Schmiedearbeiten	308
Schmiedegewerbe	336
Schmieden	15
Schneidemühlen	336
Schneider	240
Schneiderei	352
Schnellbleichen	351
Schokoladefabriken	270, 296, 351
Schönfärberei	352
Schornsteinfegergewerbe	308, 819, 336
Schreibgehilfen	185
Schreiner	240
Schriftgießereien	48, 78, 233
Schuhmacher	240
Schusterel	352
Schwefelnatrium, U. z. H. v.	352
Schwefelsäure, U. z. H. v.	352
Schwefelsäureanhydrit, U. z. H. v.	352
Schwefelsäuremonohydrat, U. z. H. v.	352
Seefischerei	336
Seeleute	64, 208, 811
Seeschifffahrt	63, 212, 336
Seifensieder	240
Seifensiedereien	351

Seiler	240
Silberarbeiter	240
Soda, A. z. H. v.	352
Soladl, A. z. H. v.	352
Speditoure	164
Speditionsbetrieb	808, 819, 836
Speichereibetrieb	808, 836
Spiegelbeleganstalten	276, 819
Spielwarenfabriken	270, 852
Spinnereien	50, 276
Spiritusraffinerien	352
Sprengstoffen, A. z. H. v.	352
Staatsbeamte	184
Stahlprinter	240
Stärkefabriken	297, 351
Starkstromanlagen	276
Stauanlagen	351
Stauer	308
Stearin, A. z. H. v.	352
Steinbohrer	819
Steinbrüche	78, 808, 818, 819, 836
Steindrucker	240
Steinhauer	819, 836
Steinhauerarbeiten	808
Steinhauereien	78, 818, 819
Steinklopfen	819
Steinkohlenbergwerke	50
Steinkohlenteerdestillation	352
Steinkohlenteerherstellung	351
Steinmehlen	819
Steinpolierer	819
Steinschleifer	819
Stellenvermittlung	205
Stellmacher	240
Steuerleute	63
Stickereien	270, 296
Straßenbahnwesen	205
Strohhuftfabriken	270, 296, 352
Strohpapierfabriken	351
Strombaubetriebe	336
Strontianit, A. z. H. v.	352

Sulfat, A. z. H. v.	852
Suspensorien, A. z. H. v.	73
Tabakindustrie, Hausgewerbetreibende der	171, 174, 184
Tagelöhner	160
Talgschmelzen	351
Tapezierer	240
Täschner	240
Techniker	113, 136, 160, 184, 218, 280
Teerdestillation	851, 852
Teerdestillation	852
Teerwasserdestillation	351
Telegraphenverwaltungen	212, 308, 336
Textilindustrie, Hausgewerbetreibende der	171, 174, 184
Theatralische Vorstellungen	54, 205, 282, 321
Thomaschlackenmühlen	50, 73, 282, 318, 319
Tiefbaubetriebe	336
Ziegelgießereien	351
Ziegelgußstahlwerke	352
Tierärzte	63
Tierfellbearbeitung	351
Tierhaaren, A. z. B. v.	50, 318
Tischler	240
Tonerdepräparaten, A. z. H. v.	352
Tongrübereien	190
Töpler	240, 319
Torfdestillation	352
Torfgruben	220
Torfstechereien	190, 296
Torfteerdestillation	352
Transportunternehmungen	214
Treiberei	308, 336
Tuchmacher	240
Überrnanganjaurem Kali, A. z. H. v.	352
Uhrmacher	14
Ultramin, A. z. H. v.	352
Unterrichtswesen	141
Verbleibungsanstalten	351
Vergolderwerkstätten	319

Verkehrsgewerbe	54, 155, 195, 196
Verkokungsanstalten	852
Verlagsgeschäfte	164
Vernickelungswerkstätten	819
Versicherungsunternehmer	141
Ver Silberungswerkstätten	819
Verzinkungsanstalten	351
Verzinnungsanstalten	351
Wahlzucht	56, 141, 280
Volksanwälte	263
Volontäre	165
Wachsbleichereien	352
Wachstuchfabriken	851
Wäger	308
Wagner	240
Walzwerke	50, 818, 819
Wäsche, Anfertigung und Bearbeitung von	200
Wäschekonfektion	200, 227, 228, 241
Wäschekonfektion, Hausgewerbetreibende der	174
Wäschekonfektion, Heimarbeiter der	227
Wäscherinnen	185
Wassergasanlagen	276, 352
Wassermühlen	54
Wasserstoffe, A. z. H. v.	852
Wasserversorgungsanstalten	54
Weber	240
Wegehaubetriebe	336
Weinbau	56, 280
Werften	80, 212, 308, 385, 386
Werkmeister	113, 160, 184, 218, 280
Windmühlen	25, 54
Wirtschafterinnen	185
Zeichner	91
Zeitungsdruckereien	54
Zeugdrucker	240
Zichorienfabriken	50, 190, 318, 319, 352
Ziegeleien	80, 50, 128, 187, 190, 280, 318, 319, 386
Ziegelöfen	351
Zigarren, A. z. H. v.	48, 50, 73, 233

Zimmererarbeiten	808, 836
Zimmerplätze	80, 128, 280
Zinkdrucker	240
Zinkergbergwerke	50
Zinkgießereien	820
Zinkhütten	50, 78, 282, 818, 819, 868
Zinkweiß, A. z. H. v.	852
Zinnspielwaren, Werkstätten zur Bemalung von	820
Zinnweiß, A. z. H. v.	852
Zuckerfabriken	50, 187, 221
Zuckerraffinerien	50, 818, 819, 852
Zuckerwarenfabriken	270, 296, 852
Zündhölzern, A. z. H. v.	78, 820
Zündschnur, A. z. H. v.	851
Zündstoff, A. z. H. v.	851
Zündwaren, Werkstätten z. H. v.	320
Zwischenmeister	227, 228

Nachfolgende Seiten, welche die für jeden gewerblichen Betrieb wichtige

Personalkarte

wiedergeben, werden geneigter Beachtung empfohlen.

Wer gewerbliche Arbeiter beschäftigt, sei er nun **Fabrikant, Handwerker** oder **Kaufmann**, weiß auch, daß die formlose Art, wie häufig ja in der Regel der Arbeitsvertrag abgeschlossen wird, zu einer Quelle **zahlloser Streitigkeiten** zwischen **Arbeitgebern** und **Arbeitnehmern** werden kann. Die zumeist nur mündlichen Vereinbarungen geraten in Vergessenheit, werden verschiedenes ausgelegt, — kurz leicht ein Streitfall gegeben, zu dessen Schlichtung dann gewöhnlich erst das **Gewerbegericht** in Anspruch genommen werden muß. Wie dessen Entscheidung aber auch lautet, das Arbeitsverhältnis hat, wenn nicht schon vorher, so mit ihr sein Ende erreicht. Die Erfahrungen der Gewerbegerichte lehren es, daß den Hauptbestandteil der vor ihr Forum gelangenden Streitfälle solche über **ungenau abgeschlossene Arbeitsverträge** bilden. Die Streitigkeiten für die Folge ganz oder wenigstens nach Möglichkeit zu verhüten und damit den Beteiligten vielen Arger, Verdruß und Zeitverlust zu ersparen, ist in erster Linie der Zweck der „**Personalkarten**“. Bei ihrer ordnungsmäßigen Ausfüllung sind Zweifel über Arbeitszeit, Art der Beschäftigung, Höhe des Lohnes, Kündigungsfrist, verwendete Invalidenversicherungsmarken u. s. w. völlig ausgeschlossen.

Ferner treten die **Personalkarten** an Stelle jeder Art von **Registratur**. Die ersten Hälften werden alphabetisch geordnet aufbewahrt; zunächst in einem Alphabete die Karten der zur Zeit im Betriebe beschäftigten Arbeiter, gefondert in einem zweiten Alphabete die Karten der entlassenen oder ausgetretenen Arbeiter. Die Personalkarten bieten in dieser alphabetischen Anordnung den großen Vorteil, daß die **genauen Personallen** jedes im Betriebe jetzt oder früher Beschäftigten **sofort zur Hand** sind und daß jederzeit festgestellt werden kann, welche **Arbeitspapiere** seitens des Arbeiters abgeliefert bezw. ihm wieder ausgeliefert worden sind.

Die zweite Hälfte der Karte geht in den Besitz des Arbeitnehmers über und gibt auch diesem einen Beleg für die abgeschlossenen Arbeitsbedingungen und die abgelieferten Papiere. Sie enthält in knapper Zusammenstellung und aus sachkundiger Feder die wichtigsten Bestimmungen über den gewerblichen Arbeitsvertrag.

Wer dieses Formular erst einmal in seinem Betriebe eingeführt hat, wird es nicht mehr missen wollen, weil es Ordnung in die Arbeiterverhältnisse bringt und Zeit und Arger erspart.

Der Preis für 100 Personalkarten beträgt	2,50 Mk.
bei Entnahme von 500 Stück das Hundert	2,25 „
„ „ „ 1000 „ „ „	2,— „

Die Karten sind patentamtlich geschützt und direkt von dem unterzeichneten Verlage sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Das umseitige Formular ist infolge der durch das Buchformat gebotenen Beschränkung gedrängter und kleiner im Format als das Original.

Alfred Unger
Verlagsbuchhandlung u. Buchdruckerei
Berlin C. 2, Spandauer-Straße 48.

Personalkarte der Firma:

Vor- und Zuname	Diese Hälfte ist für den Arbeitgeber bestimmt und wird alphabetisch geordnet aufbewahrt.		
Geboren am			
Geburtsort (Kreis)			
Wohnung (z. Z. d. Eintritts)			
umgezogen nach	am		
Eingetreten am			
Art der Beschäftigung			
Nur aus- zufüllen, wenn von der Arbeits- ordnung abweichend	Arbeitszeit		
	Pausen	Frühstück: , Mittag: , Nachmittag:	
	Rücksendungsfrist		
	Vereinbarter Lohn		
Zulagen	am Mk., am Mk., am Mk.		
Urlaub	19 Tage, 19 Tage, 19 Tage, 19 Tage		

Sonstige Vereinbarungen:

Abgelieferte Arbeitspapiere:			
Arbeitsbuch? (Nur bei Minderjährigen)	Krankenkasse	Quittungskarte Nr. enthielt beim Eintritt	
	Rassenbuch Nr.	Marken zu Marken zu	
Zeugnisse?	Angemeldet am	Quittungskarte Nr. enthielt beim Austritt	
	Abgemeldet am	Marken zu Marken zu	

Ich bestätige die Richtigkeit vorstehender Angaben sowie den Empfang eines Exemplars der Arbeitsordnung und verpflichte mich, von ihrem Inhalte Kenntnis zu nehmen und ihn genau zu befolgen.

den 190

Unterschrift: Unterschriftszeuge:

Ausgetreten am 19..... Ich bescheinige den richtigen Empfang obiger Arbeitspapiere und erkläre gleichzeitig, keinerlei Ansprüche mehr an die Firma zu haben.

den 190

Unterschrift: Unterschriftszeuge:

Personalkarte der Firma:

Name						
Eingetreten am		<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; text-align: center;"> Diese Hälfte wird dem Arbeitnehmer ausgehändigt. </div>				
Art der Beschäftigung						
Nur aus- zufallen, wenn von d. Arbeits- ordnung abweichend	Arbeitszeit					
	Pausen	Frühstück	, Mittag	, Nachmittag		
	Kündigungsfrist					
Vereinbarter Lohn						
Zulagen		am	Mk., am	Mk., am	Mk.	
Urlaub		19	Tage, 19	Tage, 19	Tage, 19	Tage

Sonstige Vereinbarungen:

Abgelieferte Arbeitspapiere:

Arbeitsbuch	Krankenkasse	Quittungskarte Nr.	enthielt beim Eintritt
Zeugnisse	Kassenbuch Nr.	Marken zu	Marken zu

....., den 190

Stempel und Unterschrift der Firma
bzw. eines Bevollmächtigten.

Die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen über den gewerblichen Arbeitsvertrag.

Arbeitsvertrag. Die Festsetzung desselben ist, vorbehaltlich der reichsgesetzlichen Beschränkungen, Gegenstand freier Abereinunft zwischen den Beteiligten. Der Arbeitsvertrag kann stillschweigend und vollständig formlos geschlossen werden.

Arbeitsordnung. In Fabriken mit regelmäßig mindestens 20 Arbeitern ergeht die obligatorische Arbeitsordnung im wesentlichen den Arbeitsvertrag. Neben ihr können jedoch besondere Vereinbarungen mit einzelnen Arbeitern, insbesondere über abweichende Kündigungsfristen getroffen werden. Auch die Lohnhöhe wird durch die Arbeitsordnung nicht berührt. Vor Erlass der Arbeitsordnung oder eines Nachtrages derselben sind die großjährigen Arbeiter des Betriebes zu hören; sie tritt 14 Tage nach Erlass in Kraft. Jedem Arbeiter ist ein Exemplar der Arbeitsordnung auszuhändigen. Die Arbeitsordnung muß Bestimmungen enthalten über Anfang und Ende der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit sowie der Pausen, über Zeit und Art der Abrechnung und Lohnzahlung, über die Kündigungsfrist, sofern sie von der gesetzlichen abweicht, über Art, Höhe und Festsetzung der etwaigen Strafen, bei Geldstrafen über deren Einziehung und Verwendung, schließlich über die Verwendung verwirkter Lohnbeträge. Daneben können noch weitere Vorschriften über die Betriebsordnung und das Verhalten der Arbeiter im Betriebe erlassen werden. Der Inhalt der Arbeitsordnung ist, soweit er den Gesetzen nicht zuwiderläuft, für beide Teile rechtsverbindlich.

Lohnzahlung. Der Lohn ist in Reichswährung zu berechnen und bar zu zahlen. Die Zahlung des Lohnes in Waren, Naturalien u. s. w. (sog. Trucksystem) ist verboten. Das Gesetz läßt jedoch Ausnahmen bezügl. Lebensmittel, Wohnung, Feuerung u. s. w. zu. Verboten ist auch das Kreditieren von Waren. Forderungen hieraus sind weder einklagbar noch können sie durch Lohnabzug geltend gemacht werden. Zahlung des Lohnes an dritte Personen darf nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Arbeiters erfolgen. Alle Verträge, welche den gesetzlichen Bestimmungen über die Lohnzahlung zuwiderlaufen, sind nichtig.

Abzüge vom Lohn. Diese sind ohne besondere Zustimmung des Arbeiters nur zulässig für die gesetzlichen Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung, zur Eingehung der Strafgebühren und zur Sammlung einer Kautions für den Fall des Kontraktbruchs. Im übrigen sind Lohnabzüge, z. B. für angerichteten Schaden, nur mit ausdrücklicher Einwilligung des Arbeiters statthaft oder auch nach vorangegangener gerichtlicher Erkenntnis.

Lohneinbehaltung. Wenn zur Sicherung gegen den durch Kontraktbruch entstandenen Schaden Lohneinbehaltungen ausgemacht sind, so dürfen sie bei den einzelnen Lohnzahlungen ein Viertel des fälligen Lohnes, im ganzen den Betrag eines durchschnittlichen Wochenlohnes nicht übersteigen. Andere Lohneinbehaltungen sind ohne Zustimmung des Arbeiters unzulässig.

Aufrechnung gegen den Lohn und Beschlagsnahme desselben. Der Arbeitslohn darf am Tage der Lohnzahlung nicht gepfändet werden. Soweit Forderungen aber der Pfändung nicht unterworfen sind, kann eine Aufrechnung gegen die nicht erfolgen. Es ist daher auch die Aufrechnung gegen den Lohn, wenigstens ohne ausdrückliche Zustimmung des Arbeiters, unzulässig. Auch an sich berechtigte Schadenersatzansprüche können nicht ohne Einverständnis des Arbeiters durch Aufrechnung geltend gemacht werden, es sei denn, daß eine gerichtliche Entscheidung vorausgegangen ist.

Zurückbehaltung des Lohnes. Das Recht des Arbeitgebers, den Lohn so lange zurückzubehalten, bis der Arbeitnehmer seinen Verpflichtungen, z. B. Schadenersatz zu leisten, nachgekommen ist, wird vielfach bestritten. Aber dies Zurückbehaltungsrecht, das sich auf § 273 des Bürgerlichen Gesetzbuches stützt, beruht in Streitfällen noch keine einheitliche Rechtsprechung, vielmehr kommt es hierbei auf die Sprachpraxis des betreffenden Gewerbegerichts an.

Lohnverwirkung. In kleineren Betrieben kann bei Kontraktbruch des Arbeiters der Arbeitgeber ohne weiteres den rückständigen Lohn bis zum Höchstbetrage des ortsüblichen Tageslohnes für eine Woche zu seinen Gunsten verfallen lassen. Den Unternehmern von Fabriken mit mehr als 20 Arbeitern steht das Recht nur zu, wenn es in der Arbeitsordnung ausdrücklich ausgemacht ist. Die Verwirkung des rückständigen Lohnes darf ferner nicht über den Betrag des durchschnittlichen Wochenlohnes hinausgehen. Die Verwertung der verwirkten Beträge ist in der Arbeitsordnung anzugeben.

Geldstrafen. Die Verhängung von Geldstrafen über Arbeiter ist nur zulässig, wenn dies in der Arbeitsordnung ausdrücklich vorgelesen ist. Die Strafen dürfen die Hälfte des durchschnittlichen Tagesverdienstes nicht übersteigen, nur bei ganz groben Vergehen, wie Täuschungen gegen Mitarbeiter, erhebliche Verstöße gegen die guten Sitten u. i. w., können Geldstrafen bis zum vollen Betrage des durchschnittlichen Tagesverdienstes verhängt werden. Von der Verhängung der Geldstrafen ist den Betroffenen sofort Mitteilung zu machen, sie können bei der nächsten Lohnzahlung in Abzug gebracht werden. Alle Strafgebühren sind zum Besten der Arbeiter zu verwenden. Der Verwendungszweck muß in der Arbeitsordnung angegeben sein.

Kündigung. Wenn nichts anderes verabredet wird, so ist bei gewerblichen Arbeitern die gesetzliche Kündigungsfrist für beide Teile 14 Tage. Abweichende Kündigungsfristen müssen ebenfalls für beide Teile gleich und in der Arbeitsordnung angegeben sein. Die Kündigung an sich kann ganz formlos vor sich gehen. Nach der Kündigung hat der Arbeitgeber dem Arbeiter auf Verlangen angemessene Zeit zum Ausfinden eines anderen Arbeitsverhältnisses zu gewähren.

Entlassung ohne Kündigung. Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Kündigung können Arbeiter ohne besondere Abmachung, z. B. in der Arbeitsordnung, nur entlassen werden bei Vorgelegung gefälschter Zeugnisse, Verschwendung anderer Arbeitsverpflichtungen, Diebstahl, Unterschlagung, Betrug oder lieblicher Wandel, unbefugtem Verlassen der Arbeit oder sonstiger beherrschender Pflichtverweigerung, bei unvorsichtigem Umgehen mit Feuer, Täuschungen oder groben Beleidigungen gegen die Arbeitgeber oder deren Angehörige und Stellvertreter, bei vorlässiger und rechtswidriger Sachbeschädigung, bei geschwundener und sittenwidriger Einlassung mit Angehörigen des Arbeitgebers, in allen diesen Fällen aber nur binnen einer Woche nach Bekanntwerden des Grundes, endlich auch wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig oder auf abgelaufener Krankheit befaßt sind. Anderweitige ähnliche Entlassungsgründe können noch durch die Arbeitsordnung festgelegt werden.

Austritt ohne Kündigung. Ohne Innehaltung der Kündigungsfrist können die Arbeiter die Arbeit verlassen bei Unfähigkeit zur Fortsetzung derselben, bei Täuschungen oder groben Beleidigungen des Arbeitgebers oder dessen Stellvertreters, auch gegen die Angehörigen des Arbeiters, bei Nichtzahlung des Lohnes in der gebührenden Weise, Nichtgewährung ausreichender Beschäftigung bei Stücklohn, sonstigen widerrechtlichen Übervorteilungen, endlich bei Gesundheitsgefährdung der Arbeit, wenn diese bei Eingehung des Arbeitsvertrages nicht zu erkennen war. Bei längerem Arbeitsverhältnis und einer Kündigungsfrist von mehr als 14 Tagen kann auch aus anderen wichtigen Gründen, z. B. bei Todesfällen, schweren Erkrankungen in der Familie, Verheiratung von Arbeiterinnen, die vorzeitige Auflösung des Arbeitsverhältnisses verlangt werden.

Zeugnisse. Beim Abgang können die Arbeiter ein Zeugnis über Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern, das auf Verlangen auch auf die Führung und Leistungen auszuweiten ist. Auf Antrag des Arbeiters hat die Polizeibehörde das Zeugnis kostenfrei und stempelfrei zu beglaubigen. Streitigkeiten über die Zeugnisse gehören vor die Gewerbegerichte.

Kontraktbruch. Dieser ist an sich nicht strafbar, begründet aber Entschädigungsansprüche und -pflichten. Hat ein Arbeiter rechtswidrig die Arbeit verlassen, so kann der Arbeitgeber entweder die Verwirkung des rückständigen Lohnes innerhalb der gesetzlichen Grenzen eintreten lassen, falls er sich nicht schon durch Lohneinbehaltungen gegen den Kontraktbruch geschützt hat, oder er kann Anspruch auf Erfüllung des Vertrages sowie Ersatz des wirklichen Schadens erheben. Dasselbe Recht auf Entschädigung wegen Kontraktbruchs liegt dem Arbeiter zu, wenn er zu Unrecht vor rechtsmäßiger Beendigung des Arbeitsverhältnisses entlassen ist. Die Ansprüche müssen vor dem Gewerbegericht geltend gemacht werden.

Herausgabe der Arbeitspapiere. Bei rechtmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses sind die Papiere (Arbeitsbuch, Quittungskarte, Zeugnisse u. i. w.) dem Arbeiter sofort auszuhandigen. Zu widerbehebenden Arbeitgebern können die Papiere durch die Polizei abgenommen werden, außerdem machen sie sich dem Arbeiter gegenüber entschädigungspflichtig.

Zuständigkeit des Gewerbegerichts. Zuständig ist das Gewerbegericht für folgende Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern: über den Eintritt, die Fortsetzung und die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, sowie über die Ausständigung und den Inhalt des Arbeitsbuches und Zeugnisse, Lohn- oder Lohnzahlungsbuches; über die Leistungen aus dem Arbeitsverhältnis, die Rückgabe von Zeugnissen, Papieren und Sachen, die aus Anlaß des Arbeitsverhältnisses übergeben worden sind; über Ansprüche auf Schadenersatz oder Zahlung einer Vertragsstrafe, wegen geschwundener oder unrichtiger Eintragungen in Arbeitsbücher, Quittungskarten u. i. w.; über Berechnung und Anrechnung der Krankenversicherungsbeiträge (einschl. Eintrittsgebühren) der Arbeiter. Berufung ist nur bei Sachen von über 100 Mark, und zwar beim Landgerichte, zulässig. Wo kein Gewerbegericht besteht, bleiben die ordentlichen Gerichte zuständig, doch kann bei obgenannten Streitigkeiten jede Partei die vorläufige Entscheidung durch den Gemeindevorsteher nachsuchen.

Gesetzlich geschützt. — Nachdruck verboten!

This book should be returned to
the Library on or before the last date
stamped below.

A fine of five cents a day,
by retaining it be

